



Grey Scale #13



A 1 2 3 4 5 6 M 8 9 10 11 12 13 14 15 B 17 18 19

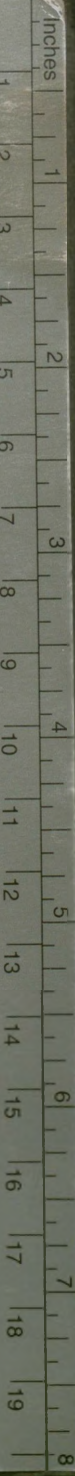


VIRGINIO GALDA



WAS
WILL
ITALIEN

Centimetres



Blue

Cyan

Green

Yellow

Red

Magenta

White

3/Color

Black

Colour Chart #13



VIRGINIO GALDA



WAS
WILL
ITALIEN

VIRGINIO GAYDA / WAS WILL ITALIEN?



Virgilio Gayda

5726
Duch. 12/11

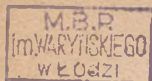
VIRGINIO GAYDA

WAS WILL ITALIEN?

(Che cosa vuole l'Italia)

LEIPZIG

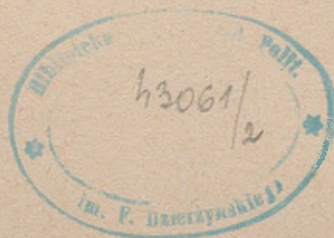
GOTEN-VERLAG HERBERT EISENTRAUT



Die Übersetzung aus dem Italienischen besorgte
Dr. Johannes Gehlen, Leipzig

~~Druck nr.~~ 57261

3. VIII. 1959.



Printed in Germany / Schutzumschlag und Einband: A. F. Ollert, Leipzig / Alle
Rechte vorbehalten / Copyright 1941 by Goten-Verlag Herbert Eisentraut, Leipzig
Druck: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H., Leipzig

Inhalt

	Seite
Vorwort	7

Vom Krieg bis Versailles

Der Pakt von London	9
Der Eintritt Italiens in den Krieg	14
1917	21
Der Sieg	29
Die Bilanz eines Opferganges	37
Die Isolierung Italiens	40
Clemenceau und Wilson	45
Der Kampf im Adriatischen Meer	52
Das Spiel mit Kleinasien	59
Die Reparationszahlungen	63
Die Kolonien	67
Das Friedenssystem	75

Italien und Europa

Das Erbe der Vergangenheit	83
Albanien	90
Paragraph 13	99
Die Revisionsbestrebungen	101
Die Rüstungsfragen	106
Das Donauprobem	112
Der Völkerbund	116
Panuropa	129
Der Viererpakt	134
Italien und Frankreich	151
Das Imperium	171
England und die Sanktionen	183
Der Bürgerkrieg in Spanien	192
Die Achse Berlin-Rom	201
Die Vereinbarungen mit England	207
Die Begegnung zweier Revolutionen	214
Deutschland am Brenner	220

	Seite
Die Krise der Tschechoslowakei	225
Die Vereinigung mit Albanien	236
Der Stahlpakt	243
Die Einkreisung	249
Polen und der Krieg	252

Das Mittelmeer

Frankreich	262
England	268
Italien	280

Der Balkan

20 Jahrhunderte	295
Der Zusammenstoß der Imperien	304
Die Politik Italiens	316

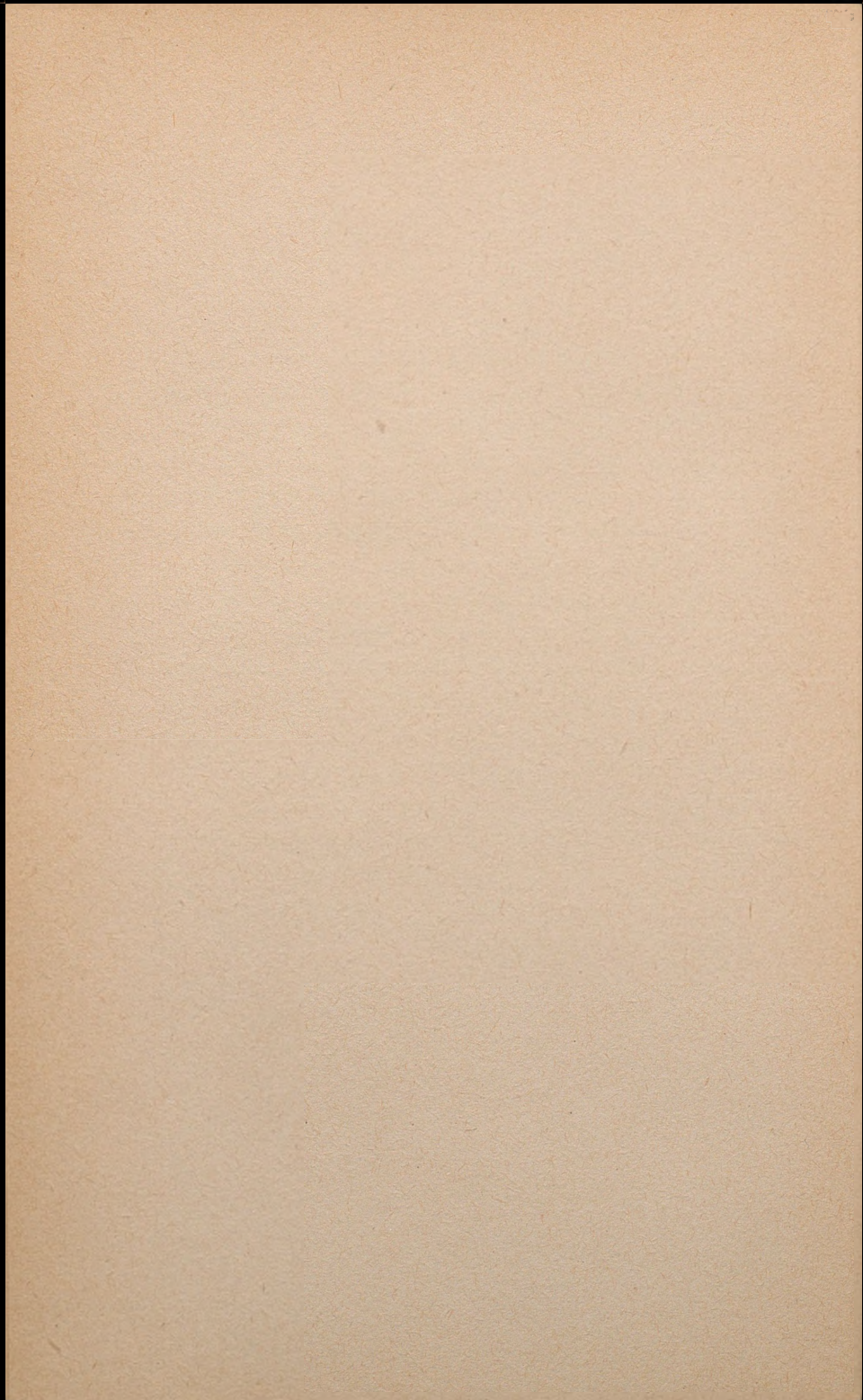
Völker und Imperien

Der Aufstieg Italiens	334
Italien und Libyen	339
Italien und Äthiopien	344
Italien und die Eingeborenen	349
Die Krise Frankreichs	355
Die Politik Frankreichs	368
Die Krise Englands	375
Ein Viertel der Welt	381
Die Hegemonien	389
Ein Klassenkampf	396
Die weiße Verteidigung	402
Die Verteidigung Europas	408
Heute und morgen	412

Vorwort

Mit lebhafter Freude widme ich hiermit den deutschen Lesern mein Buch, das in Italien in weniger als drei Monaten seine sechste Auflage erlebt hat und das die geschichtlichen und aktuellen Gründe des italienischen Krieges darlegt. Die deutschen Leser werden erkennen können, daß das Friedens- und Kriegsbündnis der beiden Achsenmächte, mehr noch als aus der Tätigkeit und den politischen Entscheidungen der Regierungen, aus dem natürlichen Zusammentreffen vieler ihrer gemeinsamen oder verwandten Bedürfnisse und Probleme herausgewachsen ist. Sie werden auch erkennen können, daß Italien nach Überwindung des kurzen Zwischenspiels des Krieges von 1914—1918 in allen seinen bedeutungsvollsten geschichtlichen Augenblicken an der Seite Deutschlands gestanden hat. Diese Haltung ist die zwangsläufige Folge jener Ähnlichkeit der Interessen und Anschauungen, die im richtigen Zeitpunkt in einem natürlichen Reifeprozess ihren Niederschlag in dem Bündnisvertrag und dann in der Solidarität im Kriege gefunden hat.

Virginio Gayda



Vom Krieg bis Versailles

Der Pakt von London

Der neue Europäische Krieg, der durch die polnische Frage ausgelöst wurde, ist die letzte blutige Krisis des Versailler Vertrages. Es war ganz offensichtlich, daß das Europäische System und das Weltsystem, das durch diesen Vertrag geschaffen wurde, sich nicht in dem Bewußtsein von vielen Völkern erhalten konnte und in der schicksalsgebundenen Bewegung ihrer Geschichte. Nachdem die Anstrengungen für eine friedliche Revision gescheitert waren, lag es nahe, daß dieses System durch einen plötzlichen Gewaltausbruch zerschlagen werden würde.

Italien verteidigte nicht die Ordnung von Versailles. In schwierigen Zeiten hat es, durch seine nationalen Interessen dazu gezwungen, seine Unterschrift daruntergesetzt. Es hat ihr aber nie seinen Geist gegeben, und noch weniger hat es sein eigenes Schicksal daran gekettet. Versailles hat zusammen mit den mit ihm verknüpften Verträgen unhaltbare Lebenszustände für viele der besiegten Länder geschaffen. Versailles war ungerecht und kränkend auch für Italien. Es hat somit den Abgrund zwischen Besiegten und Siegern vertieft und auch die Alliierten voneinander getrennt. Es hat also die Europäische Einheit verhindert und das vertrauensvolle Sichbegegnen der Völker, das die Grundlage für diese Einheit ist.

Wenn man heute im neuen Kriege von den Zielen, die durch den Frieden erreicht werden sollen, spricht und sie unter den Begriff eines „besseren Europas“ zusammenfaßt, muß man auf den Grund alles Übels zurückgehen und die Gegner von Versailles erkennen. Man kann die Zukunft nicht sichern, wenn man nicht vergangene Fehler einsieht.

Sprechen wir von Italien. Die Betrachtung von all dem, was während 20 Jahren gegen seine lebenswichtigen nationalen Interessen unternommen wurde, ist keine unfruchtbare Polemik über nunmehr abgeschlossene Tatsachen. Es ist im Ge-

genteil ein aufbauendes Unternehmen. Die Substanz und die Orientierung der italienischen Außenpolitik des Faschistischen Zeitalters sind zum großen Teil durch die durch Versailles geschaffene Ordnung gegeben und zwar als natürliche Reaktion gegen die dort geschaffenen Ungerechtigkeiten. Hier ist eine paradoxe und unverhältnismäßige Diskrepanz zwischen dem Opfer Italiens für den gemeinsamen Krieg und Sieg einerseits und den ihm zugestandenen Kompensationen bei Kriegsende. Italien hat den Krieg gewonnen, den Frieden jedoch verloren. Die Geschichte dieses italienischen und europäischen Dramas ist noch niemals zusammenhängend geschrieben worden. Wir wollen deshalb ihre Hauptlinien hier darstellen.

Bei Kriegsausbruch 1914 standen sich zwei beinahe gleichwertige bewaffnete europäische Kräftegruppen gegenüber: Der Dreibund mit Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, und die Entente mit Großbritannien und Frankreich, verstärkt durch das Bündnis zwischen Frankreich und Rußland. Der Dreibund hatte für Italien keinen konstruktiven Zweck. Er war entstanden aus zwei Interessen Italiens, die negativer Natur waren: Die Notwendigkeit einer langen Waffenruhe mit Österreich nach den unvollendeten Befreiungskriegen, und die Notwendigkeit einer sicheren Widerstandsmöglichkeit gegenüber der feindselig eingestellten Politik Frankreichs, die sich durch die Besetzung von Tunis offenbart hatte. Die Definition dieses Dreibundes, die Ludendorff 1912 in seiner Denkschrift über den drohenden Krieg gab, ist typisch: „Der Dreibund ist zu schwach, weil er defensiv ist.“ Dieser defensiven Zielsetzung ist Italien immer treu geblieben. Im Juli 1913 bereitet die Wiener Regierung Italien auf eine Aktion gegen Serbien vor, die „defensiv“ genannt wird. Die italienische Regierung ist daraufhin sofort bereit, zu antworten, daß diese Aktion nicht als defensiv erscheint und folglich keine Verpflichtung für Italien darstellen könne.

Als 1914 aus Anlaß der Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Serajewo der Konflikt zwischen Österreich und Serbien ausbrach, der zum Weltkrieg führen sollte, hat die Donaumonarchie es unterlassen, Italien zu konsultieren, dieses vielmehr vor vollendete Tatsachen gestellt.

Der erste Paragraph des damaligen Bündnisvertrages sagt unter anderem, daß die Partner „sich verpflichten, in einen Gedankenaustausch über diejenigen politischen und wirtschaftlichen Fragen zu treten, die sich ergeben könnten, und

sie sichern sich fernerhin gegenseitige Unterstützung innerhalb der Grenzen der eigenen Interessen zu.“ Die Frage der Beziehung zwischen Österreich und Serbien mußte Italien als weniger wichtig erscheinen. Die Frage des Ultimatums an Serbien mit dem in ihm enthaltenen schicksalsschweren Keim zum Europäischen Krieg konnte sicherlich Österreich nicht von der Verpflichtung eines Gedankenaustausches mit Italien lösen. Die Wiener Regierung hat dagegen jeden Kontakt mit Italien vermieden, während die Berliner Regierung in dieser Hinsicht nicht energisch genug in Wien gedrängt hatte. Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand geschieht am 28. Juni 1914. Ganz Europa versteht sofort, daß dieses zu einem gewaltsamen Konflikt zwischen Österreich und Serbien führen muß. Wiederholte Male stellt der italienische Botschafter in Berlin, Bollati, der deutschen Regierung dringende Anfragen. Jagow behauptet, unterrichtet zu sein, daß die Wiener Regierung die Absicht habe, von der serbischen Regierung unter harten Bedingungen eine Wiedergutmachung zu fordern, er schließt jedoch den Willen und die Möglichkeit zu einem Kriege aus. Der italienische Botschafter setzt dieser Ansicht die Gefahr einer russischen Reaktion entgegen. Jagow entgegnet, daß Rußland „weiter nichts als bluffen würde, genau so wie die anderen Male“. Aus den amtlichen Urkunden ersieht man dagegen, daß in den geheimen Verhandlungen jener Zeit zwischen Wien und Berlin Deutschland auch den Kriegseintritt Rußlands mit in Rechnung stellte. Am 20. Juli wendet sich der Botschafter Bollati an von Jagow mit der Frage, ob er an die Fortdauer des Friedenszustandes glauben dürfe und einen zwanzigtägigen Urlaub antreten könne. Der Reichsminister beruhigt ihn in diesem Punkte.

Das Ultimatum der Regierung von Wien an Serbien trägt das Datum des 23. Juli. Erst an diesem Tage, nachdem schon ein unwiderruflicher Kriegszustand eingetreten war, unterrichtet hiervon der österreichisch-ungarische Botschafter in Rom die italienische Regierung, die dann erst am darauffolgenden Tag in den Besitz des amtlichen Textes gelangt.

Ferner: Paragraph 7 des Vertrages verpflichtet Italien und Österreich-Ungarn zur Respektierung des territorialen Status quo in den Balkanländern, den ottomanischen Küsten- und Inselgebieten der Adria und des Ägäischen Meeres und setzt fest, daß im Falle, daß eine der vertragschließenden Mächte gezwungen werde, „den Status quo infolge eingetretener Umstände durch eine zeitweilige oder dauernde Aktion zu än-

dern, diese Besetzung nur nach vorhergehenden Abmachungen zwischen den beiden obengenannten Mächten vor sich gehen könne“. Der italienische Außenminister Marchese di San Giuliano richtet am 24. Juli, dem gleichen Tage, an dem er Kenntnis des Inhalts des österreichischen Ultimatus an Serbien erhalten hatte, mittels Telegramm an den italienischen Botschafter in Wien die Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung auf den Bruch des Paragraph 7 des Vertrages und bringt zum Ausdruck „allen Vorbehalt zum Schutze der etwaigen Bewegungs- und Rechtsfreiheit“ Italiens. Die Mitteilung wird am 25. Juli Baron Macchio in Abwesenheit des Außenministers Grafen Berchtold übergeben und wird dem Minister selbst am 1. August sofort nach seiner Rückkehr nach Wien wiederholt. Ohne darauf Rücksicht zu nehmen, besetzt Österreich Serbien.

Bei Kriegsbeginn 1914 fühlt sich also Italien von seinen Verpflichtungen im Sinne des Bündnisvertrages durch die durch die Bündnispartner geschaffenen Bedingungen befreit und hat volle Handlungs- und Wahlfreiheit. Seine Neutralität ist völlig legitim und stellt einen Akt von freier Wahl dar. Gleichzeitig ist diese Neutralität aber auch eine sofortige Hilfe für Frankreich. Tatsächlich kann vom 6. August 1914 an das Französische Oberkommando über die 6 Divisionen des Generals D'Amade verfügen, um den Südflügel seines Aufmarsches zu verstärken. In der Besprechung von Rapallo vom 6. November 1917 konnte dann Herr Painlevé sagen: „Als Franzose und als Präsident des Ministerrats kann ich nicht vergessen, die Vorteile zu erwähnen, die Frankreich aus der Neutralitätserklärung Italiens 1914 erwachsen und die uns gestatteten, die italienische Front zu entblößen und die Truppen dort zu verwenden, wo sie notwendiger waren.“

In Frankreich will man geltend machen, daß die Neutralität Italiens durch ein Geheimabkommen des Jahres 1902 bedingt war, das auf den Dreibundsvertrag abgestimmt war und durch das sich Italien verpflichtet hatte, im Falle eines direkten oder indirekten Angriffes gegen Frankreich nicht gegen dieses Land zu kämpfen. Die Erfahrung der gegenwärtigen und vergangenen internationalen Geschichte jedoch beweist, daß Verträge immer so, wie man es gerade für nötig erachtet, ausgelegt werden können und daß es immer möglich ist, Ausnahmefälle gegen ihre Anwendung zu konstruieren. Frankreich und Großbritannien ist die Neutralität Italiens jedoch nicht genügend, schon seit den ersten Kriegsmonaten erscheint das Gleichgewicht der Kräfte sich

zugunsten der Zentralmächte zu verschieben. Die Marne-schlacht hält das siegreiche Vorwärtsdringen der deutschen Heeresmassen auf und rettet Paris. Es ist jedoch nur eine glückliche Episode. Die Schlagkraft der eben erst aufgestellten englischen Streitkräfte ist noch gering. Rußland, der große Koloß auf tönernen Füßen, flößt kein Vertrauen ein. Überreich an Menschen, jedoch schlecht bewaffnet, mit unfähiger Führung, erscheint es, besonders in seiner politischen Führung, von sehr zweifelhafter Schlagkraft zu sein. Der britische Militärattaché in Petersburg, General Knox, erwies sich als ein für seine Regierung sehr wertvoller, aufmerksamer Beobachter und Berater. Seine Berichte sind voll von Zweifel. Es besteht deshalb die Notwendigkeit, neue Kräfte für die Westfront zu suchen. In seinen Erinnerungen („Die Weltkrisis“) malt Churchill in düsteren Farben ein Bild Rußlands, das schon Ende 1914 von den ersten Rückschlägen des Krieges heimgesucht worden ist, als England und Frankreich sich an Italien wenden. „Rußland drohte in Stücke geschlagen zu werden, ehe es überhaupt von neuem bewaffnet werden konnte. So war es möglich, daß Rußland trotz seiner unerschöpflichen Reserven an Menschen und Lebensmitteln sich vollkommen auflösen konnte und zu einem Separatfrieden gezwungen wurde.“ Das gesamte Gewicht der deutschen und österreichisch-ungarischen Heere konnte sich so gegen die Westfront verschieben. „Niemand konnte die Katastrophen, die daraus folgen würden, absehen.“

In diesem Zustande der Not bereiteten die britische und die französische Regierung mit der Regierung von Rom den Pakt von London vor. In diesen langwierigen und mühevollen Verhandlungen, in denen Rußland als eifersüchtiger Verfechter eines künstlich hervorgerufenen Panslawismus sich hartnäckig den italienischen Forderungen in der Adria und auf dem Balkan widersetzt, wird sofort der Plan der Alliierten klar, der darauf hinausgeht, Italien zu ungeheueren, sofortigen Opfern zu verleiten, ohne dementsprechende großzügige Kompensationen. Die italienische Regierung steht wehrlos diesem Feilschen gegenüber. Sie ist durch den Kampf der Parteien und der Meinungen gefährdet. Sie wird von den Wogen der irredentistischen Bewegung überflutet, einer Bewegung, die aus ihrem idealen Ursprung heraus die Notwendigkeit von nüchternen und sachlichen Grundlagen für den Vertrag nicht begreift. Italien wird somit sein nationales Anrecht und die Interessen in der Adria und dem Balkan, sowie Lebensräume wie Albanien, nicht zuerkannt; die kolo-

nialen Rechte werden nicht festgelegt und nur dem Gutdünken der neuen Verbündeten überlassen, die Kriegskosten werden nicht durch eine entsprechende Mitbeteiligung der Alliierten garantiert und lasten somit schwer auf einer schon beschränkten Finanzkraft. Während man von Italien ein großes Blutopfer erwartet, versucht man schon, ihm die Früchte des Sieges vorzuenthalten.

Nachdem der Text des Vertrages schon in allen seinen Teilen vereinbart worden ist, wird plötzlich ein Dokument zur Unterschrift vorgelegt, das im Gegensatz zu der italienischen Forderung, bis zu Kriegsende die Entscheidung über einige adriatische Gebiete, darunter auch Fiume, offenzulassen, über diese Gebiete, einschließlich Fiume, bestimmt, daß sie „den vier Mächten Kroatien, Serbien und Montenegro zuerkannt werden“. Es ist nicht die Rede von Jugoslawien, sondern von Kroatien und Montenegro, also von Serbien getrennt. Dieser neue Text ist aber ein Werk des letzten Augenblickes, und der Verfasser ist der französische Botschafter in London, Paul Cambon. In seinem Eifer geht er sogar über die unversöhnliche Linie hinaus, die vom russischen Außenminister Sasanow und seiner panslawischen Politik vorgeschrieben wird.

Der Eintritt Italiens in den Krieg

Italien tritt in den Krieg auf seiten Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands und der anderen kleinen Staaten am 24. Mai 1915 ein. Dies geschah während einer für die Alliierten kritischen Zeit. Auf der französisch-britischen Westfront war die Lage nach der Marneschlacht und der Schlacht in Flandern während des ganzen Winters erstarrt. Aber im April hatten die Deutschen den Abschnitt von Ypern schwer angegriffen und die französische Offensive, die am 9. Mai im Artois ihren Ausgang genommen hatte, hatte sich nach geringem Geländegewinn und großen Blutopfern erschöpft. Auf der Ostfront hatte Hindenburg, der in Kurland operierte, Memel und Libau erobert und befand sich 50 km vor Riga. Im Mai hatten fünf österreichisch-ungarische Heeresgruppen die Russen von Tarnow bis Kolomea angegriffen, bis zum San zurückgeworfen und zu einem stetigen Rückzug gezwungen, der erst im Sommer auf der Linie Kowno—Brest-Litowsk zum Stehen kam. Serbien war zum Schweigen gebracht worden. Die englisch-französische Expedition schien damals schon zum Schei-

tern verurteilt zu sein. Edward Grey schreibt in seinen „Erinnerungen“, daß im Mai 1915 „der Kampf eine für die Alliierten unglückliche Wendung genommen hatte und das Italien in einem Augenblick in den Krieg eingetreten war, in dem unsere Erwartungen immer mehr von drohenden Wolken verdeckt wurden“. Auch der amerikanische Botschafter in Rom, Nelson Page, schreibt in seiner Schrift „Italien und der Weltkrieg“: „Jeder, der über die Lage unterrichtet war, mußte sich über den Ernst der Lage in Frankreich, wo im April und der ersten Maihälfte das neue deutsche Kampfmittel, das Gas, sich bei den Kämpfen um den Ypern-Kanal und auf der Ebene von Artois bewährt hatte, im klaren sein. Italien wußte genau, wie schlecht die Dinge für Rußland standen. Das neue Heer von Kitchener war noch nicht in Aktion getreten.“

Nicht weniger beredt ist der russische Historiker Ludwig von Trivdor Bruzinski: „Die französischen und italienischen Heere retteten in jenem Augenblicke (1915) die Alliierten. Das Heer von Kitchener war noch nicht bereit. Die Italiener konnten unter Umständen ungeheueren Angriffen der kaiserlichen Armeen ausgesetzt werden, da nach der russischen Niederlage (diejenige von Gorlice) die Österreicher leicht die verfügbaren Armeen an die Isonzofront bringen konnten.“ Ohne den Kriegseintritt Italiens hätten sich also die österreichisch-ungarischen Armeen statt gegen den Isonzo gegen die französische Front gewandt.

Der Kriegseintritt Italiens hatte vor allem den Zweck, das Gleichgewicht der Kräfte und der Möglichkeiten wiederherzustellen, das in einer für die Alliierten sehr bedrohlichen Weise gestört worden war. Selbst vom Feinde wird dies anerkannt. „Indem es in den Krieg eintrat — schreibt Oberst von Pohl in seiner Studie über Cardona (Militärwissenschaftliche Mitteilungen) — hat Italien im Südwesten den Ring um die belagerten Zentralmächte geschlossen, und seit diesem Augenblick zehrt es an den Energien Österreich-Ungarns genau so wie Frankreich und England an den Energien Deutschlands zehren.“

Von langer und zäher Unterhöhlung der feindlichen Kräfte und nicht von theatralischen Improvisationen kann man in Wirklichkeit bezüglich des italienischen Krieges sprechen. Als Italien in den Krieg eintritt, findet es Österreich auf seiner Front schon vorbereitet, und zwar schon seit den letzten Jahrzehnten schlecht verhehlter Feindseligkeit. Es war durch die ihm nicht unbekannten Verhandlungen der italienischen

Regierung mit Frankreich und England und durch die übereilte Bekanntgabe des neuen Waffenbündnisses gewarnt worden.

Am 21. Mai 1915 konnte General Conrad von Hoetzendorf dem Marschall Baron von Bolfras schreiben: „Alle Offensivmaßnahmen sind getroffen worden.“ Die Maßnahmen hatten schon im August 1914 ihren Anfang genommen und waren dem General Bohr anvertraut worden. Die österreichischen Linien erstrecken sich über ein Gelände von Bergen und Flüssen, das von General von Falkenhayn als „ideale Stellungen für die Verteidigung gegen überlegene Streitkräfte“ bezeichnet wird. Diese Stellungen sind mit über 300 Höhlenbefestigungen versehen, die in den Felsen eingesprengt sind, mit Kilometern über Kilometern von Schützengräben, die durch Stacheldrahtverhaue von 12 Meter Tiefe gesichert sind, mit Blockhäusern, Tunnels und geschützten Gehgängen. Dies alles bildet ein einzigartiges Verteidigungssystem, das, wenn auch mit einfachen Mitteln, den Methoden der Maginotlinie und des deutschen Westwalles vorauseilt. Italien tritt also in den Krieg ein gegen Stellungen, die vom Feind vorher bestimmt und vorbereitet wurden, und obendrein wird dieser österreichische Schutzwall noch unterstützt von dem natürlichen Bollwerk der Berge. Von 550 Kilometern italienischer Front erstrecken sich 500 über Berge, die oft rauh und unwirtlich sind. Die Berge verhindern die großen und schnellen Angriffsmanöver. Schon Napoleon schrieb: Das Geheimnis des Gebirgskrieges liegt darin, daß man nie angreifen darf. Im Kriege 1914—1918 ist dieses auf beiden Seiten noch die Regel.

Die harten Anfangsschwierigkeiten des italienischen Krieges, die in keiner Weise mit denjenigen auf den anderen Fronten verglichen werden können, werden auch in Frankreich anerkannt. So schreibt Oberst H. Corda („Der Weltkrieg“): „Da die Österreicher trotz aller Verträge immer einen italienischen Angriff befürchteten, haben sie ihre Grenzgebiete in einen uneinnehmbaren Zustand versetzt und hatten obendrein bei Kriegsbeginn ihre Verteidigungsstellen in hohem Maße verstärkt. Der Kampf sollte sich in unwirtlichen Gebieten abspielen, auf im größten Teil des Jahres kahlem und unwirtlichem Gelände.“

Nach Kriegseintritt Italiens nimmt also der Krieg des Gleichgewichtes, d. h. der Erschöpfungskrieg seinen Anfang. Zwei kolossale Kräftegruppen stehen sich entschlossen gegenüber. Sie erlauben keine schnellen Manövrierungen und blitzartige Einmärsche. Für den Endsieg gilt nur die Zer-

störung des Gegners und seiner Hilfsmittel, gleichgültig mit welcher Methode.

Vor allem wird durch den italienischen Kriegseintritt die kleine serbische Armee von der völligen Vernichtung gerettet und die österreichisch-ungarischen Kräfte, die an der russischen Front eine Entscheidung herbeizuführen drohten, werden an die italienische Front gezogen. Auch hier ist es der Feind, der dieses als erster anerkennt. So schreibt der General von Falkenhayn: „Im Jahre 1915 hätten die Stellungen der Verbündeten gegenüber Serbien die erfolgreichsten Umgehungsoperationen möglich gemacht. Jedoch konnten die in Bosnien-Herzegowina stehenden österreichisch-ungarischen Truppen, die durch Abgang an die Isonzofront geschwächt waren, keine Offensive mehr gegen Serbien durchführen.“ Und weiter schreibt Conrad in einem Brief vom 15. Juni 1916 an den General Bolfras, indem er auf den italienischen Kriegseintritt zurückkommt: „Wenn ich nicht das Risiko übernommen hätte, die Balkanfront völlig zu entblößen, so wäre der Krieg schon seit langem für Österreich verloren worden.“ Schnell und imposant ist in Wirklichkeit die Verstärkung der österreichisch-ungarischen Streitkräfte, die an der italienischen Front aufmarschieren. Von 125 Bataillonen Anfang Mai 1915 steigt die Streikraft auf 221 Bataillone im Juni, einer Zahl, die 18 Divisionen entspricht, auf 275 Ende Juli, 295 Anfang September, 301 im November und auf 309 Ende Dezember, was 25 Divisionen entspricht. Von diesen Kräften werden 6 Divisionen der russischen Front entnommen, 8 zuzüglich einiger weiterer Brigaden aus Serbien, während ein bayerisches Alpenkorps von Deutschland gestellt wird. Nach der Konferenz von Chantilly am 7. Juli entscheidet sich Joffre für eine energische Offensive der Italiener und der Serben. Die Serben rühren sich nicht im Einverständnis mit Rußland. Die Italiener beginnen sofort ihre zweite Isonzoschlacht, die bis zum 3. August dauert.

Schon im ersten Kriegsjahr für Italien, 1915, vollzieht sich also eine weittragende Kräfteverlagerung in der feindlichen Planlegung durch den offensiven Druck der italienischen Kräfte und die dadurch bedingte Bindung von Truppen. Dieses Jahr schließt ab mit einem Verlust von 300 000 Mann für das österreichisch-ungarische Heer und mit der Verlagerung von 16 deutschen Divisionen an die Ostfront, um die an die italienische Front versetzten österreichisch-ungarischen Truppen zu ersetzen. So erledigt sich erfolgreich die erste militärische Aufgabe Italiens.

1916 ist noch ein Jahr des langsamen und blutigen Erschöpfungskrieges. Die Zentralmächte sind stark, trotz ihrer durch den Kriegseintritt Italiens bedingten Behinderung glauben sie noch immer die Initiative zu besitzen und hegen starke Angriffspläne. In einer Konferenz, die zwischen dem 6. und 8. Dezember 1915 in Chambéry abgehalten wurde, hatten die alliierten Oberkommandos beschlossen, sich auf eine im Monat Juli zu beginnende Offensive vorzubereiten. Aber Falkenhayn bereitet eine deutsche Offensive auf Verdun vor. Seinerseits bereitet sich Conrad, der Italien haßt und vor allem in dem Kriege gegen Italien das Wesentliche des Krieges von Österreich-Ungarn sieht, auf eine große Massenaktion auf Asiago vor.

Am 7. Februar 1916 beginnt die deutsche Beschießung von Verdun, der am 21. Februar der Angriff der Infanterie folgt. Die Aktion verläuft hart und stürmisch und legt den Franzosen eine gefährliche Prüfung auf. Am 3. März bittet Joffre Cardona Italien, das noch nicht bereit ist, eine Ablenkungsoffensive einzuleiten. Das italienische Kommando zögert nicht. Zwei italienische Armeegruppen werden am Isonzo zur 5. Schlacht eingesetzt. Im 2. Bande seiner Erinnerungen versucht Joffre nach französischem Muster die Wichtigkeit dieses italienischen Eingriffes zu vermindern, indem er die Aktion als eine „verstärkte Patrouillentätigkeit“ darstellt. Tatsächlich greifen die Italiener zwischen dem 11. und 16. März zwischen San Michele und San Martino sul Carso an. Sie verursachen dem Feinde einen Verlust von 3500 Mann — nach den Archiven in Wien —; sie setzen im April und Mai die Aktion fort und vernichten 37 Prozent des Mannschaftsbestandes des VII. Korps — nach den Angaben des Generals Krauß (Schwarte, Bd. 5); sie binden die feindlichen Kräfte und verhindern den Feind, seinem Verbündeten Hilfe zu leisten.

Aber schon Ende März zeigen sich drohend die ersten Anzeichen der von Conrad auf der Asiago-Front vorbereiteten Offensive. Sein Plan ist sehr kühn. Von der Gegend bei Trient will er in die Poebene vorstoßen und die italienischen Armeen, die am Isonzo stehen, im Rücken nehmen. Einige Monate früher hatte der Chef des Generalstabs des britischen Heeres General Robertson bei Betrachtung dieses Aufmarsches gefragt, wie denn eigentlich das italienische Oberkommando „so sanft schlafen“ könne. Hindenburgs Meinung („Aus meinem Leben“) war, daß „auf keiner anderen Front die strategische Situation so günstige Bedingungen für einen

großen Erfolg bot wie an der italienischen Front“. Für seine Offensive versammelt Conrad seine besten Truppen. Er zieht aus Serbien 8 Divisionen und 4 Gebirgsbrigaden heraus — nach den Feststellungen von General Hohen (Schwarte, Bd. 5) —, aus der russischen Front zieht er 5 Infanteriedivisionen heraus, die er durch eine einzige Division, die 70., von alten Landsturmssoldaten ersetzt. Die österreichische Offensive wird am 25. Mai entfesselt. Sie wird bald darauf durch eine ungeheuer blutige Anstrengung von den Italienern zum Stehen gebracht. Schon am 27. Mai, erzählt Falkenhayn, muß das österreichisch-ungarische Oberkommando um Verstärkung bitten, die es durch eine Division des XIII. Korps erhält. Gegenüber dem hartnäckigen italienischen Widerstand zerschellt die Offensive. General von Kuhl schreibt hierüber („Der Weltkrieg“): „Der langersehnte Vormarsch in die Ebene, der Schlag in den Rücken der Italiener gelang nicht. In den ersten Junitagen wurde die Angriffskraft gebrochen.“

Durch die Schwächung der österreichisch-ungarischen Streitkräfte an der russischen Front begünstigt, versucht wenige Tage später, nachdem die österreichische Offensive an der italienischen Front gescheitert war, Brussilow weiter vorzudringen. Falkenhayn fordert Conrad auf, Streitkräfte nach Rußland zu schicken, aber der österreichische General lehnt ab. Am 25. Juni telegraphiert er: „Ich muß immer damit rechnen, daß eine feindliche Offensive über dem Isonzo sehr schnell den Lebensnerv der Monarchie treffen könnte, und damit wäre der Krieg für beide Länder verloren.“ Dieses Erstarren des österreichisch-ungarischen Heeres hemmt zum Teil auch die deutsche Aktion. Dieses macht sich die französische Verteidigung von Verdun zunutze, und dies wird von dem heldenmütigen Verteidiger jener zerstörten Stadt, General Pétain, anerkannt: „Dem erst seit 3 Monaten mit dem Gros der feindlichen Kräfte kämpfenden französischen Heere hat General Cadorna mit seinem wunderbaren Widerstand eine wertvolle Hilfe geleistet.“ Am 10. Juli beginnen die französischen und britischen Truppen die Sommeschlacht. Am gleichen Tag wirft sich die III. italienische Armee, die sich eben erst von dem österreichischen Gasangriff vom 29. Juni auf San Michele erholt hatte, im Angriff im Abschnitt von Monfalcone dem Feinde entgegen und dringt bis nach Görz vor. Am 4. August beginnt Cadorna die sechste Isonzschlacht, die mit der Einnahme von Görz endet. Die Schlacht ist heiß. General von Pitreich, Chef des Generalstabes des Marschalls Boroevic, spricht von „erbittertem Kampfe“. Der

französische Oberst Herbillon, Verbindungsoffizier zwischen dem italienischen Oberkommando und der französischen Regierung sagt, daß man „beginnt, die von den Italienern gemachten Anstrengungen, die sehr groß sind, anzuerkennen“. (Du Général au Chef du Gouvernement.) Das österreichische Kommando sieht sich neuerdings gezwungen, Truppen von der russischen Front zur italienischen Front zu schicken, „während durch die plötzliche Krisis“ — so schreibt Falkenhayn — „Deutschland an der Ostfront die österreichischen Truppen durch neue deutsche Truppen zu ersetzen gezwungen ist“. Noch einmal wird dadurch der deutsche Druck auf Frankreich erleichtert. „Es ist überflüssig zu bemerken“, — so schreibt immer Falkenhayn — „daß diese Maßnahmen einen günstigen Einfluß hatten. Die Geschehnisse am Isonzo waren von entscheidender Bedeutung.“ Die italienische Aktion zerstörte noch einmal den Aufbau der Kräfte und die Kriegspläne der Zentralmächte.

Bei Übernahme der Kriegsführung in Deutschland zögert Hindenburg mit seinem Entschluß: „Ich denke an Verdun und an Italien, an Brussilow und der österreichischen Westfront. Hier sind starke Nerven notwendig.“

Rumänien tritt in den Krieg ein. Die deutschen Streitkräfte ergreifen am 3. September entschlossen die Offensive gegen den neuen Feind, und am 14. September nehmen die italienischen Kräfte den Kampf auf und binden für zwei Monate, bis zum November, durch drei neue Schlachten am Isonzo alle verfügbaren Kräfte Österreichs und fesseln sie noch einmal an die italienische Front. „Die österreichisch-ungarischen Truppen“ — schreibt Ludendorff — „wurden dermaßen an der italienischen Front bedrängt, daß sie nicht nach Rumänien abgeleitet werden konnten.“

So schließt das Jahr für Italien mit greifbaren Erfolgen und mit günstigeren Aussichten. Italien kann die errungenen Fortschritte und die dem Feind beigebrachten schweren Schläge in sein Haben buchen. „Bei jedem Schritt nach rückwärts“ — schreibt der österreichische General Boroevič — „verlängert sich die Front und erhöht sich die Anzahl der notwendigen Truppen.“

Die Resultate des italienischen Krieges im Jahre 1916 werden von dem französischen Obersten Corda folgendermaßen beschrieben: „200 000 Mann des österreichisch-ungarischen Heeres sind allein an der Isonzofront außer Gefecht gesetzt und 45 000 Mann gefangengenommen worden. 38 österreichisch-ungarische Divisionen sind seit dem 1. Mai an den

Alpen gebunden. Diese bilden eine fortdauernde Erschöpfung des Feindes und sind ein großer Beitrag zu den gemeinsamen Anstrengungen der Alliierten.“

1917

Der Vertrag der Alliierten von Chantilly für das Jahr 1917 sah eine Offensive voraus, die für Mitte Februar vorbereitet und innerhalb eines Zeitraumes von 3 Wochen entfesselt werden konnte. Das Jahr beginnt jedoch mit wenig günstigen Aussichten. In Rußland schwelt schon die revolutionäre Bewegung, die im Februar mit der Bildung der ersten liberalen Regierung Lwow-Miljukow und der Abdankung des Zaren zum Ausbruch kommt. Rußland verliert bald den letzten Widerstandsgeist und Kriegswillen. Es gelingt, noch einige neue Divisionen aufzustellen, sie sind aber schlecht bewaffnet, ohne Artillerie und Disziplin und bestehen aus bärtigen Männern von vierzig und mehr Jahren der Opolcenie, der Reserve, die nichts vom Kriege wissen und nur mit Heimweh an ihre ferne Heimat denken. Rumänien ist zur Hälfte durch deutsche Truppen besetzt und scheidet für den weiteren Kriegsverlauf aus. Die Ostfront ist folglich in Auflösung. An der Westfront stellt auch Großbritannien einige neue Divisionen auf. Am 3. Februar brechen die Vereinigten Staaten von Amerika die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ab und erklären am 6. April den Krieg, aber die von ihnen gebrachte Hilfe sollte erst viel später kommen. Italien allein gelingt es, beinahe zwanzig neue Divisionen aufzustellen, aber diese neuen Streitkräfte können nicht die schnelle Auflösung Rußlands und das Erscheinen von dreißig neuen deutschen Divisionen kompensieren. Es wird folglich eine größere und blutigere Anstrengung der Alliierten und vor allem von Italien an der Westfront nötig sein, um den Zentralmächten standzuhalten.

Bei einer Besprechung der politischen und militärischen Führer der Entente in Rom zwischen dem 6. und 7. Januar hatte Cadorna vorgeschlagen, an der österreichischen Front die gesamte Offensivkraft der Alliierten zu verdichten. Er hatte als Hilfeleistung den Beitrag von nur 8 Divisionen und 300 Geschützen verlangt. Mit der einzigen Ausnahme von Lloyd George waren aber alle dagegen. Man wollte noch immer nicht die Wichtigkeit der italienischen Front anerkennen. Frankreich ist tollkühn und denkt an einen schnellen Sieg

durch einen Handstreich. Es hat den General Nivelle zum Oberkommandierenden eingesetzt, der voll von kühnen und phantasiereichen Plänen und glänzenden Versprechungen ist. Man erwartet von ihm das Wunder der blitzartigen Lösung. Mitte Februar ist Frankreich jedoch noch nicht für die angesetzte Offensive bereit, und man beschließt, die Aktion auf den 16. April zu verschieben. Aber auch zu diesem Datum ist Frankreich nicht bereit. Erst gegen Ende April greift Nivelle auch ohne russische Hilfeleistung an. Seine Aktion jedoch kommt schnell zum Stehen und läuft ohne Erfolg unter schweren Verlusten aus. Unter diesen zwecklosen Opfern wird das französische Heer in eine beunruhigende Krisis der Auflösung geworfen. „Man fürchtete“ — sagt der Kriegsminister Painlevé — „daß man die Soldaten nicht mehr aus den Schützengräben zum Angriff herausbringen würde.“ Es ist also nicht möglich, an weitere neue Aktionen an der französischen Front zu denken.

Es bleibt nur noch Italien übrig, von dem man ein verzweifeltes Opfer gegen die drohende Katastrophe verlangen kann. Zwischen dem 12. Mai und dem 6. Juni entwickelt Italien eine allgemeine Offensive von Tolmino bis zum Meer gegen die gesamte V. österreichische Armee auf einer 50 km breiten Front. Die österreichisch-ungarischen Kräfte — so berichtet General Pitreich, Chef des Generalstabes von Borojević — stellen dem 215 Bataillone, 1720 Maschinengewehre, 915 Feldgeschütze, 340 Geschütze mittleren Kalibers und 63 Geschütze schweren Kalibers entgegen. Der italienische Angriff ist überwältigend. Dem Feinde muß als Verstärkung eine weitere Division, die 12., von der russischen Front zugeleitet werden. Tag und Nacht wird auf der Karstischen Hochebene Mann gegen Mann erbittert gekämpft — schreibt General Pitreich. Die Italiener erobern den Berg Kok, ihre Verluste jedoch sind groß, größer als die französischen Verluste der mißlungenen Offensive von Nivelle: 36 000 Tote und 96 000 Verwundete. Auch der Feind ist schwer geprüft mit 8138 Toten, 4677 Verwundeten und 15 278 Gefangenen.

Dieses ist die zehnte Isonzoschlacht. Sie ist gerade zu Ende, als die Italiener mit 10 Divisionen eine neue Offensive im Trentino, auf der Hochebene der Sieben Gemeinden, in Gang setzen, die ihren Höhepunkt in der Schlacht von Ortigara erfährt, die Österreich-Ungarn einen Verlust von 10 000 Mann und den Italienern einen Verlust von 16 000 Mann verursacht.

Die Folgen der Niederlage sind für die Franzosen über den

ganzen Sommer zu spüren. Im französischen Heere gärt es. In der Kammer rasen Parteikämpfe. Minister Painlevé greift die Kommandostellen an. „Mit den eitlen und tollkühnen Plänen muß ein Ende gemacht werden. Man muß aufhören, sich als Napoleon aufspielen zu wollen.“ Minister Ribot berichtet an Herbillon, daß man sogar die Absicht hatte, die Generäle standrechtlich erschießen zu lassen. Als Nachfolger von Nivelle im Oberkommando arbeitet General Pétain unverdrossen daran, die Geister wieder zu beruhigen und die Kräfte neu zu organisieren. Nur die Engländer ergreifen noch die Initiative durch eine entschlossene und mutige Schlacht in Flandern, die von Ende Juli bis November dauert und die deutschen Truppen zwingt, ihrerseits jede wichtigere Initiative zu unterlassen.

Am 18. August beginnt Italien die Schlacht, die als die elfte Isonzoschlacht bekannt ist und die Italien zur Eroberung der hartnäckig verteidigten Hochebene Bainsizza und des Monte Santo führt. Gegenüber steht eine Streitkraft, die seit Ende Juli und Mitte August von 215 auf 254 Bataillone gewachsen ist. Diese Heeresmasse sollte bald noch vergrößert werden durch das gesamte XVII. Armeekorps und die 53. Division, was zuletzt die aufmarschierten Truppen auf 302 Bataillone bringt. In den ersten Septembertagen kommen zwei weitere Divisionen, die 13. Schützendivision und die 20. Honved-Division, hinzu. Die Schlacht ist erbittert. Der Historiker Trevelyan schreibt in seinen „Szenen des italienischen Krieges“: „Die Verluste waren grauenerregend, da sowohl der Angriff wie auch die Verteidigung hartnäckig und unerbittlich waren.“

Auch diese beiden Isonzoschlachten vollziehen sich mit rein italienischen Truppen und Mitteln. Der französische und englische Artilleriebeitrag beläuft sich insgesamt genau auf nur 99 Geschütze. Der Schweizer Oberst Egli ist also im Irrtum, wenn er von 1500 englischen und sogar amerikanischen Geschützen spricht. Zu jener Zeit beschränkte sich die amerikanische Hilfeleistung in Europa auf nur eine Division an der französischen Front. In Amerika war man erst mit dem Aufbau der Fabriken für den Bau der Geschütze und mit der Bestimmung der zweckmäßigsten Kaliberarten beschäftigt.

Italien steht also allein mit seinen Männern, seinen nationalen Mitteln und muß sich in hartem Kampfe zurechtfinden. Es löst jedoch siegreich die Aufgabe, die gesamte österreichisch-ungarische Streitmacht, die schnellstens die russische Front verlassen hatte, zu binden und damit den Versuch eines

Massendurchbruches an der unsicheren französischen Front zu verhindern. Dementsprechend sind auch seine Verluste sehr schwer. Zwischen Mai und September erreichen diese, Tote und Verwundete zusammengerechnet, 300 000 Mann. Allein für die zwei Isonzoschlachten belaufen sie sich auf 7000 Mann je Division, was 800 Mann je Regiment entspricht, während die schwersten von Frankreich in der Offensive von Nivelle erlittenen Verluste, diejenigen der Armee Mangin, sich auf 22 881 Mann bei 15 Divisionen belaufen, was 450 Mann je Regiment entspricht.

Schwer sind auch die Verluste des Feindes. Es fallen nicht nur die Männer, sondern es fällt auch der Geist. Nach der zehnten Isonzoschlacht spricht Feldmarschall-Leutnant Konopicky, Chef des Generalstabes des Erzherzogs Eugen im Jahre 1917, von einer „im höchsten Grade kritischen Situation, so daß Verluste, die auf den anderen Kriegsabschnitten ohne Folgen zu ertragen waren, auf der österreichisch-italienischen Front einen entscheidenden Einfluß auf die gesamte Weltkriegslage haben konnten“ („Vom Isonzo zum Piave“). Es schreibt der General Novak („Der Weg zur Katastrophe“), daß „der Krieg gegen Italien ein Sterben ohne Ende ist“. Und Ludendorff erklärt: „Die österreichisch-ungarischen Heere hatten standgehalten. Ihre Verluste auf dem Carso jedoch waren so schwer, und ihr Kampfgeist war so erschüttert, daß man in eingeweihten Kreisen zu glauben begann, daß die österreichisch-ungarischen Heere nicht mehr eine Verlängerung der Schlacht, noch einen zwölften Angriff auf dem Isonzo ausgehalten hätten.“ „Die österreichische Armee an der italienischen Front bedurfte der Hilfe seitens der deutschen Truppen. Die Abgabe von deutschen Divisionen nach Italien zu reinen Defensivzwecken wäre jedoch nicht eine genügende Maßnahme für unsere ernste Lage gewesen. Das deutsche Oberkommando mußte deshalb die Notwendigkeit einsehen, auch in Italien eine Offensive einzuleiten, um eine Verbesserung unserer allgemeinen Lage zu erreichen.“

Das Problem einer entschlossenen Aktion der Zentralmächte gegen die italienische Front wird also als eine Lebensnotwendigkeit zum Ausgleich der Kräfte und der Stellungen empfunden und als höchster Zweck für die zu jener Zeit notwendige Verteidigung gegen die Erschöpfungsfolgen, die sich durch den italienischen Druck ergaben. Früher als die Alliierten erkennen nunmehr die Zentralmächte die entscheidende Bedeutung der italienischen Front und des italienischen Krie-

ges im allgemeinen Rahmen des europäischen Krieges. So sagt General Arz, daß „die mörderischen Kämpfe an der Isonzofront zu einer langsamen aber stetig andauernden Erschöpfung der menschlichen Kraft führten. Zu jedem Preis mußte ein entscheidender italienischer Erfolg verhindert werden.“ Es handelt sich in Wirklichkeit darum, Triest zu retten, den letzten Hafen am Mittelmeer, der Zentraleuropa verblieben war.

Um die Offensive zu decken, die in Vorbereitung war, und Italien zu isolieren, werden im September Gerüchte über das angebliche italienische Angebot eines Separatfriedens mit Österreich verbreitet. Man spricht von einem heimlichen Schritt des Königs, des Militärkommandos und einiger Politiker hinter dem Rücken der italienischen Regierung. Diese Gerüchte sind unwahr und stellen eine offensichtliche Falle dar. Der Außenminister Sonnino dementiert sie entrüstet gegenüber Lloyd George und Ribot. Trotzdem werden sie später ohne irgendwelchen Beweis vom Prinzen Sixtus aufgegriffen („L'offre de paix séparée de l'Autriche“) wie auch aus den Erinnerungen von Lloyd George im 4. Bande seiner „War Memoirs“ hervorgeht. Vielleicht wegen der ungewissen Atmosphäre des Zweifels, die durch dieses Märchen geschaffen wurde, verweigern die Alliierten der Offensive, die gerade im September 1917 in Italien vorbereitet wird, die notwendige Aufmerksamkeit.

In diesem Monat fordert Cadorna von den Alliierten den Beitrag von Artillerie. Die Alliierten feilschen. So erzählt General Henry Wilson (Journal), daß Foch bereit gewesen wäre, 100 schwere Geschütze abzugeben, aber daß die britischen Generäle Robertson und Haig, die 800 schwere Geschütze allein im Ypernabschnitt zu ihrer Verfügung haben, sich dem widersetzen. Am 30. November bestätigt der italienische Gesandte in Bern, Marchese Paulucci, die österreichisch-deutschen Offensivpläne. Er berichtet, daß ein neutraler Diplomat, der in Berührung mit der deutschen Gesandtschaft steht, erklärt habe, daß der deutsche Generalstab mit großen Kräften eine Aktion gegen Italien vorbereite, um im Laufe von sechs Wochen Genua zu erreichen und von dort Frankreich in den Rücken zu fallen. Auf diese Weise wollte man den Krieg vor dem Eingreifen Amerikas zu Ende führen. Er berichtet fernerhin, daß im Laufe des letzten Monats durch Innsbruck aus Deutschland kommend 200 Militärzüge von je 35 Wagen gefahren wären mit 330 000 Mann, Artillerie und Nachschub. In Genf würden sogar deutsche Flugblätter ge-

druckt, die für Italien bestimmt sind und die am 2. November einen Aufstand der italienischen Truppen hervorrufen sollen.

Aber die Alliierten gehen nicht auf diese Drohung ein. Sie wünschen, daß Italien durch eine unmittelbare Aktion eine Offensive ergreift, für die sie nur wenige Batterien zur Verfügung stellen. Cadorna weigert sich unter Hinweis auf die herannahende Gefahr. Am 27. September verlangt General Robertson mit einem in beleidigender Form abgefaßten Telegramm die Rückgabe der Artillerie. Am darauffolgenden Tage zieht Frankreich seine Geschütze zurück. Die Alliierten weigern sich sogar, an die verzweifelte wirtschaftliche Not Italiens zu glauben, die sich von Tag zu Tag fühlbarer macht und die im Lande große und gefährliche Unruhe auslöst. Anfang Oktober, nachdem alle Vorräte aufgezehrt sind, beläuft sich der Monatsbedarf an Zufuhren aus dem Ausland für Italien auf 400 000 Tonnen Weizen, 110 000 Tonnen Fleisch und andere Lebensmittel, 690 000 Tonnen Kohlen und 240 000 Tonnen Kriegsmaterial und Munition. Aber die Versprechungen von Nachschub befinden sich nur auf dem Papier. Sie werden nur zum kleinsten Teile erfüllt. Unter diesen Verhältnissen bereitet sich die große Offensive von Österreich und Deutschland gegen Italien vor.

Am 24. Oktober, dem Tage, an dem die Aktion zum Anlauf kommt, befinden sich im Aufmarsch gegen die italienische Front 661 feindliche Bataillone — 54 österreichisch-ungarische und 9 deutsche Divisionen —, zu welchen sich bald weitere 150 Bataillone gesellen — von 12 bis 15 deutschen Divisionen — die aus dem Elsaß, aus Rumänien und aus den deutschen Reserven herkommen. Die Offensive, die seit langem über eine breite Front vorbereitet ist, führt zu einer einzigen Bresche im Grunde des Isonzotales auf der Linie zwischen dem Sceme und Tolmino.

Es handelte sich hier um eine offensichtlich leicht verwundbare Stellung, die man während der Pause in der italienischen Offensive, die 1915 am Fuße des vom Feinde beherrschten Berges zusammengebrochen war, besetzt hatte. Die Stellung ist also schwach und eignet sich schlecht zur Verteidigung unter dem Feuer der feindlichen Artillerie, die sie von der Höhe bestreicht. Die dem Feinde gegenüberstehenden italienischen Truppen sind müde und schlecht genährt, während die feindlichen Truppen sämtlich in frischer Verfassung, gut bewaffnet und gut versorgt sind. Die 46. Infanteriedivision z. B. steht dem Feinde seit Januar 1917 gegenüber. Zu alledem kommt noch das Moment der Überraschung.

Das italienische Kommando erwartete keine feindliche Offensive an diesem Punkte. Es hatte keine Zeit mehr, die zur Verteidigung notwendige Artillerie einzusetzen. In der sogenannten Caporettoschlacht wird das italienische Heer überannt und muß auf einen großen Teil seiner Front zurückgehen. Der Rückzug vollzieht sich langsam und unter schwierigen Verhältnissen wegen der wilden Natur der Gebirgsgegend. Im Gegensatz zu den Rückzügen an der französisch-britischen Front, die sich auf weiten ebenen Flächen vollziehen und deshalb ausgedehnte und freie Bewegungsmöglichkeiten zulassen, vollzieht sich dieser Rückzug auf der Sohle eines einzigen engen Tales. Unausbleiblich ist dabei die Verwirrung und die völlige Stockung, wenn die verschiedenen Armeen aus den verschiedenen Stellungen auf einem Punkte zusammenkommen. So erklären sich die schweren italienischen Verluste an Gefangenen und an Artillerie.

Wenn auch verzweifelt, so ist der italienische Widerstand nichtsdestoweniger hartnäckig und blutig. „Der Weg nach Caporetto war in keiner Weise unverteidigt und konnte nur im Laufe erbitterter Kämpfe erzwungen werden“ — so schreibt der Chef des Generalstabes des österreichisch-deutschen Heeres, General Krafft von Dellmensingen — „die Verteidiger kämpften tapfer. Man mußte ihre Stellungen eine nach der anderen im Nahkampf erobern.“

Der Episode von Caporetto mit ihren hohen Verlusten von Tausenden von Mann und Geschützen wurde vom italienischen Oberkommando in einem unglücklich abgefaßten Bericht bekanntgegeben, der vor allem eine bittere Polemik gegen die innere politische Front darstellt und den Eindruck einer nicht mehr gutzumachenden Zertrümmerung der italienischen Schlagkraft erweckte. Die Alliierten, die nicht an die Gefahr der großen feindlichen Offensive geglaubt hatten, glauben jetzt nicht an die italienische Widerstandskraft. Bei seiner Begegnung mit dem Herzog von Aosta am 1. November sagt Marschall Foch: „Den Italienern bleibt nichts weiter übrig, als sich auf Mailand und womöglich noch weiter zurückzuziehen!...“

Aus eigenen Kräften, ohne den Mut und den Glauben zu verlieren, gelingt es den Italienern, die große feindliche Offensive zum Halten zu bringen, deren drohende Zielsetzung zunichte zu machen und damit die Situation umzukehren. Schon am 25. Oktober ordnet Cadorna den Rückzug der gesamten italienischen Front auf dem Piave an. Am 9. November ist diese Operation vollkommen abgeschlossen,

und von diesem Augenblick an ist die österreichisch-deutsche Offensive abgefangen.

Auf dem Grappa und auf dem Piave halten die Italiener ganz allein stand, unüberwindlich und entschlossen. Der österreichisch-deutsche Sieg ist nur eine Episode. Italien befindet sich noch unter den kriegstüchtigen Mächten und ist bereit, wieder zur Aktion zu schreiten.

„Am 16. November“ — berichtet General Konopicky — „hätten die österreichischen Waffen den Übergang über den Piave erzwingen sollen, während die Kampfgruppe Krauß den Feind auf dem Grappa zurückwerfen sollte.“ Aber der Versuch auf dem Piave mißlingt. Die Kämpfe im Gebirge sind für die österreichisch-deutschen Kräfte so blutig und zwecklos, daß am 1. November Erzherzog Eugen die Einstellung aller Aktionen anordnet. Hierzu schreibt Hindenburg: „Unser Versuch, uns der Venetianischen Alpen zu bemächtigen und auf diese Weise den feindlichen Widerstand auf dem Piave zu brechen, mißlang. Ich kam zu der Überzeugung, daß unsere Kraft für diese Aufgabe nicht ausreichte. Die Operationen waren auf einem toten Punkt angekommen. Die große Schlacht war im ganzen unvollendet geblieben.“ Die französische politische und militärische Literatur hat die Bedeutung von Caporetto übertrieben, so daß sie sogar mitunter in dieser einzigen Episode den gesamten Verlauf des schweren italienischen Krieges sah. Caporetto war ein unglückliches Kapitel des italienischen Krieges. Es war aber nicht ernster zu nehmen als die Rückschläge, die sich, wenn auch weniger aufsehenerregend, an der französisch-britischen Front ergaben, wenn man von den russischen Rückschlägen überhaupt ganz absieht. Caporetto ist das Gesamtprodukt verschiedener Ursachen: Die plötzliche Überführung des ganzen Schwergewichtes des österreichisch-ungarischen Heeres auf die italienische Front, die Kampfruhe in Frankreich nach dem Scheitern der Offensive von Nivelle und der Zusammenbruch Rußlands, der Deutschland dazu ermuntert, seine gesamte Anstrengung auf die italienische Front zu konzentrieren, um deren Offensivdrohung zu vernichten. Diese Offensivdrohung war schon in für Österreich lebenswichtigen Punkten fühlbar. Als weitere Ursachen kommen hinzu der Mangel an Verpflegung und Ausrüstung des italienischen Heeres auf Grund der Verzögerung und der Krisis im Nachschub der Alliierten, sowie die Erschöpfung der Truppen, hervorgerufen durch die Anstrengungen des Jahres 1917 im Aufhalten des feindlichen Druckes zur Ent-

lastung der französischen Front, die bei den Italienern Hilfe verlangt hatte. Zuletzt kam noch die politische und soziale Unruhe in Italien hinzu, die sich aus den Parteikämpfen ergab, hervorgerufen durch einen chronischen Zustand des Hungers. Das österreichisch-deutsche Unternehmen in Caporetto beschützt indessen Frankreich, das Ruhe und Sammlung braucht, vor einer neuen und schweren Offensive der Zentralmächte. Painlevé hatte der französischen Kammer 1917 versprochen, daß Frankreich sich nicht mehr rühren würde.

Der siegreiche Gegenschlag gegen die österreichisch-deutsche Offensive ist allein den italienischen Waffen und dem italienischen Willen zu verdanken. Italien wirft in seinem Widerstand auf dem Piave die durch den langen Krieg erschöpften Mannschaften sowie die ganz jungen Truppen des Jahrganges 1899 hinein, der von Frankreich noch als Reserve gehalten wird. Italien kommt wieder in den Vollbesitz seiner noch nicht erloschenen Kraft. „Es schien beinahe unglaublich“ — schreibt General Konopicky — „daß sich ein so schwer geschlagenes Heer so schnell wieder erholen konnte.“

Die Hilfe der Alliierten erscheint erst am 4. Dezember auf dem Kriegsschauplatz, also 4 Tage nachdem die Schlacht zu Ende ist. Sechs französische Divisionen erscheinen tatsächlich in Italien zwischen dem 31. Oktober und dem 2. Dezember. Sie werden jedoch in der Nähe von Brescia, weit von der Front, konzentriert. Fünf englische Divisionen erscheinen zwischen dem 11. November und dem 5. Dezember und versammeln sich nahe bei Mantua.

Im Quai d'Orsay liegt ein Telegramm des französischen Botschafters in Rom, Barrère, der zwar den heldenmütigen Widerstand der Italiener auf dem Piave anerkennt, jedoch dringend um die Entsendung französischer Truppen bittet, damit auch diese des Ruhmes teilhaftig werden, an der siegreichen Verteidigung teilgenommen zu haben.

Der Sieg

Der italienische Gegenschlag auf dem Piave entreißt den Alliierten einen vagen Ausruf der Bewunderung, der aber sofort wieder unterdrückt wird. Er beschleunigt aber nicht ihre Hilfeleistung. Gegenüber einem Bedarf von 400 000 Tonnen Weizen monatlich erreicht Italien nur 130 000 Tonnen

im November und 140000 Tonnen im Dezember. Gegenüber einem Bedarf von 690000 Tonnen Kohle monatlich erhält Italien im Mittel nur 473000 Tonnen. Italien ist gezwungen, sich tapfer einzuschränken, und verschärft die Rationierung. Der Kohlenverbrauch außer für die kriegswichtigen Industrien wird untersagt. Das Gebirge wird seiner Wälder entblößt und das Land sieht mit Ruhe der Weizenkrisis entgegen, die mit den dichten, zwecklos auf Brot wartenden Menschen-Schlangen ihren Anfang nimmt. Alle Anstrengungen sind der Front gewidmet. Am 28. und 29. Januar 1918 greifen die italienischen Soldaten, die ihre Angriffskraft wiedergewonnen haben, auf der Hochebene von Asiago die Österreicher an und erobern die Kämme von Val Bel, Col d'Echelle und Col del Bosco zurück. Sie beweisen, daß der Rückschlag von Caporetto schon vergessen ist.

Jedoch auch das Jahr 1918 erscheint für die Alliierten nicht günstig zu werden. Auf der französischen Front dauert die Ruhe an. Die große Schlacht der Engländer in Flandern, die seit drei Monaten dauert, geht mit geringen Resultaten und blutigen Verlusten zu Ende. In der Zwischenzeit erhöhen sich die Verluste der Handelsflotte und die Versorgungsschwierigkeiten der Alliierten durch den unerbittlichen Unterseebootkrieg. Aus diesen und anderen nicht näher festzustellenden Gründen ziehen Frankreich und Großbritannien von der italienischen Front einen Teil ihrer Kräfte zurück, so daß diese von elf auf sechs Divisionen herabgesetzt werden ohne Rücksicht darauf, daß nunmehr Italien das volle Gewicht des österreichisch-ungarischen Heeres, das die russische Front verlassen hat, ertragen muß.

Zwischen dem 21. März und dem 9. April schreiten die Deutschen wieder zum Angriff in Richtung auf Paris. Italien, das vorher schon nach Frankreich 72000 Arbeiter, die es seinen Fabriken und Verteidigungsstellungen entnommen hatte, abgegeben hatte, entsendet jetzt auch noch das zweite Armeekorps dorthin. Am 8. Juni marschieren die Italiener bei Reims auf, um die dortigen völlig erschöpften französischen Truppen abzulösen. Sie werden sofort in harte Kämpfe verwickelt, von denen besonders der Kampf bei Bligny am 23. und 24. Juni blutig verläuft. Ihrem Widerstande gelingt es jedoch, den deutschen Durchbruch, der auf Epernay geplant war, um nach den Absichten Ludendorffs die französische IV. Armee im Rücken zu fassen, aufzuhalten. „In dieser Aktion belaufen sich die italienischen Verluste“ — schreibt der französische General Perthené — „auf 10000

Mann und 300 Offiziere.“ Der August findet die Italiener noch in der Front in der Zone von Varennes-en-Argonne. Im September sind sie im Süden der Aisne. Am 3. Oktober treten sie in Aktion und stoßen am gleichen Tage im Angriff gegen Ailette vor, das sie am 11. Oktober erobern, nachdem sie im Sturmangriff die Stellungen vom Chemin des Dames erobert haben. Sie verdienen sich die Glückwünsche des Generals Mangin und das Lob des Marschalls Pétain.

Es bereitet sich eine neue österreichische Offensive an der italienischen Front vor, die die Entscheidung bringen soll. Nach dem Mißlingen der Aktion auf Caporetto hatten die Österreicher und Deutschen zuerst einen Angriff auf der französisch-britischen Front beabsichtigt, um dort eine Entscheidung herbeizuführen. Der Plan war schon von dem deutschen und dem österreichischen Oberkommando am 3. November 1917 geprüft worden, als man sich noch der trügerischen Überzeugung hingab, daß der italienische Widerstand erschöpft worden sei. Am 16. Dezember hatte Ludendorff an Arz, Chef des österreichischen Generalstabes, den diesbezüglichen Vorschlag gemacht und ihn zuletzt am 23. Dezember wiederholt.

Österreich hatte zugestimmt. Auch die Alliierten rechneten mit solchen Absichten der Zentralmächte. In einem Bericht vom 14. November 1917 des amerikanischen Generals Pershing an seinen Minister brachte er die Ansicht zum Ausdruck, daß von den bestehenden 74 österreichisch-ungarischen Divisionen 48 an die französisch-britische Front verlegt werden würden zur Verstärkung der dort befindlichen 216 deutschen Divisionen. Die Neuerstehung der italienischen Schlagkraft jedoch, die nach schneller Umorganisation sich schon im Januar 1918 offenbart, vereitelt diese Angriffsabsichten. Das gesamte österreichisch-ungarische Heer bleibt an der italienischen Front. Ludendorffs Plan wird aufgegeben, und die Engländer und Franzosen sind von der Drohung einer schicksalsschweren österreichisch-deutschen Offensive befreit.

Die neue Aktion Österreichs gegen Italien wird nunmehr endgültig von den deutschen und österreichischen Oberkommandos am 12. Mai in Spa beschlossen. Die österreichischen Kräfte sind weiterhin gewachsen. Gegen die italienischen Armeen, die aus 50 Divisionen bestehen, denen sich nur noch 3 englische und 2 französische Divisionen anschließen, stellen die Österreicher 40 neue Divisionen, jede mit 13 vergrößerten Bataillonen zu je 4 Kompanien und 7 Kavalleriedivisionen entgegen. Dies entspricht bataillonsmäßig einer Streit-

kraft von 76 deutschen Divisionen und übertrifft diejenigen Kräfte, die im Oktober 1917 an der italienischen Front operiert hatten. Auch die Kampfmittel des Feindes haben sich vermehrt. Der Reichswehrminister gibt an, daß in der Oktober-November-Schlacht 1917 und in der Piaveschlacht 1918 das Verhältnis der Geschützanzahl von 100 auf 165 bis 250 gestiegen ist, dasjenige der Mörser von 100 auf 140 für die kleinen Kaliber und auf 200 für die großen Kaliber. Die Munitionsvorräte haben sich verdoppelt und die Granatvorräte verdreifacht. Auf der ganzen Linie verfügt die Artillerie über mehr als 6 Millionen Schuß. Kühn ist die Zielsetzung der neuen Offensive. Es geht gegen Venedig. Der Befehl des Feldmarschalls Boroević lautet: „Der Angriff muß sich wie ein Organ entfesseln und in ununterbrochener unermüdlicher Durchdringung, Tag und Nacht, bis zur Etsch führen.“ Dies ist der letzte Versuch. Er ist gut vorbereitet und entscheidend.

Der Sieg erscheint den Österreichern so gesichert, daß am 15. Juni der Kaiser, für den Erzherzog Friedrich schon den Marschallstab vorbereitet hat, der ein Geschenk der österreichischen Generäle ist und ihm in Vicenza überreicht werden sollte, in Meran erscheint. Vicenza sollte das erste Ziel des siegreichen kaiserlichen Zuges sein.

Trotz allem glaubt das französische Oberkommando nicht an die Italien drohende neue Gefahr. Diese wird erst am 15. Juni erkannt, als die Österreicher ihren Angriff gegen den Piave schon voll entfesselt haben.

Die Schlacht sollte ihren Anfang nehmen mit einem Angriff zur See des Admirals Horthy gegen die Sperre des Kanals von Otranto. Im Morgengrauen des 10. Juni jedoch wird dieser Angriff vereitelt durch die Versenkung des österreichischen Schlachtschiffes St. Stephan in den Gewässern von Premuda. Der neue österreichische Angriff auf dem Piave erfolgt auf einer Linie von 150 km vom Astico bis zum Meere. Er beginnt am 13. Juni mit einem Ablenkungsmanöver zweier österreichisch-ungarischer Divisionen auf dem Tonale, das zum Stehen gebracht wird. Sofort darauf bricht er über die ganze Front herein. Der Übergang über den Piave wird mit großen Truppenmassen und viel Artillerie versucht. Der Angriff versucht den Vormarsch wiederaufzunehmen, der im November 1917 zum Halten gebracht worden war. Trotz stürmischer Angriffskämpfe zerschellt die Aktion jedoch an der unerschütterlichen Mauer des italienischen Widerstandes. Am 22. Juni wird sie nach vielem Blut-

verlust und nach einem ungestümen italienischen Gegenangriff, der den Feind an seinen Ausgangspunkt zurückwirft, abgebrochen. Es ist der Anfang vom Ende. Hierüber berichtet General Arz: „Die Offensive war mißlungen und der Kaiser kehrte bekümmert nach Wien zurück“ („Zur Geschichte des großen Krieges“). Die österreichisch-ungarischen Verluste sind folgende: 34 000 Tote, 91 000 Verwundete, 564 Offiziere und 24 000 Mann Gefangene. Die italienischen Verluste sind 8000 Gefallene, 28 956 Verwundete und über 47 000 Vermißte. Die Verluste der Alliierten sind für das britische Korps: 270 Gefallene, 1124 Verwundete und 365 Vermißte. Für das französische Korps: 96 Gefallene, 481 Verwundete und 15 Vermißte. Der italienische Sieg enthüllt neben dem kühnen Kampfgeist der Truppen auch den Überfluß der von der italienischen Industrie gelieferten Rüstung. In der Piaveschlacht wurden 140 Munitionszüge und mehr als 3,5 Millionen Schuß an Artilleriemunition verbraucht.

Der italienische Sieg ist aber nicht nur eine glückliche Episode im allgemeinen Rahmen des Krieges. Er ist der Anfang des Zerfalles des gesamten militärischen Systems der Zentralmächte. Auf dem Piave nimmt der Zusammenbruch des österreichischen Kolosses durch den hartnäckigen und blutigen italienischen Widerstand seinen Anfang. In diesen Zerfall wird die Kampfkraft Deutschlands hereingezogen. So schreibt Hindenburg: „Die Not unseres Verbündeten war auch für uns ein Unglück. Österreich-Ungarn hatte durch diesen Angriff sein ganzes Gewicht in die Waage des Krieges geworfen. Von diesem Augenblick an hörte die Donaumonarchie auf, eine Gefahr für Italien zu sein.“ Und am 7. November 1919 schrieb Ludendorff an den Grafen Lerchenfeld: „Nach unseren Siegen an der französischen Front hatten wir die besten Hoffnungen auf ein schnelles und siegreiches Kriegsende. Ein großer Zweifel jedoch blieb im Grunde meiner Seele: Die Frage der italienischen Front. Ich hatte das Österreichische Große Hauptquartier aufgefordert, eine Offensive gegen Italien in Gang zu setzen, um österreichisch-ungarische Divisionen freizubekommen und an unsere Front zu bringen. Wäre dies geschehen, so wäre unser Sieg sicher gewesen. Die gesamte Aufmerksamkeit Hindenburgs und die meine konzentrierten sich auf die italienische Front. Wir ahnten, daß dort sich etwas Entscheidendes ereignen würde, vielleicht die Entscheidung selbst über den weiteren Kriegsverlauf. Als wir die Nachricht erhielten, daß die Offensive gescheitert war, fühlten wir, daß das Spiel

verloren war. Die Entscheidung, die man bis jetzt auf der französischen Front erwartet hatte, verschob sich plötzlich und nahm einen ungeheueren Umfang an durch die Gegenwirkung auf die italienische Front. Österreich-Ungarn hatte eine Niederlage erlitten, die entscheidend werden konnte. Wenn Österreich-Ungarn fiel, war der Krieg verloren. Zum ersten Male bekamen wir die Ahnung unserer Niederlage.“

Diese Wahrheit wird auch von den Alliierten anerkannt. Am 24. Juni erklärt Lloyd George im Unterhaus: „Was jetzt sich in Italien ereignet hat, ist vielversprechend und ist eines der gewaltigsten Ereignisse des Jahres. Es ist ein Sieg von unendlich größerer Tragweite als andere Siege, die vielleicht wichtiger zu sein scheinen.“

Aber der Krieg ist gewiß noch nicht zu Ende. Der Widerstand der Zentralmächte ist noch hartnäckig und drohend, wenn er auch an Schlagkraft verloren hat. Im Juli halten sich die Kräfte in Frankreich das Gleichgewicht mit 203 deutschen Divisionen, denen die französischen und britischen gegenüberstehen, vermehrt um 4 italienische und 26 amerikanische Divisionen. In Italien dagegen besteht kein Gleichgewicht, denn gegenüber 72 österreichisch-deutschen Divisionen stehen nur 53 italienische. Die Verpflegungsmöglichkeiten werden immer schwieriger in Italien. Besonders gegen Italien konzentriert sich der Unterseebootkrieg. Schon im März 1918 ist die Hälfte der italienischen Handelsflotte in Grund geschossen. Im Oktober machen sich auch die finanziellen Schwierigkeiten immer spürbarer. Die italienische Schuld gegenüber Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten beläuft sich auf insgesamt 14,5 Milliarden Lire. England und Frankreich verweigern neue Kredite. Trotzdem läßt sich Italien nicht entmutigen und ruht nicht. Es sammelt alle seine Mannschaften und seine Mittel, es legt der Zivilbevölkerung die härtesten Entbehrungen auf, und bereitet in der Stille die große Entscheidungsaktion vor. Ende Oktober verfügt Österreich-Ungarn noch über ein Heer von 2260000 Mann mit 15400 Maschinengewehren, 8900 Geschützen, 5000 Granat- und Minenwerfern. Dreiviertel dieser Streitkräfte, das heißt 48,5 Divisionen, dem 688 Bataillone entsprechen, befinden sich unmittelbar auf der italienischen Front. Mit einer Riesenanstrengung seiner Industrie jedoch ist es Italien, das immer von den Alliierten knapp versorgt worden war, gelungen, seine Artillerie von Juni bis Oktober von 6800 auf 9000 Geschütze zu bringen.

Die italienische Offensive, die nach dem Plan des Generals

Diaz entscheidend sein sollte, beginnt am 24. Oktober mit einem energischen Angriff der IV. Armee auf dem Grappa. Hier halten sich die Kräfte das Gleichgewicht, sei es was Mannschaften wie auch was die Artillerie angeht. Die Kämpfe, die bis zum 27. dauern, sind überaus blutig. Der Kriegswille in Österreich-Ungarn ist noch groß. An einem Punkte werfen 6 Bataillone der 40. Division 17 mal die italienischen Angriffe zurück und werden schließlich von dem italienischen Ansturm überwältigt und vernichtet. Die Italiener erleiden einen Verlust von 24000 Gefallenen und Verwundeten. Schwerer noch sind die österreichisch-ungarischen Verluste. Die Infanterie des Generals Horsetzky verliert 40% ihres Bestandes, wie er selbst in seinen Erinnerungen erzählt („Die vier letzten Kriegswochen“).

In der Nacht des 27. Oktober überschreiten die Italiener den Piave. Am Ende des ersten Kampftages erscheint das mit solcher Kraft angegriffene österreichisch-ungarische Heer schon bezwungen. Am 28. Oktober beginnt unter der Einwirkung der blitzartigen Aktion sein Rückzug, der sich bald in verzweifelte Auflösung verwandelt. Das österreichisch-ungarische Heer ist endgültig geschlagen. Italien hat alle seine Kräfte eingesetzt. An Gefallenen und Verwundeten belaufen sich seine Verluste auf 34500 Mann gegen 1600 Mann britischer und 300 Mann französischer Verluste.

Dieser so teuer erkämpfte italienische Sieg gibt dem Widerstande der Zentralmächte den Todesstoß. So schreibt General von Bernhardi: „Die Entscheidung ist in Italien gefallen.“ Und Ludendorff sagt: „Im Oktober 1918 erfolgte noch einmal der Todesstoß auf der italienischen Front. In Vittorio Veneto hatte Österreich nicht nur eine Schlacht verloren, es hatte den Krieg und damit sich selbst verloren und zog Deutschland mit ins Verderben.“ In Deutschland wird allgemein anerkannt, daß der italienische Sieg nicht nur das Ende Österreich-Ungarns bedeutet, sondern auch die nicht mehr zu rettende Krisis des deutschen Widerstandes. Durch diesen Sieg scheiden die österreichisch-ungarischen Streitkräfte aus und es entsteht die Gefahr einer neuen Kriegsfront gegen Deutschland in Österreich, nachdem nach dem Waffenstillstand von Villa Giusti den alliierten Heeren der Weg geöffnet worden war. Schon am 17. Oktober hatte in Berlin Graf Roeder General Ludendorff auf die Gefahr eines italienischen Angriffes gegen Deutschland durch Österreich hindurch aufmerksam gemacht, aber General Cramon wollte die Hoffnung nicht fallen lassen. Am 28. Oktober

jedoch mußte man jede Hoffnung aufgeben. In der politischen und militärischen Besprechung an diesem Tage erklärt General Gallwitz warnend, daß „durch den Sonderfrieden Österreichs die Lage völlig verändert wird“, und General Mudra, Befehlshaber der XVII. Armee im Norden von Cambrai, fügt hinzu: „Wenn Österreich fällt, könnten wir einen Stoß erhalten, der uns zwingen würde, an den Augenblick zu denken, in dem wir dem Feinde weichen müssen“ („Vorgeschichte des Waffenstillstandes“).

Am 5. November erscheint die Lage in Deutschland verzweifelt. In einer Sitzung des Ministerrates kündet General Groener an: „Die Gefahr des Falles unseres Verbündeten rückt drohend näher. Unser Widerstand kann nur noch von kurzer Dauer sein, denn das Heer kann nicht mehr dem Ansturm des äußeren Feindes widerstehen, da dieser in erdrückender Überzahl ist und Österreich zu versagen droht.“

Der italienische Sieg wird also im einstimmigen Urteil des Feindes als entscheidend für das Schicksal des europäischen Krieges anerkannt. Er erfolgt in einem Augenblick der dunkelsten Verwirrung der Alliierten, die noch an ein fernes Kriegsende glauben und die Schwierigkeiten der Lösung zu verstehen beginnen. In einer Besprechung am 25. Oktober in Seulis zwischen Marschall Foch, Marschall Haig, General Pershing und General Pétain gibt der Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte den Ratschlag, bald durch einen gemäßigten Waffenstillstand zum Frieden zu kommen: „Die alliierten Heere sind, trotzdem sie siegreich sind, am Ende ihrer Kräfte. Die Einheiten müssen neu aufgestellt werden. Deutschland ist militärisch nicht gebrochen.“ Am 29. Oktober erklärt Marschall Foch auf eine Anfrage von Lloyd George, Clemenceau und House, dem Vertreter des Präsidenten Wilson, daß der Krieg „noch drei Monate und vielleicht vier oder fünf fort dauern kann“, und im Rate der Admiralität erklärt Lloyd George: „Heute verliert jede unserer Armeen in der Woche mehr Mannschaften, als in irgendeiner Woche der ersten vier Kriegsjahre verloren hat.“ Österreich fällt. Die Kapitulation Deutschlands scheint sicher zu sein. Sofort wird wieder Mut geschöpft, und Frankreich und England erhöhen ihre Ansprüche und zeigen sich unnachgiebig.

Im Lichte des italienischen Sieges schlägt auch die Stunde der Befreiung der Nationalitäten Österreich-Ungarns. Am 28. Oktober rufen die Tschechen in Prag ihre Unabhängigkeit aus, und ihnen folgen am 29. Oktober in Agram die Kroaten und am 30. Oktober die Ungarn in Budapest.

Die Bilanz eines Opferganges

Die Franzosen sind bereit, den entscheidenden Beitrag an Kraft und Blut für den gemeinsamen Sieg seitens Italiens zu vergessen und sogar zu entwerten. Sie finden darin sogar nach Kriegsende und nachdem die Gefahr vorüber ist und kein Bedürfnis nach Hilfe mehr besteht, einen Grund unverschämter Verleumdung. Es sind im allgemeinen nicht die großen Generäle, die sich durch so viel Undankbarkeit herabsetzen. Sie haben auf den Schlachtfeldern die italienischen Soldaten kämpfen und fallen gesehen. Sie kennen wenigstens fragmentarisch und von weitem die Schwierigkeiten und die Geschehnisse des Krieges auf der italienischen Front. Es sind dagegen die kleinen Geister ihrer Historiker, die sich in dieser elenden Verfälschung und Verstümmelung der Geschichte eines großen Krieges überbieten, in der dagegen das ganze Heldentum und die vielen Opfer ihren Platz finden sollten wie die hunderttausende Gefallener aller Nationen. Diese Historiker brennen von einem unmäßigen nationalistischen Stolz, der sich anmaßt, jede patriotische und kriegerische Tugend für Frankreich in Anspruch zu nehmen und sich weigert, anderen Nationen die Verdienste zuzuerkennen, die sie über jedes Maß hinaus ihrem Lande zueignen. Ihre Beweggründe sind ferner ein kaltes handelspolitisches Rechnen, mit der Absicht, sich den vertraglichen Zahlungsverpflichtungen und der moralischen Pflicht der Dankbarkeit zu entziehen, indem sie vorgeben, die lebendigen Gründe dafür nicht zu kennen. Diese absichtliche, ungerechte Entwertung der Anstrengungen und der Opfer Italiens im Kriege, die wie eine nationale Ehrenpflicht 20 Jahre lang in den Zeitungen und Büchern immer wieder erneuert wurde, stellt einen der Beweggründe des geistigen Abgrundes dar, der zwischen der italienischen und französischen Nation entstanden ist.

Diese Entwertung ist in Frankreich auch für das italienische Heer versucht worden. General Pershing hat dies erlebt. Man hat ihm die Anerkennung für den großen Sieg seines Heeres bei Saint Michel, dem sogar in Deutschland Ludendorff seine Achtung zollt, verweigert, indem der Sekretär Clemenceaus, General Mordacq, diesen Sieg den französischen Kolonialtruppen zuschreibt.

Das ungerechte und befangene französische Urteil über den opferreichen, siegreichen Anteil Italiens am Kriege wird jedoch, wie wir gesehen haben, vor allem vom Feinde wider-

rufen. Es wird von den Tatsachen und von der Geschichte verurteilt. Schon vor dem 24. Mai 1915 wird der Kriegseintritt Italiens in Wien und Berlin als entscheidend für das Schicksal der Zentralmächte angesehen. So erinnert sich Conrad in seinen Memoiren („Aus meiner Dienstzeit“), dem österreichisch-ungarischen Außenminister am 23. Juli 1914, Tag der Überreichung des Ultimatus an Serbien, gesagt zu haben: „Wir dürfen nicht mobil machen, wenn wir auch Italien zu fürchten haben. Österreich kann keinen Dreifrontenkrieg ertragen.“ Durch die alleinige Tatsache des italienischen Kriegseintrittes betrachtete sich Österreich-Ungarn schon als verloren. Dieses Urteil wird auch in England vom britischen Außenminister bestätigt. Am 20. April 1915 telegraphiert Sir Edward Grey an den Russen Sasonow, der sich gegenüber dem italienischen Kriegseintritt noch zögernd verhält, da dadurch sein aus der Luft gegriffener panslawischer Plan gestört wird: „Vom Standpunkt der russischen Interessen erscheint vielleicht der italienische Beitrag nicht besonders interessant, aber für uns — und das, was ich sage, wird von den Militär- und Marinesachverständigen Englands unterstrichen — hat der Kriegseintritt Italiens und seine moralische Wirkung auf die neutralen Länder eine ungeheure Wichtigkeit“ (Aus den russischen Geheimdokumenten).

Die Tatsachen sind aber wichtiger als lange Reden. Italien hat vor allem zum gemeinsamen Krieg und Sieg einen Beitrag geleistet, der doppelt so groß war, als der in den militärischen Abmachungen vorausgesehene. Paragraph 1 des Paktes von London sah den Abschluß einer militärischen Abmachung zwischen den Generalstäben der vier großen Alliierten voraus, um „das Mindestmaß der von Rußland gegen Österreich-Ungarn einzusetzenden Streitkräfte festzusetzen, um diese Macht daran zu hindern, seine gesamten Anstrengungen gegen Italien zu konzentrieren“. Dieses Mindestmaß wurde unter dem Gesichtspunkte bestimmt, daß an der russischen Front die Hälfte des österreichisch-ungarischen Heeres gebunden bleiben sollte. Vom Sommer 1917 an dagegen hatte sich Rußland nach dem kurzen Zwischenspiel seiner letzten gescheiterten Offensive nicht mehr gerührt. Es begann die Auflösung seiner Front und seines Widerstandes. Ich erinnere mich aus jener tragischen Zeit, die ich in Rußland an der Front und im Inneren verbrachte, der Massenfahnenflucht der russischen Soldaten, die nunmehr von der bolschewistischen Propaganda und der Erschöpfung mürrisch

gemacht worden waren. Sie verkauften den Österreichern und den Deutschen sogar ihre Pferde und Lebensmittel, ihre Waffen und Geschütze und fluteten aus den Schützengräben in die großen Städte zurück, nach Petersburg und Moskau, um dort die Keller, die Geschäfte und die Häuser zu plündern. Im Oktober 1917, als sich die große österreichisch-deutsche Offensive gegen Italien vorbereitet, existiert Rußland nicht mehr als Militärmacht. Das gesamte Gewicht des österreichisch-ungarischen Heeres drückt, reich mit Waffen versehen und voll Zuversicht, auf die italienische Front. Um diesem Druck entgegenzutreten, ist Italien, dem von den Alliierten kaum geholfen wird, gezwungen, seine Reserven an Menschen und Mitteln bis zur äußersten Grenze anzu-spannen.

Sehr lehrreich wirkt hier ein Vergleich der militärischen Leistungen der Alliierten:

	Bevölkerung	Mobilisiert	Gefallen
Italien	36 120 000	5 230 000	680 000
Großbritannien	46 300 000	5 704 000	628 000
Frankreich	39 500 000	7 935 000	1 282 000
Belgien	7 500 000	380 000	44 000
Vereinigte Staaten von Amerika	105 000 000	3 500 000	80 000

Der Prozentsatz der mobil gemachten Mannschaften gegenüber der Bevölkerung ist folglich für Italien 14,48, für Frankreich 20,8, für Großbritannien 12,31, für Belgien 5 und 3,43 für die Vereinigten Staaten von Amerika. Der Prozentsatz der Gefallenen gegenüber den mobil gemachten Mannschaften ist 13 für Italien trotz der kürzeren Dauer seines Krieges, gegenüber 16,15 für Frankreich, 11,95 für Großbritannien, 11,57 für Belgien und 2,28 für die Vereinigten Staaten.

Nicht minder groß sind die materiellen Opfer, die Italien im Kriege erleidet. Im Gegensatz zu den alliierten Ländern werden sie für Italien absichtlich als gering dargestellt. Man berücksichtigt nur diejenigen Verluste, die durch Entschädigung gedeckt wurden und nicht die viel höheren, die nur angemeldet worden sind. Diese anerkannten Verluste belaufen sich auf 18 664 Millionen Goldlire, von denen 16 829 Millionen Privateigentum darstellt und 1835 Millionen öffentliches Eigentum. Dazu kommt noch der Verlust der mit seiner Ladung versenkten Handelstonnage von 123 260 000 Pfund Sterling. Von 1 534 738 Tonnen Schiffstonnage, die es

am 1. August 1914 besaß, verliert Italien 905 383 Tonnen, d. h. 58,9 Prozent, während England 42,6 Prozent seiner Handelsflotte verliert und Frankreich 39,4 Prozent.

Hoch sind auch die Kriegskosten. Auf das gesamte Jahrzehnt 1914—1923 berechnet, ergeben sich für den Staat an finanziellen Lasten als direkte und indirekte Folge des Krieges 137 233,9 Millionen Lire. Diese Ziffer muß in ihrem Verhältnis zum Volksvermögen betrachtet werden. Italien ist arm an Kapital, Naturschätzen, Rohstoffen und industriellen Anlagen. Vor dem Kriege wurde sein Vermögen auf 400 Milliarden Lire geschätzt, gegenüber 1350 Milliarden in Frankreich bei beinahe gleichhoher Bevölkerungsanzahl, ferner gegenüber 1665 Milliarden für Großbritannien und 6650 Milliarden für die Vereinigten Staaten. Der Krieg bedeutet folglich für Italien die Zerstörung von einem Drittel seines gesamten Volksvermögens.

Wegen dieser Bilanz des siegreichen Krieges hätte Italien das Recht gehabt auf die Achtung der Alliierten und billigerweise in den Friedensverhandlungen entsprechende Kompensationen beanspruchen können.

Die Isolierung Italiens

Sofort nach Kriegseintritt gegen die Zentralmächte auf der Seite der Alliierten ist Italien isoliert, und seine Stellung wird in der Stille unterhöhlt. Dieses wird nicht etwa durch die offiziellen Reden und die äußeren Gesten seiner neuen Bundesgenossen bewiesen, sondern durch die Handlung und die Abmachungen hinter seinem Rücken.

Der Pakt von London verpflichtet die Unterzeichner zum Schweigen. Sein Inhalt wird dagegen sofort in aller Heimlichkeit den Serben mitgeteilt und bildet schon während des Krieges den Anlaß zwecklosen und unvernünftigen Zwiespaltes zwischen Serben und Italienern, die ja doch durch die Geschichte und ihre nationalen Interessen berufen sind, in Freundschaft zusammen zu leben und zusammen zu arbeiten.

Der Pakt von London hätte auch Italien an den Interessen und politischen Verhandlungen der Alliierten mitbeteiligen sollen, genau so wie er das Land am Kriege und den Opfern teilnehmen ließ. Sir Edward Grey versichert dem Außenminister Sonnino, daß vom Tage der Paktunterzeichnung an Italien Bundesgenosse geworden wäre mit gleichen Rechten in allen Verhandlungen. Statt dessen verpflichten sich am

gleichen Tage der Paktunterzeichnung Frankreich, Großbritannien und Rußland durch geheimen Notenaustausch, dem sie in der Folge, um sich ein Alibi zu schaffen, das Datum des Vortages geben, sämtliche früheren Abmachungen über die Friedensbedingungen, die Italien nicht mitgeteilt wurden, aufrechtzuerhalten. Unter diesen Abmachungen befindet sich auch die Vereinbarung über Konstantinopel und die Meerengen, die Rußland besonders interessieren, aber auch für Italien als Mittelmeermacht von Wichtigkeit sind. Die italienische Regierung erfährt hiervon auf indirektem Wege. Am 22. August 1914, Tag der Kriegserklärung der Türkei, verlangt hierüber Sonnino Aufklärung von Grey. Der britische Minister weicht jedoch aus und gibt nur unverbindliche Antworten.

1916 verständigen sich England und Frankreich durch die Abmachung Sykes-Picot, von der wir in der Folge sprechen werden, über die Aufteilung Kleinasiens, die ebenfalls ein Gegenstand des Paktes von London war. Italien wird hiervon nichts gesagt. Am 14. Februar 1917 erfolgt als Abschluß der direkten Verhandlungen in Petersburg zwischen dem Zaren und der französischen Delegation, die nach Rußland zusammen mit der Interalliierten Kommission, zu der auch die Italiener gehörten, gekommen war, ein Notenwechsel zwischen dem russischen Außenminister Pokrowski und dem französischen Botschafter Paléologue. Dadurch verpflichtet sich Rußland, die französische Absicht der Besetzung Elsaß-Lothringens und des linken Rheinufers zu unterstützen. Wiederum wird Italien hiervon nicht unterrichtet. In der Bewältigung schwerster Aufgaben begriffen, unter tragischen Opfern wird Italien nur wie ein armer Verwandter behandelt.

Am 9. September 1918 teilt die französische Regierung Italien die Aussage der Tuniskonventionen mit. Italien war gerade aus dem siegreichen und blutigen Widerstand am Piave herausgekommen, der die neue Offensive Österreichs gebrochen hatte und das Kriegsgeschick zugunsten der Alliierten gewendet hatte. Die Tuniskonventionen schützen die nationalen Rechte der Italiener im französischen Protektorat. Italien ist nicht imstande, darauf zu reagieren. Seine Kriegstreue läßt es dieser merkwürdigen Entscheidung des Bundesgenossen gegenüber waffenlos verharren. Frankreich nutzt dieses aus und versucht ein System, das wesentlich ist für sein Verhältnis zu Italien und die italienischen Mittelmeerinteressen zerstört.

Am 29. Oktober 1918, gegen Kriegsende und kurz vor Vittorio Veneto, schlägt Sonnino während einer Besprechung der alliierten Vertreter bei dem französischen Außenminister Pichon in Paris eine gemeinsame Basis für den Waffenstillstand mit Österreich-Ungarn und Deutschland vor. Er versteht damit eine Verschmelzung der alliierten Interessen und Probleme auch im Frieden, genau so wie der Krieg ihnen gemeinsame Gefahren und Blutopfer auferlegt hatte. Seine Worte fallen auf eiskalte Feindseligkeit. Die Alliierten drücken sofort ihre Absicht aus, die Entschließungen und Verhandlungen über den Waffenstillstand mit den beiden Ländern zu trennen. Hier erscheint ganz offensichtlich das Einvernehmen Frankreichs und Großbritanniens, um Italien und seine nationalen Belange sofort nach Kriegsende zu isolieren.

Am 13. November 1918, kurz nach Unterschrift des Waffenstillstandes von Villa Giusti, der das Ende des Krieges mit Österreich-Ungarn bringt, wird in Belgrad durch einen französischen General, der den Kommandeur des alliierten Expeditionskorps im Orient vertritt, General Franchet d'Espèray, einen serbischen General und den ungarischen Vertreter des Grafen Károlyi ein merkwürdiges Sonderwaffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Italien wird hiervon nicht unterrichtet, trotzdem es auch den Krieg gegen Ungarn gekämpft und gewonnen hat. Nach Entdeckung dieser geheimnisvollen Tatsache wird sie von Clemenceau während einer Besprechung der Big Four in Paris als ein „Konventionsnachtrag“ bezeichnet. Dagegen fällt kein Wort zur Erklärung der erfolgten Willkür. Später versucht er sie zu rechtfertigen durch die Behauptung, daß „vielleicht das französische Kommando noch keine Nachricht vom Waffenstillstand von Villa Giusti erhalten hatte“, der doch zehn Tage vorher schon unterzeichnet worden war. Er gibt vor, die neue Kränkung Italiens nicht zu bemerken, die darin lag, daß Italien von dem abschließenden Akt eines Krieges, der von ihm im hauptsächlichsten und entscheidendsten Teil beinahe allein geführt worden war, entfernt und in Unwissenheit gehalten wurde.

Von diesem Augenblick an stellen sich die Alliierten und vor allem Frankreich gegen Italien. Im Dezember 1918 erscheint in Wien eine französische Mission, die in Österreich eine aktive Propaganda gegen Italien beginnt, während Italien sofort nach dem Waffenstillstand bereit ist, der österreichischen Bevölkerung Lebensmittel zu senden und Hilfe zu leisten. In Paris wird hiergegen protestiert, ohne daß die

französische Regierung darüber eine Erklärung gibt. Am 3. Dezember gibt Lloyd George die britischen Friedensbedingungen an. Diese sind in zwei volkstümlichen Sätzen enthalten: „Hang the Kaiser“ (Hängt den Kaiser) und „Let them pay to the last penny“ (Laßt sie bis zum letzten Pfennig zahlen). Kein Wort fällt über Österreich-Ungarn und die italienischen Probleme und Belange.

An der Schwelle der Friedenskonferenz kommt Sonnino auf den Vorschlag einer solidarischen Politik der Alliierten zurück. Er verlangt eine einheitliche Basis für die Friedensbedingungen, ja sogar einen einzigen Friedensvertrag mit Deutschland und Österreich. Frankreich und Großbritannien wollen dagegen die Probleme und Verträge getrennt verhandeln und festsetzen. Ihre Tendenz, die Behandlung der italienischen Probleme bis nach erfolgter Behandlung des deutschen Falles ist ganz offensichtlich und hat den Zweck, Italien vor vollendete Tatsachen zu stellen, im Interesse der alliierten Regierungen und es ohne diplomatische Mittel der Vereinbarung und des Widerstandes zu lassen. Am 17. März 1919 schlägt die „Times“ vor, die Friedensfrage in zwei Gruppen zu spalten, eine dringende und eine weniger dringende, zu der die italienische Frage geschlagen werden sollte. Italien, sein Krieg, seine riesigen Opfer an Blut und Geld, sein entscheidender Beitrag zum Siege sind vergessen. Man will nicht einmal an die Beweggründe denken, die Italien dazu gebracht haben, den Krieg mit seinem furchtbaren Risiko zu wählen. Italien jedoch versucht noch immer, mit übertriebenem Optimismus seinem guten Recht und der Loyalität der Alliierten zu vertrauen und erklärt sich damit einverstanden, zuerst die deutsche Frage zu verhandeln und zu lösen. Die Beratungen dauern drei Monate. Nie gelingt es Italien, in diese Beratungen den Fall Österreich-Ungarn oder seine eigenen Interessen einzuschalten. Als am 14. April 1919 sämtliche Friedensbedingungen mit Deutschland festgesetzt sind, gibt Lloyd George im Einvernehmen mit Clemenceau und Wilson seinen Entschluß bekannt, der deutschen Delegation das betreffende Dokument vorzulegen. Die Zusammenkunft wird für den 25. April festgesetzt. Dieses läßt nur eine Zeitspanne von 11 Tagen zu. Die italienische Frage muß noch immer gelöst werden. Man steht hierbei dem gemeinsamen feindseligen Widerstand von Clemenceau, Wilson und Lloyd George gegenüber. Der Chef der italienischen Regierung, Orlando, setzt dem sofort seinen mündlichen und schriftlichen Vorbehalt entgegen. Die deutschen Vertreter

dürfen nicht zur endgültigen Lösung der deutschen Frage gerufen werden, solange die italienische Frage offen bleibt und nicht alle Rechte Italiens klar definiert sind. Der Vorbehalt wird jedoch nicht angenommen. Man erklärt nur, daß, wenn Italien den Friedensvertrag mit Deutschland nicht unterschreibt, das Bündnis hinfällig wird. Fällt aber das Bündnis, so wird auch der Pakt von London, d. h. der Kontrakt der Alliierten mit Italien, als verfallen angesehen.

Am Vorabend der Verkündigung des Friedensvertrages an die deutsche Abordnung wird entdeckt, daß in der schon gedruckten Einleitung als „Hauptmächte“ nur die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich angeführt sind, während Italien zu den kleineren Mächten gezählt wird. Die riesenhaften Anstrengungen Italiens, seine 700 000 Gefallenen, seine für den gemeinsamen Sieg entscheidende Aktion genügen nicht, um seine Größe auf dem Markte des Friedens zu bestimmen. Der italienische Protest erfolgt sofort. Das diesbezügliche Feilschen ist lang und schwierig. Clemenceau erklärt, daß nichts mehr gemacht werden könne. Schließlich gestattet er, daß der Name Italiens demjenigen der anderen Großmächte mit der Feder zugesetzt wird, wie man es bei einem in letzter Minute Erschienenen macht. Nur nachdem ein offener Bruch seitens Italiens droht, wird die erneute Drucklegung der betreffenden Seite beschlossen und damit Italien auch auf dem Papier der Platz zuerkannt, der ihm gebührt. Es handelt sich hier um eine klägliche, aber sehr bezeichnende Episode. Sofort nach Kriegsende bemühen sich die Alliierten, die moralischen, politischen und territorialen Vorteile, die der Sieg Italien gebracht hat, zu verkleinern und zu vernichten. Sie wollen Italien nicht die Gleichberechtigung zuerkennen, da sie Italien nicht gleiche Rechte und gleiche Ansprüche gönnen. Gleichberechtigt in der Gefahr und im Opfer, darf Italien den großen Alliierten nicht gleichberechtigt sein in den Kompensationen, in den Prestigemöglichkeiten und in seinem Einfluß. Das geheime Einvernehmen der drei anderen Mächte verweigert Italien die Anerkennung seiner Größe und seines Rechtes zur Macht. Im politischen System Europas und der Welt soll dem Erscheinen neuer Nationen ersten Ranges mit neuen Rechten nicht Platz gemacht werden. Gefallen ist das Reich des Zaren, vernichtet ist Österreich, entwaffnet steht die Großmacht Deutschland da, aber schon hat sich zwischen Frankreich und Großbritannien eine stillschweigende Übereinkunft gebildet, um der wachsenden Macht Italiens den Weg zu sperren, seinen

Wert und seine Rechte zu mißachten, seine alles durchdringende Lebens- und Ausdehnungskraft aufzuhalten.

Dieses stellt die folgenschwere Politik der Hegemonie und der Monopolisierung der politischen Führung in Europa dar. Auf einem schicksalsschweren Irrtum aufgebaut, ist die in Versailles geschaffene europäische Ordnung dazu verurteilt, unterzugehen.

Clemenceau und Wilson

Der Beginn der Friedenskonferenz ist auch gleichzeitig der Beginn eines neuen diplomatischen Krieges zwischen den Alliierten. Jede Nation legt auf ihre Weise und nach ihren eigenen Interessen die Probleme des Friedens aus und stellt sich den andersgearteten Tendenzen der anderen Nationen entgegen. Clemenceau beherrscht die Konferenz von Versailles. Er befindet sich des öfteren in Meinungsverschiedenheit mit Wilson und nicht selten im Gegensatz zu Lloyd George. Aber alle diese drei Männer machen gemeinsame Sache gegen Italien.

Es ist Clemenceau, der diesen stummen unerbittlichen Kampf leitet. Die gesamte französische Kriegspolitik, wie sie sich aus ihren bezeichnendsten Dokumenten ergibt, ist in diesem Italien feindseligen Sinne ausgerichtet. Frankreich unterschreibt den Pakt von London, durch den, wenn auch in großen Zügen, seine Verpflichtungen gegenüber Italien festgelegt werden, mit dem stillen Vorbehalt, nichts davon zu halten. „Übrigens wird durch nichts bewiesen, daß im Augenblicke des Friedens alle diese Bestimmungen eingehalten werden können“, schreibt Poincaré im Augenblick der Abschließung des Paktes, als er über die territorialen Zugeständnisse an Italien berichtet („Le tranchés“, S. 147). Ferner berichtet Ray Stannard Backer, der die amerikanischen Dokumente über die Konferenz von Versailles gesammelt hat (Woodrow Wilson and World Settlement), daß sich der Quai d'Orsay „bereit fand, sämtliche Geheimverträge zu brechen, um Italien zu beugen“. In schlauer Weise schiebt Clemenceau Wilson vor und versteckt sich, solange er nur kann, hinter dessen Autorität. Wilson hat den Pakt von London nicht unterzeichnet und gibt vor, den Geheimverträgen gegenüber feindselig eingestellt zu sein. Wilson ist nach Europa gekommen und gibt sich die Allüren eines Messias der Wiedergeburt, ohne überhaupt die ge-

schichtlichen Probleme der Gegenwart zu kennen. Von Italien und seinen Belangen vor allem kennt er weder die Geographie noch die einfachsten Voraussetzungen. Er vertritt dagegen ein großes Land, das sich darauf vorbereitet, der Bankier Europas zu werden. Er wird an die Spitze der Konferenz gestellt, und seiner Willkür werden alle ihre Entscheidungen anheimgestellt. Gegenüber seiner Urteilstkraft, die von den Einflüsterungen öffentlicher und geheimer interessierter Agenten belastet ist und von den schlaunen französischen und britischen Beeinflussungen, hat der Vertrag, der Frankreich und Großbritannien gegenüber Italien verpflichtet und Italiens Opfer und Beitrag im Kriege belohnen soll, keinen Wert mehr. „Clemenceau und Lloyd George waren durch den Pakt von London verpflichtet, aber glaubten, daß die Vereinigten Staaten sich dagegen auflehnen würden“ — liest man in den „Intimate Papers of Colonel House: The Ending of the War“ von Charles Seymour —. „Der wirkliche Interessenkonflikt war zwischen den Briten und Franzosen einerseits und den Italienern andererseits. Die Ironie des Schicksals wollte es so, daß der offene Konflikt, der die Konferenz zu sprengen drohte, sich zwischen Wilson und Orlando abspielen sollte.“ Der gute Glaube Wilsons wird betrogen durch den Ehrgeiz seiner Absicht, der Welt die neue Ordnung zu schenken und durch die europäische Heimtücke, die auf die Primitivität seines puritanischen Geistes und seiner völligen Unkenntnis europäischer Dinge baute. Was eine natürliche Verständigung zwischen den realen Interessen Italiens und der Ideologie des amerikanischen Präsidenten hätte sein können, wird in nicht wieder gut zu machendem Mißverständnis zur flammenden Ursache eines unauslöschlichen Konfliktes.

Der Pakt von London war ja als Mindestplan und nicht als Maximum der Anerkennung der italienischen Interessen und Rechte gedacht worden. Er sah nicht den Zusammenbruch des kaiserlichen Rußlands und die Vernichtung Österreichs voraus. Er setzte nicht einmal den völligen Sieg der Alliierten und deren Beherrschung des Schicksals sämtlicher besiegter Staaten voraus. Der Pakt von London war auch das Resultat eines Kompromisses, um das schon mühsam gefeilscht worden war zwischen den italienischen und den durch Rußland vertretenen slawischen Interessen. Es ist auch nicht gesagt, daß dieser Pakt bezüglich der Adria eine vollendete Tatsache herstellen sollte. Eine direkte freundschaftliche Verständigung zwischen Italienern und Slawen, frei von den parteiischen

Beeinflussungen und den ungerechtfertigten programmatischen Verboten anderer Mächte, hätte sicher zu einem natürlichen und ruhigen Weg der Revision und der Mitarbeit geführt, wie es 1924 durch die Politik von Mussolini geschehen ist. 1919 jedoch stellte der Pakt von London gegen die sofort entstandene Feindseligkeit Frankreichs, das Italien die Früchte des Sieges entreißen wollte, einen Vertrag dar, dessen Unterschrift die Ehre der Alliierten band und der von Italien nicht verlassen werden konnte ohne das Risiko, zuletzt mit leeren Händen dazustehen.

Der Pakt von London sollte die nationale Einigungsarbeit der Befreiungszeit vollenden. Er sollte das italienische Adriaproblem lösen, das nicht nur ein nationales Problem darstellt, sondern auch defensiver Natur ist. Er sollte die Türen zur italienischen Expansion gegen neue, zur Aufnahme des Bevölkerungsüberschusses geeignete Landstriche öffnen. Die gleichen Franzosen erkennen später die natürliche Unterlegenheit der italienischen Adriaküste im Defensivsystem dieses Meeres und damit auch die Berechtigung der italienischen Ansprüche an. In seinem Buch „La guerre n'avale dans l'Adriatique“ schreibt der französische Kapitänleutnant Thomazi z. B.: „Wenngleich dem Feinde überlegen, sind die alliierten Seestreitkräfte in der Adria nicht hinreichend, um eine wirkliche Blockade der zahllosen Häfen der Adriaküste durchzuführen. Die italienische Küste steht einem Angriffe offen und ist schwer zu verteidigen, während die gegenüberliegende Küste den Flottillen wertvollen Unterschlupf bietet.“ Erst durch die Vereinigung Albaniens mit Italien wird 1939 in der Adria das zur Verteidigung notwendige Gleichgewicht der Kräfte hergestellt.

Als somit in Paris die Adriafrage auftauchte, verlangte Italien die Anwendung des Paktes von London sogar unter Begünstigung der slawischen Ansprüche und der Annexion von Fiume, das noch vor Kriegsende durch Ausdruck des Volkswillens seine Vereinigung mit Italien verlangt hatte. Wilson verweigert dem Pakt von London als einem Geheimvertrag seine Anerkennung. Clemenceau verweigert Fiume seinen Wunsch, weil dies nicht durch den Pakt von London vorgesehen wird, wenn auch gleichzeitig in der neuen jugoslawischen Ordnung Kroatien nicht von Serbien getrennt wird, wie jener Pakt es dagegen angeordnet hatte.

Der amerikanische Präsident möchte auch deshalb den Pakt von London als ungültig erklären, weil er gegen die Expansionsbestrebungen Japans in China ist und deswegen auch

den Geheimvertrag über Schantung zu annullieren wünscht. Es entspricht jedoch nicht der Wahrheit, daß der Pakt von London bei Amerikas Kriegseintritt in Washington geheim und unbekannt gewesen wäre. Wilson versucht dies zu vergessen und sich selbst zu täuschen. Die Vereinigten Staaten erklären am 7. Dezember 1917 Österreich-Ungarn den Krieg, und schon vor diesem Tage, und zwar im April 1917, hat Wilson eine Abschrift des Textes des Londoner Paktes erhalten und sogar dessen Inhalt mit Balfour während einer Amerikareise dieses britischen Ministers besprochen. Diese Tatsache ist von Balfour selbst am 4. März und am 16. Mai 1918 dem Unterhause mitgeteilt worden. Diese Mitteilung wurde während einer Sitzung der Friedenskonferenz am 21. April 1919 wiederholt. Überhaupt wurde ja der ungekürzte Inhalt des Paktes von der Sowjetregierung nach der russischen Revolution veröffentlicht und vom „Manchester Guardian“ am 13. September 1917 wiedergegeben. Das einzige, was fehlte, war die offizielle Mitteilung des Paktes nach den allgemein gültigen Regeln der Diplomatie. Großbritannien hat diese Mitteilung nicht gemacht, um nicht den Vereinigten Staaten Rechenschaft über seine Geheimverträge mit Japan über die Aufteilung der Südseeinseln geben zu müssen. Der Vorwand des Geheimvertrages soll also nur als Handhabe dienen, ihn, als auf illegitimen Prinzipien beruhend, von Grund auf zu zerstören, während Frankreich und Großbritannien zur Ehre ihrer Unterschrift verpflichtet gewesen wären, den Pakt ohne Diskussion anzuwenden.

Wilson fühlt sich bemüßigt, in dem Pakt von London eine angebliche Kränkung nationaler Rechte zu sehen und muß dem das Evangelium seiner vierzehn Punkte entgegenstellen. Er kämpft für die wenigen hunderttausend Slowenen Istriens und sogar Deutschen Südtirols und vergißt die dreieinhalb Millionen Deutsche Elsaß-Lothringens, die zu Frankreich gekommen sind, die drei Millionen Deutsche der Tschechoslowakei, die Million Deutscher und anderer verschiedener Nationalitäten, die zu Polen geschlagen wurden. Er möchte nicht, wie er trocken in einer Besprechung der Big Four am 19. April erklärt, von strategischen und wirtschaftlichen Betrachtungen reden hören und vergißt gewaltsam, daß die in der Hexenküche von Versailles zusammengebrachten neuen Staaten, vor allem die Tschechoslowakei und Polen, sich im Gegensatz zu den elementarsten und offensichtlichsten Nationalitätsprinzipien gerade auf Grund vorgegebener strategischer und wirtschaftlicher Notwendigkeiten gebildet haben.

Danzig und der Korridor, beides sichere Ursachen eines neuen Krieges, werden Polen nur aus wirtschaftlichen Gründen zuerteilt. Wilson denkt nicht einmal daran, daß die Beanstandung des Paktes gemacht werden mußte, ehe Italien im Kriege 700 000 Gefallene und 2,5 Millionen Verwundete zu beklagen hatte, zuzüglich des Verlustes eines Drittels seines Volksvermögens.

Gegen den Anspruch auf Fiume, eines lebhaften italienischen Zentrums, steht jedoch das geschriebene Wort des Paktes von London, der, indem er über das Nationalitätenprinzip hinweggeht, die Stadt einem nicht existierenden unabhängigen kroatischen Staat zuerkennt. Am 18. Oktober 1918, als der Krieg noch im Gange ist, schreit mit glänzendem Mute der Abgeordnete Ossoinack im Parlament in Budapest das Bekenntnis hinaus, daß die Stadt italienisch ist und italienisch bleiben möchte. Am 30. Oktober, ehe der Krieg zu Ende ist, ordnet der Nationalrat von Fiume die Abstimmung über die Vereinigung mit Italien an. Punkt IX der Wilson-Erklärung besagt, daß „die Festsetzung der Grenzen Italiens auf Grund des Nationalitätenprinzips erfolgen soll“. Der amerikanische Präsident will jedoch nicht einmal das italienische Recht auf Fiume anerkennen.

Clemenceau ist sofort bereit, das sich widersprechende und immer ändernde Spiel Wilsons zu unterstützen. Nachdem Frankreich schon vorher die Aufstellung eines größeren Österreichs im Gegensatz zu Deutschland und Italien befürwortet hatte, entscheidet es sich plötzlich schon in den ersten Tagen des Friedens für eine völlige Zerstückelung dieses Landes. Frankreich treibt nun der Aufstellung neuer Staaten zu, die sich um den von den kleinen Nachfolgestaaten des Habsburger Reiches gebildeten Kern gruppieren sollen. Der Plan besteht hier darin, an Stelle der nunmehr vernichteten Einheit Österreichs die Koalition dieser Staaten zu setzen und dadurch seinen ehrgeizigen Plan einer europäischen Einkreisung Deutschlands, das nie mehr auferstehen soll, und der wachsenden italienischen Macht auszuführen. Aus diesem Grunde bleibt Clemenceau, ohne es sich merken zu lassen, dem feindseligen Vorbehalt, den Poincaré gegen die Anwendung des Paktes von London zum Ausdruck gebracht hat, treu. Am 19. April 1919 bringt er unter Wiederholung der vagen, von Wilson mit so viel Vorliebe angewendeten Worte unverfroren zum Ausdruck: „Wir versuchen Europa und die Welt von der alten Ordnung loszulösen, die zu den früheren Konflikten und zu dem jetzigen Kriege geführt hat.“ Er

gibt vor zu glauben, daß der Versailler Vertrag mit seinen riesigen Minderheitenfragen, die sogar schon innerhalb der französischen Grenze ihren Anfang nehmen, zu dieser neuen Ordnung gehört und imstande ist, Europa gegen die Gefahr eines neuen Krieges zu schützen. Er verkündet dann, daß er „nicht teilgenommen habe“ an der französischen Regierung, die den Pakt von London unterschrieben hat, und antwortet Orlando, der Paris verlassen will, mit einer versteckten Drohung: „Wir werden sehr darunter leiden, wenn wir verlassen werden, aber mehr noch wird Italien leiden.“ Am 21. April stellt er sogar den italienischen Ansprüchen das Beispiel der Mäßigung Frankreichs gegenüber, das zwar die dreieinhalb Millionen Deutsche Elsaß-Lothringens annektiert, jedoch „die Absicht fallen läßt, zu den Grenzen von 1815 mit Köln, Koblenz, Mainz und den anderen Punkten jenseits des Rheins zurückzukehren“.

Am 24. Mai widersetzt sich Clemenceau offener dem Pakte von London, der doch die französische Unterschrift trägt. In der Besprechung der Big Four sagt er: „Der Pakt von London stellt keine Lösung dar. Aus ihm würde sich kein Friede ergeben. Der Pakt von London bedeutet die Anarchie, die Fortsetzung des Krieges.“ Sein Italien feindlich eingestellter Geist bringt ihn sogar dazu, einige Tage später gelegentlich der Verhandlungen über die Schaffung einer Freien Stadt Fiume zu fragen, welches deren offizielle Sprache sein sollte. Diese Haltung ruft in Italien naturgemäß eine starke Reaktion hervor. Clemenceau gebraucht dieses zum Vorwande, um die italienische Regierung einer Frankreich feindlichen Politik zu bezichtigen und seine wachsende Gegnerschaft den italienischen Interessen gegenüber zu rechtfertigen. Am 10. Mai reist der Botschafter von Frankreich, Barrère, in steigender Unruhe über die in Italien sich ausbreitende Bewegung von Rom ab, um seine Regierung hiervon zu unterrichten und ihr eine baldige und ehrliche Lösung der italienischen Frage anzuempfehlen. Auf der Mitte des Weges wird er angehalten und zu seinem Sitz zurückgesandt, ohne angehört worden zu sein. Am 8. Juli erreicht Paris die Nachricht der Unruhen von Fiume, die zuerst durch die italienfeindlichen Rufe französischer Matrosen und darauf durch die Vergewaltigung einiger Fiumer Frauen seitens zweier französischer Soldaten, die stolz die Trikolore mit der Aufschrift „Italien oder den Tod“ trugen, und zuletzt durch die Gewehrschüsse annamitischer Soldaten gegen eine Landungskompanie des „Emanuele Filiberto“ hervorgerufen worden

waren. Clemenceau legt seinen Worten nunmehr kein Maß mehr an. In der Sitzung des Rates nennt er Italien pays d'assassins.

Die Brutalität des ersten Ministers Frankreichs wirft die kathederhafte Unnachgiebigkeit Wilsons um. Lloyd George zaudert zwischen dem Wunsche einer gemäßigten Verständigung mit Italien und dem Willen, sich nicht von Wilson und Clemenceau zu trennen. Die italienische Frage berührt ihn nicht. Vollkommen gleichgültig gegenüber den nationalen Fragen Italiens und den von der britischen Expansionspolitik gelieferten Gegenbeispielen, erklärt er eines Tages mit ruhiger Sicherheit, daß „die Völker mehr auf wirtschaftliche Fragen achten als auf solche territorialer Art, die nur die Berichterstatter interessieren und besondere Persönlichkeiten, die sich mit der Außenpolitik beschäftigen“. Am 20. April ist es auch Lloyd George, der nach Zustimmung der Einverleibung der Deutschen Frankreichs, der Tschechoslowakei und Polens ganz plötzlich die im Pakte von London enthaltene, Italien bedrohende nationale Gefahr entdeckt: „Es ist eine sehr ernste Sache für Italien, Frieden zu schließen und dabei Deutsche in Südtirol und Slawen in Dalmatien wohnen zu haben.“ Am Tag darauf gibt er während einer Sitzung in der Rue Nitot, an der Wilson nicht teilnimmt, einen anderen Grund an. Europa soll durch einen allgemeinen Wirtschaftsverband gerettet werden. Dazu ist aber das Geld der Vereinigten Staaten notwendig. Es ist also nötig, daß Italien auf dem Altar dieser europäischen Liga und der amerikanischen Bank seine nationalen Interessen opfere. „Die Vereinigten Staaten sind den Alliierten in den Fragen der Reparationen und der Saar entgegengekommen. Es liegt jetzt an Italien, Amerika mit Konzessionen entgegenzukommen. England hat aber auch besondere nationale Interessen an dem italienischen Opfer. Unter der undurchsichtigen Ideologie Wilsons liegt der stille britische Plan verborgen, in der unverteidigten und dem stärkeren Feinde offenen Freien Stadt Fiume einen Stützpunkt der Cunard Line einzurichten und dadurch die ständige Gegenwart und Kontrolle Großbritanniens bis zu diesem äußersten Zipfel der Adria zu sichern. Auf diese Weise würde die britische Seeherrschaft im Mittelmeer sich vervollständigen, und Großbritannien würde dadurch den Verkehr eines Teiles von Donaueuropa und den Balkan in seine Hände bekommen.

Existiert aber in Wirklichkeit die strenge Ideologie der 14 Punkte, die von Wilson als großes Heiligtum verteidigt

werden? Kaum über den Ozean gelangt, verwandeln sich die 14 Punkte, die gegenüber Italien so streng angewandt werden, alsbald in eine leicht und bald verderbliche Ware. England macht den Anfang, indem es dem wichtigsten der Punkte, der allgemeines Weltinteresse hat, der britischen Politik jedoch im Wege steht, fallen läßt: die Freiheit der Meere. Die neue Handelspolitik Frankreichs und Großbritanniens zerstört auch den dritten Punkt, der die Morgendämmerung des freien Handels durch Abschaffung wirtschaftlicher Barrieren und Begünstigungen einleiten sollte. Im Gegensatz zu den 14 Punkten steht weiterhin die Saar, die von Frankreich besetzt ist, und das endlose Zahlungssystem der Reparation. Im Lichte dieses schreienden Kontrastes enthüllt sich, durch den von Clemenceau unter dem Lächeln von Lloyd George geleitete Widerstand Wilsons, der vorsätzlich konstruierte Mechanismus einer Feindseligkeit, die von Amerika befürwortet und von Europa inspiriert ist. Wilson wird den Geschichtsschreibern die Entdeckung der heimtückischen Falle, in die er geraten war, überlassen. Gegenüber Italien glaubt er eine heilige Sendung erfüllen zu müssen und die Prinzipien, die ihm in dem ungleichen diplomatischen Kampf gegen England und Frankreich entschlüpft sind, wieder in ihrem ursprünglichen Wesen herstellen zu müssen.

Am 23. April droht er, um Italien zum Nachgeben zu veranlassen, mit einem am folgenden Tag zu veröffentlichenden direkten Appell an das italienische Volk, um dieses gegen seine eigene Regierung zu stellen. Am Nachmittag des gleichen Tages, als noch die mühseligen Verhandlungen zur Erreichung einer Verständigungsbasis im Gange sind, erscheint der Appell des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die am italienischen Kriege mit einem einzigen Regiment und einem Gefallenen beteiligt waren, in großen Buchstaben im „Temps“, dem offiziellen Organ des Quai d'Orsay.

Die italienische Nation steht vor der Wahl zwischen seiner eigenen Regierung und dem Worte des Fremdlings Wilson. Dem italienischen Regierungschef bleibt nichts weiter übrig als Paris zu verlassen, um in Rom die Antwort abzuwarten.

Der Kampf im Adriatischen Meer

Der öffentliche Appell Wilsons für die adriatische Frage stellt nicht den einzigen politischen Einschüchterungsversuch dar, den man in Paris in Gang setzt, um Italien zu beugen.

Im April 1919 werden erneute Versuche des französischen diplomatischen Vertreters in Wien, Allizé, entdeckt, die die Entfesselung einer gegen Italien gerichteten Bewegung in Österreich zum Ziele haben. Es werden auch die französischen Aufwiegelungsversuche entdeckt, die zum Zweck haben, die Serben und Kroaten gegen Italien zu stellen, während doch diese Völker durch ihre geopolitische Lage und ihre Geschichte auf eine freundnachbarliche Mitarbeit mit der italienischen Nation angewiesen sind.

Dem politischen Drucke der Alliierten gesellt sich der wirtschaftliche und finanzielle hinzu, der sich in einigen Augenblicken sogar als eine versteckte Erpressung entpuppt. Italien leidet Hunger. Seine Wirtschaft und seine Finanzen waren erschüttert von der riesigen Anstrengung des Krieges, ganze Provinzen sind zerstört, und in den Städten häufen sich die Millionen aus dem Heere entlassener Männer, die Arbeit und Brot verlangen. Die italienische Industrie, die vollkommen auf die Kriegsproduktion eingestellt war, muß ihre Tätigkeit auf Friedensziele umstellen, und es besteht die Gefahr einer Überschwemmung durch deutsche Produkte, die sich während des Krieges angehäuft hatten. Es besteht die Notwendigkeit nach Kapital, Kohle und Rohstoffen. Die Versorgung aus dem Ausland ist schwierig. Italien hat, wie schon gesagt, 60 % seiner Handelstonnage verloren. Seine Handelsbilanz weist einen ernsthaften Saldo zu seinen Ungunsten auf. Der Wert seiner Einfuhr übersteigt 6 % derjenigen der Ausfuhr. Die italienische Valuta ist in Gefahr. Nicht weniger dunkel stellt sich die finanzielle Lage dar. Ende Dezember 1918 war die italienische öffentliche Schuld schon auf 65 Milliarden Lire gestiegen mit der Aussicht, im Dezember 1919 durch die Ausgaben für die Liquidierung des Krieges auf 90 Milliarden zu steigen.

Ein Handelsvertrag zwischen den Alliierten zur gegenseitigen Stützung in dieser schweren Stunde wäre notwendig gewesen. Notwendig wäre auch ein Vertrag über die Frachtsätze für die Schifffahrt und die Versorgung und ferner eine finanzielle Verständigung zur Verteidigung der Valuten. Während des Krieges waren glänzende Versprechungen gemacht worden. In einer Rede im Unterhaus hatte am 3. August 1918 Lloyd George erklärt, daß die interalliierte wirtschaftliche Kriegsorganisation auch in Friedenszeiten intakt gelassen werden sollte, bis in der Welt sich von selbst wieder normale wirtschaftliche Verhältnisse eingestellt hätten. Dieses feierliche Versprechen wird jedoch bald vergessen.

Den ersten Widerstand zeigen die Vereinigten Staaten, die frei ihre Geschäfte machen wollen. Darauf folgt Großbritannien, das seiner Handelsflotte die Navigationsfreiheit wiedergibt und sie auf diese Weise den Versorgungsbedürfnissen der Alliierten entzieht, um sich auf die Jagd nach den hohen Frachtsätzen, besonders in der Südsee, zu begeben.

Als jedoch die italienische Frage behandelt wird, stellen sich jeden Augenblick die Drohungen und der Druck für die Lieferung von Lebensmitteln, Kohlen und Krediten ein, die Italien zur Aufrechterhaltung seines sozialen Friedens benötigt. Der Kampf zur Verteidigung seiner nationalen Rechte gegenüber den Alliierten muß von Italien in einem andauernden zermürbenden Kampf um das tägliche Brot geführt werden. Zwischen Ende September 1918 und Ende Mai 1919 erhält Italien nur 52 % des ihm vom Interalliierten Rat versprochenen Nachschubs, während Frankreich 68,7 % und Großbritannien 96,4 % erhält, wie aus einer am 25. Februar 1919 in Paris vorgelegten Dokumentierung ersichtlich ist. Die Weizenzufuhr, die in den letzten Kriegsmonaten und in den ersten Friedensmonaten die an und für sich schon ungenügende Zahl von im Mittel 350000 Tonnen monatlich erreichte, wird im Monat März 1919 auf 160000 Tonnen erniedrigt. Fünf Monate nach dem Siege und dem Kriegsende dauert in Italien die Brotrationierung noch an, während die Lebenskosten steigen. Beängstigend ist auch die Kohlenfrage für die Industrie. Vom 15. November 1918 an empfängt Italien nur die Hälfte der für seine Eisenbahnen, seine Industrie und der Heizung notwendigen Kohlen und steht einer weiteren Herabsetzung der Zufuhr gegenüber. Im April 1919 liefert Großbritannien tatsächlich nur noch 370000 Tonnen Brennstoff gegenüber den versprochenen 730000 Tonnen und widersetzt sich obendrein dem italienischen Wunsche auf Lieferung von Saarkohle, wodurch Italien von der wirtschaftlichen und politischen Kontrolle der Alliierten befreit worden wäre.

Nicht minder schwer ist die finanzielle Versklavung Italiens. Im Februar 1919 verlangt Großbritannien für eine Anleihe von 6 Millionen Pfund eine Garantie auf die Italien zu zahlenden ersten Reparationssummen, die somit nicht mehr zum Wiederaufbau der Verwüstungen des Krieges verwendet werden können. Für eine frühere Anleihe von 25 Millionen Dollar hatte die amerikanische Regierung keine Garantie verlangt. Dem britischen Beispiele folgend, macht jedoch das amerikanische Schatzamt alles rückgängig und

erklärt im März unvermutet, die Kreditversorgung Italiens unterbrechen zu müssen, wenn es keine Garantien erhält. Die durch die Kriegsanstrengung bedingte Verarmung Italiens erweicht nicht die Herzen der unerbittlichen britischen und amerikanischen Bankiers, die in ihrer politischen Haltung miteinander im Einvernehmen sind.

Dieses bedeutet die Erlahmung jeglicher Tätigkeit und aller Mittel. Es ist die Krisis des Verkehrs und der Arbeit. Es ist die Krisis des Brotes und des Hungers mit der unweigerlichen Folge der sozialen Unruhen und der politischen Kämpfe der Parteien.

In dieser geistigen, politischen und wirtschaftlichen, durch die verdeckte Erpressung der Alliierten und die entnervende Verzögerung eines guten Friedens hervorgerufenen Krisis, die der täglichen sozialistischen und kommunistischen Propaganda immer neue Nahrung gibt, gründet Mussolini am 23. März 1919 den ersten Fascio di combattimento. Der Faschismus entsteht als ein Protest gegen die Undankbarkeit und Feindseligkeit der Alliierten und als eine Auflehnung gegen die innere nationale Zersetzung Italiens, die mit hilft, den italienischen Sieg zu vernichten. Er verfolgt aber auch eine aufbauende Mission: Er will Italien den in Paris mit Füßen getretenen Sieg zurückgeben und dem Lande die zur Verteidigung der italienischen Rechte und der italienischen Macht notwendigen Kräfte geben.

Aber schon seit jenen Tagen der wirtschaftlichen und finanziellen Versklavung, die seine Verteidigungskraft hindert, fühlt Italien die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, die Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit ist. In jenen unvergeßlichen Tagen des Faschismus erscheint das Problem der wirtschaftlichen Autarkie in seiner ganzen geschichtlichen Bedeutung. Nachdem 1935 Großbritannien und Frankreich unter dem Deckmantel des Völkerbundes durch die Sanktionen versucht hatten, den Anfang einer Revision des Friedensvertrages im Keime zu ersticken und das ungeheuerliche koloniale Unrecht gegen Italien aufrechtzuerhalten, wurde die Frage der wirtschaftlichen Autarkie eine italienische Lebensnotwendigkeit.

Orlando verläßt also am 24. April Paris. Sonnino folgt ihm am 26. April, ohne imstande gewesen zu sein, einen einzigen Punkt der italienischen Frage zur Sprache zu bringen. Schon am 24. April, sofort nach der Abfahrt des italienischen Regierungshauptes, richten Clemenceau und Lloyd

George an die italienische Delegation ein Memorandum, das das Datum des 23. April trägt und in welchem unumwunden ihre Opposition zu dem italienischen Anspruch auf Fiume zum Ausdruck gebracht wird, und in welchem, zwar unter Respektierung des Paktes von London, der Rat gegeben wird, diesen Pakt auf Dalmatien nicht anzuwenden. Der Block gegen Italien ist nunmehr geschaffen und findet seinen Ausdruck in einem diplomatischen Dokument, das das vertragliche adriatische Anrecht Italiens auf die Hälfte herunterzudrücken versucht, obgleich doch die Kriegsanstrengungen Italiens doppelt so groß waren, als zur Zeit des Vertrages berechnet worden war.

Am 2. Mai kommt die Nachricht nach Rom, daß Frankreich und Großbritannien die Österreicher und Ungarn für den 12. und 15. Mai zur Bekanntgabe der Friedensbedingungen zusammengerufen habe. Der französische Außenminister Pichon teilt dies in Paris der italienischen Delegation mit. Die Alliierten haben also auch die Frage Österreichs und Ungarns in Abwesenheit der italienischen Delegationschefs behandelt, während diese Länder doch vor allem durch den Beitrag von italienischem Blut bekriegt und vernichtet worden waren. Sämtliche italienischen Ansprüche bleiben noch offen, kein einziger der italienischen Rechtsansprüche ist definiert worden. Der Kreis um Italien wird enger. Die Entscheidung Clemenceaus und Lloyd Georges stellt einen offenen Bruch der Londoner Erklärung vom 26. April 1915 dar, die den vier alliierten Mächten nicht nur einen Sonderfrieden, sondern auch die Möglichkeit, „Friedensbedingungen ohne vorherige Genehmigung jedes einzelnen der anderen Alliierten zu stellen“, untersagt. Sie stellt auch einen Bruch des moralischen Rechts Italiens dar, das der große Widersacher Österreich-Ungarns im Kriege gewesen war. Nunmehr halten sich aber die Alliierten nicht einmal mehr durch den Anschein gebunden und durch das Prestige Italiens. Sie haben ihre sämtlichen nationalen und imperialen Probleme gelöst. Deutschland ist nunmehr ohnmächtig. Auch Italien, das in seinen wirtschaftlichen und menschlichen Kräften erschöpft und von einer schleichenden revolutionären Bewegung befallen ist, die durch die Pariser Geschehnisse noch verstärkt wird, kann auch nicht mehr Furcht einflößen. Man kann es folglich vergessen und unter die Besiegten einreihen, die nur annehmen dürfen, aber nicht Bedingungen stellen können.

Orlando und Sonnino kehren am 7. Mai nach Paris zurück.

Alles ist vergeblich. Sie unterzeichnen die Friedensverträge mit Österreich und Ungarn, die nur die neuen politischen Grenzen festsetzen, aber nicht das Schicksal derjenigen Gebiete, die diese Länder an Italien und Jugoslawien abtreten müssen. Jeder Versuch einer Lösung der Adriafrage zerschellt an dem granitenen Einverständnis der drei. Italien beginnt sich zu erheben. Die Sozialisten und die neuen kommunistischen Verbände, die vom Moskauer Geld geschaffen wurden, die früheren Anhänger einer Neutralitätspolitik und die politischen Akrobaten des Opportunismus haben leichtes Spiel, wenn sie in trüber Stunde sich an die aufgebrauchte Bevölkerung wenden und von der Zwecklosigkeit des Krieges und dem vielen geflossenen Blut sprechen.

Die Regierung Orlando fällt. Die neue Regierung stellt sich in Paris mit einer Konkursmasse vor. Die Alliierten benutzen die Krisis, um durch neue Einschüchterungsmomente ihren Oppositionsblock gegen Italien zu verstärken. Am 28. Juni 1919 stimmen Wilson, Lloyd George und Clemenceau einem Memorandum zu, das von Balfour vorbereitet worden ist und die Unterschrift des britischen und französischen Regierungschefs trägt. Am 30. Juni wird dieses Memorandum der neuen, unter dem Vorsitz von Tittoni stehenden italienischen Delegation überreicht. Unter Ausnützung der Verwirrung dieser Zeit und unter der angeblich durch die Personalveränderung der italienischen Delegation erfolgten Unordnung der Auffassungen und Informationen, spricht das Memorandum zum erstenmal in harter Sprache den einseitigen Verfall des Londoner Paktes vom 26. April 1915 und der Vereinbarung von San Giovanni di Moriana vom 19. April 1917 aus und stellt den italienischen Ansprüchen die Drohung der politischen Isolierung und des Wirtschaftskrieges, d. h. der Aushungerung, entgegen. Die Alliierten behaupten, daß Italien die Bestimmungen des Londoner Paktes nicht eingehalten hat, da es Deutschland nicht sofort den Krieg erklärt hat, während doch dieser Pakt keinen Termin hierfür festgesetzt hatte und das noch unvorbereitete Italien nicht die Gefahr eines doppelten Druckes auf seine Front auf sich nehmen konnte. Die Alliierten machen geltend, daß Italien nicht am Kriege gegen die Türkei teilgenommen habe, während ja die italienische Regierung am 20. Mai 1919 der Türkei den Krieg erklärte, 47000 Mann in Mazedonien, 100000 Mann in Albanien, d. h. dem orientalischen Kriegsschauplatz, zum Einsatz brachte, und in Libyen ein Besatzungskorps von 40000 Mann, das die von der deutschen und türkischen

Regierung bewaffneten Rebellen, die eine Bedrohung von Ägypten und Tunis darstellten, in Schach hielt.

Fest und würdevoll rückt Tittoni die Dinge in ihr wahres Licht. Aber auch ihm gelingt es nicht, den gegen Italien geschaffenen Wall zu durchbrechen. Die Konferenz von Paris erstickt in den unfruchtbaren Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten, ohne Italien den Preis des Sieges und die zum Leben notwendigen Elemente des Friedens zu geben. Nur die Frage der Brennergrenze wird erledigt. Offen bleibt die Frage des unhaltbaren Zustandes in der Adria, der Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien. Gemeinsam mit Wilson unterstützt Frankreich die einem jungen Nationalismus entsprungene slawische Unnachgiebigkeit.

Die Verteidigung eines nationalen slawischen Rechtes liegt aber nicht im französischen Geiste. Der politische Plan Frankreichs hat andere Ziele. Er möchte vor allem in der Adria wie auch in Europa und der Welt die Ausdehnung Italiens begrenzen und den Grund eines dauernden Konfliktstoffes zwischen Italien und Jugoslawien legen. In diesem Konflikte wäre Italien unter Bedrohung seiner Flanke gegenüber Jugoslawien dauernd in der Adria gebunden und würde für eine aktivere und breitere Politik im Mittelmeer und Europa ausscheiden. Jugoslawien seinerseits wäre auf natürliche Weise an das politische System Frankreichs gekettet worden, um sich gegen italienische Feindseligkeiten zu schützen. Dem neuen großen Jugoslawien, das im Herzen des Balkans bis zu der Ostküste der Adria und bis zur italienischen Grenze unter Einverleibung der kroatischen und slowenischen Bevölkerungsteile aus dem kleinen Serbien hervorgewachsen war, wollte der französische Plan gegenüber Italien dieselben Aufgaben erteilen, die das vernichtete Kaiserreich Österreich-Ungarn hatte. Es sollte eine dauernde Bedrohung bilden, einen unauslöschlichen Gegensatz, der die nationalen Leidenschaften und die politischen Absichten Italiens dauernd in Anspruch genommen hätte und auf diese Weise in dem engen Rahmen der adriatischen Frage die gesamte europäische Politik Italiens erschöpft hätte.

Mit diesen offensichtlich gegen Italien gerichteten französischen Zielen richtet sich Frankreich aber auch gegen die grundlegendsten Interessen Jugoslawiens, da auch dieses Land in der Adria in einer Stellung der Feindseligkeit und der Verteidigung gegen seinen größeren Nachbar erstarrt und in ein politisches System fremder und ferner Interessen verflochten wird. Der Gegensatz zwischen Italien und Jugo-

slawien, der sich anscheinend in dem Aufeinanderprallen zweier entgegengesetzter Nationalismen offenbart, ist also in Wirklichkeit das heimtückische Werk der interessierten europäischen Großmächte, die, um ihren europäischen Hegemonieplänen zu dienen, diese Feindschaft aufrechtzuhalten suchen. Noch nicht zu spät erkennen die beiden adriatischen Nationen die Gefahren und die Fehler. Nachdem die vergiftete Atmosphäre der Friedenskonferenz verschwunden ist, gelingt es in einem direkten Kontakt der Geister und der Interessen nach der neuen Richtschnur der Politik Mussolinis den unglücklichen Gegensatz auszugleichen und die Wege einer natürlichen Annäherung zu beschreiten.

Das Spiel mit Kleinasien

Auch die Verteilung der ottomanischen Gebiete vollzieht sich zwischen Frankreich und Großbritannien hinter dem Rücken Italiens unter offener Verletzung der im Pakt von London enthaltenen Prinzipien.

Paragraph 9 des Londoner Paktes erkannte Italien das Recht zu auf einen entsprechenden Teil in Kleinasien, in der Nähe der Provinz von Adalia, für den Fall einer teilweisen oder völligen Zerstückelung der Türkei in Asien. Der Zweck war hier offensichtlich. Es handelte sich hier nicht um eine eigentliche Gebietserweiterung Italiens an der Küste Kleinasiens, sondern vielmehr sollte Italien ein Gegenwartsrecht eingeräumt werden und dadurch im östlichen Becken des Mittelmeeres das Gleichgewicht der Stellungen und der Kräfte hergestellt werden, falls auch die anderen Alliierten doch neue Gebiete erhalten hätten. Italien ist die große Mittelmeermacht. In diesem Meere mit seiner endlichen Ausdehnung ist sein nationales Leben eingeschlossen. Wenn für andere Nationen das Mittelmeer einen Ausläufer darstellt oder einen der großen Verbindungswege, so ist es dagegen für Italien die einzige Basis und die hauptsächlichste Lebensbedingung. Es ist also nicht nur der mittlere Teil, in dem sich die italienische Halbinsel mit ihren Inseln erstreckt, sondern es ist vielmehr das ganze Meeressystem, auch im Westen, auch im Osten, das für Italien ein lebenswichtiges und unteilbares Interesse darstellt. Die militärisch-politische Struktur des Mittelmeeres, die den italienischen Lebensbelangen und der italienischen Freiheit gegenüber schon immer feindselig eingestellt war, hatte sich im 19. Jahrhundert nach der Besetzung von Tunis durch die Franzosen,

wodurch die Einkreisung und Einschnürung Italiens vervollständigt worden war, noch weiterhin verschlechtert. Die italienische Besetzung von Libyen hatte nur teilweise das Kräftegleichgewicht wiederhergestellt. Eine voraussichtliche britische und französische Besetzung der Ostküste des Mittelmeeres, wie sie sich nach dem Kriegseintritt der Türkei zu ergeben schien, konnte von neuem in einer den italienischen Interessen zuwiderlaufenden Weise dieses Gleichgewicht stören. Aus diesem Grunde hatte sich Italien durch den Paragraph 9 des Paktes von London einen Ausgleich vorbehalten.

Der Vorbehalt ist aber ungenügend. Ohne hiervon Nachricht zu geben, beginnen im Herbst 1915 Großbritannien und Frankreich heimliche Verhandlungen, um ihre Interessen in der asiatischen Türkei zu definieren. Diese Interessen sind territorialer Natur und rein politisch. Nach einem ersten Gedankenaustausch zwischen Sir Edward Grey und dem französischen Botschafter in London, Cambon, wird die Behandlung des Problems zwei Sachverständigen übergeben, dem Briten Sir Mark Sykes und dem Franzosen Georges Picot, dem früheren Konsul in Beirut, mit der Aufgabe, einen Vertragsplan zu entwerfen. In wenigen Monaten wird ein Einvernehmen erreicht, das zum Ziele hat, einen großen Teil Kleinasiens zwischen England und Frankreich aufzuteilen und durch die neuen Besitzungen neue Mittel zur politischen und militärischen Beherrschung des östlichen Mittelmeerbeckens zu schaffen. England versichert sich Haifa mit einer offenen Tür auf Palästina und der Kontrolle der arabischen Welt. Frankreich dagegen erhält Syrien, Zilizien und das Villayet von Adana. Im Roten Meer übernehmen Großbritannien und Frankreich das Protektorat über die arabischen Staaten und vereinbaren, keiner weiteren Macht territorialen Besitz in Arabien oder Flottenstützpunkte auf den Inseln zu gewähren. Nach Abschluß dieses Vertrages wird auch Rußland eingeladen, an dieser Ausplünderung der Türkei teilzunehmen. Sykes und Picot gehen nach Petersburg, um sich mit dem russischen Außenminister Sasanow zu verständigen, der sich mit dem französisch-britischen Pakt einverstanden erklärt und sich dieses Einverständnis durch die Abtretung der türkischen Villayets an der Südküste des Schwarzen Meeres bezahlen läßt. Im Mai 1916, während Italien im Trentino kämpft, tauschen Grey und Cambon Noten unter sich aus, die den Vertrag Sykes-Picot rechtskräftig machen. Italien wird hiervon nicht benachrichtigt.

Am 9. Mai lüftet der britische Premierminister Asquith plötzlich in einer offenen Rede den Schleier über diese Geheimabkommen, die einen Verrat des Paktes von London darstellen. Im Monat August, sofort nach der Kriegserklärung an Deutschland, verlangt Sonnino von den Alliierten, daß diese Italien ihre Abmachungen mitteilen. Die französische und russische Regierung widersetzen sich und schlagen vor, daß Italien nur eine summarische Mitteilung der erfolgten Tatsachen gemacht werde. Grey zeigt sich großzügiger. Er schlägt vor, daß man erschöpfende Auskunft geben solle mit dem Hinweis jedoch, daß es sich um endgültige Abmachungen handle, für die eine Revision nicht mehr in Frage käme. Schon vor Kriegsende scheint es also, daß die für Italien im östlichen Mittelmeer eben erst geöffnete Tür sich wegen der gegnerischen Koalition der drei Mächte wieder schließen würde. Italien jedoch verlangt, daß seine eigenen Abmachungen nicht vergessen würden und daß die Behandlung der kleinasiatischen Fragen wieder eröffnet werde.

Hinter der Vernebelungswand des Frontenkrieges entsteht schon früh zwischen den Alliierten ein harter diplomatischer Kampf. In einer Versammlung in London am 29. Januar 1917 beschließen die drei alliierten Großmächte eine gemeinsame Aktion zur Eindämmung der italienischen Ansprüche. Briand führt diesen Kampf. Das kaiserliche Rußland ist anmaßend. Es fühlt noch nicht die unterirdische Bewegung, die sich unter den schon geborstenen tönernen Füßen des Kolosses ausbreitet und verlangt Unnachgiebigkeit. Zwei Tage vor Abdankung des Zaren, dem Ende der politischen und militärischen russischen Macht, spricht ein Memorandum von Nabokoff von einer „Erpressung seitens Italiens“, der man „die entschlossene Stimme der drei ihres Rechtes und ihrer Übermacht bewußten Mächte“ entgegensetzen müsse. Sonnino wehrt sich. In einer Besprechung mit dem Russen Giers sagt er: „Eine Rolle zweiten Ranges, das ist es, was die Alliierten Italien vorbehalten haben, aber dies ist eine Rolle, die niemand in Italien bereit ist, anzunehmen.“

Der italienische Widerstand führt die Alliierten zu den Abmachungen von San Giovanni di Moriana am 19. April 1917. Diese räumen Italien unter Großbritannien und Frankreich einen Platz auf den ottomanischen Gebieten Kleinasiens ein.

Das italienische Anrecht wird zwar von der Zustimmung der russischen Regierung abhängig gemacht, es scheint jedoch, daß ein Interessengleichgewicht unter den Alliierten durch die klare Feststellung anerkannt wird: „Es wird ver-

einbart — heißt es im Pakt — daß für den Fall, daß bei Abschluß des Friedens der völlige oder teilweise Besitz der in den zwischen Frankreich, Großbritannien, Italien und Rußland namhaft gemachten Gebieten der einen oder mehreren der oben erwähnten Mächten nicht zugesprochen werden kann, die Interessen dieser Mächte einer erneuten Prüfung unterzogen werden müssen.“

Der Vorbehalt der Zustimmung Rußlands droht noch ein geschicktes Mittel gegen Italien zu werden. Im April 1917 ist Rußland nach der ersten Revolution militärisch und politisch ein unbekannter Faktor geworden. Man weiß, daß es nicht mehr an der Kriegsfront widerstehen kann. Seine erste liberale Regierung ist schon von drohenden revolutionären Bewegungen der Sozialisten und Kommunisten gefährdet. Frankreich ist sich dessen klar bewußt. Gerade während der Verhandlungen von San Giovanni di Moriana bringt Poincaré zum Ausdruck: „Die innere Lage Rußlands stellt die Bündnistreue unserer großen Verbündeten immer mehr in Frage“ (Bd. 9 *Au service de la France*). Sechs Monate später wird Rußland durch die Revolution Lenins, dem Kerenski nur einen schwachen Widerstand entgegensetzt, kommunistisch. Es löst sich von den Alliierten los und tritt ihnen sogar feindselig gegenüber.

Am 6. Mai 1919, als Orlando und Sonnino von Paris abwesend sind, muntert Lloyd George im Einvernehmen mit Clemenceau den Griechen Venizelos auf, Smyrna zu besetzen, daß nach den Vereinbarungen von San Giovanni di Moriana dem italienischen Einfluß vorbehalten war. Dieses stellt eine weitere Verletzung des italienischen Rechtes dar. Italien protestiert. Lloyd George antwortet unter Anführung des russischen Vorbehaltes für die Ausübung der italienischen Rechte. Die Zustimmung fehlt. Sie hatte nur deshalb gefehlt, da dasjenige Rußland, das zustimmen sollte, das im Kriege verbündete Rußland, vernichtet worden ist. Die Alliierten scheinen jedoch nicht die Absurdität ihrer Begründung einzusehen. Mit der gleichen Begründung hätte ja Italien den Krieg abbrechen und sich von den Alliierten trennen können. Italien besetzt in der ihr durch die Vereinbarungen zugewiesenen Zonen Adalia, Scalanova, Makri, Budruin, Marmariza, wo auch Unruhen der Griechen entstanden sind, als Folge derjenigen von Smyrna. Ohne Vorankündigung besetzt Frankreich Heraklea, das sich außerhalb der ihm zugestandenen Einflußsphäre befindet. Lloyd George ist unzufrieden. In einer Unterhaltung mit Orlando am 18. Mai gelangt es sogar

zum Ausspruch, daß „Frankreich zuviel verschlingen möchte und alles, was es in diesem Kriege erhält, nur sehr schwer verdauen kann“. Am folgenden Tag jedoch hat er in der Besprechung der Big Four schon seine Ansicht geändert. Zusammen mit Wilson fordert er die sofortige Zurückziehung der italienischen Truppen unter der Begründung, daß ihre Landung nicht von den Alliierten vereinbart worden war. Von der unrechtmäßigen französischen Besetzung von Heraklea spricht niemand. Von neuem spielt hier Italien die Rolle des Aschenbrödels, dem die Achtung und die ihm zustehenden Rechte verweigert werden.

Nachdem Frankreich und Großbritannien auf den Trümmern der Türkei diejenigen Gebiete Kleinasiens, die sie sich selbst anmaßen, besetzt hatten, streichen sie den Platz Italiens aus ihrer Mitte und entfernen es von den östlichen Küsten des Mittelmeeres. Ein neues großes Problem des mangelnden Gleichgewichtes im Mittelmeer wird dadurch geschaffen. Das System der Kräfte und der Stellungen, der Flottenstützpunkte zur Einkreisung Italiens erweitert sich in Gebieten, die weit entfernt sind von ihrem eigenen völkischen Leben. Der Druck auf das nationale Leben Italiens und die Bedrohung nehmen zu. Die Interessen Italiens, die nach der mangelnden Befriedigung in den von den Abmachungen von San Giovanni di Moriana bezeichneten Gebieten unbefriedigt geblieben waren und neuerdings in Erwägung gezogen werden sollten, sind schon vergessen und erhalten von den Alliierten keinen weiteren ausgleichenden Ersatz.

Die Reparationszahlungen

Nicht einmal durch die finanziellen Reparationen der in diesem Krieg Besiegten und in der Verteilung der Kolonien entsteht für Italien der notwendige Ersatz. Die Reparationen geben in Versailles Anlaß zu phantasiereichen Reden für den eigenen heimischen Wählerkreis und bilden den Stoff zu Reisen in das Land der Wunschträume. In einer Besprechung am 31. März 1919 fordern die Franzosen und Engländer, daß sämtliche Kriegskosten, die auf 700 Milliarden Goldmark berechnet werden, und sämtliche Kriegsschäden in Höhe von 350 Milliarden Goldmark durch die Reparationen gedeckt werden. Die beiden Verbündeten hoffen also, den entkräfteten und erschöpften Besiegten mehr als Tausend Milliarden Goldmark auszupressen. Niemand versteht auf dem

Boden der irdischen Wirklichkeit die Möglichkeit einer Zahlung dieser am grünen Tisch berechneten astronomischen Ziffern. Das Habsburger Reich ist zerschellt, und die Österreich und Ungarn überlebenden Trümmer haben ihre lebenswichtigen, wirtschaftlichen und staatlichen Hilfsquellen eingebüßt. Das zerstümmelte Ungarn leidet unter einer tragischen Krisis, von welcher es sich nur nach einer langen Zeit von Entbehrungen und Leiden erholen kann. Deutschland hat den 10. Teil seines Gebietes und seiner Bevölkerung eingebüßt, ferner ein Drittel seiner Kohle, Dreiviertel seines Eisens, sein gesamtes Auslandsguthaben, seine Handelsflotte und seine Kolonien. Es geht aus dem Kriege wirtschaftlich und finanziell verarmt hervor, während seine entlassenen Heere sich in tumultuierende und dem Elend preisgegebene Heere von Arbeitslosen verwandeln.

Die Amerikaner machen einen Versuch, auf die Bedingungen des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 hinzuweisen, durch die die Reparationen auf die Aufgabe des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete beschränkt werden. Sie werden aber überstimmt von dem Wust der Friedensbuchhaltung der zwei großen Alliierten. Italien schlägt vor, daß der Flug in die Unendlichkeit astronomischer Weiten unterlassen werde und sofort eine Gesamtsumme festgesetzt werde. Demgegenüber steht jedoch das Interesse, das Lloyd George seinem Wählerkreis gegenüber hat, dem er die Zahlung seitens der Besiegten bis zum letzten Pfennig versprochen hat. Frankreichs Absichten sind, die Wirtschaft und die Finanzen Deutschlands zu vernichten durch die unbegrenzte Knechtschaft der Reparationen, für die weder die Gesamtsumme noch die Verfallszeiten festgesetzt werden sollen. Italien schlägt auch das Prinzip der finanziellen Gemeinschaftsverpflichtung der Besiegten für die Reparationen vor, als natürliche Folge der Verpflichtung, die sie gemeinschaftlich in den Gefahren und Opfern des Krieges verbunden hat. Die reicheren Länder sollen auch für die ärmeren zahlen, die unfähig sind durch eigene Mittel, die Bürde der Schuld zu tragen. Zuletzt schlägt Italien noch vor, daß die Reparationen unter den Siegerstaaten im Verhältnis der gebrachten Opfer verteilt werden sollen unter Berücksichtigung des für die ärmeren Nationen prozentual höheren Opfers. Dieses stellt ein Prinzip gerechter Verteilung dar, im Gegensatz zu einer merkantilen Solidarität der Alliierten. Zu diesem Zwecke fordert Italien die Schaffung einer gemeinsamen interalliierten Kasse für die Kreditgebung und die Vertei-

digung der Valuten. Diese Kasse soll vor allem aus den Reparationen gespeist werden. Lloyd George hatte ja in seiner erwähnten Rede von einer wirtschaftlichen und finanziellen Solidarität der Alliierten gesprochen, die den Krieg überdauern sollte. Der Frieden und der Sieg jedoch lassen ihn diese guten Absichten vergessen; um die italienischen Vorschläge herum entsteht eine feindselige Leere. Es werden Vorrechte für Frankreich geschaffen, die in der Verschiedenheit der Bedingungen zwischen dem Versailler Vertrag und den anderen Friedensverträgen ihren Ausdruck finden. Elsaß-Lothringen wird Frankreich ohne jede Belastung für die öffentlichen Einrichtungen (Eisenbahnen, Straßen, Krankenhäuser usw.) zugesprochen. Den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten, unter denen sich Italien befindet, wird dagegen die Bezahlung der in den zugewiesenen Gebieten bestehenden öffentlichen Einrichtungen auferlegt. Diese Zahlungen werden von den entsprechenden Reparationszahlungen abgebucht.

Aber auch die Verteilung der Reparationen erfolgt mit der gewohnten Willkür, die den Löwenanteil Frankreich und Großbritannien zuspricht. Nach den Berechnungen der Reparationskommission, die für die italienischen Interessen besonders streng erfolgt, wird für den Menschen zugefügten Schaden (680 000 Gefallene) und die Sachschäden Italien ein Anteil von nicht weniger als 16% der Gesamtrepationsziffer zugestanden. In Paris wird durch die Friedensverträge nicht die Gesamtsumme der von Deutschland und Österreich-Ungarn zu zahlenden Reparation festgelegt, und auch nicht die den Gläubigern zustehenden Anteile, die dagegen den Entscheidungen der betreffenden Regierungen überlassen werden. Die Entscheidung erfolgt erst 1921 in der Konferenz von Spa. Hier erscheinen Frankreich und England mit schon vorher erfolgten Abmachungen, die den anderen Verbündeten ohne Genehmigung zur Diskussion aufoktroiiert werden. 52% der deutschen Reparationen gehen an Frankreich und 33% an Großbritannien. Von dem wenigen, was zurückbleibt, erhält Italien kaum 10%. Es ist die Rede davon, daß dieser magere Anteil durch den höheren Anteil von 25% auf die sogenannten östlichen Reparationen Österreichs, Ungarns und Italiens kompensiert werden solle. Auf diesen Reparationen jedoch lasten die Zahlungen für die öffentlichen Einrichtungen. Nach Einberechnung dieser Zahlung schlägt Großbritannien für alle weiteren von diesen besiegten Staaten noch zu zahlenden Sum-

men einen völligen Verzicht seitens der Alliierten vor, da die Schuldnerstaaten verarmt sind und keine Hilfsquellen besitzen. Der italienische Anteil von 25% auf die östlichen Reparationen geht also in Rauch auf, und Italien bleibt zuletzt beinahe ohne Reparation. Es erhält nichts Wesentliches von Österreich und von Ungarn, und von Deutschland erhält es nur 1 Milliarde und 200 Millionen Goldmark gegenüber 8 Milliarden, die Frankreich überwiesen werden und gegenüber 3 Milliarden und 700 Millionen für Großbritannien, 3 Milliarden für Belgien, das keine wirklichen Zerstörungen erlitten hat, 2 Milliarden, die Polen gezahlt werden, das aus dem Nichts entstanden war, 700 Millionen, die an Jugoslawien gehen und 700 Millionen für die Vereinigten Staaten. Der Verlust an Menschenleben und die große Zerstörung materieller Güter, die Italien im Kriege erlitten hat, bleiben ohne Ersatz. Noch einmal sollte die gerechte Verteilung nur in hochtönenden Worten und Reden zu finden sein. Gegenüber den 16% der ehrlichen und auf Tatsachen fußenden Berechnung der Reparationskommission bleiben Italien nur 10% der deutschen Reparation.

Der Sieg bringt Italien also nicht wirtschaftliche Vorteile. Die Annexion des Trentino, des Südtirols und der adriatischen Gebiete hat für Italien einen nationalen Wert, einen strategischen Wert, aber nur einen geringen wirtschaftlichen Wert, der jedenfalls weit unter demjenigen der europäischen Annexionen Frankreichs steht. Mit Elsaß-Lothringen erobert Frankreich einen großen Reichtum an Eisen und Kali. Es kann auch mit deutschem Gelde seine alten Häuser und Werke, die im Kriege vernichtet oder beschädigt worden waren, neu aufbauen. Allein zwischen 1927 und 1931 z. B. erhält Frankreich aus den deutschen Reparationen 23 Milliarden Goldfranken, die nach Abzug von 8 Milliarden, die zur Zahlung der Kriegsschuld gegen die Vereinigten Staaten und Großbritannien verwendet werden, für den Wiederaufbau mehr als 15 Milliarden nicht entwerteter Franken übrig lassen.

Auch nicht für die anderen wirtschaftlichen Güter, die durch den Krieg errungen werden, erhalten die italienischen Rechte den ihnen gebührenden Platz. Italien, das prozentual den höchsten Verlust an Handelstonnage zu beklagen hat, erhält überhaupt nichts von der Handelsflotte Deutschlands, die nur zwischen Großbritannien und Frankreich aufgeteilt wird. Aus den Aufzeichnungen der Reparationskommission geht hervor, daß sich Großbritannien von dieser Flotte 442

Schiffe mit einer Totaltonnage von 1972000 Tonnen im Werte von 247194000 Goldmark zuerteilt hat, während Frankreich 135 Schiffe mit einer Totaltonnage von 491000 Tonnen im Werte von 53160000 Goldmark erhält und Italien mit nur 20 kleinen Schiffen von insgesamt kaum 51000 Tonnen im Werte von 2749000 Goldmark abgespeist wird, weniger also als der Griechenland zugewiesene Anteil im Werte von 3 Millionen Goldmark.

Nichts erhält Italien von den Deutschland weggenommenen Überseekabeln. Der einzige Kabel, der nach mühseligen Verhandlungen beinahe im Sinne eines Almosens zuerteilt wird, stellt sich als unbrauchbar heraus, weil er an beiden Enden durchgeschnitten ist. Nichts ferner erhält Italien vom russischen Golde, das auf Grund des Vertrages von Brest-Litowsk von Rußland an Deutschland abgeliefert worden war und von diesem Lande an die Siegerstaaten weitergeleitet werden sollte. Der Waffenstillstandsvertrag und der Versailler Vertrag hatten festgelegt, daß die Überseekabel und das russische Gold unter die hauptsächlichlichen alliierten und assoziierten Mächte verteilt werden sollten. Die Quittung, die die Bank von Frankreich über das ihr zugewiesene russische Gold ausstellte, bestätigt, daß dieses Edelmetall ihr als „Eigentum“ der alliierten und assoziierten Mächte, zu denen auch Italien zählt, überwiesen worden war.

Die Kolonien

Nachdem mit den verschiedensten und sich widersprechenden Prinzipien trotz der 14 Punkte von Wilson die nationalen Interessen der Siegerstaaten und der neuen, am Konferenzisch entstandenen Staaten befriedigt worden waren, blieb noch zur Vollendung der Zerstückelung der Besiegten das Problem der Kolonien. Nachdem einmal unter gefährlicher Auflösung der europäischen Ordnung festgesetzt worden war, daß Deutschland zum völligen Verlust seiner überseeischen Besitzungen verurteilt werden sollte, stellte sich das Kolonialproblem als ein hauptsächlichlicher Teil der Reparationen dar und mehr noch als ein Teil jenes neuen Systemes wirtschaftlichen Gleichgewichtes und der gerechten Güterverteilung unter Rücksichtnahme auf die verschiedenen berechtigten Bedürfnisse der Völker. Während des Krieges war dies angeblich als eines der Kriegsziele der großen Demokratien der beiden Halbkugeln aufgestellt worden. Die

bedürftigeren Länder, die reich an Menschen und Arbeitskraft und arm an materiellen Gütern und Mitteln waren, durften nicht vergessen werden. Im 5. seiner Punkte hatte Wilson eine freie und unparteiische Berücksichtigung der kolonialen Forderungen der verschiedenen Länder aufgestellt. Die Befriedigung und der Ausgleich dieser Interessen hätten ihr Zentrum im Völkerbund haben sollen, der noch nicht geschaffen worden war.

Kaum erscheint jedoch Wilson in Paris, fordern England und Frankreich, daß das Kolonialproblem noch vor der Beratung über den Völkerbund besprochen und gelöst werde. Sie wollen allein die reiche Beute unter sich teilen. Anstatt den gebietsarmen Ländern entgegenzukommen, wird die Verteilung der Kolonien sofort zu einer Anhäufung der Güter und Rohstoffe für die Reicheren und Mächtigeren. Am 23. Januar 1919 schneidet Lloyd George unerwartet das Thema der deutschen Kolonien an unter der Behauptung, daß es sich hier um eine Frage mit leichter Lösung handele. Sofort unterstützt ihn Clemenceau und verlangt die sofortige Verteilung der deutschen überseeischen Besitzungen. Wilson versucht zu opponieren, nicht etwa um die Verteilung zu verhindern, sondern nur um sie durch irgendeine demokratische Formel zu decken, die in dieser Beraubung den Schein wahren sollte. Lloyd George ist sofort bereit, die Regierungsoberhäupter der Dominions zu den Besprechungen der Big Four hinzuzuziehen, die dann durch ihre Überzahl und durch den Ausdruck des Willens der verschiedenen britischen Weltteile wirken sollten. Es sind dies: Massey aus Neuseeland, Smuts aus Südafrika, Hughes aus Australien und Borden aus Kanada. Wilson ist zufrieden. Alle sind einverstanden, so erklärt er, die Kolonien nicht mehr Deutschland zu überlassen. Lloyd George kann dann den Antrag auf sofortige Verteilung stellen. Großbritannien, die Dominions und Frankreich stellen ihre Forderung. Und neuerdings stellt sich Wilson eine französisch-britische Einheitsfront entgegen, um seine Absichten als Messias der Gerechtigkeit zu durchkreuzen. Von wirtschaftlichen Bedürfnissen der Völker und von gerechter Verteilung wird nunmehr nicht mehr gesprochen. Man spricht nur noch von einem angeblichen Unvermögen der Deutschen zu kolonisieren. Dies soll vor dem Weltgewissen den Raub der gesamten Kolonien rechtfertigen. Man spricht auch von einer angeblichen Überlegenheit der britischen, französischen, belgischen, portugiesischen und japanischen Kolonialmethoden. Wilson erschöpft sich nur noch

in salbungsvollen moralischen Reden. „Die Welt wird sagen“ — erklärt er am 24. Januar im Zehnerrat — „daß die Großmächte zuerst die ungeschützten Teile der Welt untereinander verteilt haben, ehe sie den Völkerbund gründeten. Es bleibt die nackte Tatsache, daß jeder dieser Teile einer Großmacht überantwortet worden ist“ (Geheimprotokoll).

Die kolonialen Anrechte Italiens sind durch Paragraph 13 des Paktes von London festgelegt. Der Paragraph lautet: „Für den Fall, daß Frankreich und Großbritannien ihr Kolonialbesitztum in Afrika auf Kosten Deutschlands vergrößern sollten, erkennen diese beiden Mächte im Prinzip an, daß Italien einen entsprechenden Ersatz beanspruchen darf, besonders bezüglich der zu seinen Gunsten zu erfolgenden Regelung der Grenzfragen der italienischen Kolonien Eritrea, Somaliland und Libyen und der benachbarten französischen und britischen Kolonien.“ Dieser Paragraph läßt keinen Zweifel bezüglich seiner Auslegung, wenngleich auch seine Formulierung Bedingungen enthält. Die Bedingung betrifft nur den kolonialen Zuwachs von Frankreich und Großbritannien infolge des Krieges. Im Falle eines solchen kolonialen Zuwachses hat Italien Recht auf Kompensation, und diese Kompensation darf sich nicht nur auf eine Grenzregelung beschränken oder von vornherein begrenzt sein, sondern muß im Verhältnis zum Kolonialgewinn der anderen stehen und zu den von Italien im Kriege ausgestandenen Anstrengungen. Es ist ganz offensichtlich, daß das italienische Anrecht nicht erst nach Befriedigung des britischen und des französischen Anrechtes erledigt werden darf, sondern nur zusammen mit den anderen behandelt werden kann, als deren integrierender Bestandteil und im Einvernehmen mit den anderen.

Nach Rückkehr nach Paris am 7. Mai treffen sich Orlando und Sonnino am späten Vormittage im Hause von Wilson. Zu ihrer Überraschung treffen sie dort die Oberhäupter der drei Großmächte in eine Diskussion vertieft über die Verteilung der deutschen Kolonien, die nunmehr hinter dem Rücken der Italiener zum Abschluß gebracht worden ist. Am Nachmittage des gleichen Tages stehen sie der vollendeten Tatsache gegenüber. Der Verteilungsplan ist schon fertig und läßt keinen Raum für Italien. Die Italiener protestieren. Clemenceau stellt dem einen mündlichen Vorbehalt entgegen.

Er behauptet, daß Paragraph 13 den Alliierten keine Verpflichtung auferlegt, da nach dessen Inhalt Italien ja nur koloniale Kompensation verlangen „könne“. Balfour fügt hinzu, daß Paragraph 13 von einer „Vergrößerung des kolo-

nialen Besitzes“ Frankreichs und Großbritanniens spricht, während die Alliierten ja nur Mandate erhalten, die keinen solchen „Gebietszuwachs“ darstellen. Diese Definition des Mandatbegriffes wird jedoch nach 1919 sofort vergessen.

Italien erkennt diese Gründe nicht an. Es verlangt, daß die Vertragsbedingungen nach Fug und Recht eingehalten werden. Es steht aber allein in dem großen und ungleichen Kampf, der es den vereinigten Interessen zweier europäischer Großmächte entgegenstellt, die weltmachthungrig sind und entschlossen, Italien den Weg zu seiner neuen Macht zu sperren. In vier Sitzungen der Kolonialkommission zwischen dem 15. und dem 30. Mai wird das italienische Anrecht in der Anwendung von Paragraph 13 des Paktes von London behandelt. Italien verlangt die Annexion der Gebiete neben Libyen, Eritrea und Somaliland. In Libyen weiterhin wird mit großer Mäßigkeit die Abtretung einer Karawanenstraße im Westen und im Süden verlangt, die besser ist als diejenige, die seit 1916 Ghat mit Ghadames verbindet, die wegen Brunnenmangels unbrauchbar ist. Im Osten wird die Annexion des Gebietes westlich einer von Ras Jeben bis Sollum gezogenen Linie gefordert, die so weit nach Süden verläuft, daß die Oase Giarabub innerhalb der italienischen Machtsphäre gelangt. Dieses Gebiet hat keine wirtschaftliche Bedeutung und ist zum großen Teil wüst und kahl. Es soll vor allem die politische und religiöse Einheit der italienischen Kolonien vervollständigen helfen. Für Eritrea und Somaliland fordert Italien die Annexion von Britisch-Somaliland, des kleinen Hafens von Kisimaio des Giubalandes und des französischen Somalilandes mit Dschibuti.

Die Forderung nach Dschibuti stellt nichts Neues dar. Sie hat eine Geschichte von über einem halben Jahrhundert und wurde anfangs von Großbritannien und Frankreich unterstützt. Schon seit 1886, kaum daß Italien an der Ostküste Afrikas erschienen war, drückt die britische Regierung der italienischen Regierung ihre Zustimmung zu einer Besetzung von Harrar aus, was die Besetzung des Anmarschgebietes, d. h. von Dschibuti zur Vorbedingung hat. Aber 1888 tritt Lord Salisbury ganz plötzlich Ras Dschibuti an Frankreich ab, um auf diese Weise seine Stellungen an der somanischen Küste zu befestigen und verschließt Italien auf diese Weise das direkte Einfallstor nach Äthiopien. Frankreich scheint jedoch dem Besitz von Dschibuti keinen Wert beizumessen und gibt sich dagegen den Anschein, das Recht Italiens auf eine freie und direkte Ausdehnung in Äthiopien anzuerkennen.

1890, als die Verhandlungen zwischen Rom und Paris über die Aufteilung der Küstengebiete Ostafrikas in Einflußzonen beginnen, erklärt der französische Außenminister Ribot dem italienischen Botschafter in Paris, General Menabrea, und in der Folge auch dem italienischen Geschäftsträger, Costantino Reßmann, daß er der italienischen Politik in Afrika keine Schwierigkeiten entgegenstellen wolle und sich nur auf den Besitz von Obok beschränken wolle, das hauptsächlich als Kohlenniederlage gebraucht werden solle. Die italienische Forderung auf Dschibuti, die sofort einen der Gegenstände der italienisch-französischen Verhandlungen bildet, wird am 3. Oktober 1890 in einem Briefe von Reßmann an Ribot festgelegt. Am 30. November schreibt ein damaliges halbamtliches französisches Blatt, das *Journal des Débats*, daß „Äthiopien nunmehr den Italienern gehöre“. Am 15. Dezember bestätigt Ribot an Reßmann, daß „Frankreich keinen weiteren Ehrgeiz hat, als denjenigen, um die einfache Kohlen-niederlassung Obok herum einen genügenden Gebietsstreifen zu besitzen, der zum ungestörten Besitze Oboks notwendig ist. Im übrigen desinteressiere es sich völlig für den Rest von Äthiopien.

Dschibuti und sein Gebiet sollen also in der Verteilung der Einflußzonen zwischen Italien und Frankreich zu Italien geschlagen werden.

Im März 1891 versichert der Botschafter Frankreichs in Rom, Billiot, der italienischen Regierung neuerdings: „Italien soll seinen Einfluß über ganz Äthiopien und dessen Zufahrtsstraßen zum Meere ausdehnen.“

Nach und nach vergißt jedoch Frankreich seine Versprechungen und Versicherungen und läßt sie dann definitiv fallen unter dem Vorwande der Erneuerung des Dreibundes, der Italien angeblich auf anderem Gebiete verpflichtet. Italien gibt jedoch seine Absichten nie auf. Als am 17. April 1915 nach mühseligen Verhandlungen Sir Edward Grey dem italienischen Botschafter in London, Marchese Imperiali den Text des Paktes von London in seiner französischen Fassung zur Vorbereitung für die Unterschrift unterbreitet, entdeckt man, daß im Paragraph 13 des Dokumentes sich ein negativer Vorbehalt hineingeschlichen hatte, der niemals von Italien diskutiert worden war: „Diese Kompensationen können jedoch nicht den französischen Kolonien von Obok und Dschibuti entnommen werden.“ Italien weist diesen begrenzenden Zusatz von sich und setzt dessen Rücknahme durch, wodurch die Frage offenbleibt.

In der Kolonialkommission der Friedenskonferenz greift deshalb Italien mit gutem Rechte auf das historische Vorspiel und die Versprechung Frankreichs zurück, die bis zur Preisgabe ganz Äthiopiens gehen. Es verlangt die Abgabe von Dschibuti. Aber seinen Ansprüchen steht der vereinte Widerstand Frankreichs und Großbritanniens entgegen, die sich nunmehr mit den anderen Alliierten sämtlicher Kolonialbesitzungen Deutschlands bemächtigt haben und Italiens machtlosen Kampf ihre Gleichgültigkeit entgegensetzen. Vergeblich erinnert der italienische Delegierte Crespi an die menschlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Opfer Italiens für den gemeinsamen Sieg und an die Krisis, die die ganze Nation erfaßt hat, an die „Notwendigkeit neuer Gebiete, die der sich stetig vermehrenden italienischen Bevölkerung die Auswanderung möglich machen und das Land mit Rohstoffen versorgen.“ Die Briten zeigen sich zwar unzugänglich, aber nicht unnachgiebig. Lord Milner, der die Tatsache des weit größeren Gewinnes Großbritanniens zu ignorieren scheint, sagt, daß „in ihrer Gesamtheit die britischen Interessen dadurch ein schweres Opfer bringen müßten“. Übrigens weigert er sich, an die Möglichkeit einer italienischen Auswanderung in die Kolonien zu glauben. Er tritt jedoch für die Abgabe von Giarabub und des Giubelandes in Ostafrika ein, verweigert aber die Abgabe des Somalilandes, da Frankreich aus Gründen die er anerkennt, nicht zu einer Abgabe bereit ist. Eine glatte und harte Weigerung dagegen stellen die Franzosen den italienischen Ansprüchen gegenüber. Simon beschränkt sich auf das Angebot einiger Grenzberichtigungen in Libyen. Er will aber nicht über Dschibuti verhandeln, einem „hauptsächlich wichtigen Punkte für Frankreichs Weg nach Indochina und Madagascar“. Er verhandelt auch nicht über die Eisenbahn nach Äthiopien, „die mit französischem Gelde gebaut ist“. Er erklärt auch, daß „Frankreich nicht ein italienisches Übergewicht in Äthiopien zugeben könne“. Mit übermäßiger Bescheidenheit verlangt dann Italien die Verwaltung von Togo als Entgelt für das Somaliland. Auch hier stellt sich eine glatte Weigerung dem entgegen. Der Kolonialkommission bleibt darauf nichts weiter übrig, als in einem Bericht vom 6. Januar 1919 an den Obersten Interalliierten Rat den völligen Zusammenbruch der Verhandlungen und die Unmöglichkeit einer Verständigung zu melden. Eine Vereinbarung zwischen Italien und Großbritannien vom 25. Juli 1924 übergibt dann Italien das Gebiet des äußeren Giuba, einer wüsten und menschenleeren Gegend,

die durch ihre Unfruchtbarkeit der italienischen Besiedlung und der italienischen Arbeit verschlossen ist und nur den Zweck hat, dem italienischen Somaliland die Grenzen zu sichern und das Gebiet abzurunden. Die Frage der italienischen kolonialen Kompensation, die durch Paragraph 13 des Londoner Paktes geschaffen worden war, bleibt Frankreich gegenüber offen. Die kleinen Grenzberichtigungen zwischen Tunis und Libyen lösen einzig und allein jahrelange Lokalzwestigkeiten zwischen dem französischen Protektorat und der Türkei, deren Erbe Italien nach der Besetzung Libyens geworden ist.

Am Ende des siegreichen Krieges vollzieht sich somit zwischen den Tischen der feilschenden Unterhändler und dem Aufeinanderprallen der Großmachtsinteressen mit ihren Hegemonieplänen eine neue schreiende europäische Ungerechtigkeit gegen die Bedürfnisse Italiens. Großbritannien vergrößert sein koloniales Besitztum von 2 620 000 qkm mit einer Bevölkerung von 9 355 000 Einwohnern in Afrika, Asien und Ozeanien. Frankreich erwirbt 922 000 qkm mit einer Bevölkerung von 4 325 000 Einwohnern. Dem kleinen Belgien werden 54 000 qkm mit großem Reichtum und Möglichkeiten mit einer Bevölkerung von 3 300 000 Einwohnern zugeteilt. Japan erhält 3000 qkm mit 250 000 Einwohnern und Portugal 100 000 qkm. Italien erhält nur noch nach der Vereinbarung mit Großbritannien über den äußeren Giuba 90 000 qkm mit kaum 100 000 Einwohnern.

Nach Abschluß des reichhaltigen Kolonialbankettes der großen westlichen Demokratien erscheint in Europa und der Welt die merkwürdige neue Gebietsordnung von Versailles. Wenige Ziffern genügen zur Festlegung der ihr zugrunde liegenden und nicht aus der Welt zu schaffenden Interessen und Rechtskontraste, die jede Möglichkeit einer ehrlichen europäischen Zusammenarbeit und eines gerechten und dauerhaften Friedens verhindern. Nach 1909 und bis zur italienischen Besetzung Äthiopiens befindet sich Frankreich mit seinen 42 Millionen Einwohnern und einem nationalen Gebiete von 550 986 qkm in einem überseeischen Kolonialbesitze von insgesamt 11 919 519 qkm mit 65 Millionen Einwohnern. Großbritannien mit einer Bevölkerung von 48 Millionen Einwohnern und einem nationalen Gebiete von 242 631 qkm besitzt an Kolonien und Mandatsgebieten 7467 436 qkm mit 62 Millionen Einwohnern. Italien mit einer Bevölkerung von über 44 Millionen Einwohnern und einem nationalen Gebiet von 310 100 qkm besitzt nur

2471537 qkm Kolonialbesitz mit einer Bevölkerung von kaum 3 Millionen Einwohnern.

Typisch ist vor allem das Verhältnis zwischen Frankreich und Italien. Frankreich hat eine um 3 Millionen niedrigere Bevölkerung als Italien mit über 2,5 Millionen Ausländern. Die Zahl seiner Sterbefälle überwiegt die Geburtenzahl, während die italienische Bevölkerung, die noch gesund und lebensfähig ist, in ihrem Geburtenüberschuß um 400 000 Seelen jährlich zunimmt. Das französische Nationalgebiet ist an Ausdehnung und Reichtum dem italienischen um beinahe das Doppelte überlegen. Es hat 24 Millionen Hektar von ackerfähigem Boden, gegenüber den 13,7 Millionen Hektar Italiens. Es hat Reichtum an Kohle, Eisen und Kali im Überfluß, während Italien dieses nur in kleinstem Maße besitzt. Es hat überhaupt für seine Bevölkerung auf seinem Nationalgebiet natürliche Hilfsquellen für die Versorgung und die Arbeit, die dem italienischen bei weitem überlegen sind. Vor dem äthiopischen Unternehmen war sein Kolonialbesitz 5 mal größer als der italienische und 10 mal reicher, wie die dünne Besiedlung der ersten italienischen Kolonien, die zum größten Teil auf Grund ihres Wüstencharakters unfruchtbar und deshalb unproduktiv sind, beweist.

Der Krieg und der Sieg, die durch das System von Versailles gekrönt werden, bringen also Italien keine neuen Werte für die Lösung seiner elementarsten wirtschaftlichen und finanziellen Probleme ein, und für die Befriedigung seiner wichtigsten Arbeits- und Lebensbedürfnisse. Die nationalen Schwierigkeiten Italiens werden dadurch im Gegenteil verschärft durch einen hervorgerufenen größeren Gegensatz der Mittel und der politischen und wirtschaftlichen Führungen, dem mangelnden Gleichgewicht zwischen seinen Kräften und seinen Möglichkeiten und denjenigen Frankreichs und Großbritanniens.

Während seines Kampfes um einen gerechteren Frieden kündigt Orlando im Vorgefühl der Niederlage dieses neuen diplomatischen Krieges der Alliierten am 21. April 1919 in Paris die Revolution in Italien unter der Fahne des Bolschewismus an. Er sollte sich hierin nicht täuschen. In dem tragischen Gefühl der im Frieden erlittenen Niederlage nach dem siegreichen Kriege hatte Italien einen Augenblick lang das Vertrauen zu sich selbst, seinen Kräften, seiner geistigen Widerstandskraft gegen das Hervorbrechen der neuen revolutionären Bewegung verloren. 1920 tritt somit die Epidemie der kommunistischen Rebellionen auf, der roten Besetzungen

der Fabriken, der Auflösung des Staates in dem lichtlosen Kampf der Parteien und der Klüngel. Zwei Jahre später jedoch erscheint triumphierend in dem stolzen, wiedererwachten Bewußtsein der Italiener die Revolution des Faschismus, die ihren geistigen Keim in dem jugendlichen Blut, das in den Schützengräben vergossen worden war, hat, und die unter harten Schlägen in der Ernüchterung eines ungerechten Friedens ihren Schutzpanzer erhalten hatte.

Das Friedenssystem

Der Italien aufgezwungene ungerechte Frieden ist nicht etwas Vereinzelt in der europäischen Geschichte des schicksalsschweren Jahres 1919. Er stellt nur einen Ausdruck des Systems von Versailles dar, und zwar einen der am meisten kennzeichnenden. Wir bezeichnen hierbei als System von Versailles nicht nur den mit Deutschland abgeschlossenen Friedensvertrag, sondern auch die damit zusammenhängenden Verträge Österreich-Ungarns, den Völkerbundspakt, der alle untermauert, und die Politik Frankreichs und Großbritanniens, die, nachdem sie diese Verträge gemeinsam erdacht hatten, deren Inhalt nicht immer in Übereinstimmung miteinander anwendeten. Im Lichte von 20 Jahren europäischer Geschichte, die nicht immer ruhig verlief, kann man nunmehr die gefährlichen Fehler erkennen, die böswillig oder unfreiwillig der Struktur und der Funktion des Versailler Systems anhaften. Dieses System hat nur zwei Verfechter: Frankreich und Großbritannien. Es stellt die höchste Ausdrucksform ihrer Politik der europäischen Beherrschung und der imperialen Behauptung für die Zeit ihrer Zusammenarbeit dar. Unter völliger Verleugnung der während des Krieges von den großen Demokratien agitierten Prinzipien, die das heilige Banner des Krieges darstellten, ist dieses Prinzip unter dem Schutznamen Wilsons entstanden und hat unter seinen angeblichen Formeln der Gerechtigkeit, die von der Bankmacht der Vereinigten Staaten akkreditiert worden waren, die Bürgschaft des müden, zerrissenen und verlorenen Europas erhalten.

Das Versailler System läßt vier bezeichnende historische Deutungen zu. In ihm verdichtet sich die endgültige politische Gemeinschaft zwischen Großbritannien und Frankreich, die in den vergangenen Jahrhunderten in Europa durch immerwährende Kriege getrennt waren bis zum

Fall des großen Napoleon und die dann bis beinahe zum Beginn des großen Krieges 1914 noch in kolonialen Zwistigkeiten verwickelt waren. In dieser Gemeinschaft teilen sich die beiden Westmächte die politische Herrschaft über Europa und die daraus erfolgenden Verzweigungen in der Welt, die Kolonien, untereinander auf. Dies geschieht durch eine stillschweigende Verteilung der Interessen, wodurch Großbritannien die Herrschaft über die See und Frankreich die Herrschaft über den Kontinent zuerteilt werden. Dadurch reifen die Keime künftiger Konflikte heran.

Weniger offensichtlich erscheint hier der Charakter der britischen Politik. Sie verbreitet sich über die ganze Welt, sie operiert zum großen Teile außerhalb Europas in den unendlichen Gebieten, wo nach dem Kriege ihr Ansehen und die lockergewordenen Bande ihrer Dominien, die einer Revision des imperialen Systems zustreben, wiederhergestellt werden müssen. In der unmittelbaren Sphäre der europäischen Interessen enthüllt sich die britische Politik vor allem unter vier verschiedenen Gesichtspunkten: Erstens die Zerstörung der deutschen Kriegsflotte und die Aufteilung der deutschen Handelsflotte, wodurch Großbritannien die völlige militärische und wirtschaftliche Seeherrschaft zurückgegeben werden soll. Zweitens die Vorbereitung einer strengeren Kontrollpolitik der Zufahrtsstraßen des Mittelmeeres, die durch die neuen Abmachungen mit Ägypten über den Suezkanal vervollständigt wird. Drittens die Schaffung eines neuen Flottenstützpunktes im östlichen Mittelmeergebiet durch das Palästina-Mandat, wodurch die bewaffnete Macht Großbritanniens in diesem Meere ausgedehnt und befestigt wird, unter der Begleiterscheinung eines Entstehens neuer Probleme mit den Mittelmeerstaaten und vor allem mit Italien. Zuletzt kommt hinzu das Bestreben der Schaffung einer starren Rangordnung der Seestreitkräfte, die durch internationale Abmachungen, wie diejenige Washingtons, festgelegt werden. Dadurch wird ohne die Möglichkeit eines störenden Wettbewerbes die europäische und Weltherrschaft der britischen Kräfte festgelegt. Dieser Tendenz gehorcht auch die Besitzergreifung deutscher Kolonialbesitzungen, wodurch Großbritannien nicht nur neuer wirtschaftlicher Reichtum, sondern auch neue Weltstellungen entstehen.

Offensichtlicher, weil unmittelbar europäischer, ist die französische Politik. Durch das Versailler System nimmt sich Frankreich vor, auf dem europäischen Kontinent diejenige Hegemonie zu erreichen, die weder Ludwig XIV.

noch Napoleon erringen konnten. Diese Hegemonie hat statischen Charakter. Sie kann nicht expansiven und noch weniger aggressiven Dynamismus enthalten, da sie nicht durch genügende Menschenkraft unterstützt und von unbefriedigten Bedürfnissen bewegt wird. Sie wird deshalb nicht weniger empfunden. Denn in ihrer Form als Versicherungssystem der französischen Vormacht, die einem Versicherungskonsortium des europäischen Friedens zustrebt, versucht sie sich Gesamteuropa zu unterwerfen und durch das Dogma des Antirevisionismus und durch eine starre juristische, politische und militärische Konstruktion jeder natürlichen Lebensäußerung und Bewegung vieler Nationen entgegenzutreten.

Ihre Methode ist offensichtlich. Sie gründet sich vor allem auf die als dauernd gedachte Vernichtung der Macht Deutschlands. Die verschiedenen Teile des Versailler Vertrages sind verschiedene Ausdrucksformen dieses Versuches, der sich gegen die politische Macht richtet durch die territoriale Verstümmelung, gegen die militärische Macht durch die völlige Abrüstung der Menschen und der Kriegsmittel und die Neutralisierung der Rheinzone, gegen die wirtschaftliche und finanzielle Macht durch die Ablösung reicher Erz- und Kohlengebiete und sämtlicher Kolonien, durch die Aneignung der Handelsflotte, eines großen Teiles des Eisenbahnmateriails und der industriellen Einrichtung, durch die Reparationszahlungen und durch andere Gerechtsame wirtschaftlicher Natur, wie diejenige der Wasserstraßen.

Der Zerstörung der deutschen Macht fügt sich die Kränkung der beiden kleinen Nachfolger des Habsburger Reiches hinzu: Österreich und Ungarn, die möglicherweise Deutschland die erste Gelegenheit für den Wiederaufbau eines internationalen politischen Systems bieten könnten.

Es folgt die Begrenzung der italienischen Macht, wodurch Italien zu dem Rang zweitklassiger Nationen mit beschränkten Interessen, ungenügenden Aufbaukräften und ständiger politischer Konflikte an den Grenzen zurückgeführt werden soll. Dadurch soll Italien dem Mechanismus der großen europäischen Politik entzogen werden. Die Beschränkung der Kohlenlieferungen an Italien, die während der Friedensverhandlungen seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unterbinden sollte, gehört auch dazu. Clemenceau äußerte eines Tages: „Die Politik gegen Italien ist eine Politik der Kohle.“

Dazu kommt noch zuletzt die Schaffung einiger Staaten aus den territorialen Trümmern der beiden Zentralmächte und Rußlands. Die Schaffung und Vergrößerung dieser Staaten

folgt nach französischer Planung nicht etwa nach dem Nationalitätenprinzip, sondern vielmehr in der zweifachen politischen Absicht, das Gebiet der Zentralmächte aufzuteilen und ein System von gegen Deutschland gerichteten Gendarmenstaaten zu errichten, die natürlich mit der französischen Politik in ihrer Verteidigungsnotwendigkeit gegen die am Anfang wenigstens zahlenmäßige Überlegenheit des Dritten Reiches eng verknüpft waren.

Dieses stellt die Politik der Einkreisung im Osten und im Süden dar, die Frankreich in der Verteidigung seiner Kontinentalstellung gegen die Gefahr einer deutschen Auferstehung und eines schnellen Anstieges Italiens garantieren sollte. Diese Tendenz ist in der französischen Politik nicht neu. Man findet sie schon in der mit Rußland am 17. August 1892 abgeschlossenen Militärkonvention etwas über zwei Jahre nach Bismarcks Sturz. Nachdem die große territoriale Einheit und die politische und militärische Macht des kaiserlichen Rußlands zertrümmert waren, ersetzt Frankreich sie durch die Koalition seiner Trümmer und derjenigen der Zentralmächte. Hierdurch entsteht das Bündnissystem zwischen Polen und Rumänien, das sich an dasjenige der drei Staaten der Kleinen Entente anschließt und in das Bündnis Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei ausläuft.

Das System wird durch den Völkerbundspakt vervollständigt. In seinem formalen und vertraglichen Universalismus strebt diese neue Einrichtung eine Interessenbeteiligung aller Nationen, auch der neutralen, an das französisch-britische Friedenssystem an und tarnt seine eigentlichen Funktionen durch den Anschein des Dienstes an einem allgemeinen europäischen und Weltinteresse, während es in Wahrheit den Sonderinteressen der beiden vorherrschenden Mächte dient. Die Geschichte der zwanzig Jahre hat eindeutig bewiesen, daß der Völkerbund ein allgemeines Einkreisungssystem darstellt, das gleichgerichtet ist demjenigen, das sich unmittelbar auf das Flechtwerk der verschiedenen Bündnisse Südosteuropas und Frankreichs aufbaut. Hier finden die typischen Tendenzen der großen Demokratien ihren Ausdruck, die ihre imperiale Politik hinter der Fassade großer ideologischer Pläne und höchster humanitärer Zwecke verbergen. Das geistige und doktrinäre Großbritannien spricht hierbei vom Kampfe gegen große Mythen und gegen die der Freiheit der Völker und der Gerechtigkeit entgegenstehenden feindlichen Kräfte. Es vermeidet aber hierbei zu starre Bindungen. Frankreich dagegen liebt die großen juristischen Konstruk-

tionen, die papierenen Aufbauten und die Verträge, in denen sich alles abgemacht und abgestempelt findet. Es vereinen sich hier aber auch ganz realistische politische Traditionen der beiden Westmächte: Frankreich mit seinem Kettensystem von Bündnissen und Großbritannien mit seiner Vorliebe für die Anwendung von Koalitionen, die jeder aufkeimenden Macht feindlich entgegenstehen, so wie dies schon gegen das Frankreich Ludwigs XIV. und des großen Napoleon gemacht worden war.

Von jenem eiteln Gebilde des Friedens von 1919 wird noch weiter zu sprechen sein. Zwei jedoch seiner negativen Seiten müssen sofort als typischer Ausdruck des Systems von Versailles erkannt werden. Um auch außerhalb des papierenen Vertrages, im Geiste und in der Tat, die Gemeinschaft der Völker zu schaffen, hätte der Völkerbund den Mitgliederstaaten den Abschluß von Sonderbündnissen verbieten sollen. Durch Paragraph 21 werden die regionalen Abmachungen als mit den Zielen des Völkerbundes übereinstimmend und deshalb als berechtigt anerkannt. Dadurch schafft der Völkerbund der Blockbildung und ihrer unheilvollen Politik einen günstigen Boden. Dieses sollte sich in sämtlichen wichtigeren Genfer Episoden zeigen.

Der Definition des Paktes zufolge hätte der Völkerbund auch den Zweck gehabt, den Frieden zu sichern und zu verteidigen. Der Friede konnte jedoch nur durch die Revision der ungerechten Teile der Verträge 1919 verteidigt werden. Die Notwendigkeit der Revision wurde im Augenblick der Unterschrift dieser Verträge von den Einsichtsvolleren schon erkannt. Es genügt, an die Worte des Generals Smuts zu erinnern in dem Bericht, der das Dokument von Versailles begleitet: „Es bestehen territoriale Ordnungen, die einer Revision bedürfen. Der Vertrag enthält Bestrafungen, über deren größten Teil eine ruhigere Betrachtung zu dem Bedürfnis führen wird, sie auszulöschen und zu vergessen. Die darin enthaltenen Schadenersatzansprüche können nicht ohne große Gefahr für den industriellen Wiederaufbau Europas eingekassiert werden, und es liegt ein allgemeines Interesse vor, sie ertragbar und mäßig zu gestalten. Ich hege die Hoffnung, daß der Völkerbund seinen Weg finden wird, um Europa aus der Vernichtung des Krieges herauszuführen.“

Der absichtlich sich widersprechende Mechanismus des Völkerbundvertrages jedoch schafft eine dauernde Unmöglichkeit jeglicher Revision. Er verpflichtet alle Nationen, in gemeinsamer Mitarbeit das friedliche Mittel der Lösung

ihrer Zwistigkeiten zu suchen. Durch Paragraph 19 bietet er sogar die Möglichkeit der Revision politischer Zustände, die unhaltbar geworden sind und die „den Weltfrieden bedrohen könnten“. Die Frage der Revision der Verträge wird jedoch nicht der Entschließung des Rates, sondern der ganzen Völkerbundsversammlung anvertraut. Diese Versammlung, die zu Anfang beinahe eine Weltgemeinschaft der Nationen darstellte, versammelt sich ein einziges Mal im Jahre. Sie stellt eine Sammlung der verschiedenartigsten Interessen dar. Durch ihre geographische Breite ist sie der Sitz des natürlichsten gegenseitigen Mißverstehens. Sie setzt auch die Gegenwart und Stimmenabgabe der in dem Konflikt beteiligten Partner voraus mit ihrem entgegengesetzten Willen, die also grundsätzlich eine Einstimmigkeit ausschließen. Dies genügt aber nicht. Durch Paragraph 10 verpflichtet der Pakt auch die Mitgliedstaaten, die Unverletzlichkeit der Gebiete der einzelnen Mitgliedstaaten gegen äußere Angriffe zu respektieren und zu verteidigen, d. h. also die Unverletzlichkeit des durch das Versailler System geschaffenen europäischen Zustandes zu verteidigen.

Durch diesen Stahlmechanismus, der durch einen leichten und trügerischen Schleier getarnt wird, ist somit der Völkerbund eine internationale Organisation, die zum Dienste an nationalen Interessen geschaffen wurde. Es ist also der schlaue Versuch, durch ein unspürbares, aber nichtsdestoweniger gefährliches Bündnis sämtlicher Länder Europas und der Welt die Kriegführenden und die Neutralen an die Kriegsergebnisse, wie sie von Versailles geschaffen wurden und von der französischen und britischen Politik ausgelegt werden, zu ketten.

Die Geschichte wiederholt sich. Man muß die Folgerichtigkeit der französischen Außenpolitik, in der nie jemals etwas improvisiert wird, anerkennen. Eine große internationale Föderation von friedlichem Charakter und militärischen Ursprunges hat immer den Plänen der französischen Diplomatie zugrunde gelegen. Schon Sully, der Minister Heinrichs IV., verkündet in seinem Grand Dessin 1604 die Idee eines europäischen politischen Zusammenschlusses. Es ist kurz nach einem siegreichen Kriege, und er will die Früchte des Sieges sichern. Zwanzig Jahre später ist es der Ratgeber von Richelieu, Pater Joseph, der die Idee in seinem Discours des Princes et des Etats wieder aufgreift. 1815 ist es Napoleon, der erklärt: „Wir hatten als Ziel, ein großes europäisches föderatives System zu organisieren, das wir als in Überein-

stimmung mit dem Geiste des Jahrhunderts und den Fortschritten der Kultur betrachteten.“ Dieser anscheinend hohen und humanitären Ideologie liegt also eine aktive und realistische Politik seitens Politikern und Militärpersonen zugrunde, die versuchen, ihren Sieg durch einen internationalen Versicherungsvertrag zu sichern. Wo Sonderbündnisse nicht genügen, soll die Aktion der Allgemeinheit eingreifen. Alle die großen internationalen politischen Bauten haben ja übrigens einen Untergrund nationaler Hegemonie. Der Panlawismus war vor allem das Mittel der russischen Politik, um seinen Einfluß und seine Herrschaft über das Habsburger Reich in Zentraleuropa und über die Türkei im Balkan gegen das Mittelmeer auszubreiten. Der Panamerikanismus ist der Ausdruck nordamerikanischer Ausbreitung in Südamerika.

Offensichtlich und unheilvoll sind die negativen Resultate dieser Versailler Konstruktion. Die deutsche Nation wird zur Reaktion gebracht, die um so größer und um so hartnäckiger werden sollte, je größer und zerstörender ihre Verluste und ihre Lasten wurden. Die italienische Nation ist unzufrieden. Sie betrachtet sich als verraten und der Früchte des Sieges beraubt. Sie hat kein Interesse an der Verteidigung des Systems, sie hat im Gegenteil nur Interesse an seiner Revision. Einige der neuen am Verhandlungstische geschaffenen Staaten zeigen sofort ihre innere Unhaltbarkeit wegen der Verschiedenartigkeiten und der Zwistigkeiten der in den neuen politischen Grenzen eingeschlossenen Nationalitäten. Es fehlt ihnen die Möglichkeit eines kräftigen Aufbaues des Staates. Sie sind in latente Zwistigkeiten mit ihren Nachbarn verwickelt, denen sie lebenswichtige Gebiete geraubt haben und werden dadurch in ihrer Funktion als Polizei des Systems gehemmt.

In ihrer ersten politischen Gestaltung z. B. werden unter die Herrschaft der Tschechoslowakischen Republik 3 Millionen Deutsche, Millionen von Slowaken, die die Autonomie erstreben, und Millionen von Ungarn, die zu Ungarn wollen, gestellt. Die Krisis dieses Landes fängt mit dem Tage seiner Geburt an. Die Krisis entsteht durch die Unmöglichkeit einer inneren Einheit, ehe noch äußere Anlässe hinzukommen. Auch Polen, das mit einer Bevölkerung, die zur Hälfte nicht polnisch ist und mit mehr als einer Million Deutschen, mit einer gegen Deutschland und Rußland offenen Grenze von mehr als 3000 km, gegründet wurde, ist auf Grund seiner Entstehung schon von Anfang an morsch. Es ist einem

Kriege verfallen. Dies wird von Engländern und Franzosen vorausgesehen. In einem seiner Dokumente in Fontainebleau sagt Lloyd George: „Meines Erachtens wird die Einkreisung Deutschlands der Grund zu einem neuen Krieg.“ Und in einem seiner Briefe an Lloyd George schreibt am 22. Mai General Smuts: „Man kann mit aller Sicherheit behaupten, daß Deutschland und Rußland ihre Großmachtstellung zu-rückerhalten werden und daß das zwischen diesen beiden Ländern eingeschlossene Polen nur nach Gutdünken dieser beiden existieren kann.“ Marschall Foch sagte bezüglich Polen und seiner nationalen Probleme, wie Polson Newman (Britain and the Baltic) berichtet: „Von dort wird der nächste Krieg kommen.“ General Weygand, der Sieger der Schlacht von Warschau, betrachtete schon 1920 Danzig und den Korridor als „für Polen überflüssig bei Friedenszeiten und im Kriege nicht zu verteidigen“.

Nachdem Europa im Versailler Mechanismus erstarrt war und die verständigungsbereiten Männer fehlten, die Mussolini herbeigewünscht hatte und die fähig gewesen wären, einen Berührungspunkt für die Revision und die Versöhnung zu finden, mußte unabwendbar der neue europäische Krieg heranreifen.

Italien und Europa

Das Erbe der Vergangenheit

Nach dem 28. Oktober 1922 erhält mit dem neuen faschistischen Regime auch die Außenpolitik Italiens einen neuen Inhalt. Die schnelle innere Verwandlung der Nation, der die Politik Mussolinis der Wiederaufrichtung der Gemüter und der Energien folgt, zeigt sich in ihrer Tendenz und in ihrer Aktion. In keiner Zeit der italienischen Geschichte hat die Außenpolitik sich in solcher Weise als unmittelbare Projektion des inneren Zustandes nach außen gezeigt, wie in der faschistischen Epoche. Es zeigt sich eine Synthese und der aktive Ausdruck der Ideologien, der Bedürfnisse und der nationalen Fähigkeit. Deshalb geht dem schnellen Aufstieg der Nation auch derjenige seiner Außenpolitik parallel, die an Stimme und Kraft zunimmt und ihren Horizont vergrößert.

Im Oktober 1922, drei Jahre nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages und der damit zusammenhängenden Verträge, trägt Italien noch sämtliche Anzeichen des verlorenen Friedens zur Schau, nach dem im heldenmütigen Kampfe gewonnenen Kriege. Die Frage seiner politischen Grenzen ist noch nicht völlig gelöst, und dringender noch ist die Krisis seiner wirtschaftlichen Verarmung.

Dies betrifft Staat und Staatsbürger gleichzeitig. Ohne Ersatz durch Reparationen oder neue koloniale Vergünstigungen erwächst hierdurch eine allgemeine geistige Unruhe, die aus der Enttäuschung über den schlechten Frieden entstanden ist. Auf Grund der verschiedenen nationalen Statistiken — ausgedrückt in Dollareinheiten, berechnet nach Vorkriegswert für 1914 und zum mittleren Kurse der verschiedenen ausländischen Valuten nach den Wechselkursen der Newyorker Börse Mitte 1925 — verzeichnet das Nationalvermögen der größeren alliierten und assoziierten Mächte im Jahrzehnt des Krieges folgende Änderungen:

	Volsvermögen:		Volkseinkommen:	
	(in Milliarden Dollar)			
	1914	1925	1914	1925
Italien	21,4	22,3	3,76	4,6
Frankreich	57,9	51,6	7,24	7,74
Belgien	10,6	11,5	1,40	1,75
Großbritannien	68,1	117,8	10,95	19,0
Vereinigte Staaten von Amerika	200,0	380,0	33,0	70,0

Diese Zahlen drücken jedoch noch nicht das ganze Phänomen der Verschiebung des Volksvermögens aus. Man muß dazu noch die Änderung der Bevölkerungszahl in diesem Jahrzehnt in Rechnung ziehen. In Italien ist die Bevölkerung von 35,9 auf 40,3 Millionen Einwohner gestiegen. In Frankreich und Großbritannien dagegen ist die Bevölkerungszahl beinahe unverändert geblieben. Man muß auch die Änderungen des inneren Dollarwertes berücksichtigen zwischen 1914 und 1925 durch die allgemeine Preissteigerung. Diese Änderung muß man mit einer Verringerung des Wertes um ungefähr ein Drittel ansetzen. Es stellt sich dann heraus, daß im Jahrzehnt 1914/25 das Volksvermögen Großbritanniens sich ungefähr um 9% und das Volkseinkommen sich ungefähr um 10% erhöht hat. In den Vereinigten Staaten steigt das Vermögen um 20% und das Einkommen um 34%. In Italien dagegen vermindert sich das Vermögen um 34% und das Einkommen um 32%.

Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet sind die Ziffern für 1925 noch ausdrucksvoller:

	Mittleres Vermögen:	Mittleres Einkommen:
	(in Dollar)	
Italien	533	101
Frankreich	1306	196
Belgien	1474	224
Großbritannien	2600	419
Vereinigte Staaten von Amerika	3333	614

Der schreiende Gegensatz zwischen diesen Ziffern bildet eines der wichtigsten Motive der italienischen Außenpolitik.

Die große Krisis der Umstellung der Industrie vom Kriegszustand mit ihrer typischen Produktion auf den Friedenszustand trifft das vom Kapital entblößte Italien. Die Umstellung vollzieht sich langsam und schwierig. Sie schafft sofort nach dem Kriege Arbeitslosigkeit, die noch durch

die Entlassung großer Massen Kriegsteilnehmer erhöht wird. Das Volk, das bisher Soldat an der Seite der Alliierten war, leidet. Wenn es arbeitet, muß es sich mit niedrigen Löhnen begnügen. 1925 beweist eine Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes, daß die Kaufkraft des mittleren Lohnes eines Arbeiters, der 8 Stunden am Tage arbeitet, unter Annahme von 100 für London, für Philadelphia 221, Ottawa 169, Sydney 154, Paris 71, Berlin 62, Brüssel 57 — für Mailand und Rom 46,5 ist. Der Lebensstandard ist also in England zweimal größer als in Italien und in Amerika vier- bis fünfmal größer. Die Unterlegenheit des italienischen Arbeitslohnes, die in den Ziffern schon so deutlich zum Ausdruck kommt, ist aber noch fühlbarer in der Wertmessung gegenüber der italienischen Arbeiterfamilie, die viel zahlreicher ist als diejenige jedes anderen großen Industrielandes.

Dieses bedeutet den Hunger. Arme Nationen essen wenig. Während des Krieges konnte die interalliierte wissenschaftliche Verpflegungskommission sofort feststellen, daß unter den großen kriegführenden Mächten das italienische Volk den maßvollsten Verbraucher darstellt und am bescheidensten ernährt wird. Die Physiologen berechnen, daß im gemäßigten Klima Europas der tägliche Nahrungsbedarf eines erwachsenen Mannes, der 8 Stunden täglich arbeitet, sich auf 3300 Kalorien beläuft. Bis 1922 ist der mittlere italienische Verbrauch nur 3130 Kalorien, also unter dem Mindestmaß gelegen. Nie jedoch bekümmern sich England und Frankreich während des Krieges um die Verpflegung Italiens und denken im Augenblick des Friedens nur an ihre eigenen Bedürfnisse an Boden und Hilfsmitteln. Wegen dieser stetigen Unterernährung wiegt in vielen Teilen Italiens die niedrige Körpergröße vor. Während der faschistischen Zeit verbessert sich die wirtschaftliche Lage des Volkes, das deshalb an Körpergröße zunimmt. Im Gegensatz zu Frankreich und England ist Italien, das ja nur sein Recht auf Arbeit und Produktion geltend machen möchte, immer sehr arm. Deshalb hat es aber noch lange nicht seine Fähigkeiten und seinen Willen zu harten Anstrengungen und kühnen Entschlüssen eingebüßt und hat darum das Recht, Gerechtigkeit zu fordern.

Hart ist deshalb der Weg der Wiederherstellung.

In diesem lichtlosen Augenblicke der italienischen Geschichte ergreift Mussolini auch das Steuer der Außenpolitik. Seine Pläne der Größe und der Macht, die schon in der kämpferischen Vorzeit in seinen, einen unbeugsamen Willen

verratenden Reden ihren Ausdruck fanden, scheinen in diesem Zustande der latenten Auflösung Italiens und des Unterganges seines internationalen Prestiges zerschellen zu sollen. Mussolini verzweifelt nicht! Seine Tätigkeit richtet sich sofort darauf, Italien von der schweren Last der durch den Krieg bedingten Fragen zu befreien. Der Weg soll von dem Erbe der Vergangenheit befreit in die Möglichkeiten der Zukunft führen.

Nachdem heute eine längere Zeit italienischer Außenpolitik, voll von Geschehnissen und verschiedenartig in ihren Momenten, sich dem Auge des Beschauers darbietet, kann man nunmehr die verschiedenen Phasen erkennen, die in logischer Aneinanderreihung jede die Folge der vorangehenden ist. Die erste Phase ist diejenige der Liquidierung des Kriegserbes. Die zweite Phase diejenige des Wiederaufbaues. Die dritte Phase ist diejenige der Eroberung des Imperiums, von der man durch die tumultartigen europäischen Ereignisse zur vierten Phase, einer aktiven Politik der Weltverantwortung und Weltmacht gelangt, durch die Italien in allen großen Problemen der Welt bis zum Kriege gegenwärtig ist.

Diese Phasen stellen niemals abgeschlossene oder sich widersprechende Perioden dar, sondern sind im Gegenteil in ihrer voranschreitenden Folge der Ausdruck eines einheitlichen Planes, der festliegenden bestimmten Zielen zustrebt unter Anwendung konkreter und immer der Zeit angemessenen Mittel. Es sind im Grunde die Kapitel eines und desselben Buches, die organischen Teile eines gleichen Systemes auch durch die natürlichen und episodenhaften Schwankungen hindurch. Sie stellen eine Politik dar, die immer lebendig und reaktionsfähig ist gegenüber den Änderungen in der Welt. Diese Phasen vereinigen immer ein stolzes Bewußtsein und eine wohlüberlegte Verteidigung der nationalen Interessen und Rechte mit einem weitsichtigen Blick auf in der Ferne liegende Ziele: den Aufbau einer neuen europäischen Ordnung, in der die Lebensrechte der einzelnen Völker eine ehrlichere Anerkennung und ein besseres Gleichgewicht erhalten sollen und in denen deshalb die italienischen Belange ihren natürlichen Ausdruck und ihre Verteidigung finden.

Kaum ein Monat nach dem Marsch auf Rom, am 22. November 1922, teilt Mussolini in einer Rede im Senat zum ersten Male die Hauptlinien seiner Außenpolitik mit, die schon ganz seinen entschlossenen nationalen Geist enthüllen: „Es ist meine Absicht, einer Außenpolitik zu folgen,

die weder unüberlegt kühn, aber auch nicht eine Politik der Entsagung ist. Ich glaube schon etwas erreicht zu haben, nämlich die Alliierten und vielleicht auch andere Völker Europas zu einem genaueren Verständnis von demjenigen Italien gebracht zu haben, das unter meinen Augen entsteht, ein von Leben strotzendes Italien, das nicht von der Vergangenheit lebt wie ein Parasit, sondern das mit eigenen Kräften, mit seiner Arbeit, seinem Martyrium und seiner Leidenschaft sein künftiges Glück schaffen will.“

Die italienische Außenpolitik ergibt sich in Abhängigkeit der Bedürfnisse, der Fähigkeiten und der natürlichen Tendenzen der gesamten italienischen Volksgemeinschaft und enthält schon jetzt die Vorahnung seiner neuen Kraft und das Bewußtsein seiner Rechte. Aus diesem Geist heraus löst sie sich von dem Schema der Traditionen, die ihr die Möglichkeit unabhängiger Ideen und Haltungen zu verwehren schienen und sie bisher zwangsläufig zu einer bestimmten Haltung gegenüber den europäischen Großmächten gezwungen hatte. Die Außenpolitik wird sofort trotz der inneren wirtschaftlichen und finanziellen Hemmungen und dem politischen Druck von außen in verwegener Weise selbständig, dynamisch und revisionistisch.

Die ersten in Angriff genommenen Probleme sind folglich die der Liquidierung der Vergangenheit, der Festsetzung der Grenzen und der Klärung der benachbarten europäischen Systeme, die dem näheren italienischen Lebensraume angehören, der finanziellen und territorialen Guthaben, die der Sieg gebracht hatte, und der Behauptung des noch immer umstrittenen Anwesenheitsrechtes in lebenswichtigen internationalen Stellungen.

1922 erscheint die Frage der italienisch-jugoslawischen Grenze, die durch die Friedensverträge offengelassen worden war, durch die Beschlüsse der früheren Regierungen in beinahe unlösbarer Weise festgefahren. Die Prinzipien des Paktes von London sind verlassen worden. Italien ist durch den Verzicht auf viele territoriale Rechte in Dalmatien zugunsten Jugoslawiens gebunden, mit dem es andererseits aber noch zu keiner Verständigung und erst recht nicht zu einer Mitarbeit gekommen war. Mussolini denkt nicht an eine Revision des durch die neuen Abmachungen geschaffenen Zustandes, auch wenn diese noch nicht angewandt worden sind. Das Friedensproblem, das heißt die Schaffung normaler Verhältnisse zwischen Italien und Jugoslawien, erscheint ihm sofort in Abhängigkeit von der wichtigeren Frage

der italienischen Stellung im Mittelmeer von weitaus größter Bedeutung. Seine Politik richtet sich deshalb auf den Versuch einer offenen Verständigung mit Jugoslawien, die an Stelle versteckter Feindseligkeit als Folge der Reibereien der Friedenskonferenz und dem daraus erfolgten Aufflackern des beiderseitigen Irredentismus eine Politik der vertrauensvollen Zusammenarbeit beider Nationen schaffen sollte.

Sein Wille findet schon offenen Ausdruck in seiner Kammerrede vom 16. November 1922: „Die Friedensverträge, die guten wie die schlechten, müssen, wenn sie einmal unterschrieben und ratifiziert worden sind, befolgt werden. Ein Staat, der Selbstachtung besitzt, kann nicht anders handeln. Die Verträge sind jedoch nicht ewig. Sie sind nicht unwiderstehlich, sie bilden in der Geschichte Kapitel, nicht Epiloge. Sie einzuhalten bedeutet, sie zu prüfen. Wenn durch ihre Anwendung sich ihre Unhaltbarkeit erweist, so kann dies eine neue Tatsache darstellen, die die Möglichkeit einer weiteren Überprüfung des gegenseitigen Verhältnisses bildet.“ Dieses sind klare und grundlegende Prinzipien, die über den jugoslawischen Fall hinaus die Richtschnur der Außenpolitik des faschistischen Italiens bilden. Dies gilt gegenüber den Verträgen, soweit diese ein, wenn auch vorläufiges und konventionelles System der internationalen Ordnung gegenüber der Anarchie und der Willkür bilden. Sie lassen aber den Weg offen zu einer eventuellen Revision und stehen im Gegensatz mit dem starren dogmatischen und ungeschichtlichen Formalismus, der die Geschehnisse und veränderlichen Bedürfnisse der Völker in ein unangreifbares System, heiligen Schriften gleich, kristallisieren möchte und deshalb einen der tiefsten Gründe der politischen Konflikte der europäischen Völker darstellt.

Schon Ende November 1922 trifft sich Mussolini mit dem Außenminister Ninčić in Lausanne bei Gelegenheit einer internationalen Konferenz und legt den Grund zu einer Verständigung der beiden adriatischen Völker. Durch die Lösung der noch offenen Fragen kommt es zu einer Politik der Klärung. In Kürze wird Sussak und die noch von italienischen Truppen besetzten Gebiete Dalmatiens geräumt und Jugoslawien übergeben. Es blieb die Frage von Fiume, das Gabriele d'Annunzio mit seinen Legionären besetzt hatte. Nach verschiedenen mühevollen Verhandlungen wird die Aufhebung des absurden kleinen Freistaates beschlossen. Die nunmehr italienische Stadt wird mit einigen kleineren Grenzberichtigungen von Italien annektiert.

Die Hindernisse, die einer herzlichen gegenseitigen Politik Italiens und Jugoslawiens entgegenstehen, scheinen damit aus dem Wege geräumt. Am 27. Januar 1924 wird in Rom bei Gelegenheit des Besuches des jugoslawischen Regierungsoberhauptes Nikolaus Paschitsch und seines Außenministers Ninčić ein Freundschaftsvertrag zwischen beiden Ländern unterzeichnet. Dieser fünf Jahre gültige Pakt von Rom setzt eine grundsätzliche Linie der italienischen Außenpolitik fest. Italiens Friedenswille in der Adria kommt hierdurch zum Ausdruck, und es eröffnen sich neue Ausblicke auf das Donaubecken und den Balkan, wo Italien seit alters her unauslöschliche geschichtliche Traditionen der Kultur- und der Handelsbeziehungen hat, neben einem lebenswichtigen Friedensinteresse und einem neuen Gegenwartsrecht in seiner Eigenschaft als Erbe des österreichisch-ungarischen Kaiserreiches und als Besitzerin der Häfen von Triest und Fiume, den wichtigen Ausfluhäfen von großen osteuropäischen Gebieten. Der Pakt erscheint also als der Ausgangspunkt einer programmatischen Aktion der italienischen Politik gegenüber den Staaten dieses Teiles Europas. Diese Politik wird sich dann in der Folge gegenüber Österreich, Ungarn und den Balkanstaaten unter dem Gegensatz einander gegenüberstehender politischer Einflüsse und wirtschaftlicher Tendenzen der anderen europäischen Großmächte weiter entwickeln. Mussolini umreißt in schneller Synthese die Grundzüge der italienischen Politik in der Rede, in der er den italienisch-jugoslawischen Pakt ankündigt: „Italien muß gegen den Osten blicken. Im Osten befinden sich abgeschlossene staatliche Völkergebilde, denen wir nur unsere Arbeitskraft liefern können, und auch dieses kann eines Tages vermindert oder überhaupt gesperrt werden. Der Gegenstand einer friedlichen Expansion Italiens liegt folglich im Osten. Um aber dahin zu gelangen, muß damit angefangen werden, den Grund zu herzlichen und gutnachbarlichen Beziehungen mit dem ersten Staat zu legen, auf den man, kaum über die Grenze gelangt, trifft.“

Die Zeit ist jedoch noch nicht reif für die politischen und geistigen Früchte des Paktes von Rom. Groß ist noch an den beiden Küsten der Adria die nationalistische Leidenschaft mit ihrem Gegensatz von zwei feindlichen Irredentabewegungen. Der Prozeß der inneren Ausreifung des neuen jugoslawischen Staates mit seinen schwierigen nationalen Problemen hat noch nicht die einer entschlossenen Einheitspolitik notwendige Stufe erreicht, die die Voraussetzung für die

Unterordnung der innerpolitischen Bewegungen unter einem gemeinsamen Staatsinteresse und für die realistischen Notwendigkeiten der Außenpolitik bildet. Das Bild Europas ist durch das ungeordnete Hin und Her der verschiedenen Strömungen und der verschiedenen neu entstandenen Kräfte und Gegenkräfte noch ungeklärt und bietet den kleinen Staaten, die sich der Hilfe der Großmächte anvertrauen, noch nicht durch klare Tendenzen Anhaltspunkte. Das Leben des Paktes ist also in seinen hauptsächlichsten Elementen kurz und stürmisch. Die italienische Regierung erfüllt sofort loyal ihre Verpflichtungen. Schon am 24. Februar 1924 räumt und übergibt sie Jugoslawien Porto Barros, das an Fiume und dem Delta grenzt. Am 14. Juli unterschreibt es in Belgrad einen Handels- und Navigations-Vertrag. Am 20. Juli unterschreibt es noch eine Anzahl Abmachungen, die nach Nettuno benannt sind, die in bestimmter Weise das gesamte Verhältnis zwischen Italien und Jugoslawien in seinen verschiedenen und zusammengesetzten Seiten kodifizieren, als Folge der Verhandlungen von Venedig, Florenz und Rom. Aber sofort darauf eröffnet sich ein dunkler Zeitabschnitt. Die Abmachungen von Nettuno werden nicht mehr vom jugoslawischen Parlament angenommen, und auch die anderen Abmachungen bleiben auf dem Papier. Die Politik einer adriatischen Verständigung, die zu einer Anerkennung der gemeinsamen geschichtlichen, politischen und wirtschaftlichen Interessen der beiden Nationen führen sollte auf Grund eines realistischen Verständnisses, zerfällt gegenüber der offenen und versteckten Opposition der von Frankreich begünstigten, in Jugoslawien herrschenden Gruppen. Eine italienische Reaktion ist die natürliche Folge.

Albanien

Nicht weniger gegenwärtig und aktiv ist die italienische Politik in den anderen Fragen der Neuordnung der Adria, die nach dem Krieg noch offen geblieben war. Vor allem steht hier die Frage Albaniens. Italien verfolgt das Prinzip der nationalen Individualität des albanischen Gebietes, das innerhalb klarer politischer Grenzen gegen die Versuche einiger umliegender Staaten, in Albanien Einfluß zu gewinnen und versteckt sich in Schlüsselstellungen einzunisten, geschützt werden muß. Schon vor dem großen Krieg bestand das Lebensinteresse Italiens an Albanien, das in einem Punkte

des Kanals von Otranto etwas mehr als 100 km von der Küste der Halbinsel entfernt ist. Das albanesische Volk gibt unbestritten mit seiner individuellen nationalen Physiognomie dem gesamten albanischen Gebiet seinen Charakter. Es ist weder durch Blutsbande noch durch geistige und sprachliche Bande mit den ringsherum ansässigen Völkern, den Serben, Bulgaren und Griechen, verbunden. Gegen diese Völker hat im Gegenteil, genau so wie gegen die Türken im Laufe der Jahrhunderte, der Kampf der Albanier gewütet. In diesem Kampf hat es fast immer Hilfe und Schutz bei den italienischen Stämmen gesucht, mit denen es schon frühzeitig seine eigene nationale Geschichte verflochten hat.

Einen intimen Kontakt zwischen den beiden adriatischen Ländern findet man schon im 3. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung, als Rom sein Protektorat über Valona und Durazzo ausbreitet auf Aufforderung der Bevölkerung selbst. Von da an breitet sich das Römertum auf dem gegenüberliegenden Gestade aus und erscheint vorherrschend während des Dritten Punischen Krieges und der Zeit des Kaiserreiches. Bis zum 14. Jahrhundert findet man unter Byzanz die lateinische Kultur in allen Küstenstädten von Antivari, Alessio und Dulcigno bis Durazzo und Valona, die sich als selbständige Städteregierungen halten, deren Geist immer gegen Italien neigt. Nach dem Untergang von Byzanz ist es der italienische Einfluß Apuliens, der das Erbe an der albanischen Küste übernimmt. Darauf folgt derjenige der italienischen Seerepubliken.

Die Türken ziehen 1371 in Albanien ein. Sie machen sich den inneren Zwiespalt der Stämme zunutze, bis zu denen die Kultur der Küstengebiete nicht gelangen kann. Sie dringen in den Bergen auf den ihnen durch die Anarchie geöffneten Straßen vor. Mitte des 15. Jahrhunderts stehen sie dem Aufstande von Georg Castriota, genannt Skanderbeg, gegenüber, dem es gelingt, die Albanier zu einer neuen Gemeinschaft zusammenzuschweißen. Immer wieder besiegt, kämpfen die Türken 25 Jahre lang zwischen 1443 und 1468. Castriota fällt. Der Aufstand erlischt zuletzt. Unter den Albanern bleibt jedoch eine Tradition des Hasses gegen die Türken, die Albanien ein beinahe autonomes Regime gestatten und ihm Privilegien geben, um die verwegenen Gärten des Sultans von dorthier zu beziehen. Schon seit dem 10. Jahrhundert jedoch fliehen viele albanische Familien vor den Eindringlingen nach Südtirol. 1437 erreichen sie auch Recanati, 1444 Venedig und 1458 Ancona. Sie werden

schnell von den Italienern assimiliert, es erhalten sich bei ihnen aber Anklänge ihrer Sprache und ihrer Sitten. In Apulien und Sizilien gibt es heute 200 000 Albaner, die gute Italiener sind.

1592 bieten die albanischen Stammesoberhäupter einem Prinzen aus dem Hause Savoyen, Carl Emanuel, die albanische Krone an.

Tief und unauslöschlich erhalten sich in Albanien italienische Traditionen und Einflüsse. Erkennbar sind in der albanischen Sprache die Spuren des Lateinischen, des Venezianischen, des Aromunischen, eines Ausläufers der lateinischen Sprache. Die erste albanische Grammatik wird 1716 in Rom gedruckt. Das erste nationale Wiedererwachen Albaniens wird dem Lande im 19. Jahrhundert von den in Italien lebenden Albanern gebracht und ist nach Italien gerichtet. Der Albaner Girolamo de Rava gründet in Neapel die erste albanische politische Zeitung, „L'albanese di Italia“, und dann die erste Zeitung in albanischer Sprache, „Fiamuri Arberit“.

Als 1875/76 Österreich in Bosnien-Herzegowina vordringt, bereitet sich in Albanien ein Aufstand gegen die Türken und zur Vereinigung mit Italien vor. Die Seele hiervon ist der Italo-Albaner Pietro Chiara. Ein bewaffnetes italienisches Korps von 46 000 Mann steht in Bari schon zur Einschiffung bereit. Inzwischen stirbt aber Viktor Emanuel II., und die Pläne können wegen der inneren politischen Krisis Italiens nicht mehr verwirklicht werden. Der Kongreß von Berlin spricht Montenegro einige albanische Gebiete zu. Die Albaner setzen der slawischen Herrschaft, genau so wie sie es einer griechischen Herrschaft gegenüber getan hätten, einen zähen bewaffneten Widerstand entgegen, und Montenegro kann die ihm zuerteilten Gebiete nicht besetzen. Die Mächte müssen ihre Absicht aufgeben. Von da an beginnt Europa, die nationale Individualität Albaniens und seine natürlichen Bande mit Italien zu erkennen.

Im Zuge seines Planes einer panslawischen Politik, durch die der Balkan der überwiegenden Beherrschung der slawischen Volksgruppen, die noch immer nicht ganz vom türkischen Joch befreit worden waren, überantwortet werden sollte, schlägt die russische Regierung im März 1887 in einer Erklärung des Generals Ignatiev an den italienischen Botschafter in Berlin, Grafen de Launay, die Möglichkeit der Landung italienischer Truppen in Albanien im Falle eines

russisch-türkischen Kriegen vor. Dieser Vorschlag enthüllt die beginnende Erkenntnis des natürlichen geschichtlichen Ganges Albaniens. Im August des gleichen Jahres ist es Deutschland, das diesen Vorschlag während des Zusammenkommens zwischen Bismarck und Francesco Crispi in Berlin erneuert.

Das Habsburger Reich will jedoch diese italienische Expansion mit seinen Rückwirkungen in der Adria und im Balkan nicht zulassen. Einer der Streitpunkte zwischen Italien und Österreich-Ungarn ist ja neben demjenigen der außerhalb Italiens Grenzen gelegenen italienischen Gebiete das Aufeinanderprallen der Interessen in Albanien. Ein Kompromiß wird erreicht, indem von zwei gleichen und entgegengesetzten Kräften die Rede ist. Es handelt sich hier nur um eine Vereinbarung über die Unverletzlichkeit Albaniens.

Für eine Aufteilung Albaniens sind hingegen das russische Zarenreich, Frankreich und England. Schon 1912, als zum ersten Male die politischen Grenzen eines unabhängigen Albaniens gezogen werden sollen, stellt sich dem italienischen Vorschlag, das Land im Süden bis zum Kap Stilo unter Einfluß der albanischen Stadt Coriza reichen zu lassen, Frankreich entgegen, das Griechenlands gegenteilige Ansprüche unterstützt, in dem offensichtlichen Bestreben, in der Adria seine Stellungen gegen Italien vorzuschieben. Später sind bei der Vorbereitung des Paktes von London Frankreich und Großbritannien mit Rußland im Einvernehmen gegen eine nationale Einheit Albaniens. Sie erkennen Italien ein Gegenwartsrecht in Valona zu und sind für die Bildung eines kleinen muselmanischen Staates im Zentrum, wünschen aber die Aufteilung der umliegenden albanischen Gebiete zwischen Griechenland und Serbien. Italien widersetzt sich und verteidigt die albanische Einheit.

Während des großen Krieges werden noch einmal die zusammenhängenden Prinzipien der albanischen Individualität und einer ständigen Zusammenarbeit mit Italien durch einen typischen Akt festgelegt. Nach Besetzung des albanischen Gebietes erklärt der Befehlshaber des italienischen Expeditionskorps in einem Aufruf von Argyrokastró am 3. Juni 1917 „die Einheit und Unabhängigkeit ganz Albaniens unter der Führung und dem Schutze Italiens“. Die Frage einer italienisch-albanischen Gemeinschaft, die eine Geschichte von gut 23 Jahrhunderten hat, ist somit im Feuer des großen Krieges gestellt worden und bereitet den Aufbau eines neuen Europas vor.

Langsam und mühsam jedoch ist der Weg, der zum Ziel führen soll. Sofort nach dem Krieg erfolgt ein Versuch der Aufteilung Albaniens unter den Serben und Griechen. Er entstammt noch einmal der Initiative Frankreichs und Großbritanniens mit der ständigen Absicht, die Ausdehnung des italienischen Einflusses einzudämmen und ihr gegensätzliche ausländische Stellungen zu schaffen, die mit dem System des Versailler Vertrages verknüpft sind. Das Nationalitätenprinzip, das die Richtschnur des Krieges und des Friedens gewesen zu sein schien, ist an den Küsten der Adria schon vergessen, genau so wie in anderen europäischen Gebieten, für den Fall, daß es nicht zu dem politischen und militärischen System paßt, nachdem man ein neues Europa bilden will. Aber der Versuch einer Aufteilung Albaniens fällt, einesteils durch die italienische Opposition und andererseits aus Mangel einer natürlichen Grundlage. Schon während der Friedenskonferenz formt sich der Gedanke eines albanischen Mandates für Italien, zuerst in einem Projekt Millerand-Macchi di Cellere vom Mai 1919, wodurch auch Italien die Souveränität über Valona zuerkannt wird, und dann durch ein Kompromiß Crespi-Tardieu. Am 28. Mai 1919 sagt Lloyd George in einer Sitzung: „Außer Italien gibt es kein Land, das geeignet wäre, das Mandat über Albanien zu übernehmen. Griechenland und Serbien sind zu sehr in der albanischen Politik verwickelt. Frankreich und Großbritannien interessieren sich nicht dafür. Das größere Recht ist dasjenige Italiens.“ In drei Projekten beansprucht dann die italienische Regierung für sich das Mandat über Albanien und die Souveränität über Valona. In seiner Antwort auf das dritte Projekt nimmt der Amerikaner Lansing die italienischen Vorschläge an, die am 9. Dezember 1919 in einer von den Alliierten der italienischen Delegation überreichten Denkschrift definitiv anerkannt werden.

Dieser kurze geschichtliche Überblick ist notwendig, um die italienische Lage gegenüber der albanischen Frage und deren internationaler Anerkennung, gefolgt von zwecklosen gegenteiligen Versuchen, von ihrem Ursprunge an zu schildern. Auch für Albanien wird sich die italienische Politik des faschistischen Zeitalters als schnurgerade Fortsetzung der historischen Voraussetzungen erweisen, als nicht aus der Luft gegriffen, sondern auf Grund entfernter und unveränderlicher Vorbedingungen, die schon längst von den Großmächten anerkannt worden sind.

Das demokratische Italien jedoch versteht nicht in seiner

ganzen Tragweite den ihm über Albanien verliehenen internationalen Rechtsanspruch und kann diesen Rechtsanspruch vor allem nicht verteidigen. Albanische Gruppen, die aus dem Auslande her aufgewiegelt worden sind, setzen diesem einen unerwarteten Widerstand entgegen, der sogar in eine vorübergehende bewaffnete Bedrohung Valonas ausläuft. Die parlamentarische Regierung Giolittis reagiert nicht und zieht die italienischen Truppen zurück, sie behält sich nur den Besitz der kleinen Insel von Saseno gegenüber von Valona vor. Aber auch in diesem hoffnungslosen Augenblick der Entsagung löst Italien nicht seine Bande mit Albanien. Der Pakt von Tirana, der Albanien seine völlige politische Unabhängigkeit zurückgibt, verpflichtet das Land zu einer Politik der Zusammenarbeit mit Italien. Der Pakt wird übrigens den Mächten nicht mitgeteilt, er beschränkt sich auf das Verhältnis beider Länder und bildet keine internationale Verpflichtung für Italien. Eine Entschließung der Botschafterkonferenz vom 9. November 1921, die als Organ der alliierten und assoziierten Mächte zur Auslegung und Anwendung der Friedensverträge übriggeblieben war, bestätigt daraufhin durch vage Formeln der Protokollsprache die lebenswichtige Verbindung zwischen dem albanischen System und der strategischen Sicherheit Italiens und erkennt ein italienisches Interventionsrecht auf albanischem Gebiete im Falle irgendeiner italienische Interessen benachteiligenden Störung an.

In diesem Punkte greift die faschistische Regierung die Frage des Verhältnisses zwischen Italien und Albanien auf. In seinem neuen Zustande der Unabhängigkeit enthüllt Albanien bald seine Haltlosigkeit als Staat und als eigenlebensfähiger Organismus. Die politischen Grenzen sind noch nicht genau vorgezeichnet, besonders in der südöstlichen Zone gegenüber Griechenland. Ungenügend zeigen sich auch für die Entwicklung des kleinen Volkes die nationalen Hilfsquellen wegen des Nichtbestehens einer Regierung, die fähig wäre, durch einsichtsvolle wirtschaftliche Planlegung und dementsprechende Organisation die Hilfsquellen auszunützen.

Die italienische Regierung ruft also eine baldige Entschließung der Mächte zur endgültigen Regelung der albanischen Grenzen hervor. Trotzdem die im allgemeinen schon beschlossene Festsetzung der Grenzen aus dem politischen Gebiet Albaniens beinahe eine Million Menschen albanischer Volkszugehörigkeit ausschließt, erhebt sich dagegen ein er-

bitterter griechischer Widerstand. Eine Folge dieses Widerstandes ist im Herbst 1923 die Ermordung des italienischen Generals Tellini, des Chefs der Grenzregelungskommission, durch griechische bewaffnete Banden. Es ist jetzt erwiesen, daß dieses Verbrechen vorsätzlich von regulären griechischen Soldaten begangen worden ist, die Regierung von Athen jedoch weigert sich, die Verantwortung zu übernehmen. Der politische Konflikt wird ernster. Italien verlangt Schadenersatz und besetzt nach Verweigerung eines solchen die Insel Korfu als Pfand. Dieses löst eine sofortige Reaktion Großbritanniens aus, das sich zum Beschützer der hellenischen Unverletzlichkeit aufspielt und die Zurückziehung der italienischen Truppen fordert. Erst nach einer gemeinsamen Entschließung der Mächte in Paris, durch die Italien ein angemessener Schadenersatz zuerkannt wird, befiehlt Mussolini die Räumung dieser adriatischen Insel.

Zum ersten Male entsteht ein scharfer, wenn auch kurzer Konflikt zwischen Italien und Großbritannien. Über die zufällige Episode hinaus enthüllt sich hier das Zusammenprallen zweier Interessenströmungen des verwickelten und komplizierten Mittelmeerproblems. Italien hat nicht die Absicht, die Unabhängigkeit Griechenlands zu bedrohen, es verlangt nur einen gebührenden Schadenersatz für das unschuldige Opfer, das in Ausübung einer internationalen Pflicht gefallen war, und für die der italienischen Fahne und dem italienischen Prestige zugefügten Kränkung. Italien verteidigt also mit einem neuen Gefühl und einer entschlosseneren Energie seine nationale Würde und verhält sich notwendigerweise mehr draufgängerisch gegen Kränkungen im Mittelmeer und im Balkan, wo sich sein nationales Leben und seine großen historischen Interessen befinden. England stellt dem seine imperiale Unnachgiebigkeit gegenüber. Zuersten Male entsteht durch die Angelegenheit von Korfu eine neue Kraft und eine neue unabhängige italienische Politik, und es zeigen sich die ersten Anklänge der wirklichen Frage des Verhältnisses zwischen Italien und Großbritannien, des Gegensatzes ihrer verschiedenen Probleme. Bisher hatte sich dies nicht gezeigt wegen der stetigen Unterwürfigkeit des demokratischen Italiens unter die hegemonistische Politik des imperialen Großbritanniens, einer Unterwürfigkeit, die mit dem Namen einer traditionellen Freundschaft bezeichnet wurde.

Nachdem der internationale Frieden bezüglich Albaniens wiederhergestellt worden war und Albaniens Grenzen end-

gültig festgelegt waren, beginnen in dem neuen Staate bald innere Unruhen, die von der Rivalität der einzelnen Gruppen und von der chronischen Krisis eines mittelalterlichen Wirtschaftssystems und der Aussaugung der kleinen Feudalherren hervorgerufen waren. Kaum geschaffen, zeigt das unabhängige Albanien deutlich seine Unfähigkeit, sich ohne ausländische Hilfe zu halten. Es fehlt ihm ein geordnetes Staatssystem, Gesetze, Finanzen, Disziplin und Erfahrung. Schon ein Bericht des Untersuchungsausschusses, den der Völkerbund 1922 eingesetzt hatte, drückt sich hierüber klar aus: „Albanien benötigt nicht nur sachkundige Berater, sondern auch ausländisches Kapital.“ Eine internationale Hilfe wird aber nie gegeben. Schließlich wird sogar von dem Finanzausschuß des Völkerbundes die Zweckmäßigkeit anerkannt, Italien ausschließlich die Initiative zu überlassen, Albanien die notwendige finanzielle Hilfe, die erste verwaltungstechnische Ordnung und den Ansporn zu einer wirtschaftlichen Entfaltung zu geben. Noch einmal wird in Europa das natürliche Beschützertum Italiens über Albanien anerkannt.

Die italienische Regierung wird zu dieser ihrer Mission aufgefordert. Schon als Albanien noch in sich befehdende Parteien aufgespalten war, die hier und dort die Brandfackel des Bürgerkrieges entzündeten, schließt Italien mit der Regierung von Tirana zwei aufeinanderfolgende Handelsabkommen ab (Januar 1923 und Februar 1924), die die erste geordnete Handelsexpansion der albanischen Rohprodukte gegen die Halbinsel gestatten.

Anfang 1925 übernimmt Achmed Zogu die Präsidentschaft Albaniens, die er bald in eine erbliche Monarchie verwandelt. Er ist ein harter, ehrgeiziger und streitbarer Mann, der im Waffenhandwerk und im politischen Kampf seinen Werdegang gehabt hat. Er kündigt sich als Diktator an, nachdem er in Jugoslawien als politischer Flüchtling gelebt hatte, wo er Schutz suchte, um der Verfolgung der in Albanien herrschenden gegnerischen Parteien zu entgehen. Aber gerade deshalb konnte er als der geeignete Mann erscheinen, um dem Lande die Ordnung zu geben und die verschieden gerichteten Bewegungen der politischen Intellektuellen und die Privatinteressen der Feudalherren in eine einheitliche politische Richtung zusammenzuschweißen. Im Vertrauen auf die Mitarbeit mit diesem Manne, der für eine stabilere Regierung und für den Anfang einer Staatsorganisation die Gewähr zu geben schien, baut Italien seine Schutzaktion über

Albanien aus. Am 15. März 1925 gründet es mit einem Kapital von 10 Millionen Goldfranken, beinahe ausschließlich aus italienischem Besitz, die Nationalbank von Albanien, die die neue albanische Valuta schafft und sie verteidigt. Wenig später wird die Gründung einer „Gesellschaft für die wirtschaftliche Entwicklung Albaniens“ mit einem Kapital von 15 Millionen Goldfranken hinzugefügt, die sofort mit einem großzügigen Plan öffentlicher Arbeiten die ersten Werke moderner Kultur in Albanien in Angriff nimmt. Albanien war bis dahin eines der am meisten zurückgebliebenen Länder des Balkans gewesen. Der ungewisse Staatshaushalt des albanischen Staates wird jedes Jahr durch den Beitrag Italiens ausgeglichen.

Den Versuchen erneuerter Angriffe auf albanisches Gebiet und die albanische Freiheit, die noch um seine Grenzen herum stattfinden, setzt Italien durch die Unterschrift zweier Schutzverträge Widerstand entgegen: den Freundschafts- und Sicherheitsvertrag von Tirana vom 26. November 1926, der sich dann in ein Schutzbündnis vom 22. November 1927 verwandelt.

Die Dankbarkeit Achmed Zogus Italien gegenüber erweist sich jedoch als trügerisch. Er ist sofort bereit, die Vergünstigungen der italienischen Hilfe hauptsächlich für seine Privatkasse in Anspruch zu nehmen und spielt sich mehr als je als ein harter Feudalherr auf, der das Volk aussaugt und das Volksvermögen für seinen persönlichen Vorteil in Anspruch nimmt. Seinen Verpflichtungen der Mitarbeit gegenüber Italien versucht er, sich durch ständige heimliche Komplotte zu entziehen im Einvernehmen mit gegnerischen ausländischen Interessengruppen, und im Innern eine Willkürherrschaft zu erhalten, deren fortgesetzte finanzielle Unterstützung er von Italien verlangt. Durch verschiedene in Widerspruch stehende Phasen großzügiger Versprechungen der Mitarbeit einerseits, die den Augenblicken größerer finanzieller Not des albanischen Königs entsprechen, und Verschlechterung der Beziehungen andererseits dauert dieses unsichere Verhältnis zwischen Italien und Albanien beinahe 15 Jahre. Die Regierung von Rom setzt jedoch ihre Kulturarbeit fort, die sich immer mehr das Herz des albanischen Volkes erobert, während das Volk der harten Blut-saugerregierung seines Königs immer feindseliger gegenübersteht.

Paragraph 13

Die Absicht der italienischen Politik, vor allem um die Grenzen einen Gürtel des Friedens, der Sicherheit und der Mitarbeit zu legen, erscheint immer deutlicher. Dieser Absicht sind auch die Freundschaftsverträge zuzuschreiben, die Italien mit der Türkei und mit Griechenland abschließt. Dazu gehört auch die Aktion, um diese zwei Staaten miteinander zu versöhnen, und ferner der Freundschafts- und Schlichtungsvertrag mit der Schweiz vom 20. September 1924, durch den, ganz gegen allgemeinen Brauch, dem Schiedsspruch, d. h. also einem friedlichen Verfahren, alle Streitfragen, auch die, die die Ehre betreffen, unterworfen werden. Dies stellt zeitlich und geistig einen Vorläufer des allgemeinen Kellog-Paktes von 1928 dar gegen die Anwendung des Krieges.

Die Lösung offener Fragen im aufbauenden Sinne, verstanden unter der ständigen Richtschnur der Wahrung und Behauptung legitimer italienischer Rechte, wird von der Adria auf andere europäische Themen übertragen. So gelingt es Italien 1927, die Anerkennung seines Gegenwartsrechtes und seines Wortes im Statut und im Regime von Tanger zu erzwingen. Die internationale Oase von Tanger, die zwischen dem französischen und dem spanischen Marokko geschaffen worden war und von den spanischen nationalistischen Elementen beansprucht wurde, stellt Kontroll- und Einflußmöglichkeiten für das westliche Mittelmeerbecken dar.

England und Frankreich hatten sofort nach dem Kriege den italienischen Anspruch auf Beteiligung an dem Statut dieser marokkanischen Stadt zurückgewiesen. Die beiden demokratischen Großmächte scheinen sich nicht bewußt zu sein, daß Italien die größte Mittelmeermacht ist. Im Frühjahr 1922 hatte Lloyd George dem italienischen Außenminister Schanzer, der zur Behandlung dieser Frage nach London gefahren war, eine kleinliche Demütigung zugefügt. Er hatte ihn einige Tage warten lassen, ehe er ihn empfing, als ob es sich um den unerwünschten Vertreter einer kleinen Macht handele, und hatte ihm eine trockene Weigerung entgegengesetzt.

Offen bleibt für Italien auch die Kolonialfrage. Auch Paragraph 13 des Londoner Paktes, der eine weitere Kriegs-

schuld der Alliierten darstellt, wird in der Friedenszeit schnell vergessen.

Lang und mühsam sind die Verhandlungen mit England. Eine Londoner Abmachung vom 15. Juli 1924 auf Grund eines Planes, der schon früher durch den Briefaustausch Tittoni—Miller entworfen worden war, überweist das britische Gebiet von Oltre Giuba an Italien. In der Folge wird durch eine Vereinbarung von Kairo vom 6. Dezember 1925 Italien die Oase von Giarabub, die zu Ägypten gehörte, zugewiesen. Ägypten hatte diese Oase vernachlässigt und erhält nun als Tausch die Bai von Solum und das Gebiet von Ramla, das zur italienischen Cyrenaika gehörte. Dieses stellt keinen tatsächlichen kolonialen Ersatz dar, der einem Lande mit wachsender Bevölkerung wie Italien, das freien und fruchtbaren Boden für seine Arbeit gebraucht, dienen könnte. Das Oltre Giuba stellt ein entvölkertes und unfruchtbares Gebiet dar mit nur geringem wirtschaftlichem Wert. Sein Besitz gibt Italien nur die Möglichkeit, seine somalische Kolonie mit zweckmäßigeren Grenzen zu umgeben und eine bessere Kontrolle über die Oberhäupter der umliegenden Stämme zu erhalten. Die Oase von Giarabub gibt Italien ihrerseits eine Kontrolle über die senussischen Gebiete, die dort ihr Zentrum hatten, und über die niemals faßbare geheimnisvolle religiöse und politische Bewegung, die die Ursache einer chronischen Unordnung in vielen Teilen der Cyrenaika war. Durch den Besitz von Giarabub und eine strenge Kontrolle des dortigen Lebens schafft Italien die natürliche Voraussetzung für eine tatsächliche, endgültige und dann auch bald erfolgte Eroberung des gesamten Gebietes der Cyrenaika bis zur letzten Oase von Cufra, die bisher noch nicht von weißen Streitkräften erreicht worden war.

Schwieriger jedoch erscheint die Festsetzung des kolonialen Verhältnisses zwischen Italien und Frankreich in Harmonie mit den italienischen Interessen und Rechten. Frankreich setzt der Anerkennung des italienischen Rechtes sofort hartnäckigen und entschlossenen Widerstand entgegen. Die Angebote Frankreichs beschränken sich, wie schon gesagt, auf kurze Grenzberichtigungen zwischen Tripolitanien und Tunis. Diese Grenzberichtigungen waren jedoch schon vor der italienischen Besetzung von Tripolitanien unter Diskussion wegen der noch nicht vollendeten Festlegung der Grenzen zwischen Frankreich und der Türkei, deren Erbe Italien angetreten hatte. Während Italien bezüglich der liby-

schen Grenze gegen Tunis und des Sudans die Anerkennung seines Eigentumsrechtes auf Gadames und Ghat im Westen, auf die Tibesti, auf den Ennedi und den Borcu im Süden gefordert hatte, hatte Frankreich lediglich (am 12. September 1919) die Oasen von el-Barkut und Jehut und den Karawanenweg von Ghat nach Tumno abgetreten, dagegen die Abtretung der Sandgebiete des Borcu und des Tibesti verweigert. Diese Wüstengebiete, die früher zum türkischen Libyen gehört hatten und von den französischen Streitkräften in offener Verletzung der Verträge von 1900 und 1902, durch die Frankreich zur Anerkennung der italienischen Rechte auf das gesamte Libyen verpflichtet war, besetzt worden waren, hätten nur zur Schaffung einer vernünftigeren Grenze gedient.

Vollkommen offen bleibt somit die Frage der kolonialen Kompensationen Frankreichs an Italien. Über 12 Jahre, nach Erscheinen des faschistischen Regimes, sollte trotz des guten Willens Italiens, auf dem Verhandlungswege und in herzlicher Zusammenarbeit das Verhältnis zu Frankreich zu regeln, wie Mussolini 1922 angekündigt hatte, die Spannung zwischen beiden Regierungen dauern. Dieses Verhältnis sollte in hitzigen Zeitungspolemiken und periodischen Spannungen zwischen den beiden Regierungen ihren Ausdruck finden, und in dem, was man im Lichte der historischen Urkunden als die Undankbarkeit, die Treulosigkeit den Verträgen gegenüber und die Selbstsucht Frankreichs gegenüber Italien nennen kann.

Die Revisionsbestrebungen

Über eine größere europäische Basis jedoch erstreckt sich die Aktion Mussolinis zur Lösung der allgemeinen Probleme und zum Zwecke eines europäischen Wiederaufbaues. Während einer Pause in der revolutionären Propaganda des Kommunismus durchbricht Italien als erste unter den europäischen Großmächten den Stacheldrahtverhau, der um Sowjetrußland gelegt worden war, um jeden europäischen Kontakt mit diesem Lande zu verhindern. Es erkennt das neue Regime de jure an und nimmt normale Handels- und Wirtschaftsverbindungen mit der roten Republik auf. Die italienische Haltung entspricht einer realistischen Auffassung. In Europa existiert ein Rußland mit ausgedehnten Ge-

bieten, ungeheuren Volkszahlen, mit offensichtlichen Einflußmöglichkeiten auf die orientalische Welt und mit offenen Problemen gegenüber den an seiner Westgrenze befindlichen Ländern. Man kann es weder ignorieren noch isolieren. Es ist im Gegenteil nützlich, daß dieses Land den Weg zu den traditionsmäßigen Kontakten mit Europa zurückfindet.

Gegenüber Kontinentaleuropa drückt die italienische Aktion von Anfang an einen entschlossenen Revisionswillen aus. Das Versailler System hat durch die willkürliche Verteilung von Gebieten, von Kräften und von Rechten eine absurde und lebensunfähige Rangordnung von Staaten geschaffen. Dadurch wurden unauslöschbare Gegensätze in der Bevölkerung und wirtschaftliche Unordnung durch die willkürlichen Verstümmelungen und Zusammensetzungen der Gebiete geschaffen. Dieses wurde zur schicksalsschweren Voraussetzung einer chronischen Anarchie in Europa, von tiefen Spaltungen zwischen den Völkern, aus dem ein neuer Krieg entstehen mußte. Zusammen mit dem Bündnissystem, das zum Schutze dieses Zustandes aufgestellt worden war, wurde dadurch automatisch eine Politik der Blockbildung und des Zwiespaltes unter den Nationen geschaffen. Auf der einen Seite haben wir die französisch-britische Koalition, die je nach dem Augenblick und den Interessen sich mehr oder weniger fest zeigt, mit der zu ihrer Vervollständigung dienenden politischen und militärischen Verästelung der vielen Vasallenstaaten, auf der anderen Seite die Gruppe der Besiegten, die sich jedoch nicht alle, wie das Beispiel von Deutschland und Ungarn zeigt, in ihr Los gefügt hatten, in der Mitte Italien, das der Rechte des Sieges und der harten Wirklichkeit der Niederlage durch einen ungerechten Frieden teilhaftig geworden war, schließlich die anderen Staaten, die früher neutral waren und sich außerhalb der politischen Strömungen Europas gehalten hatten. Den letzteren scheint der von seinen Beschützern gesteuerte Völkerbund das Trugbild einer neuen und leicht zu erhaltenden aktiven Teilhaberschaft in der Führung der europäischen Angelegenheiten vorzugaukeln.

Gegen diese zweideutige und gefährliche europäische Ordnung stellt sich sofort die Politik Mussolinis, die dem Zwecke dient, das Gleichgewicht der Kräfte und der Interessen wiederherzustellen und die schreienden Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen, um den Weg zu einer Zusammenarbeit unter den Großmächten wieder frei zu machen. Seine erste Handlung betrifft die Frage der finanziellen Folgen des

Krieges, die ihren Ausdruck in der zweifachen und zusammenhängenden Form der den besiegten Staaten auferlegten Reparationen und der schweren und deshalb nicht bezahlten Kriegsschulden findet, die die wirtschaftlich schlechter gestellten Alliierten gegenüber den besser gestellten haben. Die Frage hat ins Auge springende moralische, politische und wirtschaftliche Seiten, die sich sofort in dem Unruhestadium der Gemüter und der wirtschaftlichen Verhältnisse, die durch den Umsturz des Krieges bedingt waren, bemerkbar machen. Die Unterscheidung zwischen Gläubiger- und Schuldnerstaaten bildet den Grund eines politischen Ungleichgewichtes, da die Rechte und Belange der Schuldner zwar stillschweigend, aber um so deutlicher hinter denen der Gläubiger zurücktreten müssen. Dies bildet vor allem den Grund der Verschlechterung der Wirtschaftslage Europas und der Welt. Nach Erschöpfung der Goldvorräte ist kein Schuldnerland mehr imstande, seine Kriegerschuld durch eigene Zahlungsmittel zu begleichen. Die wirtschaftlich schlecht gestellten Alliierten können ihren Verpflichtungen gegenüber ihren reicheren Verbündeten nur durch Überweisung der von den besiegten Ländern erhaltenen Kriegerschadensersatzungen nachkommen. Diese Kriegerschadensersatzungen verlieren auf diese Weise ihre so notwendige Funktion als Schadenersatz für die im Kriege erlittenen Verluste und wirtschaftlichen Schäden und fallen deshalb für den Wiederaufbau der Werke und der aktiven Friedensproduktion aus. Bei Gläubigerländern dagegen, die an und für sich schon reich sind, sammeln sich die Gold- und Güterbestände immer mehr an, und das Ungleichgewicht der Weltverteilung des gelben Metalles wird hierdurch noch weiter verschärft. Die besiegten Länder ihrerseits, und vor allem Deutschland, auf dem der größte Teil der Reparationen lastet, können aus dem gleichen Grunde des Goldmangels ihren Verpflichtungen nur durch Erhöhung ihrer Ausfuhr nachkommen, dessen Folge eine gewaltige Überschwemmung von Gütern auf dem Weltmarkt ist mit der sich daraus ergebenden Verschiebung des internationalen Handelssystemes.

Als erster unter den Staatsmännern der Welt erkennt und verkündet Mussolini die Gefahr dieser schwierigen, zur Anarchie neigenden Zustände der internationalen Finanzen. Er stellt den Grundsatz des unlösbaren Zusammenhanges zwischen den Reparationen und den Kriegsschulden auf und richtet an die Welt einen mutigen Appell zwecks „einer

Löschung der tragischen Kriegsbuchhaltung“. Schon im November 1922 rührt er die Frage auf in einer Denkschrift bei einer Zusammenkunft der Alliierten in London. Er erneuert seine Vorschläge in genauerer Form bei einer darauffolgenden Konferenz in Paris im Jahre 1923. Diese Vorschläge bilden in den folgenden Jahren die feste und aktive Richtschnur seiner Politik durch sämtliche internationale Verhandlungen hindurch, die unter italienischem Einfluß mit der stetigen Absicht einer langsamen Verminderung der Reparationen und der Kriegsschuldenlast stattfinden. Im Juli 1932 werden endlich in einer in Lausanne einberufenen internationalen Konferenz die Unmöglichkeit weiterer deutscher Reparationszahlungen und die sich aus der etwaigen Fortsetzung solcher Zahlungen ergebenden Gefahren erkannt. Daraufhin wurden auch die interalliierten Kriegsschulden gestrichen. Dieses stellt den Sieg der Politik Mussolinis dar und bildet auch den Anfang einer Revision des Systems von Versailles.

Europa ist so von einer unerträglichen finanziellen Bürde befreit, die die Wirtschaft der einzelnen Nationen zur Blutarmut verdammt hatte, die Völker untereinander diskriminierte und die Quelle einer durch die chronische Krisis der Zahlungsverhandlungen bedingten politischen Unordnung war. Die Politik Mussolinis enthüllt sich in dieser mühsamen Phase europäischer Geschichte, die mit dem ersten Jahrzehnt des faschistischen Regimes zusammenfällt, als Vorläuferin der neuen Zeit.

Deutschland beschreitet seinen in die Höhe führenden Weg unter dem stetigen Beistand Italiens. So will es die Geschichte. In diesem Jahrzehnt, wie auch in dem darauffolgenden, zeigt sich die Individualität der Politik Mussolinis in einem weitsichtigen und mutigen Mitgehen mit dem unabwendbaren Lauf der Geschichte, ohne dem unaufhaltsamen Flusse der Ereignisse eine zwecklose Barriere juristischen Einspruches auf Grund des Buchstabens der Verträge und der auf dem Papier stehenden Systeme internationaler Bündnisse entgegenzustellen.

Dieses stellt eine Politik des Realismus und der Gerechtigkeit dar. Sie ist aber auch eine Politik des europäischen Wiederaufbaues und der Verteidigung der italienischen Interessen. Die italienische Politik entwickelt sich nunmehr mit immer größerer Machtentfaltung, der jedoch durch Bevölkerungszahl, territoriale und wirtschaftliche Möglich-

keiten eine Grenze gesetzt ist, und bewegt sich auf den Kreuzungslinien der großen geschichtlichen Strömungen gegensätzlicher Interessen der Großmächte. Bei einer besseren Verteilung der Kräfte in Europa kann die italienische Politik natürlich auch besser ihren selbständigen Weg gehen und hat mehr Handlungsfreiheit den beherrschenden internationalen Einflüssen gegenüber. Eine italienische Außenpolitik, die zu der geschichtlich immer schwer erreichbaren, weil von gegensätzlichen ausländischen Interessen bekämpften Selbständigkeit und Machtstellung gelangen will, kann im allgemeinen ihre Ziele am besten in einem europäischen System, in dem die großen Machtstellungen nicht in einem einzigen Pol sich polarisiert befinden, erreichen.

Die Aktion Mussolinis zielt also mit sämtlichen verfügbaren Mitteln auf eine Schaffung eines solchen harmonischen europäischen Raumes hin, unter Anwendung eines zusammengesetzten und klug angewandten Spieles des Gleichgewichts und unter Anpassung der eigenen Bedürfnisse und Mittel an diejenigen des internationalen Systemes. Ohne ein großes wiedererstarktes Deutschland hätte z. B. die Eroberung des italienischen Imperiums einen noch stärkeren Widerstand der entgegengesetzten imperialen Interessen Großbritanniens und Frankreichs gefunden. Die Mussolinische Politik einer schnellen Lösung der Kriegsfragen und des europäischen Wiederaufbaues bildet also eine notwendige Voraussetzung für die Befestigung der italienischen Machtstellung.

Diese Politik verbleibt jedoch nicht engherzig in der alleinigen Berücksichtigung italienischer Interessen. Sie wird geleitet von dem Bewußtsein der Verpflichtung gegenüber der Kultur Europas, desjenigen Europas, das ausgeblutet und verarmt an Hilfsmitteln und geistigen Werten einem ungerechten Frieden gegenübersteht, der die gesunden Abwehrkräfte Europas unterdrückt. „Nicht nur ein bestimmter Abschnitt unserer Kultur steht auf dem Spiele“ — schreibt Mussolini im Januar 1932 im *Popolo d'Italia* — „sondern die Kultur der gesamten weißen Rasse kann auseinanderfallen und in der zwecklosen Unordnung und dem morgigen Elend untergehen.“ Es stellt eine ernste Mahnung europäischen Bewußtseins und geschichtlicher Tragweite dar, die von Großbritannien und Frankreich nicht rechtzeitig aufgenommen wurde. Diese Völker befinden sich unter den im Gegensatz stehenden Einflüssen des Bewußtseins der Weltherrschaft und der Hegemoniebestrebung einerseits und

der demokratischen und parlamentarischen Degeneration andererseits, die an Stelle eines großzügigen nationalen und europäischen Gesichtspunktes den engstirnigen eines Partei- und Regimeinteresses setzt. Deshalb vertiefen beide Länder den Abgrund zwischen den einzelnen Völkern und führen in ihrem Verhältnis zu anderen auch noch den neuen Kampf politischer Ideologien, der Reaktion gegen Faschismus und Nationalsozialismus ein.

Die Rüstungsfragen

Die Aufbauaktion Italiens entwickelt sich in den europäischen Fragen nach zwei Richtungen hin; die eine trachtet vor allem nach Revision der den besiegten Staaten gestellten Bedingungen, die andere, allgemeinerer Natur, strebt zu neuen Systemen europäischer Zusammenarbeit.

Entscheidend ist die Aktion zur Hilfeleistung an Deutschland und an die beiden übriggebliebenen direkten Erben des Habsburger Reiches: Österreich und Ungarn. Die italienische Politik gegenüber Deutschland ist gegründet auf das Prinzip der Gleichberechtigung und auf die Rückgabe aller durch die beschränkenden Klauseln des Versailler Vertrages verlorenen Hoheitsrechte. In diesem bildet die Frage der Reparationen, die in Lausanne gelöst wurde, nur eine Etappe im Zuge der allgemeinen Revision der Verträge und der Rehabilitation der besiegten Staaten.

Schon 1925 unterschreibt Mussolini den Vertrag von Locarno, der unter Garantie Großbritanniens und Italiens den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich auf dem Rhein sichern sollte. Zum ersten Male stehen sich in diesen Verträge Deutschland und Frankreich als gleichberechtigt gegenüber mit denselben Rechten und denselben Pflichten, und mit derselben Verpflichtung seitens der garantierenden Mächte, die in gleicher Weise gegenüber Deutschland sowie Frankreich im Falle eines Angriffes gilt. Die von Deutschland erlangte Gleichberechtigung hat hier hauptsächlich einen moralischen Wert. Es zeigt sich hier jedoch auch der neue Gedanke einer Verständigung zwischen den vier großen Westmächten Europas, die außerhalb des Systems, der Rangordnung und der Aufteilung der Rechte, wie sie der Versailler Vertrag vorsah, steht. Es ist nützlich, hier daran zu erinnern, daß durch den Vertrag von Locarno das italie-

nische Heer in gleichem Maße zum Schutz der französischen Sicherheit wie auch der deutschen zur Verfügung steht. Die von Italien gegebene Garantie ist genauer und von schneller Anwendung als die britische, die einem komplizierten Prüfungsmechanismus untersteht. Sie steht auch ohne Gegenleistung da. Gelegentlich der Verhandlungen über die Rheingrenze verlangt Italien auch eine Garantie für sich auf dem Brenner. Frankreich und England verweigern diese.

Von hauptsächlicher Bedeutung ist auch für das europäische Kräftegleichgewicht und die Gleichheit der Rechte die Frage der Rüstungen. Sie ist auch die erste konkrete Vorbedingung für die Sicherheit der Völker und für ihre internationale Rangschätzung.

Seit den Tagen des Friedens hatte sich das Ungleichgewicht zwischen den militärischen Kräften Deutschlands und Frankreichs, das sich obendrein auf sein weitverzweigtes Bündnissystem stützte, wegen der ständig zunehmenden Aufrüstung Frankreichs immer mehr vergrößert. Die deutsche Wehrmacht war dagegen infolge der Versailler Bestimmungen, die ein kleines Heer von 100 000 Mann, ohne schwere Artillerie, moderne technische Hilfsmittel, Luftstreitkräfte und Kriegsschiffe von großer Tonnage vorsahen, auf dem gleichen Stande geblieben. Aber diese Unterschiede in der Bewaffnung, die eines der Mittel zur Unterdrückung Deutschlands und der anderen besiegten Länder darstellen sollten, steht im Gegensatz zum Versailler Vertrag, der die Abrüstung Deutschlands nur ausdrücklich als Voraussetzung einer allgemeinen Abrüstung der Mächte vorsieht. Die Forderung des Reiches einer Gleichheit der militärischen Rechte oder wenigstens einer Revision, die die Spanne zwischen beiden Ländern vermindern sollte, stößt immer wieder auf die hartnäckige Unnachgiebigkeit Frankreichs. Italien steht dieser Forderung dagegen wohlwollend gegenüber.

Von der deutschen Frage erstreckt sich die Politik Mussolinis auf die allgemeine Frage der Rüstungen unter den doppelten Gesichtspunkten des Vertrauens und des Friedens zwischen den Völkern und der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Waffen, die zum Kriege notwendigen Instrumente, sind die erste Ursache für die Bildung eines kriegerischen Geistes. Je mehr die Masse der Waffen zunimmt, die viel kosten und schnell veralten und dadurch, durch den stetigen Fortschritt der Wissenschaft und der Kriegstechnik, in ihrer Wirkung vermindert werden, desto größer wird die Kriegsgefahr.

Die erste Art, dagegen anzukämpfen, ist also die Begrenzung der Waffen. Die Rüstungen bilden jedoch auch ein finanzielles Gewicht, an dem die Wirtschaft der reichen Länder sogar langsam verblutet. Den Rüstungswettlauf zu unterbinden und in einer gemeinschaftlichen Vereinbarung die Grenzen für die Menge und die Qualität der Waffen unter den Staaten festzusetzen, stellt folglich einen Friedensakt und eine Verteidigung der internationalen Wirtschaft dar. Schon in einer Rede vom 5. Juni 1928 stellt Mussolini im Senat die konkrete Frage der Abrüstung und gibt die ersten Formeln für eine Lösung an. Er stellt das Prinzip der gegenseitigen Abhängigkeit aller Waffengattungen auf und erklärt, daß die italienische Regierung bereit ist, auf jede Begrenzung, auch die äußerste, einzugehen unter der Bedingung, daß Italien in seiner Bewaffnung nicht von einer anderen Macht des Kontinentes übertroffen werde. Dasselbe Prinzip wird später in einer Erklärung im Großen Rat des Faschismus am 8. April 1932 wiederholt.

1930 tritt in London eine Flottenkonferenz der Großmächte zusammen. Der italienische Außenminister, Graf Dino Grandi, erklärt und unterstützt in ausdrucksvoller Rede die Vorschläge von Mussolini: Abschaffung der großen Linienschiffe und gleichzeitige Abschaffung der Unterseeboote. Die Vorschläge werden nicht angenommen. Die Konferenz, die von dem Zwiespalt zwischen England und Frankreich beherrscht wird, führt überhaupt nicht zu irgendeiner Abmachung zwischen den europäischen Mächten.

Im Winter 1932 wird in Genf eine neue Konferenz von Weltausmaß zur Heruntersetzung der Rüstungen zusammengerufen. Wenige Monate vor dieser internationalen Zusammenkunft, auf die die Völker ihre Hoffnungen und ihre Illusionen setzen, bietet im September 1931 Italien seinen ersten Beitrag zu einer Politik der Abrüstung an durch den Vorschlag einer einjährigen Ruhe in den Schiffsbauten der Länder. Unter den vielen Tendenzen, die von den verschiedenen Seiten der Konferenz hervortraten, stellt Italien drei Fundamentalprinzipien auf: Gleichgewicht zwischen den Rüstungen sämtlicher Mächte, einschließlich Deutschlands, Widerstand gegen die Tendenzen einiger Mächte übergroßer Rüstungsbegrenzungen und zuletzt Anerkennung des italienischen Rechtes der Flottengleichheit mit Frankreich. Am 10. Februar 1932 legt deshalb die italienische Delegation in Genf einen fertigen Vertragsentwurf für die quantitative und qualitative Begrenzung sämtlicher Rüstungen vor. Ty-

pisch sind hier die Hauptgesichtspunkte: Für die Marine die Abschaffung der großen Linienschiffe, der Flugzeugträger und der Unterseeboote; für das Heer die Abschaffung der Panzerwagen und der schweren Artillerie; für die Luftwaffe der Verzicht auf Bombenflugzeuge, und für sämtliche Waffen der Verzicht auf den chemischen und bakteriologischen Krieg, sowie ferner eine Revision der Kriegsgesetze, um den Schutz der Zivilbevölkerung zu sichern. Der Entwurf sieht auch die Gleichheit der Bewaffnung sämtlicher Mächte vor, ohne Unterscheidung zwischen Siegern und Besiegten, im Namen der Gleichberechtigung und der souveränen Freiheit jedes Landes.

Dies stellt eine realistische und menschliche Politik dar. Sie ist weit entfernt von der Utopie der totalen Abrüstung und ist sehr aktiv dagegen durch die Forderung einer gleichen Begrenzung der Kriegsmittel auf der Basis eines Kräfteparallelismus und zur Herabsetzung der mörderischen Folgen des Krieges durch Verzicht auf die schwersten Angriffswaffen. Aber auch diese Vorschläge Mussolinis werden nicht angenommen. Dagegen spitzt sich im Februar 1933, nach der triumphalen Machtübernahme der nationalsozialistischen Bewegung, die Adolf Hitler an die Regierung des Reiches bringt, der Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland zu. Deutschland besteht auf seiner Forderung zur Wiederaufrüstung. Frankreich widersetzt sich diesem hartnäckig. Italien versucht zu vermitteln. Es schlägt eine Begrenzung der Rüstungen der schon bewaffneten Mächte bei dem erreichten Stande vor und die Wiederaufrüstung der abgerüsteten Mächte bis zu einem für ihre Sicherheit notwendigen Stand. Dieses stellt noch nicht die von Frankreich abgelehnte Gleichheit dar. Es ist jedoch ein Akt der Gerechtigkeit, der politischer Einsicht und geschichtlichem Realismus entspringt. Mussolini versteht, daß die Aufrüstung der abgerüsteten Mächte einfach kommen mußte. Er verlangt, daß sie im Rahmen einer allgemeinen Verständigung erfolge, die das internationale Gleichgewicht beibehalten und damit die europäische Zusammenarbeit retten sollte.

Aber die französische Regierung lehnt auch diesen neuen italienischen Vorschlag ab. Sie verlangt vor allem einen engeren Anschluß der besiegten Länder an den Völkerbundspakt und seinem Mechanismus, d. h. an diejenige Formel der „kollektiven Sicherheit“, die den Staaten nicht nur die Verpflichtung des Nichtangriffes, sondern auch die

Pflichten gegenseitiger Beistandshilfe auferlegt. 1940 sollte dann Frankreich durch den Masseneinbruch deutscher Panzerwagen und deutscher Bombenflugzeuge an seiner Ostgrenze überrascht werden.

Im Januar 1934 besteht Mussolini noch einmal anlässlich des Empfanges des britischen Außenministers Simon in Rom auf einer Begrenzung der Rüstungen und gleichzeitigen Wiederaufrüstung Deutschlands, die dieses Land von seinem Zustand der Abrüstung auf ein mittleres Stadium gegenüber den von den anderen Großmächten schon erreichten Zustand der Aufrüstung bringen sollte. Seine Aufforderung wird nicht angenommen. Hauptsächlich durch diesen Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich, der vergeblich durch die italienischen dringenden und vernünftigen Vorschläge geschlichtet werden sollte, verläuft die Weltabrüstungskonferenz ohne Resultat und zeigt nur die tiefen Gegensätze der Interessen und Tendenzen der großen Nationen.

Das Scheitern der Konferenz, die ohne jegliches Solidaritätsgefühl zwischen den Mächten vor sich ging, erschwert die politische Ordnung Europas. Es provoziert den Austritt des Reiches aus dem Völkerbund, der von dem Tage an seiner moralischen Auflösung entgegengeht.

Aus dem politischen Hin und Her der Abrüstungsverhandlungen, die beinahe vier Jahre, von der Völkerkonferenz von London bis zur Konferenz von Genf, gedauert hatten, ergeben sich einige beachtenswerte Tatsachen europäischer Tragweite, und es grenzen sich mit Genauigkeit die italienischen Stellungen ab.

In seiner ganzen Aktion, die durch den Minister Grandi in dringlicher und kristallklarer Weise umrissen wird, und die sich immer unter den besten historischen Dokumenten der Zeit finden wird, zeigt sich Italien als die für eine quantitative und qualitative Herabsetzung der Rüstungen am meisten entschlossene Macht. Italien zeigt sich zu großen und konkreten kollektiven Abmachungen bereit und neigt zu einer wirklichen und dauerhaften europäischen Zusammenarbeit. Seine darauffolgende Politik einer starken Aufrüstung, die von der Polemik der Demokratien als der typische und drohende Ausdruck des faschistischen Regimes dargestellt wird und als einer der Gründe der europäischen Verwirrung, ist nichts weiter als das Resultat der Weigerung, die seinem offenen und vernünftigen Wollen

entgegengesetzt wurde, und des Beispieles, den die anderen Großmächte geben.

Großbritannien und Frankreich zeigen jedoch ihren Willen, ihre Übermacht an Kriegsmitteln beizubehalten, die ihren Absichten der Vorherrschaft entspricht. Dieses steht dem Prinzip des Kräftegleichgewichtes, das die erste Bedingung einer ehrlichen Abrüstungspolitik bildet, entgegen. Großbritannien will vor allem seine Übermacht auf dem Meere beibehalten und dadurch, unter völliger Verkennung des Wertes der neuen Luftwaffe, sich die Weltherrschaft der Meere auch weiterhin sichern, und gestattet nur die Gleichberechtigung mit den Vereinigten Staaten. In der Abgrenzung des Tonnageverhältnisses der einzelnen Länder, die schon in Washington für die großen Linienschiffe eingeleitet worden war, verweigert Großbritannien, sei es Japan wie auch Frankreich, das Recht, sich der eigenen Kraftgrenze zu nähern und will für Deutschland die Abrüstung auf dem Meere beibehalten. Großbritannien bekämpft außerdem die Anwendung der Unterseeboote, die die Waffe der Armen darstellt, verteidigt aber die Anwendung der großen Schlachtschiffe mit ihren großen Kalibern, die die wertvolle Waffe der Reichen darstellen. Das Imperium und seine Interessen, die sich über alle Kontinente und Meere der Erdkugel erstrecken, legen Großbritannien sicherlich die Notwendigkeit einer großen bewaffneten Seestreitkraft auf. Sie legen diesem Lande aber nicht die Pflicht einer hartnäckig verteidigten Rangordnung der Kräfte auf, die über das für seine militärischen Notwendigkeiten vorgesehene Maß hinausreicht und von politischer und moralischer Bedeutung sein könnte.

Frankreich seinerseits stellt Deutschland auf dem Kontinent und Italien auf dem Meere die Absicht einer militärischen Vorherrschaft entgegen. Es verweigert also seine Zustimmung für eine mäßige Wiederaufrüstung des Reiches auch in kleinerem Maßstabe, als die Rüstungen der französischen Streitkräfte betragen. Es verweigert auch seine Zustimmung für eine Parität auf dem Meere mit Italien, nachdem eine solche für die Tonnage der großen Linienschiffe in der Konferenz von Washington angenommen worden war. Diese Weigerung begründet es durch die größeren Aufgaben der Verteidigung, die ihm durch den riesigen Besitz seiner Kolonien gestellt sind. Es will nicht anerkennen, daß Italien große Küstengebiete zu verteidigen hat und im Mittelmeer vollkommen eingeschlossen ist, auf dem Seewege

dreiviertel seiner ausländischen Zufuhren erhält und die Pflicht der Vertretung und Verteidigung von zehn Millionen italienischer Staatsbürger hat, die über die ganze Welt verbreitet leben. Italien will nicht nachgeben. Es hat schon lange die Zeit der Minderjährigkeit und der politischen Abhängigkeit hinter sich. Es wird nunmehr seine Handlungsfreiheit bezüglich der Aufrüstungen auf dem Meere, auf dem Lande und in der Luft nach dem Verfall der nicht mehr erneuerten Klauseln der Konferenz von Washington wieder übernehmen.

Das Donauproblem

Ebenso entschlossen ist die italienische Aktion, die sich auf die Wiederherstellung der Gleichberechtigung und der politischen und wirtschaftlichen Wiederaufrichtung der übrigen besiegten Länder bezieht. Mit der Hilfeleistung an die beiden übriggebliebenen direkten Erben des Habsburger Reiches, Österreich und Ungarn, entsteht ein weites und verzweigtes Donauproblem, das eine aktuelle Frage der europäischen Politik unter dem Zusammenstoß gegensätzlicher Interessen bildet und nicht ohne weiteres zu einer Lösung kommt.

Die Donaufrage entsteht mit dem Ende des Habsburger Reiches und ist eine direkte Folge hiervon. Sie entsteht aus den Friedensverträgen, die die Einheit der österreichisch-ungarischen Monarchie zerschlagen, und aus den Verhältnissen, die hierdurch für die verschiedenen Nachfolgestaaten entstehen. Das Habsburger Reich hatte zuletzt einen Zustand des Gleichgewichtes zwischen den verschiedenen Nationalitäten hergestellt, aus denen es zusammengesetzt war und die, mit Ausnahme der Italiener, in aufeinanderfolgenden Etappen eine effektive, wenn auch nicht direkt zum Ausdruck gebrachte politische Autonomie erlangt hatten. Das Gleichgewicht wird durch die Friedensverträge zerschlagen. Österreich und Ungarn verlieren nicht nur große Teile ihrer politischen Territorien, sondern auch lebenswichtige Teile ihrer eigenen deutschen und magyarischen Nationalitäten. Die Nachfolgestaaten im Donaugebiet sind die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. Sie maßen sich Gebiete an, die sich weit über das ihnen mit Berechtigung

Zustehende hinaus erstrecken. Hieraus ergibt sich der natürliche Grund für die entgegengesetzten folgeschweren politischen Tendenzen der verschiedenen Donauländer.

Das Kaiserreich hatte seine verschiedenen Teile zu einem weitentwickelten politischen Gleichgewicht geführt. Hier war im Laufe der Zeit eine vernünftige Verteilung der wirtschaftlichen Kräfte geschaffen worden, die sich gegenseitig ergänzten. Jeder Teil hatte seine besondere Aufgabe im Rahmen der verschiedenen Aufgaben sämtlicher Teile. Sämtliche österreichisch-ungarischen Gebiete stellten somit eine organische wirtschaftliche Einheit dar, die den Interessen aller entgegenkam. Jener kleine Teil des Kaiserreiches, auf den Österreich durch den Vertrag von Saint Germain begrenzt worden war, besaß zum Beispiel Spinnereien, deren Produkte für die Weberei an ein nunmehr an die Tschechoslowakei abgetretenes Gebiet weitergeleitet wurden. Ungarn war die Kornkammer des Kaiserreiches, eines der größten Zentren für die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, die auf dem gesamten österreichisch-ungarischen Markt ihren Absatz fanden. Wien spielte mit seinen Banken eine Vermittlerrolle zwischen den ausländischen Ersparnissen und der wirtschaftlichen Tätigkeit des Kaiserreiches, indem es die Spanne zwischen dem niedrigen Zinssatz der großen ausländischen Finanzzentren und dem höheren in der österreichischen Hauptstadt bestehenden ausnützte. Das ausländische Sparkapital, das auf diese Weise dem Kaiserreich zufließte, wurde dann in vernünftiger Weise auf die verschiedenen Produktionsgebiete aufgeteilt. Auch dieses wirtschaftliche Gleichgewicht geht durch die Vernichtung des österreichisch-ungarischen Staates in die Brüche. Jeder vom anderen getrennte Teil verbleibt mit einer unvollständigen Rumpfwirtschaft, die sich nicht mehr durch die Wirtschaft eines anderen Teiles vervollständigen läßt, besonders nicht in den ersten Nachkriegsjahren auf Grund der nationalen und politischen Bestrebungen, die sich auch die Wirtschaft als Angriffs- und Verteidigungswaffe zunutze machten. Typisch ist hier auch der neue Ausdruck des in den Donauländern geschaffenen Zollsystems. Die österreichisch-ungarische Monarchie befindet sich innerhalb einer 8000 km langen Zollgrenze. Die neuen Zollgrenzen der Nachfolgestaaten erstrecken sich über 14000 km. Diese durch Erhöhung der Zolltarife sofort noch mehr belastete Aufsplitterung führt zu einer Erstarrung und Ablenkung der traditionellen Austauschströmungen in den Donauländern.

Typisch ist auch das neue System des Handelsverkehrs auf der Donau selbst. Vor dem Kriege konnte die Schifffahrt auf diesem Strome ohne Unterbrechung und Kontrolle 1272 km zurücklegen. Nach dem Kriege fährt man durch fünf verschiedene Staatsgebiete und untersteht oft einer zweifachen Kontrolle, bei der Einfahrt und bei der Ausfahrt. Man berechnet, daß die Zollformalitäten dieser Kontrolle einen jährlichen Arbeitsverlust von 6000 Tagen bewirken.

In diesem schwankenden Zustand Donaueuropas, in dem sich der politische Faktor mit dem wirtschaftlichen Faktor vermischt und die Unterlegenheit der Hilfsmittel Österreich und Ungarn zur wirtschaftlichen und deshalb auch zur politischen Sklaverei gegenüber den drei Ländern der Kleinen Entente zu verurteilen droht, mußte sich notwendigerweise eine gefährliche Krisis einstellen.

Die von den Großmächten um die Wette vorgeschlagenen Lösungen der Frage, die alle der Absicht einer Vorherrschaft in Donaueuropa entspringen, führen zu keinem Frieden. Ein erster Vorschlag wird von Deutschland versucht durch die 1931 erfolgte Ankündigung einer Zollunion mit Österreich. Es enthüllt sich so der Versuch eines politischen Anschlusses. Die Geschichte des politischen Zusammenschlusses der einzelnen Teile des Reiches hat sich hauptsächlich durch aufeinanderfolgende Zollunionen der verschiedenen Deutschen Staaten mit Preußen abgewickelt. Deshalb hat der deutsche Versuch kein Glück. Er ruft den sofortigen Widerstand Frankreichs hervor, das durch Druck die Ablehnung der drei Länder der Kleinen Entente bewirkt und in Genf eine ausdrückliche Verurteilung des Projektes seitens des Völkerbundes hervorruft. Als Gegenaktion leitet Frankreich eine entgegengesetzte Initiative ein. Im März 1932 erfolgt der als Tardieu-Plan bekannte, vom tschechoslowakischen Außenminister Benesch unterstützte Vorschlag. Er zielt auf die Schaffung eines Zusammenschlusses der fünf Donaustaaten hin, der unterstützt sein sollte durch lebhaften wirtschaftlichen Zusammenschluß mit Vorzugszolltarifen, um die wirtschaftlichen Interessen Österreichs und Ungarns mit denjenigen der Kleinen Entente zu verketten und Österreich und Ungarn somit in ihren politischen Bestrebungen zu entmutigen und von jedem aktiven Kontakt mit Italien und Deutschland fernzuhalten. Aber auch dieser Plan fällt auf Grund seiner verdachterregenden Funktionen und des natürlichen Gegensatzes der wirtschaftlichen Interessen der fünf Donaustaaten. Die drei

Agrarländer der Gruppe — Ungarn, Jugoslawien und Rumänien — produzieren die gleichen Güter und stehen deshalb im Wettbewerb. Sie können sich nicht gegenseitig helfen. Sie können nicht einmal hoffen, großen Absatz auf den zu kleinen Märkten der Tschechoslowakei und Österreichs zu finden. Österreich und die Tschechoslowakei ihrerseits, die hauptsächlich Industrieländer sind, zeigen eine größere Fähigkeit zu einem Wirtschaftskriege gegeneinander als zu einer Verständigung.

Nachdem andere Möglichkeiten internationaler Lösung des Donauproblemes nicht mehr existierten, greift Italien unter besonderer Berücksichtigung der größeren und eiligeren Bedürfnisse Österreichs und Ungarns durch direkte Verträge ein, die mit diesen beiden Staaten am 17. März 1934 unterzeichnet und durch einen Zusatzvertrag vom 18. März 1936 erneuert und vergrößert werden. Diese Verträge, die „Protokolle von Rom“, fußen auf einem System von Vorzugszöllen, die ohne Gegenseitigkeit von Italien diesen beiden Donauländern eingeräumt werden, um den Strom ihrer Ausfuhr zum italienischen Markt zu vergrößern. Die Folge ist eine schnelle und beachtliche Aufwärtsbewegung der österreichischen und ungarischen Ausfuhr nach Italien. Sie haben aber darüber hinaus einen allgemeineren, aufbauenden Sinn. Sie sollen die Widerstandskraft und die Individualität Österreichs und Ungarns erstarken lassen und ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten entwickeln und damit zur inneren Gesundung führen. Es sollte dadurch an Stelle des Gefühls der Isolierung die Sicherheit einer freundschaftlichen Zusammenarbeit treten und langsam die unterlegene Stellung Österreichs und Ungarns auf das Niveau der drei Länder der Kleinen Entente bringen. Überhaupt sollte der Gleichgewichtszustand zwischen den fünf von den Friedensverträgen geschaffenen Donaustaaten verbessert werden.

In dem Lichte der Geschichte erhält die Politik der Römischen Protokolle heute ihren richtigen Wert. Sie verfolgt vor allem den Zweck, die nationale und wirtschaftliche Individualität Österreichs und Ungarns vor dem drohenden Untergang, den die Sphäre der Kleinen Entente und die Vorherrschaft der französischen Politik in gefährliche Nähe rückt, zu retten. Die darauffolgende österreichisch-deutsche Anschlußbewegung findet somit Österreich im Vollbesitz seiner völkischen und wirtschaftlichen Eigenart. In den neuen Umwälzungen im Donaubecken kann seinerseits Ungarn nach

Erstarkung seines Geistes und seiner Hilfsmittel neue Kraft finden, um in siegreichen Etappen den Weg zu einer Revision seines nationalen Schicksals zu beschreiten.

Der Völkerbund

Über die Deutschland und den besiegten Ländern gewährte Hilfe hinaus, die zu einem besseren Gleichgewicht der Kräfte und der Möglichkeiten mit den anderen Ländern Europas führen soll, zielt das Streben Mussolinis auf eine höhere konstruktive Auffassung europäischer Zusammenarbeit hin.

Anfang 1933 erscheint das Bild des labilen europäischen Friedens schon verdunkelt. Die gefährlicheren Elemente einer latenten Krisis fangen schon an, sich bemerkbar zu machen. Deutschland ist erwacht. Der Sieg des Nationalsozialismus kündigt nicht nur die revolutionäre Verwandlung des inneren Regimes des Reiches an, sondern auch seine entschlossene Politik der Revision. Das deutsche Nationalbewußtsein erhebt sich stolz und kämpferisch. Deutlicher zeichnen sich die Umriss des niemals ganz erloschenen Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland ab. Ferner erscheint wieder, wenn auch nur im Keime, mit dem Wiedererwachen der deutschen Macht der lautlose, historisch bedingte Zusammenstoß mit der britischen Weltmacht, die dem Dritten Reiche eine Tradition der Vorherrschaft und den Willen einer maritimen und wirtschaftlichen Herrschaft entgegensetzt. Der tiefe Abgrund zwischen Italien und Frankreich bleibt offen. Beinahe 15 Jahre sind seit der Aufzwingung des ungerechten Versailler Systems vergangen. Frankreich hat noch nicht seine koloniale Schuld des Paragraphen 13 des Londoner Paktes bezahlt. Zusammen mit der Notwendigkeit territorialer Ausdehnung wächst auch die Unduldsamkeit Italiens. Die Arroganz und die Bedrohung des äthiopischen Kaiserreichs, das durch Frankreich unterstützt wird und den Interessengegensatz der drei angrenzenden Mächte ausspielen möchte, eröffnen das Problem der italienischen Stellung in Ostafrika.

Die vier großen kriegsfähigen Mächte Europas sind folglich schon getrennt durch eine natürliche Tendenz zur Bildung gleichwertiger und entgegengesetzter Blöcke, deren Interessen und Absichten sie einem Zusammenstoße zutreiben. Dieses ist die anfängliche und dabei schon offensicht-

liche Vorzeit des neuen europäischen Krieges, der sich mit dem Zusammenbruch des Versailler Systems vorbereitet.

Es erhebt sich heute die Frage: Hätte dieser neue Zerstörungskrieg vermieden werden können? Nach 1919 waren der Völkerbund und der französische Plan einer europäischen Union erfolglose Versuche gewesen, Europa gegen den Krieg zu sichern. Mussolini greift mit einem konkreteren und zeitgemäßerem Plan ein: dem Viererpakt. Dieser sollte ein System der Mitarbeit gegen den Krieg darstellen. Es bildet eine Hauptetappe in der italienischen Außenpolitik und in der Geschichte des heutigen Europas. Ehe wir jedoch davon sprechen, ist es nötig, zwei vorhergehende Konstruktionen zu betrachten, um deren verschiedene Ausdrucksformen kennenzulernen.

Es ist bekannt, daß der erste Gedanke eines Völkerbundes im Sinne einer Zusammenfassung der Völker nach dem Kriege von Wilson ausgeht und der Friedenskonferenz um einige Jahre vorausging. Wilson, der Messias, hat eine beinahe theologische Auffassung der europäischen Probleme ohne jegliche Kenntnis oder jeden Sinn sei es der europäischen Geographie wie seiner Geschichte. Er ordnet diese Fragen in doktrinaire Normen ein, die wie die verschiedenen Gesetze eines göttlichen Evangeliums aussehen. Der Völkerbund sollte die Synthese dieser Normen, das Statut einer neuen Ordnung internationaler Beziehungen darstellen. In ihren Anfängen jedoch wird die Idee Wilsons ohne genaue Erklärungen angekündigt. In den sechzig von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten während des Krieges gehaltenen Reden findet man nur in sieben Reden eine in vagen Sätzen gehaltene Andeutung. Nur 1918 nimmt der Gedanke greifbarere Formen an. In seiner Programmrede vom 18. Januar 1918 spricht Wilson von der Notwendigkeit, „unter gewissen Vertragsbedingungen eine allgemeine Vereinigung der Völker zu schaffen, durch die deren politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der Gebiete gesichert werden sollte“. Es handelt sich hier um eine Versicherungsgesellschaft für den Frieden im wahrsten Sinne des Wortes. In einer darauffolgenden Rede vom 27. September 1918 nimmt der Plan verständlichere Formen an. In dem Völkerbunde sollen „weder besondere wirtschaftliche Kombinationen egoistischen Charakters“, noch „irgendwelcher Zusammenschluß, irgendwelches Bündnis oder Vertrag oder Konvention mit einem besonderen Charakter“ enthalten sein. Dieses ist trotz aller Ungenauigkeit eine gute Absicht.

Kaum über den Ozean gekommen, verschwindet auch dieses. In Paris verstrickt sich Wilson sofort in einem mit großer Kunst und Hinterlist vorbereiteten Netze. Seine Messiasidee eines Völkerbundes entfärbt und verändert sich nicht weniger als alle anderen Prinzipien für einen Aufbau des Friedens. J. M. Keynes erzählt, daß „die raffiniertesten Sophisten und heuchlerischen Stilisten sich an das Werk gemacht haben, um eine Reihe zweideutiger Texte aufzuschreiben“.

Neben Sophismus und Heuchelei wendet Wilson bei der Schaffung des Völkerbundes aber auch noch eine überstürzte Eile an. Der Völkerbundspakt bildet die letzte Nummer des Versailler Programms. Trotz des ehrgeizigen und verantwortungsvollen Planes, für viele Generationen hindurch den Frieden Europas und der Welt zu regeln, nachdem ein großer Krieg so viel Zwiespalt und so viel neue Fragen geschaffen hat, wird der gesamte Völkerbundspakt in nur elf Sitzungen zwischen dem 3. und 13. Februar 1919 zusammengestellt. Wilson ist schon durch die verführerischen Lockungen des Pariser Lebens abgelenkt worden. Er hat auch große Eile mit der Abreise, da er am 4. März bei einer politischen Zusammenkunft in Washington zugegen sein muß. Gerade am 14. Februar, dem gleichen Tag seiner Abreise, wird nach summarischer Prozedur das Projekt zum Völkerbundspakt angenommen.

Die neutralen Staaten werden bald darauf aufgefordert, ihre Zustimmung zu erteilen, mit der Mitteilung, daß sie den Pakt weder in Diskussion stellen dürfen noch Änderungsvorschläge vorbringen können. In zwei Sitzungen, am Nachmittag des 20. und 21. März, sieht man sie folglich den Pakt mit allen seinen Verpflichtungen und seinem Risiko behandeln und annehmen. Am 28. April wird der Bericht des Präsidenten Wilson, d. h. die Statuten des Völkerbundes, der zum großen Teil von den französischen Politikern und Juristen geschaffen worden war, der Plenarsitzung der Friedenskonferenz vorgelegt. Clemenceau schneidet jede Diskussion ab und erzwingt die Abstimmung. Von Amts wegen wird die Diskussion sämtlicher Hauptpunkte unterdrückt: angefangen von der über Paragraph 16 (Sanktionen) bis zu derjenigen über die Gleichheit der Rassen, die von den Japanern aufgeworfen worden war.

Der Völkerbundspakt, der fast 20 Jahre die Richtschnur der Außenpolitik Frankreichs und Großbritanniens werden sollte, stellt folglich das kränkliche und frühreife Kind

der Hinterhältigkeit und des Übergriffes seiner hauptsächlichsten Schöpfer dar. Wilson und seine großartigen Ideale überleben nur in den schönen, aber inhaltslosen Worten die Präambel. Die Interessen und die Verantwortung der Neutralen werden durch die Illusionen der gleißenden Außenansicht, die das neue System bezüglich ihrer Politik zeigt, verschleiert. Die Politik der Neutralen sieht sich nunmehr von der sogenannten kollektiven Sicherheit in ihrer Landesverteidigung garantiert, ohne die Notwendigkeit großer Ausgaben und militärischen Risikos. Sie sehen sich ohne Kraftanstrengung auf die Höhe der Großmächte in dem geschwätzigen Völkerbundsparlament emporgehoben.

Die wirkliche Bedeutung des Völkerbundes liegt aber ganz im Paragraph 10. Durch diesen Paragraph verpflichten sich die Mitgliedsstaaten, „gegen jeden äußeren Angriff die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit sämtlicher Mitglieder des Völkerbundes zu achten und zu erhalten“. Durch diese klare Festlegung wird folglich in der Gemeinschaft des Völkerbundes in allen fünf Erdteilen die Unverletzlichkeit des Friedenssystemes von 1919 und die Verpflichtung zu seiner Erhaltung vereinbart unter Benutzung eines komplizierten Bündnissystems, das sämtliche Mitgliederstaaten, Kriegführende und Neutrale, umfaßt.

Typisch ist hier die Geschichte des Paragraphen 10. In dem ersten Entwurf des Paktes, der der amerikanischen Delegation am 12. Januar 1919 vorgelegt wurde, spricht Wilson im Paragraphen 3 die Unverletzlichkeit des territorialen Besitzes aus, aber auch gleichzeitig die Möglichkeit einer Revision durch den Entschluß von Dreiviertel der Mitgliederstaaten, die in der Völkerbundsversammlung vertreten sind. „Der Weltfrieden“ — so schreibt er — „überwiegt an Wichtigkeit sämtliche Fragen politischer Jurisprudenz oder der Festlegung der Grenzen.“ Der Präsident hat in seinem ersten Bilde eine durchsichtige und konkrete Idee der Fragen des Friedens. Die Belange des Friedens sind größer als diejenigen der Verträge, die ja auch gegen den Frieden sein können. In Versailles dagegen erfolgt eine völlige Umwandlung. Gegen das vernünftige Gleichgewicht der von Wilson aufgestellten Normen erhebt sich sofort die Opposition der Franzosen und der Briten. Die Briten schlagen eine Begrenzung der Möglichkeiten und der Mittel einer Revision vor. Die Franzosen schlagen vor, die Verpflichtung der Unverletzlichkeit der Grenzen und die Möglichkeit ihrer Revision in zwei verschiedene Normen aufzuspalten, um

auch deren Wert zu differenzieren. So entsteht in der Mitte des Paktes der Paragraph 10, der als Krönung zu seiner Verteidigung die Waffe der Sanktionen vorsieht, die durch das Mittel des wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Krieges gegeben sind. Am Rande bleibt Paragraph 19, der zwar die Möglichkeit einer Revision vorsieht, diese aber jeder vernünftigen Anwendungsmöglichkeit entkleidet, da diese Möglichkeit eine Einstimmigkeit unter Einbeziehung der Stimmen der beiden Streitpartner zur Voraussetzung hat. Über der Frage des Friedens steht diejenige der Verträge und ihrer dauernden Anwendung, auch wenn diese ungerecht sind.

Der Völkerbundspakt wird so zu einem Ausfluß, zu einem Ausführungsorgan von Versailles. Am 14. Februar 1919, als der Entwurf des Paktes zur endgültigen Annahme den Großmächten vorgelegt wird, bestätigt Lord Robert Cecil in diesem Zusammenhange, daß der Hauptzweck der ist, den durch die Verträge geschaffenen territorialen Zustand zu beschützen. Diese Bestätigung wird am 16. Januar 1920 während der ersten Sitzung des Völkerbundsrates wiederholt. Léon Bourgeois sagt hier, daß der Pakt zum Schutz des bestehenden Territorialsystems dienen und die „gerechten Grenzen“ der Verträge von Versailles garantieren solle. Es ist demnach nicht ein allgemeiner und wahrhafter Frieden mit seinen veränderlichen Erfordernissen, die durch die verschiedenen Bewegungen der Völker sich ergeben, der durch den Völkerbund geschützt werden soll, sondern ein besonderes Friedenssystem, das der Hexenküche des Jahres 1919 entsprungen ist. Es ist in seinen Fehlern und seinen schreienden europäischen und kolonialen Ungerechtigkeiten erstarrt und in den von der französischen und britischen Koalition vorgeschriebenen Formen gehalten. Dadurch wird das Wort von Wilson verdreht, das angeblich die Richtschnur des Paktes darstellt. Da das Versailler System die anerkannte Ursache der tiefen Interessenkonflikte und der daraus folgenden unabwendbaren Zusammenstöße zwischen den Völkern darstellt, wird die Völkerbundsverpflichtung des Schutzes des Versailler Systems zu einer Verpflichtung, einen latenten europäischen Kriegszustand, der jeden Augenblick zum offenen Ausbruch kommen kann, zu verewigen und zu beleben. Die gemeinschaftliche Verpflichtung zu Sanktionen kann nur die Ursache einer Ausbreitung eines solchen Zustandes über ganz Europa und die Welt bedeuten. Mit seiner ehrgeizigen Aufgabe, den Frieden zu

organisieren, wird der Völkerbund zu einem dauernden organisierten Hindernis gegen den Frieden.

Es ist merkwürdig, wie dieser geistige und organische Fehler des Völkerbundes in seinen Ursprüngen nicht einmal von den besten und unbefangenen Köpfen erkannt worden ist. Gelegentlich der Beratung des Covenant-Problems im Oberhaus versucht einer der hervorragendsten Juristen, Lord Parker of Waddington, am 19. März 1919 Großbritannien vor allzu leichtfertigen Illusionen zu warnen. „Man darf nicht glauben“ — so führt er aus — „eine Gesetzesordnung für eine internationale Gemeinschaft schaffen zu können, wenn diese Gemeinschaft noch nicht besteht, d. h. wenn die Völker noch nicht bereit sind, sie durch eigene Handlungen zu unterstützen. Es genügt nicht, einen internationalen Gerichtshof gründen zu wollen. Man muß die Bedingungen schaffen, die einen Krieg immer schwieriger und unmöglicher machen. Diese Bedingungen liegen in der Unterdrückung der ‚egoistischen Interessen der Neutralen‘, d. h. in der Abschaffung der Neutralität.“ Der britische Jurist, der nach Waffen sucht, um dem internationalen Gerichtshof körperliche Kraft zu verleihen, spricht jedoch nicht über die Gerechtigkeit unter den Völkern, die die erste natürliche Kraft zur Verteidigung des Friedens darstellt. Die Verteidigung des Rechtes kann nicht nur den Organen seines äußeren Schutzes anvertraut werden, sondern muß vor allem auf den inneren Inhalt fußen. Die Kriege wie auch die Revolutionen sind oft der Ausdruck eines hervorbrechenden natürlichen Volksinstinktes zum Schutze des Rechtes, wenn an anderen Stellen der Wille zur Aufrechterhaltung der Gerechtigkeit fehlt. Paragraph 10, der auf die Sanktions-Paragraphen 15 und 16 fußt, drückt eine nur äußerliche Auffassung des Rechtes aus, die nur formalen und mechanischen Sinn hat.

Unter diesen Eindrücken, vermehrt durch den allgemeinen Willen, der chronischen europäischen Kriegsgefahr ein Ende zu bereiten, setzt in seinem letzten Sitzungstage am 4. März 1919 der amerikanische Kongreß der Covenant-Annahme 39 von 96 Stimmen entgegen und verweigert dadurch die für die Ratifizierung notwendige Zweidrittelmehrheit. Die Opposition stellt sich besonders den Bindungen zwischen dem Völkerbundspakt und den Friedensverträgen sowie dem Mechanismus der Paragraphen 10 und 16 abweisend entgegen. Streng sind die Urteile des Staatssekretärs Lansing, Delegierter der Vereinigten Staaten bei der Friedenskonferenz,

über den Völkerbund: „Man hat den Eindruck, daß viele Bestimmungen in übereilter Hast wegen Zeitmangels angenommen worden sind. Der Pakt selbst trägt die Spuren dieser Überhastung. Seine Betrachtung führt zum Schluß, daß er mehr auf Grund persönlicher Einflüsse geschaffen wurde als auf Grund eines ehrlichen Glaubens an die Güte und Weisheit seiner Klauseln. Deshalb wird der Völkerbund, so schließt Lansing, „ein Instrument in den Händen einiger Mächte, um eine normale Entwicklung der Kräfte und der nationalen Belange der durch die Niederlage entkräfteten Mächte zu verhindern“.

Die europäische Krisis und die Unruhen in der ganzen Welt finden nur einen trägen und sich sträubenden Völkerbund. Glänzend sind die Prinzipien, die in der Covenant-Präambel enthalten sind. Hier wird von einer Befruchtung der internationalen Zusammenarbeit und der Schaffung eines Regimes des Friedens und der Sicherheit gesprochen. Aber schon die Zusammensetzung Europas bildet ein unüberwindliches Hindernis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Völker. Das allgemeine Bedürfnis nach Frieden genügt nicht, um den Unterschied in den verschiedenen Stellungen und Interessen zu überbrücken. Frankreich und England wollen durch den Völkerbund lediglich ihren Besitz verteidigen. Sie betrachten den Frieden als eine Beibehaltung der Zustände, als eine bis in die Ewigkeit dauernde Erstarrung eines ihnen günstigen historischen Augenblickes. Länder wie Italien, die durch die Verträge über die elementarsten Grundsätze der Gerechtigkeit hinaus zusammen mit den besiegten Ländern geopfert wurden, betrachten den Frieden dagegen als eine Revision.

Ihre dynamische Politik bildet einen natürlichen Gegensatz zu der Außenpolitik der beiden großen imperialen Demokratien. Die neutralen Länder, die nicht an den von den Friedensverträgen geschaffenen Problemen interessiert sind, die abgerüstet und pazifistisch eingestellt sind, leben in der Illusion, in Genf die Versicherungsgesellschaft gegen das Kriegsrisiko gefunden zu haben durch die einfache Zahlung ihrer Beitragssumme. Sie schließen sich natürlich der kleinen Gruppe der Machthaber an. Durch ihre beschränkten Interessen, die nicht mit anderen in Konflikt kommen und deshalb in Übereinstimmung mit den allgemeinen Interessen der Großmächte gebracht werden können, verwirren sie die klare Einsicht in die europäischen Probleme und erschweren deren Lösung.

Die Unzulänglichkeit des Völkerbundes liegt also in ihrer Entstehung selbst. Sie findet sich in dem Mangel an Gemeinschaftsgeist, der noch mehr durch Mangel an Übereinstimmung der Geister und Interessen verursacht wird, als durch das tatsächliche Fernbleiben einiger großer Nationen. Die Unzulänglichkeit liegt in der Bindung zwischen den Funktionen des Völkerbundes und den Friedensverträgen, d. h. zwischen seinem Zwecke und den Resultaten des Krieges. Ganz allgemein liegt sie in dem dauernden Konfliktstoff zwischen Sieger und Besiegten, zwischen den Tendenzen einer Revision und den dazu entgegengesetzten.

Ist es aus diesen Gründen berechtigt, von einer Zwecklosigkeit und Wertlosigkeit der Verträge, von einer die internationalen Beziehungen belastenden Anarchie zu sprechen? Dies ist nicht der Gedanke Italiens. Verträge sind heilig, jedoch nur, wenn sie eine heilige Substanz haben. Wo sie das nicht haben, sind sie nur der Ausdruck vergänglicher Zufälligkeiten der Geschichte. Sie können und müssen sich deshalb verwandeln je nach den Bewegungen der Geschichte und ihrer Notwendigkeiten. Der Fehler des Völkerbundes lag in der Anmaßung, die Geschichte Europas im Jahre 1919 anzuhalten. Alles das, was vor dem Kriege geschehen war — europäische und koloniale Eroberungen und Übergriffe —, kann ja als heilig gelten. Alles dasjenige dagegen, was nachher geschieht, im gleichen Geiste und mit den gleichen Mitteln, aber in einer dem Versailler System und dem seiner erklärten Schöpfer entgegengesetzten Richtung, erscheint als ein europäisches Delikt, das vom Völkerbunde im Gewande eines höchsten Gerichtshofes mit allen Mitteln unterdrückt und verurteilt werden muß.

Man hat verlangt, daß die kollektive Sicherheit der Abrüstung vorangehen solle. Zur Schaffung dieser Sicherheit genügt aber nicht das Papier der Verträge, die die augenblickliche internationale Lage für ewig festlegen sollen, wenn für einige Völker diese Lage, die ihren Ausdruck in politischen Grenzen, wirtschaftlichen Mitteln und militärischen Möglichkeiten findet, den ersten und dauernden Grund ihrer eigenen Unsicherheit bildet. In Wirklichkeit stellt diese kollektive Sicherheit, die die Fabrikmarke des Völkerbundes trägt, nur die geheimnisvolle Formel eines universalen Bündnisses dar, das sämtliche Nationen zu einem Kriege zum Schutze nationaler Sonderinteressen verpflichten soll unter der Maske eines allgemeinen Nutzens. Dies wird durch den Begleitumstand der regionalen Sonderverträge, d. h. der mili-

tärischen Gruppenbildung bewiesen, die eine klare Verleugnung der Solidarität zwischen den Völkern darstellen.

Die Organisation des Friedens durch die kollektive Sicherheit und den Völkerbundsmechanismus bildet somit nur ein Defensivsystem des Versailler Friedens. Man kann von ihr dasselbe sagen, das Terenzio Mamiani von gewissen politischen und diplomatischen Kongressen sagte: „Hier zieht man die Ruhe der Fehler den Gefahren der Wahrheit vor.“ Die Ruhe der Fehler wird noch durch die bürokratische Masse des Völkerbundes vergrößert, von den Prozedurmethoden mit ihren komplizierten Formeln und Ausschüssen, in denen alles vorbereitet ist, um die großen Lebensprobleme der Völker zu sezieren und zu verunstalten, ferner durch die Anwendung der Versammlungen, die sich in parlamentarischen Zusammenkünfte umwandeln, die von leeren Reden und von Eitelkeit widertönen und in denen nicht etwa eine Lösung der Probleme, sondern ein persönlicher Erfolg der Redner zum Nutzen ihrer politischen Reputation angestrebt wird.

Diesen organischen Mängeln des Völkerbundes fügt sich noch seine geistige Verseuchung hinzu. In seiner Eigenschaft des Manövriertentrums der Partei von Versailles wird nunmehr die Liga von Genf auch noch zum Intrigen- und Propagandazentrum der Gruppen und Parteien, die sich gegen ihre eigenen Regierungen wenden. Das Freimaurertum, das den Ursprüngen des Völkerbundes selbst zugrunde liegt, erscheint an seiner Seite oft im Gewande des Beschützers unter der Hilfeleistung der Ligue des droits de l'homme et du citoyen, die den Antifaschismus hineinbringt, den Krieg der politischen Ideologien und den bolschewistischen Strömungen die Tür öffnet. Léon Bourgeois gibt zu, daß der Völkerbund in seinen Ursachen und Prinzipien nichts mit christlichen Ideen gemein hat. Der Protestant Boegner sagt, daß der Völkerbund „offensichtlich protestantisch“ ist und sucht die Vorläufer seines angeblichen Pazifismus in Luther und Calvin.

Diese Diagnose kann hart erscheinen, hat aber ihre dauernde Bestätigung in den Tatsachen. Nicht ein einziger Krieg wird in Genf verhindert oder beendet. Nicht eine einzige Hauptfrage des Friedens oder der Zusammenarbeit findet in Genf Aufmerksamkeit und Klärung. Niemals wird der Versuch, einen politischen oder bewaffneten Konflikt auf einem friedlichen und ehrlichen Revisionswege zu lösen, auf Verständnis und Glück treffen. Widerspruchsvoll ist da-

gegen die Haltung des Völkerbundes. Sie ist, als ob der Völkerbund nicht zur unparteiischen Verteidigung einer für alle Länder und in allen Zeiten gleichen Gesetzgebung geschaffen worden wäre, sondern nur der Schutz der Interessen seiner hohen Stifter scheint sein Zweck zu sein.

Der Krieg zwischen Japan und China, der nach vielen blutigen Kämpfen abgeschlossen wird durch die Schaffung des unabhängigen Kaiserreiches Mandschukuo, ist die erste große Belastungsprobe des Völkerbundes. Die Gründe Japans sind bekannt: Die Notwendigkeit einer friedlichen wirtschaftlichen Ausdehnung auf dem asiatischen Kontinent als Reflexbewegung seines immer stürmischer werdenden Bevölkerungszuwachses, die Notwendigkeit eines geordneten politischen und wirtschaftlichen Regimes in China, das der Mitarbeit der gelben Rasse offensteht und von dem übermächtigen Einfluß des Dollars und des Pfundes befreit ist. Der Völkerbund erkennt diese Gründe nicht an, und Japan wird als der Angreifer definiert. Durch das Covenant sind im Falle eines Angriffes wirtschaftliche, finanzielle und militärische Sanktionen vorgesehen. Japan jedoch ist stark, drohend und liegt weit entfernt. Die Anwendung der Sanktion birgt Gefahren in sich, besonders für die Sanktionsländer. Niemand spricht hiervon. 18 Monate lang beraten die verschiedenen Ausschüsse und Unterausschüsse des Völkerbundes und stimmen über Tagesordnungen ab, bis zuletzt Japan die Geduld verliert und unter Zuschlagen der Türe aus dem Völkerbund austritt. Der Krieg in China endet mit einem japanischen Sieg.

Am 24. Januar 1933 versucht die Times in einer halbamtlichen Verlautbarung eine interessante Erklärung der Trägheit des Völkerbundes zu geben. Jeder Konflikt, der dem Genfer Forum vorgelegt wird, muß unterschiedlich behandelt werden. Es gibt Konflikte, in denen zwar eine der Parteien unrecht hat, die jedoch nicht so ernst sind, daß sie unter den anderen Ländern einen aktiven Widerstand, der bis zur bewaffneten Intervention führt, hervorrufen könnten. In solchen Fällen erscheinen die Konflikte für den Weltfrieden nicht bedrohlich. Der Völkerbund kann somit seinen Schlaf ruhig fortsetzen. Das Covenant sieht jedoch eine solche Unterscheidung nicht vor. Der Konflikt wegen der Mandschurei führt China zu einem Krieg und endet mit dem Verluste einiger seiner größten und reichsten Provinzen. Die Times dagegen erläutern, daß der Völkerbund kein moralisches Urteil über diesen und jenen seiner Mitglieder fäl-

len könne und vermeidet mit großer Klugheit, Öl aufs Feuer zu gießen.

Der Konflikt zwischen Italien und Äthiopien, der durch die bewiesenen Drohungen und Angriffe des äthiopischen Sklavenregimes gegen das Leben, das Eigentum und die Interessen Italiens hervorgerufen wurde, entfesselt dagegen die Blitze und die Sanktionen des Völkerbundes. Der Konflikt bedroht nicht, wie die Tatsachen es bewiesen haben, den Weltfrieden. Er findet in dem Ende des Sklaventums seine Lösung, das vorher vom Völkerbund zwecklos angestrebt worden war, und in einer ungeheuren Kolonisierungs- und Kulturarbeit. Die Sanktionen, die den Marsch der Italiener aufhalten sollten, sind hart, unversöhnlich und kränkend. Sie dienen der Verteidigung der verborgenen Interessen Großbritanniens und Frankreichs, die nach so vielen Annexionen von Kolonialgebieten noch daran denken, sich das Recht einer freien Ausbreitung auf äthiopischem Gebiet vorzubehalten und die deshalb Italien, das doch im Versailler Vertrag mit leeren Händen ausgegangen war, den Weg versperren wollen.

Die Sanktionen gründen sich auf die Fehlrechnung einer leichten Unterwerfung Italiens auf Grund seiner angeblichen Armut an wirtschaftlichen und finanziellen Hilfsmitteln und seiner geographisch bedingten Gefangenschaft im Mittelmeere. Italien widersteht. Es gewinnt seinen Krieg in Afrika und die wirtschaftliche Belagerung von Genf. In der Geschichte der menschlichen Kultur jedoch bilden die Sanktionen den Beweis einer zynischen Ungerechtigkeit und eines ungeheuerlichen Übergriffes. Die gegen Italien angewandten Sanktionen werden in London in einer kaltblütigen Rechnung der Hilfsmittel und wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten Italiens vorbereitet und in einer offiziellen Denkschrift festgelegt. Am 22. August 1935 schreibt der Brite Thomas H. Holland triumphierend in der Times, daß „Italien weder heute noch irgendwann durch seine eigenen natürlichen Hilfsquellen allein an die Versorgung seines Kriegsbedarfes an Bergwerksprodukten und Metallen denken kann“ und daß jeder seiner Versuche „nur seine Unfähigkeit, einen Platz unter den ersten Großmächten zu halten, bestätigen wird“. Der Erfolg der Sanktionen gründet sich also nur auf das Elend und auf die Unfähigkeit der den Sanktionen unterworfenen Länder, sich zu verteidigen. Die Sanktionen können nicht gegen die reichen, starken und gutbewaffneten Länder angewandt werden. Sie sind die hinterhältige

und brutale Erfindung derjenigen Länder, die sie auferlegen können, die aber auf keinen Fall deren Gegenstand sein können. Sie sind nur das Instrument der Ungerechtigkeit und der rohen Gewalt. Die folgenschweren Jahre 1935 und 1936, die den Zusammenbruch Europas einleiteten, sind die Offenbarung dieser moralischen Verfinsterung und dieser überhängenden Gefahr für den Völkerbundsmechanismus. Von da an beginnt tief und unabwendbar die Krisis von Genf.

Die gesamten zwanzig Lebensjahre des Völkerbundes bilden die Geschichte einer ununterbrochenen Kette unfruchtbarer Trägheit, die nur dann und wann durch das Geschrei gegensätzlicher Parteien unterbrochen wird. Jedes große Unternehmen, das im Namen einer Interessengemeinschaft in Gang gesetzt worden war: von der Wirtschaftskonferenz von 1927 bis zur Abrüstungskonferenz von 1932/33 ist zum Mißerfolg verdammt. Keine Frage nähert sich ihrer Lösung. Die Behandlung im Völkerbund verschärft nur noch die Konflikte zwischen den Ländern und versteift die gegensätzlichen Richtungen ihrer Politik. Nach dem Mißerfolg der Konferenz von 1927 erhebt sich die Barriere der Schutzzölle in den Vereinigten Staaten noch höher. Es kommt die Börsen- und Wirtschaftskrisis der Vereinigten Staaten von 1929, die sich, ohne Widerstand zu finden, über die ganze Welt ausbreitet. Es entsteht ein neuer wirtschaftlicher Nationalismus in Großbritannien, der seine Krönung in den Abmachungen von Ottawa findet. Es entsteht die Kontingentierung des Außenhandels in Frankreich. Nach dem Mißerfolge der Abrüstungskonferenz entfesselt sich in noch größerem Umfange der Wettlauf der Aufrüstungen. Die Protokolle von Genf fallen nach langer und mühseliger Beratung allein durch die Opposition von England. Die wenigen wichtigen Probleme, die in der Zeit eine Lösung finden, werden außerhalb Genfs beraten und definiert. Diese sind: der Streit um Wilna, der Krieg zwischen China und Japan wegen der Mandschurei, der südamerikanische Krieg im Chaco und die Räumung des Rheinlandes.

Diese mit jedem Jahr augenscheinlicher werdende Schwäche, ja sogar die in versteckter Weise gefahrbringende Haltung des Völkerbundes bewirkt einen Massenaustritt und das dringende Verlangen nach einer Paktreform. Diese Reformbewegung fängt mit der äthiopischen Krise an.

Trotz der schreienden und kränkenden Ungerechtigkeit der Sanktionen verläßt Italien den Völkerbund doch noch

nicht, trotzdem es sich auch über die wirklichen Ursachen der Sanktionen völlig im klaren war. Es versucht dagegen eine Rettung des Völkerbundes durch eine Reform. Die Idee ist nicht neu. Schon am 8. April 1932, als sich die Krisis der Abrüstungskonferenz zu zeigen begann, behält sich der Große Rat des Faschismus vor, die Lage Italiens in Genf zu überprüfen. Am 14. Oktober 1933 verläßt Deutschland die Abrüstungskonferenz und den Völkerbund. Am 6. Dezember des gleichen Jahres fordert der Große Rat des Faschismus Genf auf, eine Reform einzuleiten und neue Methoden und neue Zielsetzungen zu organisieren. Italien ist dabei bestrebt, eine Art Rangordnung der Mächte aufzustellen, die der Ordnung ihrer Weltinteressen, ihrer Verantwortung und dem übernommenen Risiko entspricht. Auch eine vernünftige Einschränkung des Prinzips der Einstimmigkeit in den Beschlüssen des Rates und der Versammlung wird angestrebt. Am 18. März 1934, als Frankreich sich in seiner Rüstungspolitik im Gegensatz zum Plan einer Beschränkung Italiens versteift, verlangt Mussolini eine Reform des Völkerbundes und macht davon ein Verbleiben Italiens im Völkerbunde abhängig. Am 1. November 1936 warnt Mussolini in seiner Mailänder Rede noch einmal beim Behandeln der Liga von Genf, zu der er noch immer versucht eine Verbindungsbrücke zu schaffen: „Entweder Erneuerung oder Untergang.“ Am 20. August 1937 gibt Mussolini in seiner Rede von Palermo die letzte Warnung. Er verlangt nicht die Anerkennung des neuen Imperiums, fordert aber den Völkerbund auf, dem untergegangenen alten Kaiserreich Äthiopien den Totenschein auszustellen. Es ist sein letzter Hinweis auf die Wirklichkeit im Kampfe gegen eine Scheinwelt, eine Aufforderung der europäischen Vernunft gegen ideologische Spaltungen.

Der Völkerbund jedoch verbleibt gegenüber den neuen Tatsachen in einem Zustand der Trägheit und Feindseligkeit. Der Gedanke einer Reform unterliegt den Schwankungen zweier entgegengesetzter Strömungen: derjenigen, die, wie Frankreich, nur eine Kräftigung der Maßnahmen der Unterdrückung und ihre automatische Anwendung wünscht, und derjenigen, die dagegen den gefährlichen Verpflichtungen eines wirtschaftlichen und militärischen Krieges entgegen gehen will. In dieser Trägheit und in diesem Ideenkonflikt liegt der letzte Beweis der unheilbaren Ohnmacht des Völkerbundes und seines Unvermögens, in die Geschichte der Welt einzugreifen.

Am 11. Dezember 1937 verabschiedet sich Italien für immer von Genf. Nach 18 Jahren eines unnützen Lebens tritt der Völkerbund in den Zustand der Agonie.

Panuropa

Der typisch französische Gedanke Briands, eine föderative europäische Union zu organisieren, hat das kurze und blutarme Leben eines Halbjahres gehabt. Der Gedanke erschien unter großem Beifall als das unglückliche Rezept für ein ruhiges Leben und eines sicheren Friedens in Europa. Er verschwand ohne Spuren und ohne Tränen zu hinterlassen. Es wäre überflüssig gewesen, sich noch daran zu erinnern, wenn nicht in der Offenbarung seiner Zwecklosigkeit auch einige Momente zur Orientierung für die Organisation eines wirklichen Friedens in Europa gelegen hätten.

Die Denkschrift der französischen Regierung über das Projekt einer föderativen europäischen Union wurde im Frühjahr 1930 vorgelegt. Sie nimmt ihren Ausgangspunkt vom wirtschaftlichen Moment, um sodann zu dem politischen Moment überzugehen. Die Vereinigung der wirtschaftlichen Interessen der Länder sollte auf natürliche Weise und in der Erkennung der gemeinsamen Vorteile zu ihrer politischen Vereinigung führen. Die Formel von Briand stellt gerade die Schaffung eines „gemeinsamen Marktes zwecks der größtmöglichen Hebung des menschlichen Wohlbefindens auf der europäischen Gebietsgemeinschaft“ dar. Dieser Gedanke stammt aus dem Jahre 1925. Aus diesem Jahre stammt auch der französische Vorschlag der Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz, durch die Frankreich den Grund zu einem europäischen Industriezusammenschluß, also einem allgemeinen europäischen Kartell zu legen hoffte.

Bezeichnend erscheint hier die periodische Wiederkehr des Gedankens einer großen wirtschaftlichen Vereinigung der Völker. Dieser Gedanke entspringt immer den Plänen der wirtschaftlich größten Mächte, die eine solche Vereinigung am wenigsten brauchen dürften. Auch nach Anfang des neuen Krieges 1939 erscheint unter den von Großbritannien und Frankreich verkündeten Kriegszielen die Abschaffung nationaler wirtschaftlicher Bestrebungen und die Einführung einer mehr oder weniger zwangsweisen Verständigung der Völker über ihren Handelsaustausch. Man versteht, daß die-

ses nichts weiter als die Erneuerung unter einer anderen Form der organisierten Koalition vieler zum Nutzen weniger darstellt.

Das wirtschaftliche Moment bildet nur einen Vorwand. Das europäische Problem, d.h. das Problem der internationalen Beziehungen, ist vor allem ein politisches. Bis dieses nicht gelöst ist, kann man nicht zu einer Lösung der wirtschaftlichen Frage schreiten. Man denke nur an die Kosten der Rüstungen, die in keinem Verhältnis stehen zum Stande der internationalen Beziehungen. Diese Kosten genügen schon, um den wirtschaftlichen Aufbau jedes Landes zu verhindern oder wenigstens zu verzögern.

Ist aber eine europäische Union denkbar? Es besteht die geographische Einheit Europas. Es besteht auch eine europäische Kultur, die im Laufe der Jahrhunderte in ihrer typischen Individualität geschaffen wurde, während die Völker, die sie schufen, sich bis aufs Blut bekriegten. Es müßte auch ein europäisches Bewußtsein bestehen. Es besteht aber noch nicht die Voraussetzung für eine politische und wirtschaftliche Union der europäischen Völker. Von weitem gesehen, können die verschiedenen Ausdrucksformen der europäischen Nationalismen kleinlich und absurd erscheinen. Hinter jedem steht jedoch eine bewegte tausendjährige oder hundertjährige Geschichte, die zusammen mit der Eigenart der Sprache und der Gebräuche eine nicht zu unterdrückende Eigenart des Geistes und des nationalen Willens geschaffen hat. Man kann zu einer europäischen Union nur durch die Versöhnung dieser Nationalismen, d.h. durch ein Gleichgewicht in der Gebietszuteilung, in den Rechten und in der Stellung der Völker gelangen. Der Friede von 1919 hat, anstatt diese Voraussetzung näherzubringen, sie dagegen entfernt und sogar eine wirtschaftliche Vereinigung in die Ferne gerückt. Er hat den Unterschied zwischen reichen und armen Ländern beibehalten und sogar noch verschärft und die Vorherrschaft derjenigen, die die Befehlsgewalt beanspruchen, nicht abgeschafft. Die Frage der Rohstoffe, die nicht nur nicht gelöst wurde, sondern noch verschärft wurde durch die imperiale Konzentration Großbritanniens und Frankreichs, stellt einen schreienden Unterschied in den Hilfsmitteln und den Möglichkeiten der arbeitenden Völker dar. Das Ungleichgewicht der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, das sich aus der ungleichen Verteilung der Gebiete und der Güter ergeben hatte, schließt einen Angleich der Produktionskosten, der Löhne, der Preise,

der Kreditgebung und des Handels unter den großen europäischen Nationen von vornherein aus. Der politische Übergriff, der sich auch wirtschaftlicher und finanzieller Mittel bedient, um andere Völker gefügig zu machen, wie die Sanktionen gegen Italien bewiesen haben, schafft ein Bedürfnis wirtschaftlicher Autarkie als notwendige Abwehr zur Erhaltung der politischen Unabhängigkeit.

Briand führt seinen paneuropäischen Plan mit der verlockenden Behauptung ein, Europa eine vernünftige Organisation geben zu wollen. Er scheint zu vergessen, daß das Versailler System die typischste Unvernunft in der europäischen Ordnung bedeutet. Sein europäisches Solidaritätsgefühl, das völlig äußerlich ist, ist nicht als ein „politisches“, sondern nur als ein „organisatorisches“ gedacht.

Der Krieg und seine Folgen haben auch die Möglichkeit einer Konzentration der europäischen Wirtschaft und damit eine von der Weltwirtschaft verschiedene Sonderstellung zerstört. Wenn der Krieg die Aufteilung der europäischen Völker bewirkt hat, so hat der Friede von 1919 darüber hinaus noch ihre Abhängigkeit erhöht und die Notwendigkeit ihrer finanziellen und Handelsverbindungen mit den übrigen Teilen der Welt vergrößert. Schon vor dem Kriege genügte in Europa nicht das europäische Brot. Das Statesman's Yearbook berechnete das jährliche Defizit an Lebensmitteln mit 3 Milliarden 636 Millionen Dollar.

Nach dem Kriege wandert ein großer Teil des Goldes nach Amerika. Die finanziellen Verhältnisse werden auf den Kopf gestellt. Vom Schuldnerland wird Amerika zu einem Gläubigerland gegenüber Europa. Die wirtschaftliche Verelendung Europas, sein innerer politischer und wirtschaftlicher Druck, dies alles führt die großen produktiven Völker zur Suche nach neuen Märkten und nach neuen Systemen wirtschaftlicher Interessen in den anderen Teilen der Welt.

Es fehlen somit, wie sie immer fehlen werden, die Grundlagen einer europäischen Einigung als Folge der Organisation des Friedens, und dieser Zustand wird andauern, bis eine gründliche Revision der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Völkern und Amerika stattgefunden hat. Diese Wahrheit liegt schon zu Zeiten der Erfindung von Briand klar zutage. Es ist offensichtlich, daß der Plan einer Union einer anderen Zielsetzung entspringt als derjenigen, die aus seinem Namen und seiner offiziellen Aufstellung hervorgeht.

Die föderative europäische Union ist in Wirklichkeit

nichts weiter als eine neue Auflage des Völkerbundes, die weniger ausgedehnt ist, mehr Inhalt hat und aktivere Mittel besitzt. Ihr Zweck ist immer der, der von der politischen Tradition Frankreichs solchen großen und schimmernden internationalen Gebilden, die angeblich den höchsten menschlichen Idealen dienen sollen, vorgeschrieben wird. Der Zweck ist der, durch die europäische Solidarität die nationale und imperiale Stellung Frankreichs zu sichern und eine neue Phase der Politik der kollektiven Sicherheit zu schaffen. Das Paneuropa von Briand ist nicht ohne Ahnen. Seine ersten Gedanken keimen schon in den Religionskriegen, als sich mit dem Regime des Absolutismus die ersten europäischen Großmächte zu bilden beginnen. Wir haben schon den Grand Dessein von Sully, die Discours von Père Joseph und den Plan Napoleons einer europäischen Föderation, der im April 1815 als Krönung, zur Verteidigung und zum Schutze seiner großen Siege aufgestellt war, erwähnt.

Briand geht als Politiker und Diplomat zu Werke, um unter falschen Angaben um Frankreich herum Systeme von Defensivbündnissen zu schaffen, während die militärische Führung gegenüber dem Rhein und auf den Alpen die Maginotlinie und die anderen großen Festungswerke bauen. Es ist die immerwährende Sorge der Sicherheit, aber nicht der europäischen, sondern der französischen, die die Ursache dieser Paktomanie Frankreichs bildet. Frankreichs Schicksal ist merkwürdig, denn es hat einem neuen europäischen Kriege durch die verschiedensten Versicherungsverträge entgegen wollen und ist gerade auf Grund der Verträge vernichtet worden. 1919 hat Frankreich freie Hand, um nach seinem Sinne das System des Völkerbundes zum Zwecke seiner eigenen Verteidigung aufzubauen. Dieses genügt ihm aber nicht. Es fügt dem sofort die Militärbündnisse mit Belgien, Polen und der Tschechoslowakei und der mit ihr durch die Kleine Entente verbündeten Länder hinzu. Das genügt noch nicht. Der Pakt von Locarno wird hinzugefügt. Es folgt noch der Pakt Briand-Kellogg, durch den der Krieg als ungesetzlich erklärt wird. Nachdem er ihn aber selbst unterzeichnet und seinen eigenen Namen verliehen hatte, erklärt jedoch Briand in London, daß dieser letztere Pakt wertlos ist, und sofort folgt der Pakt einer europäischen föderativen Union, die unter neuen Formen und mit neuer Energie das Drucksystem des Völkerbundes unterbauen soll.

Der Pakt erscheint in einer Zeit politischer Verwirrung in Frankreich. Die seit langem erwarteten Garantien Groß-

britanniens und der Vereinigten Staaten sind nicht gegeben worden. Der Flottenvertrag von London, von dem sich Frankreich noch politische Abmachungen mit England versprach, war gefallen. Durch den Young-Plan für die Reparationen und die Befreiung des Rheinlandes tritt Deutschland in eine Phase größerer politischer, wirtschaftlicher und auch militärischer Freiheit ein. Es ergibt sich also die Notwendigkeit, um die französischen Grenzen und die französischen Interessen herum ein neues System europäischen Ausgleiches zu schaffen und ihm den Anschein zu geben, nach den höchsten Zielen der Zusammenarbeit und des europäischen Glückes hinzustreben. Dieses stetige Suchen nach einer mehr oder weniger universalen Formel für den moralischen und materiellen Schutz der nationalen und imperialen Interessen unter der Maske höchster menschlicher Ideale ist ein typischer Charakterzug der französischen und auch der britischen Politik. Dieses bildet ein ausgeklügeltes System, um dem Verdacht egoistischer Motive zu entgehen und mit den anderen schlecht unterrichteten oder sich einer Illusion hingebenden Völkern wenn auch nicht immer politische und militärische, so doch geistige Verbundenheit zu schaffen. Deshalb schmückt sich jede internationale politische Geste Frankreichs und bisweilen auch Englands mit den hochtönenden Worten: Kultur, Gerechtigkeit, Menschlichkeit. Wir wollen diesen feierlichen Phrasen nicht jeglichen guten Glauben ableugnen. Die lange Tradition politischer Führung hat vielleicht in den beiden imperialen Demokratien die innere Überzeugung geschaffen, daß sich mit dem französischen oder britischen Interesse das Interesse der gesamten Menschheit identifiziert. Alles das, was mit einem französischen oder britischen Vorteil übereinstimmt, ist auch gerecht und notwendig, und was diesem entgegengesetzt ist, ist oft ungerecht und zu verurteilen. Aus diesem Grunde besteht in Italien, wie auch in vielen anderen Ländern, ein großes Mißtrauen gegen solche internationale Großparaden.

Das Paneuropa von Briand erinnert in seiner Entstehung an das Panamerika der Monroedoktrin. Es besteht kein Zweifel, daß im Laufe von 40 Jahren diese von Washington geschaffene Bewegung den Vereinigten Staaten den Löwenanteil an Vorteilen eingebracht hat. Hinter dieser Schutzwand haben die Vereinigten Staaten durch den Krieg von 1898 Spanien von seinen letzten, in der Nähe der Neuen Welt befindlichen Kolonien vertrieben. In verschiedener

Form mit verschiedenem Maß haben sie ihre Herrschaft oder ihre Kontrolle über den Kanal von Panama und von Nikaragua, über Portoriko, über Kuba, Haiti, San Domingo, den Golf von Mexiko und über das Karibische Meer aufgerichtet. Weiterhin haben sie ihre finanzielle und kaufmännische Vormachtstellung über viele Teile Südamerikas verbreitet. In Europa bestehen im Gegensatz zu Amerika viel mehr Mächte, die fähig sind, sich in ihrer Kraft das Gleichgewicht zu halten, genau so wie sie in ihrer Gebietsausdehnung und der Masse ihrer Bevölkerung äquivalent sind. Zwischen den europäischen Nationen besteht aber immer noch ein großes Ungleichgewicht in den Möglichkeiten, den Interessen und den Richtungen. In der Neuen Welt ist jedes Land gesättigt. Für keines besteht als Notwendigkeit ein Problem der Revision. Als natürlicher muß ihnen deshalb die Erstarrung des Besitzes und eine internationale und unveränderlich statische Ordnung erscheinen. In Europa gibt es wegen der großen, die Vormacht besitzenden Völker neben reichem Überfluß bittere Not. Der Friede und die Harmonie zwischen den europäischen Nationen haben als Voraussetzung die Revision. Deshalb sind mehr als je für jede politische Konstruktion im europäischen Geiste und für europäische Belange die guten Elementarregeln einer vernünftigen Architektur notwendig. Es muß von unten angefangen werden, vom Fundament, nicht vom Dache. Bevor man an große Kollektivpläne kontinentaler oder Weltausbreitung denkt, müssen die Sonderinteressen der einzelnen Völker verstanden und miteinander ausgesöhnt werden. Die Völker können nur zu dem Bewußtsein gebracht werden, Teile eines größeren politischen Systems zu sein und die Notwendigkeit einer Verteidigung kollektiver Interessen anzuerkennen, die über ihren nationalen Rahmen hinausreichen, wenn ihre individuellen Bedürfnisse zufriedengestellt worden sind und das Kollektivsystem auch wirklich für jedes Volk einen nutzbringenden Schutz bedeutet.

Der Viererpakt

Mussolinis Gedanken eines Viererpaktes werden vor allem inspiriert nicht nur durch die Wolken, die über dem europäischen Frieden lasten, sondern auch durch die Betrachtung der gefährlichen Zersplitterung der europäischen Kräfte. Aus dem System von Versailles geht ein in 27 Staaten zerfallendes Europa hervor, an Stelle der 19 Staaten

von 1914. Die Hälfte dieser Staaten sind kleiner als die Republik von Honduras. Zu zweidrittel haben sie eine Bevölkerung, die kleiner ist als diejenige der Stadt Neuyork. Die Grenzen und mit ihnen die Konflikte zwischen den europäischen Staaten sind gewachsen. Auch die inneren Schwierigkeiten haben sich vermehrt. Wenige der neuen Staaten, die durch die Friedensverträge geschaffen oder vergrößert worden sind, besitzen eine abgeschlossene nationale Einheit, eine politische und wirtschaftliche Tradition. Manchmal besitzen sie nicht einmal eine geographische Tradition. Sie sind von unheilbaren inneren Leiden befallen. Man möchte das System der europäischen kollektiven Sicherheit schaffen, während die Unsicherheit schon innerhalb der Grenzen vieler europäischer Länder wohnt. Die Krise dieser Länder liegt vor allem in ihrem inneren System, ehe noch die Bedrohung äußerer Stöße hinzukommt. Die Frage der großen nationalen Minderheiten mit ihrer Zentrifugalkraft, der keine genügende Masse der beherrschenden Nationalität oder eine höhere organisatorische Fähigkeit des Staates gegenübersteht, sind die erste Ursache des europäischen Zerfalles. Zur Hälfte ist die Bevölkerung der neuen Polenrepublik nicht polnisch. In der tschechoslowakischen Republik zählt man 3,5 Millionen Deutsche, zu denen 3 Millionen, den Tschechen gegenüber feindselig eingestellte Slowaken, 1 Million Magyaren und eine halbe Million Ruthenen hinzukommen. Weitere ernste Nationalitätenprobleme erschüttern auch andere neue Staaten Südosteuropas. Das Bündnis solcher Länder mit Frankreich im Namen einer automatischen äußeren Sicherheit verschiebt und verbiegt die Lage und den europäischen Sinn dieser Großmacht.

Es ist deshalb notwendig, zu einem Gleichgewicht der Geister, wenn auch noch nicht der europäischen Kräfte zurückzukehren. Es ist notwendig, den Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich und den Zwiespalt zwischen Italien und Frankreich zu lösen und in diesem zersplitterten Europa ein fundamentales Organisationszentrum zu schaffen. Darin besteht die Aufgabe einer guten Architektur. Große und standfeste Gebäude erheben sich immer, gestützt auf Hauptpfeiler, die das Gleichgewicht halten und das Gebäude stützen. Hieraus ist Mussolinis Plan eines Viererpaktes verständlich.

Der Ausgangspunkt für den neuen Plan ist der Pakt von Locarno. Dieser Vertrag stellt den ersten Schritt zu einer Solidarität der vier kriegerischen Großmächte Europas für

die Organisation des Friedens dar. Und gerade deshalb übernimmt Mussolini unentgeltliche Verpflichtungen für Italien, die keine Gegenleistung einbringen. Der Pakt von Locarno hat jedoch eine begrenzte Zielsetzung: den Schutz des Rheines, und erstreckt sich nicht über den gesamten europäischen Horizont. Er berücksichtigt nur eine Episode, und diese auch nur in einer einzigen Hinsicht: die des weitgestreckten Problems des Friedens und der Organisation Europas. Er ist unharmonisch in seiner Gestalt. Die vier Mächte haben in ihm keine symmetrischen und äquivalenten Stellungen. Italien und Großbritannien garantieren den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland, sie garantieren sich aber nicht gegenseitig, noch werden sie selbst garantiert. Der Pakt von Locarno hat auch in gewisser Hinsicht eine nur passive Funktion: Die zwei garantierten Mächte können sich frei bewegen und neue und gefährliche Vorbedingungen, die bis zu einer Kriegsdrohung reichen können, schaffen und die Garantenstaaten vor vollendete Tatsachen stellen. Trotzdem erscheint der Pakt in der ruhigen Geschichte des Jahrzehntes, in dem der Krieg noch gerettet wird, als eine große europäische Konstruktion. Zum ersten Male nach dem Kriege erhebt er Deutschland zur gleichen Höhe der anderen großen Siegermächte. Zum ersten Male stellt er in dauernder Form eine Solidarität zwischen den großen Siegern und den Besiegten her und erkennt in der Verständigung zwischen den Großmächten die fundamentalen Voraussetzungen des europäischen Friedens.

In wenigen Jahren jedoch verliert der Pakt trotz seines glücklichen Anfanges seinen Hauptcharakter und die Klarheit seines Mechanismus. Die Bündnispolitik Frankreichs, die bis zu einem Vertrage mit Rußland führt, und die hemmungslose Aufrüstung Frankreichs trennt eine der vier Mächte vom Kollektivsystem des Locarno-Paktes. Es folgen dann die Sanktionen, die selbstverständlich für das sanktionierte Italien gegenüber dem Sanktionsland Frankreich die Eigenschaft als Garant Frankreichs zerstört.

Wie alle Schöpfungen Mussolinis, die in konkreter Form im richtigen geschichtlichen Augenblicke zutage treten, ist auch der Viererpakt keine Improvisation. Sein Grundgedanke reift langsam heran und begleitet die politischen Entwicklungen Europas. Eine Vorandeutung findet sich in der Tagesordnung, die unter dem Einfluß Mussolinis vom Großen Rat des Faschismus am 8. April 1932 festgelegt wurde, als die Schwierigkeiten der Abrüstungskonferenz

ihren Höhepunkt erreicht hatten. Man spricht hier von „Revision auf dem Boden des Völkerbundes, der Klauseln jener Friedensverträge, die die Ursache der Unruhe unter den Völkern und folglich eines neuen Krieges in sich tragen“. Es wird hierin die Forderung aufgestellt, „auf die nunmehr zu häufig stattfindenden Einberufungen internationaler Konferenzen zu verzichten, die anfänglich die Hoffnung der Völker erwecken, um dann von um so größeren Enttäuschungen gefolgt zu sein“. In dieser Erklärung ist schon die Andeutung über den neuen Weg enthalten: eine mutige Revisionspolitik mit einer begrenzteren und aktiveren Prozedur, die nicht diejenige einer wortreichen und inhaltslosen Allumfassung der Völker sei.

Der Gedanke wird in mehr definierten und nunmehr endgültigen Formen genau 5½ Monate später wieder aufgegriffen in der Rede Mussolinis in Turin am 23. Oktober 1932. Diese einen weiten Horizont verkündende Rede formuliert die Politik Mussolinis nicht nur im kritischen, sondern auch im konstruktiven Sinne gegenüber der europäischen Krise, die sich unheilvoll und drohend ankündigt. Diese Rede stellt fünf Punkte auf, die ebenso viele notwendige Vorbedingungen für die Organisation Europas darstellen. Darunter befindet sich die Notwendigkeit des Friedens, der jedoch nicht „von der Gerechtigkeit getrennt werden darf“ und der „Europa das Gleichgewicht wiederschenken soll“. In dem Völkerbund, der in viel zu großem Maße allumfassend ist, „verlieren die Instruktionen mit der Vergrößerung der Entfernung ihre Wirkung“. Die Vorherrschaft einiger in Europa muß abgeschafft werden. „Europa wird dann seinen Frieden gesichert sehen, wenn auf der Grundlage der Gerechtigkeit und auf der Grundlage der Anerkennung der heiligen Rechte Italiens die notwendigen und hinreichenden Voraussetzungen einer Zusammenarbeit der vier westlichen Großmächte verwirklicht sein werden.“

Die europäische Krise, die ihren unmittelbaren Ausdruck in der Krise der Abrüstungskonferenz findet, scheint in den ersten Monaten von 1933 zuzunehmen. In seinen Meditationen in der Einsamkeit von Rocca delle Camminate entwirft Mussolini die ersten klaren und festen Züge des Viererpaktes zwischen Deutschland, Italien, England und Frankreich. Dieses Schema nennt Mussolini: „Politischer Vertrag der Verständigung und der Zusammenarbeit zwischen den vier Westmächten.“ Er trägt das Datum des 4. März 1933. Er besteht aus sechs kurzen Artikeln, die ersten vier grund-

legender, der fünfte und sechste zusätzlicher Natur. Die letzten zwei Artikel bestimmen die Dauer des Vertrages, der auf zehn Jahre festgesetzt wird, und seine Registrierung beim Völkerbund. Wir geben hier den Originaltext wieder, der der Prüfung der Regierungen vorbehalten war:

Artikel 1: Die vier Westmächte: Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien, verpflichten sich zur Verwirklichung einer engeren Politik der Zusammenarbeit in Hinsicht auf die Erhaltung des Friedens im Geiste des Kellogg-Paktes und des „no Force Pact“, und verpflichten sich im europäischen Bereiche zu einer Haltung, die auch dritte Mächte, wenn es notwendig sein sollte, zu einer solchen Friedenspolitik bewegt.

Artikel 2. Die vier Mächte bestätigen von neuem in Übereinstimmung mit den Klauseln des Völkerbundspaktes das Prinzip der Revision der Friedensverträge in denjenigen Bedingungen, die zu einem Konflikte zwischen den Staaten führen könnten. Sie erklären jedoch, daß dieses Revisionsprinzip nur im Rahmen des Völkerbundes und durch ein gegenseitiges Verständnis und eine gegenseitige Solidarität der Interessen angewandt werden kann.

Artikel 3. Frankreich, Großbritannien und Italien erklären, daß, sofern die Abrüstungskonferenz nur zu Teilresultaten führen sollte, die Deutschland zuerkannte Gleichberechtigung eine wirkliche Tragweite haben muß, und Deutschland verpflichtet sich, diese Gleichberechtigung abschnittsweise, auf Grund aufeinanderfolgender Vereinbarungen zwischen den vier Mächten auf dem normalen diplomatischen Wege, zu verwirklichen.

Die vier Mächte verpflichten sich, dieselben Vereinbarungen bezüglich der „Gleichberechtigung“ Österreichs, Ungarns und Bulgariens zu treffen.

Artikel 4. In sämtlichen politischen und nichtpolitischen, europäischen und nichteuropäischen Fragen verpflichten sich die vier Mächte, im Rahmen des möglichen eine gemeinsame Haltung, auch bezüglich der Kolonialfragen, einzunehmen.

In den klaren Linien dieses Schemas sind der Inhalt und die Funktionen des Paktes, so wie Mussolini ihn versteht, offensichtlich. Der Pakt vergrößert den Pakt von Locarno und klärt ihn. Er verwirklicht dessen Funktionen. Er ist eine Bestätigung im verminderten, dafür aber inhaltsvollerem Maße des anglofranzösischen Konsultationspaktes vom Juli 1932. Er stellt einen neuen Schritt dar auf dem durch die Fünfmächte-Erklärung vom 11. Dezember 1932 gezeigten

Weg. Er ist die Konzentration des Völkerbundsrates mit realistischen und lebendigen europäischen Mitteln. Er übertrifft in seinen Zielen und seinen Methoden alle jene Instrumente und wird zum System einer konkreten Organisation des Friedens und der kollektiven Sicherheit, für die er eine erste politische Planlegung darstellt und eine Handlungsweise angibt, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Plan sieht in entschlossener Offenheit und ohne zweideutige formale Verdrehung die Revision der am meisten ungerechten und gefährlichen Bedingungen, die durch die Friedensverträge geschaffen wurden, voraus. Ohne Gleichberechtigung kann es keine Zusammenarbeit der Völker geben.

Die Revisionspolitik wird im europäischen Interesse zum Vorschlag gebracht. In diesem Geiste erscheint sie schon am Anfang der Verkündung der Gedankengänge Mussolinis. Seit 1919 spricht man in den Gründungsstatuten der Fasci, die von Mussolini entworfen wurden, von der Revision „aller jener Verträge, die den Keim neuer Kriege in sich tragen“. Im gleichen Sinne bestätigt Mussolini diese Auffassung ein Jahr und acht Monate vor dem Marsche auf Rom. In der Rede in Triest vom 6. Februar 1921 sagt er: „Der Faschismus glaubt, daß Italien eine europäische Politik des Gleichgewichtes und der Versöhnung der einzelnen Mächte betreiben muß. Die Verträge müssen revidiert und in jenen Teilen verändert werden, die sich als unanwendbar herausgestellt haben und deren Anwendung die Quelle ungeheuren Hasses und neuer Kriege sein kann.“ Sieben Jahre später, als die italienische Außenpolitik der faschistischen Zeitperiode schon gänzlich ihrem Inhalt und ihrer Form nach definiert worden war, bildet der Geist der Revision noch immer den hauptsächlichsten Teil ihres geschichtlichen und europäischen Sinnes. „Es handelt sich nicht um Doktrinen“ — so sagt Mussolini in seiner Rede vom 5. Juni 1928 im Senat — „es handelt sich darum, eine geschichtliche Tatsache zu konstatieren. Kein Vertrag ist jemals ewig gewesen, denn die Welt schreitet fort, die Völker bilden sich um, wachsen, schrumpfen zusammen, und manchmal sterben sie. Das Fortdauern in alle Ewigkeit eines Vertrages bedeutet, daß die Menschheit in einem gegebenen Augenblicke einem Mumifizierungsprozeß unterworfen wurde. Schwere Folgen können vermieden werden, wenn die Friedensverträge in jenen Teilen, die es verdienen, überprüft werden. Dadurch würde der Friede eine neuere und längere Atempause er-

halten.“ Am 18. Oktober 1930 wiederholt Mussolini noch einmal: „Unsere Politik einer Revision der Verträge richtet sich auf eine Verhinderung des Krieges, sie hat den Zweck, uns die ungeheuerere Wohltat der Vermeidung eines Krieges zu schenken.“

Die Revisionsbewegung ist somit nach italienischer Auffassung die erste Vorbedingung zur Organisation des Friedens. In dieser festen Tendenz unterscheidet sich der Pakt Mussolinis als europäische Konstruktion vom Völkerbund und von dem französischen Paneuropa. Nur der starre juristische Formalismus, der typisch für die französische Außenpolitik ist und der die Welt in jeder Beziehung in Systeme aufteilt und für alle Ewigkeit jeden Punkt definieren möchte, kann so hartnäckig und starr gegen das Prinzip der Revision sich stellen. In dieser Weigerung kommt aber auch der habgierige und sich selbst täuschende Verteidigungswille zum Ausdruck, der ohne jede Ausnahme sämtliche französischen Eroberungen verteidigen möchte. Die Verträge können ungerecht und in ihren Anfängen übertrieben sein. Sie können sich in ihrer geschichtlichen Entwicklung als ungerecht oder in keinem Verhältnis zu ihren Zwecken stehend erweisen. Das Versailler System weist beide Arten dieser Ungerechtigkeit auf. Da sich jedoch in der Geschichte früher oder später Ungerechtigkeiten teuer bezahlt machen, legt die Aufgabe eines konstruktiven Friedens die Pflicht ihrer baldigen Revision auf. Man muß den großen Problemen der Völker entgegengehen, ehe man von ihnen überwältigt wird. Man muß sie in der Zusammenarbeit lösen, ehe sie zur Anarchie führen.

Deshalb zeigt Mussolini, nachdem er im Mittelpunkt seines Planes das Problem der Revision gestellt hatte, auch die Methode der Wiedergutmachungsaktion: die organisierte und dauernde Zusammenarbeit der vier westlichen Großmächte. Diese Zusammenarbeit bildet kein Bündnis. Sie ist nur ein Instrument der Handlung oder vielmehr der Klärung der großen europäischen Probleme, die sämtlich aus direkten oder indirekten Gründen die Interessen der vier Mächte berühren. Es handelt sich hier nicht um ein Direktorium. Es erfolgt auch keine Stellungnahme gegen den Völkerbund. Diese Zusammenarbeit versucht nur, die Entschließungen und die Bewegungen der großen verantwortungsreichen Mächte einigen schwerfälligen Einflüssen ihrer politischen Klienten und dem gefährlichen Drucke kleiner verantwortungsloser Interessen zu entziehen.

Dieses Problem der Beziehungen zwischen den großen und kleinen Nationen war in der zweideutigen Atmosphäre des Völkerbundes der Spielball ungehemmter demagogischer Umtriebe und einer zänkischen Polemik geworden. Einige Großmächte spielen sich als die Beschützer der Rechte der kleinen Nationen auf und geben vor, sie zu einer Gleichheit der Rechte mit den großen Nationen emporzuheben. Die geschichtlichen Tatsachen beweisen, daß dieses nur eine Art darstellt, um während der guten Zeiten die Eitelkeit und den Stolz der kleinen Völker anzuregen und sich unter ihnen auf billige Weise einen Überfluß politischer Hörigkeit zu verschaffen. In stürmischen und gefährlichen Zeiten bildet dagegen die Verteidigung der Interessen der Kleinen für diese Großmächte nur den Vorwand einer ausschließlichen Verteidigung ihrer eigenen Interessen.

Das aus dem System von 1919 hervorgegangene Europa ist nicht mehr dasjenige von 1914. Bis 1914 gab es in Europa nur sechs anerkannte Großmächte. Alle anderen sind klein an Gebiet, an Bevölkerung und an politischem Einfluß. Rußland, Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Italien und Großbritannien vertreten zusammen $\frac{4}{5}$ des Gesamtgebietes und $\frac{5}{6}$ der Gesamtbevölkerung Europas, d. h. mehr als 8 Millionen qkm und 327 Millionen Menschen gegen 2 Millionen qkm und 62 Millionen Menschen der übrigen 13 Staaten. Nach dem Krieg stellen die in der aktiven europäischen Politik überlebenden vier Großmächte nur $\frac{1}{3}$ des Gesamtgebietes und die Hälfte der Bevölkerung Europas dar, d. h. 1 573 000 qkm und 195 Millionen Menschen gegenüber 3 850 000 qkm und 185 Millionen Einwohner der übrigen 23 Staaten. Die Stellung der vier Westmächte bleibt jedoch immer zu Lande und auf dem Meere vorherrschend. Vorherrschend bleiben auch ihre wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfte, ihre Aktionsmöglichkeiten, ihr Einfluß und ihre Staatsorganisationsformen. Die neuen Staaten mittlerer Größe, die sich manchmal zu Großmächten aufspielen, sind, mit Ausnahme von Spanien, das seine geschichtliche innere und äußere Kraft wiedererlangte, das Werk einer Improvisation. Es besteht für sie die Notwendigkeit, ihre innere nationale und politische Stellung zu befestigen und auch die Sicherheit ihrer langen und unverteidigten äußeren Grenzen zu gewährleisten.

Die vier großen Westmächte stellen immer die Grundkräfte Europas und der Friedensorganisation dar. Alle europäischen Probleme, auch diejenigen der Beziehungen

zwischen den anderen Nationen, fließen naturgemäß in den Kreis ihrer Politik und ihrer Interessen zusammen. Für jedes europäische Ereignis von Tragweite übernehmen die vier Mächte eine direkte Verantwortung und ein gefährliches Risiko. Aus diesem Grunde setzt der europäische Frieden vor allem einen Frieden zwischen den vier Großmächten voraus. Ein solcher im Laufe einer vorsichtigen Revision konstruierter Frieden setzt eine vereinbarte Gemeinschaft der Führung der Politik und der Verpflichtung voraus, um die europäische Politik individuellen und willkürlichen Initiativen zu entziehen. Ferner setzt er eine einfache und schnelle Prozedur und Festlegung für die Überprüfung voraus, die sofort beim Erscheinen jedes Problems in Gang gebracht werden kann.

Revolutionär in seiner Zielsetzung, ist der Plan Mussolinis jedoch in seinen Mitteln antirevolutionär. Er ist die Voransage einer authentischen Friedensorganisation, einer realistischen kollektiven Sicherheit. Deshalb trifft er auch während seiner Lebensdauer auf Unverständnis und Opposition.

Nach Rom eingeladen, begegnen sich der britische Premierminister MacDonald und sein Außenminister Simon, die auf dem Luftwege aus Genf eingetroffen waren, am Nachmittage des 19. März 1933 mit Mussolini im Palazzo Venezia. Schon am Morgen jenes Tages hatte Mussolini persönlich das Schema des Viererpaktes an den britischen Botschafter, Sir Roland Graham, den deutschen Botschafter, von Hassel, und denjenigen Frankreichs, de Jouvenel, übergeben. Die Besprechungen zwischen Mussolini und den beiden britischen Ministern werden am Nachmittage und am Abend des 20. März fortgesetzt. Zum Abschluß nehmen MacDonald und Simon den Plan Mussolinis an. Sie schlagen einige Änderungen vor, durch die die Tragweite des Paktes begrenzt wird: eine direkte Bindung mit dem Völkerbund und der Ausschluß der Zusammenarbeit auf kolonialem Gebiete. Sie behalten sich eine gründlichere Prüfung des Vertragsentwurfes mit der französischen Regierung vor. Schon am Abend des 19. März hatte inzwischen Botschafter von Hassel Mussolini die Zustimmung der deutschen Regierung zum Plane mitgeteilt. Das Deutschland Hitlers ist zu einer Zusammenarbeit auf sämtlichen europäischen Gebieten bereit, auch auf demjenigen der Revision der Verträge. Es verlangt nur, daß sich die Revisionspolitik entschiedener aus der Verstrickung des Völkerbundes löse. Am darauffolgen-

den Tage teilt Mussolini seinen sämtlichen diplomatischen Vertretern im Ausland einen Auszug des Planes mit, um dessen wirkliche Bedeutung den Regierungen mitteilen zu können.

Am 21. März treffen sich MacDonald und Simon in Paris mit dem französischen Regierungschef Daladier und seinem Außenminister Paul Boncour, und die gemeinsame Prüfung der Vorschläge Mussolinis beginnt. Am 23. März, während der britische Premierminister in einer Erklärung im Unterhause den italienischen Plan bekanntgibt und die günstige Einstellung der Regierung zum Ausdruck bringt, spricht Hitler feste und klare Worte: „Die deutsche Regierung ist bereit, in loyaler Weise zur Verwirklichung dieses Planes einer politischen Zusammenarbeit der vier europäischen Mächte mitzuarbeiten.“ Am gleichen Tage teilt die französische Regierung ihren Dank an Rom mit und kündigt an, daß der Plan geprüft wird.

Die Stunde scheint günstig. Sofort jedoch bricht die Rebellion gegen den Plan aus. Es sind hier vor allem zwei breite französische Strömungen, die gegen die Revision eingestellten konservativen und die antifaschistischen Demokraten, die beide hartnäckige Befürworter des Völkerbundes sind, die ihre Stimme erheben. Den Anfang machen Fälschungen. Man erfindet Indiskretionen über den Text des Planes von Mussolini und versucht dadurch gewisse Nachrichten, die eine grobe und tendenziöse Verdrehung des Paktes darstellen, glaubhaft zu machen. Durch weitere Fälschungen versucht man, das Mißtrauen gegen Italien und Deutschland zu schüren. Zum Beispiel wird in französischen und britischen Zeitungen die Fabel eines geheimen Angriffsbündnisses zwischen Italien, Deutschland und Ungarn, das angeblich unter dem Namen eines „Antirevisions-Dreibundes“ abgeschlossen worden war, erfunden. Dieses Manöver hat offensichtlich den Zweck, Frankreich und Großbritannien durch ein Aufflackern des Mißtrauens von Italien und Deutschland zu trennen und schon in seinen Anfängen die geistigen Grundlagen des eben erst vorgeschlagenen Viererpaktes zu zerstören. Es wird auch von einer heimlichen Restauration der Habsburger Monarchie gesprochen, die sich angeblich in Österreich-Ungarn vorbereitete, um die leicht zu erweckende Beunruhigung der drei Länder der Kleinen Entente hervorzurufen. Nicht existierende Pläne internationaler Komplote gegen Polen und Jugoslawien werden verkündet. Man schreibt, daß der Pakt Mussolinis das

System des Völkerbundes zerstören wolle. Dagegen sollte in seiner Rede in der Queen's Hall am 6. Juli 1933 der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, deutlich zum Ausdruck bringen: „Der Viererpakt müßte der künftigen Arbeit des Völkerbundes sehr günstig sein. Ich habe oft gedacht, daß eine Konsultation unter den Mächten, die im Rate dauernden Sitz haben, über die Fragen, in denen sie ja doch letzten Endes die größte Verantwortung zu tragen haben, sehr nützlich sein würde. Nunmehr ist man am Werke, einen Mechanismus zu schaffen, durch den eine derartige Konsultation ermöglicht wird.“ Man will auch in dem Plane Mussolinis den Versuch einer europäischen Einheitsfront gegen Amerika sehen. Die Vereinigten Staaten verfolgen dagegen mit Wohlwollen die weiteren Entwicklungen der Anregung Mussolinis. Der Botschafter Italiens in Washington, Rosso, hatte dem Präsidenten Roosevelt in jeder Hinsicht Einblick gegeben. In Paris sagt am 6. April 1933 Norman Davis dem Ministerpräsidenten Daladier, daß „die Anregung zu einer Verbesserung der politischen Situation Europas führen könne“. Späterhin definiert Präsident Roosevelt gelegentlich eines Treffens mit dem italienischen Finanzminister Jung den Plan Mussolinis als „das einzige Mittel, um Europa und der Welt den politischen Frieden zu schenken, der die Vorbedingung einer wirtschaftlichen Stabilität bildet“.

Aber diese Stimmen erreichen die Völker selbst nicht. Gegen die Wahrheit entstehen undurchsichtige Scheidewände. Durch eine merkwürdige Deformationserscheinung zeigt sich der europäische Geist nach dem Kriege immer bereit, die düstersten Voraussagungen und die schwärzesten Nachrichten, wenn sie auch noch so brutal gefälscht sind, anzunehmen, anstatt sich vertrauensvoll den Bemühungen von Männern, die guten und ehrlichen Willens sind, anzuvertrauen. Auf diesen Zustand bauen diejenigen, die Unordnung hervorbringen wollen. Er dient den europäischen Organisationen der Falschheit und des politischen Hinterhaltes, die in vielen Ländern um die Regierungen herum ihr Wesen treiben, sie versuchen die Kräfte des Guten lahmzulegen und die sogenannte öffentliche Meinung aufzubringen. Typisch ist hier die französische Reaktion. Am 27. März stellt in einer Rede bei einer Versammlung der Amitiés Internationales der Außenminister Paul Boncour nach einigen vagen Worten zugunsten der Idee der internationalen Zusammenarbeit die souveränen Rechte und Pflichten des Völ-

kerbundes an die Spitze mit den Worten: „Der Pakt! Nichts als der Pakt! Der ganze Pakt!“ Dieser feierliche Ausruf eines Predigers stellt sofort den Richtungssinn der französischen Politik gegen die neuere und freiere Richtung Mussolinis dar. Die französische Opposition ist aber noch immer nicht zufrieden. Mit der Absicht, den Plan zu bekämpfen, verlangen am 28. März Franklin-Bouillon und weitere Abgeordnete die sofortige Diskussion der Frage. Der Regierung gelingt es, den Aufschub mit 369 Stimmen gegen 212 durchzusetzen. Die Abstimmung gibt jedoch eine unmittelbare Einsicht in den hartnäckigen Widerstand, der sich in Vorbereitung befindet.

In den ersten Apriltagen wächst die Oppositionsbewegung in Frankreich an. Die Zeitungen in Paris sind voll von falschen Nachrichten und von beißender Ironie. In einem Artikel vom 1. April im „Petit Provençal“ und in einer Rede vom 2. April an die Weltkriegsteilnehmer der Rhône versucht Herriot, schon jetzt den Wert des Planes herunterzuziehen, indem er ihn mit destruktivem Wohlwollen „Das Werk eines freundschaftlichen Wochenendes“ nennt. Vergebens versucht Botschafter de Jouvenel in Paris seiner Regierung den Wert dieses Dokumentes Mussolinis klarzumachen und die Franzosen zur Einsicht zu bringen. „Ich betrachte es als eine meiner Pflichten“ — so erklärt er am 3. April der Havas — „ein für allemal die französische Öffentlichkeit vor dem Feldzuge falscher Nachrichten zu warnen, die von interessierten Gruppen verbreitet werden, um eine Verständigung Frankreichs und Italiens zu erschweren. Es ist außerordentlich wichtig, ein Werk, das als Folge einen sicheren Frieden in Europa für zehn Jahre hat, nicht zu verfälschen.“ Das folgenschwere Unverständnis und die voreingekommene Feindseligkeit vieler französischer politischer Gruppen gegen Italien kennt keine Grenzen. In der nächtlichen Sitzung vom 22. März in der Deputiertenkammer ruft sogar Marin aus: „Wir werden Daladier stürzen, wenn er den Pakt mit Mussolini unterzeichnet.“ Wenige Tage darauf erneuert Herriot den Angriff: „Entweder bedeutet der Viererpakt überhaupt nichts“ — so schreibt er in der „Ère Nouvelle“ — „oder er bildet den Gegenstand großer Sorge für Polen und die Kleine Entente.“ Am 2. Juni beschuldigt anlässlich einer Rede in Ambert Tardieu sogar seine Regierung, sich „vor der faschistischen Diktatur zu beugen“.

In dieser Verwirrung bemerkt Frankreich gar nicht, daß es ein Spielball des Antifaschismus und des antideutschen

Kriegshetzertums der wirksamen Propaganda seiner Klienten und der politischen Glücksritter geworden ist, die befürchten, in dem neuen System ihren Einfluß und ihren Verdienst einzubüßen. Unter den Anführern dieser Gruppen befindet sich der Tscheche Benesch und der Rumäne Titulescu, die beide bei dem bloßen Gedanken einer Revisionspolitik zittern und die beide ihre Macht und ihren Ruhm den Korridoren von Genf verdanken. Auch Polen befindet sich in der Opposition. In ihrem unheilbaren inneren Zwiespalt und mit ihrer primitiven politischen und militärischen Struktur verlangt die junge Republik, auf die Zahl seiner 30 Millionen Einwohner gestützt, die beinahe zur Hälfte nicht aus Polen bestehen, einen Platz unter den Großmächten an der Seite der vier westlichen Mächte. Ohne Erkenntnis der schicksalsschweren Krise, die innerhalb seiner Grenzen heranreift, und in Konflikt mit seinen großen Nachbarn, erhebt sich dieses Land mit der hartnäckigsten Unnachgiebigkeit gegen den Plan Mussolinis, der Polen zehn Jahre Frieden garantieren könnte.

Nicht minder hartnäckig in ihrer Opposition zeigen sich die verschiedenen und geheimnisvollen Zusammenschlüsse der berufsmäßigen Völkerbündler in Genf, die von den Machenschaften des Völkerbundes und von seiner Bürokratie ihr Leben fristen. Am 5. April gibt der Großrat des Faschismus in einer Tagesordnung der Aktion Mussolinis seinen Beifall, die „in realistischer Erkenntnis der politischen Situation den Frieden in Europa zu sichern und den Wiederaufbau zu fördern bestrebt ist“. Ein halbamtliches Organ der völkerbundsfreundlichen Kreise, das „Journal des Nations“, beeilt sich in einer Verlautbarung vom 7. April, diese ruhige und ehrliche Sprache als eine unerträgliche direkte Einschüchterung zu bezeichnen, die nicht nur gegen die anderen drei Westmächte gerichtet ist, sondern auch gegen die kleinen Nationen von ganz Europa und gegen den Völkerbund, der „die einzige Institution ist, die noch imstande wäre, die Verwirrung und die Weltkrise zu beherrschen“.

Verständnisvoller und maßvoller ist dagegen die britische öffentliche Meinung. Der Einfluß der französischen gegensätzlichen Strömungen reicht kaum hier und da bis über den Ärmelkanal. Am 23. März ertönt im Unterhaus eine ziemlich lebhaftes Oppositionsrede von Churchill, der jedoch auch die lebenswichtigen Seiten der Konstruktion Mussolinis in der Frage internationaler Beziehungen anerkennt. Eine weitere feindselig eingestellte Rede von Lord Cecil

findet am 30. März im Oberhause statt. Sie trifft jedoch auf Erwidern, die dem Vorschlage günstig gesinnt sind, von Lord Ponsonby, Lord Dickinson und von dem Earl of Iddesleigh, der Frankreich auffordert, dieser „wirklichen diplomatischen Revolution“ keinen Widerstand entgegenzusetzen, und endlich auf die Erwiderung des Staatssekretärs im Kriegsministerium, Viscount Hailsham, der im Namen der Regierung die Güte und Verdienste des Entwurfes Mussolinis bestätigt. Die Meinungen in England sind geteilt, zum erstenmal jedoch spricht man in London offen, beinahe ohne Widerspruch, von der Revisionspolitik, für die man nur einen Vorbehalt über die Methode und den Zeitpunkt formuliert.

In dieser unsicheren Atmosphäre schreitet die diplomatische Behandlung des Planes von Mussolini langsam und mühsam zwischen den vier Mächten fort. Der französische Widerstand ruft die Reaktion Deutschlands hervor. Nach seiner Rückkehr aus Paris am 11. April händigt Botschafter de Jouvenel Mussolini die Antwortdenkschrift der französischen Regierung aus. Sie bildet ein vollständiges Gegenprojekt. Trotzdem sie sich grundsätzlich der italienischen Initiative und der Zusammenarbeit der vier Mächte günstig gegenüberstellt, stellt sie dieser sofort zwei Punkte gegenüber: die Tendenz, die Kraft und die Klarheit der Verpflichtung einer gemeinsamen Revision der Verträge und der Gleichberechtigung Deutschlands zu schwächen, und die Tendenz, jegliche Zusammenarbeit der vier Mächte dem Mechanismus und den Entscheidungen des Völkerbundes zu unterstellen. Es ist ganz natürlich, daß Deutschland seinerseits diesen französischen Wünschen Widerstand leistet. Die Regierung von Berlin besteht auf die offene Anerkennung des Gleichberechtigungsprinzips. Die Regierung von Paris verlangt, daß man in den Pakt den Sanktions-Paragraph 16 des Covenant einbezieht. Es werden Einwände und Gegen Einwände aufgestellt. Noch einmal zeichnet sich der Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich klar ab. Aber gerade in diesem Konflikt enthüllt sich der Pakt Mussolinis, der diesen Konflikt durch einen großzügigen Plan der Zusammenarbeit beizulegen beabsichtigt, in seiner wirklichen Bedeutung.

Italien versucht eine vorsichtige und freundschaftliche Vermittlung. Zwischen dem 11. und 13. Mai überzeugt es Deutschland zu einer gemäßigten Haltung und zur Annahme der französischen Forderungen, die Göring gelegentlich eines

Zusammentreffens mit Mussolini in Rom am 19. und 20. Mai endlich annimmt. Am 31. Mai verkündet die „Times“ die Veröffentlichung des Paktes für den 1. Juni. In letzter Stunde jedoch kommt eine neue Krise zum Ausbruch. Frankreich will nicht zugeben, daß von Abrüstung und Gleichberechtigung mit Deutschland die Rede sei. Es gelangt sogar dazu, ohne weiteres die Streichung von Artikel 3 des Paktes, der seinen hauptsächlichen Inhalt bildet, vorzuschlagen. Endlich wird der Vertrag doch gerettet. Ein Text allgemeiner Natur, der nicht viel sagt, aber jedenfalls das Problem stellt, ist der Erfolg. Die gesamte Anstrengung Frankreichs bis zum letzten Augenblick ist darauf gerichtet, den Plan Mussolinis in seiner männlichen und klaren Gewalt unschädlich zu machen und seinen neuen lebendigen Geist zu unterdrücken. Um aus der Isolierung herauszukommen und wenigstens die moralische Gleichberechtigung in der europäischen Politik zu erlangen und um das Prinzip der Zusammenarbeit der vier Mächte zu retten, gibt Deutschland in seiner Großmut nach. Am 7. Juni wird der Pakt endlich paraphiert. Die Unterzeichnung erfolgt am 15. Juli.

Trotz der von den Regierungen und von Sir Eric Drummond am 9. Juni erteilten gegensätzlichen Willensäußerungen schreibt das „Journal des Nations“ mit dramatischem Pathos von einem „gegen den Völkerbund gerichteten Staatsstreich“ und verkündet dagegen einen neuen Guerillakrieg. Am gleichen Tage schickt Präsident Roosevelt an Mussolini eine Botschaft, in der er die Paraphierung des Paktes als „glückverheißend“ bezeichnet und sagt, daß „die Vereinigten Staaten jede Anstrengung begrüßen, die den Zweck hat, an Stelle nationaler Belange, die im Streite miteinander stehen, eine internationale Mitarbeit zum Besten aller zu setzen“. Der Text des Viererpaktes, der am 15. Juli unterzeichnet wurde, ist nicht mehr derjenige, der in weitblickender Weise von der sicheren Hand Mussolinis niedergeschrieben worden war. Er hat an Umfang zugenommen, jedoch an Inhalt und Kraft verloren.

Ohne den Völkerbund zu verleugnen oder ihm entgegenzutreten, hatte sich Mussolini vorgenommen, in ihm die Zusammenarbeit der vier europäischen Großmächte, die die Verantwortung tragen, in Gang zu bringen und diese Zusammenarbeit von den Fußketten und von den Hindernissen der unverantwortlichen Masse der Genfer Liga zu befreien. Der Pakt vom 15. Juli dagegen setzt in allem und über alle

die oberste Autorität des Völkerbundes wieder souverän ein. Diese Autorität wird mit übertriebener Nachdrücklichkeit in jedem Satze wieder erwähnt. Die Verpflichtung einer effektiven Zusammenarbeit der vier Mächte hört auf, und es bleibt nur noch das Versprechen, eine solche Zusammenarbeit „aus allen Kräften“ zu versuchen. Die offene Ankündigung einer Revision wird durch einen allgemeinen Hinweis auf Artikel 19 des Covenant ersetzt, dem jedoch sofort die Artikel 10 und 16, d. h. die Starrheit und Unnachgiebigkeit in der Anwendung der Verträge und der Sanktionskrieg entgegengesetzt werden. Das Prinzip der Gleichheit der Rechte der besiegten Länder wird unterdrückt und nur durch ein Versprechen einer Überprüfung ersetzt. Die Verpflichtung einer gemeinsamen Haltung der vier Mächte in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen von europäischem Interesse kommt ebenfalls zum Fortfall. Mussolini wollte vorwärtsschreiten: Sein Vorschlag bedeutete Handlung. Unter dem französischen Einflusse dagegen schreitet der Pakt zurück. Er begnügt sich mit der konventionellen Sprache der guten Vorsätze, die nicht das Risiko ausdrücklicher Verpflichtungen enthalten. Aus einem Friedensinstrument wird der Pakt zu einem Motiv für Unterhaltungen. Er stellt jedoch immer noch einen Schritt vorwärts dar auf dem Wege der Zusammenarbeit. Aus diesem Grund übernimmt Mussolini die neue Fassung in ihrer reduzierten und entwerteten Form. In einer Rede im Royal Institute of International Affairs erkennt der britische Außenminister Sir John Simon noch einmal an, daß der Pakt „der Ausgangspunkt einer internationalen Aktion für die Revision der Verträge in Europa“ bildet.

Aber auch in seiner verwässerten Form tritt der Viererpakt nicht in der europäischen politischen Aktivität in Aktion. Zwar wird er von den Parlamenten genehmigt. Er wird aber nicht zu einem internationalen Akt, weil ihm der Austausch der Ratifikationsurkunden fehlt.

Noch einmal siegen die Verständnislosigkeit und die Feindseligkeit über die neue Politik einer europäischen Solidarität. Mit der Unnachgiebigkeit gegenüber dem besiegten Deutschland dauert auch der Widerstand an, der Italien und Deutschland einen Platz als Großmächte gleich den Großbritannien und Frankreichs verweigert. Das 20. Jahrhundert existiert noch nicht mit seinen neuen geschichtlichen Realitäten in dem Bewußtsein der beiden imperialen Demokratien. Seit dem 17. Jahrhundert, als Deutschland und

Italien noch nicht durch ihre politische Einheit in die europäische Geschichte eingetreten waren, betrachteten sich Frankreich und Großbritannien als die Mächte, die die Vorherrschaft in Europa innehatten und die gleichsam durch ein göttliches Recht über die anderen Nationen gestellt worden waren und es als unwürdig empfanden, mit anderen, sogar größeren Völkern, das Prestige, die Rechte und die Macht zu teilen. Die Politik einer europäischen Solidarität findet in dieser stolzen Tradition ihre erste geistige Schranke.

Versailles triumphiert immer noch. In seinem Anspruch auf Gleichberechtigung in Rüstungsfragen zurückgewiesen, verläßt Deutschland am 14. Oktober 1933 die Abrüstungskonferenz und den Völkerbund. Es folgen die Sanktionen. Der Pakt von Locarno fällt. Auch der Geist des Viererpaktes geht unter. So zerbricht der großartig angelegte Versuch Italiens einer Organisation des Friedens und einer Zusammenarbeit zwischen den vier westlichen Großmächten, der eineinhalb Jahre vor den äthiopischen Ereignissen versucht worden war, und es beginnt das definitive Auseinanderbrechen Europas. Dies geschah fünf Jahre vor dem Anschluß Österreichs an Deutschland und den beiden umwälzenden Krisen der Tschechoslowakei, die den Auftakt bilden zu der Bewegung, die zu dem neuen europäischen Krieg führen sollte, der dann in Polen zum Ausbruch kam.

Es war natürlich, daß, nachdem der Geist und die Verpflichtung einer Zusammenarbeit unter den Großmächten zu einer Reform der Verträge auf diese Weise versagt hatte, eine solche Revision sich durch individuelle revolutionäre Handlungen vollziehen mußte. Zu spät erkennt Paul Boncour das heranreifende Drama: „Warum ist es nicht gelungen, jenen so mühsam erreichten Vertrag zwischen den vier Locarno-Mächten anzuwenden?“ — so fragt er in der „Tribune des Nations“ vom Februar 1937 — „Locarno wäre vielleicht nicht zerschellt oder der Völkerbund in die Brüche gegangen!“

Nach dem Zusammenbruch einer Grundlegung für eine Verständigungspolitik Europas wendet sich nunmehr Italien einer Mitarbeit mit den einzelnen Staaten zu, vor allem mit Deutschland und mit Ungarn. Während es an Kraft und Willen wächst, bereitet es seine neue imperiale Ausdehnung vor, für die durch die neuen aggressiven Ereignisse in Ostafrika die unmittelbaren Voraussetzungen geschaffen werden.

Italien und Frankreich

Das Kolonialproblem, das für Italien vor allem ein Problem des elementaren Bedürfnisses an Raum und Hilfsmittel für die freie Arbeit der Massen ist, bildet von 1919 bis zur Schwelle von 1935 eines der unmittelbarsten Gründe eines Zwiespaltes zwischen Italien und Frankreich. Er wird in Italien gegenüber Frankreich empfunden, weil Italien vor allem zur Rettung Frankreichs und seines neuen Bestandes seine riesigen Kriegsoffer gebracht hatte und weil von Frankreich aus bei der Festlegung des Friedens die ausdrücklichsten Zeichen einer undankbaren und feindseligen Politik in diesen hineingetragen worden waren. Die Geschichte von beinahe 150 Jahren, vom Beginn der ersten Freiheitskämpfe, spaltet nunmehr in nicht wiedergutzumachender Weise Italien und Frankreich¹.

Wenn es nach den Franzosen gegangen wäre, so hätte Italien heute noch nicht seine politische Einheit erreicht, und Rom wäre nicht die Hauptstadt Italiens. Die Zeit ist endlich einmal da, der Fabel von der von Frankreich an Italien gegebenen Hilfeleistung in den Wirren seiner Befreiungskriege und im Kampfe um seine europäische Freiheit auf den Grund zu gehen. Es handelt sich nicht um plötzliche Enthüllungen. Es handelt sich nur darum, in einer schnellen Zusammenfassung zur Vervollständigung an die schon erinnerten Tatsachen die in jedem ihrer Teile authentisch dokumentierte Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts anzudeuten. Alles weist darauf hin, daß Frankreich sich jederzeit gegen die Idee und gegen die Bewegung eines freien Italiens gestellt hatte, eines Italiens, das einig und groß ist, und daß es aus dieser seiner Oppositionsstellung überhaupt den Schwerpunkt seiner Außenpolitik gemacht hat. Alles zeigt darauf hin, daß die wenige unsichere und widerspruchsvolle Hilfe, die es Italien zuteil werden ließ, nur einer kühlen politischen Berechnung in ausschließlicher Verteidigung französischer Interessen entsprang. In dieser Geschichte, die in ihrer stetigen Linie nicht mehr eine Episode, sondern eine politische Tradition darstellt, bildet die ererbte Eigenschaft des französischen nationalen Geistes die natürliche Erklärung des Mißtrauens und des gerechten Grolles, die Italien von seiner lateinischen Schwester trennen.

¹ Vgl. Virginio Gayda, *Italien und Frankreich*, Junker & Dünhaupt, Berlin 1939.

Wir wollen nicht an die Zeiten des großen Napoleon und seiner Pläne einer Zerstückelung Italiens erinnern. Damals erschien die nationale Idee noch als etwas Formloses. Die Regierungen konnten damals noch, wie auf einem Markte, Völker und Gebiete untereinander aufteilen, ohne befürchten zu müssen, natürliche Menschenrechte zu kränken. Piemont war damals schon das geistige Zentrum der italienischen Erhebung. In Frankreich leben italienische Flüchtlinge, die durch dessen parlamentarische Demokratie und angebliche freiheitsfreundliche Bestrebungen einer Unterstützung der Ideale jeder Nation getäuscht wurden. Karl Albert liebt nicht diese Umtriebe. Er glaubt nicht an Ludwig Philipp und an die Aufrichtigkeit Frankreichs. Er will keine Hilfe und gefährliche ausländische Eingriffe in die nationale Sache Italiens. Er wird deshalb als antiliberal verschrien. In seinem Mißtrauen steht er aber nicht allein. Vincenzo Gioberti, der die Geschichte kennt und eine stolze Vaterlandsliebe besitzt, sagt: „Ich fürchte mehr die Franzosen als Freunde, als die Deutschen als Feinde.“ Etwas Ähnliches äußern später nach den erlittenen Enttäuschungen Cesare Balbo und Massimo d'Azeglio. Frankreich begünstigt als Feind Österreichs im Kampfe um die Vorherrschaft auf dem Kontinent die italienischen Rebellen nur, um dem Feinde Schwierigkeiten zu bereiten.

Die ersten italienischen Aufstandsbewegungen nach denjenigen des Jahres 1821 werden in der Emilia im Februar 1831 versucht. Schon im gleichen Monat sucht der französische Innenminister Guizot, der sie zuerst mit Geld und mit Ausstellung von Pässen begünstigt hatte, sie nunmehr zu hindern, indem er die Demobilmachung der italienischen Revolutionäre und Freiwilligen, die in Frankreich zusammengezogen worden waren, befahl. Im März versöhnt sich Ludwig Philipp mit Metternich. Die französische Demokratie reicht dem österreichischen Absolutismus die Hand. Ihre Polizei verhaftet die letzten italienischen Patrioten, die in Frankreich verblieben waren. Casimir-Périer ruft die Botschafter Österreichs, Rußlands und Preußens zu sich nach Paris, um mit ihnen die Unterdrückung der italienischen Freiheitsbewegung zu besprechen, nachdem er in der Kammer ausgerufen hatte, daß „das französische Blut nur Frankreich gehöre“.

Sechs Jahre später ist Guizot noch immer mit Metternich einverstanden, daß die Idee der italienischen Einheit unterdrückt werden müsse. Ein einiges und junges Italien, das

wachsen kann, beunruhigt die großen westlichen und östlichen Nachbarn. Die Vereinbarung vom Frühjahr 1837 zwischen den beiden Ministern sichert die französisch-österreichische Zusammenarbeit gegen jeden solchen Versuch.

Frankreich will sich jedoch im Mittelmeer bewegen. Es denkt an Syrien und an Ägypten. Es trifft auf die Opposition Englands, das sich mit Österreich verständigt. Die Regierung von Paris setzt Italien gegenüber wieder eine freundliche Miene auf in der Berechnung, dort im Kriegsfall einen Verbündeten zu bekommen. Thiers ist an der Arbeit, um Piemont gegen die Lombardei zu ermutigen, was sich Frankreich späterhin mit Nizza und Savoyen bezahlen ließ. Die piemontesische Regierung widersteht jedoch diesen verdächtigen Lockungen.

Während Frankreich sich der italienischen Einheitsbewegung und der Politik Piemonts und der Savoyer widersetzt, die die treibende Kraft der Bewegung bilden, mischte es sich dagegen ungefragt in die italienischen Angelegenheiten ein mit der Anmaßung, eine von ihm gewollte Ordnung und Begrenzung der verschiedenen Regierungen aufzustellen. Dies ist schon sein Plan im Jahre 1848, der sich mit Hartnäckigkeit bis zum Anfang von 1870 fortsetzt. Die angebliche französische Freundschaft für die Italiener der verschiedenen Länder ist nur der Ausdruck einer programmäßigen Feindschaft gegen die Sache ihrer Einheit. „Wenn Frankreich eingreift, so ist es mit der Unabhängigkeit vorbei“, so schreibt am 6. April 1848 Graf di Castagneto an Casati, dem Haupte der provisorischen Regierung in Mailand. Ein französischer Eingriff hat tatsächlich immer nur den klassischen Zweck, zu trennen um zu herrschen. Um dies zu erreichen, benutzt es jedes Mittel. So hatte Frankreich während der nationalen Bewegungen von 1848 vor der ligurischen Küste eine Flotte zusammengezogen und beabsichtigt, einen autonomen italienischen Staat aus der Lombardei und dem Veneto zu bilden.

Kaum hat der italienische Krieg begonnen, so spricht der französische Außenminister in drohenden Wendungen zu den italienischen Vertretern und dem britischen Botschafter in Paris von der Notwendigkeit, eine weitere Fortsetzung der Bewegung zu unterdrücken und der Schaffung eines unabhängigen Staates von Venedig mit einem österreichischen Erzherzog auf dem Throne zuzustimmen. „Das einzige Motiv der französischen Politik ist die Selbstsucht“ — so schreibt an den Präsidenten der Regierung von Venedig einer seiner

Vertreter in Paris, Tomaso Gar, nach einer Besprechung mit dem französischen Minister Bastide am 24. Juli. — „Die französische Regierung sieht mit Eifersucht das Entstehen eines machtvollen Staates in Oberitalien, der den Anfang bildet zu der heißersehten Einheit.“

Als nach der ersten italienischen Niederlage von Custozza der italienische Oberst La Marmora sich nach Paris begibt, um eine ehrliche französische Hilfe für eine neue italienische Aktion zu suchen, empfängt ihn der General Cavagnac mit Härte: „Wir müssen es einmal klar aussprechen. Wir haben nicht die Absicht, es mit Österreich zu verderben, um dem Piemont einen Gefallen zu tun.“ Der erste Zyklus des italienischen Nationalkampfes schließt mit dieser kalten französischen Opposition ab.

Ludwig Napoleon wird am 10. Dezember 1848 Präsident der neuen Republik Frankreich unter den wiederaufflackernenden Hoffnungen der Italiener. Er scheint den Geist der Carboneria und Mazzinis über die Alpen bringen zu wollen, den er so lange Jahre in Italien gepflegt hatte. Er hatte Lehrer und politische Freunde unter den glühendsten italienischen Patrioten und Verschwörern gehabt. Aber auch er wird in Paris nach der Machtübernahme von den herrschenden politischen Strömungen Frankreichs erfaßt, die gegen die Freiheit und Größe Italiens sind. So befinden sich während des ganzen 19. Jahrhunderts und bis zum Kriege von 1939 alle Franzosen, die guten Willens waren und an die Nützlichkeit einer Freundschaft mit Italien glaubten, isoliert und werden von den gegnerischen Strömungen überwältigt.

Im Februar 1849, als der Gesandte von Karl Albert in Paris, Francesco Arese, eine französische Hilfe erbittet, muß Ludwig Napoleon gestehen: „Die Karte von Europa ist vollkommen sinnlos, aber ein Vorschlag zugunsten eines italienischen Krieges würde im Rate wahrscheinlich nur meine einzige Stimme haben.“ Karl Albert ist mit seinen schwachen Kräften isoliert. Aber er will den Krieg. Es folgt die Niederlage von Novara, die Abdankung und die traurige Verbannung des Königs. Österreich beabsichtigt, dadurch aufgemuntert, bis nach Turin vorzudringen, um den Piemont zu verjagen. Die Regierung von Frankreich greift ein und hält Österreich durch eine vom Piemont zu zahlende hohe Kriegsentschädigung auf. Frankreich ist einzig und allein daran gelegen, die Gefahr einer Macht- und Prestigezunahme Österreichs zu unterbinden.

Sofort spielt sich das republikanische, demokratische und

freimaurerische Frankreich zum streitbaren Schutzherren des Papstes und seiner weltlichen Macht über Rom auf. Pius IX. ist nach Gaeta geflohen, um sich dem Volksaufstande zu entziehen, der am 9. Februar 1849 zur Ausrufung der Republik von Rom und zur Abschaffung der weltlichen Macht der Päpste führt. Die Seele der Bewegung ist Mazzini, der viele italienische Patrioten mit Garibaldi und seinen Scharen versammelt und der, durch seinen romantischen Geist getäuscht, an eine Solidarität Frankreichs auf Grund der Gleichheit, der demokratischen und republikanischen, glaubt. Die französische Verfassung von 1848 bestimmt: „Die Republik wird niemals ihre Macht gegen die Freiheit irgendeines Volkes gebrauchen.“ Angeblich zur Verteidigung des Katholizismus und der internationalen Ordnung verwickelt Barrot Frankreich in einen Krieg gegen die kleine römische Republik, die die Ankündigung eines größeren Italiens mit dieser geschichtlichen Hauptstadt zu sein schien. „Dieses stellt eine österreichische Machenschaft dar unter der Maske der Republik. Es ist ein Attentat gegen die Menschheit und eine Verleugnung der Verfassungsidee“ — so schreibt im „Moniteur“ in Paris Edgar Quinet, einer der wenigen Franzosen, die noch an die Allgemeinheit von Grundsätzen glaubten.

Mit 10000 Mann, die er in seinem Aufruf als „Befreier“ und „Verteidiger liberaler Einrichtungen“ bezeichnet, landet General Oudinot am 26. April in Civitavecchia. Er läßt durch den Mund eines seiner Offiziere verkünden, daß „die Italiener nicht kämpfen werden“, und mit dieser verachtungsvollen Wegzehrung marschiert er auf Rom. Garibaldi hält ihn am 30. April an den Toren der Stadt auf, er schlägt ihn zurück und zwingt ihn nach blutigen Verlusten zur Flucht. Er kann ihn aber nicht verfolgen. Er wird von Mazzini daran gehindert, der in seiner Großmut und noch immer vertrauensvoll der großen Republik soviel Demütigung ersparen will. In ihrem Unvermögen, in Rom einzudringen, beschießen die Franzosen die Stadt mit schwerem Geschütz und durchlöchern dabei einen wertvollen Wandteppich von Raffael und Mauern und Gewölbe des Vatikans.

Lesseps, der Vertreter Frankreichs, und Rom vereinbaren eine Waffenruhe. Frankreich nützt diese aus und sendet Oudinot Verstärkungen an Truppen und Artillerie. Unter der Vorpiegelung einer großmütigen Barmherzigkeit für die Römer führt er auch in Rom eine Ambulanz ein mit einem französischen General, der, als Krankenwärter verkleidet, die er-

neuerten französischen Beschießungen leiten soll. Am 3. Juni, einen Tag vor dem Ende des vereinbarten Waffenstillstandes, schreitet Oudinot, der nunmehr seiner Übermacht sicher ist, in verräterischer Weise zum Angriff. Die Garibaldiner werden im Schlafe überrascht. Nino Bixio wird verwundet. Goffredo Mameli wird zu Tode verwundet. „Die Empörung über den französischen Verrat ist außerordentlich“, schreibt der Garibaldiner Lazzarini.

Die Italiener der Republik Mazzinis werden schnell in der harten Belagerung und der erbarmungslosen Beschießung, die die zwecklosen Proteste der Vertretungen von England, Preußen, Schweiz und der Vereinigten Staaten hervorrufen, überwältigt. Der französische General ist in seiner Kriegführung unerbittlich. „Ich weiß wohl“ — erklärt er voller Verachtung — „daß durch die Beschießung von Rom unschuldiges Blut vergossen und Denkmäler, die auf ewig bestehen sollten, vernichtet worden sind.“ Allein in den letzten vier Tagen des Kampfes wird die Stadt mit 3400 Bomben beschossen. Der Widerstand ist zwecklos. Die Franzosen dringen in Rom ein, sie werfen Hunderte von jungen Männern in den Kerker, sie unterdrücken Zeitungen und verhindern jede nationale Regung, sie besetzen die Hospitäler und überlassen den italienischen Ärzten und Krankenpflegern, unter denen sich die Prinzessin di Belgiojoso befindet, nur die Krankenstationen der Gefängnisse von Termini (Angaben von Mazzini in seinem entrüsteten Briefe vom September 1849 aus der Schweiz an den Staatsminister Frankreichs, Tocqueville e Falloux).

So massakriert schon in seinem Entstehen die große republikanische und imperiale Demokratie Frankreich, die immer ihre Liebe für die Freiheit der Völker und ihre großmütige Beschützerrolle der kleinen Nation gepriesen hatte, die kleine Republik von Rom, die den ersten Schritt getan hatte, dem entstehenden Italien seine wahre Hauptstadt zu geben.

Infolge einer Verständigung zwischen Viktor Emanuel II. und Napoleon III. greift Piemont in den Krimkrieg ein. Mit leeren Händen geht es aus diesem Krieg hervor. Frankreich hat jedoch nunmehr die moralische Pflicht einer ehrlichen Hilfe im Kriege Piemonts gegen Österreich. Endlich kommt die Hilfe. Österreich erscheint gefahrdrohend. Es strebt zum Balkan und zum nahen Orient und bedroht die französischen Traditionen und imperialen Pläne. Jetzt hat Frankreich selbst ein Interesse daran, Österreich zu treffen und aufzu-

halten. Die Kriegspläne Italiens kommen in einem guten Augenblick. Ein zeitgenössischer französischer Schriftsteller, Guerronière, schreibt, vom Kaiser inspiriert („l'Empereur Napoléon III et l'Italie“): „Die Freiheit Italiens war der Vorwand, war aber nicht der alleinige Zweck. Österreich mußte geschwächt werden.“

Im Juli 1848 schließt Cavour in Plombières den Vertrag mit Napoleon III. ab. Frankreich wird Italien helfen und dieses tritt als Gegenleistung Nizza und Savoyen ab und steuert mit 60 Millionen Franken zu den Kriegskosten bei. Aber auch bei diesem wucherischen Handel weist Frankreich den Gedanken einer italienischen politischen Einigung zurück. Wie 1848 will es nur einen italienischen Staatenbund: ein Königreich Piemont im Norden, das im Solde Frankreichs Österreich gegenübersteht, ein Reich des Papstes in Rom und ein Reich in der Art desjenigen von Murat in Neapel. Österreich soll Italien verlassen. Piemont jedoch darf nicht über das Potal hinausgehen. Napoleon III. sagt am 15. Juli 1859: „Sollte die Annexion den Apennin überschreiten, so wäre die Einheit Italiens vollzogen. Ich will aber nicht die Einheit, ich will nur die Unabhängigkeit. Frankreich sieht nicht gerne an seiner Seite das Werden einer großen Nation, die seine Vormachtstellung bedrohen könnte.“ Dieses stellt eine Wiederholung des Gedankens des Republikaners Lamartine dar: „Ich wäre als Franzose kein guter Patriot, wenn ich vor den Türen Frankreichs eine Macht von 30 Millionen Einwohnern schaffen würde.“ Die ganze französische Politik findet in diesen offenen, wenn auch unvorsichtigen Worten ihre Erklärung.

Italien tritt in den Krieg ein. Es folgen die vielversprechenden und heldenhaften Siege von Magenta, Solferino und San Martino. Es sieht aus, als ob Österreich schwankt. Der italienische Ansturm breitet sich aus. Frankreich hält jedoch diesen Ansturm wieder auf. Es unterbricht den Krieg. Villafranca! Friedensvertrag zwischen Napoleon III. und Franz Joseph, der hinter dem Rücken Viktor Emanuels abgeschlossen wird. „Der Kaiser von Österreich und der Kaiser der Franzosen werden die Schaffung eines italienischen Bundesstaates begünstigen“ — so liest man in den Vorberichten.

Die italienische Bewegung breitet sich jedoch aus. Sie schreitet von Sizilien aus mit Garibaldi fort, während die piemontesischen Truppen die Emilia, die Marche und Umbrien besetzen. Da Frankreich sich entgegenstemmt, wird die Bewegung nunmehr von England unterstützt. Die Regierung

von London sieht darin eine Kraft gegen die französische Machtausbreitung. Frankreich muß den Dingen freien Lauf lassen. Seine Neutralität läßt es sich durch die Abtretung von Nizza und von Savoyen bezahlen. Es bleibt aber immer unzugänglich bezüglich der Frage von Rom. Es fürchtet, daß das Prestige eines großen und im Namen Roms vereinigten Italien zu mächtig werden würde. Dem General Menabrea, der den Widerstand zu entkräften versucht, antwortet Napoleon III.: „Diese Hauptstadt, der ihr zustrebt, werde ich euch nie geben“, und droht mit der Entsendung französischer Truppen nach Rom.

Die Hauptstadt Italiens muß deshalb Florenz bleiben.

Es folgt der Krieg von 1866 mit dem Gefecht bei Custoza und dem Rückzug italienischer Generäle, die an eine in Wirklichkeit nicht bestehende Niederlage glauben. Dies ruft in Paris eine Feststimmung hervor. „Ich fand, daß ganz Paris zufrieden und fröhlich über die Nachrichten der österreichischen Siege in Italien war“ — schreibt der Graf von Vitzthum, der diesen sonderbaren Jubelszenen beiwohnt. („London—Gastein—Sadowa“.) Der Krieg konnte aber bei Custoza nicht zu Ende gehen, da die italienischen Streitkräfte nicht vernichtet worden waren. Trotz alledem führt Frankreich ein vorzeitiges Kriegsende herbei durch die Abtretung Venetiens an Italien, die es in Wien gegen den Willen Viktor Emanuels II. durchsetzt, um Österreich Handlungsfreiheit im Kriege gegen Deutschland zu verschaffen. Noch einmal stockt die italienische Freiheitsbewegung.

Im Herbst 1867 fällt Garibaldi in das Latium ein und marschiert auf Rom. Sofort landet Frankreich zwei Divisionen in Civitavecchia, die mit neuen Hinterladern ausgerüstet sind, um gegen die Garibaldiner, die mit veralteten Gewehren bewaffnet sind, den Widerstand der Zuaven des Papstes zu unterstützen. Der Zusammenstoß erfolgt am 3. November in Mentana. Garibaldi wird von einer Streitmacht überwältigt, deren Verhältnis zu der eigenen von Victor Hugo als „zehn gegen eins“ angegeben wurde.

Bezeichnend für die französische Einstellung, die sich hier hinter hochtrabenden Worten über die Menschlichkeit und die katholische Religion versteckt, sind die Worte des französischen Regierungschefs Rouher, die am 5. Dezember in der Kammer ausgesprochen werden: „Ich erkläre im Namen der französischen Regierung, daß Italien sich niemals Roms bemächtigen darf. Frankreich wird niemals diese Beleidigung seiner Ehre und des Katholikentums dulden. Nie und

nimmer werden wir erlauben, daß Italien auch nur daran denkt, sich Roms zu bemächtigen.“

Es war der letzte Schrei gegen die Einheit Italiens. Die verschiedenen „Jamais“ von Daladier von 1938 und 1939, die im Namen Frankreichs in Friedenszeiten den italienischen Ansprüchen entgegengestellt werden, als der Feind noch nicht vor den Toren steht, haben somit frühe Ahnen.

Die Geschichte jedoch hat ihre Gerechtigkeit. Wie die großen Naturereignisse, so verfolgen auch die nationalen Bewegungen der großen Völker unwiderstehlich bis zur letzten Konsequenz ihren elementaren Weg. Im Juli 1870, als sich Preußen drohend am Rhein zeigt, verhandelt man in Paris wegen der zunehmenden Gefahr über die Bildung eines Dreibundes gegen Berlin, in den man auch Italien hineinziehen möchte. Die französische Regierung ist jedoch immer noch ganz starr in ihrer abweisenden Haltung gegen Rom als Hauptstadt Italiens. „Über Rom läßt sich nichts machen“ — sagt der französische Ministerpräsident Herzog von Grammont — „wenn Italien nicht marschieren möchte, so soll es auf seinem Platz verbleiben.“ Mit fanatischer Arroganz entschlüpfen der Kaiserin sogar die Worte: „Lieber die Preußen in Paris, als die Italiener in Rom.“ Am 20. September des gleichen Jahres jedoch ziehen die Italiener in Rom ein, um es nie mehr zu verlassen. Nicht viel später verliert das geschlagene Frankreich Elsaß-Lothringen.

Die Einheit Italiens hat sich gegen den hartnäckigen Widerstand Frankreichs vollzogen.

Nachdem das Spiel im Kampfe gegen die Vereinigung Italiens für Frankreich verloren war, beginnt Frankreich den Kampf gegen Italiens Freiheit im Mittelmeer und gegen seine politische Bedeutung. Ein steter Gedanke bewegt Frankreich: die natürlichen konstruktiven und expansiven Kräfte Italiens müssen bis zur Ohnmacht geschwächt werden, sein schicksalsnotwendiger Aufstieg muß unterdrückt und das Land in einer dauernden politischen und wirtschaftlichen Isolierung eingeschlossen werden.

Die tunesische Frage bildet das erste Beispiel. Eine Ausbreitung in Tunis stellt die natürliche und geschichtliche Aspiration der Italiener dar und gehört zu der nationalen Einheitsbewegung. Schon 1838 schreibt Mazzini: „Nordafrika gehört Italien.“

Ein Jahr nach dem Vollzug der Einheit Italiens, 1871, wiederholt er: „Tunis, der Schlüssel des mittleren Mittelmeerbeckens, gehört in seinem Zusammenhang mit dem sardi-

nisch-sizilianischen System in offensichtlicher Weise Italien.“ Frankreich erkennt dieses italienische Recht an. 1834 schreibt Ludwig Napoleon: „Auf Grund der Nähe zur afrikanischen Küste muß Italien einen Einfluß auf diesen Teil des Kontinents ausüben, auf dem einstmals Karthago stand. Die schönste Kolonie, die es haben könnte, ist Tunis, das es eines Tages einmal besetzen wird, um die Kulturarbeit Frankreichs in Algerien zu vervollständigen.“ 1857, nach dem Krimkrieg, sieht Napoleon III. in Tunis den Lohn Italiens und verhandelt darüber mit England. Italien darf aber nicht eine Ablenkung seines Planes der nationalen Einheit annehmen. 1860 bietet Napoleon III. noch einmal Tunis als Gegenleistung für ein Bündnis gegen Preußen an. Vier Jahre später stimmt er dem Gedanken einer italienischen Landung in Tunis zu. Aber Italien hat nicht die Mittel, und die Zeit ist auch nicht günstig, um sich in das Wagnis einzulassen.

Nach 1870 ändert Frankreich seinen Sinn. Es errichtet Bisserta als ständige Bedrohung gegen Italien, das sich als neu-entstandene Mittelmeermacht ankündigt. Im Kongreß von Berlin gelingt es ihm, freie Hand für die Besetzung Tunis zu erlangen. Italien wird unruhig. Der französische Außenminister Waddington versichert dem Botschafter Italiens in Paris, General Cialdini: „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß, solange ich Mitglied der französischen Regierung sein werde, eine Besetzung ohne eine Vereinbarung mit Italien nicht vor sich gehen wird.“ Die Männer jedoch gehen, und die politischen Pläne bleiben. Frankreich bereitet die Besetzung von Tunis vor, die 1881 erfolgt.

Diese Tat löst einen Entrüstungsturm in Italien aus. Die Italiener fühlen sich verraten und bedroht. Zwischen Rom und Paris herrscht starke Spannung. In diesem Zustand tritt Italien, wie schon erwähnt, auf Grund einer Reaktion in den Dreibund an der Seite Deutschlands und Österreichs ein. Frankreich ist unzufrieden. Es betrachtet dieses das Gleichgewicht anstrebende Bündnis, für das es selbst die nötige Voraussetzung geschaffen hat, als eine dauernde Bedrohung und stellt Italien eine verschärfte Feindseligkeit, zusammen mit freundschaftlichen Gefühlsäußerungen gegenüber Österreich entgegen. An der Börse von Paris wird die italienische konsolidierte Anleihe, der „Consolidato“, zusammen mit anderen wichtigeren italienischen Papieren, durch ein Baissemanöver angegriffen, das darauf abzielt, die italienischen Anleihen und die italienische Valuta zu diskreditieren. Dieser Angriff hört erst nach Eingreifen deutscher Bankkreise auf.

Durch den Zollkrieg von 1886 wird versucht, den italienischen Handel zu treffen. 1888 beginnt der Kampf gegen die Italiener in Tunis, das die älteste europäische Kolonie bildet.

Aber noch mehr. Frankreich erneuert sogar seine Angriffe gegen die italienische Einheit und beginnt von neuem die römische Frage und die Wiedereinsetzung der Päpste in ihre weltliche Macht zu agitieren. Francesco Crispi führt einen hartnäckigen und geduldigen Kampf gegen diese französische Wühlarbeit. Von Paris aus wird der Papst zur Unnachgiebigkeit gegen die neue italienische Regierung aufgemuntert und ihm das Verlassen Roms nahegelegt. Dadurch soll in günstiger Weise ein großes Drama und neue Probleme geschaffen werden. Gerade erst vereint, soll Italien nun wieder zerstückelt werden. „Italien stellt einen Anachronismus dar. Nur ein Staatenbund ist möglich“ — so sagt man in Paris dem Kardinal Rampolla. Frankreich weiß sehr gut, daß es kein Zurück gibt. Es beabsichtigt jedoch durch Zuspitzung, sei es der wirtschaftlichen und finanziellen, wie auch der inneren politischen und religiösen Konflikte Italiens, diesem Lande die Freiheit zu einer großzügigen und mutigen Außenpolitik zu nehmen. Nicht anders handelt Metternich in der Lombardei und in Venetien, um in dem inneren Zerwürfnis die Flamme des befreienden Irredentismus zu ersticken.

Die Politik von Paris, die unter steter Verleumdung der Italiener und jeder ihrer Handlungen betrieben wird, ruft natürlich in Frankreich Gefühle der Verachtung und des Hasses gegen Italien hervor. Dieses bildet eine traurige geistige Erbmasse, die sich auf Grund der politischen Mächenschaften beinahe unmerklich in dem Bewußtsein der Massen festsetzt und bis zum Kriege von 1939 dauert.

Dadurch erklärt sich der blutige Überfall von Aigues-Mortes in der Provence gegen italienische Arbeiter, die in den Salinen beschäftigt waren. Auf Grund eines nichtigen Vorfalles bricht plötzlich am 17. August 1893 eine irrsinnige Jagd auf Italiener aus. Arbeiter, die sich an ihre Arbeitsplätze begeben, werden mit Gewehrschüssen überfallen. Es gibt Tote. Die Überlebenden suchen ihre Zuflucht in einer Hütte zwischen den Salinen von Peccags und von Fangouse. Es gelingt ihnen aber nicht, dem schrecklichen Überfall zu entgehen. Die tragische Bilanz dieses Jagduges, der drei Tage dauerte, ist 25 Tote und 80 schwerverwundete Italiener. Schreckliche Episoden der Unmenschlichkeit hatten sich abgespielt. Zwei auf Galgen gepfälte italienische Kinder

werden als grausame Kriegstrophäen der Eingeborenen Afrikas herumgetragen. Ein Strohschuppen, in dem sich eine ganze italienische Familie versteckt hatte, wird angezündet. Die Polizei sieht untätig zu. Die Krankenhäuser weisen die Verwundeten zurück. Auf den Friedhöfen verweigert man den Toten die letzte Ruhestätte. Die französische Regierung bemüht sich in keiner Weise, die Bewegung zu unterdrücken. Einzig und allein der Bürgermeister von Aigues-Mortes wird abgesetzt, weil er an dem Aufstand aktiv teilgenommen hatte. Die Bewegung Frankreichs gegen ein Eindringen Italiens in Ostafrika ist bekannt und tritt von den ersten Anfängen italienischer Landungen in diesen Gebieten in Erscheinung. Sie bewegt sich in zwei Richtungen: Der Widerstand der Äthiopier wird bewaffnet und ermuntert, und die italienische Politik wird verdächtigt, um die britische Reaktion hervorzurufen. Während also die französische Regierung den Versuch unternimmt, in das Herz Afrikas bis zum Nil vorzudringen, indem es vom Kongo und von seinen Besitzungen bei Oboch-Dschibuti ausgeht, intrigieren französische Agenten in der Landschaft Scioa und im Harrar, um den Negus gegen die Italiener aufzuhetzen. In diesem Sinne werden die Machenschaften vom Botschafter Tornielli dem britischen Außenminister am 21. Mai 1893 und am 5. Oktober 1894 dargestellt. Zu gleicher Zeit bemüht sich Frankreich, auch England gegen Italien aufzubringen.

Am 6. Mai 1893, als Menelik im Begriffe ist, den Vertrag von Ucciali aufzusagen, erklärt die französische Regierung, „nicht die Absicht zu haben, Italien in Äthiopien Schwierigkeiten zu schaffen.“ Als jedoch Italien und Großbritannien am 5. Mai 1894 die Abmachung über Harrar treffen, setzt dieser der französische Außenminister Hanotaux in der französischen Kammer einen Vorbehalt entgegen, verbreitet durch Agenten jeder Art den Keim des Aufruhrs gegen Italien in Äthiopien und liefert diesem Lande durch Dschibuti allein in den Jahren 1894/95 trotz der internationalen Abmachungen 320 000 Gewehre und Munition, die durch die Schiffe der französischen Messageries befördert werden.

Die Niederlage von Adua mit ihren 2000 italienischen Gefallenen ist das Resultat dieser aggressiven Politik. Frankreich macht sich die italienische Verwirrung zunutze und trifft mit der Regierung von Rom neue Abmachungen über die Italiener in Tunis, in denen die durch das Statut von 1881 anerkannten nationalen Rechte vermindert werden.

1912 ist es wieder Frankreich, das durch einen lebhaften

Waffenschmuggel durch Tunis hindurch, im Gegensatz zu den schon erwähnten Vereinbarungen, den Widerstand der Türken in Libyen gegen den italienischen Vormarsch nährt. Zwischen dem 16. und 20. Januar 1912 bringt die im Mittelmeer kreuzende Flotte die beiden französischen Schiffe Carthage und Manouba auf, die Waffen und Munition, ein Flugzeug und 28 ottomanische Offiziere an Bord haben, die den türkischen Widerstand in Libyen verstärken sollten. Die italienische Flotte befolgt damit lediglich die Kriegsgesetze, die in so übertriebener Weise auf den Weltmeeren von den Franzosen und Briten 1939/40 gegen den friedlichen Handel nichtkriegführender Länder angewandt werden. Frankreich protestiert entrüstet gegen diese angebliche Kränkung seiner Rechte und seiner Ehre. Poincaré verlangt die sofortige Freigabe der Schiffe. Mit einer anmaßenden Phrase, die oft in der französischen politischen Literatur zu finden ist, erklärt Painlevé, daß „die französische Flotte die italienische in 40 Minuten zerstören könnte“. Italien muß nachgeben. Die französisch-türkische militärische Zusammenarbeit vollzieht sich daraufhin ungestört. Im Mai 1912 verhandelt Frankreich, um den Widerstand der Türkei zu nähren, mit diesem Lande über eine Anleihe von 225 Millionen Franken und sichert sich dabei gleichzeitig wichtige Vorrechte für seine Eisenbahnlinien.

Unter neuerlicher Mißachtung eingegangener Verträge will Frankreich eine Ausdehnung Italiens auf die Küsten des mittelmeeerländischen Afrikas und das Anwachsen seiner politischen und militärischen Macht verhindern. Frankreich gewinnt seinen Krieg und marschiert voran.

Es kommt der Krieg von 1914. Wir haben schon die Geschichte des italienischen Kriegseintrittes berichtet und die entscheidende Hilfe erwähnt, die dadurch den Alliierten geleistet wurde, weiter auch die Geschichte des unseligen Friedens von Versailles, der, kaum daß die Gefahr vorüber ist, ein wiederum feindliches Frankreich entstehen läßt, das die Rechte Italiens und die abgeschlossenen Verträge mißachtet.

Keine große Weltmacht läßt ihre Außenpolitik und ihre Beziehungen zu anderen Nationen von romantischen Gefühlen in den Wolken liegender Phrasen beeinflussen. Die großen Nationen verteidigen vor allem ihre Interessen. Sie treiben eine Politik des Realismus und des unmittelbaren oder zukünftigen Nutzens. Ihre Annäherung an andere Nationen ist bedingt in der Zeit und in der Form, ausschließlich durch eine Berechnung des Nutzens. Die jahrhundertealte hartnäckige

Feindseligkeit der Außenpolitik Frankreichs gegenüber Italien scheint für Europa die schicksalsschwere Folge einer geschichtlichen Entwicklung zu sein.

Mussolini möchte nicht verzweifeln und sucht am Anfang eine Befriedung und eine Verständigung. Schon 1922, wenige Wochen nach dem Marsch auf Rom, drückt er in diesem Zusammenhange seinen loyalen und vertrauensvollen Willen aus. Er bestätigt dies fünf Jahre später trotz der gegen teiligen Erfahrungen in einem Bericht vom 15. Dezember 1927 an den Ministerrat: „Ich glaube, daß eine großzügige, herzliche und dauerhafte Verständigung zwischen Frankreich und Italien möglich, nützlich und, wie ich zusetzen möchte, notwendig ist. Diese Verständigung darf, um dauerhaft zu sein, jedoch nicht ausschließlich auf literarischen oder sentimental Motiven fußen, sondern auf der Entfernung von all dem, was als konkrete Reibungsflächen zwischen den beiden Ländern angesehen werden kann. Die normalen diplomatischen Vertretungen werden in der nahen Zukunft diese Probleme in Angriff nehmen, die weder schwer noch unlöslich sind, sondern nur delikater Natur, wie übrigens alle Probleme der Zeit und der Beziehungen zwischen den Völkern.“

Der Horizont der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich verdüstert sich dagegen durch das Entstehen neuer Konfliktstoffe, anstatt sich aufzuheitern.

Zu der Frage des unbefriedigten italienischen Rechtes auf koloniale Gegenleistungen gesellt sich diejenige des Statuts der Italiener in Tunis. Das Statut setzt die nationalen Sonderrechte der Italiener in Tunis fest, die der Geschichte ihres Zustromes, ihrer Anzahl und dem zweiseitigen politischen Vertrag zwischen Rom und Paris entsprechen, durch den Italien die Besetzung und das Protektorat Frankreichs in Tunis nur als Gegenleistung einer französischen Anerkennung der schon früher bestehenden italienischen nationalen Positionen anerkennt. Durch dieses Statut wird die Lage italienischer Staatsbürger in Tunis derjenigen der französischen Staatsbürger gleichgesetzt unter völliger Achtung ihrer Nationalität, der Sprachen- und Schulfreiheit und ihrer Aktivität. Nach erneuerter Revision und Festsetzung nach 1882 in einer Reihe von Konventionen von 1896 wird dieses Statut plötzlich während des Krieges, als Italien an der Seite Frankreichs kämpft, von der Regierung in Paris am 9. September 1918 aufgesagt, mit der Verpflichtung, es von drei zu drei Monaten in Erwartung anderer Abmachungen zu er-

neuern. In dieser Aufsage wird Frankreich von der nicht eingestandenen Absicht im Sinne einer Beschränkung und einer allmählichen Verflüchtigung geleitet, das System der Rechte der Italiener in Tunis, das auf natürliche Weise den Schutz ihrer nationalen Individualität sichert und einem steten Zustrom von Italienern die Türe offenhält, einer neuen Prüfung zu unterziehen. Frankreich verarmt an Menschenmaterial durch den stationären Zustand seiner Bevölkerung, die die Generationen überaltern und die Zahl der Totenbahnen gegenüber derjenigen der Wiegen steigen läßt. Nunmehr nicht mehr fähig, durch eigene Fruchtbarkeit diesen Zustand zu verändern, beginnt es nach dem Krieg eine aktive Politik der Naturalisation der Ausländer. Unter diesem Zeichen steht auch seine Politik in Tunis gegen die nationalen Rechte der Italiener, die in der mit den frisierten Ziffern der Bevölkerungszählungen nicht übereinstimmenden Wirklichkeit eine zahlenmäßig viel größere Gemeinschaft bildet als diejenige der französischen Staatsbürger, und das beinahe 60 Jahre nach der Besetzung.

Diesen Problemen folgen andere politischer und moralischer Ordnung. Die Häupter der kleinen Oppositionsgruppen gegen den Faschismus, die nach dem Marsch auf Rom emigriert waren, finden in Frankreich nicht nur die übliche, den politischen Flüchtlingen zugestandene Gastfreundschaft, sondern sogar ein herzliches Entgegenkommen, das sofort in einer Organisation und in einer Richtung der französischen Politik seinen Ausdruck findet, der gegen die erwachende Macht Italiens gerichtet ist. Gerade weil der Faschismus sich seit seinem ersten Erscheinen als ein neues Bewußtsein und eine neue Kraft der Nation enthüllt, die die legitimen Rechte wiederherstellen will und die verratenen Interessen schützen soll, erscheint der Antifaschismus sofort unter den Ideologien und den Leitmotiven nicht nur der inneren, sondern auch der äußeren französischen Politik.

In Frankreich werden Komplotte gegen die Politik und die Vertreter des Faschismus organisiert. Ein immer offener Krieg gegen die italienischen Einwanderer, die sich als die treuesten Anhänger des Faschismus und seiner Einrichtungen zeigen, wird entfacht. Die Rekrutierung der italienischen Staatsbürger in das französische Heer wird erzwungen. Um der Pflicht der Dankbarkeit und anderen Verpflichtungen zu entgehen, nimmt man gegen Italien plötzlich eine Haltung ein, die Verachtung und den täglichen Willen zur Verleumdung ausdrückt. Zeitungen, Bücher und Parteien

lassen sich, unter gänzlicher Mißachtung der so karg belohnten italienischen Blutopfer, zu Beleidigungen der heldenhaften kriegerischen Tugenden und der ehrbaren Armut der Italiener hinreißen. Niemals hat sich in der Geschichte der Kriegsbündnisse ein so vollständiges, kränkendes Vergessen des Waffengefährten gezeigt.

Dies ist das neue moralische Problem, das Italien von Frankreich trennt. Es wird geschaffen von dem übertriebenen und hochfahrenden französischen Stolz. Frankreich hatte geglaubt, Italien die Gleichberechtigung der Rechte, der Tapferkeit und der Ehre verweigern zu können. Dieses Problem kann nicht nur durch bloße vertragliche Vereinbarungen gelöst werden.

Die italienische Politik möchte aber noch einmal den Weg der Verständigung versuchen. Zwischen 1927 und 1930 finden zwischen Rom und Paris die ersten Besprechungen zu einer Verständigung statt. Frankreichs Art ist hart und entspricht einem merkantilen Feilschen. Es versucht die Schuld des Paragraphs 13 des Paktes von London durch die alleinige Abtretung der sandigen Einöde von Tibesti abzutragen und verlangt noch obendrein eine Gegenleistung in Form eines völligen Verzichtes Italiens auf jedes sich aus der Konvention von Tunis ergebende Recht. Die Verhandlungen finden in einer stürmischen Zeit statt, in denen in Frankreich die Bestrebungen der antifaschistischen Parteien vorherrschend sind, die gemeinsam mit den Emigranten die Attentate gegen Italien vorbereiten.

November 1929, während der Vorbereitung zur Londoner Flottenkonferenz, schlägt die italienische Regierung der französischen noch einmal eine vorläufige Verständigung zwischen den beiden Ländern vor. Als Grundlage sollen die Ziffern von Washington, auf die gesamte Flotte ausgedehnt, gelten, d. h. die von Frankreich anerkannte Flottenparität mit Italien, das sich dafür seinerseits verpflichtet, die von Frankreich in London vorzuschlagenden Ziffern, wie sie auch seien, zu unterstützen. Vier Noten werden gewechselt: zwei italienische und zwei französische. In seinem grenzenlosen politischen Geiz lehnt Frankreich die italienischen Vorschläge ab, die den ersten Schritt einer Annäherung bilden sollten. Die letzte französische Note wird von Massigli entworfen und von Briand vorgelegt.

Italien läßt sich noch nicht entmutigen.

Am 7. Januar 1935 werden nach mühsamen Verhandlungen

gen in Rom zwischen Mussolini und Laval eine Reihe Protokolle unterzeichnet, die zur Aufgabe haben, für sämtliche noch nicht geklärte Fragen eine definitive und konkrete Lösung zu schaffen und das Verhältnis zwischen Italien und Frankreich endgültig zu ändern. Weiter soll unter die undankbare Vergangenheit ein Schlußstrich gezogen und eine günstigere Zukunft eingeleitet werden. Diese Abmachungen setzen eine Zusammenarbeit in den großen europäischen Fragen und sogar in der Donaufrage voraus. Dem langen Streit um Tunis wird ein Ende bereitet. Ein Kompromiß, der den Zustand von 1896 auf zehn Jahre verlängert, löst das Problem der Staatsangehörigkeit der italienischen Staatsbürger in dem Sinne, daß der herrschende Zustand de jure bis 1945 und de facto bis 1965 respektiert wird. Die italienischen Schulen sollen bis 1955 weiter fortbestehen, und den ansässigen Italienern, die sich vor 1945 in Tunis niedergelassen haben, soll das Recht der freien Berufsausübung auf Lebensdauer zugestanden werden. Endlich wird auch dem italienischen Recht auf koloniale Kompensationen laut Paragraph 13 des Paktes von London Rechnung getragen durch die Abtretung eines Gebietsstreifens an Libyen, der sich nördlich der Wasserscheide des Tibesti gegen die Cyrenaika hinzieht, und eines kurzen Gebietsdreiecks an Eritrea zwischen der eritreischen Grenze und der Küste von Französisch-Somaliland, sowie vor der Meerenge von Bab el Mandeb und der nahen kleinen Insel von Dumerath im Roten Meere. Angeschlossen ist die zuzügliche Verpflichtung, den Verkauf von 2500 Aktien der Eisenbahn Dschibuti—Addis Abeba, die sich in französischem Besitz befindet, an Italien zu erleichtern.

Dies sind die öffentlichen Vereinbarungen. Es ist ganz natürlich, daß sie nicht allein den vollen Inhalt der zwischen Italien und Frankreich getroffenen Verständigung darstellen können. Die politische Spannung zwischen Rom und Paris während fünfzehn Jahren hat ihren ersten konkreten Grund in den nichtbefriedigten kolonialen Rechten Italiens. Während der Verhandlungen für die neuen Abmachungen tritt Italien folglich als Gläubiger und nicht als Schuldner Frankreich entgegen. In dem öffentlich bekannten Text der Abmachungen erscheinen dagegen die Frankreich gegenüber vollbrachten Leistungen als umfangreicher als die französischen. Italien bereitet sich vor, innerhalb dreier Jahrzehnte alle seine geschichtlichen nationalen Rechte in Tunis abzubauen und erhält als Gegenleistung unbedeutende Gebiets-

zuteilungen in Nord- und Ostafrika. Das Gebiet nördlich des Tibesti, das eine Oberfläche von 114000 qkm hat und beinahe vollkommen sandig und wüst ist, kann nicht als reale koloniale Gegenleistung aufgefaßt werden, da es wirtschaftlich gänzlich bedeutungslos ist und, wie schon gesagt, der Türkei gehörte, deren rechtliches Erbe in Nordafrika nach der Besetzung Libyens Italien übernommen hatte. Die italienische Regierung hatte das Recht, die Abtretung dieses Gebietes auch ohne Anrufung von Paragraph 13 des Paktes von London zu fordern. Nicht minder bedeutungslos erscheinen die kleinen Gebietszuteilungen zwischen Eritrea und der Küste von Französisch-Somaliland.

Die öffentlich bekannten Vereinbarungen werden durch weitere Abmachungen vervollständigt, die zu jener Zeit notwendigerweise geheim waren und in einem vertraulichen Schreiben von Laval an Mussolini enthalten sind. In diesem Brief spricht der Außenminister Frankreichs den Verzicht (*désistement*) auf jedes französische Interesse in Äthiopien aus und erkennt als Folge die italienische Handlungsfreiheit in jenem Gebiete an. Dies bildet den wirklichen Tragpfeiler des ganzen Systems der Vereinbarungen vom 7. Januar 1935, die unter dem Zeichen einer Lösung der Frage der kolonialen Gegenleistung an Italien stehen. Durch den Brief von Laval bezahlt Frankreich seine koloniale Schuld durch Anerkennung der Kolonialansprüche Italiens und der Vorherrschaft italienischer Interessen und Rechte in Äthiopien, und alles ohne eigene Opfer und mit den, dem Negus gehörenden Gebieten. Diese anerkannte Handlungsfreiheit versteht sich natürlich in jeder nur möglichen Form und Anwendung, im Frieden und im Krieg, um so mehr, als zur Zeit der Verständigung der französischen Regierung die Schwierigkeiten Italiens zu einer Politik der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Äthiopien durch die herausfordernde feindselige Haltung des Negus, Haile Selassie, wohlbekannt waren. Das Stillschweigen, das vier Jahre über die Existenz und Auslegung dieses Dokumentes gehalten worden war, wird von Laval in einer Erklärung vom 24. Juni 1939 gelegentlich eines Pressebanketts in Paris aufgehoben. Er versucht zu erklären, daß eine italienische Handlungsfreiheit in Äthiopien auf „friedlichem Gebiete“ allein ausgeübt werden konnte. Es handelt sich jedoch hier um eine nachträgliche Interpretation, die zwangsweise zur eigenen polemischen Verteidigung gegeben werden mußte. Sie entspricht nicht derjenigen, die während der Verhandlungen von beiden Tei-

len gegeben worden war. Diese Verhandlungen waren auf dem konkreten Boden kolonialer Kompensation an Italien in einem Augenblicke großer Spannung zwischen Rom und Addis Abeba erfolgt und könnten keinen Zweifel über das Schicksal Äthiopiens in Hinsicht auf Italien und über die Möglichkeit einer italienischen Aktion lassen. Auf alle Fälle wird das System der Abmachungen zwischen Rom und Paris schnell vergessen und dann von den dramatischen Umwälzungen der darauffolgenden europäischen Geschichte und der Rückkehr zu einer feindseligen Politik seitens Frankreichs schnell seines Inhaltes entblößt.

Durch die Unterzeichnung der Protokolle am 7. Januar 1935 erringt Laval einen großen Erfolg. Es ist das erstemal, daß ein französischer Politiker in sein Land zurückkehrt mit einem großen politischen Vertrag mit Italien in der Tasche. Dieser Vertrag ist jedoch für Laval nur ein Mittel in dem Spiel seiner Politik. Es ist jetzt eine goldene Zeit in der Aktivität und den scheinbaren Erfolgen der französischen Diplomatie. Laval träumt davon, Paris zum Zentrum des europäischen diplomatischen Systems zu Diensten französischer Interessen zu machen. Locarno liegt in Todeszuckungen. Frankreich hat den Wettlauf der Rüstungen wieder aufgenommen und im Reiche die natürlichen Gegenmaßnahmen ausgelöst. Deutschland kündigt seinen späteren Anspruch auf eine Besetzung des Rheinlandes an. Laval entwirft den Plan einer Politik, die sich auf ein System zweiseitiger Verträge stützt. Vor dem Vertrag mit Rom hat er diejenigen mit Polen und der Kleinen Entente abgeschlossen. Sofort nach Rom rennt er nach London, wo er Italien an England gegen einen hohen Preis verkaufen will. Die Zusammenkunft erfolgt Ende Januar mit der Beteiligung des britischen Premierministers MacDonald und seines Außenministers Simon. Sie führt zum Abschluß eines Paktes der Hilfeleistung in der Luft zwischen den beiden Ländern, ohne Italien. Diese Verständigung bildet den ersten Kern eines größeren politischen und militärischen Vertrags, der später folgt. Dadurch wird das System des Paktes von Locarno, dessen Mitunterzeichner Großbritannien zusammen mit Italien ist, einer Frankreich und Deutschland gegebenen Garantie vernichtet. Botschafter Grandi bringt dies dem Foreign Office gegenüber zum Ausdruck. Er schlägt den Abschluß eines allgemeineren Garantieluftpaktes vor, der auf der gleichen Basis wie Locarno fußen soll, eines zyklischen Paktes der vier Locarno-Mächte, der für den Fall

eines Angriffs seitens einer dieser Mächte die Organisation des Widerstandes der drei anderen hervorruft. England jedoch wünscht nicht eine zu intime Bindung zwischen Italien und Deutschland, genau so wie Frankreich eine Bindung zwischen Italien und Großbritannien ungern sieht. Die britische Politik bewegt sich in einer bestimmten Richtung: Verhinderung, daß Italien und Frankreich sich zu feindselig gegenüberstehen, um große europäische Komplikationen zu vermeiden, aber auch Verhinderung, daß sie zu freundschaftlich Hand in Hand gehen, um eine Rückwirkung ihrer Solidarität im Mittelmeer zu unterbinden. Hieraus versteht man die langsame Verdichtung der von Frankreich begünstigten britischen Opposition gegen die Ausbreitungspolitik Italiens. Sieben Tage nach Unterschrift der Protokolle von Rom wird in London am 14. Januar 1935 eine Kreuzfahrt der britischen Flotte, die jedoch nicht wie üblich aus einem Geschwader, sondern aus zwei Geschwadern der Home Fleet besteht, angekündigt, mit der Mitteilung, daß eines der Geschwader in Gibraltar bleiben würde. Ist dies eine Antwort auf die Abmachungen von Rom? Fünf Monate später, am 14. Juni, schließt die britische Regierung mit Deutschland ihr erstes Flottenabkommen ab. Dieses Abkommen setzt nicht nur das Verhältnis zwischen den Seestreitkräften beider Länder durch ein System, das eine große Unterlegenheit der deutschen Kriegsmarine bedingt, fest, sondern sichert auch die Lage Englands in der Nordsee und erlaubt England, seine Streitkräfte im Mittelmeer zu erhöhen.

Zwischen dem 11. und 14. April versammeln sich in Stresa die drei Regierungsoberhäupter Italiens, Großbritanniens und Frankreichs mit ihren Außenministern. Die Konferenz stellt einen neuen Versuch zur europäischen Zusammenarbeit dar, mit besonderer Berücksichtigung der Probleme des Donauraumes. Es entsteht nichts Neues oder Entscheidendes. Eine einzige Tatsache kann heute hier enthüllt werden. Während der Stilisierung der offiziellen Schlußverlautbarung läßt Mussolini in einem Satze, der von der Zusammenarbeit der Mächte spricht, „zur Verteidigung des Weltfriedens“ den mehr begrenzten Ausdruck „zur Verteidigung des europäischen Friedens“ setzen. Er beabsichtigt, sich Handlungsfreiheit vorzubehalten, die unter Umständen auch zu einem Krieg in anderen Weltteilen, d.h. in Ostafrika, führen könnte, wo nunmehr der politische Konflikt zwischen Italien und Äthiopien begonnen hat. Keiner der anwesenden Ausländer erhebt hiergegen Einspruch. Alle scheinen still-

schweigend den Grund verstanden zu haben und die folgen-
schweren Ereignisse, die sich am Roten Meere vorbereiten,
anzuerkennen.

Das Imperium

Ein schwerer Konflikt zwischen Rom und Addis Abeba reift heran. Er wird durch die provozierende Haltung der äthiopischen Regierung hervorgerufen. Die italienische Regierung ist entschlossen, keinen weiteren Angriff auf ihre Interessen und ihr Prestige zu dulden.

Am 5. Dezember 1934 greift eine Formation von 1500 regulären äthiopischen Soldaten, die dem Schutze einer zur Grenzregelung zwischen den äthiopischen Gebieten und denjenigen von Britisch-Somaliland ausgesandten Kommission dienen sollte, ganz plötzlich unter dem Kommando des Fitaurari Schifferà die kleine Besatzung in Ual-Ual an der Grenze von Somalia an. Nur nach hartnäckigen Kämpfen werden die Äthiopier durch das schnelle Eingreifen anderer italienischer Streitkräfte zurückgeworfen. Die Tatsache, daß der abessinische Angriff beinahe in Gegenwart eines britischen militärischen Vertreters, der den Angriff nicht ignorieren konnte, erfolgte, ist äußerst bezeichnend.

In Addis Abeba spricht man von einem äthiopischen Recht auf Ual-Ual, das dagegen seit langer Zeit schon ohne jeden abessinischen Einspruch von den italienischen Truppen besetzt gehalten worden war. In Wirklichkeit stellt diese neue Bluttat nur die Fortsetzung einer langen Reihe äthiopischer Angriffe gegen die italienischen Gebiete von Eritrea und Somalia dar.

Der Konflikt, durch den in der faschistischen Zeit die Konstruktion des Imperiums ihren Anfang nahm und der der Ausgangspunkt verschiedener imperialer Strömungen und damit den Keim des neuen europäischen Krieges bildet, muß vom historischen Hintergrund aus betrachtet werden. Dies ist notwendig, um die Haltung Italiens und seine wohlbegründeten Rechte zu verstehen.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts war Italien mit den Ländern in Beziehungen getreten, die das äthiopische Kaiserreich bilden. Die Gesamtheit seiner politischen Aktivität in Äthiopien erhält ihre juristische Festigung in dem Vertrag von Uccialli vom 2. Mai 1889, der den Mächten am 11. Oktober 1889 bekanntgegeben wurde. Paragraph 17 dieses Vertrages erkennt die vorrechtliche Stellung Italiens in Äthiopien an

und verpflichtet Äthiopien zu einer friedlichen und aktiven Zusammenarbeit mit Italien in ähnlicher Weise, wie das in anderen afrikanischen und asiatischen Gegenden zwischen den europäischen Staaten und den eingeborenen Staaten der Fall war. Aber bald leitet die äthiopische Regierung eine feindselige Politik ein, die zu einem bewaffneten Konflikt mit Italien 1895/96 führt und dann durch den Friedensvertrag vom 26. Oktober 1896 abgeschlossen wird. Trotz der in der Vergangenheit gemachten schlechten Erfahrungen versucht die italienische Regierung, nach dem neuen Frieden eine Politik der Zusammenarbeit mit Äthiopien aufzunehmen. Dies war für die italienischen Kolonien Eritrea und Somalia, die mit dem äthiopischen Staatsgebiet über 2000 km gemeinsame Grenzen und innige wirtschaftliche und völkische Verbindungen haben, notwendig. Auf diesem Wege schließt die italienische Regierung mit Äthiopien eine Reihe Verträge und Konventionen ab, die das gegenseitige Verhältnis in einem Geiste der Freundschaft und der stetigen Zusammenarbeit regeln sollen.

Vier Tatsachen, die die italienisch-äthiopischen Beziehungen der letzten 40 Jahre charakterisieren, enthüllen jedoch eine gegenteilige Tendenz in der Politik Äthiopiens:

1. Die Weigerung, in genauen Linien und klaren Konventionen die Grenzen der italienischen Kolonien festzulegen mit der daraus sich ergebenden unberechtigten abessinischen Besetzung italienischer Gebiete.

2. Eine ständige Kränkung der Immunität der italienischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Äthiopien.

3. Eine chronische Bedrohung an Leib und Gut der italienischen Staatsbürger in Äthiopien, denen entgegen dem Geiste und dem Buchstaben der Verträge jede Initiative wirtschaftlichen Charakters verwehrt wird.

4. Der dauernde Versuch eines Einbruchs bewaffneter Banden auf italienisches Gebiet zum Zwecke der Eroberung und des Raubes.

Um einen stabilen Friedenszustand mit Äthiopien zu sichern, versucht die italienische Regierung, die Grenzen zwischen seinen Kolonien und dem äthiopischen Staatsgebiete festzusetzen. Die abessinische Regierung weigert sich jedoch, sei es die Konvention vom 10. Juli 1900, sei es diejenige vom 15. Mai 1902 über die Grenzen zwischen Eritrea, Tigre, Dankalia und den anderen äthiopischen Gebieten sowie die

Konvention vom 16. Mai 1908 über die Grenzen zwischen Italienisch-Somaliland und dem äthiopischen Staatsgebiet anzuwenden.

Trotzdem will die italienische Regierung nicht auf seine Versöhnungspolitik gegenüber Äthiopien verzichten. Am 2. August 1928 unterzeichnet sie sogar mit der Regierung von Addis Abeba einen „Freundschafts- und Zusammenarbeitsvertrag“, der der erste und einzige dieser Art ist, der von den angrenzenden Mächten mit Äthiopien abgeschlossen worden ist. Der Vertrag hat die ungewöhnliche Dauer von 20 Jahren. Durch ihn werden die friedlichen Absichten Italiens bestätigt. Der Paragraph 3 verpflichtet beide Länder, den gegenseitigen Handel zu vergrößern und zum Blühen zu bringen. Zu seiner praktischen Anwendung wird er von einer Zusatzkonvention ergänzt, die der äthiopischen Regierung einen direkten Ausgang auf das Meer gewährt mit einer Freizone im Hafen von Assab, der mit dem äthiopischen Gebiet durch eine bis nach Dessiè zu bauende Straße verbunden werden sollte.

Aber auch diesem neuen Plane zum Frieden und zur Zusammenarbeit widersetzt sich die Regierung von Addis Abeba, sicher unter dem Einfluß britischer und französischer Ratgeber, und setzt allen Bemühungen unnachgiebigen Widerstand entgegen. In Äthiopien werden keine Straßen in Richtung auf die italienischen Kolonien zu angelegt, und die Straße zwischen Dessiè und Assab wird nur auf dem Papier gebaut, da die äthiopische Regierung nicht einmal ihre Zustimmung zum Beginn der Arbeiten auf ihrem Gebiet gibt. In ihrer sturen Feindseligkeit gegen jede italienische Initiative weist die Regierung von Addis Abeba auch die Gegenwart italienischer Ratgeber und Techniker in der Verwaltung und in den öffentlichen Arbeiten, von Ärzten in den Krankenhäusern und von Geistlichen in den Missionen zurück. Sie verweigert sogar die Annahme des Angebots unentgeltlicher italienischer Hilfe bei der Prophylaxe gegen die Rinderpest, die den Tierbestand nicht nur Äthiopiens, sondern auch der benachbarten italienischen, französischen und britischen Kolonien zu vernichten droht.

Dem Bruch von Sonderverträgen fügt die abessinische Regierung auch denjenigen des allgemeinen Vertrags von Klobukowski hinzu, der die erste primitive Garantie der Ausländer in Äthiopien darstellte. Alle von diesem Vertrage anerkannten Rechte der Europäer, wie z. B. dasjenige des Grundbesitzes, der Bewegungs- und Aufenthaltsfreiheit, einer

ehrlichen Verwaltung der Zölle und das Recht auf Sonderbehandlung seitens der äthiopischen Polizei im Falle einer Verhaftung, werden italienischen Staatsbürgern gegenüber systematisch verweigert.

Äthiopien versucht aber nicht nur die Verträge zu brechen, sondern verletzt auch selbst die Gebiete der italienischen Kolonien. Schon während des libyschen Krieges bereitet sich erwiesenermaßen ein äthiopischer Einfall in die italienischen Kolonien vor. Im März/April 1914 rückt der Negus Uolde Ghiorgis, Gouverneur von Gondar, mit einem Korps von 50000 Bewaffneten in Tigre ein und dringt bis zu der beinahe gänzlich von Truppen entblößten Grenze von Eritrea vor. Die italienische Regierung ist gezwungen, schnellstens zusammen mit den in Libyen stationierten eritreischen Bataillonen Truppen aus der Heimat nach Eritrea zu werfen. Nach Ausbruch des europäischen Krieges, während Italien sich zum Eingreifen in Europa rüstet, bereitet im Februar 1915 der Negus Michael einen neuen Angriffsplan gegen Eritrea vor. Er versammelt drei Korps von ungefähr 150000 Mann und beginnt eine intensive, wenn auch zwecklose Propaganda gegen Italien unter den Eingeborenen der italienischen Kolonie. Italien muß seine Kolonie bewaffnen und während des Krieges durch eine starke Besatzung beschützen. 1916 führt ein von Ligg Jasu geleiteter Anschlag gegen das italienische Somaliland zu einem blutigen Zusammenstoß in der Nähe von Ulo-Burti, in dem ein italienischer Offizier und viele Unteroffiziere und Soldaten ihr Leben lassen. Zehn Jahre später, 1925/26, stellt sich während der endgültigen militärischen Besetzung des nördlichen Somalilandes von Italien noch einmal heraus, daß die äthiopische Regierung den Rebellen Waffen und Munition liefert.

Diesen bewaffneten Massenangriffen, die richtige Versuche eines Einfalles auf italienischem Gebiet darstellen, fügen sich die Angriffe gegen die diplomatischen und konsularischen Vertretungen Italiens und gegen italienische Staatsbürger auf äthiopischem und italienischem Gebiet hinzu. In sieben Jahren, seit Mai 1928, an dem der italienisch-äthiopische Freundschaftspakt unterzeichnet wurde, bis zum August 1935, zählt man auf Grund der offiziellen Wahrnehmungen, die von der italienischen Regierung auch dem Völkerbund zur Verfügung gestellt wurden, 26 Verletzungen der diplomatischen und konsularischen Vertretungen, 15 Angriffe gegen das Leben, das Gut und die Interessen italienischer Staatsbürger in Äthiopien, 21 Raubüberfälle, An-

griffe und Grenzzwischenfälle, die den Tod zahlloser Menschen auf italienischem Gebiete zur Folge haben.

Die Gefahr, die den italienischen Interessen durch diese feindselige Einstellung der Regierung von Addis Abeba und der lokalen despotischen Machthaber erwächst, wird durch den Zustand der dauernden Anarchie Äthiopiens, die oft zu Aufruhr und erschütternden Bürgerkriegen führt, erschwert. Das Weiterbestehen eines barbarischen Feudalregimes und die Unzulänglichkeit der staatlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur schaffen im Inneren Äthiopiens einen chronischen Zustand der Unordnung, durch den auch die Sicherheit der angrenzenden italienischen Kolonien gefährdet wird. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte von Negus-Äthiopien bildet eine ununterbrochene Kette bewaffneter innerer Kämpfe. Aus diesem Grunde versuchen die angrenzenden Mächte, ihre Interessen auf äthiopischem Gebiete durch Verträge und Konventionen zu schützen und rechnen mit einem endgültigen und unabwendbaren baldigen Zerfall der Negus-Regierung. In der Verteilung der Interessensphären wird von Großbritannien und Frankreich der größte Teil Italien zuerkannt. Mit den Protokollen vom 24. März und vom 15. April 1891 zwischen Italien und Großbritannien wird Italien das Überwiegen seiner Rechte auf dem gesamten äthiopischen Gebiet östlich von 35 Grad östlicher Länge, vom Schnittpunkt des betreffenden Meridians mit dem Blauen Nil bis zum 6. Breitengrad und über das gesamte Gebiet nördlich des 6. Breitengrades bis zum Giubaflusse zuerkannt. Durch ein anderes Protokoll vom 5. Mai 1894, das zwischen Italien und England abgeschlossen wird und das Ostäthiopien betrifft, wird ferner auch dem italienischen Einfluß das Gebiet des früheren Emirats von Harar und das gesamte Ogaden unterstellt. In einem folgenden Vertrag von 1906, an dem auch Frankreich teilnimmt, werden diese Protokolle von neuem bestätigt. Es werden nur einige Zugeständnisse gemacht gegenüber französischen wirtschaftlichen Interessen für den Verkehr der Eisenbahn von Dschibuti und einigen britischen Flußregelungsinteressen Großbritanniens und Ägyptens im Nilbecken.

Diese schnelle Entwicklung führt zu drei sichtbaren Folgen. Italien hat auf Grund internationaler Anerkennung sowie seiner natürlichen Lage lebenswichtige Interessen und offenkundige Anwesenheitsrechte in Äthiopien. Es ist jedoch die von den Häuptern in Addis Abeba am meisten bedrohte und am wenigsten geachtete Macht. Der politische Zustand

Äthiopiens schließt auf Grund seiner organischen Unfähigkeit zum Fortschritt die Möglichkeit einer günstigeren Einstellung völlig aus.

Nachdem nunmehr die Unmöglichkeit einer Politik des Friedens und der Zusammenarbeit erkannt worden war, muß sich die italienische Regierung die Aufgabe der endgültigen Lösung ihrer Lage in Äthiopien stellen. Sie muß die Rechte und Interessen der im äthiopischen Gebiet ansässigen Italiener schützen. Sie muß vor allem in diesem Lebensraume ein Absatzgebiet für ihre Arbeit schaffen, das sich ihr durch die geschichtliche Entwicklung und die Anerkennung der übrigen Mächte in natürlicher Weise vom Roten Meer gegen Äthiopien über die beiden Brücken von Eritrea und Somaliland bietet. Diese letzteren Kolonien sind besonders in ihrer Funktion als offene Tür gegen das gesamte schwarze Kaiserreich wichtig.

Das faschistische Regime hat vor allem einmal versucht, den notwendigen Lebensraum auf seinem eigenen nationalen Boden zu schaffen. Seine Politik der Urbarmachung, die in dem nach Mussolini genannten Gesetz vom 24. Dezember 1928 seinen Niederschlag findet, bildet ein kühnes und weit-sichtiges tägliches Arbeitsprogramm, um mit großen menschlichen und finanziellen Hilfsmitteln auf nationalem Boden ein neues Arbeitsfeld zu erschließen. Mitte 1940 zeigen die Erhebungen, daß schon öffentliche Arbeiten für die Urbarmachung von 3 Millionen Hektar durchgeführt worden sind und daß von dieser riesigen Oberfläche neuen Bodens, der der Bevölkerung und der Produktion offensteht, bereits eine Fläche von einer Million Hektar landwirtschaftlich genutzt wird mit einer Vergrößerung des Weizenanbaues auf 350 000 Hektar und weiteren Anbauflächen von Hunderttausenden von Hektar.

Dieser harten und schweren Kolonisationsarbeit steht jedoch eine unüberwindliche Schranke entgegen. Fünfzehn Jahre nach dem verlorenen Frieden, der es ohne Kolonien gelassen hatte, stellt nunmehr Italien mit festem Willen die Kolonialfrage. Dies ist nicht Imperialismus, sondern eine Lebensnotwendigkeit des Volkes.

Im Rahmen der Kulturgeschichte erscheint der Konflikt zwischen Italien und Äthiopien wie ein heftiger Kontrast zwischen einem großen Kulturvolk, das zwar intensiv arbeit-sam und produktiv ist, aber arm an seiner Arbeitskraft ent-sprechendem Lebensraum, und einem letzten afrikanischen Überbleibsel von Sklaventum, das durch eine barbarische

Feudaloligarchie über eine heterogene Masse wehrloser Stämme in einem riesenhaften entvölkerten und unproduktiven Gebiet, das fruchtbar und reich an Bodenschätzen ist, beherrscht wird.

Nach dem abessinischen Angriff von Ual-Ual ist Mussolini entschlossen, ein für allemal die Frage der Beziehungen zwischen Italien und Äthiopien zu lösen. Der italienisch-äthiopische Freundschaftsvertrag von 1928 sieht für jeden Zwischenfall zwischen den beiden Ländern ein Schlichtungsverfahren vor. Die italienische Regierung betritt diesen Weg. Sie erfährt jedoch, daß schon am 17. Dezember die äthiopische Regierung in Harar und Ogaden partiell mobil gemacht, und daß am 19. Dezember während einer vom Negus zusammengerufenen Zusammenkunft der Ras mit nur zwei Gegenstimmen eine allgemeine äthiopische Offensive gegen die italienischen Kolonien beschlossen hat. Beeinflußt durch frühere Erinnerungen und geblendet durch die trügerischen Versprechungen der Europäer, die die neue abessinische Militärschule leiten, berücksichtigen unter dem Drucke britischer und französischer Agenten die äthiopischen Häupter in ihrer barbarischen Isolierung nicht, daß Italien nicht mehr dasjenige von früher ist.

Am 20. Dezember dehnt sich die äthiopische Mobilmachung auf die Gebiete von Bale, Sidamo, Boram, Arussi, Bolamo und Combutta aus. Ende Dezember wird der Aufmarsch von 48000 Äthiopiern gegen die Grenze von Somaliland und von 16000 Bewaffneten gegen die Grenzen von Eritrea gemeldet. Die beiden italienischen Kolonien sind noch völlig unverteidigt, mit wenig Truppen und Waffen, ohne Straßen und Befestigungen. Während sich das Schlichtungsverfahren langsam und unsicher abwickelt, wird der Quadrumvir General Emilio de Bono, Kolonialminister, nach Eritrea zur Organisation der Verteidigung entsandt. In wenigen Monaten schafft er mit bewunderungswerter Energie und großer Weitsicht aus dem Nichts die neue Organisation sowie Verbindungen durch Straßen und Drahtseilbahnen vom Meere bis zum Gebirge und schafft so die bewaffnete Grundlage für jegliche Verteidigungs- und Angriffsaktion.

Im April 1935, als erst 3000 italienische Soldaten zur Verstärkung in der Kolonie angekommen sind, hat die bewaffnete Masse der Äthiopier schon die Stärke einer halben Million Mann erreicht. Die beiden Kolonien sind unmittelbar bedroht und befinden sich 4000 und 8000 km von Italien entfernt.

Nach dem Mißerfolg im Schlichtungsverfahren wird nunmehr ohne Hoffnung ein Schiedsgerichtsverfahren in der intriganten europäischen Atmosphäre eingeleitet. Schon treten die feindseligen Strömungen Frankreichs und Englands zutage. Die Schiedsgerichtskommission, die in Paris unter dem Vorsitz des Ministers von Griechenland Nicolaus Politis, dessen frankreichfreundliche Tendenzen bekannt sind, zusammentritt, versucht den äthiopischen Angriff zu decken, den Negus zu retten und Italien jedes Reaktionsrecht zu nehmen. Ihr Verdikt ist verschwommen: „Keine Verantwortung trifft“ — so heißt es — „die italienische Regierung oder ihre Agenten für die Geschehnisse von Ual-Ual. Die Anklagen der äthiopischen Regierung gegen die Italiener werden besonders widerlegt durch die verschiedenartigen Vorsichtsmaßnahmen, die von den Italienern getroffen worden sind, um jeden Zwischenfall bei Gelegenheit der Zusammenziehung regulärer und irregulärer äthiopischer Truppen in Ual-Ual zu vermeiden. Hinzu kommt noch das völlige Fehlen eines Motives auf seiten der Italiener für den Grenzwischenfall vom 5. Dezember.“ Diese geschraubten Sätze stellen also jede italienische Verantwortung außer Frage. Dagegen wird nicht eine aggressive Absicht Äthiopiens und damit eine Verantwortung ausgeschlossen. Dies wird jedoch nicht offen ausgesprochen. Durch die Voreingenommenheit des Urteilsspruches wird die neue Tatsache geschaffen, daß die Gewehre in Ual-Ual von selbst schießen. Es ist nunmehr klar, daß ohne jeglichen Sinn europäischer Solidarität und ohne Achtung für die weiße Kultur Großbritannien und Frankreich durch die nicht unterdrückte Provokation der Abessinier den Versuch machen, Italien eine moralische Demütigung zu bereiten, während sie den Ausbruch des bewaffneten Konfliktes begünstigen und durch ihre Haltung den hartnäckigen Widerstand des Negus hervorrufen.

Erst im April, als der Konflikt nicht mehr zu verhindern schien, rafft sich die britische Regierung auf. Der Unterstaatssekretär im Außenamt, Anthony Eden, schlägt nach seiner Ankunft in Rom Mussolini eine Kompromißlösung vor, die in keiner Weise den Ursachen des äthiopischen Falles und den italienischen Belangen Rechnung trägt, nämlich die Abtretung von Agaden an Italien, was Großbritannien durch die Abtretung des Hafens von Zeila in Britisch-Somaliland und des zu einer Verbindung mit Äthiopien notwendigen Gebietes an Addis Abeba kompensieren will. Dieser Vorschlag stellt nur eine Kränkung Italiens dar. Das Gebiet von

Ogaden ist wüst, entvölkert und unproduktiv. Italien kann keine Wüstensammlung machen und hat übrigens Sicherheit und Frieden an seinen Grenzen nötig. Keine Garantie wird Italien gewährt. Die Abtretung von Zeila dagegen als offene Tür zum Meere stellt nur ein Mittel einer freien und gefährlichen Versorgung Äthiopiens mit Waffen und damit eine dauernde Unterstützung seiner schon erwiesenen aggressiven und drohenden Haltung dar. Mussolini drückt diese italienische Ansicht klar aus und stellt dem Vorschlag eine glatte Weigerung entgegen.

Im August 1935 arbeiten die britischen und französischen Minister Hoare und Laval in Paris einen neuen Kompromißplan aus: eine kollektive Unterstützung des Völkerbundes an Äthiopien für seinen kulturellen Fortschritt und seine wirtschaftliche Entwicklung mit der Abmachung, daß dieses Land sodann den drei an das äthiopische Gebiet grenzenden Mächten reserviert werde, um dann zuletzt ganz in die Hände Italiens zu gelangen. Auch dieser Plan ist unvollkommen und birgt Gefahren in sich. Er drückt nur den Vorsatz aus, eine endgültige Klärung der italienischen Stellung in Äthiopien zu verhindern. Das Zurückgreifen auf eine Hilfeleistung des Völkerbundes kann nur als Beweis dafür dienen, daß Äthiopien in einem Zustande der Barbarei zurückgeblieben ist: es ist unfähig zu einem eigenen Kulturleben und benötigt fremde Hilfe. Im Grunde genommen sichert der Vorschlag jedoch nicht Italien eine politische und militärische Entwaffnung Äthiopiens zu. Er stellt hingegen ein Gegenwarts- und Eingriffsrecht Frankreichs und Englands in Äthiopien wieder her, das durch die früheren Dreierkonventionen für Frankreich völlig unterdrückt worden war durch den „désistement“-Brief Lavals vom 7. Januar 1935. Die italienische Regierung lehnt diesen Kompromißplan ab.

Nunmehr ist der Konflikt zwischen Italien und Äthiopien definitiv offen. Unter dem trügerischen Einfluß der Politik von Paris und London erklärt sich der Negus in herausfordernder Haltung gegen die italienischen Ansprüche. Die demokratischen Strömungen Europas und die antifaschistischen Gruppen, die die Geschichte der italienisch-äthiopischen Beziehungen nicht kennen wollen und den Faschismus bekämpfen, ermuntern den Negus mit allen Mitteln der Polemik und Intrige, in seiner Haltung gegen Italien fortzufahren. Heimlich greift auch das Colonial Office in London in den Konflikt ein, da es den Gedanken einer politischen und territorialen Ausbreitung Italiens in Äthiopien nicht

anerkennen will. So erweitert sich der äthiopische Fall, der nur Kolonialcharakter hat mit einem natürlichen afrikanischen Hintergrund, und verzerrt sich zu einem viel größeren europäischen Konflikt. Die Geschichte überstürzt sich. Man muß kurz einmal ihre Etappen betrachten und die Taten, die den Weg der italienischen Politik und die gegnerische Haltung der imperialen Großmächte bezeichnen. Am 4. September legt die italienische Regierung dem Völkerbund eine Denkschrift in zwei Bänden vor, die mit einer genauen Dokumentensammlung die äthiopischen Aggressionen der letzten Jahrzehnte illustriert. Die italienische Regierung spricht ihre Weigerung aus, in Genf auf gleichberechtigtem Fuße mit Äthiopien zu verhandeln, das sich durch sein sklavenhändlerisches und barbarisches System aus freiem Willen schon gegen den Völkerbund gestellt habe, von dem es weder die allgemeinen Bedingungen des Covenant noch die Sonderverpflichtungen einhält. Italien ruft Paragraph 19 des Völkerbundspaktes an, der die Möglichkeit einer friedlichen Revision der Grenzen vorsieht. Das Dokument stellt den letzten diplomatischen Versuch zu einer internationalen Lösung des äthiopischen Problems in einer ehrlichen Form europäischer Zusammenarbeit dar. Es ist auch die letzte Mahnung Italiens an die Solidarität und die Würde Europas gegenüber der Barbarei der afrikanischen Sklavenhalter. Auch dieser Vorschlag wird nicht angehört und um so weniger beachtet.

Die Demokratien bestehen auf ihrer Gemeinschaft mit den Sklavenhaltern des Negus gegen die weiße Kultur italienischer Arbeit. Am 6. September ernennt der Völkerbundsrat eine Kommission von fünf Mitgliedern zur Prüfung des Konfliktes und Aufstellung einer neuen Formel für eine friedliche Lösung. Am selben Tag jedoch befiehlt die britische Regierung mit der offenen Einschüchterungsabsicht die Zusammenziehung der Home Fleet im Mittelmeer. Mit einer Fehlrechnung, die ein beschränktes völliges Unverständnis des stolzen Geistes Mussolinis und ganz Italiens offenbart, versucht man also auch noch die nationale Würde der Italiener zu kränken. Am 18. September teilt der Fünferausschuß in Genf seinen Vorschlag mit. Die italienische Denkschrift ist nicht einmal gelesen worden. Der Ausschuß zieht seine Beurteilung nicht aus einer Prüfung der Tatsachen, sondern der von voreingenommenen allgemeinen Formeln, die um jeden Preis die Lösung der italienischen Frage verhindern sollen. Die Vorschläge sind: Kleine terri-

toriale Gebietsveränderungen zwischen Italien und Äthiopien und kollektive Hilfe des Völkerbundes an Äthiopien unter der Anerkennung eines italienischen Vorrechtes in seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Kein Schritt wird vorwärts getan. In Äthiopien soll die Verwirrung als bleibender Zustand bestehen bleiben, zusammen mit den Konfliktursachen, um für andere Augenblicke eine definitive Lösung des Problems zu reservieren. Auch diese Völkerbundsvorschläge können von Italien nicht anders als zurückgewiesen werden.

Nunmehr jedoch gestattet die äthiopische Bedrohung kein Zögern mehr. Die Haltung Genfs bildet die letzte Ermutigung für den vom Negus gefaßten Plan. Der Negus rechnet damit, ganz Europa mit sich gegen Italien zu haben, und er schreitet nunmehr von dem Zustand der Unnachgiebigkeit zu demjenigen eines offenen Angriffs. Am 28. September wird die allgemeine Mobilmachung in Äthiopien verkündet und diese Maßnahme Genf mitgeteilt. Ein Aufruf des Negus an die Ras und an das abessinische Heer läßt keinen Zweifel über seine Absichten: „Nach dem Siege werde den Kriegern als Lohn für ihre Dienste vom König der Könige Eritrea und Somaliland gegeben werden.“ Nach dieser klaren offensiven Vorbereitung Äthopiens und angesichts der Unmöglichkeit einer internationalen Zusammenarbeit für eine friedliche Lösung des äthiopischen Problems überschreiten am 3. Oktober 1935 die italienischen Truppen unter dem Kommando des Generals Emilio de Bono von Eritrea aus den Mareb und dringen in äthiopisches Gebiet ein, um die abessinische Generalmobilmachung zu stören. Die Würfel sind gefallen. Die Brücken sind gesprengt. Ein nunmehr entschlossenes Italien nimmt die große Prüfung auf sich und marschiert, vom Willen Mussolinis und der von ihm geschaffenen Macht beseelt, dem Imperium entgegen.

Der Pakt Kellogg-Briand, der den Krieg als ungesetzlich erklärt und der nunmehr gegen die als nichtprovozierter Angriff bezeichnete italienische Initiative zur Anwendung gebracht werden soll, enthält einen grundsätzlichen Vorbehalt im Sinne des Rechtes seiner Selbstverteidigung. Dieser Vorbehalt ist hauptsächlich auf Betreiben der Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in den Pakt eingefügt worden. In ihrer Aktion gegen die italienische Politik erkennt London die berechnete Anwendung dieser Bestimmung für Italien nicht an. Zur gleichen Zeit wendet jedoch Großbritannien diese Bestimmung selbst an durch den Einfall in das Gebiet der unabhängigen Stämme an der nordwest-

lichen Grenze Indiens unter dem Vorwand, daß diese Stämme den britischen Frieden bedrohen.

Am 7. Oktober wird in einer unvorschriftsmäßigen Prozedur, die darauf hinzielt, Italien die Verteidigungsmöglichkeiten und Europa die Zeit zur Besinnung zu nehmen, in Genf ein Ausschuß eingesetzt, der das italienische Vorgehen beurteilen soll. Am 8. Oktober erklärt dieser Ausschuß, dem überhaupt niemand die dokumentierten italienischen Beschwerden vorlegt, auf Verlangen des äthiopischen Vertreters Italien einer Verletzung des Covenant für schuldig. Auf Grund dieses summarischen Verdiktes, das der dem italienischen Eingreifen vorhergegangenen äthiopischen Generalmobilmachung in keiner Weise Rechnung trägt, ist am 10. Oktober die Völkerbundsversammlung unter dem offenen Druck der britischen Regierung gezwungen, ab 18. November die Anwendung wirtschaftlicher und finanzieller Sanktionen gegen Italien zu beschließen. Dadurch ergibt sich für die Sanktionsländer die Verpflichtung, dem sanktionierten Lande jeglichen finanziellen Kredit zu verweigern und seiner Ausfuhr ihre Türen zu verschließen.

Durch diese Maßnahmen, die weder vorher noch nachher bei anderen Gelegenheiten angewandt worden sind, glaubt Großbritannien Italien isolieren zu können, seine Wirtschaft zur Verarmung zu verdammen, seine finanziellen Mittel zu erschöpfen und seinen Marsch auf Äthiopien in hinterhältiger Weise und ohne größeres Risiko aufzuhalten. Die Berechnung dazu war schon einige Monate früher in einer langen und genauen Aufstellung der Hilfsmittel, der Verkehrsmöglichkeiten und der wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte Italiens in London aufgestellt worden. Deshalb hatten auch Großbritannien und Frankreich, ohne das Völkerbundsverdict abzuwarten, schon drei Monate vor dem äthiopischen Unternehmen für eigene Rechnung Italien gegenüber finanzielle Sanktionen zur Anwendung gebracht durch einen plötzlichen und vollständigen Abbruch der traditionellen Handelskredite.

Nach dem Überschreiten des Mareb am 3. Oktober sieht sich also Italien zur Führung eines Zweifrontenkrieges gezwungen: einen militärischen Krieg in Afrika gegen das Heer des Negus, das mit modernen Waffen ausgerüstet und auf europäische Weise ausgebildet worden war, und einen wirtschaftlichen und finanziellen Krieg in Europa und in der Welt gegen 52 Sanktionsländer, die der autoritären Kommandogewalt Großbritanniens unterstehen.

Im Verlauf von sieben Monaten, während denen es dauernd alle seine Schlachten auf dem geduldigen Papier der Pariser und Londoner Zeitungen und in den düsteren Voraussagen der militärischen und politischen Strategen der Demokratien verliert, zieht Italien mit seinen siegreichen Truppen in Addis Abeba ein.

Nicht minder glorreich ist der Widerstand Italiens an der finanziellen und wirtschaftlichen Front. Die Sanktionspolitik rechnete mit der Notwendigkeit dauernder italienischer Käufe von ausländischen Produkten, die, da sie nicht mehr durch die Ausfuhr ausgeglichen und deshalb in Gold bezahlt werden müssen, sehr schnell die Metallreserven Italiens erschöpfen mußten. Dies erwies sich aber als eine Fehlrechnung. Italien antwortet, indem es seine Einkäufe in den Sanktionsländern einstellt und seinen Warenaustausch mit den den Sanktionen nicht beigetretenen Ländern, vor allem mit Deutschland, vergrößert und ferner seine gesamten inneren Produktionsmöglichkeiten in beschleunigtem Maße entwickelt.

Am Abend des 9. Mai wird das italienische Imperium von Ostafrika ausgerufen.

England und die Sanktionen

Italien hat den Krieg gewonnen. England und Frankreich haben die Gegensätze in Europa nur verschärft und das Ausreifen der zwangsläufig sich ergebenden Krise beschleunigt. Ihre unvernünftige Politik muß mit etwas Aufmerksamkeit betrachtet werden. Durch ihre Fehler ist sie der Anfang der neuen europäischen Tragödie. Sei es gegen England wie gegen Frankreich, in der äthiopischen Angelegenheit handelt Italien mit kristallklarer Sauberkeit und mit offensichtlichen Beweisen des Willens zur Zusammenarbeit. Für Frankreich ist die italienische Frage Äthiopiens keine Neuigkeit. Sie war, wie schon gesagt, durch den Geheimbrief Laval an Mussolini vom 7. Januar 1935 gelöst worden. Lange Verhandlungen hatten zur Vorbereitung gedient. Schon seit 1931 wird während einer diplomatischen Zusammenkunft in Paris den italienischen Kolonialansprüchen ein Name gegeben. Dem italienischen Außenminister Graf Grandi sagt Laval: „C'est l'Abissinie!“

Sofort nach dem abessinischen Angriff von Ual-Ual, kaum daß eine Regelung der Beziehungen zwischen Italien und

Abessinien sich als nunmehr unaufschiebbar zeigte, fordert Mussolini die britische Regierung zu einer im herzlichen Geiste zu haltenden Prüfung und einer Lösung durch Zusammenarbeit auf. Schon in der Weihnachtsnacht 1934 beauftragt er den italienischen Botschafter in London, die britische Regierung um ein sofortiges Eingreifen in Addis Abeba zu bitten, damit endlich die abessinischen Drohungen und Machenschaften beendet würden. In diesem Sinne macht Graf Grandi einen ersten Schritt im Foreign Office am Sankt-Stephans-Tag. Mit diesem Tage beginnt die letzte diplomatische Phase der äthiopischen Frage zwischen Rom und London. Es folgt vom April 1935 an eine Periode diplomatischer Kontakte zwischen den beiden Regierungen. Die Haltung des Negus gegen die Italiener wird immer aggressiver, und diese Haltung zeigt sich in neuen blutigen Episoden, die Italien zwingen, seine Prüfungsbasis zu erweitern. Von der Forderung eines englischen Schrittes in Addis Abeba, um den Negus aufzuhalten, die aber keinen Erfolg zu haben scheint, geht man zum allgemeineren Thema des Friedens und der Ordnung in Äthiopien über.

An den Besprechungen in London nehmen der britische Premierminister MacDonald, sein Außenminister Simon, der ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office, Vansittard, und der parlamentarische Unterstaatssekretär und Delegierte beim Völkerbund, Eden, teil. Diese vier Männer haben verschiedene Ideen, Ansichten und Gefühle. Eden, der zwar noch eine kleine Stellung, jedoch einen großen Ehrgeiz hat, beherrscht den Völkerbund, wo er an Stelle von Simon, der weder Genf noch das Reisen liebt, tritt. Seine Popularität in Genf verschafft ihm einen guten Ruf in London unter den Labour-Anhängern und in den demokratischen Strömungen. Die innere Politik wird mit der äußeren vermengt.

Die allgemeinen Wahlen werden vorbereitet. Im Juni verläßt MacDonald die Regierung, und Baldwin wird sein Nachfolger. Auch der Außenminister Simon geht ab und wird durch Hoare ersetzt. Zum ersten Male wird Eden Minister für den Völkerbund. Es sieht so aus, als ob die britische Außenpolitik in Teilhaberschaft betrieben wird. Hoare hat die offizielle Macht, er hat aber aus Gründen innerer Politik nicht die notwendige Autorität. Eden dagegen besitzt offiziell keine Macht, ist aber stark auf Grund seines Einflusses im Innern. Leider sieht er nicht die großen und gefährlichen Probleme. Er kennt nur eine einzige Sorge: für die Konservativen den Wahlkampf zu gewinnen, der sich als sehr

schwierig ansagt. Der Plan der britischen Politik, der in seinen Händen liegt, verschiebt sich folglich von der außenpolitischen zur innerpolitischen Front. Unter den britischen Parteien bildet der Völkerbund eine über alles dominierende Frage. Die Agitation für den Völkerbund gipfelt im Peace ballot, der 11 Millionen Stimmen vereinigt. Es ist dies ein widersinniges und demagogisches Dokument, das das Traumreich eines Dauerfriedens vorgaukelt durch den Krieg gegen den Angreifer, und eine Machtstellung des Völkerbundes in allen internationalen Beziehungen erstrebt. Dadurch sollte der Wahlkampf Baldwins unter Zunutzemachung des Programms der politischen Gegner vorbereitet werden. In diesem Manöver ist Eden der Vertrauensmann. Eden ist jung und sieht gut aus. Er entwickelt eine leidenschaftliche Tatkraft und erscheint äußerlich von den lautersten Absichten beseelt. Als Völkerbundsminister erscheint er als der treue Wortführer der weitverbreiteten völkerbundsfreundlichen Strömungen des Landes. Jede seiner Reden in Genf gewinnt Zehntausende von Stimmen für den Wahlkampf Baldwins und verringert Hoares Autorität, der gegen Genf eingestellt ist. Die äthiopische Frage nimmt dadurch für England vor allem eine Bedeutung für den Wahlkampf an.

Bald jedoch erwacht auch wieder der britische Idealismus und erklärt sich mit Eden solidarisch. Um den dunklen Machenschaften der britischen Politik zu begegnen, werden zwei italienische Divisionen nach Libyen entsandt. Die imperialen Konservativen glauben deshalb, daß sich das afrikanische Problem auch auf das Mittelmeer ausbreitet. Am 22. August beschließt der britische Ministerrat auf Vorschlag von Hoare, die Home Fleet nach dem Mittelmeer zu entsenden. Dieser Beschluß, der kränkend für Italien und als Einschüchterung gedacht ist, reißt die britische Politik in eine gefährliche und folgenschwere Strömung hinein. Die Wahlkampfdemagogie erstarrt in dieser Richtung. In einem gewissen Zeitraum ist Hoare, der Italien gegenüber ein gemäßigtes und verantwortungsbewußtes Verhalten gezeigt hatte, gezwungen, sich gegen die Konkurrenz Edens zu wehren. Die Rede, die er am 9. September in Genf hält, übertrifft in ihrer Kraft die Unnachgiebigkeit Edens.

Baldwin gewinnt den Wahlkampf. Es sieht so aus, als ob sein Außenminister Hoare, der eine mehr realistische Auffassung der Bedürfnisse der britischen Außenpolitik besitzt, England zu einer gemäßigteren Haltung Italien gegenüber bringen will. Aber Edens Auffassung herrscht nunmehr vor.

Die Labour-Anhänger zusammen mit den antifaschistischen demagogischen Kreisen unterstützen ihn. Baldwin fürchtet auch Hoare, weil er in ihm den gefährlichsten aller Konkurrenten sieht. Immer lebhafter tritt der Widerstand des Colonial Office und seiner imperialistischen Beamten zutage, die zwar Genf und auch das Negus-Äthiopien verachten, dagegen nicht dessen reiches Gebiet, das eine gute Zugabe zu den anderen britischen Kolonien bilden könnte. Hoare macht einen letzten Versuch. Am 10. Dezember erfolgt sein mit Laval ausgearbeiteter Vorschlag einer Kompromißlösung des äthiopischen Problems. Eden entfacht im Einvernehmen mit der politischen Masse der französischen Linksparteien den Orkan. Hoare fällt und mit ihm seine Vorschläge. Eden wird Außenminister und erreicht somit das erste Ziel seines Ehrgeizes. Er wirft die Brandfackel in das europäische Drama.

Waren aber die Vorschläge von Hoare und Laval wirklich ehrlich gemeint? Am selben Tage ihrer Ausarbeitung und bevor sie noch der italienischen Regierung mitgeteilt wurden, unterzeichnen die beiden Außenminister eine erste französisch-britische militärische Abmachung, die offensichtlich gegen Italien gerichtet ist.

Die Politiker in London und Paris begründen natürlich ihren Kampf gegen das italienische Unternehmen durch ihre Treue gegenüber dem Völkerbund, d. h. gegenüber den Prinzipien einer neuen europäischen Ethik, die in den Bestimmungen des Völkerbundes angeblich enthalten ist, mit ihren Verpflichtungen zur kollektiven Sicherheit, zur Bestrafung des Angreifers, zur Revision, die durch einen in internationaler Zusammenarbeit erfolgten Beschluß getätigt werden soll. Für die äthiopische Frage gab es zwei verschiedene Arten, die Satzungen des Völkerbundes, die sogar im Covenant zum Ausdruck kommen, anzuwenden: diejenige einer konstruktiven Revision eines gewissen nunmehr unerträglich gewordenen Zustandes nach Paragraph 19, und diejenige einer blinden Niederhaltung der italienischen Initiative, die durch die aggressive Haltung Äthopiens notwendig geworden war. Unter der fadenscheinigen Maske von wenigen nicht annehmbaren Vorschlägen zur Versöhnung verfolgt Großbritannien mit Vorsatz den zweiten Kurs. Sein Endzweck ist in Wirklichkeit nicht der, dem neuen Völkerbundsgesetz zu dienen, das nach den großen kolonialen Eroberungen Großbritanniens und Frankreichs nun plötzlich den Gang der Geschichte aufhalten will und die be-

stehende Ordnung für heilig hält, ohne eine Möglichkeit neuer Abänderungen zugunsten der bei der Verteilung der Naturschätze der Welt zu spät angelangten Nationen zu bieten. Sein Endzweck ist dagegen der, unter der Vorspiegelung eines kollektiven Interesses britischen imperialen Sonderinteressen zu dienen. „England macht im Namen Gottes immer sehr gute Geschäfte“, hat Cromwell gesagt.

Typisch ist der Beginn der finanziellen Sanktionen, die von Großbritannien gegen Italien viele Monate vor dem Verdict des Völkerbundes angewandt werden, als die italienische Regierung nach einer ehrlichen Stellung der äthiopischen Frage in London noch vergebens eine ernste Prüfung und eine Behandlung im Sinne einer Zusammenarbeit erwartet. Noch typischer ist hier die Konzentration der britischen Flotte im Mittelmeer. Schon im August vorgesehen, findet sie zwischen dem 1. und 19. September statt. Zu dieser Zeit war Italien noch gar nicht in den Krieg eingetreten. Genf hatte noch nicht seinen Urteilspruch über den angeblichen Angriff abgegeben. Es sind 144 Schiffseinheiten — beinahe die gesamte Home Fleet, der sich noch weitere aus dem Stillen Ozean und aus dem Indischen Ozean herbeigerufene Schiffe hinzugesellten mit einer noch nicht dagewesenen Größe von 800000 Tonnen —, die die Absicht haben, das Mittelmeer unter offener Bedrohung Italiens zu blockieren. In der Denkschrift Edens, die in Genf am 22. Januar 1936 vorgelegt wird, versucht die britische Regierung zu beweisen, daß es sich nur um eine Aktion der Solidarität zum Völkerbund gegenüber der Verletzung des Covenant handelt. Die Daten jedoch sprechen klar. Mit ihrer Note vom 24. Januar vermag die italienische Regierung zu beweisen, daß dies alles sich vor dem Kriege abspielt. England wartet drei Wochen mit der Antwort und entgegnet dann mit einer neuen Note vom 14. Februar, durch die es versucht, der italienischen Beweisführung zu entgehen und von neuem seine Behauptungen, im Sinne des Völkerbundes zu handeln, wiederholt. In passiver Weise assoziiert sich Frankreich dem britischen Manöver mit einer Note vom 18. Februar. Die italienische Regierung wiederholt in einer darauffolgenden Note ihre Kennzeichnung des eigenmächtigen Vorgehens Englands. Die ganze Angelegenheit wird nun in ein vorsichtiges Schweigen gehüllt. Alles deutet überhaupt darauf hin, daß England in Wirklichkeit eine unabhängige Politik treibt und sich des Völkerbundes dazu bedient, anstatt ihm zu dienen.

England bereitet im stillen die allmähliche Annexion Äthio-

piens vor. Diese Annexion, die schon in den letzten Jahren durch eine langsame und wohlberechnete Zersetzung des äthiopischen Gebietes im Westen von der Seite des anglo-ägyptischen Sudans, im Süden von Kenia aus begonnen hatte, wo es gelungen war, die britische Flagge in Moyale zu hissen, ist ein Teil des Planes der britischen Kolonialpolitik.

Man kennt nunmehr die tiefe Krisis, die, wenn auch nicht eingestanden, nach dem großen Krieg im System des Commonwealth in den Beziehungen Großbritanniens und seiner Dominions entstanden ist. Sie wurde durch eine latente Zentrifugalbewegung der peripherischen Gebiete ausgelöst, die ihre eigene politische Individualität und ihre Autonomie der Interessen vergrößert. Großbritannien muß damit rechnen, daß die Dominions sich langsam lösen, und es unternimmt deshalb den Versuch, den Verlust durch die Schaffung eines neuen direkten Kolonialreiches zu kompensieren. Dafür war auch die Einverleibung des großen und reichen Äthiopiens vorgesehen, dessen zentrale Lage den anglo-ägyptischen Sudan mit dem Somaliland und die Äquatorialgruppe des Kenia, des Tanganjika und des Uganda zu einer politischen Gebietseinheit vereinigen kann.

Nicht weniger klar ist die Haltung Frankreichs. Seine sofortige Befürwortung der Sanktionen, durch die die gegen die Regierung von Rom durch den „désistement“-Brief eingegangenen Verpflichtungen gebrochen werden, könnte merkwürdig erscheinen, da dadurch das System der italienisch-französischen Abmachungen vom Januar 1935, die so günstig für Frankreich sind, hinfällig werden und das gesamte Problem der Beziehungen zu Italien wieder aufgerollt wird. Es ist jedoch alles erklärlich. Die alten französischen Motive gegen Italien beleben sich aufs neue, seitdem Italien einen eigenen Willen zur Macht zeigt. Dazu kommt noch eine neue, mehr oder weniger ideologische Bewegung der sogenannten „Volksfront“, die von der Regierung des Sozialisten Léon Blum durch Konzentration der Linksparteien geschaffen worden war. Zu guter Letzt wird eine schon seit langer Zeit vorbereitete Machenschaft des Quai d'Orsay in Szene gesetzt. Seit über fünfzehn Jahren nach dem Weltkriege hatte Frankreich versucht, mit Großbritannien ein politisches und militärisches Bündnis mit allen dazugehörigen gegenseitigen und dauernden Verpflichtungen wieder aufzurichten. Bei seiner Rückkehr zu der Politik einer vernünftigen und gemäßigten Isolierung stellt Großbritannien diesem Verlangen jedoch immer eine ablehnende Haltung

gegenüber. Die wenigen von Großbritannien übernommenen Verpflichtungen haben nur einen episodenhaften und allgemeinen Charakter, wie diejenigen des Paktes von Locarno, in dem die militärischen Garantien sowohl für Frankreich als auch für Deutschland gelten und von einer gleichartigen italienischen Garantie ergänzt werden. Frankreich macht sich jedoch die britische Forderung eines Zusammengehens in der Sanktionspolitik zunutze und verlangt als Gegenleistung eine klar umrissene und dauernde britische Verpflichtung zu seinen Gunsten.

In diesem neuen Handel verrät und zerstört Frankreich somit aus eigener Initiative im Buchstaben und im Geiste die seit wenigen Monaten mit Italien unterzeichneten Abmachungen und gesellt sich von neuem einer den italienischen Interessen feindlichen politischen Strömung zu. In aufeinanderfolgenden und schnellen Etappen verwandelt sich der geheime Flottenvertrag zwischen London und Paris, der eine Einheitsfront gegen Italien als Zusatz zu den Sanktionen zum Zweck hat, in einen allgemeineren und dauerhaften Pakt, der auf dem Wege über viele dunkle Konventionen gegen Ende von 1938 zu einem wirklichen Bündnisvertrag wird. Frankreich bringt auf diese Weise England auf seine Seite und verwickelt es in die Wirrnisse des europäischen Festlandes und in die Verteidigung französischer imperialer Interessen. Dabei verliert es von neuem Italien. Es bildet sich ein, durch das Bündnis mit Großbritannien sich vor einem neuen europäischen Kriege retten zu können. Gerade auf Grund dieses Bündnisses jedoch wird es dann in den Krieg von 1939 hineingezogen.

Die Sanktionspolitik stellt nicht nur eine ungeheuerliche Ungerechtigkeit dar und eine verbrecherische Kränkung der italienischen Rechte, sie ist auch der folgenschwere Anfang der gefährlichsten Phase der europäischen Krise. Durch sie vertieft sich der Abgrund zwischen den Mächten, und immer größer wird die Unbeständigkeit in der europäischen Solidarität. Deutschland macht sich dies, wie es ganz natürlich ist, zunutze, um die letzten militärischen Schranken des Versailler Vertrages zu zerstören. Am 7. März 1936 besetzt es die bis jetzt entmilitarisierte Zone des Rheinlandes, in der es in der Folge den riesigen Verteidigungsgürtel des Westwalles gegenüber der französischen Maginotlinie errichtet. In London wird der Völkerbundsrat zusammengerufen. Auch der Locarno-Ausschuß wird aus seinem tiefen Schläfe geweckt, um eine Aktion gegen Deutschland auf die Beine zu

bringen. Italien gehört zum Locarno-System und zum Völkerbundsrat. Es untersteht jedoch den Sanktionen. Es hat die Freundschaft Deutschlands erfahren, dessen Recht es übrigen anerkennt. Es will nicht an Reaktionsmaßnahmen teilnehmen. In den Beratungen wird nichts vereinbart. Deutschland wird nur aufgefordert zu verhandeln. Frankreichs größte Sorge ist vor allem, den Militärvertrag vom 10. Dezember 1935 auszubauen. Er erweist sich als eine zwecklose und gefährliche Abmachung. Deutschland gewinnt in der Zwischenzeit sein neues Spiel. Der europäische Zwiespalt bildet die Voraussetzung einer neuen Blockpolitik.

Aber Mussolini gibt den Gedanken einer großen europäischen Zusammenarbeit noch nicht auf. Das europäische Unternehmen ist trotz der zahlreichen und schweren äthiopischen Provokationen nicht aus dem afrikanischen Rahmen herausgetreten. Noch ist kein unüberwindliches Hindernis unter den europäischen Völkern vorhanden. In einer Erklärung vom 29. Mai im Daily Telegraph, dem halbamtlichen Organ des neuen britischen Außenministers Eden, bestätigt Mussolini den Willen Italiens, die Interessen Großbritanniens und Ägyptens bezüglich der Gewässer des Tanasees, die in den Nil abfließen und für die anglo-ägyptischen Baumwollpflanzungen lebenswichtig sind, anzuerkennen und setzt hinzu: „Eine anglo-italienische Annäherung ist nicht nur wünschenswert, sondern sie ist auch notwendig, und meinerseits werde ich alles, was in meiner Macht steht, tun, um dahin zu gelangen.“

Am 30. Juni überreicht der neue italienische Außenminister, Graf Galezzo Ciano, der Völkerbundsversammlung eine Note, die in klarer Sprache die Absichten der italienischen Außenpolitik gegenüber der durch den äthiopischen Krieg hervorgerufenen europäischen Krise zum Ausdruck bringt. Nach einer kurzen Schilderung der wirklichen geschichtlichen Tatsachen der äthiopischen Vorgänge, die durch das übereilte Verdikt des Völkerbundes verzerrt worden waren, stellt die Note einige Hauptpunkte für die europäische Politik auf: „Italien betrachtet sein Vorgehen in Äthiopien als eine heilige Kulturmission, in deren Ausübung es die Absicht hat, sich an die Grundgedanken des Völkerbundspaktes und anderer internationaler Akte, die die Aufgaben der Kulturmächte umfassen, zu halten... Italien ist bereit, seinerseits das Prinzip anzuerkennen, nach dem Eingeborene nur so weit zum Militärdienst herangezogen werden können, als es zur Sicherung der lokalen Polizeigewalt

und der Verteidigung des Gebietes notwendig ist. Es sollen die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um die Freiheit der Verbindungen und des Verkehrs zu gewährleisten, wie auch diejenigen um eine gerechte Behandlung des Handels sämtlicher Staaten zu sichern... Die italienische Regierung ist überzeugt, daß eine loyale und effektive Zusammenarbeit zwischen den Staaten den tiefsten Bestrebungen der Völker zu einer besseren und höheren Zukunft entspricht.

In der Erwartung, daß seitens des Völkerbundes die in Äthiopien entstandene Situation im Geiste eines gerechten Verstehens erfaßt werde, erklärt die italienische Regierung, daß sie bereit ist, dem Völkerbund ihre willige und praktische Mitarbeit zukommen zu lassen in Hinsicht auf die Lösung der ersten Probleme, von denen die Zukunft Europas und der Welt abhängt... Die italienische Regierung spricht ihre nunmehr allgemein anerkannte Überzeugung aus, daß der Völkerbund einer entsprechenden Reform unterzogen werden müsse, und sie ist bereit, an der Prüfung und der Ausführung einer solchen Reform mitzuarbeiten... Die italienische Regierung kann jedoch nicht umhin, an die unnormale Situation, in welche Italien versetzt worden ist, zu erinnern und an die Notwendigkeit, daß die Hindernisse, die einer Verwirklichung der von Italien ehrlich erwünschten internationalen Mitarbeit, zu der Italien zur Sicherung des Friedens einen konkreten Beitrag leisten möchte, entgegengestellt worden sind und noch immer entgegengestellt werden, ohne Zögern entfernt werden.“

Diese Note stellt einen kristallklaren Appell zur Rückkehr Europas zur Vernunft und zu einer friedlichen Zusammenarbeit dar. Es ist auch ein Akt der Versöhnung gegenüber dem Völkerbund selbst, der das Sanktionsverdict ausgesprochen hatte. Die Haltung Italiens ist loyal und vom besten Willen beseelt. Es bietet nach der völligen Eroberung Äthopiens die Friedenspalme an, nachdem die Regierung von Rom nunmehr in Europa ihre völlige Handlungsfreiheit wiedererlangt und nicht mehr feindselige Reaktionen dieser oder jener Macht zu fürchten hat.

Aber auch diese freiwillige Friedensgeste Italiens findet in Paris und London nicht das ihm zukommende Verständnis und die gebührende Würdigung. Die Sanktionen fallen in Genf am 15. Juli auf Grund einer mühseligen Entscheidung der Sanktionsländer zur Wiederaufnahme der Handelsverbindungen mit Italien. Sie fallen vor allem deshalb, da jeder Staat große Eile hat, seine manchmal recht schweren Handelsver-

luste, die sich nach Schließung des italienischen Marktes gegenüber seiner Ausfuhr ergeben hatten, wieder einzuholen. Verspätet jedoch kommt vor allem seitens Großbritannien und Frankreichs die Lösung des politischen Faktors: die Anerkennung der Rechte des italienischen Imperiums in Ostafrika.

Der Bürgerkrieg in Spanien

Der Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien vertieft den Zwiespalt zwischen den Großmächten. Sofort erscheint er als Ausfluß gegensätzlicher europäischer Interessen.

Seit vielen Jahren bereitet sich in Spanien ein Aufeinanderprallen nationaler Ideologien und Kräfte vor. In dem Kampfe der Parteien breitet sich der Einfluß der extremen Strömungen des Syndikalismus, des Anarchismus und, nach dem großen Kriege, des Kommunismus immer mehr aus. Regionale selbständige Bewegungen entstehen, die bisweilen beinahe zum Separatismus führen, wie die baskische und vor allem die katalanische Bewegung. Die herrschenden Klassen haben die neuen wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Belange der Volksmassen nicht richtig erkannt. Als weiterer Einfluß zeigt sich endlich der dauernde Wechsel in der Richtung der inneren und äußeren Politik. Dadurch verschlechtern sich von Jahr zu Jahr die Zustände in Spanien. Alles dieses führt zu einer weitverbreiteten Unzufriedenheit, die jedoch nicht in einer bestimmten Strömung und auch nicht in einer genügenden Widerstandsbewegung des demokratischen Regimes ihren Ausdruck finden kann.

Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verbreitet sich in Spanien mit verschiedenen Zielen der Geist der Revolution. Nach dem großen Krieg polarisiert er sich merkbarer in zwei entgegengesetzte Strömungen, die beide mehr oder weniger willkürlich vom ausländischen Beispiel beeinflußt werden: eine Strömung der äußersten Linken, die die Tendenzen des russischen Kommunismus enthält und vor allem in den großen und bewegten Industriegebieten, wie dem von Barcelona, einen fruchtbaren Boden findet, und eine Strömung, die eine gemäßigte Reform im Sinne des nationalen Geistes anstrebt und in vager Weise nach dem Beispiel des Faschismus geformt ist. Die Reaktion auf die Fehler der Militärpartei, die auf die unglücklich verlaufenen Kriege gegen den Aufstand von Abd el Krim in Marokko folgt, läßt diese beiden Bewegungen ans Tageslicht

treten. Die Linksparteien erheben sich energisch gegen die Regierung von Madrid. Sie stoßen jedoch auf eine Gegenaktion in dem Versuch eines neuen nationalen politischen Regimes, das 1923 vom Gouverneur von Katalonien, General Don Miguel Primo de Rivera, gegründet worden ist. Diese Bewegung versucht, allerdings mit unzureichenden Mitteln und unter verschiedenen Bedingungen, den vom Faschismus zurückgelegten Weg zu gehen.

Das neue Regime, das einen ersten spanischen Schritt zu einer Neuordnung darstellt, hat die Absicht, die Fragen einer Sanierung der öffentlichen Verwaltung zu lösen. Es versucht eine resolute Reinigung des nationalen politischen Lebens. Es ruft eine große Regierungspartei ins Leben, unterdrückt die Streikbewegungen, löst die roten Arbeitersyndikate auf und strebt einer ehrlichen Annäherung der sozialen Klassen zu. Der Versuch jedoch hat trotz seiner Großzügigkeit kein langes Glück. Er operiert an der Oberfläche des nationalen Lebens durch episodenhafte Initiative. Er sucht nicht den Geist der Gemeinschaft zu erringen und auch nicht eine höchste nationale Idee aufzustellen, in der sich die Massen der verschiedenen Lager begegnen und aussöhnen können. Sehr bald hat die Bewegung von neuem die Arbeiter und Angestellten, die Studenten und die Intellektuellen der freien Berufe und einen Teil der konservativen Aristokratie gegen sich, die sich den als zu kühn angesehenen Reformversuchen entgegenstellen. Der König unterstützt diese Bewegung nicht. Im Januar 1930 verläßt Primo de Rivera die Regierung. Zwei Monate später stirbt er ganz plötzlich. Die Kurve der nationalen Geschichte Spaniens bewegt sich auf ihrem absteigenden Aste der Endkrise zu.

Schon im August 1930 versammeln sich in San Sebastian die Republikaner, die Sozialisten und die Separatisten zur Ausarbeitung eines revolutionären Aktionsplanes. Hier und dort entsteht in ungeordneter Weise ein „Pronunciamiento“ militärischer Abteilungen. Die verschiedenen Regierungen des Königs sind machtlos. Im April 1931 versucht man vergeblich, durch allgemeine politische Wahlen das bestehende System zu retten. Die Wahlen offenbaren nur noch das Anwachsen der Revolutionswelle der Linken gegen die Monarchie. Am 7. Mai schifft sich König Alfons XIII. von Cartagena nach Marseille ein. Sofort wird die Republik ausgerufen. Bei ihrer Bildung erscheinen an den ersten Plätzen viele Männer der spanischen Kommunistischen Partei, die unter dem direkten Einfluß der Komintern von Moskau stehen,

und viele Männer der demokratischen und freimaurerischen Richtungen, die von Paris beeinflusst werden. Sie alle sind offene Feinde von Primo de Rivera und der nationalen Bestrebungen seiner Politik. Sie alle hängen mehr oder weniger bewußt von ausländischen Ideologien und Interessen ab. Das neue republikanische Regime artet bald zu extremen Formen aus, deren typischer Ausdruck eine Verschärfung des Klassenkampfes ist, der unter Begünstigung der ersten von der neuen Regierung getroffenen antikapitalistischen Maßnahmen sich schnell zu einem bitteren inneren Kampf der Extremisten selbst entwickelt: zwischen Sozialisten, Syndikalist, Kommunisten und der traditionsmäßig in Barcelona besonders starken Gruppe der Anarchisten. Dazu gesellt sich das Wiederauftreten der regionalen Separatistenbewegungen, die von Katalonien sich in verschiedener Stärke nach Navarra, Andalusien und Galicien ausbreiten. Nebenbei erfolgt eine Verschärfung des Antiklerikalismus, der seine Ausdrucksformen auf der Straße findet durch den Angriff auf Kirchen und Klöster. Eine Folge ist die schnell zunehmende wirtschaftliche und finanzielle Unordnung, die die politische Krise und die weitverbreitete Unzufriedenheit der Nation vergrößert.

Diese nicht mehr von verantwortlicher Seite aus kontrollierte latente rote Revolution, der sogar ein wirklicher Führer und ein genaues Leitmotiv fehlt, verschiebt sich immer mehr nach links. Auch die gemäßigten demokratischen Gruppen werden beiseitegeschoben. Im Oktober 1935 wird der Jesuitenorden aus Spanien ausgewiesen und seine Güter beschlagnahmt. Als sofortige Reaktion erfolgt eine Sitzung sämtlicher baskischer Parteien. Unter dauerndem Regierungswechsel, Arbeiterunruhen, kurzen militärischen Aufständen und anarchistischen Bewegungen, gegen die die nationalgesinnten Elemente Widerstand leisten, gelangt man zu den Neuwahlen, die am 16. Februar 1936 zum Siege einer Konzentration der Linksguppen führen, die „Frente Popular“ genannt wird. Es wiederholt sich hier in größerer Unordnung und unter herrschenden extremen Tendenzen das französische Regime jener Zeit, das sich aus den gleichen Strömungen zusammensetzte und auch den gleichen Namen „Front populaire“ führte. Es besteht kein Zweifel, daß in diesem Siege außer der Verwirrung und der inneren roten Demagogie auch der ausländische Einfluß Frankreichs und Rußlands maßgebend war.

Rußland, d. h. die internationale Zentrale des Kommunis-

mus, der Komintern, die ihren Sitz und ihre Männer in Moskau hat, sieht in Spanien auf Grund seiner geographischen Lage und seiner vermeintlichen inneren Schwäche die neue Basis für die Wiederaufnahme der kommunistischen Revolution in Europa, die schon überall nach dem kurzen Experiment von Béla Kuhn in Ungarn mißglückt war. Dies war von Trotzki vorausgesehen und in diesem Sinne war auch 1935 in einem Kongreß der in Moskau versammelten Komintern ein Beschluß gefaßt worden. In der Unfähigkeit, seinen Einfluß direkt über Europa auszubreiten, rechnet der sowjetische Kommunismus nunmehr damit, die Brandfackel in dem im Westen gelegenen Mittelmeerlande entzünden zu können, um von dort aus seine Versuche gegen Frankreich und die anderen europäischen Länder, vor allem aber gegen Italien wiederaufzunehmen, das ein faschistisches Regime hat und offen antikommunistisch ist. Dieser Plan erfordert jedoch eine verschiedene Aktionstaktik. Es kommt nicht mehr ein Frontalangriff zum Zwecke einer kommunistischen Revolution zur Anwendung, sondern ein Umgehungsmanöver und eine unterirdische Durchdringung durch die Schaffung eines inneren politischen Regimes, das den tiefsten Zwiespalt und die größte wirtschaftliche und geistige Unordnung zur Folge hat, das also die nationalen Widerstandskräfte abschwächt und auf diese Weise den Boden für den kommunistischen Samen vorbereitet. Diese Art von Regime, die einen offenen Gegensatz zum Faschismus und Nationalsozialismus darstellt, bildet nun gerade die Volksfront. Sie ist in ihrer Form und in ihren Funktionen ein Geschöpf der revolutionären Doktrinen der Komintern, ehe sie noch in Frankreich und Spanien in Erscheinung tritt.

Ein weiteres Interesse außer jenem der demokratischen Ideologie und der freimaurerischen Solidarität bewegt Frankreich: das Mittelmeer. Um sich an der europäischen Front zu halten, d. h. um sein Prestige und seine politische Vorherrschaft zu bewahren, ist Frankreich gezwungen, die Freiheit der Verkehrswege zwischen seinem nationalen Gebiet und seinem afrikanischen Imperium zu garantieren, da Afrika für Frankreich ungeheure Reserven an Hilfsquellen und Menschenmaterial für die Truppe enthält. Die Gegenwart eines starken und unabhängigen Spanien könnte eine Bedrohung dieser Freiheit darstellen und selbst zum Träger einer nationalen und imperialen Idee werden, die nicht mit den imperialen Interessen Frankreichs in Einklang zu bringen wäre und folglich eine Gefahr darstellen würde.

Die Ursache dieser spanischen Krise bildet das Aufeinanderprallen großer ideologischer und revolutionärer Strömungen nationaler und imperialer Natur. In dieses bewegte Kapitel europäischer Geschichte wird Italien zwangsläufig hineingezogen wegen seiner europäischen Auffassung eines Kräftegleichgewichtes und zur Verteidigung seines Regimes und seiner kontinentalen und mediterranen Interessen.

Mit der neuen Regierung des „Frente Popular“ beginnt der letzte Akt der spanischen Krise. Die Verteilung der Kräfte steht nunmehr fest. Über die anscheinende Trägheit der nationalen Opposition herrschen die von dem Ausland unterstützten Linksgruppen.

Die erste Sitzung der neuen Cortes beginnt am 15. März mit dem Rufe: „Es lebe der Kommunismus!“ Während der Strom der Spanien verlassenden antimarxistischen Männer, die weniger mutig und entschlossen sind, zunimmt, entbrennen zwei innere Kämpfe: ein politischer gegen die am meisten Widerstand leistenden nationalen Gruppen, die Falangisten, die zum großen Teil faschistisches Ideengut verkörpern, und ein sozialer gegen die Vorherrschaft des Kirchengutes, der Aristokratie und des Bürgertums. Die Straße führt nunmehr das Wort. Die Regierung wird von der Demagogie mitgerissen und kann keinen Widerstand mehr leisten. Auf der Straße sieht man das Treiben der Komintern. Zur Durchführung der Revolution in Spanien wird ihr Agent, Andres Nin, der frühere Sekretär von Trotzki, mit Sondervollmachten ausgestattet. Etwas später wird die Absendung zweier Sonderbeauftragten, Béla Kuhn und Losovski, dem Generalsekretär der Dritten Internationale, beschlossen. Zwischen März und April treffen auch mit dem sowjetrussischen Dampfer Terek und mit anderen Transportmitteln die ersten Lieferungen russischer und französischer Waffen ein. Sowjetische Agenten, die aus Rußland und Frankreich zusammenströmen, übernehmen inzwischen den Befehl der revolutionären Gruppen und der Internacional de Joventudes Comunistas. Am 13. Juli wird der Patriot Calvo Sotelo, einer der letzten Verteidiger der nationalen Sache, der noch offen gegen die rote Regierung ankämpfte, von einer Horde der Guardia de Asalto, die sich aus jungen spanischen Kommunisten in Anlehnung an die sowjetische Rote Garde zusammensetzt, ermordet.

Dieses barbarische Verbrechen bildet den auslösenden Funken, der den Brand entfacht. An verschiedenen Stellen flammt der schon seit längerer Zeit vorbereitete, aber in

seinen einzelnen Phasen noch nicht zum Einklang gebrachte militärische Aufstand auf. Er bildet das erste Zeichen der nationalen Reaktion, die von der roten Regierung Spaniens und den ihr befreundeten Regierungen Frankreichs und Englands zu durchsichtigen Zwecken einer Irreführung als eine „Revolte der Generäle“ bezeichnet wird. Es wird dadurch versucht, die Bedeutung dieser Bewegung herabzumindern und sie als eine der vielen Militäraufstände hinzustellen, die seit jeher die Geschichte Spaniens episodenhaft bereicherten.

In wenigen Tagen jedoch hat die Bewegung schon einen Führer und einen einheitlichen Plan. Am 17. Juli 1936 trifft General Franco im Flug von Larache in Marokko ein. Er übernimmt den Befehl über seine treuen Kolonialtruppen, die schon ihre erste siegreiche Aktion gegen den kommunistischen Widerstand von Ceuta, Tetuan und Melilla begonnen hatten. In kurzer Zeit landet er, in Zusammenarbeit mit dem im Lande verstreuten Kern nationalen Widerstandes, mit einem Expeditionskorps in Spanien und beginnt entschlossen und siegreich den Marsch auf Madrid und leitet damit den 30 Monate dauernden Bürgerkrieg Spaniens ein.

Die militärische Geschichte dieses blutigen und dramatischen Bürgerkrieges ist nur zu bekannt. Kaum begonnen, greifen Rußland und Frankreich unter Anwendung jedes möglichen militärischen und diplomatischen Mittels zur Verteidigung der Roten ein. Sie organisieren den roten Nachschub an Waffen, Munition und Männern, zu Lande und zu Wasser. Sie versuchen eine europäische politische Aktion in Gang zu bringen, die den Zweck hat, eine internationale Solidarität für die Roten zu bilden. Sie betreiben die moralische und materielle Isolierung der Nationalen, indem sie diese als eine kleine Gruppe aufrührerischer Reaktionäre darstellen, die sich gegen die legale Regierung Spaniens und die in ihr verkörperten heiligen Prinzipien der Demokratie auflehnen.

Der Zweck dieses Eingreifens enthüllt sich in der beredten Sprache der Moskauer und Pariser Presse. Übereilt schreibt man, das Spanien „das Grab des Faschismus werden muß“. Man schreibt, daß dieses Land durch sein Regime die französische Pyrenäengrenze decken solle und daß neue Mittelmeerprobleme zu verhindern seien. Schon mit dem 25. Juli kann der Vertreter der roten spanischen Regierung in Paris, Don Fernando de los Rios, seinem Chef, Don José Giral, den Beistand der französischen Regierung versichern. Er gibt ihm die Nachricht seiner im Hause des französischen

Regierungschefs Léon Blum am Tage vorher erfolgten Zusammenkunft und berichtet ihm über dessen vielverheißenden Ausspruch: „Ich werde meine Haltung um jeden Preis und in allen Eventualitäten beibehalten. Wir müssen dem befreundeten Spanien helfen.“ Er berichtet ferner über die bevorstehende Lieferung französischer Waffen, vor allem von Flugzeugen. Schnell werden zu Wasser und zu Lande die täglichen Lieferungen von zahlreichem Kriegsmaterial Frankreichs und Rußlands organisiert. In Frankreich entstehen öffentliche Rekrutierungsbüros für freiwillige Kämpfer. Die sowjetische Regierung entsendet unter der Maske der Komintern politische Agenten. Die Tätigkeit der roten spanischen Regierung wird durch diese beiden Länder aufmerksam überwacht. Den roten Machthabern werden die Entscheidungen des sowjetrussischen Botschafters Rosenberg und des sowjetrussischen Generalkonsuls in Barcelona, Anton Afstchenko, aufgezwungen.

In dieser Lage schlägt der Außenminister Frankreichs, Yvon Delbos, den europäischen Regierungen mit seiner Note vom 1. August 1936 eine internationale Nichteinmischungsverpflichtung in Spanien vor. Die Note ist zweideutig und enthält eine versteckte Absicht. Sie spricht von einer offiziellen Verpflichtung der Regierungen, schweigt sich jedoch über das Eingreifen von Parteien und Privatgruppen, hinter denen sich leicht Regierungsinitiative verbergen kann, aus. Die italienische Regierung erkennt sofort diese Fallgrube. In seiner Antwort vom 3. August bestätigt der Außenminister Galeazzo Ciano den italienischen Willen zur Neutralität, verlangt aber, daß die „Nichteinmischung“ vollständig und loyal für jedes Land gelten solle, daß also nicht nur die Regierungen, sondern auch die Völker selbst sich danach verhalten müßten und dieser Verpflichtung jede Lieferung von Waffen, Kriegsmaterial, Freiwilligen, Propagandisten, politischen Agitatoren und Geldsendungen, gleichgültig welcher Herkunft, unterstehen sollten. Die Forderung Italiens wird nicht angenommen. Bei der Schaffung der offiziellen Neutralität wünscht Frankreich sich die Möglichkeit einer Einnischung vorzubehalten. Ein als Nichteinmischungsausschuß bezeichnetes internationales Komitee, dem sämtliche europäischen Mächte angehören, wird mit Sitz in London gebildet und hat die Aufgabe, die Beachtung der Nichteinmischungspolitik zu überprüfen.

Schon von den ersten Sitzungen an ist der italienische Botschafter Grandi imstande, das Vorhandensein französischer

und russischer Freiwilliger auf der Seite Rotspaniens durch genaue Belege zur Kenntnis zu bringen. Der Vorsitzende des Ausschusses, der Engländer Lord Plymouth, verweigert die Annahme dieser Beschwerde mit der Bemerkung, daß sie nicht in den Kompetenzkreis der „Nichteinmischung“ falle. Auf diese Weise wird sofort die stillschweigende französisch-britische Koalition enthüllt, die verhindern will, daß der Ausgang des Bürgerkrieges in Spanien nur von den spanischen Kräften abhängt, und die diesen Ausgang beeinflussen möchte.

Schon vor den Toren Madrids angelangt, wird der siegreiche Marsch des Generals Franco durch die unvorhergesehene Barriere der in großen Massen von Frankreich und Sowjetrußland und in kleinerem Umfange auch von Großbritannien und anderen Ländern zusammengeströmten Massen von Freiwilligen und Waffen aufgehalten. Die Roten, die schon von der Übermacht der gegnerischen Hilfsmittel und von der besseren Führung und dem Geiste der Nationalen überwältigt worden waren, können ihre unsicheren Stellungen wieder befestigen und erhalten die Möglichkeit zur weiteren Verteidigung. Ohne Zweifel ist der Bürgerkrieg in Spanien mit seinen blutigen Greueln, seinen Verbrechen und seinen Zerstörungen durch dieses französisch-russische Eingreifen verlängert worden.

Unter diesen Verhältnissen wendet sich nun General Franco an Hitler und Mussolini, deren Hilfe er zum Ausgleich gegen den steigenden ausländischen Einfluß bei der Verteidigung der Roten anruft. Mussolini zögert nicht. Nachdem das internationale Gaukelspiel der Nichteinmischung enthüllt worden und die französische, russische und britische Verletzung der Verpflichtungen und die vollkommene Gleichgültigkeit gegenüber den italienischen Beschwerden erwiesen war, befiehlt Mussolini die Landung einiger entsprechend bewaffneter Legionen von Schwarzhemden zur Unterstützung der nationalen spanischen Freiheitsbewegung. Wenig später folgt ihm Hitler. Der Bürgerkrieg in Spanien nimmt daraufhin auch den Charakter eines europäischen Krieges an. Er stellt zwei verschiedene Ideologien und Interessengruppen einander gegenüber. Die französische, englische und russische Koalition, die zum großen Teil sogar die Funktionen der roten spanischen Regierung selbst übernimmt, kämpft zur Unterdrückung der nationalen spanischen Bewegung und deren Forderung nach einer stärkeren und individuelleren Politik im Rahmen des europäischen Kräftegleichgewichtes.

Sie versucht in Spanien einen chronischen Zustand der Unordnung und Haltlosigkeit zu begünstigen, auf dem dann leicht die Versuche einer politischen, bankenmäßigen und vielleicht auch gebietsmäßigen Durchdringung fußen könnten. Sie kämpft auch gegen den Faschismus, der soeben erst siegreich aus der großen Prüfung des äthiopischen Unternehmens hervorgegangen war. Bezeichnend ist hier eine Note vom 9. Februar 1936, die von Valencia den Regierungen Londons und Paris zugestellt wird und in der die rote Regierung Spaniens sich bereit erklärt, „zu untersuchen, ob eine Veränderung der gegenwärtigen Situation bezüglich der Stellung Spaniens in Nordafrika angebracht wäre“, und sich ferner bereit erklärt, „einige Opfer“ als Gegenleistung für die Hilfe Frankreichs und Großbritanniens zu bringen. Die deutsch-italienische Koalition kämpft dagegen zum Schutze der freien nationalspanischen Idee und für eine starke Unabhängigkeits- und Erneuerungspolitik, die sich in der jungen und kühnen Bewegung der Falange ankündigt, um Europa das Gleichgewicht seiner nationalen und bürgerlichen Werte zu sichern und die drohende Gefahr dagegen abzuwehren.

Zusammengefaßt betrachtet ist also der europäische Krieg in Spanien, der den Bürgerkrieg begleitet, ein weiterer typischer Ausdruck des Mittelmeerproblems mit seiner Dynamik entgegengesetzter Kräfte. Er stellt in weitem Sinne einen neuen Ausdruck des Zusammenprallens zwischen der hegemonistischen Tradition der zwei großen imperialen Demokratien und den zwei totalitären Mächten dar, die immer mehr durch die Ereignisse begünstigt werden und die ein harmonischeres und ausgeglichenes Europa anstreben, in dem jede Nation durch ihre eigene Individualität und den vollen und freien Ausdruck ihrer Kräfte den ihrer Eigenart entsprechenden richtigen Platz einnimmt. Über zwei Jahre beherrscht diese Rivalität der Mächte, die zuweilen durch das Eingreifen dunkler revolutionärer Kräfte, die an einer Verschärfung der Konflikte und an der Unordnung ein Interesse haben, dramatische Formen annimmt, das politische europäische Gesamtbild. Diese Rivalität vertieft nur noch mehr den nationalen Zwiespalt, verlangsamt die Wiederaufbauarbeit und bringt im Feuer der Erfahrung die politischen Richtungen der verschiedenen Länder zum Reifen.

Schon am 18. November 1936 verkünden inzwischen die Regierungen von Rom und Berlin ihre Anerkennung der Nationalregierung des Generals Franco, die sie als die einzig

rechtmäßige in Spanien ansehen. Nachdem nunmehr auf diese Weise ihre Haltung festgelegt ist, schreiten sie zu einer offenen Aktion militärischer und diplomatischer Hilfeleistung zugunsten der nationalen spanischen Bewegung bis zum völligen Zusammenbruch des roten Widerstandes, der im Frühling 1939 stattfindet.

Die Achse Berlin-Rom

Der lange Krieg in Spanien läßt, wie schon gesagt, eine Befriedung Europas, wie sie Mussolini nach der Eroberung des Imperiums erhofft hatte, nicht zu. Nichtsdestoweniger stellt Italien seine Bemühungen für eine Zusammenarbeit nicht ein. Inzwischen ist die endgültige Annäherung zwischen Italien und Deutschland herangereift. Viele lebenswichtige Kräfte haben sie beeinflußt. Vor allem ist hier die Ähnlichkeit der Revolutionen, ihrer Ideologien und ihrer inneren und äußeren Ziele zu nennen. Das Gefühl einer gemeinsamen Gefahr erheischt eine gemeinsame Verteidigung. In der Hauptsache droht diese Gefahr seitens der großen imperialen Demokratien und deren Bankmilieu, die die neue Ordnung fürchten, weil sie darin eine Kraft erkennen, die in das Bewußtsein der Völker eindringen könnte und die die steigende Macht der beiden totalitären Staaten mit scheelen Augen ansehen. Bei den autoritären Ländern findet man die männliche Kraft zweier Völker, die nach Arbeit und Schöpfung drängt, und die ungestüme Jugend, die nicht durch eine verarmende Kontrolle der Geburten und der Lebenden gelähmt ist.

Weiter ist hier auch die Gleichheit politischer Positionen in dem durch die Friedensverträge von 1919 geschaffenen europäischen System. Deutschland hat den Krieg verloren und hat weite Zipfel seines Territoriums und sämtliche Kolonien opfern müssen. Italien hat zwar den Krieg gewonnen, jedoch den Frieden verloren und ist auch selbst ohne Kolonien geblieben. Zwischen den großen Nationen Europas haben aber Deutschland und Italien die höchste Bevölkerungsdichte und die intensivste Arbeitskapazität auf einem an Rohstoffen und landwirtschaftlichen Möglichkeiten armen Gebiet. Beide benötigen eine größere nationale Einheit und eine gebietsmäßige Expansion, in der sie jedoch gegen die vereinten Interessen der großen Imperien stoßen.

Die natürliche Solidarität zwischen Deutschland und Ita-

lien, besonders nach dem Triumph der nationalsozialistischen Bewegung, entspringt also nicht nur unmittelbar politischen Interessen. Sie stellt das Produkt einer geschichtlichen Bewegung, eines hohen Ideengutes, eines Zustandes und der Lebensbedürfnisse dar. Sie wird durch die Politik Mussolinis begonnen, der seit 1922 eine entschlossene und willige Mitarbeit mit Deutschland zwecks langsamer Befreiung von der finanziellen und militärischen Knechtschaft des Versailler Vertrags beginnt. Deutschland soll in die Reihen der großen souveränen Mächte zurückgeführt werden, die imstande sind, ihren Einfluß auf das europäische Kräftesystem auszuüben. Die äthiopischen Ereignisse lassen diese Solidarität noch weiter heranreifen. Deutschland erkennt in Italien den einzig möglichen Verbündeten seiner politischen und gebietsmäßigen Ansprüche. Es weist die Einladung Großbritanniens zu einem Beitritt zu den Sanktionen zurück und läßt seine sämtlichen Türen zu einem Austausch mit Italien offen, der sich durch Österreich in immer größerem Rhythmus vollzieht und den Zusammenbruch der wirtschaftlichen Belagerung begünstigt. Noch vor Ende des äthiopischen Krieges erhält Deutschland seine erste Gegenleistung, die freie Hand zur militärischen Besetzung der Rheinzone, die von Frankreich und Großbritannien, die gegen Italien gebunden sind, nicht verhindert werden kann. Die Solidarität Deutschlands und Italiens enthüllt sich somit auch in der Möglichkeit einer gegenseitigen Hilfeleistung und dem daraus erfolgenden politischen Vorteil im Zuge ihrer Errungenschaften.

Es ist daher nicht mehr als natürlich, daß dieses Zusammengehen konkretere und stabilere Formen annimmt, um so mehr als die Ereignisse in Europa den beiden Ländern ein offenes Verständnis ihrer Belange seitens Frankreichs und Großbritanniens zu verweigern scheinen. Am 23. Oktober 1936 unterzeichnet Graf Galeazzo Ciano in Berlin mit dem Reichsaußenminister Baron von Neurath sieben Protokolle, die vorher in einer herzlichen diplomatischen Zusammenarbeit der Kanzleien ausgearbeitet worden waren und durch die die Gemeinschaft der Ansichten und der Haltungen der beiden Regierungen in einigen der wichtigsten aktuellen europäischen Fragen zum Ausdruck kommen. Am darauffolgenden Tage empfängt Adolf Hitler in der Einsamkeit seiner Berchtesgadener Villa den italienischen Minister und verkündet ihm, daß Deutschland als erste unter den europäischen Großmächten das italienische Imperium in Ost-

afrika anerkannt. Durch diesen Akt klären sich auch formal die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien in einer im europäischen Rahmen einschneidenden Weise, und es kündigt sich eine konkrete politische Solidarität an. Die Protokolle von Berlin sind nicht ein Beistandspakt und noch weniger ein Bündnisvertrag. Sie bestimmen nur die Verpflichtung eines Austausches der Ansichten für eine eventuelle Gemeinschaftsaktion der beiden Mächte in den Fragen gemeinsamen Interesses. Diese Fragen sind: die französisch-britische Forderung einer Erneuerung des 1935 verfallenen Paktes von Locarno, der Völkerbund, die sich aus dem Bürgerkrieg in Spanien ergebenden europäischen Fragen mit ihren verschiedenen Rückwirkungen auf Grund des Eingriffes der europäischen Großmächte, die Ereignisse in Österreich und im Donauraum, die wirtschaftliche deutsch-italienische Zusammenarbeit, die sich schon vorher in weitem Maße entwickelt hatte durch die plötzlichen Erschütterungen, die infolge der Sanktionen dem europäischen Waren-austausch zugefügt worden waren.

Die Grundlage des Paktes von Locarno, der das erste und nützliche Experiment einer Vereinbarung der westlichen Großmächte zu Vieren darstellt, erscheint erschüttert. An eine Wiederherstellung ist nicht mehr zu denken. Großbritannien und Frankreich haben das italienische Imperium noch nicht anerkannt. Italien kann deshalb nicht das Risiko einer Garantie zugunsten Frankreichs annehmen und dieses Risiko mit Großbritannien als Garant teilen, weil eine so wichtige Frage in den Beziehungen dieser Länder noch nicht geklärt worden ist. Belgien hat seinerseits durch den festen Entschluß des Königs seine traditionelle Politik des Bündnisses mit Frankreich und der Unterwürfigkeit gegenüber Großbritannien aufgegeben und sich einer neuen und selbständigen Richtung zugewandt. Er beabsichtigt, sich aus dem wieder einsetzenden Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich herauszuhalten und eine Politik der Unparteilichkeit gegenüber den beiden angrenzenden Großmächten zu befolgen.

Nicht weniger abweisend ist die Haltung Deutschlands und Italiens gegenüber dem Völkerbund, auf den die beiden imperialen Demokratien noch immer das europäische System stützen wollen. Deutschland ist aus dem Völkerbund ausgetreten. Italien hat ihn nach dem Schandverdict der Sanktionen verlassen. Sein Appell für eine Mitarbeit, der in der Note des Ministers Galeazzo Ciano vom Juni 1936 enthalten

ist, hat taube Ohren gefunden. Die moralische und politische Zersetzungs- und Krisen des Völkerbundes ist weit fortgeschritten. Die kleinen Staaten beginnen den Druck und die Gefahr der Vormundschaft Großbritanniens und Frankreichs zu fühlen. Sie weigern sich, weiterhin die automatische Anwendung der Sanktionen zu befolgen. Die Genfer Organe verlieren damit auch das Mittel, ihre Gesetze geltend zu machen. Alle sprechen auch von der Notwendigkeit einer Völkerbundsreform. Aber diese Reform kommt nicht, denn man befürchtet, daß jenes System der Struktur und der Funktionen, das seinen Angelpunkt in der Verteidigung britischer und französischer Interessen hat, gestört werden könne. Andererseits hat durch das Ausscheiden Deutschlands und Italiens und den bevorstehenden Abgang anderer Staaten das Genfer Institut nunmehr jene Universalität verloren, durch die es wenigstens noch scheinbar das Gleichgewicht der Kräfte und Interessen und damit die Unparteilichkeit der Urteilsprüche und der Handlungen sichern konnte. Es ist noch lebendig in seiner anglo-französischen Bürokratie, die hohe Gehälter einstreicht und noch immer fortsetzt, Formulare auszufüllen und Zirkulare zu versenden. Im Bewußtsein der Völker dagegen ist sie längst tot. Ihre Versprechungen haben sich als trügerisch erwiesen, ihre Lösungen lebenswichtiger Probleme als schadenbringend.

Der trügerische Universalismus des Völkerbundes ist jedoch nach deutscher und italienischer Auffassung nicht die richtige Methode zur Lösung der großen Probleme des europäischen Wiederaufbaues auf Grund eines gerechten Friedens. Die richtige Methode, die zwar weniger ehrgeizig, dafür aber wirklichkeitsnahe ist, ist diejenige der direkten zweiseitigen Verträge von Staat zu Staat, in denen jedes Problem und alle Belange genau umrissen und in klarer Ausdrucksform durch gegenseitige und saubere Verpflichtungen definiert werden. Dadurch erreicht man zwar nur graduell eine Klärung der internationalen Beziehungen, man bleibt jedoch auf dem sicheren Boden der Wirklichkeit, außerhalb der Utopie. Die Universalität der Politik genau so wie die Universalität des Göttlichen eignet sich nicht für das begrenzte, veränderliche und kontrastierende irdische Leben der Völker. Sie verbirgt nur den Egoismus, den diese nicht zu zeigen wagen, und sucht eine Maske, eine Hilfe, die sie gegen die drohende Gefahr seitens der anderen schützen soll.

Im Bürgerkrieg in Spanien zeigen die Regierungen von Berlin und Rom eine aktive Solidarität in der Unterstützung

der nationalen Bewegung und beschließen, die Regierung von Franco als die rechtmäßige anzuerkennen. Sie bringen auch ihren gemeinsamen Willen zum Ausdruck, die Unabhängigkeit und die Integrität Spaniens zu respektieren und zu schützen.

Dieselbe Solidarität ergibt sich für die Probleme des Donaupraumes. Schon in seiner ganzen Arbeit der letzten Jahre hatte Italien das Anwesenheitsrecht Deutschlands für jedes Donauproblem unterstützt. Die Geographie, die Geschichte und die Realität des gegenwärtigen wirtschaftlichen Austausches bedingen den seit jeher bestehenden Drang Deutschlands nach dem Osten, der naturgemäß ist und nicht ein willkürlich gefaßter imperialistischer Plan. Willkürlich dagegen und von einer feindseligen Politik beeinflusst ist die zuerst französische und in der Folge auch britische Absicht einer Entfernung des deutschen Einflusses in Osteuropa.

Nicht weniger sauber ist die italienische Stellung gegenüber dem österreichischen Problem. Die Politik Italiens beruht auf zwei Grundsätzen: die Anerkennung der nationalen Individualität Österreichs, das deutsch ist, und die Verteidigung dieses kleinen Landes gegen die Versuche einer politischen und wirtschaftlichen Vormundschaft seitens Frankreichs und seitens einiger Staaten der Kleinen Entente. Die italienische Politik in Österreich war niemals gegen Deutschland gerichtet wie diejenige, die in Paris und Prag nach dem Vorbild der Verträge von Versailles und von Saint Germain getrieben wurde. Deshalb begünstigt die italienische Regierung unter gleichzeitiger Aufmunterung des österreichischen Widerstandes durch die in den Römischen Protokollen von 1934/1936 festgelegte Mitarbeit eine Versöhnung mit Deutschland, die des öfteren in Wien durch das Vorherrschen eines überlebten geschichtlichen Gedankengutes eines österreichischen Staates als Träger einer nationalen Idee in Frage gestellt worden war. In Berlin stellen deshalb Graf Ciano und Baron von Neurath die Übereinstimmung der Haltung im Donauprobem auf Grund der Anerkennung der gegenseitigen Interessen fest.

Eine Vereinbarung wird auch für die wirtschaftlichen Interessen und den Warenaustausch getroffen. Italien und Deutschland haben aus den Sanktionen unmittelbare Erfahrung geschöpft und erkannt, daß diese Sanktionen ein Mittel des wirtschaftlichen Druckes bilden, um die politische Unabhängigkeit und die nationalen Rechte der Völker zu bedrohen. Beide Nationen begeben sich deshalb auf die Suche

nach einem Weg zu einer wirtschaftlichen Autarkie, die sich auf die äußerste Ausnützung jeder möglichen inländischen Hilfsquelle erstreckt. Die Autarkie im Sinne Italiens bedeutet aber nicht etwa eine Isolierung von der Weltwirtschaft. Sie bedeutet mehr noch als eine Unterdrückung eine Veränderung des Handelsaustausches. Während der Sanktionen hat sich der Warenaustausch zwischen Deutschland und Italien beträchtlich erhöht. Neue Probleme der Lenkung der wirtschaftlichen Beziehungen ergeben sich dadurch für Italien und Deutschland. In Berlin beginnt deren Prüfung in einem Geiste, der die Wirtschaft und die Leistungen beider Länder immer mehr einander angleichen will. Dies sind die Probleme und die Vereinbarungen, die den Inhalt der Protokolle von Berlin bilden. Im großen und ganzen bedeuten sie den Anfang einer neuen gemeinsamen Politik Italiens und Deutschlands, die auf den gegenseitigen Schutz der Interessen und auf eine Gemeinschaftsaktion in den großen europäischen Geschehnissen hinzielt.

Die politische Solidarität zwischen Italien und Deutschland beabsichtigt jedoch nicht eine Isolierung und das Aufstellen eines in sich geschlossenen und anderen feindlich gegenüberstehenden Systems. Sie will dagegen den Verdichtungskern einer europäischen Politik des gesunden Gleichgewichtes und größerer Atmungsfreiheit bilden, den Beginn einer neuen internationalen Zusammenarbeit.

In seiner Rede in Mailand vom 1. November 1936, in der noch einmal Europa gegenüber die leitenden Punkte der italienischen Außenpolitik dargelegt sind, definiert Mussolini mit einem bezeichnenden Ausdruck, der in die Geschichte und in den allgemeinen europäischen politischen Brauch eingeht, die Vereinbarung zwischen Rom und Berlin als „Achse“. „Die Senkrechte Berlin-Rom ist keine Trennungswand, sie ist vielmehr eine Achse, um die herum alle europäischen Staaten, die vom Willen der Mitarbeit und des Friedens beseelt sind, sich zwecks Zusammenarbeit gruppieren können.“ Mit dieser Einleitung wendet sich Mussolini in der gleichen Rede an die anderen Staaten Europas und weist auf die Möglichkeit einer Klärung ihrer Beziehungen zu Italien hin.

Zu England, das Befürchtungen bezüglich der Rückwirkung auf das Mittelmeersystem, der italienischen Eroberung des Imperiums und der Gegenwart italienischer Legionäre in Spanien hat, sagt er: „Italien ist eine Insel im Mittelmeer. Dieses Meer ist für Großbritannien eine Straße, eine der vie-

len Straßen, oder vielmehr eine Abkürzung, durch die das britische Imperium seine peripherischen Gebiete schneller erreichen kann. Wenn jedoch für die anderen das Mittelmeer eine Straße darstellt, so bedeutet es dagegen für uns Italiener das Leben. Wir haben schon tausendmal gesagt, daß wir diese Straße nicht zu bedrohen beabsichtigen. Wir haben uns nicht vorgenommen, sie zu unterbrechen, wir verlangen aber andererseits, daß auch unsere Rechte und Lebensinteressen respektiert werden.“

Gegen Jugoslawien gewendet, das in seiner Haltung gegenüber Italien noch immer schwankend ist, sagt Mussolini auch: „Heute bestehen nunmehr die notwendigen und hinreichenden Bedingungen moralischer, politischer und wirtschaftlicher Ordnung, um die Beziehungen beider Länder auf der neuen Basis einer konkreten Freundschaft aufzubauen.“

Die Vereinbarungen mit England

Die offenen Worte Mussolinis, die öffentliche Einladung an die Regierungen zu einer ruhigen Prüfung aller Fragen und einer ehrlichen Rückkehr zu der Politik der gegenseitigen Verständigung scheinen in London Anklang zu finden. Am 4. November wird die indische Abteilung, die noch als Besatzung der früheren britischen Gesandtschaft in Addis Abeba zurückgeblieben war, sechs Monate nach der Proklamation des Imperiums zurückgezogen. Am 6. November unterzeichnen Graf Ciano und der britische Botschafter in Rom, Sir Eric Drummond, nach einer Verhandlungsdauer von sechs Wochen im Palais Chigi einen Vertrag zur Wiederaufnahme des italienisch-britischen Handelsaustausches und der Liquidation der durch die Sanktionen eingefrorenen Kredite. Von diesem Augenblick an beginnen in Rom geschäftige und diskret gehaltene diplomatische Verhandlungen, die in wenigen Wochen zur definitiven Stilisierung eines Vertragstextes führen, der am 2. Januar 1937 zwischen dem italienischen Außenminister Graf Ciano und Sir Eric Drummond, dem späteren Lord Perth, im Palais Chigi unterzeichnet wird.

Beide Regierungen erkennen im wesentlichen, daß die Freiheit der Ein- und Ausfahrt und die Durchfahrt im Mittelmeer ein Lebensinteresse, sei es für Italien wie auch für die verschiedenen Teile des britischen Imperiums, darstellen und daß diese Interessen in keiner Weise zueinander im Gegen-

satz stehen. Jede Absicht einer Abänderung des Status quo bezüglich der nationalen Souveränität wird, soweit es diese beiden Mächte angeht, ausgeschlossen. Sie verpflichten sich in diesen Zonen zu einer Respektierung ihrer gegenseitigen Interessen und Rechte und kommen überein, jede die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern störende Handlung zu verhindern.

Den allgemeinen Mittelmeerabmachungen werden zwei Briefe hinzugefügt, die der italienische Minister Graf Ciano und der britische Botschafter am 31. Dezember 1936 über die spanische Frage austauschen. Die italienische Regierung versichert, daß sie niemals, weder vor noch nach der spanischen Revolution, mit General Franco zwecks einer Veränderung des Status quo im westlichen Mittelmeer verhandelt habe und auch in Zukunft nicht beabsichtige, solche Verhandlungen einzuleiten. Sie bestätigt ferner, daß, „soweit es Italien betrifft, das jetzige Gebiet Spaniens unter allen Umständen unversehrt und unverletzt bleiben müsse“.

Die italienische Regierung erstrebt mit diesen Abmachungen drei zusammenhängende Ziele: Die Beziehungen zwischen Italien und England zu verbessern, die Beziehungen Italiens mit den anderen Mittelmeerländern zu klären, und als drittes Europa eine neue Garantie des Friedens und der Sicherheit zu geben.

Das bloße Papier, auf denen Verträge geschrieben werden, genügt jedoch nicht, um internationale Beziehungen zu klären. Die Hauptsache ist der gute Wille der Parteien und die freundliche Atmosphäre. Diese günstigen Momente fehlen jedoch dem Gentlemen's agreement. In Großbritannien setzt sich die innere Einstellung der Labour-Partei, der Liberalen und der abtrünnigen Gruppen der Konservativen gegen Italien fort. Außenminister Eden selbst gibt hier den Ton an. Der Sieg Italiens über Äthiopien, der eine harte Lehre für den Antifaschismus und ein schwerer Schlag für die nicht eingestandenen britischen imperialistischen Interessen war, mußte eine Reaktion auslösen. Übrigens ist die Mittelmeerpolitik Großbritanniens nicht ganz durchsichtig. Seine Abmachungen mit Ägypten, durch die die Unabhängigkeit dieses arabischen Staates bestätigt werden sollte, wirken sich dagegen in einer erhöhten militärischen Besetzung und Kontrolle der Briten an der Nordküste Afrikas und am Suezkanal aus. Großbritanniens Absichten in Palästina, die über den zwischen Arabern und Juden ausgebrochenen Konflikt hinaus auf das ständige Ziel der Errichtung neuer Flotten-

basen im östlichen Mittelmeerbecken hinstreben, sind der Ausdruck einer geheimen Tendenz zu einer, den italienischen Interessen entgegenstehenden Revision der Kräfte und der Stellungen in diesem Meere.

Der Krieg in Spanien und die Gegenwart italienischer Legionäre bilden, trotz der durch den Briefaustausch Ciano-Drummond erfolgten Klärung und Begrenzung ihres Zweckes, die tägliche Nahrung der antifaschistischen britischen Agitation, die die Regierung zu einer versteiften Haltung zwingen möchte. Hierbei fehlt die Wühlarbeit Frankreichs nicht. Schon seit den Anfängen der Verhandlungen versucht Frankreich, sich in das Mittelmeerabkommen einzuschalten. Dies gelingt ihm nicht. Daraufhin beginnt es den Versuch, durch eine tägliche Agitation die moralischen Grundlagen des Abkommens zu zerstören.

Unter dem Einfluß so vieler entgegengesetzter Kräfte zögert die britische Regierung mit ihrer Anerkennung des italienischen Imperiums und vernichtet jenes Vertrauen und jene Loyalität der Zusammenarbeit, durch die das Mittelmeerabkommen erst Leben erhalten könnte. Das Gentlemen's agreement bleibt toter Buchstabe, und der politische Frieden im Mittelmeer zwischen Italien und Großbritannien kommt nicht zustande. Italien schließt jedoch deshalb noch nicht die Türen. Trotz seiner Entschlossenheit in der Verteidigung der imperialen und mittelmeerländischen Rechte und in seiner Stellung gegenüber Spanien vermeidet es in seiner Politik jede nicht wiedergutzumachende Geste und wartet auf günstigere Tage.

Am 31. Juli 1937 richtet der britische Premierminister Neville Chamberlain, der im Mai auf Baldwin gefolgt war, einen Brief an Mussolini, in dem er den Wunsch einer erneuten Prüfung der italienisch-britischen Fragen und Beziehungen zum Ausdruck bringt. Mussolini zeigt sich in seiner Antwort im herzlichen Sinne bereit.

Es erscheint offensichtlich, daß das Problem des Friedens und der Abmachungen zwischen Italien und Großbritannien, das für die europäische Ordnung grundsätzlich und für die Interessen des britischen Imperiums dominierend ist, über den Rahmen des gesamten Mittelmeeres hinausreicht. Beide Imperien stehen sich auch am Roten Meer und am Indischen Ozean gegenüber, die für beide nicht minder wichtige imperiale Wasserstraßen und Verbindungswege bilden. Aber auch für das europäische Gesamtproblem, das Italien so sehr am Herzen liegt, haben die Abmachungen zwischen Rom und

London eine Rückwirkung. Ein Abkommen müßte deshalb einen größeren Spielraum besitzen als das Gentlemen's agreement vom 2. Januar, und großzügigere Funktionen. In Rom werden die Verhandlungen zwischen dem Minister Graf Ciano und dem britischen Botschafter Lord Perth wieder aufgenommen. Am 21. Februar 1938 verläßt der britische Außenminister Eden, der aus seiner Abneigung gegenüber Italien niemals ein Hehl gemacht und diese sogar nach dem Zusammenstürzen der Sanktionspolitik vertieft hatte, seinen Platz. Die Atmosphäre scheint reiner und versprechender zu werden. Am 26. April unterzeichnen der Minister Graf Ciano und der britische Botschafter in Rom ein Protokoll und acht weitere diplomatische Aktenstücke, die eine viel größere und bedeutendere Einheit darstellen als das Gentlemen's agreement.

In ihrer Gesamtheit bilden diese Dokumente ein wirkliches System von Vereinbarungen, die logisch zusammenhängen und politisch auf einige fundamentale Grundsätze hin konvergieren. Sie bilden ein wirkliches Statut, durch das die Interessen und die Möglichkeiten beider Mächte und die Wege ihrer Zusammenarbeit genau abgegrenzt werden. In dem britischen Protokoll erklären sich die beiden Regierungen von dem Wunsche beseelt, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf eine solide und dauerhafte Basis zu bringen und zu der allgemeinen Sache des Friedens und der Sicherheit beizutragen. Die diplomatischen Handlungen definieren dann die verschiedenen Abkommen über die verschiedenen Fragen. Drei allgemeine Prinzipien stehen voran:

1. bleiben die Richtlinien der italienischen Politik unverändert, die in der Achse Berlin-Rom ihren Hauptstützpunkt und ihre traditionelle Tendenz der Achtung der nationalen und politischen Rechte der islamischen Völker hat;
2. werden sämtliche offenen Fragen zwischen Italien und Großbritannien in jedem Punkte, in dem beide Mächte in direkte Berührung kommen, d.h. im Mittelmeer, in Ostafrika, im Roten Meer und im Indischen Ozean, behandelt;
3. werden für alle diese Probleme die Stellungen Italiens und Großbritanniens unter dem Gesichtspunkt einer dauernden Zweiseitigkeit, d.h. einer Gleichheit der Rechte und der Pflichten diskutiert.

Hier nun entsteht die wirkliche Berührung der beiden Imperien. Hier erhält das imperiale Italien seine wirkliche Weihe, die geschichtlich bezeichnender ist als die formale Anerkennung seiner Stellung, die erst später erfolgen sollte.

Vor allem sind die Verpflichtungen Italiens und Großbritanniens bezüglich der Respektierung der Unverletzlichkeit, der gebietsmäßigen, politischen und militärischen im Mittelmeer herrschenden Beziehungen völlig gleich. Gleich sind auch die Verpflichtungen zu einem Austausch militärischer Auskünfte, die nicht nur die direkten Kräfte selbst, sondern auch die Einrichtung von Flotten und Luftstützpunkten im Mittelmeer, im Roten Meer und in den an die imperialen Besitzungen angrenzenden Gebieten betreffen.

Gleich sind auch die Verpflichtungen im Hinblick auf die gebietsmäßige Unverletzlichkeit der beiden großen arabischen Staaten der östlichen Küste des Roten Meeres: des Saud-Arabiens und des Jemen, die zwei Drittel der großen arabischen Halbinsel bedecken. Diese beiden Staaten liegen dem italienischen Imperium gegenüber. Sie sind dazu ausersehen, sich in ihrem nationalen Leben in natürlichen und ruhigen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit Italien zu entwickeln. Ihr Unverletzlichkeit hat den Zweck, jeden Versuch eines Wettbewerbes der Durchdringung und der Erwerbung von Vorrechten der beiden europäischen Mächte auszuschließen. Hier bestätigt sich der Kurs der islamischen Politik Italiens. Zum ersten Male wird auch im Roten Meer das Gleichgewicht zwischen den Stellungen Italiens und Großbritanniens gesichert.

Nicht weniger beachtlich ist die Gleichberechtigung Italiens und Englands auf den Inseln des Roten Meeres, über die die türkische Souveränität infolge Paragraph 16 des Lausanner Friedensvertrages von 1923 aufgehört hatte zu existieren. Für die Insel Kamaran sind zwar britische Beamte zuständig, jedoch übt auch ein italienischer Amtsarzt seine Tätigkeit aus neben einem holländischen, der die Pilgerströme der holländischen Inseln überwacht. Für die große und kleine der Hansh-Inseln und für die Insel Dschebel Zucur ist dagegen die Zuständigkeit italienischer Beamter vorgesehen, denen der Schutz der dankalischen und eritreischen Fischer des italienischen Imperiums anvertraut ist. Auf den anderen kleineren Inseln sind die Leuchtfeuerbeamten in gleichem Maße verteilt: Britische auf Abu Ali und Dschebel Tair, italienische auf Centre Peak.

Ebenso wird vereinbart, keine Propaganda für Afrika zu treiben oder Veröffentlichungen herauszugeben, die den Interessen der beiden Mächte schädlich sein könnten. Die erste Bedingung der Ruhe in den afrikanischen Besitzungen ist in dem gegenseitigen Respekt und einer offenen Mitarbeit der

Besitzerstaaten enthalten. Dies ist eine täglich erprobte Weisheit, die jedoch von Großbritannien wenig und von Frankreich nie verstanden worden ist.

Die Frage des Tanasees, über die so viel Tinte in der europäischen und vor allem in der britischen Presse vergossen worden ist wegen ihrer Bedeutung für den Wasserstand des Nils, wird auf ihre eigentliche, schon seit 1925 erkannte Bedeutung durch einen Briefwechsel zwischen Mussolini und dem Botschafter Großbritanniens in Rom, Graham, zurückgeführt. Italien denkt nicht daran, den natürlichen Lauf der Gewässer dieses Sees zu ändern.

Ein grundsätzliches Abkommen wird auch erreicht über die militärische Verwendung von Eingeborenen in Italienisch-Ostafrika. Italien erkennt den Grundsatz an, daß Eingeborene nur in den Aufgaben der lokalen Verteidigung und der Polizei Verwendung finden können. Es stellt aber die Bedingung, daß dieser Grundsatz in gleichem Maße von allen Staaten befolgt werde.

Die Verkehrsfreiheit im Mittelmeer und im Roten Meer in ihrer lebenswichtigen Bedeutung für die imperialen Besitzungen setzt die Garantie des freien Verkehrs durch den Suezkanal voraus. Diese Garantie, die schon als internationale Verpflichtung sämtlicher Mächte durch den Vertrag von Konstantinopel von 1888 anerkannt worden war, wird wieder von England und Italien bestätigt. Im Frieden und im Kriege soll der Verkehr durch den Kanal für sämtliche Mächte sichergestellt werden.

Aber auch nicht in diesem offenen Geiste der Verständigung, mit diesem weitreichenden Bestreben, durch das die Haltung Italiens geklärt wird und auf den lebenswichtigen Meeresstraßen die italienischen und britischen Interessen vereint werden sollten, gelingt es dem neuen System von Vereinbarungen, in dem Bewußtsein der britischen Nation und in der rührigen politischen Aktion der Londoner Regierung den rechten Weg zu finden. Die Ereignisse des Bürgerkrieges in Spanien lassen die gegen Italien gerichtete Bewegung der britischen Linksparteien andauern. Die britische Regierung zögert mit ihrer Anerkennung des Imperiums. Erst am Vormittag des 16. November 1938, genau sieben Monate nach Unterschrift der Abkommen, teilt Lord Perth dem Minister Graf Ciano mit, daß seine Regierung beschlossen habe, die italienische Souveränität in Äthiopien anzuerkennen, und übergibt sein neues Beglaubigungsschreiben,

das ihn als Botschafter bei dem König von Italien und Kaiser von Äthiopien akkreditiert. Am Nachmittag des gleichen Tages wird im Palais Chigi eine gemeinsame italienisch-britische Erklärung unterzeichnet, die das sofortige Inkrafttreten der Abkommen des 16. April zum Gegenstand hat. Die Beziehung zwischen Italien und Großbritannien, ja sogar zwischen den beiden Imperien scheinen formal geklärt zu sein. Während das italienische Imperium in der Geschichte schon seit siebzehn Monaten eine vollendete Tatsache darstellte, wird es jetzt erst in der Politik Großbritanniens in gleicher Stellung und mit gleichen Rechten im Mittelmeer, dem Roten Meer und im Indischen Ozean Wirklichkeit. Einen Augenblick konnte es scheinen, als ob die jahrhundertalte geschichtliche Tradition Großbritanniens, die sich im Mittelmeer die Vorherrschaft und im Roten Meer das mit keinem geteilte ausschließliche Kontrollrecht anmaßte, überwunden sei.

Nachdem der militärische Krieg und der Sanktionskrieg gewonnen worden waren, hatte Italien nunmehr auch endgültig den Frieden gewonnen. Es steht in Europa nun nicht mehr isoliert und entkräftet da, wie es sich die sanktionsfreundliche Opposition gewünscht hatte, sondern es hat an Macht und Prestige zugenommen und die Fähigkeit zu einer großen selbständigen Politik gezeigt, die ihren Einfluß über den engen Kreis des Mittelmeeres hinaus erstreckt in die Wirklichkeit des wieder auferstandenen Imperiums.

Die Rede Mussolinis vom 1. November 1936 wendete sich auch gegen Jugoslawien. Nach vorhergegangener diplomatischer Vorbereitung zwischen den Kanzleien werden im März 1937 in Belgrad zwischen dem Außenminister Galeazzo Ciano und dem jugoslawischen Ministerpräsidenten Stojadinowitsch zwei Abkommen, das eine politischer und das andere wirtschaftlicher Natur, unterzeichnet, durch die die Zusammenarbeit der beiden adriatischen Nationen wiederhergestellt wird. Das politische Abkommen kann als ein adriatischer Pakt bezeichnet werden, der zum Teil von dem italienisch-britischen Gentlemen's agreement über das Mittelmeer inspiriert worden ist, aber in seinen Funktionen klarer und in seinem Inhalt robuster ist. Seinem Wesen nach stellt er die gegenseitige Verpflichtung zwischen Italien und Jugoslawien zum Zwecke des Friedens und der Sicherheit dar.

Die Begegnung zweier Revolutionen

Die unsichere europäische Lage, die sich bald darauf verüstert durch das Wiederaufflackern des Kampfes zwischen den politischen Ideologien der antifaschistischen Strömungen in der europäischen Demokratie, das als Leitmotiv der Außenpolitik in das System internationaler Beziehungen herangezogen worden war, enthüllt immer mehr die konstruktive Macht der Rom-Berlin-Achse. Die Achse zeigt sich als ein Instrument einer dynamischen Gemeinschaftsarbeit der beiden großen Nationen und als neue politische Richtung der Ideen und der Handlungen gegenüber den Sorgen der Völker. Sie enthüllt sich als die neue und dominierende Tatsache Europas in seiner Geschichte. Gegen sie erheben sich Parteien und Regierungen, vor allem in Frankreich und Großbritannien. Man möchte die beiden assoziierten Mächte trennen, um sie einzeln in ihrer robusten Expansionskraft zu treffen und damit zugleich die Gärung der neuen Ideen, die die alten, in ihren Klassen und Kasteninteressen erstarrten demokratischen Staatsformen mitsamt ihrer in den imperialen Besitzungen geschaffenen Vorrechten bedrohen.

Die Bewegung hat für Europa geschichtliche Bedeutung. Sie betrifft nicht nur die Interessen einzelner Staaten, Fragen der Grenzregelung, des Handels, das Vorherrschen eines Einflusses und das Aufeinanderprallen bewaffneter Streitkräfte. Nunmehr stehen sich zwei Welten gegenüber, zwei verschiedene Zeitalter Europas und der menschlichen Kultur. Es beginnt eine vollständige Revolutionierung der Völker, die sich im Geiste, im politischen und sozialen System der Staaten, in der Volkswirtschaft, in der Auffassung und den Bestrebungen, die auf Europa und die Welt gerichtet sind, vollzieht. Auf der Gegenseite steht die konservative Tradition eines alten Regimes, das die alten Ideologien und die verwickelten und starren Interessen, die den großen Orkan des Krieges noch überdauern konnten, verteidigt. Der Zusammenstoß übertrifft denjenigen, der durch die Friedensverträge hervorgerufen worden war. Der Kampf nimmt den Charakter einer im ewigen Kraftquell der Geschichte durch die Verwandlung der Völker hervorgerufenen Umwälzung an, die zum Entstehen und Verfall dieser Völker führt.

Die Achse Berlin-Rom erscheint immer mehr als die harmonische Begegnung zweier Revolutionen und nicht nur zweier gleichartiger außenpolitischer Bestrebungen. Mehr als

je enthüllt sich in der ihr entgegenwirkenden Reaktion die Gleichartigkeit des Wesens und der Aufgaben des neuen italienischen und deutschen Regimes. Beide Revolutionen sind aus einer spontanen und großherzigen Bewegung der Kriegsteilnehmer hervorgegangen, die gegen den ungerechten Frieden und die Verelendung ihrer Nation Front gemacht hatten. Beide Revolutionen führen eine konstruktive Arbeit des Wiederaufbaues aus, jede im Rahmen ihrer verschiedenen nationalen Individualität und auf parallelen Linien, die sie von sämtlichen anderen Staatsformen der Welt unterscheiden. Beide erstreben gegenüber den Problemen und den dramatischen Entwicklungen der Welt einen dauerhaften, wirklichkeitsnahen Frieden, der nicht nur toter Buchstabe ist und aus kleinlichem Feilschen seinen Ursprung hat, sondern den Ausdruck einer hohen Gerechtigkeit darstellt, die aktiv die wirklichen Belange und die Fähigkeiten jeder Nation anerkennt. Beide Revolutionen werden von zwei Führern größten Formats geleitet, die die Bewegungen gegründet haben. Es sind dies die Männer, die Geschichte machen.

Aus diesem Grunde erscheinen die Hauptbestrebungen der Außenpolitik in ihren elementaren Linien mehr noch menschliche Forderungen darzustellen als diplomatische Formeln. In ihrer Einheitsfront verlangen Deutschland und Italien Verständnis und Achtung für den Nationalsozialismus und den Faschismus als Ausdruck ideologischer Bewegungen und als Staatsformen. Sie verlangen, daß in Europa ihr Anspruch auf politische und moralische Gleichberechtigung gegenüber den anderen großen Nationen bei jeder Gelegenheit und bei jedem Problem anerkannt wird. Sie verlangen, daß die internationale Gerechtigkeit nicht nur in Worten, sondern auch in Taten ihren Ausdruck finde und den Lebensrechten und Fortschrittsnotwendigkeiten sämtlicher Nationen Platz mache. Sie verlangen weiterhin, daß die Staaten wieder zu dem Bewußtsein gemeinsamer Kultur und Solidarität in Europa zurückfinden.

In diesem Augenblick findet auf deutschem Boden die erste Begegnung zwischen Hitler und Mussolini statt. Am Abend des 28. September 1937 wohnen die Führer der beiden Revolutionen auf dem Maifelde, dem riesigen Olympischen Stadion Berlins, einer Feier bei, um gemeinsam zu Europa zu sprechen.

Die Rede Mussolinis ruft in der Welt ein unmittelbares Echo hervor. Der Willensausdruck des deutschen Volkes und

die großen Worte der beiden Führer nehmen den Charakter einer Volksabstimmung des neuen Europa an, das aus gleichartigem Gedankengut und aus gleichen Revolutionen hervorgegangen ist. Zwei verschiedene Europas treten in Erscheinung. Das eine ist das neue Europa. Man nennt es wegen des gigantischen Formats und des Willens seiner Führer das Europa der Diktaturen. Aber diese Führer stellen den Fleisch und Blut gewordenen Geist ungeheurer Volksgemeinschaften dar, wie sie in der demokratischen Staatsform noch nie dagewesen war. Die Politik zeigt sich in offenen Gesten, die direkt an das Bewußtsein und an das Gewissen der Völker gerichtet sind. Das andere ist das alte Europa der liberalistischen und demokratischen Tradition. Es beschuldigt die faschistischen Staatsformen, nach der Vorherrschaft zu streben, es vergißt jedoch seine harte Tyrannei von Versailles und die wirkliche Vorherrschaft, die es mit seinen unersättlichen Imperien aufgerichtet hat. Es spricht von der Aggressivität der autoritären Staatsform und vergißt seine eigene geschichtliche Vergangenheit. Es verlangt Klarheit und ist selbst nicht imstande, den Mysterien der Geheimdiplomatie, dem System militärischer Bündnisse und den zum Zwecke einer Blockade aufgestellten internationalen Abmachungen zu enttrinnen.

Trotzdem will Mussolini noch nicht die Brücken zwischen dem alten und neuen Europa abbrechen. Das junge Europa verlangt von dem alten Europa nur den guten Willen und Verständnis für seine eigene Lebensart und seine nicht zu unterdrückenden Belange. Die Welt der Demokratie jedoch wird noch immer von den unklaren, in den Wolken liegenden Utopien und von der demagogischen Propaganda leerer Redensarten über Diktatur und der angeblich drohenden Gefahr beherrscht. Durch diese Aufhetzung, die das zweifache Resultat einer passiven Unkenntnis und einer aktiven politischen Berechnung darstellt, wird die Aufsplitterung Europas hinausgezogen und die aufbaufähigen Kräfte im Sinne einer hohen Menschlichkeit und Kultur niedergehalten.

Auch die Aufforderung Berlins zu einer Verständigung und zu einem Frieden unter den Völkern wird weder in Paris noch in London gehört. Die Linksparteien, die noch immer das Ruder in der Hand halten, sehen darin nur ein neues Thema für ihre Hetzaktionen. Die von den Parteien beherrschten und ängstlich auf die Erhaltung ihrer Vormachtstellungen bedachten Regierungen setzen jedem Versuch einer offenen Annäherung einen hartnäckigen Widerstand ent-

gegen. In den entscheidenden Augenblicken der internationalen Politik ist nichts gefährlicher als die Zweideutigkeit in der Haltung und im Reden.

Am Abend des 11. Dezember 1937 wird der sofortige Austritt Italiens aus dem Völkerbund angekündigt. Mussolini erläutert dies durch klare und eindrucksvolle Worte: „Wir haben während langer Jahre der Welt das Schauspiel einer ungeheueren Geduld bieten wollen. Wir haben nichts vergessen und werden auch nicht den schändlichen Versuch der wirtschaftlichen Erwürgung des italienischen Volkes seitens Genf vergessen. Man hätte jedoch annehmen können, daß zu irgendeinem Augenblick der Völkerbund eine Geste der Wiedergutmachung machen würde. Er hat es nicht getan. Er hat es nicht tun wollen. Die guten Absichten einiger Regierungen gehen unter, sobald ihre Delegierten mit der trüben Atmosphäre des Genfer Zusammenschlusses, in dem sich uns feindselige Kräfte tarnen, in Kontakt treten. Unter diesen Bedingungen war unsere weitere Anwesenheit an den Genfer Türen nicht mehr möglich, sie hätte unser Gedankengut, unseren Stil, unser soldatisches Temperament gekränkt. Nunmehr rufen wir: Genug!“

Zwei Tage später, am 13. Dezember, bestätigt die Regierung in Berlin in einer amtlichen Verlautbarung den Vorsatz Deutschlands, niemals mehr zum Völkerbund zurückzukehren.

Von der unmittelbaren politischen Seite her bedeutet der Entschluß Italiens einen weiteren Schritt auf dem Wege seiner Solidarität mit Deutschland und auch mit Japan, das sich früher schon von dem Genfer Institut gelöst hatte. In seiner allgemeinen Beurteilung bedeutet er die endgültige Rückkehr Italiens zu einer mehr der Wirklichkeit entsprechenden europäischen Politik im Sinne des Wiederaufbaues und fern von Utopien und von dem Trug einer schemenhaften Universalität.

Der Entschluß Italiens erhöht den außerhalb Genf stehenden Block auf 400 Millionen Menschen. Er bedeutet das endgültige Ende der, wenn auch scheinbaren Universalität des Völkerbundes, der nunmehr einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung gleicht, in der die kleinen Völker, die als die Geschützttesten erscheinen, sich immer weniger garantiert fühlen.

Die unmittelbare Folge dieses Unterganges bildet eine Erhöhung des Rüstungswettbewerbes und neue militärische Ab-

machungen, vor allem in Großbritannien und Frankreich. Nach Verlust der Sicherheit der automatischen Bündnisbereitschaft der Völkerbundstaaten auf Grund der Sanktionen ersetzen die beiden imperialen Demokratien diese Sicherheit durch eine Erhöhung ihrer Streitkraft und durch ein neues heimliches Bündnis.

Am Anfang des Jahres 1938 erscheint das Bild Europas und der Welt trotz der scheinbaren Verwirrung und den sich widersprechenden episodenhaften Bewegungen als ein System klarer Stellungen und Bestrebungen, die beinahe elementaren Charakter haben. Vorherrschend sind die gegensätzlichen Strömungen nationaler Interessen, die immer weniger hinter der Maske diplomatischer Aktivität versteckt werden.

Italien und Deutschland beherrschen Europa mit ihren geistigen und politischen Kräften und mit der Solidarität ihrer Haltung. Während Italien seine Anstrengungen zu einer schnellen Kolonisation Libyens, das immer mehr integrierender Bestandteil der Nation und ihres Mittelmeersystems werden soll, vervielfacht und für eine Erhöhung der Bevölkerung der italienischen Siedler in Ostafrika Sorge trägt, wendet es sich, nachdem es eben erst aus dem Kriege in Spanien herausgekommen war, mit größerer Atemfreiheit der aktiven Entwicklung seiner Außenpolitik zu. Diese Politik ruht in Europa auf zwei Hauptpfeilern: dem Mittelmeer und dem Europa des Donauraumes mit dem Balkan. In der Welt sind die Grundlagen der Anspruch auf eine gerechtere Verteilung des Besitzes der Mächte. Deutschland, das nunmehr seiner vollständigen Wiederaufrüstung in einer gigantischen Anstrengung entgegengeht, verfolgt in seiner außenpolitischen Aktion drei voneinander abhängige Richtungen: die Wiedervereinigung nationaler Gebiete als neuen Schritt einer Revision von Versailles, die organisierte Ausdehnung seines politischen und wirtschaftlichen Einflusses, vor allem in Ost- und Südosteuropa, und die Rückgabe der durch die Friedensverträge verlorenen Kolonien.

Diesen Bestrebungen der naturgemäß assoziierten Länder Deutschland und Italien setzen sich Großbritannien und Frankreich entgegen, die ihrerseits auch durch ein anscheinend gemeinsames Interesse verbunden sind, das in dem Bestreben einer starren Verteidigung der bestehenden Ordnung gegen den Revisionsdynamismus der jungen und großen Nationen liegt. Hin und her gezerrt zwischen den gegensätz-

lichen inneren Strömungen der Anhänger einer Isolierungspolitik und derjenigen eines aktiven Eingreifens in die Geschehnisse streben die Vereinigten Staaten im unsicheren Kurs einer Annäherung an England und Frankreich zu, um ihren Widerstand gegen eine Revision und das System der von den Bankhäusern beeinflussen imperialen Demokratien zu verteidigen. Die Vereinigten Staaten waren seit den Sanktionszeiten einer intensiven britischen Propaganda ausgesetzt und unterstehen dem autoritären Willen des Präsidenten Roosevelt und den Einflüssen der internationalen Bankkreise. Im Fernen Osten nutzt Japan den Konflikt der europäischen Großmächte, an dem sich auch die Vereinigten Staaten beteiligen, aus, um nach einer kurzen Pause nach der Besetzung der Mandschurei seine Expansionspolitik in China wiederaufzunehmen. Es wird beschlossen, den nationalistischen und kommunistischen chinesischen Widerstand zu brechen und eine Ära enger und dauernder politischer, militärischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit beider Länder einzuleiten. Gegen diese Bestrebungen, die unter dem Motto des asiatischen Freiheitsrufes „Asien den asiatischen Völkern“ stehen, erheben sich drei Staaten: Rußland, das auch in seiner kommunistischen Staatsform nicht auf die Tradition der Zaren des Marsches gegen die Südsee verzichtet und über die Äußere Mongolei an der Grenze des neuen Mandschukuo eine dauernde Kontrolle eingerichtet hat; Großbritannien, das auf chinesischem Gebiete ungeheure imperiale Interessen hat in der Form territorialer Konzessionen, Flottenstützpunkte, riesiger Kapitalanlagen, reger Handelsbeziehungen und der damit verbundenen Notwendigkeit einer Verteidigung gegen die dynamischen Kräfte Japans, die einen Einfluß auf Zentralasien und Australien gewinnen können; die Vereinigten Staaten, die, trotzdem sie in China nicht so starke Kapitalanlagen und Handelsbeziehungen haben, bestrebt sind, allmählich das englische Erbe anzutreten und deshalb auch den Wunsch haben, der japanischen Macht, die in der Südsee und ihren Inseln immer fühlbarer wird, entgegenzutreten. Aus grundsätzlichen Erwägungen, die mit seiner Ausbreitungspolitik zusammenhängen und die zum großen Teil auch diejenigen Italiens und Deutschlands sind, steht Japan in seinem Druck gegen den britischen imperialen Idealismus mit Naturnotwendigkeit dem deutschen und italienischen politischen Kurs nahe.

In diesem geschichtlichen Rahmen, in dem sich ein neuer Zusammenstoß zwischen den elementaren Strömungen des

Lebens der großen Nationen ankündigt, bewegt sich die deutsche und italienische Aktion in einer stetig wachsenden Übereinstimmung der Absichten und des Synchronismus der Initiative.

Deutschland am Brenner

Im Februar 1938 kommt plötzlich der schon seit langer Zeit schwelende Konflikt zwischen der Reichsregierung und der österreichischen Bundesregierung zum Ausbruch. Es bildet dies ein neues und endgültiges Kapitel in der Geschichte des Kampfes zwischen Deutschland und Österreich, in der Bewegung zur politischen Einheit der deutschen Nation. Dieser Kampf hatte in Preußen seinen Ursprung gehabt und war nach Sadowa zum Stillstand gekommen. Die Friedensbedingungen des von den Zentralmächten gemeinsam durchgekämpften großen Krieges, der durch den Zusammenbruch und die Aufteilung der österreichisch-ungarischen Monarchie zu Ende gegangen war, mußten naturgemäß die Bewegung wieder in Fluß bringen, sobald Deutschland in einer neuen inneren Ordnung die notwendigen geistigen und materiellen Kräfte erlangt haben würde. Der Zusammenbruch des Gleichgewichtes der politischen Kräfte zwischen den Gebieten des Hohenzollern-Reiches und des Habsburger Reiches mußte notwendigerweise die Bewegung gegen die Pole größerer Anziehung um so mehr beschleunigen, je mehr die jungen Generationen in die Arena des politischen Kampfes eintraten, denen die alten und verschiedenartigen politischen Traditionen beider Staaten fremd waren. Noch einmal begingen die imperialen Demokratien den Fehler, dieses elementare Gesetz in der Geschichte des Friedensabschlusses nicht zu verstehen.

Deutschland und Österreich, zwei Teile einer und derselben Nation, werden durch Paragraph 18 des Versailler Vertrages und Paragraph 88 des Vertrages von Saint-Germain für alle Zukunft zu einem getrennten Dasein verurteilt. Durch die Friedensverträge wird die österreichische Unabhängigkeit als „unveräußerlich“ erklärt. Ein Streben zu einer politischen deutsch-österreichischen Einheit kommt schon kaum nach Kriegsende zum Ausdruck. Bereits am 21. Oktober 1918 beschließen sämtliche deutsche Abgeordnete des Reichsrates im Gebäude des Niederösterreichischen Landtages in ihrer Eigenschaft als vorläufige Nationalversammlung die Errichtung des Staates „Deutsch-Österreich“.

Am 12. November nimmt die Nationalversammlung als österreichische gesetzgebende Versammlung unter der sozialdemokratischen Regierung von Bauer und Renner die Entschließung an, daß „Österreich einen integrierenden Bestandteil des deutschen Reiches unter dem Namen Republik Deutsch-Österreich ausmacht“. Viele österreichische Länder verlangten zu jener Zeit durch Volksabstimmung ohne weiteres den Anschluß an Deutschland mit Ausnahme Vorarlbergs, das sich für die Schweiz entschloß. Am 1. Januar 1919 verlangt die österreichische Regierung in einer an die Mächte gerichteten Denkschrift den Anschluß an Deutschland. Im Februar verhandelt hierüber der österreichische Minister Bauer mit der Regierung in Berlin und entsendet im April fünf seiner Abgeordneten nach Weimar, um mit beratender Stimme bei der Ausarbeitung der deutschen Verfassung mitzuwirken. Die deutsche Verfassung von Weimar vom August 1919 trägt dem Rechnung durch Paragraph 2, der erklärt, daß das Reichsgebiet die Gebiete der deutschen Länder umfaßt, und durch Paragraph 61, der aussagt, daß nach dem Anschluß an Deutschland Österreich das Recht hat, am Reichsrat mit einer im Verhältnis zu seiner Bevölkerung stehenden Anzahl Abgeordneter teilzunehmen. Österreich und Deutschland treten somit durch die gemeinsame Erklärung ihres Willens zum Zusammenschluß in die politische Geschichte Europas ein. Sie werden jedoch von dem entgegengesetzten Willen Frankreichs und Großbritanniens aufgehalten. Aber auch nach 1919 erneuern sich ihre Versuche eines Zusammenschlusses. Zwischen April und Mai 1921 organisieren Tirol und Salzburg Volksabstimmungen, in der beinahe einstimmig der Wille eines Anschlusses an Deutschland zum Ausdruck kommt. Nach 1927 sind die Regierungen von Berlin und Wien bestrebt, die in ihren Ländern bestehende Rechtsordnung einander anzugleichen, um damit eine Voraussetzung des Anschlusses zu schaffen. Am 11. März 1931 machen die Regierungen von Berlin und Wien mit Curtius und Schober den Versuch, diese Vereinheitlichung der Gesetzgebung durch das Projekt einer österreichisch-deutschen Zollunion auf die Wirtschaft auszudehnen, was jedoch vom Völkerbund zurückgewiesen wird. Die österreichischen Gruppen, die gegen den Anschluß an Deutschland sind, beschränken sich auf ganz kleine Klüngel, die Erben der alten österreichischen Staatsidee, die noch an die Möglichkeit des Wiederaufbaues eines großen mitteleuropäischen Kaiserreiches glauben.

Die Anschlußbewegung stellt somit etwas schon seit langem Bestehendes dar und ist in keiner Weise der Ausdruck eines besonderen politischen Regimes in Deutschland. Es ist ein spontaner Wille, der in beiden Nationen heranreift und seine Kraft in den Massen hat. Es ist mehr als natürlich, daß diese Bewegung sich immer mehr in dem Bewußtsein der Deutschen beider Staaten entwickelt, je mehr sich in ihm das neue nationalsozialistische Gedankengut ausbreitet. Mehr noch als eine Revolution politischer, sozialer und wirtschaftlicher Art stellt der Nationalsozialismus das Erwachen des nationalen Bewußtseins, ja, des Rassenbewußtseins dar. Deshalb ist er auch eine flammende Bewegung nationalen Erwachens und des Zusammenschlusses aller Deutschen für ein gleiches Ideal und somit für die Einheit. Die Regierung von Wien läßt jedoch, wenn auch unter Berücksichtigung des deutschen Charakters des österreichischen Staates, den Interessen, die am wenigsten dem Ruf der deutschen Rasse und dem Volkswillen eines Anschlusses an Deutschland folgen, den weitesten Spielraum. Der Ausdruck nationalsozialistischer Gesinnung wird in Wien als illegal bekämpft. Die italienische Regierung unterläßt nicht, trotz ihrer neutralen Haltung Österreich zu einem Beschreiten des Versöhnungsweges aufzufordern, der in einer Annäherung ihrer offiziellen Politik an die Grundsätze des Nationalsozialismus besteht.

Im April 1937 trifft sich Mussolini in Venedig mit dem Bundeskanzler Schuschnigg. Er gibt ihm klar zu verstehen, daß die Unabhängigkeit Österreichs eine Frage darstellt, die vor allem die Österreicher angeht, und daß die Achse Berlin-Rom die Grundlage der italienischen Außenpolitik darstellt. In diskreter Form empfiehlt er ihm eine offenere politische Zusammenarbeit mit der Regierung von Berlin. Die österreichische Regierung gibt dem nach, indem sie einen Vertreter der nationalsozialistischen Partei, Seyß-Inquart, in ihre Reihen aufnimmt. Bald jedoch erneuern sich in Wien die Widerstände der Regierung gegen eine Verständigung mit Deutschland, die die freie Ausbreitung der nationalsozialistischen Idee in Österreich bedeuten würde. In dem Glauben, durch ein politisches Manöver die nationalsozialistischen Bestrebungen durchkreuzen zu können, versucht die österreichische Bundesregierung, sich an Paris und London zu wenden, um hier Gegenmaßnahmen auszulösen. Ein letztes Mal lädt Hitler Schuschnigg zu einer endgültigen Klärung der Beziehungen ein. Unter dem Druck der alten Parteien

jedoch versucht es der österreichische Kanzler noch einmal mit einer ausweichenden Politik und verkündet eine sofort stattzufindende Volksabstimmung der Bürger Österreichs. Diese Volksabstimmung sollte durch eine allgemeine, die Unabhängigkeit Österreichs festlegende Formel die Unvereinbarkeit eines politischen Zusammengehens mit Deutschland zum Ausdruck bringen. Während all den Jahren des politischen Konfliktes zwischen Berlin und Wien hatte Deutschland des öfteren von der österreichischen Regierung eine Volksabstimmung verlangt, durch die der Wille der österreichischen Bevölkerung zum Ausdruck gebracht werden sollte. Immer wieder hatte sich die österreichische Regierung diesem Verlangen widersetzt. Der plötzlich von Schuschnigg gefaßte Plan einer Volksabstimmung mußte folglich eine heimtückische Absicht enthalten. Dieser Verdacht wird auch bestätigt in den Abstimmungsvorschriften, durch die die junge Generation, die den Anschluß will, vom Stimmrecht ausgeschlossen ist. Ebenso vertraut man auf die Stimmen der roten Extremisten, die schon früher aus Österreich entfernt worden waren und aus parteiischen Gründen in die dem Nationalsozialismus feindselig gegenüberstehende Opposition eingereiht werden. Die Vorbereitung dieser zweideutigen Volksabstimmung gibt den Anstoß zu den sich nunmehr überstürzenden Ereignissen in Österreich. Am 7. März bittet ein in letzter Stunde nach Rom entsandter Vertrauensmann von Schuschnigg Mussolini um seine Meinung über die Volksabstimmung. Mussolini erklärt ganz offen, daß die Volksabstimmung einen ernsten und schwerwiegenden Fehler darstellt. Wenige Tage später, am 11. März, rücken die deutschen Truppen in Österreich ein und werden von der Bevölkerung begeistert begrüßt. Am 12. März erscheint auch Hitler auf österreichischem Gebiet und beginnt seine Besuche in Braunau am Inn, wo sein Geburtshaus steht. In wenigen Tagen wird ganz Österreich kampflos von den deutschen Truppen besetzt und es erfolgt der Anschluß dieses Landes, das von nun an den Namen Ostmark annimmt. Frankreich und Großbritannien spekulieren auf diese Ergebnisse, wenn sie im Laufe ihrer politischen Berechnungen an den Ausbruch eines schweren Konfliktes glauben, der zuletzt doch noch zwischen Deutschland und Italien entstehen könnte und die Solidarität der Achse zerstören sowie die bewaffnete Koalition der beiden faschistischen Länder zunichte machen würde. Die französische Regierung greift sogar durch eine Aufforderung an die italienische Regierung

ein zur Planung einer gemeinsamen Aktion gegen Deutschland. Italien jedoch bewegt sich nicht. Es lehnt sich nicht gegen die vollendeten Tatsachen auf, deren Notwendigkeit es einsieht. Schon am 11. März empfängt Mussolini einen Brief von Hitler, der auf dem Flugwege durch den Prinz von Hessen von Berlin überbracht wird, in dem die Gründe seines Handelns entwickelt werden, die Treue Deutschlands zur Achse von neuem bestätigt und die Achtung der Brennergrenze von seiten Deutschlands für alle Zukunft versichert wird.

So fallen nunmehr im Zuge der neuen europäischen Revisionsbewegung nach den finanziellen und militärischen Bestimmungen auch die ersten gebietsmäßigen Bestimmungen der Friedensverträge. Die tiefe europäische Umwälzung, durch die Deutschlands Gebiet um 83 867 qkm zunimmt, Deutschlands Bevölkerung um 7 Millionen Einwohner vermehrt und seine Macht gegen Süden ausgedehnt wird, vollzieht sich zwar unter großem Tumult der Parteien und der Zeitungen, aber ohne tiefere dramatische europäische Ereignisse. Das erklärt sich durch die geschichtliche Notwendigkeit. Bei ihrem Ausreifen wird sie von Italien anerkannt und in freundschaftlichem Sinne gefördert. In ihrem Wirklichkeitssinn und ihrer Achtung der nationalen Rechte aller weigert sich die italienische Außenpolitik, die nicht formal ist, sondern von lebendigen, menschlichen Gesichtspunkten inspiriert wird, sich dem System der mündlichen Verbote anzuschließen, wenn diese auch durch die Friedensverträge geheiligt sind. Die italienische Außenpolitik hält mit der Geschichte Schritt.

Die Solidarität zwischen Deutschland und Italien besteht so ihre endgültige Prüfung. Deutschland kommt auf dem Brenner mit Italien in Berührung. Durch das gebietsmäßige Zusammenstoßen erhöht sich die Macht der Achse.

Der Geist der großen deutschen Nation begleitet Adolf Hitler auf seiner Reise nach Italien zwischen dem 3. und 9. Mai 1938, durch die der Führer bei der Erwidern des Besuches des Duce in Deutschland den großen geistigen und politischen, zwischen Berlin und Rom abgeschlossenen Pakt bestätigen will. Am Abend des 7. Mai tauschen im Palazzo Venezia der Führer und der Duce inhaltsschwere Reden aus. Mussolini erinnert daran, daß die Stärke der Verständigung zwischen Deutschland und Italien im „gemeinsamen Ideal“ beider Nationen liege und daß die geschichtliche Funktion in den „dauernden Interessen“ beider Länder ruhe, daß beide

Völker sich aus „der Korruption zersetzender Ideologien herausgelöst haben, um ein neues Volksregime zu bilden, das das Zeichen dieses Jahrhunderts darstellt“. Mussolini führt weiter aus, daß auf diesem von der Geschichte vorgezeichneten Wege die beiden Achsenvölker marschieren werden „mit offenen Vorsätzen und mit jenem überzeugten Vertrauen, das von den Ereignissen dieser Jahre des Friedens und der Verständigung zwischen beiden Nationen geprüft worden ist“. In seiner Antwort bestätigt Hitler von neuem die „Gleichheit der Ideologien“ und die Stärke der Freundschaft zwischen Deutschland und Italien.

Hitlers Worten folgt schnell die Tat. Die Frage der deutschen Minderheit in Südtirol, die in einem anderen politischen Klima das Aufflackern einer irredentistischen Stimmung hervorgerufen hätte, wird in herzlichem Einvernehmen der beiden Regierungen in Angriff genommen, die mit der Umsiedlung der völkischen Minderheiten beginnen.

Die Krise der Tschechoslowakei

Die politische Einheitsbewegung der deutschen Nation schreitet fort. Nach Österreich erhebt sich unvermeidlich die Frage der Tschechoslowakei. Dieser Staat stellt nicht eine Nation dar, sondern nur ein System. Er ist im Grunde ein typisches Instrument von Versailles, mit dem doppelten Zweck, deutsche und ungarische Gebiete zu zerstückeln und getrennt zu halten und einen allgemeinen Polizeidienst zur Niederdrückung der noch übriggebliebenen besiegten Staaten Europas einzurichten. Nach Aufteilung Österreich-Ungarns tritt somit die Tschechoslowakei in vermindertem Maße das Erbe an und bietet dasselbe typische Mosaik der Nationalitäten, die in diesem Falle noch weniger verschmolzen werden können und sich noch feindseliger untereinander verhalten. Gegenüber ungefähr 8 Millionen Tschechen gibt es innerhalb der Grenzen der neuen Republik 3,5 Millionen Deutsche, die Tschechisch-Oberschlesien, Sudetenland und die Gebiete längs der Grenze des früheren Österreichs bewohnen. Dazu kommen 2,5 Millionen Slowaken und 1 Million Magyaren in der Ebene nördlich der Donau, in der Slowakei und im subkarpatischen Rußland, außerdem etwa 500 000 Ruthenen an der äußersten Ostgrenze und 175 000 Polen in der Gegend von Teschen.

Durch diese Zusammensetzung, in der die Minderheiten-

gruppen zusammengenommen der herrschenden Volksgruppe beinahe das Gleichgewicht halten, entsteht die eines organischen Lebens unfähige Tschechoslowakei.

In ihrer improvisierten und völlig willkürlichen politischen Individualität als Staat, der nicht von der Natur oder von der Geschichte, sondern lediglich am grünen Tisch in Paris geschaffen worden war, kann sich kein inneres einheitliches Bewußtsein oder ein innerer Wille widerspiegeln. Nach außen hin zeigt sich der Wille zu einer Politik der Vorherrschaft unter einem fremden Einfluß, der Europa nur von dem Gesichtspunkt aus aufgeteilt hat, ein Staatensystem zu bilden, das die Unverletzlichkeit der neuen Ordnung garantiert. Von Anfang an schon trug die Tschechoslowakei deshalb in ihren eigenen Grenzen den Keim der Zersetzung.

Schon in den ersten Jahren entsteht trotz der Verwirrung unter den Minderheiten und der Unterdrückungsmethoden der Prager Regierung hier und da im neuen Staate eine Ablehnung. Die einen, wie z. B. die Slowaken, streben zur Autonomie, die anderen dem Separatismus zu, wenngleich dieses noch nicht offen zum Ausdruck kommt, wie bei den Deutschen, Magyaren und Polen. Diese Strömungen werden immer kräftiger, je mächtiger die umliegenden nationalen Staaten werden. Die Politik der Prager Regierung erzielt in 20 Jahren weiter nichts als eine Verschlimmerung dieses inneren Konfliktes der Minderheiten. Während der Friedensverhandlung gegebene Versprechungen, einen Bundesstaat nach Schweizer Muster zu schaffen, der die verwaltungsmäßige und kulturelle Autonomie und das nationale Recht der Minderheiten anerkennt, werden nicht gehalten. Es entsteht dagegen das Bestreben nach einer strengen Zentralisation unter der nationalen Vorherrschaft der Tschechen. Die dritte der elf von der tschechischen Abordnung unter dem Vorsitz von Benesch bei dem Friedenskongreß vorgelegten Denkschriften besagt: „Die Deutschen Böhmens werden die gleichen Rechte wie die Tschechoslowaken haben. Die deutsche Sprache wird die zweite Staatssprache werden. Die Staatsform wird derjenigen der Schweiz ähnlich sein.“ Und eine Erklärung von Benesch vom 20. Mai 1919 versicherte: „In der Organisation des neuen Staates wird sich die Regierung nach den Rechten der Nationalitäten wie in der Verfassung der Schweizer Republik richten. In anderen Worten: aus der Tschechoslowakischen Republik wird eine Art Schweiz gemacht werden.“

Der Konflikt zwischen der Prager Regierung und den

Minderheiten, der in den beiden Jahrzehnten des Friedens herangereift war, kommt naturgemäß nach den Ereignissen in Österreich zum Ausbruch. Durch sie flammen die schon verblaßten Hoffnungen wieder auf. Vor allem wichtig ist hier die Bewegung der Deutschen, die zahlenmäßig die weitest aus stärkste und auch die entschlossenste ist, weil sie durch die Politik Großdeutschlands unterstützt wird. Am 24. März 1938 stellt der Führer der Bewegung, Henlein, in seiner Rede in Karlsbad in acht Punkten die Ansprüche der Deutschen an die Tschechoslowakei auf. Diese Ansprüche gehen hauptsächlich auf die Erlangung einer weiten nationalen und politischen Autonomie mit einer Umänderung des Staatssystems auf föderative Basis aus. Die Prager Regierung antwortet mit einem Doppelmanöver. Sie stellt zwar einige Kompromißvorschläge auf, entfacht jedoch gegen die Deutschen die blinden Haßgefühle der Tschechen. Wie immer in den intensivsten Augenblicken europäischer Geschichte dieser 20 Jahre treten wieder ideologische Kämpfe in Erscheinung durch die Versuche der verschiedenen Sekten und freimaurerischen und der Bankwelt angehörenden Gruppen, die an einem dauernden Zustand der Unordnung in Europa interessiert sind. Noch einmal verzerren sie den grundsätzlichen Charakter des in der Tschechoslowakei tobenden nationalen Kampfes und stellen ihn als einen neuen Zusammenstoß zwischen Demokratie und autoritärem Regime, zwischen berechtigter Notwehr und brutaler Aggression dar.

Unter dem irreleitenden Kampfruf falscher Freunde, und mehr noch in dem Gefühl der Sicherheit auf Grund militärischer Bündnisse setzt die Prager Regierung Widerstand entgegen. Die Deutschen der Tschechoslowakei ihrerseits halten an ihren Forderungen fest unter Hinweis auf die durch die Vorherrschaft der Tschechen immer drohender werdende Gefahr. Am 12. September greift Hitler in einer Rede in Nürnberg in den Konflikt ein. Er bringt den festen Willen des Reiches zum Ausdruck, daß das Problem der Tschechoslowakei auf der Grundlage der Selbstbestimmung der großen deutschen Minderheit seine Lösung finden solle. Zum ersten Male nimmt durch eine offizielle Erklärung Deutschland gegenüber der Tschechoslowakei eine offene Angriffsstellung ein. Europa hätte nunmehr verstehen sollen, daß die Bewegung nicht mehr zum Anhalten gebracht werden konnte. Das Problem ist nicht mehr nur ein inneres, es ist international. Deutschland greift es auf. Die Prager Regierung ihrerseits, die seit 20 Jahren von Frankreich zu einer antideut-

schen politischen Haltung verpflichtet worden war, wodurch sich notwendigerweise ihr Konflikt mit der deutschen Minderheit vergrößern mußte, rechnet mit der Reaktionsfähigkeit ihrer Bündnisse.

Es zeichnet sich ein überaus schwerer europäischer Konflikt ab. Die britische Regierung wird unruhig. Sie schickt ihren Vertrauensmann Lord Runciman nach der Tschechoslowakei mit dem Auftrag, die Frage zu prüfen und Vorschläge zu einer Lösung zu unterbreiten. Am 15. September erscheint der britische Regierungschef selbst, Herr Neville Chamberlain, auf dem Flugwege über München auf dem Obersalzberg, um sich mit Hitler zu treffen, dem er dann am 22. September in einem zweiten Zusammentreffen in Godesberg einen englisch-französischen Plan für eine Lösung des Konfliktes unterbreitet. Aber die Klärung kommt nicht. Die Regierung von Prag zeigt sich als unnachgiebig. In dem entstehenden Tumult der gegensätzlichen Strömungen der Parteien und der Interessen gelingt es der britischen und französischen Regierung nicht, ihre Haltung irgendwie zu klären und zu festigen. Unter dem Eindruck einer sich nähernden Gefahr vergißt Frankreich gern die Verpflichtungen seines Bündnisvertrages und verkündet, daß es sein Leben und sein Schicksal nicht für das tschechoslowakische Problem aufs Spiel setzen kann, ohne zu bedenken, daß die Tschechoslowakei 20 Jahre lang den französischen Interessen gedient hatte.

Klar ist hier nur die Haltung Italiens. Seit dem 13. September wird durch eine halbamtliche Bekanntmachung erklärt, daß nur zwei Lösungen möglich sind: entweder den Sudetendeutschen die Möglichkeit einer Selbstbestimmung zu geben, oder bei einer Weigerung dem Chaos und dem Kriege zuzusteuern. Am 19. Dezember sagt Mussolini in einer großen Rede in Triest: „Wenn die von der Geschichte gestellten Probleme zu einem Grad beängstigender Verwirrung gediehen sind, so ist die einfachste und am meisten logische Lösung immer die radikalste, die wir Faschisten die totalitäre nennen. Gegenüber dem Problem, das augenblicklich Europa bewegt, hat die Lösung einen einzigen Namen: Abstimmung. Abstimmungen für alle die Nationalitäten, die danach verlangen; für die Nationalitäten, die in das Staatsgebilde hineingezwängt worden waren, das die große Tschechoslowakei sein wollte und das heute seine organische Lebensunfähigkeit zeigt. Eine weitere Sache sei noch erwähnt: Von einem gewissen Augenblick an können die Ereignisse

die sich überstürzende Bewegung einer Lawine annehmen, weshalb Eile not tut, wenn Unordnung und Verwirrung verhindert werden sollen. Wir wünschen, daß in diesen letzten Stunden eine friedliche Lösung erreicht wird. Wir wünschen weiterhin, daß, wenn dieses nicht möglich sein sollte, der etwaige Konflikt begrenzt bleiben möge. Wenn jedoch auch dieses nicht eintreten sollte und sich für oder gegen Prag ein Aufmarsch internationalen Charakters vollziehen sollte, so wisse man, daß Italiens Platz schon bestimmt worden ist.“

Aus den klaren Worten Mussolinis erfährt Europa Italiens Absicht, daß das Problem der Tschechoslowakei in seiner Ganzheit gelöst werde, d.h. bezüglich der Ansprüche aller ihrer Nationalitäten und in radikaler und endgültiger Form, was soviel wie einen chirurgischen Eingriff bedeutet. Europa erfährt auch, daß Italien bereit ist, die Waffen an der Seite Deutschlands zu ergreifen für den Fall, daß ein neuer europäischer Konflikt entstehen sollte. Die europäischen Demokratien sind sehr langsam im Verstehen der Geschichte, die schon früher das Beispiel einer freiwilligen Aufteilung von Staaten gegeben hat. Die Spaltung Irlands, durch die die traditionelle politische Einheit der britischen Inseln zerstört wurde und Irland selbst durch die Landschaft Ulster in zwei Teile geteilt worden war, bildet hier ein Beispiel. 1830 hatte sich Belgien von Holland getrennt, das dadurch die Hälfte seines Gebietes und seiner Bevölkerung verlor. Norwegen hat sich in ähnlicher Weise von Schweden getrennt, wie auch Island von Dänemark. In der zu spät erfolgten Erkenntnis geschichtlicher Notwendigkeiten liegt die Ursache von Kriegen.

Am 28. September steht in Deutschland alles zu einem Einmarsch in das Gebiet der Tschechoslowakei auf allen Fronten bereit. Um 14 Uhr sollte der Einmarsch beginnen. Sämtliche militärischen Befehlsstellen hatten ihre Befehle erhalten. Der Prager Regierung ist die Lage bekannt. In ihrem nicht zu übertreffenden Irrwahn rechnet sie jedoch damit, daß durch diesen Zusammenstoß in Europa die Flamme der demokratischen Empörung entzündet werde, durch die dann Frankreich und Großbritannien zwangsläufig in den Krieg hineingetrieben würden.

In dieser Stunde der Entscheidung, nachdem sämtliche Versuche einer Verständigung zwischen London und Berlin fehlgeschlagen waren, wendet sich der britische Premierminister an Mussolini mit der Bitte, durch sein persönliches

Eingreifen den Frieden Europas zu retten. Am 28. September, 10.30 Uhr, begibt sich der britische Botschafter in Rom, Lord Perth, zum Palazzo Chigi und teilt dem Außenminister Graf Ciano mit, daß die britische Regierung einen offiziellen Schritt an den italienischen Regierungschef in Vorbereitung habe und um eine direkte Intervention beim Führer bitte, damit die bevorstehende Explosion in letzter Stunde verhindert werde. Mussolini erhält von Berlin einen Aufschub von 24 Stunden. In der Zwischenzeit spricht Lord Perth zum zweitenmal bei Minister Ciano vor und übergibt ihm zwei Dokumente: eine Botschaft Chamberlains für den Duce, und den formalen Vorschlag des britischen Premierministers zu einer sofortigen Konferenz der Regierungshäupter der vier Großmächte über das tschechoslowakische Thema, mit der Bitte an Mussolini, diesen Vorschlag zu unterstützen und ihm beizutreten. Mussolini nimmt den Vorschlag an, dem auch Hitler seine Zustimmung nicht versagt. Die Zusammenkunft findet schon am folgenden Tage in München statt. Es nehmen daran teil: Mussolini mit Graf Ciano, Hitler, Chamberlain und Daladier. Mussolini legt ein Dokument in der Form einer Tagesordnung vor, durch das alle zu lösenden Fragen umrissen und der Weg zur Lösung sowie der Plan der Diskussion angegeben werden. Der italienische Plan, der einzige der Konferenz, wird sofort von den Beteiligten als Verhandlungsgrundlage angenommen und bildet dann auch die Richtschnur für die endgültigen Lösungen.

Am 30. September, 1 Uhr nachts, wird von den vier Regierungshäuptern das geschichtliche Protokoll unterzeichnet, das die Bedingungen für die Abtretung der deutschen Gebiete der Tschechoslowakei an Deutschland enthält. Die Urkunde setzt fest, daß die Räumung seitens der tschechoslowakischen Truppen am 1. Oktober zu beginnen habe und bis zum 10. Oktober vollzogen sein müsse, und daß in den betreffenden Gebieten eine Abstimmung unter internationaler Kontrolle stattzufinden habe. Mussolini greift aber auch ein zur Unterstützung der ungarischen und polnischen Ansprüche. In einer neuen Urkunde als Anhang des Protokolls erklären die Regierungshäupter der vier Mächte, daß die Frage der polnischen und ungarischen Minderheiten der Tschechoslowakei innerhalb dreier Monate auf Grund direkter Abmachungen der betreffenden Regierungen zu lösen sei und im gegenteiligen Falle einer erneuten Überprüfung in einer späteren Zusammenkunft der vier Mächte zu unterbreiten seien.

Dies ist der Sieg des Friedens. Der Schöpfer dieses Sieges ist Mussolini durch seine überlegte und entschlossene Haltung. Eine zweite friedliche Revision der gebietsmäßigen Bestimmungen der Friedensverträge erfolgte hier ohne Blutvergießen und ohne Eingriff des Völkerbundes durch eine in direktem Kontakt zwischen den verantwortlichen Männern der vier europäischen Großmächte erfolgte Verständigung. Der Geist und die Methode, die schon früher von Mussolini in seinem Plan eines Viererpaktes vorgeschlagen worden waren, haben sich als die einzig richtige Kraft erwiesen, um den Krieg zu bannen und die Zusammenarbeit der Völker zu erhalten.

Die Kapitulation der Tschechoslowakei, eine naturgemäße Folge der geschichtlichen Nemesis, enthüllt den plötzlichen Zerfall des gesamten politischen und militärischen, von Frankreich nach dem Kriege aufgebauten Bündnissystems. Das Bündnis zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei, die Grundlage des Systems, wird in Frankreich sofort unbeliebt, sobald es sich in eine Gefahr für Frankreich durch die Verpflichtung einer Verteidigung vorgegebener Rechte der verbündeten Republik auswirkt. Entgegen den übernommenen Verpflichtungen rührt Frankreich sich nicht. Nur die Zusammenarbeit Deutschlands und Italiens bleibt nicht bloßer Buchstabe. Italien zieht sich nicht zurück. Es stellt sich sofort an die Seite Deutschlands und übernimmt sämtliche mit dieser seiner Haltung verbundenen Gefahren.

Nachdem der Konflikt zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei in seinen hauptsächlichsten Grundzügen beigelegt worden war, klären sich jedoch noch nicht die Beziehungen zwischen den Regierungen in Prag und in Budapest. Nur das kleine polnische Problem von Teschen wird ohne große Schwierigkeit durch die Abtretung dieses Gebietes an Polen gelöst. Eine unheilvolle Erbschaft dagegen hat für die Beziehungen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei der Vertrag von Trianon hinterlassen. Nach der Behauptung der Großmächte beabsichtigt der Vertrag durch den Grundsatz der Selbstbestimmung, die dem ungarischen Staate unterworfenen Völker zu befreien. Er schafft jedoch nur neue Minderheitenkämpfe, indem er wichtige Teile der magyarischen Nation unter die Herrschaft anderer Staaten stellt. Kein anderer Friedensvertrag ist so wie derjenige von Trianon die Frucht der Unwissenheit und der Böswilligkeit. Selbst Lloyd George gibt zu, daß der Oberste Friedensrat, der völlig damit beschäftigt war, die einzelnen Teile des

Vertrags von Versailles mit Deutschland auszuarbeiten, die Ausarbeitung der übrigen Friedensverträge, die die kleineren Nationen betrafen, vernachlässigt und sie an Beauftragte ohne Autorität und ohne Verantwortung übertragen hatte.

Durch den Vertrag von Trianon, der unter die dauernde Kontrolle von Benesch redigiert worden war und der die Schaffung eines großen Staates in Übereinstimmung mit den französischen Plänen zum Ziel hatte, entsteht also die Tschechoslowakei in der Atmosphäre einer völligen Unkenntnis der geographischen, völkischen und geschichtlichen Bedingungen ihrer verschiedenen Teile. Als Anfang 1919 der Oberste Friedensrat eine angeblich neutrale Kommission nach Ungarn entsendet, um mit möglichst Unparteilichkeit die völkischen Grenzen zwischen Magyaren, Tschechen und Slowaken zu untersuchen, gelingt es Benesch, in dieser Abordnung zwei Mitglieder der amerikanischen Delegation unterzubringen, die zwar naturalisierte amerikanische Staatsbürger, der Rasse und Geburt nach aber Tschechen sind. Diese Herren sind der Hauptmann des Generalstabs der amerikanischen tschechischen Legion Jean Karmezin und der Professor Robert Kamelev. Durch diese Manipulationen wird u. a. durch den Vertrag von Trianon Ungarn gezwungen, der Tschechoslowakei ein Gebiet von 62 937 qkm, das sind 19,34 Prozent des gesamten Staatsgebietes vor dem Kriege, abzutreten, in dem sich 1 700 000 Slowaken, 1 084 000 Ungarn, 436 000 Ruthenen, 266 000 Deutsche und andere Minderheiten befinden. Die Grenzen des neuen Ungarn sind so gezogen, daß man auf einer Fahrt von 250 km Länge — zwischen Nyirabeany und Jasina, zwei kleinen, im ungarischen Gebiet verbliebenen Städten — sechsmal den Staat wechselt mit ebenso vielen Paß- und Zollkontrollen. Sogar der Oberste Friedensrat erkennt im letzten Augenblick die Fehler des Vertrages. In der Antwort auf einige Bemerkungen Ungarns über gewisse Bedingungen verspricht der Präsident Millerand in einem Briefe eine Berichtigung der ungarischen Grenzen, die einem Ausschuß anvertraut werden soll. Der Ausschuß jedoch, der einige Monate später ernannt wird, nur um den Schein zu wahren, wird verpflichtet, nicht über den Rahmen des Friedensvertrages hinauszugehen. Mit dieser gestellten Aufgabe kann er in nur vier Tagen die gesamte Grenzlinie zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei, die 750 km lang ist, überprüfen und sich den Anschein geben, selbst an Ort und Stelle sämtliche geographischen, völkischen und wirtschaftlichen Fragen der beiden Staaten gelöst zu haben.

Es ist offensichtlich, daß auch der Vertrag von Trianon zu einem unauslöschlichen Brandherd völkischer Reibereien wird. Sogar Clemenceau erkennt dies an. „Diese Verträge“ — so sagt er — „haben eine starke ungarische Minderheitenopposition geschaffen. Das einzige Mittel, einen wirklichen Frieden zu erzielen, besteht darin, die verschiedenen völkischen Minderheiten in ihre Mutterländer einzureihen.“ Auch Briand erkennt das an in einer Rede an die französische Kammer vom 8. Juni 1921: „Der Vertrag von Trianon ist nicht perfekt, und ich bin der letzte, der dies bestreitet. Wer könnte jemals daran zweifeln, daß die ungarische Grenze willkürlich festgelegt worden ist? Es genügt, eine Karte zu betrachten und die Grenzföhrung zu verfolgen — die übrigen noch nicht absolut endgültig ist —, um sich sofort davon zu überzeugen, daß sie in keiner Weise der Gerechtigkeit entspricht.“ Trotzdem unterstützt die französische Regierung 20 Jahre lang die Kleine Entente in ihrer Funktion als Polizeibüttel Ungarns und widersetzt sich jedem nationalen magyarischen Anspruch. Auch nach der Konferenz von München unterstützt Frankreich insgeheim den Widerstand der Prager Regierung gegen die Münchner Entschlüsse. Schon 1921 erkannte Mussolini die Notwendigkeit einer Revision des Vertrages von Trianon. Nachdem er in München die Anerkennung dieses Grundsatzes durchgesetzt hatte, fordert er in einer halbamtlichen Note vom 3. Oktober die Prager Regierung auf, die „nunmehr beschlossene und unvermeidbare chirurgische Operation“ nicht weiter zu verzögern. In der Unmöglichkeit, allein den Weg einer Verständigung zu finden, vertrauen die beiden Regierungen von Budapest und Prag den Regierungen von Rom und Berlin die Schlichtung für die Festlegung der Grenzen an und erklären sich bereit, den Schiedsspruch ohne Vorbehalt anzuerkennen. Am 2. November treffen sich die beiden Außenminister Graf Ciano und von Ribbentrop in Wien für diese Aufgabe. Nach den Richtlinien, die vom italienischen Minister vorgeschlagen werden, wird der Schiedsspruch gefällt, durch den ein Gebiet von 12 400 qkm mit einer Bevölkerung von über 1 Million Einwohnern an Ungarn zurückfällt.

Eine neue Revision auf der Karte Europas und in dem System der Friedensverträge war ohne Blutverluste erfolgt. Noch einmal war die Achsenpolitik föhrend in Europa. Sie wirkte diesmal nicht für sich, zum Schutze deutscher und italienischer Interessen, sondern nach außen, zur Lösung lebenswichtiger internationaler Probleme. Sie zeigte die An-

wendungsmöglichkeit jenes Aufbauplanes Europas auf der Grundlage nationaler Gerechtigkeit, der den Gedanken Hitlers und Mussolinis zugrunde liegt.

Die Entscheidungen der Münchner Zusammenkunft und des Schiedsspruches von Wien bilden den Ausgangspunkt für die Neuordnung der Tschechoslowakei sowie für die Regelung seiner Beziehungen zu den umliegenden Staaten, vor allem zu Deutschland und Ungarn. Aber die Neuordnung vollzieht sich langsam und im Gegensatz zu den vorgeschriebenen Richtlinien.

In München wurde nach der Abtrennung der Zonen mit klarer deutscher, magyarischer und polnischer Minderheit der Tschechoslowakei die Verpflichtung auferlegt, an die Slowakei und an das subkarpatische Rußland die Autonomie zu verleihen, und zwar auf einer weitgehenden föderativen Basis und unter Beachtung der nationalen Rechte der auf dem Gebiete verbliebenen deutschen Minderheit. Die Prager Regierung jedoch kommt diesem Verlangen nicht mit offener Bereitwilligkeit entgegen, trotzdem in letzter Stunde neue Persönlichkeiten erschienen waren. Es erneuern sich ihre Versuche einer zentralisierenden Politik, und damit erneuern sich auch die Konflikte mit der deutschen Minderheit und auch mit der großen slowakischen Fraktion, die nunmehr in ihren Autonomieansprüchen zusammen mit der ruthenischen Bevölkerung eine Einheitsfront bilden. Die politischen Kämpfe werden hier und da mit bewaffneter Hand ausgetragen. Dunkle Gewalten versuchen noch immer, Unordnung herbeizuführen und die Regierung in gefährliche Abenteuer zu stürzen. Von der inneren Auflösung bedroht, wenden sich der neue Präsident der tschechoslowakischen Republik, Hacha, der seit wenigen Wochen der Nachfolger von Benesch geworden war, und sein Außenminister Chvalkowski, der frühere Gesandte in Rom, vertrauensvoll direkt an Hitler und bitten um Schutz und Klarstellung ihrer Gebiete. Zwischen dem 14. und 15. März wird in Berlin ein Protokoll unterzeichnet, durch das das Protektorat des Reiches über die Gebiete Böhmens und Mährens errichtet und gleichzeitig die politische Autonomie der Slowakei unter dem Schutz Deutschlands ausgerufen werden. Die deutschen Städte und Zonen, auch außerhalb der Grenzen, kommen direkt zu Deutschland.

Das subkarpatische Rußland seinerseits, das die äußerste Ostzone der früheren Republik gebildet hatte, wird von Ungarn völlig besetzt, daß auf diese Weise zum Teil seine

wirtschaftliche Einheit wiederherstellen kann und einige seiner natürlichen Märkte zurück erhält.

Auf diese Weise vollzieht sich bis auf den Grund die natürliche Revisionsbewegung des in dieser heiklen Donauecke Europas geschaffenen Zustandes. Nach München schienen die Gebiete von Böhmen und Mähren nunmehr dem wirtschaftlichen und politischen Einfluß Deutschlands unterworfen. In Deutschland hatten sie in der Tat ihre sämtlichen produktiven und handelsmäßigen Bindungen und mit ihm eine einheitliche Grenze, die sie von allen Seiten umschloß. Nach München waren Böhmen und Mähren naturgemäß ein politisches und wirtschaftliches Akzessorium Deutschlands geworden.

Ohne Zweifel vollzieht sich mit der neuen Revision auch eine Verschiebung der Kräfte in Mitteleuropa, und es erhöht sich die Macht des Deutschen Reiches. Durch die Einverleibung Böhmens und Mährens und durch das Protektorat über die Slowakei zählt Deutschland nunmehr 80 Millionen Menschen. Nachdem es durch die Friedensverträge zerstört und verstümmelt worden war, findet es ohne neue Kriege seinen Weg zu einer Gebietsgröße, einer Einwohnerzahl und einem Reichtum der Hilfsquellen, wie es dies sogar vor dem Kriege nie gehabt hatte. Diese Tatsache hat eine geschichtliche Bedeutung und ist von aktueller Wichtigkeit im Rahmen der europäischen Kräfte. Die Demokratien sehen darin eine neue Gefahr von seiten Deutschlands drohen, die sich durch dessen erhöhte Macht ausdrückt. Sie beachten dabei nicht, daß Großbritannien mit seinen direkten Kolonialgebieten 110 Millionen Einwohner kontrolliert, zu denen die vielen Millionen Einwohner der Dominions und 400 Millionen Einwohner Indiens hinzukommen, während Frankreich seinerseits mit seinen Kolonialgebieten, aus denen es einen großen Teil seiner militärischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel schöpft, über 105 Millionen Einwohner verfügt.

Die Gefahr, die man in der Machtzunahme Deutschlands sehen möchte, sollte nach dem Wunsche der imperialen Demokratien, trotz ihrer feindseligen Einstellung gegenüber der italienischen Politik, vor allem von Italien erkannt werden, das nunmehr mit Deutschland auf dem Brenner eine gemeinsame Grenze hat. Parteien und Zeitungen in Paris und in London stellen diesen Standpunkt auffällig in den Vordergrund, der einen neuen Versuch zur Schwächung der Achse Berlin-Rom darstellt. In diesem verwirrenden Augenblick europäischer Geschichte wird die Außenpolitik zur

Hälfte mit Taten und zur Hälfte mit Worten getrieben. Italien bleibt ruhig. Es vertraut der Gerechtigkeit und den Vorteilen, die aus seiner Zusammenarbeit mit Deutschland entspringen. Es vergißt nicht die Geschichte seiner Kriegsbündnisse mit den beiden großen westlichen Demokratien, und den Verrat, dessen Opfer es im Frieden geworden war. Es vergißt nicht die seit 1919 verflossene Geschichte, die in den Sanktionen ihren Höhepunkt erreicht hatte. Es sieht auch deutlich seine Belange als große Nation, die europäische Wirklichkeit und den schicksalsgebundenen Weg der Geschichte.

Ohne auf die Geschichte und auf die einzelnen Probleme Österreichs und der Tschechoslowakei einzugehen, die den Anlaß zum Nachdenken über die Fehler von Versailles und über die Notwendigkeit einer ausgleichenden Gerechtigkeit gegeben hätten, entnehmen die imperialen Demokratien den neuen Ereignissen lediglich das Motiv einer polemischen Auflehnung gegen Deutschland und gegen Italien, das Deutschland ohne Zögern unterstützt hatte. Während die Parteien und die Zeitungen laut von einer Aggressivität der beiden totalitären Staaten und von einer Niederlage der Demokratie sprechen, die wieder gutgemacht werden müsse, setzen sich die Regierungen von Paris und London in Bewegung, um ein System politischer und militärischer Einkreisung Deutschlands aufzurichten. Gegenüber diesem drohenden Manöver ist die erste italienische Antwort schon bereit.

Die Vereinigung mit Albanien

Der politische und wirtschaftliche Zerfall Albaniens, der durch das Feudalregime des Königs Zogu hervorgerufen worden war, bietet die natürliche Gelegenheit einer Versetzung italienischer Streitkräfte nach diesem Balkanland. Italien hat dazu beigetragen, dem albanischen Volk Arbeit, Wohlstand und Kultur zu geben. Es hat Straßen, Brücken und Häuser gebaut. Es hat Sumpfgelände urbar gemacht. Es hat Schulen und Krankenhäuser eröffnet. Und für dieses große Aufbauwerk hat es von 1925 an 1 Milliarde 837 Millionen Lire ausgegeben. Seit einiger Zeit jedoch scheinen die Beziehungen zwischen Achmed Zogu mit seinem kleinen Klüngel von Feudalherren und der italienischen Regierung sowie den italienischen Staatsbürgern immer unsicherer und schwieriger zu werden. Diese Beziehungen verlaufen nicht

mehr im Geiste der Klarheit und der friedlichen Mitarbeit, in dem Italien stets seine albanische Politik gehalten hatte. Der König möchte im Sinne eines Feudalherren regieren, völlig verständnislos gegenüber den elementarsten Bedürfnissen seines Volkes, geldgierig, nur auf seine persönlichen Vergnügen bedacht, ehrgeizig und verantwortungslos. Er ist der Anstifter innerer Zwistigkeiten und internationaler Intrigen. Er ist der unerbittliche Feind aller Albanier, die nicht zu seinem politischen Klüngel gehören oder die freundschaftliche Gefühle für Italien zur Schau tragen. Er verwandelt die großmütige Politik einer italienischen finanziellen und wirtschaftlichen Hilfeleistung in ein Einkommensmonopol für seine Privatkasse. Trotz der Verträge und der häufigen Mahnungen Roms ist das albanische Volk der allerletzte Nutznießer der italienischen Hilfe. In dem Wahne, nunmehr auf Grund möglicher Intrigen und Vergünstigungen durch die neue Aufspaltung unter den europäischen Großmächten Vorteile herauschlagen zu können, trägt der König seine Feindseligkeit gegenüber Italien offener zur Schau. Er glaubt, sich dieses zu einem guten Preise von der französisch-britischen Politik bezahlen lassen zu können, die auf der Suche nach neuen Verbündeten ist.

Im Februar 1939 werden einige Albanier eingekerkert, deren einzige Schuld darin bestand, daß sie in offener Weise ihre Freundschaft für Italien zum Ausdruck gebracht hatten. Sie werden nur auf einen energischen Protest Italiens in Freiheit gesetzt. Am 8. März schlägt Achmed Zogu in einer Besprechung mit dem Minister Italiens in Tirana eine Revision der Beziehungen zwischen Italien und Albanien durch den Abschluß eines neuen und weitergehenden Bündnisvertrages vor. Während der Vorschlag noch geprüft wird, verlangt der König plötzlich am 20. März die Entsendung italienischer Truppen nach Albanien. Schnell jedoch kann die italienische Regierung sich vergewissern, daß diese Streitkräfte nur zu einem irrsinnigen Handstreich des Königs gegen die jugoslawischen Grenzen in der Gegend von Kossovo dienen sollten, mit dem offensichtlichen Zweck, die ruhigen und herzlichen Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien zu trüben, um damit der französisch-britischen Politik zu dienen. Die italienische Regierung weist deshalb dieses merkwürdige Verlangen des Königs zurück und legt ihm statt dessen das Schema des neuen Bündnispaktes vor, den er selbst vorgeschlagen hatte. Achmed Zogu nimmt sich Zeit zur Überprüfung der Urkunde, beginnt aber ohne jeden

Grund und ohne jede Erklärung die Mobilmachung seiner Streitkräfte, die er in Tirana und am Mati zusammenzieht. Außerdem stellt er noch hier und dort bewaffnete Banden auf, die die Aufgabe haben, die Italiener einzuschüchtern und italienfeindliche Bewegungen zum Entstehen zu bringen. Mussolini greift ein. In einer Botschaft an Achmed Zogu warnt er: „Die Frage einer Änderung der Beziehungen zwischen Italien und Albanien ist nicht von mir aufgeworfen worden. Seit dem Augenblick jedoch, wo sie aufgeworfen worden ist, muß sie gelöst werden, und zwar in dem Sinne, das Bündnis zu befestigen bis zu dem Punkte, wo das Schicksal beider Staaten und beider Völker vereinigt wird. Vor allem im Interesse des friedlichen Fortschrittes das Schicksal beider Staaten und beider Völker vereinigt denken, daß ich ihm dreizehn Jahre lang den sicheren Beweis meiner Freundschaft gegeben habe. Ich bin entschlossen, im gleichen Sinne fortzufahren. Sollte dieses jedoch zwecklos sein, so würden die Folgen auf König Zogu zurückfallen.“

Da er sich im Rücken durch die großen Demokratien gedeckt wähnt, beachtet Achmed Zogu nicht die ruhige, aber feste italienische Warnung. Er verharret auf seiner tollkühnen Herausforderung und gibt den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung. Das albanische Volk jedoch reagiert nicht mehr auf den Appell des Königs. Viele albanische Häuptlinge versammeln ihre Bewaffneten und erklären, daß sie bereit sind, gegen die Banden von Zogu zu marschieren, um die Politik Italiens zu stützen. Am 7. April landen italienische Truppen gleichzeitig an vier Punkten der albanischen Küste: Durazzo, Valona, Santi Quaranta und San Giovanni di Medua. Sie stoßen nur vereinzelt auf spärlichen und unsicheren Widerstand der wenigen bewaffneten Banden des Königs, die sich nach den ersten Kanonenschüssen zerstreuen. Achmed Zogu, der, um Zeit zu gewinnen, zur letzten Stunde noch den scheinbaren Versuch neuer Verhandlungen gemacht hatte, ergreift mit der Staatskasse und dem Silberzeug die Flucht nach Griechenland.

In zwei Tagen wird das gesamte albanische Gebiet ohne Widerstand von den italienischen Truppen besetzt, die überall mit wehenden italienischen Fahnen und unter dem Jubel der Bevölkerung empfangen werden.

Eine gesetzgebende Versammlung, die am 12. April in Tirana einberufen wird, beschließt, „durch unzertrennliche Bande das eigene Volk an das italienische Volk zu ketten“

und bietet „als Pfand“ die Krone von Albanien dem König und Kaiser an. Die Personalunion stellt bekanntlich weder etwas Neues im internationalen Recht, noch im gegenwärtigen Europa dar. Sie bestand bis zum 26. Oktober 1905 durch die Person des Königs zwischen Schweden und Norwegen. Sie besteht heute noch zwischen Dänemark und Island. Sie besteht auch in gewisser Hinsicht zwischen Großbritannien, Irland und den verschiedenen Dominions der Commonwealth. In einer außerordentlichen Sitzung am 13. April begrüßt der Große Rat des Faschismus „mit männlicher Freude dieses geschichtliche Ereignis, das auf der Grundlage der jahrhundertealten Freundschaftsbande das Schicksal und das Volk Albaniens in einer tiefen und endgültigen Union an das Volk und das Schicksal Italiens bindet“. Am Tage darauf sanktioniert der Ministerrat unter dem Vorsitz Mussolinis den neuen Titel des Königs. Am 16. April heißt die neue Kammer der Fasci und der Korporationen in feierlicher Sitzung durch Akklamation diese Union mit Italien gut. Bei dieser Gelegenheit umreißt der Außenminister Graf Galeazzo Ciano, der mit großer Aufmerksamkeit schon seit langem sämtliche Phasen des Heranreifens des neuen albanischen Problems verfolgt hatte, in einer großen Rede die Haltung und die Absichten Italiens: „Die italienischen Energien, die nach Albanien geleitet worden sind, und zwar auch dann, als sie, um dorthin zu gelangen, Widerstände und Hindernisse überwinden mußten, werden in Zukunft in immer steigenderem Maße zuströmen. Jene schwierigen Probleme, die für so lange Zeit vergebens auf ihre Lösung gewartet haben, werden sie jetzt in ganz enger Zusammenarbeit beider Völker finden... Wo nunmehr das albanische Volk seinen richtigen Weg gefunden hat und die Trikolore neben dem Zeichen des Adlers flattert, darf es keinen Zweifel mehr geben: Albanien geht mit völliger Sicherheit jener großen und glücklichen Zukunft entgegen, die ihr das imperiale Rom in dem glorreichen Namen des Duce zusichert.“

Die Geschichte der politischen Union zwischen Italien und Albanien vollzieht sich schnell. Am 3. Juli bietet eine albanische Abordnung dem König und Kaiser im Quirinal die Krone Albaniens an, der seinerseits den albanischen Vertretern die neue, für Albanien geschaffene Verfassung überreicht. Am gleichen Tag erfolgt die Verschmelzung der diplomatischen Dienste beider Länder. Die ausländischen Vertretungen Albaniens werden aufgehoben und von Italien

übernommen. Im Außenministerium wird ein besonderes Unterstaatssekretariat für Albanien eingerichtet. 46 albanische Beamte werden in die italienische Verwaltung übernommen, um zusammen mit den italienischen Vertretern in den Zentren, in denen die albanischen Interessen am größten sind, diese wahrzunehmen. Es beginnt die Zusammenarbeit der staatlichen Organe, die heute in Albanien durch albanische Minister und Beamte sowie italienische Ratgeber durchgeführt wird. Gerichtshöfe werden aufgestellt, die von einem neuen Geist westlicher Zivilisation beseelt sind unter Wahrung der alten nationalen Gesetze, die durch jahrhundertalte Tradition geheiligt sind. Es werden Schulen gegründet, von denen in dem halben Jahrtausend türkischer Herrschaft überhaupt keine und in der Zeit der Regierung Zogus kaum welche bestanden. Krankenhäuser und Krankenstationen werden erbaut und ländliche Stützpunkte zur Überwachung des Gesundheitszustandes errichtet, um die trostlos verlassene albanische Bevölkerung von der Geißel der Malaria zu retten. Endlich tritt auch unter diese reine und unverdorbene albanische Rasse, die in ihren alten Sitten und Gebräuchen durch ihre Abgeschlossenheit im Gebirge erhalten worden war, die erlösende europäische Kultur. Die Arbeit wird belohnt und beschützt gegen das raubgierige Parasitentum des Feudalregimes, das noch aus der finsternen Zeit der Türken her stammt. Das, was die Presse der imperialen Demokratie, ihren eigenen nationalen Werdegang vergessend, mit dem simulierten Abscheu des Gerechten die italienische Aggression Albaniens zu nennen wagt, ist eine ruhige Gemeinschaft der Nationen und eine glückliche Verbrüderung der Völker. 13 Tage nach der italienischen Landung, am 20. April, wird durch ein in Tirana unterzeichnetes Abkommen den in Italien ansässigen Albaniern und den in Albanien ansässigen Italienern die Gleichheit politischer und bürgerlicher Rechte zugestanden. Der Albanier kann in Italien ein öffentliches Amt bekleiden, im Heere Dienst tun, Mitglied der Regierung werden. Vergebens würde man nach ähnlichen Verhältnissen bei den imperialen Demokratien in ihren Imperien und in den Mandatsgebieten suchen, selbst wenn sie reif für die Unabhängigkeit sind. Inzwischen ist in Tirana das neue albanische Parlament eingeweiht worden: der Oberste Korporative Faschistische Rat, der, wie die italienische Kammer der Fasci und der Korporationen, sich aus dem Zentralrat der albanischen faschistischen Partei und dem Zentralrat der albanischen Korporativwirtschaft zusam-

mensetzt. Die Geschichte Albaniens beweist, daß das Licht immer aus dem Westen kam, aus seiner Berührung mit Italien, und die Dunkelheit immer aus dem Osten, aus den Überfällen und aus der Herrschaft der Türken.

Die italienische Kultur ist jedoch eine Kultur der Arbeit. Weitblickend schweißt sich in konstruktivem Aufbau auf dem albanischen Gebiet die neue Gemeinschaftsarbeit beider Völker zusammen. Die eingeborene Wirtschaft Albaniens erschien durch Jahrhunderte hindurch arm und nicht entwicklungsfähig mit ihrer auf dem Nomadenwesen ruhenden Viehzucht und ihrer kärglichen Landwirtschaft. Nur 3000 von 27 540 qkm der Gesamtfläche Albaniens wurden vom albanischen Bauern beackert. Auf so kleinem Raume war obendrein das System primitiv und folglich zur Deckung des Bedarfs völlig ungenügend. Auf dem albanischen Boden ruhten die erdrückenden Lasten des türkischen Regimes, kaum hier und da durch einige erste, von Italienern errichtete Verbesserungsbauten gemildert. Hinzu kommt die Unsicherheit des Lebens und Eigentums auf dem Lande, das Überleben der feudalen Latifundien, die niedrige Lebenshaltung des Bauern, das Fehlen von Straßen und von Märkten, die große Ausbreitung der Sumpfgebiete — beinahe der zehnte Teil des albanischen Gebietes —, wodurch das Land den Zerstörungen der Malaria ausgesetzt war. Aus den ersten ärztlichen Statistiken, die 1927 herausgegeben worden waren, geht hervor, daß 34 Prozent der in den Krankenhäusern oder fahrbaren Krankenstationen behandelten albanischen Kranken die Malaria hatten.

Italien zieht in Albanien vor allem mit einem umfangreichen Plan für die Urbarmachung ein, ähnlich wie er schon auf italienischem Gebiet durchgeführt worden war. 200 000 ha Sumpfgebiet, das vollkommen öde und voller Krankheitsstoffe ist, sollen in sieben verschiedenen Teilen des Landes innerhalb von 10 Jahren mit einer Ausgabe von 1 Milliarde 200 Millionen Lire urbar gemacht und der menschlichen Arbeit erschlossen werden. Auf diese Weise sollen die wirtschaftlichen Möglichkeiten Albaniens vermehrt werden. Schon 1942 soll die Urbarmachung von 10 000 ha in der Ebene von Durazzo fertiggestellt werden, zusammen mit dem Neubau von 600 Bauernhäusern im Zentrum von ebenso vielen Bauerngütern. Die Landwirtschaft wird entwickelt zum Nutzen der Bauern und der Volkswirtschaft.

Für einen wirtschaftlichen Fortschritt ist aber die Eröffnung neuer Straßen notwendig. Im ganzen Balkan ist die

Tragödie der Straße bekannt. Die Konstruktion der Straße jedoch liegt in der römischen und italienischen Tradition: sie ist das erste Instrument für den Kreislauf der Zivilisation. Bei ihrer Ankunft in Albanien bauten die alten Römer sofort, wie schon erwähnt, eine große Straße, die Via Egnatia, die von Durazzo bis nach Ochrida anstieg und von dort nach Byzanz führte. Von dieser Straße, die ein bededtes Zeugnis der westlichen Kultur darstellt, bestehen noch unversehrte Teile mit ihrer breiten und typischen Pflasterung. Während des großen Krieges hat das in Albanien versammelte italienische Heer ebenfalls 1000 km breiter Straßen gebaut, und weitere 400 km sind von italienischen Unternehmern in den ersten Jahren des neuen albanischen Staates nach dem Kriege erbaut worden. Das feudale und geldgierige Regime des Königs Zogu, der die Staatskasse mit seiner persönlichen Kasse verwechselte, war nicht geeignet, einen Sinn und einen Kult für die Straße zu pflegen. Bei ihrer Ankunft in Albanien fanden die Italiener die Straßen vom Wasser und vom Mangel an Pflege zerstört. Die italienische Regierung hat 800 Millionen Lire bestimmt zur Wiederherstellung und zum Neubau von Straßen. Dieses Netz soll 102 000 km umfassen.

Zu den Straßen kommen die Eisenbahnen. Albanien war das einzige europäische Land, das ohne Eisenbahn geblieben war. Nunmehr wird die erste Eisenbahn gebaut zwischen Durazzo, Pekini, El Bassan, bis nach Libinoli, beinahe an der Grenze des Sees von Ocrida. Hier kann sich dann diese Linie in die verschiedenen transbalkanischen Verbindungen verzweigen. Von dort aus kann man einstweilen mit einer Drahtseilbahn das in den Bergen von Libinoli entdeckte Eisen erreichen.

Die schnell erfolgten Untersuchungen haben gezeigt, daß Albanien gewaltige Bodenschätze besitzt, und es zeigen sich hier in der Arbeit der Italiener und der Albanier die Grundlagen einer neuen Volkswirtschaft, die mit der italienischen solidarisch in ihren Aufgaben der industriellen Versorgung und der Autarkie ist.

In dieser wirtschaftlichen Gemeinschaftsarbeit wie auch in der auf politischem und militärischem Gebiete ist Italien zur größten Balkanmacht emporgerückt, und Albanien hat lebendigen Anteil an der westlichen Kultur erhalten. Die von selbst erfolgte Vereinigung beider Nationen hat eine tiefgreifende Änderung der Lage in der Adria und im politischen und wirtschaftlichen System des Balkans herbeigeführt.

Der Stahlpakt

Die schnelle Lösung des albanischen Problems, die sich unter der ruhigen Mitarbeit der eingeborenen Bevölkerung vollzieht, die bereit ist, von der neuen Schutzherrschaft und von den erweiterten Möglichkeiten einer sicheren und gutbezahlten Arbeit Gebrauch zu machen, entwaftet jedoch nicht die Opposition der großen Demokratien.

Die Beschuldigungen gegen Italien, das als aggressiv und gefährlich hingestellt wird, fügen sich denen an, die schon früher gegen Deutschland erhoben worden waren. Man stellt die beiden Achsenmächte als die Hauptursachen der europäischen Unordnung hin und behauptet, daß sie durch ein neues Kraftsystem, das den Frieden erhalten wird, niedergehalten werden sollen. Unter Mitwirkung einer geräuschvollen Pressekampagne, die von der Unpopularität und der Härte des neuen Regimes in Albanien zu sprechen wagt, arbeiten die Agenten der Regierungen in London und Paris daran, in Europa und im Mittelmeer Verwirrung und den Geist der Revolte gegen Italien zu verbreiten. Man kommt sogar dazu, eine Veränderung des Status quo im Mittelmeer und eine Verletzung der italienisch-britischen Abmachungen vom 16. April 1938 zu erblicken. Man vergißt absichtlich die gesamte diplomatische Geschichte des italienischen Rechtes in Albanien. Man spricht nicht von den wirklichen Änderungen im Mittelmeersystem, das durch die französische Politik geschaffen worden ist, die ihre direkte Souveränität in Tunis aufzurichten gedenkt, und zwar über das 1881 errichtete Protektoratsregime hinaus. Man beachtet auch nicht die Änderungen in Syrien und im Libanon, dessen Mandatsregime auch durch internationale Verpflichtungen festgelegt wurde. Man spricht auch nicht von den Verletzungen durch die britische Politik, die, nachdem sie durch einen Vertrag die Unabhängigkeit Ägyptens anerkannt hatte, dieses Land von neuem seiner politischen und militärischen Kontrolle, über die durch die Verträge gezeichneten Grenzen hinaus, unterwirft. Man spricht ferner nicht von dem England als Mandatsgebiet anvertrauten Palästina, das in ein Flottenstützpunktsystem unter Englands direkter Souveränität verwandelt wird, ohne auf den blutigen Kampf zu achten, den dieser Gewaltakt unter Juden und Arabern angestiftet hat.

Die Wahrheit ist, daß der Ausbruch der neuen nationalen

und politischen Erhebung Deutschlands und Italiens, die Ausbreitung ihrer berechtigten Macht, ihre entschlossene Politik, die sich gegen die imperiale Vorherrschaft richtet, dem von Frankreich und Großbritannien aufgestellten System der Vorherrschaft bedrohlich erscheint. Von der früher dem Völkerbund anvertrauten Verteidigung gehen nunmehr die beiden imperialen Demokratien zu einem direkten Offensivplan über. Sie wollen einen Wall von Waffen gegen die beiden Achsenmächte aufrichten und versuchen, die anderen europäischen Nationen dazu einzuspannen, vor allem diejenigen, die auf Grund ihrer geographischen Lage am geeignetsten erscheinen, als Gendarmen gegen die eine oder die andere der Achsenmächte aufzutreten.

Seit einiger Zeit haben die imperialen Demokratien den Boden vorbereitet durch eine zweifache intensive Propagandaaktion. Sie haben den berufsmäßigen Aufruhrgeist der politischen Parteien der verschiedenen Länder gegen die sogenannten Diktaturen in Bewegung gesetzt, die schuldig waren, das demokratische Turnier der Parlaments- und Regierungskämpfe, mit den üblichen Vorteilen für die jeweiligen Nutznießer, abgeschafft zu haben. Frankreich und England haben auf diese Weise das Gespenst eines dauernden Komplotts gegen den Frieden Deutschlands und Italiens geschaffen, indem sie diese beiden Länder als jeden Tag im Begriffe stehend dahinstellten, neue geheime Aggressionspläne in jeder Richtung Europas und der Welt zu schmieden. Nunmehr benutzen sie die plötzliche und natürliche Lösung der Probleme Österreichs, der Tschechoslowakei und Albaniens, um mit einem angeblichen Tatsachenmaterial ihren Anschuldigungen Wert zu verleihen. Sie verteilen Ratschläge, Geld, sie üben Druck aus, um das künstlich geweckte Mißtrauen und die Verwirrung in ein allgemeines Abkommen der Nationen verdichten zu können, das den Charakter einer heiligen Allianz der Demokratien gegen die Diktaturen annehmen und in seiner geometrischen Form ein wirklich politisches und militärisches Einkreisungssystem um Deutschland und Italien herum darstellen sollte.

In den ersten Tagen des Mai 1939 ist diese französisch-britische Bewegung schon fortgeschritten. Ausgehend von einem geheimgehaltenen formalen Bündnis zwischen Großbritannien und Frankreich, hat sich Polen hinzugesellt durch eine mit England ausgetauschte gegenseitige Garantie und in der Folge auf Grund einer britischen Anleihe von 8 Millionen Pfund. Auch Rumänien und Griechenland wurden von der

britischen Regierung einseitige Garantieverträge gegeben. Hierbei hatten Rumänien 5,5 Millionen Pfund und Griechenland 2,2 Millionen Pfund erhalten. Inzwischen befindet sich ein englisch-türkischer Vertrag mit einer weiteren britischen Anleihe von 16 Millionen Pfund und weiter noch ein französisch-türkischer Vertrag in Vorbereitung. Es werden auch Verhandlungen mit Sowjetrußland eingeleitet und weitere Verständigungen mit den baltischen und skandinavischen Staaten gesucht, die jedoch zurückgewiesen werden.

Dieser politischen Bewegung fügt sich die große Aufrüstung an, die Konzentration von Streitkräften an den Grenzen Deutschlands und Italiens und im Mittelmeer, der hartnäckige und vielsagende Wille Roosevelts, die Vereinigten Staaten durch endgültige Abmachungen in die französisch-britische Politik einzuspannen, entgegen der nationalen Strömung der Freunde der Isolierung und den Neutralitätsgesetzen. Dazu kommt der Beginn einer aggressiven Politik Frankreichs gegen die auf seinen Gebieten lebenden Italiener, denen durch Gewalt und durch die drohende Ausweisung die französische Naturalisation aufgezwungen wird und die Verpflichtung, sich im Kriegsfall der französischen Armee einzureihen, ganz gegen alles Völkerrecht und die bestehenden italienisch-französischen Konventionen.

Die eben erst in der Münchner Konferenz entstandenen Hoffnungen, die den Beginn einer neuen Politik der Zusammenarbeit unter den Großmächten zur gemeinsamen Lösung der lebenswichtigen europäischen Fragen einleiten sollten, sind dahingeschwunden. In Paris und in London will man nicht die neuen europäischen Ereignisse als den natürlichen Epilog einer zwangsläufigen Entwicklung der Geschichte ansehen, sondern als den Sieg der rohen Kraft der totalitären Staaten über die Demokratien, der nunmehr durch Kraft zurückgewiesen werden müsse. Durch seine plötzliche Sucht nach neuen Bündnissen enthüllt sich die Bedeutung des neuen Kurses der englischen Politik. Viele Jahre lang nach dem Kriege hat England stets die Bündnispolitik abgelehnt mit der Behauptung, daß dies nur zum Kriege führe. Die plötzliche Kursänderung bedeutet die Absicht zum Kriege.

Deutschland und Italien erleben also eine wilde Wiedergeburt des Geistes von Versailles und seiner Methoden. Dieser Geist liegt im Sinne einer Rangordnung der Nationen, die ihre Vorherrschaft aufrechterhalten wollen mit Hilfe einer Schar von Vasallen. Die Methode ist diejenige der Kräfteblockade, die die Herrschaft von wenigen garantieren und

Europa und die Welt im gegenwärtigen System der beati possidentes erstarrt halten soll.

In diesem europäischen Milieu entschließen sich Hitler und Mussolini, in neuer Form die gemeinsame Verteidigung Italiens und Deutschlands zu organisieren und der Achsenpolitik neue Grundlagen und Aufgaben zu erteilen. Am 7. Mai wird bei einer Begegnung in Mailand zwischen den beiden Außenministern von Ribbentrop und Graf Ciano, nachdem „von neuem die vollständige Übereinstimmung der Ansichten der beiden Regierungen konstatiert worden war“, der Entschluß verkündigt, „in endgültiger Weise auch vom formalen Standpunkte aus in einem politischen und militärischen Vertrag die Beziehungen der beiden Achsenstaaten festzulegen“. Auf den von Hitler und Mussolini gegebenen Grundlinien haben die beiden Außenminister in der Nacht zwischen dem 6. und dem 7. Mai auf diese Weise die Grundlagen eines wirklichen Bündnisses zwischen den beiden befreundeten Mächten aufgebaut. Die letzten noch hier und da in Europa gehegten Illusionen über die Möglichkeit, die Achsenmächte zu trennen, sind vernichtet. Im Rahmen Europas ist ein fester Punkt unter allen zweideutigen und gegensätzlichen Kräften entstanden, der jedermann unmittelbar verständlich ist.

In 15 Tagen wird das neue Bündnis zwischen Italien und Deutschland, das sofort auf Grund der in ihm enthaltenen Kraftelemente „der Stahlpakt“ genannt wird, in seinen hauptsächlichsten diplomatischen und militärischen Zügen ausgearbeitet. Am 22. Mai unterzeichnen mit feierlichster Zeremonie in Gegenwart von Hitler die beiden Außenminister von Ribbentrop und Graf Ciano im Botschaftersaal der neuen Reichskanzlei in Berlin den Text.

In der Einfachheit dieses Mechanismus' enthüllt sich sofort, ohne Begrenzung oder Gefahr zufälliger Komplikationen, die ungeheure Tragweite des Bündnisses. Die Anwendung geschieht in fortschreitendem Maße. Die Solidarität beginnt mit der dauernden Beratung über alle Probleme gemeinsamen Interesses und über diejenigen, die die allgemeine europäische Situation betreffen. Sie geht dann über zum politischen und diplomatischen Beistand, wenn die Interessen und die Sicherheit der einen der beiden Teile bedroht zu sein scheinen. Sie gelangt, wenn es notwendig ist, zur Waffenhilfe an der Seite der verbündeten Macht, wenn aus irgendeinem Grunde eine der Mächte in einen Krieg verwickelt wird. Die Solidarität der beiden Nationen erscheint

somit vollständig und für sämtliche Ereignisse vorbereitet. Für diese Solidarität entwickelt die Einleitung zum Vertrag in klarer Zusammenfassung die lebendigen und hauptsächlichsten Elemente. Der Ausgangspunkt ist die Nachbarschaft der nationalen Gebiete: die gemeinsame Grenze. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit unmittelbarer und dauernder gegenseitiger Hilfe im Kriegsfall. Mit der Gemeinschaft der Grenzen geht aber auch zusammen die Gemeinschaft der Geschichte, die schon in ihrer neuen Phase des Aufstieges zur Macht parallel war, wie sie auch sogar schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Phase der nationalen Befreiungskämpfe parallel ging. Die nationalsozialistische und die faschistische Revolution sind einander verwandt und beinahe gleichzeitig durch zwei große Führer geschaffen worden. Diese Revolutionen sind nicht der Ausfluß kleinlicher politischer Bewegungen, sie bilden neue Etappen im Fortschritt der menschlichen Kultur und erlangen ihre Ausdrucksform durch den staatlichen und nationalen Aufbau, durch den Willen und durch die neu erweckten Fähigkeiten großer Nationen, die von Leben und Zukunftsmöglichkeiten strotzen und die sich naturnotwendig zusammentun und gemeinsam verteidigen müssen.

Militärisch bilden Deutschland und Italien ein einheitliches Potential. Dieses Potential setzt sich, außerhalb der Kolonialgebiete, aus zwei völlig homogenen arischen Völkern zusammen. Ihr Wert wird vor allem angegeben durch den Block von 150 Millionen Einwohnern, der von den beiden Verbündeten zusammen auf einem zusammenhängenden Gebiet quer durch ganz Europa und die Hälfte Afrikas, vom Baltikum bis zum Indischen Ozean, aufgestellt werden kann und die Inangriffnahme der verschiedensten und entscheidendsten Operationen zuläßt.

Zu der ungeheuren Zahl bewaffneter Streitkräfte kommen für Deutschland und Italien noch die ungeheuerere Zahl der Hilfsmittel hinzu, die sich aus einer hohen landwirtschaftlichen und industriellen Produktivität und aus einer riesenhaften und immer weiter wachsenden Rüstung ergeben. Zu der materiellen Macht kommt die nicht weniger lebenswichtige des Geistes hinzu: eine gereifte Kriegsvorbereitung der Völker mit einer starken und brennenden Schlagkraft, eine innere Disziplin, die jeder Entscheidung der Regierungen die sofortige Mitarbeit der Nationen sichert, und ein lebendiges Bewußtsein des erlittenen Unrechtes und der nationalen Sendung.

Das neue Gebilde ist weit entfernt von demjenigen des Dreibundes aus der Vorkriegszeit. Der von Bismarck ins Leben gerufene Dreibund war vor allem das einem bestimmten Kriegsfall vorbehaltene Instrument. Es fand keine Anwendung in Friedenszeiten, und es war nicht von einem Willen zur Solidarität beseelt. Italien sah darin seine Rechte im Trentiner Venetien und in den adriatischen Gebieten mißachtet, ja sogar von der Habsburger Monarchie bekämpft. Deutschland sah darin eine Hemmung für seinen Expansionswillen nach Übersee durch die strenge und konservative Politik des österreichisch-ungarischen Kaiserreiches und auch ein Hindernis für seine noch nicht erloschenen Träume eines politischen Zusammenschlusses aller deutschen Stämme. Nur das endgültige Verschwinden Österreichs, durch das Deutschland und Italien die natürliche Voraussetzung und die günstigen Bedingungen für eine freie Solidarität zurückgegeben wurden, wie es schon Cavour seit 1858, als Rom noch den Päpsten und Venedig den Österreichern gehörte, erträumt hatte, konnte den Geist und die Grundvoraussetzung des neuen Stahlpaktes schaffen. Dieser Stahlpakt ist nicht nur ein Defensivinstrument. Er ist vor allem die neue Ausdrucksform einer schöpferischen Kraft für die nationalen Interessen Deutschlands und Italiens und für die allgemeinen Interessen der europäischen Ordnung und der Weltzivilisation.

Typisch ist die Andeutung in der Einleitung des Paktes über die „Lebensräume“ der beiden Verbündeten, die Sicherheit dieser Räume und die gegenseitige Verpflichtung ihrer Achtung. Damit ist der deutsch-italienische Pakt nicht mehr eines der üblichen Bündnisse, das auf dem Papier steht und gewissen Interessen dienen und in ihrer Deutung und Auslegung je nach der politischen Lage und dem Zwecke verschieden sein kann.

Sicherlich wirkt sich der neue Pakt zwischen Berlin und Rom in einschneidender Weise auf das europäische System der Kräfte und Tendenzen aus. Durch ihn kommt eine neue mächtige Kräftesumme zum Ausdruck. Er ist die würdige Antwort auf die von Großbritannien und Frankreich begonnene Blockpolitik. Er ist die notwendige und furchterregende Reaktion auf die Einkreisungspolitik. Mit diesen unmittelbaren Funktionen könnte er auch ein Instrument des Friedens darstellen, ja sogar die Aufforderung, zur Zusammenarbeit der europäischen Großmächte zurückzukehren.

Die Einkreisung

Die Aufforderung wird jedoch nicht befolgt. Die Reaktion Großbritanniens und Frankreichs auf den neuen Pakt von Berlin ist nur eine noch hartnäckigere Verfolgung der Einkreisungspolitik. Unter dem Druck Englands beschleunigt Frankreich den Abschluß seines Paktes der gegenseitigen Garantie im Mittelmeer mit der Türkei und bezahlt ihn mit der Abtretung des Gesamtgebietes des Sandschaks von Alexandrette, der von Syrien getrennt wird und der nur eine türkische Minderheit besitzt, während die arabische Bevölkerung die Mehrheit bildet.

Auch diese Abtretung stellt eine Verletzung internationaler Verpflichtungen dar. Frankreich hält das Gebiet von Syrien und Libanon nur unter dem Titel eines Mandates A besetzt, das ihr vom Obersten Rat der hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächte — darunter Italien — durch einen Entschluß in San Remo anvertraut worden war. Das Mandat stellt nicht eine Form der Souveränität dar. Es ist nur ein Verwaltungssystem, das einer Macht anvertraut wird, um die Bevölkerung des betreffenden Gebietes der kulturellen Entwicklung und mitunter der Unabhängigkeit entgegenzuführen. Das Mandat A, das den schon weiter entwickelten Gebieten zugedacht war, unter denen sich auch Syrien befand, legt dem Mandatsstaat nur die Pflicht auf, das Heranreifen der eingeborenen Bevölkerung zum Zwecke ihrer endgültigen politischen Unabhängigkeit zu beschleunigen. Die einseitige Geste Frankreichs ist folglich eine Verletzung seiner Pflicht der Konsultation der Mächte, die Frankreich das Mandat anvertraute, und der Prinzipien des Mandates selbst, das nicht in seinem politischen und gebietsmäßigen Bilde verändert werden darf. Es ist jedoch offensichtlich, daß Frankreich mit seiner Verletzung einen politischen Handel zu seinem Vorteil und, genau so wie Großbritannien, eine willkürliche Annexionspolitik seiner Mandatsgebiete mit augenscheinlicher Rückwirkung auf das System Afrikas betreibt, wo die früheren deutschen Kolonien, die von den zwei imperialen Demokratien nur als Mandatsgebiete besetzt worden waren, von Deutschland zurückverlangt werden.

Es ist offensichtlich, daß Frankreich durch diesen Handel eine neue Kräfteverteilung im östlichen Mittelmeer herstellt, was eine neue Verletzung des Status quo dieses Meeres darstellt.

In einer Note vom 10. Juli 1939 an die Regierung in Paris

drückt deshalb die italienische Regierung ihren Vorbehalt in dieser Hinsicht aus.

Nachdem die Türkei in das Einkreisungssystem mit einer offensichtlich gegen Italien gerichteten Aufgabe einbezogen worden war, versucht Großbritannien, sie auch für die militärische Kontrolle des Suezkanales heranzuziehen. Noch einmal wird die Unabhängigkeit Ägyptens geopfert und dieses Land ungeachtet seines natürlichen Interesses einer guten Nachbarschaft mit Italien in die politischen und militärischen Pläne Großbritanniens hineingezogen. Dies genügt jedoch noch nicht. Während man alle Mittel in Bewegung setzt, um gegen das nationale Spanien Francos zu agitieren, um es wieder unter britischen und französischen Einfluß zu bekommen, verdoppelt man die Anstrengungen, um in die Kette der Einkreisung auch Sowjetrußland einzureihen. Unter der zweideutigen Bezeichnung der Verteidigung der Demokratie versucht man den Gegensatz zwischen dem plutokratischen Imperialismus Frankreichs und dem Antikapitalismus des sowjetischen Kommunismus zu überwinden. Man will auch den Zusammenstoß zwischen den expansionistischen Tendenzen Rußlands in Ost- und Südasiens und die großen Interessen Großbritanniens und Frankreichs auf dem asiatischen Kontinent ignorieren.

Diese neue Annäherung zwischen London und Moskau, für die die britische Regierung in plötzlicher Freigebigkeit Prestige, Würde und unmittelbare und zukünftige Interessen opfert, bleibt nicht ohne Rückwirkung in Asien. Japan, das in einem neuen Kriege gegen China steht, dessen unmittelbarer Zweck die Ausrottung des Kommunismus ist, erhebt seine Stimme gegen Großbritannien. In der Unmöglichkeit, die Vereinigten Staaten offen in die Einkreisung einzuschalten, greift Präsident Roosevelt mit episodenhaften persönlichen Manövern ein, um dadurch sein Land an die Seite Großbritanniens zu stellen. Ende Juli 1939 kündigt er plötzlich den japanisch-amerikanischen Handels- und Navigationsvertrag, der bis jetzt in riesigem Ausmaß den japanischen Handelsaustausch auf dem nordamerikanischen Markt in für Japan lebenswichtiger Weise geregelt hatte. Dies stellt eine neue Ankündigung von Sanktionen dar. Es ist ein Versuch, die Einkreisung auch auf die Südsee auszudehnen. Japan reagiert durch eine engere Annäherung an die Achsenmächte.

Der neue politische Konflikt, der durch die Reaktion Großbritanniens und Frankreichs ausgelöst wird, verschärft sich

also in Europa und breitet sich auch in Asien und Amerika aus. In seinem Verlauf entzündeten sich die kleineren Konflikte der europäischen Länder.

Durch den Irrwahn der neuen Garantien Englands und Frankreichs ermuntert, zeigen die bei der Einkreisung mit-helfenden Länder in ihren noch offenen nationalen Problemen ihre ganze Hartnäckigkeit und ihr Bestreben zu einer weite-ren Ausbreitung. Die Haltung Polens gegenüber Deutsch-lands versteift sich. Der weise Kurs seiner Versöhnungs-politik, die von Marschall Pilsudski begonnen war, wird un-terbrochen. Polen verweigert die notwendige Revision des Regimes in Danzig, einer rein deutschen Stadt, und des Pol-nischen Korridors, der Ostpreußen von dem nunmehr ein-heitlichen Gebiet Großdeutschlands trennt. Die Türkei be-reitet sich auf eine Reaktivierung ihrer Stellung auf europäi-schem Gebiete vor durch latente Drohungen an die Balkan-staaten, in denen muselmanische Minderheiten, des öfte-ren türkischer Abstammung, wohnen und läßt merkwür-dige Ansichten über das Schicksal des Dodekanes hören, der unzertrennlich an die italienische Souveränität ge-bunden ist.

Trüb und unheilschwanger zeigt sich demnach das poli-tische Bild Europas in dem unruhigen Sommer 1939. Hinzu kommt noch die finanzielle Spannung infolge riesiger mili-tärischer Voranschläge und des Ungleichgewichts der wirt-schaftlichen Aktivität, die sich auf die Kriegsindustrie hin polarisiert. Erschwerend wirkt auch die Verwirrung der Ge-müter, die im chronischen Alarmzustand lebende Propa-ganda der demokratischen Länder, die den neuen Typ des „Nervenkrieges“ erschafft. In dieser glühenden Atmosphäre und in dieser falschen Stimmung von Straßendemagogie wird das Bewußtsein der Völker durch die Manöver der in-ternationalen Banken, der Sekten und der politisch Ehrgeizi-gen verwirrt und die Regierung gestürzt.

Es ist jedoch offensichtlich, daß Großbritannien, von Frankreich gefolgt, nunmehr aus freien Stücken im Banne des Einkreisungssystems und der von ihm ins Leben ge-rufenen Strömungen einem Präventivkrieg gegen Deutsch-land und Italien zustrebt. Europa steht am Scheidewege. Der Friede hängt nur noch von dem Machtgrad in dem politi-schen und militärischen Kampfe ab, den der Stahlpakt, in Zusammenarbeit mit anderen bereiten Kräften, England und Frankreich in Europa und in den Weltsphären ihrer imperia-len Interessen entgegenzustellen vermag.

Die imperialen Demokratien jedoch verstehen nicht, diese, den beiden Achsenmächten assoziierten Kräfte in ihrem unmittelbaren Werte abzuschätzen. Auf Grund der zu Rüstungszwecken ausgegebenen Milliarden und der politischen und militärischen Abmachungen am laufenden Bande mit Polen, Rumänien, der Türkei und Griechenland halten sie sich nunmehr für stark genug, Deutschland den Todesstoß zu geben.

England kommandiert die Bewegung. Es hat noch einmal in Europa eine große militärische Macht heranwachsen sehen, die von Leben und Kraft strotzt, die produziert und handelt und die eine bedrohliche Herrschaft auf den Märkten der Welt erlangt hat. Es fühlt, daß diese Macht — das in Körper und Geist wiederhergestellte Deutschland — sich vorbereitet, jene imperiale Stärke, die durch den Schandfrieden von 1919 unwiderruflich verlorengegangen zu sein schien, wiederzuerlangen. Schon hat Deutschland sich den Vorrang in der Maschinenausfuhr unter Überwindung der Konkurrenz Englands und der Vereinigten Staaten errungen, die Eisenbergwerke besitzen, während das Reich solche zum großen Teil verloren hat. Schon erscheint die deutsche Flagge wiederum auf allen Weltmeeren im Wettbewerb mit der britischen Marine. Schon bereitet sich Deutschland vor, die Rückerstattung seiner Kolonien zu verlangen. Seine harte Kultur der Arbeit, die einem festen Willen sowie den erlittenen Mühseligkeiten und seinem Stolz entspricht, die Dynamik andauernder Neuschöpfungen und neuer Initiativen ist für die alten Imperien unbequem, da diese nur in der Tradition leben, in der ruhigen aber unsicheren Erbschaft von einem Prestige und einem Reichtum der Vergangenheit, der für einen Zusammenstoß mit jungen Völkern, um sich zu retten, neuen Anspornes und neuer Opfer, d. h. der Jugend bedarf. England meint also, daß der Moment gekommen sei, den Aufstieg Deutschlands anzuhalten, ja zu brechen. Es reißt Frankreich mit sich fort, das nach 1935 seinen eigenen nationalen Willen verloren hat.

Polen und der Krieg

Polen stellt die britische Karte dar. Weit entfernt von den nationalen Interessen Italiens, sollte es die beiden verbündeten Nationen trennen und Deutschland isolieren. England und Frankreich nutzen folglich den zwischen den Re-

gierungen von Berlin und Warschau entstandenen Konflikt aus, um ihr Offensivmanöver einzuleiten, das sie als einen defensiven Eingriff tarnen.

Wie die Tschechoslowakei, so ist auch das Polen von 1919 mehr ein System als ein Staat, mehr als eine Nation ein Mosaik verschiedener und einander unversöhnlich entgegengesetzter Völker, in dem die Nation, die ihm den Namen gibt, wenig mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmacht. Innerhalb der Grenzen der neuen Republik, um den die Vorherrschaft innehaltenden polnischen Kern herum, befinden sich über 1½ Millionen Deutsche, Millionen von Weißrussen und Ukrainern oder Kleinrussen und 4 Millionen Juden. Danzig ist mit seinen 400 000 Einwohnern eine rein deutsche Stadt. Es erscheint in der Geschichte seit 1178 als der Versammlungspunkt deutscher Kaufleute. 1224 erhält es das Stadtrecht. Deutsche, Russen und Polen machen sich diese Stadt im Laufe der dynamischen Geschichte Osteuropas streitig. Die Stadt bewahrt jedoch immer ihren deutschen Charakter. Nachdem sie 1793 an Preußen gekommen war, wurde sie im Tilsiter Frieden 1807 zur Freien Stadt erklärt. Jedoch schon 1814 fällt dieser Zustand, und Danzig wird nun die Hauptstadt der Provinz Westpreußen. Der Vertrag von Versailles verfügt ihre Trennung von Deutschland, liefert sie jedoch nicht an Polen aus (Paragraph 100 bis 108), sondern macht aus ihr eine Freie Stadt unter dem ausschließlichen Schutz des Völkerbundes. In Oberschlesien zählt man bei der von den Polen kontrollierten Abstimmung von 1867 58 abgegebenen Stimmen 707 393 für Deutschland und nur 479 365 für Polen. Wie die Tschechoslowakei im Süden, so entsteht Polen in Versailles vor allem mit der typischen Funktion des Gendarmen gegen Deutschland im Osten. Frankreich ist es, das dieses Land erschafft, um es in sein System zu zwingen, im Einvernehmen mit dem maßlosen und unvorsichtigen imperialen Ehrgeiz der polnischen Abgeordneten.

Vor Versailles hatte für lange Zeit das polnische Nationalproblem die Regierung von Paris in keiner Weise interessiert. Während des großen Krieges, als schon die polnische Bewegung für ihre Befreiung und Unabhängigkeit kämpfte, verpflichtet sich die französische Regierung in einem Geheimabkommen gegenüber der russischen Regierung, das Schicksal ganz Polens Rußland zu überlassen. Noch am 11. März 1917 konnte der russische Botschafter in Paris, Iswolski, seiner Regierung ein Telegramm schicken mit dem

Inhalt, daß „die Regierung der französischen Republik die freie Hand Rußlands in der Festlegung seiner Westgrenzen anerkennt“. Frankreich hat nur die einzige Sorge, eine große russische Macht zu schaffen, die fähig wäre, Deutschland an der Ostflanke entgegenzutreten, um seine Aufgabe an der Westgrenze zu erleichtern. Nach dem Zusammenbruch Rußlands ändert Frankreich seine Haltung. Bei der Friedenskonferenz unterstützt es die riesigen Gebietsansprüche der Polen, da es dem System eines großen Polen dieselbe Aufgabe zuschreibt wie dem Zarenrußland.

Bevor noch das neue System geschaffen worden war, stellen sich schon Zweifel ein, und es wird von Fehlern gesprochen. Schon als Foch in den Waffenstillstandsbedingungen die Räumung sämtlicher, früher Polen gehörenden Gebiete einschließlich der Stadt Danzig verlangt, stellt England seinen Widerstand entgegen. Am 2. November 1918 sagt der Außenminister Balfour: „Ich habe mit Sorge diesen Vorschlag vernommen. Das Polen von 1772 sollte also nach Ihrem Vorschlag dasjenige von 1918 werden. Wir haben uns dazu nicht verpflichtet. Wir haben uns verpflichtet, einen polnischen Staat zu gründen, der aus Polen besteht. Der Staat von 1772 hat dieser Norm nicht entsprochen.“ In Paris jedoch verlangt der Chef der polnischen Abordnung, Roman Dmowski, für Polen einen Ausgang zum Meer und schlägt Danzig vor. Danzig ist jedoch eine rein deutsche Stadt. Im August 1919 fragt Wilson: „Genügt euch nicht die Neutralisierung der Weichsel und eine Freizone in Danzig?“ Aber Dmowski erpreßt ihn, indem er ihn an die 4 Millionen Polen, die in den Vereinigten Staaten wohnen, erinnert und die gegen seine Kandidatur bei den neuen Präsidentenwahlen stimmen könnten: „Wenn wir nicht die Grenzen gegen Deutschland erhalten, die uns zukommen, wenn wir nicht nur Posen, sondern auch Schlesien erhalten und die östlichen Gebiete mit Danzig, wird niemand von uns (Wählern) verstehen, warum dieses so geschehen ist. Es sind dies alles Leute, die ein sehr großes Vertrauen zu Ihnen haben.“ Wilson antwortet ihm: „Ich hoffe, daß sie sich nicht täuschen werden.“ Es ist jedoch noch immer England, das sich einer polnischen Besitzergreifung Danzigs widersetzt. Paderewski, dem zweiten polnischen Unterhändler in Paris, sagt Lloyd George: „Es ist unser Blut, das für eure Unabhängigkeit bezahlt wurde. Wenn ihr euch gegen das wendet, was wir entscheiden werden, so bedeutet dies, daß wir uns über euch getäuscht haben.“

Unter diesen bezeichnenden Diskussionen wird die Grenze Polens in Versailles festgesetzt und von Frankreich erzwungen, während sie von England schlecht ertragen und offen als eine europäische Gefahr angesehen wird. Kaum ist jedoch die neue Republik entstanden, so erkennen schon vernünftige Männer in Frankreich die dauernde Gefahr für den Frieden Europas. So erzählt Polson Newman in seinem Buch „Britain and Baltic“, daß „Marschall Foch kurz vor seinem Tode sagte, daß das polnische Gebiet der Schauplatz des künftigen Krieges werden würde“. Übrigens sind die Worte typisch, die Lloyd George schon am 26. März 1919 in einer seiner Urkunden in Fontainebleau geschrieben hatte: „Ich widersetze mich energisch der Tendenz, der deutschen Herrschaft eine größere Anzahl als notwendig von Deutschen zu entziehen, um sie einer anderen Nation zu unterstellen. Die Einkreisung des deutschen Volkes würde der Grund eines späteren Krieges werden.“ Ebenso typisch sind die Worte des Generals Smuts, des Vertreters der Regierung von Südafrika bei der Friedenskonferenz, die in einem Brief vom 22. Mai 1919 an Lloyd George enthalten sind: „Ich bin überzeugt, daß wir, indem wir unerlaubtermaßen Polen vergrößern, uns nicht nur in völligem Gegensatz zum Urteilsprüche der Geschichte stellen, sondern auch einen großen politischen Fehler begehen, dessen naturnotwendige Folgen sich in der Zukunft zeigen werden. Man kann mit aller Sicherheit sagen, daß Deutschland und Rußland wieder zu Großmächten werden, und daß dann das zwischen diesen beiden Ländern eingeschlossene Großpolen nur mit ihrem Willen bestehen kann.“

Im Lichte dieser kurzen Geschichte ist es also ersichtlich, daß der plötzliche Widerstand seitens Englands gegen eine Revision des polnischen Systems nur einen Vorwand darstellt. Mit dem gewöhnlichen Alibi der großen Ideale, der Verteidigung des Rechtes auf Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der Staaten, beabsichtigt England nur, Deutschland anzugreifen und durch einen entschlossenen Akt die wiedererstandene Macht, die dem Imperium zustrebt, zu vernichten.

Am 21. März 1939 schlägt die Reichsregierung der polnischen Regierung eine friedliche und gemäßigte Formel der Revision und der Verständigung vor: Rückgabe der Stadt Danzig an Deutschland, Einräumung des Rechtes auf eine unabhängige Straße und Eisenbahn durch das Korridorgebiet zur Sicherung der direkten und dauernden Verbindung zwi-

schen dem Reiche und Ostpreußen, Schaffung einer Freizone im Hafen von Danzig für den polnischen Handel, Verpflichtung Deutschlands, sämtliche Grenzen Polens zu achten durch Abschluß eines Nichtangriffspaktes für die Zeitdauer von 25 Jahren. Die polnische Regierung nimmt diese Anregung Deutschlands nicht an. Sie wendet sich dagegen an England, das am 31. März überstürzt einen politischen und militärischen Vertrag der gegenseitigen Beihilfe von außerordentlicher Tragweite abschließt. Die Hilfeleistung wird automatisch funktionieren, sobald Polen es verlangt. Dies bedeutet einen Blankowechsel, der allen Forderungen und allen Gefahren die Tür öffnet. England läßt, ganz im Gegensatz zu seinen sonstigen Gewohnheiten der Vorsicht hinsichtlich der internationalen Verpflichtungen, den Polen in einem unsicheren und gefährvollen Augenblick der Beziehungen zu Deutschland völlig freie Hand.

Diese Garantie, die sich dem Militärbündnis Frankreichs anfügt, kann die Haltung der polnischen Regierung nur versteifen und sie zu einem unvorsichtigen und herausfordernden Benehmen veranlassen. Auf der Straße werden Bewegungen gegen Deutschland inszeniert. Prügeleien und Konflikte zwischen Deutschen und Polen in Oberschlesien werden gefördert. Haßerfüllte und kriegerrische Reden steigern ihre Stimmung. Am 2. Juli sagt sogar ein Oberst im Generalstab, Wendl, daß „Polen nicht nur etwas zu verteidigen, sondern auch etwas zu erobern habe“. Deutschland wird zum Krieg herausgefordert mit der Erklärung, daß das siegreiche polnische Heer den Frieden nur in Berlin unterzeichnen wird. Die freundschaftlichen Ratschläge Italiens zur Mäßigung und zur Verständigung wurden, nach dem unverantwortlichen französischen Muster, mit beleidigenden Phrasen für das italienische Heer beantwortet mit dem Hinweis, daß Italien wahrscheinlich den Frieden nur deshalb wolle, weil es sich vor dem Krieg fürchte.

Eine plötzliche Verdunkelung der politischen und militärischen Intelligenz sowie der menschlichen Vernunft befällt in dieser Gefahrenzeit die Regierenden und einen guten Teil des Volkes in Polen. Die Erinnerung an stolze Waffentaten primitiver Heere der vergangenen Jahrhunderte wird wieder aufgefrischt, um die Geister zum Widerstand und zum Kampfe zu entflammen. Die Wirklichkeit der polnischen Unzulänglichkeit wird völlig vergessen. Polen besteht seit kaum 20 Jahren. Seine innere Einheit als Staat, die durch die übereilte und zwangsweise Zusammenfassung verschiedener Ras-

sen und Gebiete geschaffen wurde, die über eineinhalb Jahrhunderte einer verschiedenen geschichtlichen Entwicklung und verschiedener Tradition unterworfen waren, ist noch nicht erreicht. Sein Heer, das von Frankreich ausgebildet worden ist, besteht aus uneinheitlichen Elementen, ist für einen großen und modernen Krieg schlecht bewaffnet und befindet sich erst im Zustande der Entstehung. Es ist außerstande, ein ungeheures Gebiet wie dasjenige des neuen polnischen Staates zu halten und eine 3500 km lange Grenze zu verteidigen. Hinzu kommt die Ungewißheit über die Haltung Rußlands, das sich trotz langer Verhandlungen noch nicht an der Seite Englands und Frankreichs verpflichtet hat. In seinem Buch „The defence of Britain“ schreibt der britische Sachverständige Liddel Hart über Polen: „Die Länge der polnischen Grenzen und die schwachen Streitkräfte auf diesem riesigen Gebiet erhöhen sehr die Schwierigkeit, ein sicheres Verteidigungssystem zu schaffen und noch viel mehr, die Sicherheit in einem Offensivmanöver zu suchen.“

Jetzt ist es jedoch England, das über Polen bestimmt. Es läßt alle diese Wahrheiten und die gesamte Geschichte seiner vergangenen Politik unberücksichtigt und hat nur den Willen, Polen vorwärtszutreiben, um mit seinem Namen und mit dem Scheine seines Rechtes als kleine bedrohte Nation den riesigen imperialen Stoß, den es vorbereitet, zu decken. Mitte August zeichnet sich der Konflikt in der ganzen Deutlichkeit der großen, sich entgegenstehenden Kräfte ab. Jetzt geht es nicht mehr um die Danziger Frage und die nationalen Rechte Deutschlands. Man spricht jetzt von der Notwendigkeit, Deutschland zu isolieren und zu bekämpfen. „Die gegenwärtige Krise“ — schreibt der „Manchester Guardian“ — „betrifft sowohl Danzig und Polen wie auch Frankreich und England.“

Ganz plötzlich wird am Abend des 21. August in Berlin verkündet, daß die Reichsregierung und die Sowjetregierung sich über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes verständigt haben. In Gegenwart von Stalin wird der Pakt in Moskau am Abend des 23. August durch von Ribbentrop und Molotow unterzeichnet. Er stellt ein wirkliches Defensivbündnis dar. Nach vier Monaten politischen und militärischen Feilschens von seiten der Missionen englischer und französischer Generalstäbe und der Diplomaten des Foreign Office, um auch Rußland in das System der Einkreisung einzubeziehen, ist es Deutschland in letzter Stunde gelungen, die Lage auf den Kopf zu stellen und die Verteilung der Kräfte, die

sich in Europa gegenüberstehen, gründlich zu verändern. Der Verlust Rußlands für die Einkreisung bedeutet eine neue Gefahr für die Ostflanke Polens und die Unmöglichkeit, Deutschland wirtschaftlich auf dem Lande zu blockieren. Den Regierungen in Paris und London bleibt nichts weiter übrig, als ihre Missionen aus Moskau zurückzurufen. Die britische und französische Reaktion zu diesem großen Ereignis steht jedoch immer noch im Zeichen der Unnachgiebigkeit. Die polnische Regierung, die im Besitze des Blankowechsels des britischen Paktes über den Augenblick frei entscheiden kann, weist die letzten Anregungen Deutschlands und die letzten Ratschläge Italiens zurück.

Es geht einem neuen europäischen Kriege zu. England und Frankreich werden von der Propaganda der Parteien überannt und fallen den konventionellen Phrasen von der allzu stolzen Illusion ihrer militärischen und finanziellen Kraft und ihrer imperialen Macht zum Opfer, den sie seit 20 Jahren Nahrung gegeben haben. Sie sehen die Ereignisse nicht mehr in ihrer wirklichen Tragweite, noch sind sie fähig, das System der gegnerischen Kräfte in seinem wirklichen Ausmaß abzuschätzen. Sie sprechen von einem Krieg gegen Deutschland als von einem leichteren und aussichtsreicheren Unternehmen als 1914. Sie vergessen, daß 1914 gegen die Zentralmächte, die gegenwärtig in ihrem leistungsfähigsten Teil durch Großdeutschland vertreten sind, auch Italien mit seinen 8 Millionen Soldaten und Rußland mit seinen 20 Millionen kämpften. Sie beachten nicht, daß mit dem verbündeten Italien, mit dem assoziierten Rußland und mit dem offenen Balkan Deutschland einen natürlichen wirtschaftlichen Block zu Lande bildet. Trotz des langen Verweilens der Militärmissionen und der aufmerksamen Spionage der britischen und französischen Agenten auf deutschem Gebiet schienen sie nicht zu wissen, daß seit 1914 bis 1939 die industrielle Kraft Deutschlands gewachsen ist, daß die defensive und offensive Schlagkraft seiner riesigen Streitkräfte sich erhöht hat. Die deutsche Wehrmacht kann in den Krieg sofort beinahe 250 Divisionen, 15 000 Bomben- und Jagdflugzeuge und 4000 Kampfwagen werfen. Sie beachten auch nicht die respekteinflößenden militärischen Möglichkeiten des verbündeten Italiens, und schließlich verstehen sie nicht, daß mit den neuen Waffen auch die Kräfte und die Gesetze des Krieges sich verändert haben. Die Vorherrschaft zur See ist in einem heutigen europäischen Kriege nicht mehr diejenige von 1914. Sie gehört nicht mehr nur den großen Ma-

ringen. Die Schiffe wie auch die Landheere werden ihrerseits von der Luftwaffe beherrscht. Die Angriffe erfolgen nunmehr auch in senkrechter Richtung und nicht nur aus waagerechter Lage. Sie überschreiten die größten und am besten verteidigten bodenfesten Verteidigungswälle und reichen in schwunghaftem Angriff in nie für möglich gehaltene Weiten. Nichts vermag jedoch nunmehr den Ablauf der Einkreisung aufzuhalten.

Der Krieg bricht aus. Von dem begrenzten Konflikt um die deutsche Stadt Danzig verwandelt er sich sofort in einen Zusammenstoß zwischen den beiden verbündeten imperialen Demokratien und der aufsteigenden imperialen Macht Deutschland.

Italien verfolgt die Krise bis zum letzten Tage, an dem es noch ein Zurück geben konnte, in aktiver Weise als treuer Verbündeter Deutschlands, immer bereit zur diplomatischen Aktion europäischen Ausmaßes, um den Frieden zu retten. Schon am 27. Mai 1939 weist Mussolini in einem Gespräch mit dem britischen Botschafter in Rom, Sir Percy Lorraine, die Londoner Regierung auf die Gefahr hin, die die bedingungslose Garantieabgabe Großbritanniens und Frankreichs an Polen darstellt. In London jedoch spekuliert man gerade auf die äußere Zweideutigkeit dieser hochexplosiven Höllenmaschine. Die italienischen Warnungen und Ratschläge wiederholen sich vier Monate lang in Warschau, London und Paris. In der Zeit vom 11. und 13. August findet auf italienischen Wunsch in Salzburg eine Begegnung zwischen von Ribbentrop und Graf Galeazzo Ciano statt. Die Solidarität der beiden verbündeten Nationen wird bestätigt. Der italienische Minister schlägt eine gemeinsame öffentliche Erklärung vor, durch die Europa über den Ernst des Augenblickes Aufklärung erhält und die verantwortlichen Mächte aufgefordert werden, durch eine offene Verständigung eine diplomatische Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Der Reichsminister glaubt nicht mehr an die Möglichkeit von weiteren internationalen Verhandlungen und erwartet nur noch als letzte Möglichkeit einer ruhigen Beilegung die direkte Annahme der polnischen Regierung, außerhalb des Einflusses ihrer Vormünder. Er versichert jedoch, daß Deutschland den Konflikt auf das polnische Problem beschränken und einen neuen europäischen Krieg vermeiden möchte.

Noch dringender werden daraufhin die Mahnungen Italiens an Polen und an seine Garanten. Zwischen dem

25. und 27. August tauschen Hitler und Mussolini wiederholt klärende Botschaften aus. Am 31. August versucht Mussolini sein Letztes zur Rettung des Friedens. Er schlägt den Regierungen von London und Paris eine internationale Konferenz für den 5. September vor mit dem Zwecke, diejenigen Teile des Versailler Vertrages einer Revision zu unterziehen, die sich als die offenbare Ursache der europäischen Krise erwiesen haben. Er verlangt die vorherige Zusicherung der französischen und britischen Zustimmung und der polnischen Teilnahme. Deutschland stimmt zu. Eine sofortige Antwort der britischen und französischen Regierung ist notwendig. Diese mühsam fertiggestellte Antwort trifft jedoch erst am 1. September ein. In der Nacht zum 31. August haben jedoch schon auf Grund der neuen Grenzzwischenfälle die militärischen Operationen zwischen Deutschland und Polen begonnen. Die Regierungen von Paris und London sind bereit, eine Note nach Berlin zu schicken, die den Charakter eines Ultimatums trägt. Am Morgen des 2. September läßt Mussolini Hitler wissen, daß noch die Möglichkeit besteht, eine Konferenz zusammenzurufen nach vorausgegangenem Waffenstillstand, um auf friedlichem Wege den Konflikt zwischen Deutschland und Polen beizulegen. Hitler weist diesen Fingerzeig nicht zurück. Er verlangt nur 24 Stunden Bedenkzeit. Er verlangt auch eine Klärung des Charakters der französisch-britischen Note an Berlin unter dem Hinweis, daß, wenn diese als Ultimatum zu betrachten wäre, alle Verhandlungen zwecklos seien. Am Abend des 2. September lassen Frankreich und England als Antwort auf die Bemühungen der italienischen Regierung wissen, daß sie als Grundbedingung für eine internationale Konferenz die Zurückziehung der deutschen Truppen aus den kleinen, schon besetzten polnischen Gebietsteilen fordern. Diese Bedingung wird von London gestellt. Es ist absurd zu erwarten, daß Deutschland dies annehmen könnte.

Der Krieg ist enfesselt. In weniger als 20 Tagen vernichtet Deutschland das polnische Heer und besetzt einen großen Teil des Gebietes der Republik bis nach Warschau. Die Westfront schweigt. Keine militärische Hilfe wird von den Franzosen und Engländern der unsicheren polnischen Verteidigung geleistet, auch nicht um wenigstens das unabwendbare Ende Polens um einige Tage hinauszuzögern. Am 19. September erklärt Hitler in seiner Rede in Danzig die Beendigung des Polenfeldzuges und fordert Großbritannien und Frankreich auf, das deutsche Recht als vollendete Tat-

sache anzuerkennen. Aus Paris und London erfolgt keine Antwort. Die beiden imperialen Demokratien sind zum Kriege bis zum Ende entschlossen. Ganz Europa stürzt nun in den neuen Zusammenstoß der Völker.

Italien steht auf seinem Platze. Es hat, solange es nur konnte, der Sache des Friedens gedient. Nachdem nunmehr der Krieg ausgebrochen war, hat es versucht, ihn auf den unmittelbaren Brandherd zu beschränken. Gerade aus diesem Grunde erklärt und verkündet der Ministerrat auf Vorschlag Mussolinis dem italienischen Volke, „daß Italien nicht die Initiative zur militärischen Operation ergreifen wird“. Dies bedeutet den Zustand der Nichtkriegführung, die Non belligeranza Italiens, die nicht mit Neutralität zu verwechseln und durch die Begrenzung des Konfliktes auf Polen bedingt ist. Mit diesem Charakter steht sie in völliger Harmonie mit dem Bündnis und den ausdrücklichen Absichten Deutschlands.

Aber auch nach der letzten Aufforderung Hitlers vom 19. September verweigern England und Frankreich eine Versöhnung und bringen ihren unerbittlichen Willen zum Ausdruck, den polnischen Krieg auf Europa zu übertragen. Unter diesen Bedingungen gegenüber einem nicht mehr begrenzten Konflikt in der neuen Revolution, die die europäische Geschichte auf den Kopf stellt, muß auch die Auslegung der Interessen und der Entschlüsse Italiens eine Wandlung erfahren.

Das Mittelmeer

Frankreich

Der Augenblick ist gekommen, um mit Aufmerksamkeit das Problem des Mittelmeeres auf seinem geschichtlichen Hintergrund, in seiner komplizierten heutigen Wirklichkeit und in der Projektion der Zukunft zu betrachten. In den entscheidenden Augenblicken Europas hat dieses enge Meer mit seiner so weiten Geschichte immer die größten Seeschlachten und politischen Kämpfe erlebt. In seinen Konflikten standen sich immer zwei verschiedene Zivilisationen gegenüber, zwei entgegengesetzte imperiale Systeme. Und die Lösung, die blutige wie die friedliche, hat oft eine Phase europäischer Geschichte abgeschlossen und eine neue eingeleitet.

Drei Imperien sind heute im Mittelmeer gegenwärtig: Italien, Großbritannien und Frankreich. Sie haben verschiedene Geschichte, verschiedene Macht und verschiedene Rechte. Sie haben nicht einmal gemeinsame Interessen gehabt. Seit 1870 hängt das Schicksal des Meeres und zum Teil Europas von dem Zustande der Beziehungen und den Bewegungen dieser drei Mächte ab.

Sprechen wir vor allem von Frankreich. Schon seit Jahrzehnten hat die Republik die Fähigkeit zu einer großen selbständigen Politik im Mittelmeer verloren. Für lange Jahrhunderte jedoch hat die Monarchie hier ihren Marschallstab gehalten. Es ist gewiß diese Tradition, die als Erklärung dienen kann für den mitunter arroganten Stolz, der in der französischen Politik gegenüber den anderen Mittelmeer-nationen spürbar ist. Vom 13. Jahrhundert an beginnt die Ausdehnung Frankreichs außerhalb seiner nationalen Grenzen an den Küsten des südlichen Meeres. Die Monarchie hat kaum die Wirren ihrer inneren Kämpfe gegen den Feudalismus überstanden, und schon bewegt sie sich gegen größere imperiale Ziele. Mit ihren beiden Kreuzzügen in Syrien und Ägypten und dann in Tunis sowie der Be-

setzung des südlichen Teiles Italiens und Siziliens zeigt sich der ehrgeizige Plan einer französischen Vorherrschaft im Mittelmeer durch Ludwig IX. Der König, stark und schlau, spricht nur von Frieden und Gerechtigkeit und erwirbt sich zuletzt die Würde eines Heiligen, die Kanonisation. Seine Politik jedoch ist diejenige der Eroberung, genau wie die des demokratischen Frankreichs des 19. und 20. Jahrhunderts, das dieselben hochtrabenden Worte zur Tarnung seiner imperialen Politik der Ausbreitung gebraucht. So spielt sich Frankreich zum Vormund des Christentums auf, um seinen Einfluß und seine Herrschaft im Mittelmeer auszubreiten bis dahin, wo sich der Islam zeigt. Bei der Wiederaufnahme seiner Mittelmeerpolitik gegen Ende des Mittelalters vergißt es die Kreuzzüge und verbündet sich mit den Türken gegen beinahe das ganze Europa. Die Vereinbarungen, die Franz I. 1535 mit Suleiman trifft, bedeuten den französischen Schutz über die Christen auf türkischem Gebiet, sie stellen aber auch eine Ausdehnung der französischen Macht auf die Küsten des Mittelmeeres dar durch eine Verständigung mit den „Ungläubigen“, den Feinden der Christenheit.

Von dem gleichen Plan der Macht im Mittelmeer waren die Begründer einer französischen Expansionspolitik in Italien, Karl VIII. und Ludwig XII., beseelt. In den Ländern der Halbinsel, denen sie weder Frieden noch Gerechtigkeit bringen, suchen sie vor allem die Stützpunkte für ihre Ausbreitung im zentralen und im östlichen Mittelmeerbecken. Sie finden jedoch dort nur die Niederlage. Im 17. Jahrhundert geht die Macht Spaniens unter, die die am meisten kämpferische Rivalin der französischen Mittelmeerpolitik war, und im Osten verschwindet das Prestige der Türken. Die Monarchie der Bourbonen mit Richelieu, dem Minister Ludwigs XIII., und Mazarin, dem Minister Ludwigs XIV., nutzt dieses aus, um bis zu den Küsten Afrikas und der Levante vorzustößen. Erst im 18. Jahrhundert beginnt die französische Macht zu schwinden, um der britischen Platz zu machen. Zwischen beiden Nationen beginnt zur Verteidigung und Eroberung der Vorherrschaft im Mittelmeer ein Kampf, der bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts dauert. Frankreich führt diesen mit Hilfe Spaniens und zeitweise auch Österreichs, zweier Mächte, die es auch eineinhalb Jahrhunderte später — vor dem großen Krieg und nach der äthiopischen Eroberung — gegen Italien auszuspielen versucht. Es gelingt ihm nicht, das Kommando zu behalten. Jedoch verzichtet es nicht auf die Expansion. 1768 besetzt es

Korsika, indem es einer Aktion des Königs von Sardinien zuvorkommt, der schon im Oktober 1757 die Inseln Maddalena und Caprera in der Enge von Bonifacio besetzt hatte, die Genua als integrierenden Bestandteil Korsikas ansah. Die Insel hat italienische Tradition und liegt den italienischen Küsten im oberen Tyrrhenischen Meere gegenüber. Der Minister Choiseul glaubt, daß Frankreich durch diese Besetzung Italien beherrschen kann.

Die französische Politik in Italien in der darauffolgenden Zeit wechselt ab zwischen dem Versuch einer direkten Besetzung und einem politischen Abkommen, durch die ein italienisches Vasallentum hergestellt werden soll. Sie ist damit eine Fortsetzung derjenigen Bestrebungen, die die Halbinsel zu unterwerfen suchten, um auf ihr eine neue Basis des Widerstandes und der Expansion im Mittelmeer aufzurichten.

Der große Napoleon versucht daraufhin das Unternehmen in Ägypten, um den Lauf gegen den Orient wieder aufzunehmen und entfesselt dadurch den Widerstand Englands. 1830 besetzt Frankreich Algerien. Von der Wiederherstellung einer Macht träumend, wie sie Rom über Afrika gehabt hat, macht es aus Algerien das Zentrum seiner Ausbreitung auf die Küsten des mittelmeerländischen Afrikas. Schon 1844 versucht es, sich gegen Marokko auszudehnen. Durch die Opposition Englands wird es daran gehindert, das nunmehr, nachdem es im Mittelmeer seinen Einzug gehalten hat, mit keiner anderen Nation die Herrschaft teilen will. Lord Aberdeen erklärt im Unterhaus, daß die englische Regierung niemals den Einzug Frankreichs in Marokko erlauben wird. Der Krieg scheint zu kommen. Frankreich zieht sich zurück. Erst 60 Jahre später, durch das Abkommen vom 4. April 1904, erkennt England die französischen Ansprüche auf dieses afrikanische Land an und erhält als Gegenleistung die französische Anerkennung des britischen Rechtes auf Ägypten.

Nachdem es aus Marokko entfernt worden war, versucht Frankreich andere mediterrane Wege. 1860/61 ist es Napoleon III., der die alte Tradition der Könige wieder aufgreift und sich, wenn auch ohne Erfolg, gegen Syrien wendet. Bismarck läßt er versichern, daß das Mittelmeer zwar nicht gerade ein französisches Meer werden solle, „mais à peu près“. Dies bedeutet schon einen mutigen Schritt auf dem Wege der Selbstbescheidung im Gegensatz zu den Absichten des Sonnenkönigs, der das Mittelmeer als eine „Französische See“ betrachten wollte, in der sich niemand auch nur die Hände ohne seine Zustimmung waschen dürfte.

Mit einer bewundernswerten Stetigkeit, die man der französischen Außenpolitik zuerkennen muß, und trotz mancher Widerstände verfolgt Frankreich unbeirrbar seine traditionellen mediterranen Pläne. Es ist nicht ohne Interesse, den 1868 erfolgten Ausspruch von Prévost Paradol zu lesen: „Möge schnell der Tag kommen, an dem unsere Mitbürger, die zu sehr in unserem afrikanischen Frankreich eingeeengt sind, Marokko und Tunis überfluten, um das mediterrane Imperium zu gründen, das den letzten Ausdruck unserer Größe darstellen wird.“ Die französischen Bürger haben jedoch nicht die Fähigkeit, „zu überfluten“. Es gelingt ihnen kaum, die Kolonisation Algeriens in Angriff zu nehmen. Sie werden durch die Unfruchtbarkeit erschöpft, durch die zuerst in ihrem Lande die Völkerkrise der europäischen Nationen der westlichen Welt ihren Beginn nimmt. Trotzdem erschöpft sich aber nicht der französische Ausbreitungsdrang. Wenn auch nicht mehr unter dem Drucke der Bevölkerung, so ist die Ausbreitung immer noch politisch und militärisch. 1859 ist Lesseps in Ägypten und propagiert den Bau des Suezkanals für Rechnung der französischen Regierung, die auf Grund ihrer Finanzen und ihres Einflusses sich an Stelle der Italiener zu setzen gedenkt, die für das große Werk die Vorstudien und die Zeichnungen geliefert haben. Es gewinnt das wirtschaftliche, jedoch nicht das politische Spiel, denn England ist immer wachsam.

1881 kommt Frankreich der italienischen Expedition zuvor durch den bekannten Handstreich, den es, durch den diplomatischen Markthandel mit England und von der politischen Situation begünstigt, vorbereitet hat, und besetzt Tunis, wo sich schon eine große italienische Kolonie befindet. Mehr als an das reiche, zu kolonisierende und zu bevölkernde Land denkt Frankreich an seine Küstenpositionen und an die Stützpunkte gegen Sizilien, die das neue Vereinigte Königreich Italien, das erst seit einem Jahrzehnt gegen Frankreichs Willen bestand, bedrohen. Biserta ist in Wirklichkeit für Frankreich das Wertvollste in Tunis, ein mächtiges Kriegsinstrument, das drohend gegen die neu aufsteigende Macht im Mittelmeer gerichtet ist. Nach den internationalen Abmachungen darf Biserta nicht bewaffnet werden. Während aber noch diese Abmachungen getroffen werden, wird ihre Verletzung schon vorbereitet. Dies wird von Jules Ferry zugegeben, den man als einen der Gründer des französischen Imperiums in Nordafrika bezeichnen kann. Bei einem Besuch der Stadt 1887 drückt er mit herausfordernder Klarheit die

Absicht Frankreichs aus: „Der Hafen von Biserta gilt allein schon wenigstens so viel wie das ganze übrige Tunis. Als ich mich für die Besetzung dieses Landes entschloß, hat mich nur der Gedanke bewogen, Biserta zu nehmen.“ Mit noch ausdrucksvolleren Worten bestätigt dies auch ein Außenminister Frankreichs, Hanotaux: „Biserta beherrscht die Meerenge von Messina. Dieser Hafen würgt das Mittelmeer am Halse. Einer der besten Häfen der Welt befindet sich auf einem der wichtigsten Punkte der Erde. Frankreich mußte diesen Hafen um jeden Preis haben. Sein strategischer Aktionsradius schneidet die Küste Siziliens und beherrscht den ganzen Zwischenraum zwischen Italien und Afrika. Wenn wir den Aktionsradius von Biserta mit demjenigen von Mers-el-Kabir verbinden und die Küste und die Häfen Südfrankreichs berücksichtigen, so sieht man klar, daß die ganze westliche Hälfte des Mittelmeeres sich unter unserem strategischen Kommando befindet, und daß Biserta der Stützpunkt unserer Aktion gegen den Orient darstellt.“

Die Besetzung von Tunis, wie sie von den französischen Politikern definiert wurde, stellt folglich nicht ein natürliches Ausbreitungsbedürfnis der französischen Nation, sondern nur den Willen zu einer militärischen und politischen Vorherrschaft im Mittelmeer dar, zu einer dauernden Bedrohung Italiens. Aus diesem Grunde ist sie auch die Ursache eines jahrzehntelangen Zwistes zwischen Italien und Frankreich und bleibt eines der offenen und noch nicht gelösten Probleme des Mittelmeersystems und der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich.

Die ganze französische Politik gegen Italien vollzieht sich übrigens, wie schon gesagt, in Abhängigkeit eines Planes kontinentaler und mediterraner Vorherrschaft. Mit der französischen Absichten eigenen Hartnäckigkeit steht die französische Politik immer gegen die natürlichen nationalen und politischen Interessen Italiens. Sie macht sich am Anfang die schwache Stellung der Halbinsel zunutze, die sich aus ihrer Aufspaltung unter rivalisierende Fürsten ergibt, um schon im 13. Jahrhundert die Gebiete zu besetzen, die ihren Kräften und ihren Operationen gegen Zentraleuropa und gegen das Mittelmeer nützlich sein könnten. Sie erhebt sich dann gegen die Bewegung der politischen Einheit Italiens im 19. Jahrhundert, um die Geburt einer neuen Mittelmeermacht zu verhindern. Dies ist ihr Bestreben von Plombières über Villafranca und den Widerstand gegen die Aktion Garibaldis in Süditalien bis zum Jahre 1870, bis zur Niederlage von Sedan, die

sie entwaffnet. Als Italien endlich in seiner politischen Einheit dasteht, in seiner Wirklichkeit als Großmacht, bemüht sich Frankreich, Italien die natürlichen Wege zur Ausbreitung im Mittelmeer und in Afrika zu verlegen, sie in einem Zustand der Isolierung und der Minderwertigkeit zu halten und in einem starren Ring der Einkreisung einzuschließen. Dies beweist die Geschichte von Tunis, die der Hilfeleistung an die Abessinier gegen die ersten italienischen kolonialen Versuche am Roten Meer, von Versailles, die der Beeinflussung Jugoslawiens zu einer italienfeindlichen Politik, die der Opposition gegen die Gleichberechtigung in den Flottenrüstungen, die von Italien beansprucht wurde, die der Sanktionen von 1935/36 gegen das äthiopische Unternehmen.

Nur ein einziges Mal kommt diese geschichtliche Opposition nicht zum Ausdruck. In dem Abkommen von 1900, das 1902 wieder bestätigt wurde, erkennt Frankreich das Recht Italiens an, für Libyen freie Hand zu haben und erhält dafür als Gegenleistung freie Hand für Marokko. 1912 landet Italien Truppen in Tripolis und in der Cyrenaika. Frankreich zwingt Marokko sein Protektorat auf. Italien achtet das Abkommen. Frankreich dagegen versieht die Türken mit Waffen, als sie in Libyen gegen die Italiener kämpfen.

Man könnte sagen, daß durch eine Wiederkehr der Geschichte nach zwei Jahrtausenden der Konflikt zwischen den Italienern und Franzosen im Mittelmeer sich auf den gleichen Linien und gleichen Gebieten bewegt wie zur römischen Zeit. Rom war die Feindin Karthagos und der Karthager. Die Gallier waren die Freunde und Verbündeten der Feinde Roms. Heute können die Franzosen, die von den Kelten abstammen, nicht den Weg zur Freundschaft mit Italien finden; sie besetzen Syrien, das Ursprungsland der Karthager, und viele der Gebiete in Nordafrika, die früher unter karthagischem Einfluß gestanden hatten, ehe sie an das siegreiche Rom übergingen.

Der Konflikt im Mittelmeer stellt heute der militärischen und imperialen Politik Frankreichs vor allem das natürliche Recht der italienischen Nation gegenüber. Man kann sicher nicht der französischen Nation das Recht der Gegenwart im Mittelmeer verweigern. Aber Frankreich, das heute eine zahlenmäßig kleinere Nation als Italien ist, erfreut sich zum Unterschied gegen Italien der Freiheit zweier Meere. Seine Politik und seine mediterranen Stellungen beschützen viel mehr ein imperiales als ein wesentliches nationales Interesse. Das Mittelmeer dient Frankreich zur Verbindung mit seinen

Gebieten in Nordafrika, zu einem direkteren Weg nach Indochina und den Kolonien des Indischen Ozean, und vor allem für eine unmittelbare militärische Verlegung seiner schwarzen Menschenreserven in Afrika an seine europäischen Kriegsfronten. Diese Interessen können aber nicht zu einem mediterranen System der Herrschaft und der Unterdrückung ausarten, das sich den elementaren Lebensbedürfnissen der anderen Nationen überlagert.

England

England zieht in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in das Mittelmeer ein. Es ist dies die Blütezeit der Epoche der Königin Elisabeth. Der Beginn einer neuen wirtschaftlichen Macht der Insel zeigt sich in einem lebhaften Aufblühen der Industrie und des Handels. Es entstehen die ersten kolonialen Besitzungen. Weitverzweigte Netze überseeischer Verbindungen, durch die ständig wachsende Macht der Kriegsflotte geschützt, werden ausgebaut. Eine britische Gesellschaft für den Handel mit den Mittelmeerländern wird gegründet. Wenige Jahrzehnte später geschieht das, was in der Geschichte der britischen Ausbreitung auf fremder Erde und auf fremden Meeren immer geschehen ist: den Handelsagenten folgen die bewaffneten Streitkräfte auf dem Fuße.

Hier jedoch beginnt auch der neue Kurs der britischen Mittelmeerpolitik. Der Kampf der Insel für die europäische Vorherrschaft gegen Spanien und Frankreich bringt in diesem Meere auch die britische Kriegsmarine zur Aktion und bildet den Ausgangspunkt für die Eroberung der alles beherrschenden Flottenstützpunkte. Gerade während des Krieges gegen die beiden Mittelmeermächte bereitet Oliver Cromwell die Besetzung Gibraltars vor. Der große natürliche Hafen, der von starken Felsenbastionen geschützt wird, soll die Kontrollbasis und der Ausgangspunkt der Operationen der britischen Kräfte im westlichen Mittelmeer werden. Die Besetzung erfolgt im August 1704 durch den bekannten Handstreich des Admirals Rooke. Aus seinem Ursprung heraus und auf Grund seines Zweckes stellt die Besetzung einen Akt kriegerischer Politik dar und beabsichtigt die Unterdrückung der Mittelmeerländer. Mit diesem Charakter dauert die Besetzung an bis 1940.

Die Besetzung Gibraltars ist der erste Schritt zum Aufbau eines britischen Systems im Mittelmeer. Die Beherrschung

dehnt sich vom Westen nach Osten über das Meer aus. Im 18. Jahrhundert bleibt Großbritannien im westlichen Mittelmeerbecken, da es nur die spanische und französische Macht zu bekämpfen und zu bewachen hat. Die Macht Italiens, das noch in kleine rivalisierende Staaten aufgeteilt ist, besteht noch nicht. Auch die Macht Rußlands in ihrem Bestreben, zur Ausbreitung nach fremden Gegenden und Meeren ist noch nicht fühlbar. Um 1800 jedoch beginnt England seinen Vormarsch gegen das zentrale und östliche Mittelmeerbecken. 1800 besetzt es Malta, 1878 Zypern und 1882 Ägypten, das es 1914 annektiert, um 1919, am Ende des europäischen Krieges und nachdem das ottomanische Kaiserreich vernichtet worden war, Palästina zu besetzen und damit die Einkreisung des östlichen Mittelmeerbeckens abzuschließen. Es ist nicht nur die Pforte des Atlantischen Ozeans, die Großbritannien in seinen robusten Händen halten möchte, sondern auch diejenige des Roten Meeres. Das gesamte Schicksal des Mittelmeeres und seine Verbindung mit der übrigen Welt stehen also unter der Herrschaft Großbritanniens, das nicht eine Mittelmeermacht ist.

Aber die neuen Schritte sind ausgeklügelte Reaktionen gegen neu auftretende Kräfte und neue Ereignisse im Mittelmeer. Sie sollen gegen das Erscheinen der russischen Macht Pauls I. und Alexanders I. Front machen, die die Absicht haben, sich im Balkan auszubreiten mit Konstantinopel, dem Mittelmeer und Zentralasien als offensichtlichem Ziel, wo sie mit den britischen Interessen Indiens und der benachbarten Länder in Berührung kommen. Sie wollen das Tor von Suez, das 1869 eröffnet worden war, kontrollieren, um den neuen und direkteren britischen Seeweg zu schützen und den entsprechenden imperialen Weg Frankreichs zu überwachen. England beabsichtigt, militärische und politische Kontrollstellen gegen die neue Mittelmeermacht Italien aufzurichten, die nach so vielem Blutvergießen und nach dem Untergehen so vieler Hoffnungen endlich in ihrer Einheit auferstanden war. England will ferner ein Erscheinen der neuen deutschen Macht im Mittelmeer, die sich bei Beginn des 20. Jahrhunderts im Westen durch den Versuch in Marokko und durch die Entwicklung des neuen Dranges nach dem Osten bemerkbar gemacht hatte, überwachen. Es will die Ausweitung des deutschen Handels nach den Balkanländern und den Marsch auf Bagdad gegen den Golf von Persien in Südasien zu kontrollieren. Die Aufeinanderfolge der historischen Taten ist hier sehr vielsagend.

Es ist nützlich, unter verschiedenen Gesichtspunkten die britische Reaktion gegenüber diesen vier alles überwiegenden neuen Tatsachen der Geschichte des Mittelmeeres im 19. und 20. Jahrhundert zu betrachten. Eingeschlossen in das enge Becken des Schwarzen Meeres strebt das Zarenrußland dahin, den Wall der Meerengen zu sprengen und in das freiere Meer zu entkommen. Die britische Politik zeigt sich immer bereit, die Tür zu schließen. Sie will sich nicht mit neuen drohenden Kräften im Mittelmeer treffen. Sie will nicht durch Freigabe der Bewegungsmöglichkeiten das Wachstum der russischen Macht fördern. Beide Imperien können sich zwar einige Male auf dem Balkan in der Hilfeleistung verständigen, die sie der Freiheitsbewegung der christlichen Nationen gegen die Türken geben. Sie können sich auch in anderen großen europäischen Unternehmen zusammentun. Großbritannien erhebt sich jedoch unerbittlich gegen Rußland, sobald dieses seinerseits versucht, der Gefangenschaft der Meerengen zu entkommen. Zu dieser Aufgabe des Kerkermeisters wird auch die Türkei in Anspruch genommen. Zwischen 1805 und 1815 kämpft Rußland und vergießt sein Blut auf der Seite Englands, um die imperiale Politik Frankreichs zu zertrümmern. Jedoch auf Anraten der Londoner Regierung schließt 1809 der türkische Sultan die Meerenge für Rußland. Trotzdem erwirbt sich die Türkei nicht die englische Dankbarkeit. 1827 wird seine Flotte bei Navarino von der verbündeten Flotte Englands, Frankreichs und Rußlands vernichtet und dadurch der Weg zur griechischen Unabhängigkeit freigegeben. Rußland tritt ins Mittelmeer ein. Durch den Vertrag von Unkinar Skelessi erwirbt es 1833 die Kontrolle über die Meerenge, verliert sie jedoch acht Jahre später, als es Lord Palmerston gelingt, das Schwarze Meer für sämtliche Kriegsschiffe, einschließlich der russischen, zu schließen.

Ein Viertel Jahrhundert später verliert Rußland den Krimkrieg. Im Kongreß von Paris 1856 wird die Schließung der Meerengen für russische Schiffe von neuem bestätigt und ein neues Prinzip europäischer Politik durch die Neutralisation des Schwarzen Meeres und ein Verbot an Rußland, in diesem Meere Kriegsschiffe und Festungen zu halten, eingeführt. Nur während des deutsch-französischen Krieges gelingt es Rußland, die schweren Ketten zu zerreißen und im Schwarzen Meere seine militärische Freiheit wiederzuerlangen. Wenige Jahre später jedoch gelingt es England, den Vertrag von Berlin an Stelle desjenigen von St. Stephan zu setzen

und den Russen beinahe alle erreichten Vergünstigungen wieder wegzunehmen.

Diese merkwürdigen Geschehnisse wiederholen sich im 20. Jahrhundert. Im Krieg 1904/05 steht England auf der Seite Japans gegen Rußland. Während des großen Krieges verschließt das deutsch-türkische Einvernehmen Rußland das Schwarze Meer. Dann erkennen Rußland wie die Türkei, nachdem in beiden Ländern die Staatsform und die politischen Bestrebungen sich geändert hatten, die feindseitigen Bestrebungen der britischen Politik und schließen 1931 ein Bündnis ab. Sie leisten sich auch gegenseitig Hilfe bei der Revision des Statuts der Meerengen, und dieses Statut wird unter plötzlicher Begünstigung der Bestrebungen dieser beiden Länder durch die Konzession von Montreaux 1936 zum Abschluß gebracht. Großbritannien gibt hier vor, durch diese Hilfe seine Dankesschuld an Rußland und die Türkei für ihre Mitwirkung bei den Sanktionen gegen Italien abzuleisten. Durch den heimlichen politischen und militärischen Vertrag von 1939 ist Großbritannien schon an der Arbeit, um noch einmal die Türkei von Rußland zu trennen und die Regierung von Ankara gegen jede russische Expansion einzuspannen.

Dieses Bündnis zwischen Großbritannien und der Türkei hat eine doppelte Aufgabe: es soll Rußland im Schwarzen Meer einschließen und Italien von der Ostseite des Mittelmeeres her einkreisen.

Der Abschluß dieses Vertrags bedeutet eine plötzliche Umwälzung der traditionellen britischen Politik. Während des ganzen 19. Jahrhunderts und bis 1919 ist Großbritannien dabei, die Türkei zu zerstören. Großbritannien erfindet das Märchen vom „Kranken Mann“, der im Sterben liegt, und erwartet, daß die Erbschaft seiner Gebiete unter den zuerst Angekommenen verteilt wird. Im 19. Jahrhundert hat das ottomanische Kaiserreich seine stolze dynamische Expansionskraft verloren. Seine nunmehr statische Macht ist im Verfall begriffen. Es wird von drei Motiven innerer Schwäche zerstört: der ungeheuren Ausdehnung seiner leicht verletzlichen Gebiete, die sich über die nordafrikanische Küste von Marokko bis nach Ägypten, über die Ostküste des Mittelmeeres und das Rote Meer bis nach Aden und über den Balkan bis Rumänien, Serbien und Albanien erstrecken; von der Unzulänglichkeit einer staatlichen Organisation und eines politischen Systems, die fähig wären, diese heterogenen Gebiete zusammenzuhalten und sie in einem einzigen politischen

Sinne miteinander auszusöhnen; von dem Hervortreten verschiedener Nationalitäten, die sich in steigender rebellischer Weise von dem herrschenden Kern der Türken ablösen. Großbritannien wendet sich also der Aufgabe zu, den inneren Zerfall dieses riesigen und machtlosen Kaiserreiches zu begünstigen. Es wechselt ab zwischen direkten Besetzungen, wie derjenigen von Aden am Roten Meere, von Zypern, Ägypten, Palästina und Hilfeleistungen an die christlichen Völker im Balkan und die Araber, die, nachdem sie von den Türken befreit worden sind, nunmehr in den Kreis der britischen Politik im Mittelmeer und im Roten Meer eintreten.

Diese graduelle Zerstörungsaktion, die mit beinahe buchhalterischer Pedanterie im Vergleich zu anderen Zweckhandlungen der britischen Politik erfolgt, hat das Ziel, drohende Kräfte, die im Mittelmeer in Erscheinung treten, zu unterdrücken und die britischen Möglichkeiten zu ordnen. So kommt es, daß, nachdem Teile des ottomanischen Kaiserreiches aufgestückelt worden waren, England seine Zerstörungsaktion unterbricht und der Türkei zu Hilfe eilt. Am 4. Juni 1878, im Jahre des Kongresses von Berlin, schließt Lord Beaconsfield, der frühere Disraeli, mit der Türkei ein Defensivbündnis ab, durch das „die asiatischen Besitzungen Seiner Majestät des Sultans“ vor jeder weiteren Aggression gesichert werden sollten. Es ist jedoch in jener Zeit notwendig gewesen, den Versuch eines russischen Vormarsches im Nahen Orient zu unterbinden, der auf einer heute ungefähr der Bahnstrecke der Bagdadbahn entsprechenden Linie vorrückte. Nichtsdestoweniger wird später, wie die Geschichte zeigt, die Türkei nicht von neuen Zerstückelungen seiner asiatischen Besitzungen verschont bleiben.

Nicht weniger typisch ist die britische Reaktion gegenüber der Eröffnung des Suezkanals. Mit der neuen offenen Tür gegen das Rote Meer übernimmt das Mittelmeer wieder seinen alten Wert als große Handelsstraße. England glaubt nicht an den Erfolg des Unternehmens. Kaum ist jedoch der Kanal eröffnet, so erkennt es sofort seinen ungeheuren Wert und beeilt sich, die Herrschaft über ihn zu erzwingen. 1875 bedient sich die Regierung Disraeli der finanziellen Schwierigkeiten des Khediven Ismael und erstet ein großes Paket seiner 176 000 Aktien der Kanalgesellschaft, was 75 Prozent des Aktienkapitals entspricht. England bezahlt dies mit 4 Millionen Pfund, die es sich zum Teil wieder zurücknimmt, indem es Ägypten verpflichtet, 19 Jahre lang einen Zinsfuß von 5 Prozent zu zahlen unter dem Vorwande, daß

die Aktien in jener Zeit inproduktiv seien. Dieser Zinsfuß entspricht dem Betrage von 5 Millionen Franken jährlich.

Nachdem durch diesen schlaun Handel die Hälfte des verwaltungsmäßigen Eigentums des Kanals in englische Hände gefallen ist, findet sich England auch bereit, die Stellungen zu beziehen, die die Zufahrtsstraßen beherrschen. Schon 1839 hatte es Aden erobert, das zusammen mit Britisch-Somaliland die Meerenge des Roten Meeres abriegelt, und 1858 besetzt es die Insel von Perim, die die Meerstraße beherrscht, und später Akaba auf der Halbinsel Sinai, wo es gegenwärtig einen Stützpunkt für Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft besitzt. 1878 erhält England von der Türkei durch den Berliner Kongreß die Insel Zypern. 1872 landet es seine Truppen in Ägypten. 1919 vervollständigt es sein System durch die Besetzung Palästinas, das in seiner Ausdehnung Asien und Afrika verbindet und mit seinem Eisenbahnnetz sowie mit seinem großen Hafen Haifa vor allem eine robuste strategische Basis darstellt, die das östliche Mittelmeerbecken beherrscht. Auch die Unabhängigkeit wird Ägypten zugestanden durch den Vertrag vom 28. August 1936. Diese Unabhängigkeit entpuppt sich jedoch als eine rein äußere Kompromißformel, die in keiner Weise das Wesen der von England aufgestellten Herrschaft über den Suezkanal ändert. Die britische Regierung stellt der ägyptischen Unabhängigkeit sofort ihre Forderung gegenüber, im Kanalgebiet 10 000 Mann Truppen und 400 Flugzeugführer zu halten, die über ihre Grenze hinaus die Bewachung über ganz Ägypten ausdehnen können. Ferner hat England das Recht, unter britischem Kommando und mit britischen Offizieren das entstehende ägyptische Heer auszubilden, und das Recht der freien Benutzung der ägyptischen Straßen und Flughäfen. Die Zersetzung der ägyptischen Unabhängigkeit wird dann über die Grenzen des Vertrages hinaus fortgesetzt.

Alle diese sukzessiven Annexionen werden heute als notwendig für England erklärt, um seine imperialen Wege nach Indien zu sichern.

Ebenso typisch ist die Reaktion Großbritanniens auf das Vordringen Deutschlands gegen das Mittelmeer. Mit dem gewohnheitsmäßigen plötzlichen Umschwenken kommt England 1904 deswegen zu einem Bündnis mit Frankreich, das die Rivalität der beiden imperialen Demokratien, die noch während des ganzen 19. Jahrhunderts angehalten hatte, zum Abschluß bringt. 1907 folgt die Verständigung mit Ruß-

land. England läßt die Gebietserweiterung Italiens in Nordafrika zu, die mit der Besetzung Libyens beginnt. Ebenso verschiebt es den Schwerpunkt seiner Kriegsmarine vom Mittelmeer zur Nordsee.

Aus der anscheinend komplizierten Verwicklung der Episoden erscheint klar der Plan Britanniens: die Entstehung von Großmächten zu verhindern, das Anbahnen einer Verständigung zwischen den Nationen außerhalb der britischen Kontrolle nicht zuzulassen, um ein endgültiges Bündnis unter ihnen zu verhindern; der Versuch, zwischen den Nationen Zwietracht zu säen und sich möglichst mit einigen gegen die am meisten zu Fürchtenden zu verbinden; das Bestreben, direkten Besitz von vorherrschenden geographischen Stellungen zu ergreifen, um über alle die Möglichkeit einer Kontrolle zu haben. England ist überhaupt bestrebt, die günstigsten Bedingungen zu schaffen für eine leichte und beinahe natürliche Ausübung seiner Macht- und Vorherrschaftspolitik. In ihrer Zähigkeit und in dem ständigen wechselvollem Spiel ihrer Bewegungen stellt dies eine bewundernswerte Diplomatie dar, die die Momente der Geschichte mit dem kleinsten Aufwand an nationalen und imperialen Kräften bezwingt. Dieses Spiel jedoch setzt eine kluge Berechnung der im Spiel stehenden Kräfte voraus, eine genaue Kenntnis der verschiedenen Momente und eine vernünftige Auswahl der politischen Bestrebungen und der Freundschaften. Ihr Erfolg liegt also in ihrer Fähigkeit, auf die richtige Karte zu setzen.

Von der gleichen Art zeigt sich die britische Politik in ihrer Haltung gegenüber dem Werden Italiens.

*

Die teilweise Hilfe, die England den Italienern und ihrer Freiheits- und politischen Einheitsbewegung zuteil werden läßt, wird in der Geschichte als die traditionelle Freundschaft zwischen Italien und Großbritannien bezeichnet. Aber auch sie ist immer ein Spielball des britischen Planes der Vorherrschaft in Europa und im Mittelmeer und ändert sich je nach den Augenblicken und den Interessen.

Das Frankreich Ludwigs XIV. ist die größte kontinentale Macht, die imstande ist, der britischen die Stirn zu bieten. England versucht zu verhindern, daß sie sich in Italien ausbreitet. Es unterstützt folglich zwischen dem Frieden von Utrecht 1713, durch den die Erbfolgekriege ihren Abschluß gefunden hatten, und dem Wiener Kongreß die Vergröße-

rung des Herzogtums und Königreiches Savoyen und des Habsburger Reiches und versucht ihr Bündnis gegen Frankreich zu begünstigen. In dem Streit zwischen Italien und Österreich im Jahre 1800, durch den natürlich die gemeinsamen Pläne beider Länder gegen Frankreich nicht mehr zur Ausführung kommen konnten, bestimmt England seine Haltung dagegen danach, ob entweder die eine oder die andere der beiden Mächte ihm größere Hilfe gegen seinen großen kontinentalen Feind Rußland, gewähren könnte.

Im Kriege 1848 steht England auf der Seite Österreichs und gegen Karl Albert. Österreich hat zur Aufgabe, die russische Ausbreitung auf dem Balkan einzudämmen. England versucht folglich, den Konflikt zu verhindern, bietet ihm eine indirekte heimliche Hilfe an und hindert auf diese Weise Ferdinand II. am Eingreifen. Das piemontesische Heer siegt; es erreicht den Mincio, muß aber dann von einer Eroberung der Lombardei absehen. Sofort nachher zögert England nicht, das italienische Recht auf Schaffung eines Staates im Norden zu unterstützen, durch den die Grenze der piemontesischen Alpen gegen Osten bis zum Piave oder bis zum Tagliamento sich erstrecken würde. Es will gegen Frankreich reagieren, das 1830 Algerien besetzt und den Kreis seiner Mittelmeermacht vergrößert hat. Es ist natürlich, daß 1859 Großbritannien im Gegensatz steht zu der zwischen Piemont und Frankreich unter Napoleon III. gegen Österreich abgeschlossenen Allianz. Unter dem Eindruck des schon früher von England den italienischen Aufständigen und ihrer nationalen Bewegung gezeigten Wohlwollens reist Silvio Spaventa nach London, findet jedoch dort eine völlig andere Atmosphäre. England unterstützt Österreich und möchte den Krieg verhindern, von dem es den Eindruck hat, daß er sich in einer Richtung entwickeln würde, die seinen traditionellen europäischen Plänen völlig entgegengesetzt liegt. „Neapel, Piemont und Italien“ — so schreibt bekümmert der italienische Patriot an seinen Bruder — „sind ein Nichts, das auch England nichts angeht, wenn es sich um seine Sicherheit und um die Festlegung seiner Weltmacht handelt.“ Der begeisterte Italiener glaubt noch an die Ideale einer großen imperialen Politik und bemerkt nicht, daß sie nur einer realistischen Berechnung entspringt, die nur zufällig einen Kontaktpunkt mit dem Ideal der kleinen Nation findet. In London vereinigen sich in dem plötzlichen Widerstand gegenüber den italienischen Bestrebungen die Konservativen, die in der Regierung

sind, mit den oppositionellen Liberalen, wie Palmerston und Russel.

Die italienische Bewegung jedoch macht Fortschritte. Sie überwindet die von Frankreich vorgezeichnete Grenze und strebt zur Freiheit und zur politischen Einheit aller Italiener. Sie möchte aus Italien nicht nur Österreich vertreiben, sondern auch den ihr feindseligen französischen Einfluß. Nachdem die britische Regierung in die Hände Palmerstons und Russels übergegangen war, unterstützt sie entgegen der französischen Auffassung die Politik Piemonts einer Annexion der Zentralstaaten und begünstigt die Bewegungen in der Toscana und in der Emilia. Im Juli 1859 ermuntert Palmerston den Botschafter von Piemont in London, Massimo d'Azeglio, zur Annexion von Venetien. Im Mai 1860 sichert England das Unternehmen von Garibaldi in Sizilien, indem es sich gegen den französischen Vorschlag stellt, Kriegsschiffe nach Messina zu schicken, um Garibaldi aufzuhalten. Im August 1860 kündigt der britische Botschafter in Turin, Hudson, die erfolgte Schaffung des großen Vereinigten Königreiches Italien, das als eine neue Kraft gegen Frankreich in Erscheinung tritt, als einen Erfolg Englands an.

Als Italien jedoch politisch vereint war und sich in seiner kühnen Jugend als eine wiedererwachende Seemacht zeigt, gibt England der französischen Besetzung von Tunis den Weg frei. Es will nicht nur Frankreich von Ägypten fernhalten, sondern auch Italien aus dem afrikanischen Land herauschneiden, das seine Küsten gegenüber Sizilien erstreckt und in der Geographie wie auch in der Tradition der Geschichte und des Handelns die natürliche Fortsetzung der Halbinsel ist. England versucht auch, den Grund zu einer Spaltung zwischen Italien und Frankreich zu legen.

Die Freundschaft Großbritanniens für die italienische Sache während der Befreiungskriege stellt also vor allem den Ausdruck seiner Politik gegen die gefürchtete französische Macht dar. 1861 umreißt Palmerston in einem Briefe an die Königin Viktoria sehr klar ihren Geist: „Ohne Zweifel wird bei der Betrachtung des allgemeinen Gleichgewichtes der Mächte in Europa ein vereintes Italien niemals für Frankreich Partei nehmen können, und je stärker ein solches Reich ist, desto mehr kann es dem Drucke Frankreichs widerstehen.“ Der kluge britische Minister irrt sich nicht. Italien tritt in den Dreibund ein, trotzdem es Österreich gegenüber feindselig gesinnt ist als Reaktion auf die im Mittelmeer erlittene Demütigung und als Antwort auf die neue Drohung,

die sich von seiten Frankreichs zeigt. Hier erscheinen schon die direkten Einflüsse, die in der italienischen Politik gegen die Zentralmächte durch die feindselige Haltung der übrigen großen Mittelmeermächte gegeben sind.

Aber schon im Dreibundsvertrag, der 1882 abgeschlossen wird, tritt Italien in einer besonderen Erklärung dafür ein, daß sich der Vertrag nicht gegen England richten könnte. 1882, anläßlich der Erneuerung des Vertrages, fügt Italien sogar ein Abkommen mit Großbritannien hinzu, das im Dezember desselben Jahres zu einem dreifachen italienisch-englisch-österreichischen Vertrag ausgeweitet wird, der die Zusammenarbeit der unterzeichneten Mächte vorsieht. Auf Grund der Anerkennung des Status quo im Mittelmeer, in der Adria, im Ägäischen Meer und im Schwarzen Meer und auf Grund der Konsultationsverpflichtung und der Abkommen für jeden drohenden Fall soll diese Zusammenarbeit erfolgen. Dies bedeutet einen Sieg der britischen Politik. Italien ist von Frankreich durch eine tiefe Rivalität getrennt, die aus dem nationalen und politischen Bereich in das geistige Gebiet dringt. Italien bleibt somit an die Mittelmeerinteressen Englands gekettet. Unmerkbar erhöht sich aber auch seine Position. In dem neuen Abkommen ist Italien nicht mehr nur ein mechanisches Mittel, das gerufen worden ist, um die Ausbreitung Frankreichs zu verhindern. Es ist auch eine aktive politische Kraft, die im allgemeinen Interesse Großbritanniens mitzuwirken berufen ist.

Die Zusammenarbeit im Mittelmeer zwischen Großbritannien und Italien dauert ungestört und zum gemeinsamen Nutzen beider Nationen bis zum europäischen Krieg 1914. Italien verteidigt mit sehr kleiner Handlungsfreiheit seine Interessen, es ist aber vor allem der getreue Vertreter der britischen Interessen im Mittelmeer.

Der Friede von 1919 findet die Zustände im Mittelmeer von Grund auf verändert. Das österreichisch-ungarische Kaiserreich ist verschwunden mit seiner Drohung gegen den Balkan. Das kommunistische Rußland hat scheinbar jedes drohende Ausbreitungsvermögen verloren. Deutschland erscheint vom Balkan durch den Wall der Kleinen Entente getrennt. Nur Italien hat sich vergrößert. Der Friede, wenn er auch sehr schlecht ist, hat Italiens adriatische Stellungen verstärkt und deshalb seine Fähigkeit, zu handeln, und seinen Einfluß auf das Mittelmeer natürlich vergrößert. Zusammen mit Frankreich ist aber Großbritannien sofort an der Arbeit, um dieser sich entwickelnden Macht die Flügel zu

stutzen und ihr neue Hindernisse entgegenzustellen. Ohne Beachtung der unterzeichneten Verträge, die Italien das Recht auf einen entsprechenden Platz im östlichen Mittelmeerbecken zugestehen, melden die beiden imperialen Demokratien, wie schon erwähnt, Rechte an. Sie entfernen auf diese Weise Italien aus Kleinasien, während sie selbst unter der trügerischen Tarnung des Mandatsauftrages Palästina und Syrien annektieren. Sie treiben das große Jugoslawien gegen Italien, um in dem engen Raume der Adria einen latenten Konflikt zu schaffen. Sie komplottieren gegen Libyen, von dem der Abschnitt der Bai von Solum an Großbritannien fiel, die es in einen Militärstützpunkt gegen die Cyrenaika verwandelt. Sie ermuntern die Agitation Griechenlands für eine Abtretung des Dodekanes und zu einer Besetzung Süd-albanians.

Dies genügt noch nicht. Unter Annullierung der Flottenkonventionen mit Frankreich von 1912/13 bringt England aus der Nordsee einen großen Teil seiner Kriegsflotte zum Mittelmeer. Es unterdrückt ferner durch den Staatsstreich am 2. November 1932 die Verfassung Maltas vom November 1921 und beginnt auf der Insel den Krieg gegen italienische Sprache und Tradition, um aus diesem bewaffneten Bollwerk auch ein geistiges, gegen Italien feindselig eingestelltes Zentrum zu machen. Malta ist eine geographische und nationale Fortsetzung Italiens. Die italienische Sprache wird dort gesprochen, seitdem diese Sprache überhaupt in Italien geboren wurde. Dies wird von den Historikern behauptet und bewiesen, beginnend mit dem Malteser Abella (1600). Dies bestätigt der erste britische Gouverneur der Insel, Sir Alexander Munro Ball, der Vertrauensmann des Admirals Nelson, der in einem Briefe vom 4. Oktober 1800 an den britischen Staatsbürger Amond Noble, den Chef des bekannten Bankhauses in Neapel u. a. schreibt: „Ich bin der Auffassung, daß La Valetta die ruhigste Stadt Italiens ist, und ich hoffe, sie recht bald ebenso froh zu sehen.“ Dies bestätigt zuletzt auch der britische Usus, der durch das ganze 19. Jahrhundert in Brauch war: seit 1813, der Ankunft von Maitland, der die eigentliche britische Herrschaft über die Insel einleitet, wird die italienische Sprache, die vorher ausschließlich im Gebrauch war, als Amtssprache neben der englischen anerkannt. Von 1932 an dagegen werden durch zwei Parallelreihen von Maßnahmen der imperialen Regierung und des Gouverneurs von Malta auf der Insel der Gebrauch und der Unterricht in der italie-

nischen Sprache in allen Schulen, in den Berichten, im Parlament, in der Verwaltung, in Notariatsakten, in der Korrespondenz zwischen den maltesischen Staatsbürgern und der Regierung, in den Namen von Tausenden von Straßen von Malta und von Gozo, ja in den Namen selbst Tausender maltesischer Staatsbürger, die sich in den öffentlichen Registern befinden, untersagt. Man spricht von einer Drohung des italienischen Irredentismus auf der Insel, um auch die Politik und die Männer der nationalen Parteien zu treffen, die nur in nationalem Stolz die Sprache und die Tradition der Väter verteidigen wollen.

Vom Frieden 1919 an beginnt folglich im Mittelmeer nach dem zusammen durchgekämpften und gewonnenen Krieg unter verschiedenen Formen und mit verschiedener Intensität eine lautlose britische Politik der Einkreisung Italiens. 1935/36, zur Zeit der Sanktionen, deckt sich dies mit sämtlichen Elementen, die zu der britischen Tradition gehören: die Gegenwart einer großen Kriegsflotte im Mittelmeer und ein System von Flottenabkommen mit den Nationen des östlichen Mittelmeeres, die man gegen Italien aufmarschieren läßt. Diese Politik, die in anderen und dauernden Formen 1939 erneuert wurde, schafft neue Bedingungen im Mittelmeer und neue Notwendigkeiten für Italien, ihr durch Orientierungen und Verständigungen zu begegnen, die das Gleichgewicht der Kräfte wiederherstellen sollen, wenn auch nicht im Mittelmeer, so doch im allgemeinen Rahmen Europas. Weniger noch als die französische Politik kann die britische Mittelmeerpolitik sich auf nationale Gründe stützen, mehr noch als bei Frankreich haben wir hier eine militärische und imperiale Politik. Großbritannien hat im Mittelmeer keine nationalen Küsten. Es ist folglich nicht eine Mittelmeer-macht. Trotzdem verlangt es seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts die Vorherrschaft im Mittelmeer und den Besitz der Ein- und Ausgangspforte und vieler anderer inneren Positionen, von denen aus die Küsten oder die Schifffahrt der Mittelmeerflotte kontrolliert werden können.

Der Schwerpunkt des britischen Imperiums kann als im Indischen Ozean liegend angesehen werden. Das Mittelmeer hat folglich für England nur den legitimen Wert einer Zufahrts- und Durchfahrtsstraße. Sie ist nicht die einzige, sondern nur direkter und deshalb wirtschaftlicher im Vergleich zu der alten Kaproute. In England betrachtet man übrigens das Mittelmeer nur als Straße mit bewaffneten Stützpunkten und politischen Basen. Sehr reichlich sind die britischen

Besitzungen in diesem Meere. In beinahe keinem von ihnen steht dem militärischen Verteidigungsapparat irgendein Beweggrund zur Arbeit und zur Produktion, ein Wille zu wirtschaftlichem und kulturellem Fortschritt zur Seite.

Italien

Die schon so oft geschriebene Geschichte Italiens im Mittelmeer brauchen wir nicht noch einmal besonders darzulegen. Es ist dies durch lange Jahrhunderte die Geschichte sämtlicher Meere, ja sogar Europas. Aber zwei Tatsachen, die hier vorherrschen, sollen erwähnt werden. Aus der Freiheit und aus der Bedeutung seiner Stellung im Mittelmeer hat Italien immer seine Blüte hergeleitet. Die Friedens- und Glückszeiten der Mittelmeernationen fallen immer zusammen mit den Zeiten des Friedens und der ausgleichenden Kraft der Italiener.

Das Untergehen der römischen Macht und ihres Mittelmeersystems beginnt am Ende des 2. Jahrhunderts n. Chr. Von da an beginnt auch die Mittelmeerkrisis. Der Osten teilt sich vom Westen. Dann schreitet die Zersplitterungsbewegung weiter fort. Es erfolgt die Aufteilung des westlichen Kaiserreiches. Im 5. Jahrhundert beginnen die Völkerwanderungen im Westen. Ein Jahrhundert später erfolgt dann auch die politische Aufteilung der Halbinsel durch den Einzug der Langobarden. Es schließen sich die düsteren Zeiten der Verzweiflung, der Zersplitterung und der inneren Rivalität an, die im 10. Jahrhundert zu der Aufspaltung in 300 Feudalstaaten führten. Das ganze Mittelmeersystem wird dadurch erschüttert, nachdem die geographische und politische Zentralkraft der Ordnung und des Widerstandes aufgehört hat zu existieren.

Im 7. Jahrhundert tauchen an den Küsten des Meeres die Araber auf. Sie rücken in Vorderasien und Nordafrika ein. Im 8. Jahrhundert erscheinen sie in Europa, im Balkan und in Spanien, dann auch in Italien, wo sie Sizilien zwischen 820 bis 870 besetzen und auf der Halbinsel bis zum Herzen der Christenheit vor die Tore Roms gelangen. Sie entwickeln einen kriegesischen und zerstörenden Geist von niedrigem Instinkt. In Berührung mit der römischen Kultur jedoch, wenn auch nur noch deren Trümmer existierten, erheben sie sich auf eine höhere Kulturstufe. Im religiösen und politischen Kampf zwischen der Christenheit Roms und

dem Islam werden tiefe und lebensfähige Kontakte geschaffen, die im Laufe der Zeit neue gemeinsame geistige Früchte tragen. Von dieser Zeit an entstehen auch unbeabsichtigt die Begegnungen zwischen Italienern und Arabern, die außerhalb der blutigen Zusammenstöße zu einem natürlichen Motiv des Friedens und der Ordnung zwischen den Mittelmeerlandern werden.

In den ersten Jahrhunderten jedoch herrscht der Wille zum Kampfe vor. Im 10. Jahrhundert erscheint Italien allmählich wieder auf dem Mittelmeer. Es erfolgt der langsame Rückzug der Araber, die schon 849 in der Schlacht von Ostia geschlagen worden waren, wodurch Rom gerettet wurde. Die Araber werden immer stärker bedrängt. Die Seerepublik Venedig übernimmt die Ausbreitungstradition Roms im Mittelmeer. In der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts besiegt es die Araber bei Tarent. Im 10. Jahrhundert beherrscht es die Adria. Ein Jahrhundert später gewinnt es im östlichen Mittelmeer weiter Raum. Aber auch Genua und Pisa breiten sich aus. Die beiden Republiken befreien das Tyrrhenische Meer und seine Inseln und erscheinen kühn und wagemutig an den Küsten Afrikas.

Mit der Wiedergeburt der Seemacht kehren in Italien auch der wirtschaftliche Wohlstand und klare politische Verhältnisse ein. Dies zeigt sich vor allem im Tale von Padua, in dem sich der Handelsverkehr von Venedig abspielt, dann in Ligurien und in Toscana, wo die Genueser und Pisaner ihre Geschäftsverbindungen haben, und in Süditalien infolge der Aktivität der Normannen auf dem Meere gegen die Nordküste Afrikas und die Westküste Asiens. Produktion und Handel blühen. Es entstehen Banken und handwerkliche Industrien für die Umarbeitung der durch wagemutige Schiffe von den Küsten Afrikas und Asiens gebrachten Rohstoffe. Kunst und Wissenschaft entwickeln sich. Die neue Kultur der Arbeit und des Gedankens breitet sich bald über alle Städte der Halbinsel und in Sizilien aus und findet gemeinsame Ausdrucksformen in der Volksgemeinschaft der italienischen Rasse, die trotz der Aufteilung der politischen Gebiete und deren verschiedener Geschichte sich unberührt bewahrt hatte.

Dieser glückliche Aufstieg kommt im 16. Jahrhundert zu einem plötzlichen Stillstand. Die Neue Welt wird entdeckt. Die Schifffahrt verläßt das Mittelmeer, um sich auf neue Handelsabenteuer auf den Seewegen des südlichen Atlantik und des Indischen Ozeans zu begeben. Der Verkehr verfällt

und damit die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Mittelmeeres. Der Reichtum und die Kraft Italiens sinken immer tiefer. Während dieses Verfalles wird Italien von fremden Völkern überflutet. Im 16. Jahrhundert ist Italien zerrissen und verwüstet durch die französischen Angriffe. Der Kampf zwischen Frankreich und Spanien um die Vorherrschaft in Europa und dem westlichen Mittelmeer hat gleichzeitig den Versuch einer Eroberung Italiens von seiten dieser Staaten im Gefolge. Franz I. und Karl V. machen sich den Einfluß über die italienischen Länder und den Besitz dieser herrschenden Stellungen streitig, da sie für den Endsieg entscheidend sein können. Noch einmal ist die Schwäche Italiens, das unfähig ist, die Rivalen im Mittelmeer zu beherrschen oder zu versöhnen und deshalb das Land schutzlos ihren Streitigkeiten und ihren Einfällen preisgeben muß, ein unmittelbarer Kriegsgrund und ein Grund der Wirrnisse auf dem Meere.

Das Mittelmeer und seine Nationen verlieren ihre führende wirtschaftliche Stellung, als in den sich neu formenden großen Staaten Zentral- und Nordeuropas eine produktive Tätigkeit einsetzt, die sich auf die moderne mechanische Industrie und auf Eisen- und Kohlenbergwerke stützt, die an den Küsten des Mittelmeeres beinahe völlig fehlen. Die Italiener sind verarmt. Sie stehen waffenlos da während der großen Ausbreitungsbewegung, die das 19. Jahrhundert einleitet. Nur nach der Durchstechung des Suezkanals findet das Mittelmeer wieder auf Grund neuer Aufgaben zu seinem alten Glanz zurück. Italien marschiert voran, sobald es zur politischen Einheit gelangt ist.

Nach 1870 kann man drei aufeinanderfolgende Phasen der italienischen Mittelmeerpolitik erkennen.

Die erste Phase ist die der Ohnmacht und der Unterwürfigkeit. Den imperialen Kräften der großen Nationen, die von Waffen und Gold strotzen und die gemeinsame politische Interessen haben, kann Italien, das noch in einer riesigen Kraftanstrengung um den inneren wirtschaftlichen und staatlichen Aufbau begriffen ist und waffenlos dasteht, noch nichts anderes als seine Ansprüche als arme Nation entgegenstellen, die sich ausbreiten möchte zur Erreichung eines gerechten Gleichgewichtes der Kräfte im Mittelmeer und zur Erlangung von Ausbreitungsmöglichkeiten seiner dichten Arbeiterbevölkerung. Die große koloniale Aufteilung im Mittelmeer und im Roten Meer vollzieht sich unter seinen verlangenden Augen, ohne irgendwelche Rücksicht auf seine Interessen.

Passiv muß Italien der französischen Besetzung von Tunis und der britischen Besetzung von Zypern und Ägypten zusehen, durch die das Mittelmeersystem noch weiter zu seinen Ungunsten verschoben wird und die ausländische Einkreisung um seinen Lebensraum beginnt.

Die zweite Phase ist diejenige der Reaktion und der diplomatischen Vorbereitung. Italien hat noch nicht genügend Kräfte für unabhängige Gesten, für selbständigen Aufbau, wofür übrigens der Augenblick in Europa nicht günstig ist. Es hat jedoch schon das Bewußtsein seiner mediterranen Interessen und Rechte, und den Willen, sich zu behaupten. Durch eine Reihe von Abmachungen versucht seine Politik, die europäischen Mächte zur Verpflichtung der Unverletzlichkeit des Mittelmeersystems zu bewegen, um neue Änderungen zu vermeiden und die internationale Anerkennung seiner nationalen Belange zu erwirken.

Die Reihe dieser Abkommen beginnt mit der Unterschrift des Dreibundvertrages 1882. Es ist schon gesagt worden, daß dieser Vertrag nicht nur als ein Waffenstillstand der italienischen Freiheitskriege gegen Österreich anzusehen ist, sondern auch als eine Reaktion zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes gegen die Mittelmeerpolitik Frankreichs, die die italienischen Interessen verletzt. Im Dreibund wird eine Politik der Achtung und der Zusammenarbeit mit England beabsichtigt, aber auch die Vorankündigung der italienischen Rechte im Mittelmeer. Bei der ersten Erneuerung des Vertrages 1887 fügt Italien deshalb zwei Abkommen hinzu, die es im Mittelmeer indirekt garantieren sollen: Mit Deutschland zur Erhaltung des Status quo an den Nordküsten Afrikas, und mit Österreich, das sich verpflichtet, ohne vorhergehende Verständigung und Gegenleistung im Balkan nicht über Bosnien-Herzegowina hinauszugehen. Im selben Geiste schließt im Mai 1887 Italien einen Vertrag mit Spanien ab zur Achtung des Status quo in Nordafrika und folglich auch im Mittelmeer. Es trifft auch das schon erwähnte Abkommen mit England über den Status quo im Mittelmeer mit der zusätzlichen Vereinbarung eines italienischen Hilfeversprechens an England für Ägypten und einer englischen Hilfeleistung an Italien für Libyen.

Diese italienische Politik der Verteidigung und Vorbereitung entwickelt sich stetig und aufmerksam jedem Ereignis gegenüber. 1900 wird durch ein Abkommen zwischen Italien und Österreich die Unabhängigkeit Albaniens im Falle einer Zerstückelung des ottomanischen Kaiserreiches garantiert.

Albanien kann nicht unabhängig leben. Das Abkommen verschont es jedoch von einer Besetzung durch Österreich, die für die adriatischen und mittelmeerländischen Interessen Italiens gefährlich sein würde.

Die dritte Phase der Mittelmeerpolitik Italiens ist heute nicht nur die der Verteidigung gegen die Ausbreitung der anderen Nationen, sondern auch eine Politik der Behauptung des Rechtes auf eigene nationale Expansion. Italien ist als politische, wirtschaftliche und militärische Macht gewachsen. Es hat das Bedürfnis, sich durch direkte eigene Besitzungen gegen die offenen Expansionsbestrebungen der anderen Länder zu sichern. Es braucht auch Lebensraum. Trotz dauernder Abwanderung verdichtet sich seine Bevölkerung viel zu zahlreich auf einem armen und ungenügenden nationalen Gebiet. Aus diesem Grunde schließt Italien 1900 das Abkommen mit Frankreich ab für die gegenseitige Anerkennung der Rechte auf Libyen und Marokko. 1902 folgt das Abkommen mit England für die gegenseitige Anerkennung der Rechte auf Libyen und Ägypten. Beide Abkommen werden 1909 durch die Verständigung von Racconigi mit Rußland vervollständigt, das die beiden Mächte zur Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan verpflichtet, gegenüber den etwaigen Versuchen anderer Mächte, diesen zu stören. Als Gegenleistung erfolgt die italienische Anerkennung der russischen Ansprüche auf Öffnung der Meerengen.

Durch den Krieg in Libyen 1911/12 faßt Italien endlich auch selbst Fuß im mediterranen Afrika, und zwar in dem Raume zwischen den von Frankreich besetzten Tunis und dem von England besetzten Ägypten. Dadurch wird der Ring, der sich im Mittelmeer gegen Sizilien und die Halbinsel zu schließen schien, gebrochen. Auch durch die gleichzeitig erfolgte Besetzung des Dodekanes wird das Gleichgewicht im östlichen Mittelmeerbecken wiederhergestellt. Trotz dieser Abkommen und der verbrieften Rechte erweisen sich jedoch Frankreich und England, und nicht minder Österreich, als dem italienischen Unternehmen gegenüber feindselig eingestellt. Frankreich unterstützt den türkischen Widerstand und beleidigt in seinen Zeitungen das Heldentum und die Ehre der italienischen Soldaten. England begünstigt daraufhin von Ägypten aus den Widerstand der Senussiten gegen die italienische Besetzung der weiter im Innern liegenden Gebiete der Cyrenaika.

Italien hat nunmehr sein Mittelmeerproblem aufgestellt, das ein Problem des Lebens, der Freiheit und des Raumes

ist. So sagt Außenminister di Sangiuliano, trotzdem er als Richtschnur seiner Politik den Grundsatz einer intimen Verständigung mit England betrachtet: „Die Stunde der Politik der Nachgiebigkeit ist für immer vorbei.“ Er läßt daraufhin wissen, daß die Besetzung Libyens für Italien noch nicht die endgültige Lösung des Mittelmeerproblems bedeuten kann: „Der Besitz Libyens hat für Italien das Problem des Gleichgewichtes in Nordafrika gelöst, er vermindert jedoch nicht unser Interesse an einem allgemeinen Gleichgewicht im Mittelmeer. Wenn durch die Macht der Ereignisse gegen unseren Willen und gegen den Willen unserer Verbündeten und aller Großmächte früher oder später gebietsmäßige Änderungen im Mittelmeer geschehen sollten, so könnte Italien nicht als unbeteiligter Zuschauer dastehen.“ Die Änderungen kommen einige Jahre später. Sie betreffen England in Palästina und Frankreich in Syrien.

Jedoch schon gegen das Gleichgewicht im östlichen Mittelmeerbecken, das durch die italienische Besetzung des Dodekanes hergestellt worden war, erhebt sich die feindselige Politik Frankreichs und Großbritanniens. Auf seinem Rückwege von einer Reise nach London und Paris schreibt der russische Außenminister Sasanow im September 1912, daß England und Frankreich die dauernde Besetzung der Inseln nicht gestatten werden, da durch diese Besetzung das politische Gleichgewicht im östlichen Mittelmeerbecken in die Brüche zu gehen droht. Von Malta und von Zypern wird nicht gesprochen. Der feindselige Widerstand kommt im August 1913 offen zum Ausdruck in den Worten des britischen Außenministers Sir Edward Grey: „Keine der ägäischen Inseln darf von irgendeiner der Großmächte angefordert oder besetzt werden.“ Es zeigt sich wieder die französische und britische politische Tradition der Vorherrschaft, die hier im Mittelmeer gegen Italien auftritt, das nur eine mittelmeerländische Großmacht ist. Deshalb ist man in London und Paris bereit, die Politik Griechenlands zu begünstigen, das, indem es aus Vorsicht die Frage der griechischen Insel Zypern beiseite läßt, nunmehr einen Anlauf nimmt, das Recht der Besetzung des Dodekanes und auch des südlichen Teiles Albanien für sich zu verlangen. Noch einmal zieht sich Italien wegen dieser feindselig eingestellten Politik Frankreichs und Großbritanniens auf den Dreibund zurück. Im Juni 1913 entsteht die Konvention mit Österreich-Ungarn und Deutschland, die die Zusammenarbeit der Kriegsmarinern der drei Mächte im Mittelmeer im Kriegsfall regelt.

Es kommt der europäische Krieg 1914. Italien macht nicht nur sofort seine nationalen Rechte im Trentino und in den adriatischen Gebieten geltend, sondern auch sein lebenswichtiges Interesse auf ein gerechteres Gleichgewicht im Mittelmeer. Der Pakt von London spricht Italien den definitiven Besitz von Valona in Albanien und den Dodekanes zu. Im Paragraph 9 dieses Paktes wird das Recht Italiens „auf die Aufrechterhaltung eines politischen Gleichgewichtes im Mittelmeer und auf einen entsprechenden Teil der Mittelmeergebiete im Falle einer Zerstückelung der Türkei — besonders in der Gegend, die an die Provinz von Adalia stößt“ — anerkannt. Diese Verpflichtungen, die die Unterschriften Großbritanniens und Frankreichs tragen, sind sehr bezeichnend. Sie bedeuten die Anerkennung des lebenswichtigen italienischen Anspruches auf Gleichgewicht auch im östlichen Mittelmeerbecken, das nicht ohne Gefahr für Italien und deshalb also nicht ohne entsprechende Gegenleistung geändert werden kann.

Frankreich und Großbritannien vergessen jedoch bald ihre Verpflichtungen. Der Pakt von London ist kaum unterzeichnet, so bereiten sie schon seine Verletzung vor. Am 7. Mai 1915 — zwei Wochen nach der Unterzeichnung des Paktes von London, zwei Wochen bevor Italien sich mit allen seinen Menschen und allen seinen Hilfsmitteln in den Kriegsbrand hineinwirft — erfolgt das heimliche Angebot einer Abtretung der Inseln des Dodekanes und des Gebiets in Kleinasien, das schon Italien zugesprochen war, seitens des französischen Außenministers Delcassé an den Prinzen Georg von Griechenland als Gegenleistung für einen Eintritt Griechenlands in den Krieg. Griechenland zögert jedoch und widersteht diesem Drucke.

Der Pakt von London erhält 1917 seine genauere Präzisierung noch für den Teil, der das Mittelmeer betrifft, durch den Vertrag von San Giovanni di Moriana. Wie aber schon bewiesen wurde, wird im Rücken Italiens vorher schon ein Geheimabkommen zwischen Frankreich, Großbritannien und Rußland getroffen zur Begrenzung der Rechte Italiens. In der Friedenskonferenz von Paris geht dann alles in die Brüche durch die plötzliche Mißachtung ihrer Unterschrift von seiten Englands und Frankreichs.

Auch im Mittelmeer tritt Italien aus dem siegreichen Opfergang des Krieges in seinen lebenswichtigen Interessen verletzt und in den ihm vertraglich zustehenden Rechten gekränkt hervor. Noch einmal wird das Gleichgewicht der

Kräfte im Mittelmeer schwer erschüttert zum Nachteil der größten Nation des Mittelmeeres. Noch einmal verdichtet sich der Ring der Einkreisung um Italien. Es versucht vor allem durch ein wohlgeordnetes System politischer Freundschaften zu reagieren: durch den Freundschaftsvertrag mit Jugoslawien vom Januar 1924; die Freundschaftsabkommen mit Albanien vom November 1926 und das Bündnis vom November 1927, die Freundschafts- und Schlichtungsabkommen mit Griechenland und mit der Türkei von 1928, den Vertrag mit Spanien vom 8. August 1926 gegen die Änderungen im westlichen Mittelmeerbecken und in Nordafrika und die Anerkennung der italienischen Rechte von 1927 im Tangerstatut.

Die außergewöhnlichen Reaktionen im Mittelmeer seitens Englands und Frankreichs gegen das italienische Kolonialunternehmen in Äthiopien sind ein Zeichen der dauernden Feindseligkeit ihrer Politik, die versucht, im Mittelmeer jede freie Bewegung Italiens zu unterbinden. Der Horizont des Mittelmeeres verdunkelt sich von neuem in einem Zusammenstoß, der zum erstenmal dem Widerstande der beiden Imperien eine junge imperiale italienische Idee entgegensetzt. Die darauffolgenden Mittelmeerabkommen vom 1. Januar 1937 und vom 16. April 1938, die mit England abgeschlossen wurden, verändern nicht diesen Zustand. Er wird dagegen verschärft durch die neuen, schon oben erwähnten Geheimabkommen, die 1939 von England und Frankreich mit der Türkei und Griechenland unterzeichnet worden waren.

Die Landung italienischer Truppen in Albanien am 7. April 1939, die innerhalb fünf Tagen zur Vereinigung der beiden adriatischen Nationen führt, bildet die erste notwendige Reaktion. Diese Reaktion stellt nicht nur eine natürliche Tatsache dar als Frucht einer jahrtausendealten Geschichte. Sie ist auch eine entschlossene Geste Italiens zu dem Zweck, neue Verteidigungsstellen gegenüber der im Mittelmeer und auch in der Adria von den beiden imperialen Demokratien geschaffenen neuen Drohung zu errichten. Durch seine Gegenwart in Albanien sichert Italien den Frieden und die Freiheit der Adria gegen ausländische Einflüsse und kann nunmehr kraftvoll den Gefahren neuer Wirren im östlichen Mittelmeerbecken entgegentreten.

Gegen diese italienische Tatkraft erhebt sich aus geheimnisvollen Gründen feindselig an der Seite der imperialen Demokratien auch die Türkei. Zwischen Italien und der Türkei besteht ein Mißverständnis, dessen Ursachen sicher nicht auf italienischer Seite zu suchen sind. Albanien hat mit

der Türkei keinerlei Interessenverbindung. Während der 500 Jahre ihrer Herrschaft, die mehr dem Namen nach als in Wirklichkeit bestand, hat sich die Türkei niemals für dieses weit entfernte Bergland an der Adria interessiert, das immer ein stolzes und rebellisches Leben geführt hatte. Es hat ihm weder Regierung noch Straßen gegeben. Es hat ihm auch nicht wirtschaftliche Hilfe angedeihen lassen, viel weniger die Zivilisation gefördert. Ein einziger Punkt verbindet Albanien und die Türkei: die muselmanische Religion, der 60 Prozent der Albanier angehören. In ihrer neuen Staatsform hat die Türkei die Politik von der Religion getrennt, um sich von der schweren Bürde der Vertretung und der Beschützung des Islams zu befreien. Der Fall Albaniens bildet folglich einen neuen, fadenscheinigen Vorwand einer der Geschichte widersprechenden türkischen Feindschaft gegen Italien.

Nach dem türkischen Kriege hat niemals eine italienische Drohung gegen die Türkei bestanden. Das einzige italienische Attentat gegen türkisches Gebiet steht nur auf dem Papier: die Abmachungen von San Giovanni di Moriana von 1917, die niemals angewandt und deshalb schnell vergessen wurden. In Ankara gibt man vor, die Nähe des Dodekanes an der Küste Kleinasiens zu fürchten. Von dieser Küste kann man an schönen Tagen sehr klar die Umrisse der Berge von Rhodos sehen. Man sieht jedoch angeblich nicht den wirklichen Zustand ausländischer Besetzungen und Aufrüstungen nach dem Krieg von 1914 auf asiatischem Gebiet an den Grenzen der verstümmelten Türkei. Die Türkei vergißt die Geschichte. Beinahe während der ganzen Zeit ihrer Reibungen mit Rußland ist sie von England unterstützt worden und hat diese Unterstützung durch Stücke seines Staatsgebietes bezahlt. Es sei verwiesen auf das Schicksal der Ionischen Inseln, die 1821 von Großbritannien an Griechenland abgetreten worden waren, um dadurch dessen politisches Vasallentum zu erkaufen. Ferner sei verwiesen auf das Schicksal von Zypern, das von England 1878 genommen wurde, und das der Insel Kreta, die ebenfalls der türkischen Souveränität verlustig ging, um ganz von den riesigen Raubzügen gegen das osmanische Kaiserreich zu schweigen, die den unvorsichtigen türkischen Krieg von 1914 abschließen. Zuletzt sei noch der griechische Anschlag gegen Smyrna erwähnt.

Ohne Zweifel ist die türkische Feindseligkeit gegen Italien wenigstens teilweise die Frucht eines chronischen Alarmzustandes. Dieser Alarmzustand ist aber auch das Produkt der

britischen und französischen Propaganda, die daran interessiert ist, der Macht und dem Einflusse Italiens im Mittelmeer dauernde Feinde zu schaffen und die Geschichte und den Sinn der Aufteilung des ottomanischen Reiches im 19. und 20. Jahrhundert vergessen zu machen. Auf die Dauer jedoch bedeutet dieser unnütze und krankhafte Alarmzustand der Türkei ein Hindernis für die Beurteilung der Lage und stellt eine ungerechte Provokation Italiens dar.

Es besteht auch hier und da in Ägypten ein vages Mißtrauen gegen Italien, und zwar aus demselben Grunde wie in der Türkei. Ägypten schwankt noch zwischen zwei verschiedenen Haltungen hin und her. Es strebt in seinem wachsenden Nationalismus einer größeren Unabhängigkeit zu, die von dem Ausdruck der nationalen Individualität bis zu den Bestrebungen einer ideellen und politischen Solidarität der gesamten arabischen und islamitischen Welt reicht, die ihr geistiges Zentrum in Kairo haben soll. Aus diesem Grunde schließt Ägypten das Bündnis mit England für den notwendigen Schutz der ägyptischen Unabhängigkeit gegenüber einer angeblichen italienischen Drohung, durch das ihm der militärische und politische Oberbefehl Englands aufgezwungen wird. In Wirklichkeit sucht Großbritannien in Ägypten mehr noch als in der Türkei eine Hilfskraft für seine mediterrane Politik der Zurückdrängung der italienischen Macht.

Italien hat immer mit Ägypten in Freundschaft gelebt und will es auch weiter. Es hat schon zugunsten Ägyptens auf den wichtigsten Stützpunkt in der Cyrenaika, Solum, verzichtet, durch den die Engländer dann ihren Waffenschmuggel dirigieren. Italien hat die Absicht zu einer Zusammenarbeit auf den von der geographischen Lage und der geschichtlichen Tradition vorgezeichneten Wegen. Es pflegt mit Ägypten auch lebenswichtige politische und wirtschaftliche Interessen. Wenn es auch auf der Seite der Cyrenaika zum großen Teil durch die Wüste von Ägypten getrennt ist, so ist es auf der äthiopischen Seite mit Ägypten durch den Blauen Nil, der seine Quellen im Tanasee hat, verbunden. Man sagt in Ägypten: „Der Weiße Nil für den Sudan, der Blaue Nil für Ägypten.“

Die Mittelmeerpolitik Italiens ist keine Politik der Vorherrschaft, sondern der Mitarbeit mit allen Mächten und vor allem mit den Mittelmeermächten. Seine Belange und sein Recht auf Freiheit sind dieselben wie diejenigen der anderen Mittelmeerländer. Das Mittelmeersystem, wie Italien es sieht, stützt sich auf das Gleichgewicht der Rechte und der natio-

nalen Kräfte, auf ihre harmonische Gemeinschaft und auf die internationale Garantie der freien Bewegung und der freien Ein- und Ausfahrt.

In diesem Zusammenhang muß auch jene freundschaftliche Begegnung mit dem Islam erwähnt werden, die zur geschichtlichen Tradition Italiens und zu den aktuellen Prinzipien seiner politischen Aktivität im Mittelmeer und im Roten Meer gehört. Seit Anfang der Kreuzzüge im elften Jahrhundert finden wir die italienischen Seerepubliken Venedig, Genua und Pisa mit ihren wagemutigen Flotten zwischen Westen und Osten als Zwischenhändler für den Austausch der Produkte der kulturellen Ausdrucksformen und der Menschen. Italienisch waren die ersten christlichen Kolonien, die auf arabischen und islamitischen Gebieten entstanden. Heute ist demnach die Zusammenarbeit zwischen Italien und dem Islam die natürliche Fortsetzung alten Brauches und die elementare Bedingung der italienischen Politik, die die Rechte sämtlicher Mittelmeervölker und die Nützlichkeit ihres Beitrages für die mediterrane Kultur anerkennt.

Kein Land Europas kann im Mittelmeer soviel Lebensinteressen aufzählen und deshalb soviel begründete Rechte haben wie Italien. Vor allem ist es die größte Mittelmeer-nation. Es hat die größte und dichteste Bevölkerung. Es hat die längsten Küstengebiete: 7989 km auf der Halbinsel und den Inseln, d. h. viermal mehr als die Landgrenze und sechsmal mehr als die französische Mittelmeerküste, die nur 1333 km lang ist. Italien hat auch im Mittelmeer den Sitz seines nationalen Lebens. Unter den größten Mittelmeermächten nach Italien liegt Frankreich an drei Meeren, Spanien an zwei. Sie haben dadurch erhöhte Verkehrsmöglichkeiten. Italien hat ein einziges inneres Meer, das es völlig umschließt. In diesem Meere erschöpft sich der größte Teil seines Verkehrs. Wenn man sagt, daß das nationale Leben Italiens sich auf dem Meere vollzieht, so ist dies nicht nur eine Phrase der Literatur. Das Meer gleicht einem Gefängnis.

Balfour hat klar die italienische Lage in seiner Rede vom 23. Dezember 1921 bei der 6. Sitzung des Abrüstungsausschusses in Washington umrissen, indem er sagte: „Italien ist keine Insel. Es zählt jedoch beinahe wie eine Insel. Ich bezweifle, daß es sich ernähren und versorgen kann oder eine effektive Streitmacht darzustellen vermag, wenn es wirklich einer Blockade unterworfen und sein Handel auf dem Meere vernichtet wird. Frankreich genügt beinahe völ-

lig sich selbst vom Standpunkte der Ernährung. Es hat große Landgrenzen, durch die es direkt oder indirekt zu sämtlichen großen Weltmärkten gelangen kann. Keine Seemacht kann es blockieren.“ Balfour hat sicher übertrieben. Die Möglichkeiten Italiens, eine Blockade zu brechen, sind, wie wir sehen werden, viel größer und mannigfaltiger, als er es annahm. Und seit 1921 hat die Macht Italiens einen weiten Weg zurückgelegt. Die offenen englischen Worte jedoch bilden die höchste Anerkennung der lebenswichtigen Belange Italiens im Mittelmeer.

Der nationale Wert des Meeres erstreckt sich für Italien von Europa bis Afrika. Libyen ist nunmehr ein Land der lebendigen italienischen Besiedlung geworden. Es ist nicht mehr nur eine Kolonie, sondern die direkte Fortsetzung des nationalen Gebietes in Nordafrika. Von den beiden entgegengesetzten Küsten strahlt die produktive und schöpferische Kultur Italiens in den Mittelmeerraum hinaus, der vor allem in dieser italienischen Wirklichkeit seine Bedeutung des Friedens, der Arbeit und der Kultur findet gegenüber den imperialen Bestrebungen der beiden westlichen Demokratien.

Endlich ist das Mittelmeer für Italien wie auch für England und Frankreich der Weg, der zum Imperium führt. Es ist jedoch der einzige Weg, der für Italien zwischen den Wachtposten anderer Völker hindurchführt, während für Frankreich und England noch der Atlantik offensteht.

Im Lichte dieser Tatsachen enthüllt sich in seiner ganzen erdrückenden Bedeutung der politische und militärische Zustand des Mittelmeeres, der im 19. Jahrhundert geschaffen und durch den Versailler Vertrag erschwert wurde. Ohne eine Revision kann man nicht vom Frieden und der Sicherheit Europas sprechen, viel weniger noch von einem gerechten und ehrlichen Zusammenleben der Nationen.

Ganz anders jedoch war bis 1940 das von Frankreich und England gezeigte Bestreben. Beide Länder teilen sich heute in die Vorherrschaft im Mittelmeer. Weit entfernt von einer Revision, halten die beiden Demokratien ostentativ an dem Mittelmeersystem als dem unbeugsamen Instrument zur Ausübung ihrer Kommandogewalt und zur dauernden, unerbittlichen Unterdrückung Italiens fest.

In der Dezember-Nummer 1939 der alten und angesehenen britischen Zeitschrift „Nineteenth Century“ liest man z. B., daß die eine der drei Kriegsaufgaben der imperialen Demokratien die ist, „die dauernde und unbestrittene Vorherrschaft im Mittelmeer“ zu sichern, um Italien das Recht der

freien Wahl seiner Verbündeten zu entreißen, d. h. also das Recht auf Verteidigung seiner nationalen Belange. In allen schwierigen Augenblicken der europäischen Geschichte bis zum neuen Krieg 1939/40 — immer dann, wenn Italien bereit war, seine Rechte und die Haltung seiner Politik zu verteidigen — ist in London und Paris stets mit dem Mittelmeer-system gedroht worden, um Italien dem ausländischen Willen gefügig zu machen.

Die Tradition dieser Drohung ist alt. Immer wieder wiederholt sich das Bild des unweigerlichen französischen und britischen Sieges über Italien, nicht etwa als die Frucht des Wagemutes und des Heldentumes, sondern nur als das Resultat einer Vorherrschaftsstellung und größerer Mittel. Diese Tatsache bildet das Thema der ungenierten Berechnungen einer reichhaltigen politischen und militärischen Literatur Frankreichs und Englands unter Beifügung der Blockadedrohung, gestützt auf die Tore von Gibraltar und Suez, durch die ohne Schwertstreich Italien durch den sogenannten weißen Krieg in die Knie gezwungen werden soll. Italien würde somit im Ablauf der Jahrhunderte von der Willkür der imperialen Demokratien abhängen. Das Mittelmeer-system, das ein System des Besitzes, der Stützpunkte und der militärischen Machtmittel Großbritanniens und Frankreichs darstellt, bildet nach den stolzen Behauptungen der beiden Demokratien den unversöhnlichsten und klarsten Ausdruck jener Hegemonie, die sie mit Abscheu aus den blütenreinen Zielen ihrer Politik zu entfernen vorgeben.

Die Stellung Italiens im Mittelmeer ist sicher gegenüber Großbritannien und Frankreich und besonders gegenüber deren Kriegskoalition sehr schwierig. Dies hat Balfour 1921 anerkannt, und dies ist auch 1926 in Genf vom Unterausschuß A anerkannt worden, der zum Zwecke vorbereitender Studien für die Abrüstungskonferenz zusammengerufen worden war. In seinem umfangreichen Bericht stellt er die verschiedenen militärischen, wirtschaftlichen und geographischen Elemente fest, von denen in Kriegszeiten die Macht der Nationen abhängt. Hier hat er besonders jenen Sonderfall eines Gebietes herausgestellt, das von einem Meer eingeschlossen ist und das einen Zugang zu anderen Meeren nur durch Meerengen hat, ferner die Länge der nationalen Küsten, die Lage lebenswichtiger Zentren im Verhältnis zu den Luft- und Flottenstützpunkten anderer Staaten, die Länge der Seewege zwischen den Ländern und die Versorgungsquellen und deren Verletzlichkeit. Italien, das im Mittelmeer fünf See-

nationen verschiedener Größe gegenüber standzuhalten hat, besitzt gerade drei solche Verbindungslinien mit dem Rest der Welt, drei vom Ausland beherrschte Tore, weite Küstengebiete, lebenswichtige Zentren an der Küste, große Inseln, während die Angriffskraft großer strategischer britannischer und französischer Stützpunkte sich längs seiner Verbindungswege verteilt. Aus diesem Grunde besteht für Italien ein offenes Mittelmeerproblem, das vor allem eine Frage des Lebens, der Sicherheit und der Freiheit ist. Es gibt Italien das Recht, eine radikale Revision des ganzen Systems des Meeres und seiner Zugangspforten zu verlangen.

Die neuen und machtvollen Kräfte, die durch die moderne Kriegstechnik für den Kampf auf den Meeren geschaffen worden sind und die traditionellen Grundsätze der Seeherrschaft auf den Kopf stellen, die Unterseeboote und die Luftwaffe können Italien mit kühnen destruktiven Verteidigungs- und Angriffsmitteln versehen.

Wir fassen zusammen: Italien steht aus natürlichem Rechte im Mittelmeer, während Frankreich und Großbritannien hier aus ihrem Willen nach Macht gegenwärtig sind. Italien ist im Mittelmeer geboren und lebt dort als Nation seit zweitausend Jahren. Frankreich und vor allem Großbritannien sind, wie die Geschichte lehrt, in das Mittelmeer eingedrungen und haben sich dort festgesetzt, nicht aus einem nationalen Recht oder aus einem Lebensbedürfnis heraus, sondern um ihre Grenzen und ihre imperiale Macht zu vergrößern. Sie wollen die Mittelmeernationen ihrer Bewachung und ihrem Druck aussetzen und versuchen, dies durch die Kontrolle des Einganges und des Ausganges sowie der wichtigsten inneren Stützpunkte des Meeres zu erzwingen. Das Bedürfnis nach Freiheit und nach Lebensraum Italiens im Mittelmeer entspringt elementaren Gründen des Lebens. Es findet seine legitime Begründung in der natürlichen und gesunden Entwicklung der italienischen Nation und in der Notwendigkeit seiner Sicherheit. Es findet seine Weihe in den Grundsätzen europäischer Gerechtigkeit. Das System britischer und französischer Beherrschung, das die Grundlage des jetzigen Mittelmeersystems bildet, ist eine dauernde Verletzung des Rechtes auf Leben und auf Freiheit der Mittelmeervölker und stellt die Ausübung einer authentischen und unerträglichen Hegemoniepolitik dar.

Das jetzige Mittelmeerregime ist also im Grunde ein Überbleibsel vergangener geschichtlicher Epochen, in denen die Mittelmeernationen und Europa noch nicht in ihrer Indivi-

dualität und in ihrer natürlichen Macht entstanden waren, als sie noch im Zustande der chronischen Unordnung lebten und keine anderen Gesetze kannten als diejenigen der Macht und des unersättlichen Egoismus. In der Flottenkonferenz von London 1913 hat der britische Premierminister MacDonald gesagt, daß „die Länder auf Grund ihrer geographischen Lage, der Verantwortung der Welt und der geringeren oder größeren Möglichkeit, einem Angriff ausgesetzt zu sein, verschiedene Bedürfnisse haben“. In der Rangordnung der Bedürfnisse im Mittelmeer muß also Italien an erster Stelle stehen, vor allem, wenn aus Achtung gegenüber dem Völkerrecht die nationale Verantwortung vor der Weltverantwortung stehen soll und die bedrohten nationalen Punkte wichtiger sind als die imperialen.

Das britische und französische Vorherrschaftssystem, das heute im Mittelmeer dominiert, hat einen großen Teil seines Wertes verloren. Es muß sich mehr passiv als aktiv verhalten und birgt größere Gefahren, als daß es beherrscht. Dieses System zeigt sich kränkender für die Rechte der Mittelmeerländer und als Ursache dauernden Kontrastes in Europa, als es seinen Besitzern und deren imperialen Interessen Nutzen bringt. Die Verteidigung dieser Interessen sollte besser einem Regime der Freiheit für alle und der ehrlichen Zusammenarbeit anvertraut werden, als einer schlecht ertragenen Polizeiherrschaft.

Die Freiheit und die wirkliche Sicherheit, die Italien für das Mittelmeer beansprucht, harmonisieren nicht nur mit den Bedürfnissen sämtlicher Mittelmeernationen, der kleinen wie der großen, und mit den Grundlagen der Gerechtigkeit, sondern sie bilden auch eine der notwendigen Bedingungen für den Frieden und die Kultur im Mittelmeer und in Europa.

Der Balkan

20 Jahrhunderte

Nicht weniger als das Mittelmeer ist das Problem des Balkans eines der wichtigsten Themen der italienischen Außenpolitik. Die Gründe sind klar: die Geographie, die geschichtliche Tradition, die politischen und militärischen Notwendigkeiten des Kräftegleichgewichtes im engen Zusammenhang mit den Systemen der Adria und des Mittelmeeres, das wirtschaftliche Interesse, die Besetzung Albaniens durch Italien, das nunmehr die größte Balkanmacht geworden war.

Es braucht nicht viele Worte, um diese Gründe zu erklären. Geographisch sind die beiden parallelen Halbinseln Italien und der Balkan auf natürliche Weise vereint. Im Norden treffen sich die italienischen Gebiete des Julischen Venetien in einem gleichen unüberwindlichen Bergsystem mit den slawischen Gebieten. Weiter südlich verengt sich die Adria bis auf nur 72 km zwischen Otranto und Capo Linguetta und nähert auf diese Weise die beiden entgegengesetzten Küsten, was ihren natürlichen und dauernden Kontakt begünstigt. Aus diesem Grunde hat man seit vorgeschichtlichen Zeiten die Spuren von Verbindungen zwischen den beiden Halbinseln. Dies beweisen auch die Auswanderungen aus dem Epirus nach Apulien, die dann im geschichtlichen Zeitalter von der Ausdehnung der Illyrier und Griechen auf Süditalien und der Römer und Veneter nach dem Balkan gefolgt werden.

Der Balkan ist aber vor allem ein Teilabschnitt des allgemeinen Problems der Adria und des Mittelmeeres. Die balkanische Küste der Adria, von Dalmatien bis nach Griechenland, ist ein natürliches System von Meeresstützpunkten für Verteidigungs- und Angriffszwecke. Sie hat breite und tiefe gewundene Einschnitte und ist durch vorgelagerte Inseln geschützt, die den größten Schiffen Unterschlupf bieten und vor den schwersten Gefahren der See schützen können, während die gegenüberliegende italienische Küste sandig und

ohne Häfen und von Venedig bis Tarent verwundbar ist. Die Verteidigung der Ostküste Italiens hängt also von den politischen und militärischen Bedingungen der Westküste des Balkans ab. Dasselbe kann man in weiterem Sinne von der italienischen Verteidigung des Mittelmeeres sagen. Der Balkan bildet das Einfalltor des kontinentalen Europas vom Mittelmeer aus. Mit seinen Stützpunkten, seinen Ausgangshäfen hat der Balkan eine vorherrschende Kontrollfunktion über das östliche Mittelmeerbecken und über die Verkehrswege zum Roten Meer und zum Schwarzen Meer. Der Balkan gehört deshalb in das politische Spiel der großen Mittelmeermächte und zum System der Sicherheit und der Freiheit Italiens. Die politischen und militärischen Gewohnheiten, Orientierungen und Verpflichtungen der Balkanstaaten, besonders derjenigen, die einen Ausgang zum Meer haben, stellen einen besonderen Wert für die italienische Haltung dar. Deshalb versuchen Frankreich und England in ihrer adriatischen und mediterranen italienfeindlichen Politik nach dem großen Krieg während der Sanktionen und von 1939 an, die Politik und die Küsten der Balkanstaaten für ihre politischen Zwecke einzuspannen. Deshalb kommt in seiner natürlichen Reaktion die Regierung von Rom dem Wunsche Albaniens entgegen bezüglich der Einheit mit Italien und stellt damit auf der Westküste des Balkans das Gleichgewicht zur Sicherung der italienischen Halbinsel wieder her.

Der Ursprung des römischen Eindringens in den Balkan ist bekannt. Die Korsarenschiffe der Illyrier, die an der Küste Dalmatiens und Albaniens ihre Schlupfwinkel hatten, bedrohen mit ihren Einfällen die freie Schifffahrt auf der Adria. Zwischen dem Ersten und dem Zweiten Punischen Kriege beginnt Rom die Besetzung des Balkans, nachdem mit einer Flotte von 200 Einheiten die illyrischen Streitkräfte vernichtet worden waren. Die Landung in Durazzo bildete die erste Aktion. Seit jener Zeit beginnt das Spiel der Beziehungen zwischen Italien und Albanien, und es zeigt sich die Notwendigkeit der Vereinigung beider Länder für die italienische Sicherheit in der Adria.

Von der Küste aus gelangen die Römer schnell in das Innere des Balkans. Sie werden von zwei Gründen geleitet: der eine ist politisch-militärischer Natur — Ordnung zu schaffen, um den Frieden und den kulturellen Fortschritt der italienischen Halbinsel in ihren lebenswichtigen Gebieten zu sichern; der andere ist wirtschaftlicher Natur — es

locken Rohstoffe wie Eisen, das Holz der großen Wälder, das Fleisch und das Leder der großen Herden der noch barbarischen und schwach bevölkerten Gebiete. Es ist dies also eine wirtschaftliche und produktive Kultur, der sich auch Gründe der Sicherheit hinzugesellen. Wir haben also nicht eine unfruchtbare Gier militärischer und politischer Vorherrschaft und gebietsmäßiger Ausbreitung. Bei ihrem ungestümen Vorwärtsdringen lassen die Römer Straßen, Brunnen, Aquädukte, Märkte und Häuser hinter sich, die ersten Kulturbauten, denen die Barbaren und die Türken, die darauf folgen, nichts hinzuzufügen haben.

Später ziehen die Römer in den Balkan auch von Norden her ein, und zwar aus Postumia. Sie erreichen die Donau bei Belga. Im Jahre 106 dringt Kaiser Trajan bis zu den Daziern vor. Er will eine Verteidigungsfront gegen die Barbaren der unteren Donau errichten. Mit den Soldaten bringt er aber auch die Siedler mit. Er kämpft, baut und arbeitet. Die Urbevölkerung assimiliert bald Sprache und Sitten der Römer. Als im Jahre 276 n. Chr. Kaiser Aurelian die römischen Soldaten und Siedler zurückziehen will, bleiben sie da, um an den Ufern der Donau bis zum Schwarzen Meer eine lebhaftere Erinnerung an die Besetzung durch ihre Rasse zurückzulassen. Teilweise verschmelzen sie mit der einheimischen Bevölkerung und mit ihrer Tradition einer höheren Kultur, die sie stolz im Laufe der Jahrhunderte verteidigen werden.

Während ihres langen Aufenthaltes im Balkan werden die Römer durch ihre geordnete und kulturell hochstehende Lebensweise sicher viel von der eingeborenen Bevölkerung assimiliert haben. Unter dem Strome der Wanderungen und der kriegerischen Einfälle, die nachher folgten, sind die Spuren jedoch zum großen Teil verschwunden. Nur wenige Zeichen sprechen noch heute von ihrer Gegenwart. Vor allem die Straßen. Nicht nur zu bloßen militärischen Zwecken gebaut, sondern auch für die Verkehrsnotwendigkeiten der neuen produktiven Kultur, ziehen sie sich weit in die Halbinsel hinein. Die älteste, die Via Egnatia in Durazzo, bewegt sich in zwei Richtungen: gegen Saloniki und gegen Konstantinopel. Diejenige von Postumia durchquert alle slawischen Gebiete des Südens, läuft auf Lubiana (Emona), Agram, Belgrad (Singidunum), Sofia (Serdica) zu und steigt dann gegen Byzanz ab. Eine andere Straße beginnt an der dalmatinischen Küste in Salona bei Spalato und läuft dann gegen Norden in die Provinz Pannonien. Noch eine weitere beginnt

in Skutari und steigt nach dem oberen Albanien an gegen die Donau und den Sirmio. Als Erbe der Römer trifft man auch auf Nachklänge römischer Sitten und Gebräuche und auf Worte lateinischen Ursprungs, die dann, besonders in den Gebieten in der Nähe der Küste, von der von den Venetianern gebrachten italienischen Sprache belebt werden. Es bleiben zuletzt noch zu erwähnen die rumänischen und aromunischen Volksstämme und die Morlaken Dalmatiens und der Ostgrenze Istriens, die tapfere Kämpfer gegen die Türken an der Seite Venedigs waren bis zu dessen Untergang, und die erst teilweise nach dem 16. Jahrhundert slawisiert wurden.

Einen typischen Volksstamm bilden die Aromunen, die nunmehr slawisiert oder gräzisiert sind, wenigstens dem Anschein nach, jedoch in ihrem Originalcharakter in starken Gruppen im Gebirge ihre alten Wesenszüge beibehalten haben. Lange Zeit vertritt dieser Volksstamm im Balkan das typisch städtische Element in den höchsten Stellen des Handels und der Kultur. Von den verschiedenen Balkannationen, die sich ihm überlagern, übernimmt er die Sprache, die Religion und einzelne Gebräuche, äußeres Aussehen, nicht immer aber den inneren Geist und die nationalen Leidenschaften. Dieser Stamm stellt eine selbständige Rasse dar, die im Verlauf der Eroberungen zerstreut und zersplittert wurde und deshalb unfähig ist, sich eine eigene nationale und politische Einheit zu schaffen, in ihrer widerstandsfähigen Individualität jedoch imstande ist, ihre Umgebung zu beeinflussen und öfters zu beherrschen. Es ist sicher, daß von diesem aromunischen Stamm, der beinahe wie das Bindeglied der anderen zahlreicheren aber primitiveren, von Norden und Süden eingewanderten Stämme wirkt, die aktiveren und ausdrucksvollsten ersten Kräfte einer Balkankultur herkommen. Aus seinen Gruppen bilden sich die ersten intellektuellen albanischen, serbischen, bulgarischen und rumänischen Bewegungen. Nun nicht mehr fähig, sich durch eigene Kraft unabhängig auszudrücken in einem für den ganzen Balkan einheitlichen Charakter, verbleibt er als vitales Gärungsmittel in der Struktur und in dem geistigen Zustand der anderen Völker, die ihn überrannt haben durch das Gewicht der Zahl und der Waffen, aber nicht durch die Kraft des Intellektes.

Wenn heute der aromunische Stamm aus der Geschichte verschwunden zu sein scheint, so erinnert er doch in der kulturellen Formation der Balkanvölker immer an die Gemeinschaft der Kräfte und des Geistes im Sinne der Latinität.

Aktiv und fruchtbar ist immer die Bewegung des kulturellen Austausches zwischen den beiden Küsten der Adria, ja sogar zwischen den beiden Halbinseln. Wenn zuerst die Hellenen nach Sizilien und nach Süditalien kommen und die Römer ihre Kultur nach dem Balkan bringen, so sind es später wiederum die Griechen, die zwischen dem 5. und 6. Jahrhundert den Geist und die Kraft der Kunst und der Kultur Byzanz' an die italienischen Küsten bringen. Nur in der religiösen Sphäre gelingt es dem Osten nicht, Italien zu erreichen. Rom verbreitet den Katholizismus von Triest aus längs der dalmatinischen Küste bis nach Nordalbanien und in das Innere unter Slowenen und Kroaten. Und eine saubere Demarkationslinie entsteht auf natürliche Weise zwischen den Gebieten der beiden verschiedenen religiösen Einflüsse von Byzanz und von Rom, die nicht einmal mehr durch die Herrschaft der Türken, die sich dann über den gesamten Balkan bis zur Donau erstreckt, ausgelöscht werden kann. Slowenen und Kroaten, auf die der Westen gewirkt hat, stehen Serben, Bulgaren und Griechen gegenüber, die ein Produkt des Ostens sind, und den Rumänen, die in ihrer Religion oriental, in ihrer Sprache und ihren von Rom ererbten Gebräuchen westlich bleiben.

Nach den Römern sind es die italienischen Seerepubliken, die auf der Seite der Kirche Roms die westliche Kultur in den nahen Orient tragen.

Begrenzt und verspätet sind die Kontakte und die Einflüsse von Genua, das in den Balkan vom Mittelmeer aus hineingelangt, und in der Türkei Fuß faßt und durch die Meerengen ins Schwarze Meer und sogar bis nach Bulgarien gelangt.

Weit ausgebreiteter, anhaltender und weithin ausstrahlend ist die Aktion Venedigs. Sie beginnt in der Adria gegen Dalmatien aus den gleichen Gründen, die die Römer bewegt hatten: die Seefahrt vor den Korsarenschiffen der kroatischen und narentanischen Gruppen zu schützen, die sich in den zerklüfteten östlichen Küstengebieten eingenistet hatten. Diese Aktion dauert unter ständigen Kämpfen einhalb Jahrhundert. Dann breitet sich die Macht Venedigs durch die Besetzung ganz Dalmatiens und darüber hinaus aus und schreitet gegen das Innere zu, ausstrahlend dann auf die Küsten und die Inseln des Ägäischen Meeres und des östlichen Mittelmeeres bei Zante, den Peloponnes, Moréa Saloniki und auf das vier Jahrhunderte lang gehaltene Kreta, Zypern und Rhodos.

Zwei natürliche Schranken halten jedoch vor der übermächtigen militärischen Macht der Türken die Ausbreitung Venedigs auf dem Balkan zurück: die geographische Lage und der Charakter des Lebens und der Aktivität Venedigs. Der Bergwall, der die Balkanhalbinsel vom Norden nach Süden durchzieht und den Venezianern unüberwindlich erscheint, ist das erste natürliche Hindernis. Die Venezianer beschränken sich also auf die Besetzung der Küsten und der Inseln und dringen in das Innere nur auf den wenigen natürlichen Straßen ein, die sich vom Meer aus eröffnen, durch die Täler der großen Flüsse, wie der Narenta, die sich von Dalmatien nach Herzegowina und nach Bosnien hineinzieht, des Zenta, der von Skutari in die serbischen Gebiete führt, des Wardar, der großen Wasserstraße, die in Saloniki mündet und eine der historischen Völkerwanderungsstraßen und Straßen der Balkankriege ist. Die Venetianer sind vor allem ein seefahrendes und handeltreibendes Volk. Diese Republik interessiert sich für den Austausch von Produkten, für den Kauf und Verkauf, schlechterdings für den Transport. Sie sucht folglich vor allem leichte und reiche Märkte und Verteidigungsstützpunkte seiner Seeverkehrslinien und seiner Handelskarawanen.

Auch mit diesen Schranken läßt die Expansion Venedigs im Balkan tiefe und dauerhafte Spuren hinter sich, die sich belebend zu den Einflüssen Roms gesellen. Die Herrschaft Venedigs ist manchmal hart. Es entstehen mitunter Reibereien mit den eingeborenen Bevölkerungen. Die Balkanhistoriker, vor allem die Slawen, beurteilen sie mit Strenge und versuchen, die Erinnerung daran zu zerstören. Sie bringt aber die Ordnung, den inneren Frieden, den kulturellen Fortschritt in jene Gebiete, die durch dauernde Kriege und Zerstörungen, durch das Aufeinanderprallen der Völker und später durch das Vordringen der türkischen Finsternis erschüttert waren. So schreibt Professor Jovan Cvijc von der Universität von Belgrad („La Péninsule Balcanique“), daß „die adriatische Küste eine dauernde Kultur genossen hat, ohne Unterbrechung, auch während des Einbruches der Türken“ und daß „die adriatische Küste die einzige ist, die die Vorteile der westlichen Kultur in sich aufzog“. Dieses aber ist das Resultat der langen Herrschaft Venedigs. Die Kroaten gelangen nach Dalmatien zwischen dem 7. und dem 11. Jahrhundert. Sie glauben es zu beherrschen. Es gelingt ihnen in Wirklichkeit nicht, die lateinischen oder latinisierten Stämme der Küste zu unterwerfen, sondern sie werden von diesen assi-

miliert. Dann begegnen sie Venedig, durch das der westliche Geist der Küste neu belebt wird und das tatsächlich im 15. Jahrhundert die Beherrscherin ganz Dalmatiens wird.

Der erste typische Einfluß Venedigs ist derjenige der Sprache. Längs der gesamten dalmatinischen, albanischen und griechischen Küste bis nach Konstantinopel ist bis in die letzten Jahrzehnte hinein die italienische Sprache gang und gäbe. Sie dringt sogar in die slawischen, griechischen und albanischen Sprachen ein in vielen Worten, die Kunst, Handwerk, bürgerliche Tugenden, Navigationsgebräuche oder abstrakte Gedanken ausdrücken und die beweisen, daß mit Venedig, wie auch früher mit Rom, die Balkanvölker ihre ersten Schritte in der Kultur gegangen sind, die ihnen nicht aus ihren Ursprungszentren oder von den Türken zugekommen ist. Das Phänomen ist typisch für die Griechen, die doch auch die Erben einer großen geschichtlichen Kultur sind. Der größte Teil ausländischer Worte, die in ihre moderne Sprache Eingang gefunden haben, besonders im Navigationsgebrauch, im Kriegshandwerk und im Handel, sind venezianischen Ursprungs, mitunter auch genuesisch. Von Venedig lernen die Griechen aber auch die Entwicklung ihrer ersten Schulen, in denen Latein und Italienisch gelehrt wird. Auch die Akademien in Korfu, Zante und Kephallenia verdanken ihre Entstehung den Venezianern. Aus Italien assimilieren die Griechen bis zu ihrer Befreiung die Literatur, die besonders ausdrucksvoll ist in der Dichtung von Zypern, und ihre Rechtsgrundlagen, die sie in der Tradition und in der Praxis besonders auf den Inseln bis ins 19. Jahrhundert hinein beibehalten.

Nicht weniger bezeichnend sind die Einflüsse und die italienischen Gemeinschaften unter den anderen Balkanvölkern. Während ihrer Ankunft an der adriatischen Küste assimilieren die Kroaten, wie schon gesagt, die gesamte Seemannssprache, die dort gesprochen wird, lateinisch und venezianisch. Von den Italienern lernen sie auch trotz des vier Jahrhunderte langen Kampfes mit Venedig zwischen dem 11. und dem 14. Jahrhundert den Ackerbau, das Handwerk und die Technik des Kaufmanns. Seit dem 7. Jahrhundert haben sie sich zum Katholizismus bekehrt und verbreiten dann die Kultur und italienische Sitten und Künste. Auf der Flucht vor den Türken wandern Gruppen von Kroaten nach Italien aus: zuerst nach Istrien, dann im 15. Jahrhundert in die Marche, nach Molise und sogar nach Piemont in das Aostatal. Zwischen 1300 und 1500 schmiegte sich ihre

Literatur dem italienischen Geiste und italienischen Formen an. In Venedig werden dann im 16. Jahrhundert die ersten Buchdruckereien für slawische Sprachen durch einen Jesuiten aus Apulien, Miraglia, gegründet, der das erste serbo-kroatische Wörterbuch herausgibt.

Weniger intensiv, aber doch sehr spürbar sind die italienischen Kontakte und Spuren mit den anderen slawischen Zweigen des heutigen Jugoslawien. Die Begegnungen der Italiener mit den Slowenen finden hauptsächlich in den Sphären der Kirche und der Kultur statt. Sie beginnen im 16. Jahrhundert, als ein italienischer Bischof Istriens, Pier Paolo Vergerio, die ersten Publikationen in slowenischer Sprache veranlaßt und ein piemontesischer Mönch, Gregorio Alasia, in Udine das erste italienisch-slowenische Wörterbuch druckt. Von den Geistlichen gebracht, verbreitet sich in den slowenischen Kirchen der italienische Barock. Es kommt dann das italienische Theater, das unter den gebildeten Leuten den Gebrauch der italienischen Sprache verbreitet. Mit den Serben bestehen seit den ältesten Zeiten auf Grund von Familienkreuzungen venezianischer Dogenfamilien mit fürstlichen Familien aktive Handelsbeziehungen, die sich von der Adria bis zu den inneren Regionen Morawiens ausbreiten. Zwischen dem 6. und 7. Jahrhundert erfolgen dann die bulgarischen Auswanderungen nach Italien in die verschiedensten Gegenden von der Lombardei bis zum Piemont, von der Toscana bis nach Umbrien und Kampanien, die bulgarische Tradition und Namen zurücklassen. Später reichen die Beziehungen des italienischen Handels bis zu den Balkanbulgaren. Die ersten Bücher in bulgarischer Sprache in kyrillischen Buchstaben werden in Venedig 1578 und in Rom 1683 gedruckt.

Wir gelangen zum 19. Jahrhundert. Es ist die Zeit der ersten nationalen Blüte der Balkanvölker, der Bewegungen und der Kämpfe für ihre politische Unabhängigkeit. Venedig ist untergegangen in einem langsamen Herabsinken, das zwei Jahrhunderte dauert. Sein Einfluß hat seine verlorenen Besitzungen überdauert. Neue Strömungen verbinden wiederum Italiener und Balkanvölker. Es sind die italienischen Aufruhrbewegungen, die den Balkanzonen Geist, Form und Mut verleihen und zur Nachahmung auffordern. Die griechischen und rumänischen Aufstände von 1821 sind eine direkte Rückwirkung der italienischen Bewegungen des gleichen Jahres, der neapolitanischen Revolte von Nola. Die Italiener nehmen an der griechischen Revolution teil. 1844 befinden sich dort

die Gebrüder Bandiera. Nachdem die Revolution in Venedig erfolglos geblieben war, begeben sich 1848 auch Tommaseo, Rossi und Regaldi dorthin. In dieser Zeit erfolgt die Schaffung einer „Großen Bruderschaft“, eines politischen italienisch-griechischen Geheimbundes. 1866/67 kämpfen Tausende italienischer Freiwilliger mit den Griechen im Aufstand von Kreta. Zwei italienische Legionen nehmen an der neuen Erhebung der Insel 1897 teil, in Italien wird die neue griechische Nationalhymne von dem Dichter Dionisio Salomos geschrieben, der von dem Venezianer Bortolani abstammt. In Italien wird auch die kroatische Nationalhymne von Antun Mihanovich verfaßt.

Zum Feldzug Garibaldis 1860 strömen albanische, bulgarische und griechische Freiwillige zusammen. Bei seinen Freiheitskämpfen folgt Serbien dem Beispiel Piemonts und den Lehren Mazzinis und Garibaldis. Der „Omladina“ (Serbische Jugend) wird der gleiche Charakter gegeben, wie der Organisation „Junges Italien“; eine ihrer Zeitungen in Belgrad heißt „Pijemont“. Während der Erhebung von 1875/76 in der Herzegowina erhalten die Serben auch Hilfe italienischer Freiwilliger und finanzielle Hilfe der piemontesischen Regierung. 1885 erscheinen italienische Freiwillige aus Sofia in den Reihen der bulgarischen Kämpfe.

So leitet und begleitet Italien die neuen Balkanstaaten. In Italien finden diese neuen Nationen die ersten belebenden Kräfte und das Beispiel für ihre kulturelle und sonstige Aufbauarbeit.

Diese kurzen Betrachtungen einer Geschichte von zwei Jahrtausenden haben nicht nur den Wert unfruchtbarer Gelehrsamkeit. Sie dokumentieren die Stetigkeit der Kontakte und der gegenseitigen Einflüsse zwischen den beiden Halbinseln. Diese Kontakte erneuern sich in verschiedenen Zyklen über lange Zeitperioden mit öfters gleichwertigen Formen. Sie erscheinen deshalb nicht als ein Spiel des Zufalls, sondern sie sind die natürlichen Folgen von Bedingungen, Instinkten und dauernden Bedürfnissen der Völker. Sie beweisen auch, daß die italienischen Interessen auf balkanischem Gebiet und deren Ordnung nicht improvisiert sind oder den Ausdruck einer besonderen politischen Strömung darstellen, sondern einzig Gründe der Sicherheit und eines immer gegenwärtigen aufbauenden Willens in der nationalen Geschichte der italienischen Halbinsel sind hier richtungweisend.

Beinahe wie in einem geistigen Testament hat Venizelos, obgleich er ein großer Freund Englands war, in einer grie-

chischen Zeitschrift in Athen zum Ausdruck gebracht, daß alle Regierenden Griechenlands in der Außenpolitik sich immer an das überwiegende Interesse Italiens für das politische Problem des Mittelmeerbeckens erinnern müssen.

Der Zusammenstoß der Imperien

Die Politik der Großmächte auf dem Balkan drückt sich ausschließlich in einem Kampf um den Einfluß, in einem Manöver imperialer Interessen aus. Sie gibt vor, nur hohen Idealen zu dienen für die Verbrüderung der Stämme und für die christliche Solidarität. In Wirklichkeit ist sie nur bestrebt, Vormundschaften zu errichten, Besitz zu ergreifen und Anrechte aufzustellen unter Zurückdrängung anderer Nationen, in der doppelten Absicht politischer und wirtschaftlicher Herrschaft über das Balkangebiet und militärischer Herrschaft auf dem östlichen Mittelmeer. Dieses ist die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts bis in den Kern des Krieges von 1940 hinein. Ein Zusammengehen der Interessen und der politischen Bestrebungen zwischen den Balkanländern und den europäischen Großmächten ist also immer nur eine Zufallssache. Jede politische Handlung setzt immer die mehr oder weniger freiwillige Unterwerfung dieser Nationen unter die Wünsche der Großmächte voraus.

Großbritannien unterstützt die Türkei gegen Rußland, um sie als Wall gegen den Versuch Rußlands zu gebrauchen, aus dem Schwarzen Meer gegen das Mittelmeer auszubrechen. Es nimmt ihm jedoch die strategisch wichtigsten Gebiete fort. Rußland unterstützt die Balkanländer gegen die Türkei, um sich den Weg gegen Konstantinopel zu öffnen und nimmt einstweilen auch den Balkannationen Gebiete fort. Als das vereinte Italien entstanden war, war die britische und vor allem die französische Freundschaft für die Balkanvölker nur ein Mittel, Italiens Macht in der Adria und im östlichen Mittelmeer zu isolieren.

Diese Wahrheit findet ihre unmittelbare Bestätigung in den hauptsächlichsten Ereignissen der Balkangeschichte. Der Panslawismus ist eine internationale und demokratische Formel von der Art des Völkerbundes, mit der das Zarenrußland seine Expansionspolitik bemäntelt, die der Mitarbeit der slawischen Nationen auf dem Balkan bedarf.

Um die erste Erhebung der Serben zu unterstützen, kämpft Rußland zwischen 1809 und 1812 seinen ersten Krieg des

19. Jahrhunderts gegen die Türkei. Als es gegen Napoleon Front machen muß, überläßt es die Serben ihrem Schicksal, nimmt sich jedoch Bessarabien, das ihm als Weg in den Balkan dienen soll. 1821 unterstützt Rußland auch die rumänische Erhebung gegen die Türken in der Walachei und besetzt am Schluß die Mündung der Donau.

Der zweite russische Krieg gegen die Türkei wird von Nikolaus I. geführt, der den Traum hat, den großen Expansionsplan Peters des Großen und Katharinas II. zu verwirklichen. 1828 bewegen sich die russischen Heere unter dem Vorwand, den Griechen helfen zu wollen, durch Rumänien und über die Donau gegen den Sultan und marschieren auf Konstantinopel, wo sie jedoch von England und Frankreich angehalten werden. Der russisch-türkische Vertrag von Adrianopel von 1829 gibt den Serben und Rumänen begrenzte Freiheiten und den Griechen die Unabhängigkeit auf einem kleinen Gebiet, verleiht Rußland jedoch das militärische Okkupationsrecht und die Navigationsfreiheit in den Meerengen. Als jedoch 1832 das Heer des Ägypters Mehemet Ali auf Konstantinopel marschiert und dieses bedroht, greift Rußland zur Verteidigung der Türken ein. Es denkt sicher nicht daran, das Gebiet zu retten, sondern nur daran, es seinen imperialen Plänen zu erhalten.

Ein dritter russischer Krieg gegen die Türkei entwickelt sich. Die Russen geben wieder vor, im Sinne einer Befreiung der Balkanvölker zu wirken. In Wirklichkeit soll dadurch die schon erwähnte Konvention über die Meerengen zunichte gemacht werden, die von England inspiriert ist, 1841 in London unterzeichnet wurde und durch die die Durchfahrt zum Schwarzen Meer für jedes russische Kriegsschiff verboten wurde. 1843 marschiert also Rußland gegen die Türkei. Es stößt auf die feindselige französisch-britische Koalition, die mit Hilfe von 15 000 italienischen Kämpfern des Königreichs Sardinien den Krieg in das Schwarze Meer, in die Krim, hineinträgt. Die Russen werden bei Sebastopol geschlagen, und 1856 erfolgt der Friede von Paris, durch den Rußland der Weg nach Konstantinopel nicht nur auf dem Seewege, sondern auch auf dem Landwege durch Schaffung eines unabhängigen Rumänien versperrt wird.

Und so entsteht der neue Krieg Rußlands gegen die Türkei zur Befreiung aus der Gefangenschaft im Schwarzen Meer mit der scheinbaren Unterstützung der Balkanvölker. Für diesen Krieg verschafft sich Rußland eine diplomatische Voraussetzung. In der Konferenz zu London von 1871 erhält

es das Recht zugestanden, in der Türkei für die Durchführung der versprochenen Reformen zugunsten der christlichen Bevölkerung einzugreifen. 1877 läßt sich Rußland von Bulgarien, Serbien und Montenegro zu Hilfe rufen und gibt sich den Anschein, durch die Lage dieser Völker in den Krieg hineingezogen worden zu sein. Es marschiert von neuem auf Konstantinopel, wird aber bei Plewna aufgehalten. Mit neuen Kräften nimmt es den Aufmarsch wieder auf, und es gelingt ihm, den türkischen Widerstand zu brechen. Durch den Frieden von St. Stephan vom März 1878 wird die Unabhängigkeit Bulgariens als souveräner Staat durch Rußland geschaffen und die Unabhängigkeit Rumäniens bestätigt. Ferner erhält Rußland einige türkische Gebiete Asiens und einen Teil von Arabien, der 1856 abgetreten worden war. Rußland gibt sich den Anschein, Rumänien durch einen Teil der Dobrudscha zu kompensieren und schafft auf diese Weise dauernde Streitigkeiten zwischen Bulgarien und Rumänien, durch die der Friede und die Konsolidierung im Balkan verhindert wird und für Rußland die Tür zu neuen Eingriffen offenbleibt.

Unter dem britischen Einfluß versucht der Kongreß von Berlin im gleichen Jahre noch, ein der russischen Expansion hinderliches politisches System im Balkan aufzurichten. Alle die Fragen, durch die Zwietracht unter die Balkanvölker gebracht werden, bleiben jedoch ungelöst. Die Großmächte haben kein Interesse an einem Frieden und einer Ordnung in dieser unruhigen europäischen Ecke. Sie haben dagegen Interesse an der Unordnung für ihre Durchdringungsmanöver und für die Aufrichtung ihres Einflusses. Im Berliner Kongreß holt sich inzwischen Österreich Bosnien-Herzegowina und tut damit den ersten Schritt in seiner politischen Penetration gegen den Balkan. England nimmt Zypern, und Frankreich läßt sich die Anerkennung der freien Hand in Tunis geben.

Die Politik Österreichs im Balkan hat die gleichen Ziele wie diejenige Rußlands: auf dem direktesten Wege zum Mittelmeer zu gelangen, ohne die enge und unsichere Straße der Adria gebrauchen zu müssen. Aus diesem Grunde ist es beinahe eineinhalb Jahrhunderte lang entweder im Einvernehmen oder im Kampfe mit Rußland, je nach der Zeit und der Gelegenheit. 1768 besetzt Rußland im Kriege gegen die Türken die Moldau und Bessarabien. Vor den Toren Konstantinopels wird es jedoch durch Österreich aufgehalten, das ihm den Weg versperrt und inzwischen 1775 die Bukowina

besetzt. Im September 1885 annektiert Bulgarien Ostrumelien. Rußland widersetzt sich. Es fürchtet vor allem eine Vergrößerung Bulgariens, die seinen Vormarsch von Osten her versperren könnte. Auch Österreich widerspricht, da es hierin ein Hindernis für seinen Vormarsch von Norden her sieht. Zwischen den beiden Reichen herrscht ein stillschweigendes Einvernehmen gegen das slawische Land. Österreich entfesselt den Krieg der Serben gegen Bulgarien zu dem Zwecke, die Kräfte beider Kämpfenden zu zerstören und einen jahrzehntelangen Zwist zwischen ihnen zu schaffen, der seiner Politik förderlich ist. Bei Beginn des Krieges zieht Rußland alle seine Offiziere zurück, die das bulgarische Heer ausgebildet und organisiert hatten. Bulgarien jedoch gewinnt den Krieg, aber Österreich hält Bulgariens Siegeslauf auf.

Am Anfang des 20. Jahrhunderts besitzen Österreich und Rußland die Vorherrschaft auf dem Balkan. Trotzdem sie in ihren politischen Bestrebungen und in ihren Einflußgebieten Rivalen sind, verständigen sich die beiden Reiche, um sich gegenseitig zu bewachen und ihre gegenseitigen Handlungen abzugrenzen. Auch Rußland braucht den Frieden im Balkan, weil es sich auf den Krieg gegen Japan vorbereitet. Es kommt deshalb zu der Verständigung von Mürzsteg vom 22. Oktober 1903, die ihren unmittelbaren Anlaß aus den blutigen mazedonischen Kämpfen, vor allem aber aus der Erhebung der Bulgaren schöpft. Eine internationale Gendarmerie wird geschaffen und der Türkei ein Reformplan für die christliche Bevölkerung Mazedoniens und Altserbiens aufgezwungen. Dieser Verständigung lag wohl auch eine Vereinbarung Österreichs und Rußlands für eine Aufteilung des Balkans zugrunde.

Italien bleibt hier ausgeschlossen und wird nur vor vollendete Tatsachen gestellt. Die großen imperialistischen Staaten bekämpfen sich zwar oft auf Grund ihrer gegensätzlichen Bestrebungen, sie sind jedoch immer bereit sich zu verständigen, wenn es gilt, die Interessen und die Rechte der anderen Nationen auszuschalten. Dies ist die Geschichte der russischen und österreichischen, britischen und französischen Politik. Italien möchte man einen Trostpreis geben, indem man ihm das Kommando der Gendarmerie überträgt, die man jedoch der Autorität zweier Zivilkommissare, natürlich eines Österreichers und eines Russen, unterstellt. Italien hat jedoch nunmehr das Bewußtsein seiner Interessen und seines Gegenwartsrechtes auf dem Balkan, und es weigert sich, aus

der Balkanpolitik der europäischen Großmächte ausgeschlossen zu werden. In dem Vertrag von Abbazia vom 8. April 1904, der zwischen den italienischen und österreichischen Außenministern Tittoni und Goluchowski abgeschlossen wurde, wird die Unverletzlichkeit Albaniens auch im Falle eines Verschwindens des türkischen Reiches festgelegt.

Die Mächte sind bereit, sich gegenseitig zu betrügen, auch nach der Verständigung. Während des russisch-japanischen Krieges versucht Österreich einen Einmarsch in den Balkan, stößt jedoch auf das Entstehen eines Verteidigungsbündnisses der Balkanvölker. Österreich trachtet nach der Herrschaft. Es läßt sich von den Mächten sozusagen ein Mandat für die angebliche Befriedung des Balkans geben, was die gebräuchliche Irreführung darstellt zur Besetzung fremder Gebiete zu imperialistischen Zwecken. 1906 verlangt es ein Präferenzhandelsabkommen mit Serbien. Ein Jahr später macht es den Versuch, die italienischen Pläne einer transbalkanischen Eisenbahn von Westen nach Osten, von der Adria bis zu den Donauländern am Schwarzen Meer, zu vereiteln, deren Bau durch Inangriffnahme des ersten albanischen Abschnittes Durazzo-Elbassan eben begonnen wurde, und stellt diesem seine Pläne einer Verbindung von Norden nach Süden, gegen Saloniki, gegenüber.

Die Aktion Italiens wird im Balkan wie auch im Mittelmeer immer entschlossener, je mehr der Prozeß seiner nationalen Verdichtung und damit einer aktiven Fähigkeit seiner Außenpolitik fortschreitet. Am 3. September 1908 erklärt Österreich, ohne vorher Italien zu benachrichtigen, die Annexion von Bosnien und Herzegowina. Diese Tat zerstört das Einverständnis der an dem Status quo auf dem Balkan interessierten fünf Mächte, der im Berliner Vertrag von 1878 festgelegt war. Sie ist ein Schlag gegen Serbien und gegen Rußland in seiner Rolle als dessen offizieller Beschützer, und bringt die Gefahr eines europäischen Krieges mit sich. Da Rußland jedoch unfähig ist, einem solchen Kriege mit genügenden Kräften zu begegnen, ist sie bald wieder vorüber. Das unsichere Gleichgewicht des Balkanfriedens ist aber nunmehr gestört. Mit 1908 beginnt die akute Phase der neuen Balkankrise. Der Krieg Italiens gegen die Türkei um Lydien läßt diese Krise heranreifen und führt bald zum ersten Balkankrieg von 1912.

Ohne Zweifel wird dieser Befreiungskrieg der Balkanvölker durch die militärische und politische innere Unordnung der Türkei, die eine Folge des italienischen Sieges ist, geför-

dert. Er wird auch gefördert durch die vor allem von Italien veranlaßte Versöhnung zwischen den Serben, den Montenegrinern, den Bulgaren und den Griechen. Der Krieg hat seine Grundlage in der Politik und Haltung Italiens, das sich noch einmal als offener und von gutem Willen beseelter Freund der Balkanvölker und einer Verständigung unter ihnen zeigt. Frankreich dagegen zeigt sich feindselig. Am 5. Oktober 1912, d. h. fünf Tage nach Beginn der allgemeinen Mobilmachung in den Balkanländern, greift Poincaré durch eine Erklärung ein, die die Aufrechterhaltung des Status quo fordert. Aus verschiedenen Gründen stehen auch Rußland, Großbritannien und Österreich auf der Seite Frankreichs gegen den Befreiungskrieg der Balkanvölker. Rußland und England wollen keine gebietsmäßigen und politischen Änderungen in der Nähe Konstantinopels und der Meerengen. Österreich will nicht die Entstehung vergrößerter und starker Balkanstaaten, die fähig wären, seinen Weg gegen das Ägäische Meer zu sperren.

Diese Politik der Großmächte, die der italienischen entgegengesetzt ist, bildet einen der Gründe des zweiten Balkankrieges. Der Zwiespalt zwischen Bulgaren, Serben und Griechen hätte noch durch ein Schlichtungsverfahren seitens Rußlands beigelegt werden können. Die Balkanländer jedoch verlangen dies nicht, und Rußland bietet es nicht an. Rußland fürchtet die bulgarische Scheidewand vor Konstantinopel. Österreich erwartet aus dem Zusammenstoß die Vernichtung Serbiens. Frankreich hat ein Interesse daran, die Balkanvölker in Zwietracht und schwach zu halten. So erklärt sich nach den großen Siegen des ersten Krieges Bulgariens Niederlage im zweiten Kriege, nachdem es zunächst die gebietsmäßige Vorherrschaft erlangt hatte.

Entgegen der Erwartung Österreichs tritt Serbien vergrößert aus dem neuen Waffengang hervor. Die Politik Wiens beginnt ihr Spiel gegen Serbien. Sie versucht, dem russischen Panslawismus einen neuen Habsburgischen Panslawismus entgegenzusetzen, indem es den Gedanken eines Zusammenschlusses der slawischen Stämme im Süden, einschließlich Serbiens, zu einem neuen, unabhängigen Staat fördert, der wie Ungarn der Kaiserkrone unterstehen sollte. Mit diesen Bestrebungen schickt Österreich die Slawen auch in die adriatischen Gebiete vor und versucht die dort ansässigen Italiener zu slawisieren.

Kaum hat der zweite Balkankrieg durch den Vertrag von Bukarest sein Ende gefunden, nehmen die Großmächte ihre

Intrigenpolitik wieder auf. Österreich sieht mit Neid die steigende Kraft Serbiens. Rußland ist unzufrieden mit der serbisch-griechisch-rumänischen Verständigung, die eine stillschweigende Koalition gegen russische Interessen zu sein scheint und jedenfalls einen Zustand darstellt, der den nie aufgegebenen Plänen auf Konstantinopel und das Mittelmeer hinderlich ist. Frankreich, der Verbündete Rußlands, steht auf der Seite der Slawen, da es sie als gegen Italien feindselig eingestellt ansieht, und aus dem gleichen Grunde unterstützt es auch Österreich. Im August 1913 bereitet schon die österreichische Regierung den Krieg gegen Serbien vor und bittet um die italienische Mitarbeit dazu. Italien schlägt rundweg ab. Der Außenminister di Sangiuliano erklärt, daß der vom Bündnisvertrag vorgesehene *Casus foederis* nicht vorliegt. Aus diesem Grunde richtet am 23. Juli 1914 Österreich sein Ultimatum an Serbien, nachdem es den Krieg vorbereitet hatte, ohne Italien hiervon vorher zu benachrichtigen.

Die Balkanereignisse des Weltkrieges sind bekannt. Sie enthüllen die gegensätzlichen Interessen der Großmächte und bestätigen die feindselige Haltung Englands und Frankreichs gegenüber Italien.

Die Landung der Alliierten in Saloniki, um eine Operationsbasis gegen Mazedonien aufzurichten, vollzieht sich unter dem stillen Widerstand Griechenlands. Zu seinem größten Teil ist Griechenland den Alliierten gegenüber feindselig eingestellt und will wenigstens die Neutralität, wenn nicht gerade das Bündnis mit den Zentralmächten. Trotzdem tritt es an der Seite der Alliierten in den Krieg ein, durch Gewalt mitgerissen unter dem Druck der Landungen und der Wirtschaftsblockade und nach Entfernung des Königs Konstantin, der zur Abdankung gezwungen wird. Am Ende des Krieges wird es von Großbritannien und Frankreich gegen Italien aufgehetzt. Das serbische Heer wird zum größten Teil von der italienischen Marine gerettet, die unter schwierigsten Verhältnissen den Transport von der albanischen Küste nach Korfu durchführt. „Es begleiten euch, italienische Matrosen“ — so schreibt der serbische Kommandant — „die Dankbarkeit und die Glückwünsche ganz Serbiens, das auf euren Schiffen heute seine Wiedergeburt erlebt zur Erringung seines heiligen Rechtes auf Unabhängigkeit.“ Frankreich jedoch verzichtet nicht darauf, sich alle Ehre dieser Rettung zuzulegen und läßt die Serben die italienische Tat und die versprochene Dankbarkeit vergessen.

Der Friede von 1919 findet die Verteilung der auf dem

Balkan anwesenden Großmächte sehr verändert. Österreich ist verschwunden. Die Türkei hat sich beinahe völlig auf Asien zurückgezogen. Rußland ist nicht anwesend wegen der inneren Erschütterungen seiner Revolution. Auf dem Balkan haben sich dagegen die Staaten Rumänien, Jugoslawien und Griechenland vergrößert. Sie müssen schwierige innere und äußere Probleme meistern, die sich aus der Notwendigkeit einer wirklichen politischen Einheit ihrer verschiedenen Teile ergeben, aus den Aufgaben des Aufbaues ihres staatlichen Gefüges und aus der Schwierigkeit der Behandlung der zahlreichen und einflußreichen Minderheiten, die sich dem neuen Regime nicht anbequemen wollen. In diesen Staaten entstehen neue imperialistische Bestrebungen, die sich naturgemäß von Anfang an der imperialen Politik Englands und Frankreichs anschließen, die sie am Verhandlungstisch vor allem aus Selbstsucht zum Entstehen gebracht hatten.

Diese imperialistischen Bestrebungen der Balkanvölker erscheinen zu einer günstigen Stunde. Schon in der letzten Phase des ersten Balkankrieges spricht man nicht mehr von der Befreiung der Christen und der politischen Einheit ihrer nationalen Kerne, sondern man zielt auf weitere und willkürlichere Eroberungen ab. Die Montenegriner belagern und besetzen die albanische Stadt Skutari. Die Serben marschieren auf Durazzo und unterdrücken die albanischen Stämme, die die Berge um Üsküb herum und die anderen besetzten Gebiete bevölkern. Die Griechen operieren in den südlichen Teilen Albaniens und besetzen Santi Quaranta und Gianina. Dann wollen die Serben und die Griechen eine gemeinsame Grenze haben. Um dahin zu gelangen, fordern sie die Aufteilung von ganz Mazedonien unter sich, das durch die Verträge von 1912 Bulgarien zugesprochen war.

Diese Ausbreitungsgelüste dauern bis zur Schwelle des europäischen Krieges an. Im Oktober 1913 hatte der Botschafterrat gegen die großen Forderungen Griechenlands kaum die Südgrenze Albaniens festgesetzt, als die Serben schon im Norden die albanischen Gebiete von Giacova und Dibra für sich in Anspruch nehmen und mit ihren Truppen bis zu der albanischen Küste vordringen. Sie werden von Rußland und Frankreich unterstützt und von Österreich aufgehalten, das mit einer Note eingreift, die beinahe ultimativen Charakter trägt.

Es ist natürlich, daß dann diese imperialistischen Bestrebungen im Feuer des Weltkrieges neu aufflackern, da die Kämpfe im Balkan ein kleiner Abschnitt dieses Krieges sind

und die Absichten der herrschenden Strömungen widerspiegeln. Griechenland nimmt noch nicht am Kriege teil, aber schon vom August 1914 an dringt es mit seinen Truppen im südlichen Gebiet Albaniens bis beinahe zu den Toren von Valona vor und veranlaßt im Dezember des gleichen Jahres die italienische Besetzung dieses albanischen Hafens, um die Integrität Albaniens zu retten. Im Juni 1915 besetzt Montenegro von neuem Skutari. Serbien besetzt Tirana und Elbassan. 1916 ruft die griechische Kammer die Annexion des oberen Epirus aus, der völlig von Albanern bewohnt ist, nachdem die Banden der hellenischen Irregulären, die Hierolochien, dort alles verwüstet hatten. Später, im August 1923, ermorden die gleichen Banden auf der Straße von Kakavia General Tellini, den Chef der internationalen Mission zur Festsetzung der politischen Grenzen Albaniens.

Die Expansionspläne entpuppen sich im Augenblick des Friedens als noch ehrgeiziger. Durch sie werden in vielen Teilen des Balkans die gleichen Probleme geschaffen wie durch das Versailler System im Donauraume und in Osteuropa. Serbien z. B. beansprucht nicht nur Dalmatien, sondern auch Fiume, Istrien und sogar Triest sowie die Gegend um Görz herum. Italien hätte auf diese Weise seine 680 000 Tote nur verloren, um Jugoslawien durch italienische Gebiete zu vergrößern. Serbien beansprucht auch das deutsche Gebiet von Klagenfurt, das magyarische Baranya, das zum Teil rumänische Banat und das albanische Skutari. Frankreich ermutigt durch seine Agenten und begleitet durch seine Diplomatie diese Bewegung, die wie in Polen und in der Tschechoslowakei einen großen Wall gegen Italien und Deutschland bilden sollte.

Das Versailler System vereinigt also die Politik der beiden imperialen Demokratien mit den im Werden begriffenen imperialistischen Bestrebungen einiger Balkanländer, die in ihrem Bedürfnis nach Geld, Nachschub und Verteidigung ihrer kühngezogenen Grenzen natürlich die Hilfe der Alliierten suchen und sich deren Politik mitunter unbewußt anpassen.

Die Ziele Frankreichs und Englands im Balkan zeigen sich deutlich schon seit 1919: Errichtung neuer Flottenstützpunkte und Erschließung neuer Menschenreservoirs zur militärischen Rekrutierung in Verteidigung ihrer europäischen Politik und vor allem ihrer Gegenwart im Mittelmeer. Das weitere Ziel war, die politische und militärische Einkreisung Italiens zu vollenden und der natürlichen wirtschaftlichen Expansion der deutschen Nation ihren Weg zu versperrern.

Oft werden diese Ziele entgegen den Interessen der Balkanländer, ihrer geopolitischen Lage und ihrer wirtschaftlichen Belange aufgestellt. Typisch ist hier der Fall Jugoslawien, das von Frankreich gegen Italien aufgehetzt und von England in den Sanktionskrieg verwickelt wird, wodurch ohne Gegenleistung sein blühender Handel mit Italien zum Stillstand kommt. Gegen eine nicht bestehende italienische Gefahr wird es gezwungen, seine Häfen und Stützpunkte zur Verfügung zu stellen.

Typisch ist auch der Fall Griechenlands, das von der Politik Großbritanniens beherrscht wird. Mit seinen zerklüfteten Küsten und seinen Inseln bietet Griechenland natürliche und zahlreiche Schlupfwinkel für den Nachschub von Schiffen aller Größen. In seiner geographischen Lage kann Griechenland wichtige Kontrollfunktionen ausüben. Kreta z. B. kann zur Bewachung des Suezkanals dienen. Zusammen mit Zypern kann es der Wachtposten des östlichen Mittelmeeres sein. Unter dem Vorwand, seine nationalen Interessen zu verteidigen, versucht also England, Griechenland in sein Flottenstützpunktsystem einzureihen. Es ermuntert seine Sucht zur Größe, die große imperiale Idee, die es von der Errichtung eines hellenischen Staates von Adrianopel bis zu der Mündung des Semen am Schwarzen Meer und in Kleinasien träumen läßt, und hetzt es gegen Albanien und dann gegen die Türken auf, was zur Niederlage von Smyrna führt. England versucht auch die Kontrolle der inneren Politik in Griechenland zu erhalten. Als 1920 König Alexander stirbt, beginnt in Griechenland von neuem der Kampf nicht nur zwischen dem Herrscherhaus und Venizelos, sondern auch unter den Parteien, die eine verschiedenartige Außenpolitik wünschen; die einen für England, die anderen für Deutschland. Die Regentschaft mit Conduriotis ist gegen Venizelos. In den Wahlen des 14. November 1920 wird Venizelos geschlagen und verschwindet. Mit ihm erleidet auch die britische Tendenz eine Niederlage. König Konstantin wird am 19. Dezember zurückgerufen. Er stößt sofort auf die offene Opposition Englands und muß im September 1922 abdanken. Nach dem Frieden von Lausanne setzen sich wieder englandfreundliche Strömungen durch. Während der Sanktionszeit hat somit England einen griechischen Hafen für seine gegen Italien zusammengezogene Marine zur Verfügung. 1939 kann England Griechenland eine einseitige Garantie aufzwingen, die es nicht zu verlangen scheint und die nur gegen Italien gerichtet ist.

Inzwischen tritt auch die Anglikanische Kirche in Aktion, um die Griechische Kirche unter ihren direkten Einfluß in Form einer Verschmelzung zu bekommen. Die Konferenzen von Losain, von Stockholm und späterhin von Oxford im Jahre 1937 lassen dies klar erkennen.

Nicht minder bezeichnend ist der Fall der Türkei. Die Türkei dient England als eine Brücke von Europa nach Asien. Sie ist die Eingangspforte und der Riegel des Schwarzen Meeres, und sie spielt eine Rolle als östliche Küste des Mittelmeeres. Solange es kann, versucht England die Türkei waffenlos zu halten und sie durch Griechenland zu ersetzen, das von England in das tollkühne Unternehmen Kleinasiens hineingejagt wird. Die türkische nationale Reaktion und der Krieg Kemal Paschas gegen die Griechen 1920/22 stoßen gegen die aufeinanderfolgenden Schutzmauern des britischen und französischen Widerstandes. Als im Herbst 1922 die Türken nach Mudania am Marmarameer gelangen und in Begriff stehen, den endgültigen Schlag gegen die Griechen zu führen, finden die Türken auch 25 000 britische und 10 000 französische Soldaten gegen sich. Sie müssen die Aktion abbrechen und den Frieden annehmen, der daraufhin durch den Vertrag von Lausanne am 24. Juli 1923 abgeschlossen wird. Unter den Großmächten hat nur England einen Nutzen von diesem Krieg. Es nimmt sich das Wilajet von Mossul, das wegen des Ölvorkommens sehr wertvoll ist und eine Schlüsselstellung darstellt, von der aus alle dem britischen Einfluß unterstehenden arabischen Gebiete kontrolliert werden können.

Als Reaktion auf die feindselige britische und französische Politik wendet sich die Türkei an Sowjetrußland. Ihr Nichtangriffspakt von 1925 mit der Regierung von Moskau stellt eine jahrhundertealte Geschichte der Rivalität auf den Kopf und läßt die Politik beider Länder bezüglich der Meerengen parallel gehen. Die Krönung erfolgt durch die Konvention von Montreux. Nachdem England nunmehr die Haltlosigkeit der Griechen und die Kraft der Türken erkannt hat, versucht es seinen Einfluß über die Türkei wiederzugewinnen und sich an Rußlands Stelle zu setzen. Es manövriert zuerst mit dem Pfund. Der erste Fünfjahresplan wirtschaftlicher Autarkie wird mit russischer Hilfe eingeleitet. Die Russen gewähren eine Anleihe von 10 Millionen Dollar zur Anschaffung russischer Maschinen. Bei dem zweiten Jahresplan, der nach 1937 beginnt, steht England mit einer Anleihe von 3 Millionen Pfund an erster Stelle.

Der Finanz folgen die Diplomatie und die Admiralität. Nachdem auch die Türkei sich zu den Sanktionen gegen Italien hergegeben und zu diesem Zwecke England die stillschweigende Benutzung eines Hafens gewährt hat, gelingt es der britischen Regierung, mit der Regierung von Ankara das politische und militärische Geheimbündnis von 1939 abzuschließen, durch das Deutschland und zum Teil auch Rußland der Weg versperrt und vor allem durch das System der türkischen Küsten die französisch-britische Einkreisung Italiens im östlichen Mittelmeer vervollständigt werden soll.

Von der Türkei aus dringt die wirtschaftliche Durchdringung Frankreichs und vor allem Englands über den ganzen Balkan bis zur Donau. Es ist klar, daß sie nur ein direktes politisches Mittel darstellt zur wirtschaftlichen Isolierung Deutschlands und Italiens. Auf dem Balkan bestehen keine natürlichen Stützpunkte für einen dauernden und aktiven Handel Englands und Frankreichs. Die Produktion des Balkans ist vor allem landwirtschaftlicher Natur. Frankreich genügt sich selber in der Landwirtschaft. England muß den Märkten der Dominions den Vorzug geben. Während der Sanktionen haben die beiden imperialen Demokratien der Ausfuhr der Balkanländer nach Italien große Verluste zugefügt. Sie haben sie dagegen in keiner Weise durch eigene Aufkäufe entschädigt, trotz der politischen Zweckmäßigkeit und der moralischen Pflicht. Die Statistiken beweisen die Armut des Austausches zwischen dem Balkan, England und Frankreich.

Der britisch-französische Eingriff in die Balkanwirtschaft, der 1939 durch eine plötzliche Fluidität der Kredite an die verschiedenen Länder seinen Anfang nahm, hat nur einen Zweck: die Kräfte einer Handelsexpansion Deutschlands und Italiens nebst deren Interessen und Einflüssen zu bekämpfen. Es ist gar kein Zweifel, daß dadurch die nationalen Interessen der Balkanländer nur Schaden erleiden. Die Produktion dieser Länder soll blockiert werden, um sie dem traditionellen Verbrauch der großen Nachbarländer zu entziehen. Dadurch ergeben sich spekulative Momente, die noch einmal die an und für sich schon schwierige Natur und den Rhythmus der Balkanwirtschaft verändern. Dadurch wird die Politik der Balkanländer kompromittiert. Diese können nicht einen einzigen Augenblick über den wahren Charakter dieser unnatürlichen Kampfhandlungen der imperialen Demokratien im unklaren sein. Der Friede und die Ordnung im Balkan werden dadurch gestört.

Dieses Bestreben nimmt 1940 eine greifbarere Form an durch die große britische Handelsgesellschaft „Ecco“, die zu dem Zwecke errichtet wurde, die Produktion des ganzen Balkans zu übernehmen. Die Gesellschaft wird vom Staat finanziert und scheut keinerlei Kosten. Sie ist lediglich ein Kriegsinstrument der britischen Regierung. Sie ist ein neues Mittel zur Wirtschaftsblockade, von einer Bankhegemonie eines großen Reiches und in Abhängigkeit der politischen und militärischen Vorherrschaftsbestrebungen geleitet. Dadurch können die Länder nur in neue Gefahren gestürzt werden, wenn sie den verlockenden Versprechungen Folge leisten und sich zu Angriffszwecken einspannen lassen.

So operieren England und Frankreich im Balkan, um diesen durch eine künstliche Trennung von Deutschland und Italien loszulösen. Unter dem Vorwand, zur Verteidigung der Balkanländer beizutragen, sind sie nur bestrebt, sie ihren Interessen zu unterwerfen und ihren imperialistischen Plänen zu verpflichten.

Die Politik Italiens

Gibt es wirklich eine Gemeinschaft der Balkanländer, besteht wirklich eine nicht nur formelle Abhängigkeit der Balkanstaaten gegenüber den europäischen Großmächten? Man erkennt die Existenz einer Balkanentente, die zu jeder politischen Saison ihre äußeren Lebenszeichen erneuert. Es ist auch von einem Balkanblock gesprochen worden. In Wirklichkeit hat die innere Politik sämtlicher Balkanländer noch keine greifbaren Formen angenommen in der schweren Aufgabe des nationalen und wirtschaftlichen Aufbaues der neuen Staatskonstruktion. Man kann deshalb noch nicht an eine internationale politische Gemeinschaft denken, in der sich die wahren Interessen sämtlicher Balkanländer vereinen.

Gegen eine solche Gemeinschaft wirkt noch immer die innere Spaltung. Die komplizierten und heiklen Minderheitenprobleme sind wohl bekannt. In Griechenland wohnen Albanier und Bulgaren, in Jugoslawen Deutsche, Magyaren, Bulgaren, Albanier, Rumänen und Italiener. In Rumänien gibt es Magyaren und Bulgaren. Die Blüte der politischen Parteien und Gruppen, die heute in mehr als einem Lande durch die gesunde Reaktion autoritärer Staatsformen unterdrückt worden ist, hat diese Probleme noch weiter zugespitzt. Die politischen Parteien sind ihrem Ursprunge nach

soziale Klassen. In den Balkanländern gibt es im allgemeinen noch nicht wirklich getrennte soziale Klassen. Die lange türkische Herrschaft hat die Bevölkerungen ausgeglichen. Die spärliche Entwicklung der Industrien, des Handels und der Finanzen hat nur in wenigen Gebieten die soziale Einheit aufgespalten.

Die langen geschichtlichen Trennungen haben jedoch auch unter den verwandten Stämmen eine Trennung der Geister, der Gebräuche und der Beschäftigung durchgeführt, die nicht weniger bemerkbar sind als die der nationalen Individualität. Dies ist der Fall in Jugoslawien. Die Überweisung der Kroaten in das jetzige Königreich Jugoslawien schien am Anfang das Natürlichste zu sein, weil es ein einfaches Mittel darstellt, um sich dem harten Schicksal der besiegten Staaten Österreich und Ungarn zu entziehen, in denen sie seit Jahrhunderten gelebt hatten. Kroatien besinnt sich jedoch bald auf sich selbst. Seine dauernden Bestrebungen zu einem Bundesstaatsystem für Jugoslawien, das sofort schon nach der politischen Vereinigung in einer nationalen Versammlung der Kroaten und Slowenen in Agram zum Ausdruck gebracht wurde, bildet den Beweis seines Eigenbewußtseins. Die Serben stellen dem 20 Jahre lang ein gegensätzliches Regime entgegen, ein zentralisiertes Staatssystem mit einer Tendenz zur serbischen Vorherrschaft. Dieser Einfluß der geschichtlichen Trennung wird durch die religiöse Trennung noch vertieft. Gegenüber einer serbisch-orthodoxen Bevölkerung von 48 Prozent gibt es eine kroatische und slowenische katholische Bevölkerung von 38 Prozent. Dazu kommt die mohammedanische Minderheit, die zum Teil serbisch spricht, jedoch die Autonomie ihrer Kirche und ihrer Sitten verteidigt. Die religiösen Kämpfe unter diesen verschiedenen Zweigen werden zu politischen Kämpfen im staatlichen Sinne. Dies wird bewiesen durch die Konflikte, die in Belgrad und Sarajevo durch die Opposition gegen das Konkordat entstanden, das 1937 von der jugoslawischen Regierung mit dem Vatikan abgeschlossen worden war. Es geschieht dann auch, daß außerhalb der politischen Kämpfe auf kulturellem Gebiet die Individualität der Stämme verschärft und verteidigt wird. 1860 gründet der kroatische Bischof von Agram, Stroßmayer, eine „Jugoslawische Akademie der Wissenschaft“. Es ist das erste Mal, daß ein jugoslawischer Gedanke solche genaue und ausdrucksvolle Form in einer offiziellen Bezeichnung findet. 1919 erfolgt die Union. Die Serben denken vor allem daran, die serbische Akademie zu

entwickeln, die eine Zierde der Hauptstadt darstellen soll. Wenige Jahre vorher hatten die Slowenen eine slowenische Akademie gegründet. Daraufhin ändern die Kroaten den Namen ihrer Akademie und bezeichnen sie nicht mehr als jugoslawisch, sondern als kroatisch.

Groß jedoch sind vor allem bei den Balkanstaaten die äußeren Spaltungen, so in erster Linie die der Rassen. Die Balkanvölker sind ihrem Ursprung und ihrer anthropologischen und geistigen Art nach völlig verschieden. Die Griechen sind am heißen Meer zur Welt gekommen. Die Slawen stammen zum großen Teil aus den kalten Bergen. Die Türken und Bulgaren kommen aus den Steppen. Die Rumänen sind ein Kreuzungsprodukt mit den Lateinern der italienischen Halbinsel. Trotz ihres seit 20 Jahrhunderten dauernden Zusammenlebens in unmittelbarer geographischer Nähe und eines jahrhundertelangen einheitlichen politischen Regimes haben die verschiedenen Balkanrassen ihre Eigenart beinahe völlig in Übereinstimmung mit den entgegengesetzten Ursprungstypen beibehalten. Byzanz an der Peripherie gelingt es nicht, einen absorbierenden und vereinheitlichenden Einfluß über denjenigen der Kirche hinaus aufzustellen, und auch die Kirche spaltet sich in verschiedene nationale Kirchen auf. Noch weniger Einfluß hat die darauffolgende Herrschaft der Türken. Ihr Islam dringt kaum bis zu einigen Bruchteilen der Bevölkerung durch, die, öfters durch Gewalt, zwar die äußeren Formen der Kirche annehmen, jedoch nicht ihre Sprache und ihre nationale Individualität verlieren.

Die Friedensverträge der Balkankriege von 1912 bis 1913 und des ersten großen europäischen Krieges mit den neuen politischen Grenzen und den neuen Minderheitenfragen können diese Spaltungen nur erhöhen, statt Frieden zu schaffen. Vor allem ist hier das Problem Bulgariens bekannt. Sein Dobrudschagebiet, das zum großen Teil bulgarisch ist, fällt an Rumänien. Die bulgarischen Teile Mazedoniens werden unter Serbien und Griechenland aufgeteilt. An Serbien fällt auch aus strategischen Gründen das zum großen Teil bulgarische Gebiet zwischen Strumica und Zaribrod. Paragraph 48 des Vertrags von Neuilly verpflichtet die alliierten und assoziierten Großmächte, Bulgarien einen freien wirtschaftlichen Ausgang zum Ägäischen Meer zuzusichern. Als solcher Ausgang wird von Venizelos selbst der Hafen von Dedeagac festgelegt. Diese Verpflichtung wird durch den Vertrag von Sèvres vom 10. August 1920 bestätigt, jedoch bald vergessen. Griechenland macht keine Konzession. England,

das aus den schon bekannten Gründen die Vormundschaft über die griechischen Küsten übernimmt, verteidigt deren Unantastbarkeit gegen die Verträge selbst.

Unter den Balkanstaaten besteht auch die religiöse Spaltung. Zum Unterschied von der Kirche Roms, die universal über allen Nationen steht, wird die orthodoxe Kirche von Byzanz recht bald von den Nationen unterworfen; sie wird national, ja sogar nationalistisch. Um noch besser die eigene Rassenautonomie zu behaupten, verlangt jedes Volk eine kirchliche Autonomie und seinen eigenen nationalen Klerus. In dem Kampf zwischen den Balkanvölkern identifiziert sich die nationale Individualität zum großen Teil mit der religiösen und der geistlichen Eigenart. Hieraus entstammt die Gewohnheit, den nationalen Zwisten den Charakter eines Kirchenkonfliktes zu geben.

Zuletzt hat man die Aufspaltung der wirtschaftlichen Interessen. Verschieden in den Rassen, sind die Balkanstaaten in der Wirtschaft ähnlich, die noch hauptsächlich auf der Landwirtschaft beruht. Diese Ähnlichkeit vernichtet natürlich die Möglichkeit eines größeren Austausches.

Man sieht also nicht die Voraussetzungen für eine wirkliche Solidarität der Balkanvölker, für das Bilden eines einzigen Generalnenners ihrer nationalen Interessen und ihrer politischen Unabhängigkeit. Die Geschichte des 19. und des 20. Jahrhunderts ist hierfür übrigens ein lebendiges Beispiel. Unter den Stämmen des Balkans gibt es eine geistige Gemeinschaft nur in der Auflehnung gegen die türkische Herrschaft. Kaum ist die politische Freiheit erkämpft, so beginnen die christlichen Völker den nationalen Kampf für die ungewissen ethischen Grenzen und für eine ehrgeizige Ausbreitung. 1912 entsteht eine Balkanliga für den neuen Krieg gegen die Kirchen. Der Krieg ist noch nicht zu Ende, und schon beginnt der Wettstreit, der seinen Niederschlag in dem zweiten Balkankrieg findet, der nunmehr unter den christlichen Staaten ausgetragen wird.

Der europäische Krieg findet auch die Balkanstaaten getrennt und feindselig gegeneinander eingestellt. Türkei und Bulgarien, die früheren Rivalen, schließen sich im Bündnis mit den Zentralmächten zusammen. Serbien nimmt am Entente-Krieg auf Grund der stillschweigend gewährten russischen Hilfe teil. Griechenland will neutral bleiben und versucht dem englischen Druck standzuhalten. Rumänien tritt erst 1916 in den Krieg ein, ermuntert durch die Siedler Ita-

liens und durch die französischen Versprechungen. Der Friede von 1919 findet die Balkanländer wiederum getrennt. Bulgarien trennt sich von der Türkei und sucht Annäherung an Serbien, das sich einigermaßen durch selbständige Initiative von der Balkanliga löst, in die die Türkei eingetreten ist.

Die Verständigungen der Balkanvölker untereinander haben nur negativen Wert. Dadurch werden keine der grundsätzlichen Balkanprobleme gelöst. Sie entsprechen auch nicht der Wirklichkeit des Bewußtseins und den dauernden Interessen der verschiedenen Balkanstaaten. Sie sind nur Formen vorübergehender Begegnungen, die in besonderen Augenblicken der Balkangeschichte entstanden sind. Dagegen können sie ein Instrument für eine Großmacht darstellen, wie auch alle die anderen europäischen Gruppierungen, die nach 1919 um das Versailler System herum erschaffen oder erdacht worden sind. Die Balkanliga, die am 9. Februar 1930 in Athen nach vier Jahren mühseliger Verhandlungen gegründet worden war, hat diesen typischen Charakter. Sie ist vor allem bestrebt, eine Revision des Vertrags von Neuilly zu verhindern und Bulgarien zu isolieren. Sie ist eine Fortsetzung der Kleinen Entente und vervollständigt deren antideutsche und antiitalienische Funktionen. Die Balkanliga ist auch von Frankreich inspiriert. Sie erscheint also nicht in ihren Grundzügen und in ihren Bestrebungen als der Ausdruck einer authentischen Solidaritäts- und Unabhängigkeitspolitik der Balkanländer, die ihr den Namen geben.

Die gegenwärtige Evolutionsphase der Balkanländer bringt sie zu einem dauernden Kompromiß zwischen ihrem nationalen Stolz und der Notwendigkeit der Hilfe der europäischen Großmächte. Die Hilfe ist finanzieller Natur für die Bedürfnisse des staatlichen Aufbaues, der Rüstungen und der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Entwicklung und dient den ehrgeizigen Ausdehnungsgelüsten und der Verteidigung der Grenzen, die in mehr als einem Punkte unter den Balkanländern selbst strittig sind. Die Hilfe jedoch wird oft gegen eine mehr oder weniger vertraglich festgesetzte Gegenleistung gewährt, die in einem Eingehen auf die politischen Bestrebungen der betreffenden Großmächte besteht. Die vergangenen und gegenwärtigen Beispiele sind hier sehr vielsagend. In der Illusion, seine Unabhängigkeit besser vor der Last solcher Freundschaften bewahren zu können, hat das eine oder das andere Land, wie z. B. die frühere Türkei, versucht, auf die Rivalität der

Großmächte zu spekulieren und den Wert seines Beitrages sozusagen auktionsmäßig zur Erzielung einer höheren Gegenleistung zu verkaufen. Die Geschichte Europas beweist, daß die Rivalität unter den Großmächten beinahe immer durch das Opfer der kleinen Staaten, die sie in ihrer Haltung unterstützt hatten, gelöst worden ist.

Was sucht nun Italien im Balkan, diesem noch im Fluß befindlichen Teil Europas? Es sucht den Schutz seiner Interessen. Das Maß dieser Interessen wird natürlich von der unmittelbaren geopolitischen Lage bedingt, von der Tradition der Gegenwart und des Kontaktes zweier Jahrtausende, von der besonderen Lage Italiens im Mittelmeer, die mit keiner anderen Macht verglichen werden kann. Dieses sind: Sicherheit an den Grenzen, Ordnung und Frieden in dem dafür angesehenen Lebensraum, freie und fruchtbare Zusammenarbeit mit den Balkanvölkern.

Italien ist die einzige Großmacht, die seit ihrem Entstehen auf dem Balkan die Ordnung und das Gleichgewicht der Kräfte an Stelle der Unordnung und der Konflikte gewünscht hat. Es ist Cavour, der in der Konferenz von Paris 1856 diese Grundsätze verteidigt und in ihrem Namen für die nationalen Rechte der Rumänen und der anderen Balkanvölker gegen das imperialistische Vordringen Rußlands und gegen die Haltung der anderen Großmächte eintritt, die sie bedrohen und die auch über ein gerechtes Maß hinaus den territorialen Bestand der Türkei gefährden. Es hätte sich ein natürliches Zusammenfallen der Interessen zwischen Italien und allen benachbarten Völkern ergeben müssen, wenn nicht auf dem Balkan, besonders nach 1919, die Politik Frankreichs und Englands mit den bekannten, schon erwähnten Zielen ihren unheilvollen Einfluß ausgeübt hätte.

Verschiedenartig sind die italienischen Interessen auf dem Balkan. Da ist das wirtschaftliche Interesse. Der Handel der Balkanvölker mit Italien beläuft sich auf mehr als 1,5 Milliarden Lire. Die Balkanländer liefern an Italien Rohstoffe, Petroleum und Lebensmittel für zusammen 2 Millionen Tonnen im Jahr. Italien liefert dem Balkan die Produkte seiner Industrie und technische und finanzielle Hilfe in gewissen Gebieten. Die albanische Wirtschaft ergänzt und integriert die italienische in natürlicher Weise. Die Nähe der Märkte, die günstigen Transport- und Austauschbedingungen, die Gegenwart kleiner, aber aktiver italienischer Kolonien, die sich mit zusammen 70 000 Italienern über alle Zentren des Balkans zerstreut befinden, schaffen die ersten

Voraussetzungen wirtschaftlicher Kontakte zwischen den beiden Halbinseln.

Nach Deutschland, das seinem mächtigen traditionellen Handel denjenigen Österreichs und der Tschechoslowakei hinzugefügt hat, behauptet Italien den nächsten Platz im Balkanhandel. Italien und Frankreich zusammen gelingt es nicht, den deutschen Umfang zu erreichen. Wir geben hier eine Statistik des Außenhandels der verschiedenen Balkanländer:

Ungarn

(in Millionen Pengö)

<i>Einfuhr</i>	1933	1935	1937	1939
Gesamteinfuhr	313	402	484	499
verteilt auf:	%	%	%	%
Italien	23 (7,4)	30 (7,5)	34 (7,0)	35 (7,1)
Deutschland ¹⁾	124 (39,4)	167 (41,4)	212 (43,9)	238 (48,6)
England	14 (4,4)	21 (5,3)	25 (5,3)	24 (4,9)
Frankreich	17 (5,6)	5 (1,1)	4 (0,9)	7 (1,3)
<i>Ausfuhr</i>				
Gesamtausfuhr	391	452	588	605
verteilt auf:	%	%	%	%
Italien	34 (8,6)	61 (13,5)	72 (12,2)	94 (15,5)
Deutschland ¹⁾	150 (38,2)	194 (43,1)	240 (40,9)	303 (50,1)
England	31 (8,0)	38 (8,4)	42 (7,2)	31 (5,1)
Frankreich	18 (4,5)	10 (2,2)	12 (2,0)	7 (1,9)

Jugoslawien

(in Millionen Dinar)

<i>Einfuhr</i>	1933	1935	1937	1939
Gesamteinfuhr	2883	3700	5234	4757
verteilt auf:	%	%	%	%
Italien	459 (15,9)	371 (10,0)	430 (8,2)	557 (11,7)
Deutschland ¹⁾	842 (29,2)	1039 (28,1)	2233 (42,7)	2268 (47,7)
England	280 (9,7)	373 (10,1)	409 (7,8)	242 (5,1)
Frankreich	121 (4,2)	161 (4,3)	91 (1,7)	97 (2,0)
<i>Ausfuhr</i>				
Gesamtausfuhr	3378	4030	6272	5521
verteilt auf:	%	%	%	%
Italien	726 (21,5)	672 (16,7)	587 (9,4)	584 (10,6)
Deutschland ¹⁾	1202 (34,7)	1329 (32,9)	2209 (35,3)	1762 (31,9)
England	90 (2,7)	212 (5,3)	465 (7,4)	367 (6,6)
Frankreich	74 (2,2)	63 (1,6)	339 (5,4)	140 (2,5)

¹⁾ einschließlich Österreich.

Rumänien
(in Millionen Lei)

<i>Einfuhr</i>	1933	1935	1937	1939
Gesamteinfuhr	11 742	10 848	20 285	22 890
verteilt auf:	%	%	%	%
Italien	1236 (10,5)	840 (7,7)	878 (4,3)	2017 (8,8)
Deutschland ¹⁾	3259 (27,8)	3755 (34,6)	7575 (38,4)	9000 (39,3)
England	1744 (14,9)	1064 (9,8)	1907 (9,4)	1342 (5,9)
Frankreich	1238 (10,5)	783 (7,2)	1243 (6,1)	1874 (8,2)
<i>Ausfuhr</i>				
Gesamtausfuhr	14 171	16 756	31 568	26 809
verteilt auf:	%	%	%	%
Italien	1300 (9,2)	2621 (15,6)	2071 (6,6)	3246 (12,1)
Deutschland ¹⁾	2436 (17,2)	4910 (29,4)	8192 (26,0)	8665 (32,3)
England	2182 (15,4)	1615 (9,6)	2783 (8,8)	3768 (14,1)
Frankreich	1753 (12,4)	689 (4,1)	1813 (5,7)	915 (3,4)

Bulgarien
(in Millionen Lewa)

<i>Einfuhr</i>	1933	1935	1937	1939
Gesamteinfuhr	2202	3009	4986	4934
verteilt auf:	%	%	%	%
Italien	281 (12,7)	94 (3,2)	247 (5,0)	370 (7,5)
Deutschland ¹⁾	978 (44,4)	1801 (59,9)	2901 (58,2)	2563 (52,0)
England	152 (6,9)	141 (4,7)	233 (4,7)	348 (7,1)
Frankreich	96 (4,4)	43 (1,4)	165 (3,3)	182 (3,7)
<i>Ausfuhr</i>				
Gesamtausfuhr	2946	3253	5019	5578
verteilt auf:	%	%	%	%
Italien	257 (9,1)	285 (8,8)	211 (4,2)	422 (7,6)
Deutschland ¹⁾	1302 (45,8)	1711 (52,6)	2364 (47,1)	3284 (58,9)
England	50 (1,7)	142 (4,4)	695 (13,8)	267 (4,8)
Frankreich	93 (3,3)	60 (1,8)	81 (1,8)	83 (1,5)

Griechenland
(in Millionen Drachmen)

<i>Einfuhr</i>	1933	1935	1937	1939
Gesamteinfuhr	8432	10 681	15 204	14 761
verteilt auf:	%	%	%	%
Italien	478 (5,7)	394 (3,7)	437 (2,9)	501 (3,4)
Deutschland ¹⁾	972 (11,5)	1997 (18,7)	4520 (29,7)	4477 (30,3)
England	1210 (14,4)	1658 (15,5)	1668 (11,0)	1926 (13,0)
Frankreich	374 (4,4)	184 (1,7)	266 (1,7)	229 (1,6)

¹⁾ einschließlich Österreich.

<i>Ausfuhr</i>	1933	1935	1937	1939
Gesamtausfuhr	5141	7101	9555	10149
verteilt auf:	%	%	%	%
Italien	721 (14,8)	423 (6,0)	601 (6,3)	525 (5,2)
Deutschland ¹⁾	1011 (19,7)	2109 (29,7)	3125 (32,7)	4072 (40,2)
England	973 (18,9)	897 (12,6)	922 (9,6)	843 (8,3)
Frankreich	433 (8,4)	192 (2,7)	241 (2,5)	296 (2,9)

Türkei

(in Millionen türkischer Pfund)

<i>Einfuhr</i>	1933	1935	1937	1939
Gesamteinfuhr	74676	88823	114379	118249
verteilt auf:	%	%	%	%
Italien	8540 (11,4)	5669 (6,4)	6085 (5,3)	10023 (8,5)
Deutschland ¹⁾	20481 (27,4)	38421 (43,3)	49979 (43,7)	60142 (50,9)
England	10068 (13,5)	8682 (9,8)	7129 (6,2)	7388 (6,2)
Frankreich	4908 (6,6)	4184 (4,7)	1240 (1,1)	2236 (1,9)

<i>Ausfuhr</i>	1933	1935	1937	1939
Gesamtausfuhr	96162	95861	137984	127389
verteilt auf:	%	%	%	%
Italien	12968 (13,5)	9493 (9,9)	7266 (5,3)	12754 (10,0)
Deutschland ¹⁾	19223 (20,5)	40988 (42,8)	3211 (38,6)	47502 (37,3)
England	8594 (8,9)	5193 (5,4)	9769 (7,1)	7302 (5,7)
Frankreich	6182 (6,4)	3040 (3,2)	5264 (3,8)	5631 (4,4)

Es besteht gar kein Zweifel, daß die Sanktionen die Entwicklung des italienischen Handels auf dem Balkan zum Teil ausschließlich zugunsten des deutschen Handels gestört haben. Der unnütze wirtschaftliche, englisch-völkerbündische Sdismus gegen Italien hat jenes Phänomen der deutschen Expansion, das die imperialen Demokratien gerade eindämmen wollten, auch in Südosteuropa beschleunigt. Nach den Sanktionen holt Italien jedoch schnell und sicher wieder auf.

Die wirtschaftliche Vorherrschaft des Deutschen Reiches auf dem Balkan fußt auf drei natürlichen Voraussetzungen: den leichten und direkten Verbindungswegen, der industriellen Massenproduktion, die in natürlicher Weise zum Austausch kommen kann mit der landwirtschaftlichen Massenproduktion der Balkanländer, und dem perfekten kaufmännischen Apparat, der in der deutschen kaufmännischen und sprachlichen Tradition liegt. Nach dem Anschluß Österreichs und der Aufrichtung des Protektorates „Böhmen und Mähren“ wird die Donau zu einem Bestandteil in dem Trans-

¹⁾ einschließlich Österreich.

portsystem zum Balkan. Von Passau bis nach Thebau ist die gesamte Donau jetzt deutsch. Der Bau des großen Rhein-Main-Donau-Kanals schafft eine direkte Schifffahrtsstraße von der Nordsee zum Schwarzen Meer. Wien mit seinen lebendigen Traditionen als kaufmännisches und finanzielles Bindeglied zwischen Zentraleuropa und den Donauländern sowie dem Balkan wird einen großen Hafen erhalten und vielleicht das Hamburg Südosteuropas werden. Die Entwicklung des deutschen Handels im Balkan kann jedoch später nach und nach auf natürliche Grenzen stoßen durch die Entwicklung der Industrie in den Balkanländern, die heute kaum begonnen hat.

Italien hat niemals nach dem Wirtschaftsmonopol auf dem Balkan getrachtet. Es kann sich folglich mit Deutschland wie auch mit den anderen produktiven Nationen in den Handel und in die Mitarbeit zu einer wirtschaftlichen und technischen Entwicklung der Balkanländer teilen. Trotz der Konkurrenz der Donau sind übrigens die Seeverbindungen Italiens mit Balkan-Europa als Erben einer großen Vergangenheit noch lebendig und entwicklungsfähig. Die italienische Flagge steht immer an erster Stelle nach der einheimischen in Jugoslawien, am Piräus und in Istanbul. Venedig und Bari, aber vor allem Triest und Fiume sind noch immer wichtige Ausgangshäfen, die in aktiver Weise als Vermittler und dem Verkehr dienen. 1937 ist der Umsatz von Triest und Fiume mit den Balkanländern 700 000 Tonnen gewesen, von denen 440 000 Tonnen über den Seeweg gingen. Triest bleibt immer ein lebendiges kaufmännisches Zentrum für die Produkte und für die Agenten Albaniens, Jugoslawiens, Griechenlands, Bulgariens, der Türkei und Rumäniens. Der Aufstieg der italienischen produktiven und kaufmännischen Tätigkeit und die Entwicklung der Wirtschaft auf dem Balkan können also nur den Kontakt zwischen beiden Halbinseln begünstigen, wenn sich nicht unnatürliche feindselige politische Scheidewände ergeben.

Wichtiger noch als die wirtschaftlichen sind für Italien im Balkan die politischen und militärischen Interessen. Der Balkan bedeutet für Italien, wie schon gesagt, die Adria und das Mittelmeer. Er gehört mit zum Problem des Friedens und der Sicherheit. Er gehört zum Lebensraum Italiens in dem Sinne, daß alles, was dort besteht und geschieht, auf das italienische Leben zurückwirkt. Deshalb hat Italien im Balkan immer auf eine Versöhnung der Staaten und auf ein Gleichgewicht der Kräfte gedrungen, d.h. auf Ordnung, Frie-

den und Mitarbeit. Es ist nicht ohne geschichtliche Bedeutung, daß die italienische Freiheitsbewegung der gleichen befreienden Bewegung in den Balkanländern beinahe wie eine Fackel voranging und sie begleitete, um ihren Weg zu erleuchten. In dieser Tatsache liegt eine heimliche Harmonie des Geistes und der Bestrebungen der beiden Halbinseln, ein instinktiver Gleichklang der Bewegungen in der Geschichte. Die gleiche Revisionspolitik, die Italien im Balkan wie auch im Donaauraum und Zentraleuropa unter ruhigen Formen der Mitarbeit anzuregen versucht hatte, zielt nicht darauf hin, gefährliche Umwälzungen für den wahren Frieden im Balkan hervorzurufen, sondern vielmehr beizeiten die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Nicht immer und nicht überall wurde dieser Charakter der italienischen Politik von den Balkanvölkern, die von unruhigem Ehrgeiz bewegt waren und dem trügerischen ausländischen Einfluß unterstanden, anerkannt und geschätzt. Nicht immer haben sie jene vertrauensvolle und lebenswichtige Mitarbeit gezeigt, die notwendig für die Ordnung im Balkan ist und eine der Hauptforderungen der italienischen Außenpolitik war. Italien kann nur beweisen, daß es immer seinen offenen Willen und alle nur mögliche Hilfe der guten Sache der Verständigung zur Verfügung gestellt hat.

Mit allen Balkanländern hat nämlich die faschistische Regierung versucht, den Verständigungsweg zu beschreiten. Mit Rumänien hat es einen Freundschaftspakt am 16. September 1926 auf die Dauer von 10 Jahren abgeschlossen, der die Unterschrift des Marschalls Averescu trägt. Als Rumänien von der Politik Titulescus im Schlepptau Frankreichs übermannt worden war und ein immer mehr völkerbundsfreundliches Bestreben zeigt, das dem Geiste der italienischen Politik entgegensteht, fällt der Pakt und erhält durch die Sanktionen seine Erledigung. Heute versucht Rumänien neue Wege zu gehen. Italien verfolgt dies aufmerksam. Rumänien erkennt seinen großen geschichtlichen und politischen Wert, seine von Rom ererbte Mission im Osten Europas. Nur um Rumänien eine größere innere und äußere Stabilisierungskraft zu geben, hat die Regierung Roms diesem Lande die aufmerksame Überprüfung und die Lösung der Frage seiner Beziehungen zu den Nachbarstaaten anempfohlen. Mit Bulgarien hat Italien sehr rasch nach dem Krieg die freundschaftlichen Beziehungen wiederhergestellt. Es hat damit begonnen, daß es auf seinen Teil der Ostreparationen verzichtete. Es hat an Bulgariens schwieriger Aufgabe des finan-

ziellen und wirtschaftlichen inneren Wiederaufbaues mitgearbeitet, und dies gilt auch bezüglich der Frage der Herstellung friedlicher Beziehungen zu den Nachbarn. Nicht immer haben die bulgarischen Machthaber mit dem gleichen guten Willen reagiert. Man versteht jedoch die innere Unruhe Bulgariens, das den Weg zur Wiederauferstehung sucht und die verschiedensten Orientierungen betrachtet, in der Hoffnung, am Ende doch noch die notwendige Hilfe zu finden.

Die Beziehungen mit Jugoslawien haben die schon erwähnten wechsellvollen Schicksale durchgemacht. Sie sind öfters eine Spiegelung des Zustandes der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich und der bekannten Bestrebung der französischen Politik. Sie stellen auch eine Rückwirkung der verschiedenen Augenblicke der Entwicklung des inneren mühseligen jugoslawischen Aufbaues dar. Die Geschichte von 20 Jahren beweist, daß die Zeiten der unsichersten Beziehungen zwischen Rom und Belgrad immer übereinstimmen mit denjenigen der akutesten inneren Konflikte zwischen Kroaten und Serben im neuen Jugoslawien. In dem Versuch, den inneren Frieden wiederherzustellen, gebrauchen die Regierungen öfters das Schreckgespenst der Drohung einer italienischen Gefahr, eines neuen trügerischen slawischen Irredentismus an der Küste der Adria, um durch ihn eine gemeinsame Front der Serben und Kroaten herzustellen. Unter diesen Bedingungen kann sich der Freundschaftsvertrag von 1924 zwischen Italien und Jugoslawien, der in Rom zwischen Mussolini und dem alten Paschtsch unterzeichnet worden war, nicht als lebensfähig erweisen. Die Abmachung von 1937, die in Belgrad zwischen Graf Ciano und Stojadinowitsch unterzeichnet worden war, wird in einem Augenblick, da Jugoslawien frei von ausländischen Einflüssen ist, abgeschlossen. Das Abkommen hat noch nicht seine notwendige politische und wirtschaftliche Reife erhalten auf Grund der folgenden Schwankungen der jugoslawischen Haltung, auf die natürlich auch die französische und britische Einkreisungspolitik einen Einfluß hat.

Der britische Einfluß kommt in der Politik Griechenlands gegen Italien zum Ausdruck. Ihre Orientierung ist auch abhängig von dem Zustand der Beziehungen zwischen England und Italien. Zur Zeit der Sanktionen sind sie eisig. Sie belegen sich zu den bald überholten Zeiten des Gentlemen's agreement vom Januar 1936 und dann infolge der Vereinbarungen, die 1938 zwischen Italien und Großbritannien getroffen worden waren. Darauf erfolgt die französisch-bri-

tische Politik der Einkreisung im Mittelmeer. Griechenland kann sich dem nicht entziehen. Es nimmt die ihm von England aufgezwungene einseitige Garantie an und reiht sich der englischen Flottenpolitik ein. Der europäische Krieg überrascht Griechenland völlig unnötig.

Italien kann auch gegenüber Griechenland seine achtungsvolle und loyale Politik unter Beweis stellen. Der Freundschaftsvertrag vom 24. September 1928, den Mussolini mit Venizelos unterzeichnet, hat das Bestreben, nicht nur die Unruhe erweckende Stauung in den Beziehungen zwischen Rom und Athen seit dem albanischen Fall wieder in Fluß zu bringen, sondern trachtet auch nach einer allgemeinen Klärung der Beziehungen zwischen den Balkanvölkern. Durch diesen Vertrag wird das Wirtschaftsabkommen zwischen Griechenland und Jugoslawien, das am 15. März 1929 abgeschlossen wird, vorbereitet. Es folgt ein politischer Freundschaftspakt der beiden Nationen, der 13 Tage später unterzeichnet wird. Dieser Freundschaftsvertrag beeinflusst und bereitet auch den Freundschafts-, Schlichtungs- und Schiedsspruchvertrag Griechenlands mit der Türkei vor, der am 31. Oktober 1930 unterzeichnet wird. Sofort nach dem Abschluß dieses Paktes dankt der türkische Außenminister Rushdi Bey dem Duce unter Anerkennung des entscheidenden Wertes seines Schaffens, durch das dem jahrhundertalten Kampf zwischen Griechen und Türken ein Ende gemacht wird.

Mussolini hatte einen Gemeinschaftsvertrag zu dritt zwischen Italien, Griechenland und der Türkei gewünscht, nicht um einen Block zu bilden, der gegen die Interessen anderer Nationen eingestellt wäre, sondern um ein Zeitalter offener und sauberer Verständigung und des Friedens und der Mitarbeit im Mittelmeer unter den wirklichen Mittelmeermächten einzuleiten. England und Frankreich stehen diesen Bestrebungen natürlich feindselig gegenüber, da sich dadurch die Türkei und Griechenland ihrem Einfluß zu entziehen scheinen und Italien im östlichen Mittelmeer eine moralische Kraft gegen sie wird, die sie auf alle Fälle unterdrücken wollen. Die türkische Regierung wird davon überzeugt, diese Bestrebungen nicht mitzumachen. Der Plan Mussolinis bleibt jedoch. Er erinnert in der Geschichte des Balkans und des Mittelmeeres an den Geist der italienischen Politik, ihren Aufbauwillen und ihre ursprünglichen Absichten großzügiger Friedens- und Verständigungssysteme.

Die Politik der Türkei zeigt im merkwürdigen Gegensatz

zu den gemachten Erfahrungen gegenüber Italien eine Ablehnung an die Politik Englands und Frankreichs. Schon vor dem Weltkrieg versucht die Türkei in ihrem Ehrgeiz und falschem Stolz, Italien als eine minderwertige Nation zu betrachten. Es verweigert Italien z. B. viele der anderen Nationen zugestandenen Rechte. Es erlaubt nicht die Öffnung italienischer Postämter in den Städten, in denen solche anderer Mächte schon bestehen. Im April 1908 ist Italien gezwungen, zur Klärung der Sachlage eine Flottenkundgebung gegen die Dardanellen einzuleiten. Die Türkei widersetzt sich zuerst und gibt dann nach. Es kommt der libysche Krieg, der nicht lebenswichtige türkische Interessen berührt, weil er sich in einem Gebiete an der Peripherie des Türkischen Reiches abspielt, das sich vollkommen selbst überlassen war. Es folgt der Weltkrieg, dessen Folge die Zerstückelung des ottomanischen Reiches allein zugunsten Großbritanniens und Frankreichs ist, ohne irgendwelchen territorialen oder politischen Vorteil für Italien. Italien, das der Türkei nichts abgejagt hat, möchte mit der Türkei in Freundschaft leben. Es ist die erste der europäischen Großmächte, die die Verhandlungen von Sèvres verläßt. Italien ist das erste Land, das den Versuch macht, herzliche Beziehungen mit der neuen Republik von Kenia aufzunehmen.

In den ersten Jahren ist die türkische Politik vorsichtig und herzlich im Gleichgewicht zu allen Mächten. Kemal möchte wirklich den Frieden und die Mitarbeit mit allen. Nach dem Vertrag von Lausanne beginnt in der Türkei eine große Bewegung zur Befreiung vom Einfluß und der Ausbeutung des Auslandes in der Industrie, im Handel, in den Banken und in den Schulen. Auch das nationale Leben der Kirche des Islams trennt sich vom Staate und nimmt ihm so die Last seines schwerfälligen konservativen und agnostischen Einflusses. Zwischen 1923 und 1928 herrscht folglich ungestüm die Politik der inneren Reformen. Durch sie wird ein sicherer Friedenszustand aufgerichtet und ein gleicher Abstand gegenüber den verschiedenen sich bekämpfenden ausländischen Kräften hergestellt. Die Verständigung mit Rußland, die eine Reaktion ist gegenüber den britischen und französischen Feindseligkeiten, hat vor allem den Zweck, den Rücken der Türkei frei zu machen zu einer freieren Verteidigungsaktion gegenüber dem Westen. Die Zusammenarbeit mit Deutschland hat den Sinn eines Wiederaufbaues der militärischen Kraft.

Nachdem die Türkei an Kräften zugenommen hatte und sich sicherer und fähiger dünkte, befreit sie sich von fremden Einflüssen und übernimmt nun in der Außenpolitik einen selbständigen Kurs. Zu dieser Zeit erobern England und Frankreich das politische Herz der Türkei, indem sie sich als in Europa herrschend aufspielen in ihrem imperialen Prestige und in dem stolzen Schein ihrer unerschöpflichen militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte. Von da an spiegelt sich die Haltung der Türkei gegen Italien nur noch in derjenigen Englands und Frankreichs und ihrer Propaganda wider, die ein Interesse daran haben, auch in Zeiten der Ruhe die Türkei in ihrer Haltung gegen Italien zu versteifen.

Durch den Vertrag von Lausanne im Jahre 1923 hätte alles zwischen Italien und der Türkei geklärt werden sollen. Die Türkei erkennt die italienische Souveränität über Libyen und die Inseln des Dodekanes an und verzichtet auf jedes Recht und Vorrecht auf diese Gebiete. Italien verlangt nichts weiter von der Türkei und wünscht nur Frieden und freundschaftliche Mitarbeit. In diesem offenen Geiste begegnet am 3. April 1928 Mussolini dem türkischen Außenminister Tevfik Rushdi Bey. Sie unterzeichnen zusammen in Rom am 30. Mai des gleichen Jahres den italienisch-türkischen Vertrag der Neutralität, der Schlichtung und Regelung des Gerichtswesens, der einen großzügigen und klaren Freundschaftspakt darstellt. Im gleichen Geist spricht Mussolini am 5. Juli 1928 zum Senat: „Der Horizont des östlichen Mittelmeeres ist klar und wolkenlos. Italien kommt der Türkei in einem offenen, freundschaftlichen Geiste entgegen.“

Es folgt ein Besuch des italienischen Außenministers Graf Dino Grandi in Ankara und ein Besuch von Rushdi in Rom und darauf die Unterzeichnung einer neuen Konsularkonvention. Am 4. Januar 1932 wird auch ein endgültiger Kompromiß für die Klärung der aus der Auslegung des Vertrages von Lausanne über die Territorialgewässer der italienischen Inseln im Ägäischen Meer und vor allem über die von Castellosso sich ergebenden Fragen unterzeichnet. Italien möchte keine Zweideutigkeiten in seinen Beziehungen zur Türkei. Dieses wird von Mussolini bei seiner Begegnung in Rom im Mai 1932 mit dem Haupt der türkischen Regierung, Ismet Pascha, und seinem Außenminister bestätigt. Während dieser Begegnung wird auch beschlossen, den Freundschaftsvertrag von 1928 um fünf Jahre zu verlängern. Die Türkei jedoch ist mißtrauisch. Sie will nicht einmal auf

wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet die Mitarbeit Italiens. Die Verhandlungen für eine italienische Anleihe von 300 Millionen Lire werden nicht zu Ende geführt, da die Regierung von Ankara die Gegenleistung einer Verpflichtung zum Ankauf italienischer Produkte nicht übernehmen möchte, während es bei den Anleiheverhandlungen mit Rußland, Deutschland und England dieselben Bedingungen nicht zurückweist.

Ganz plötzlich erhebt sich in mehr oder weniger ernstgemeinter Beunruhigung die türkische Politik in offener Feindschaft gegen Italien auf Grund der Rede Mussolinis vom 19. März 1934 vor der Fünfjahresversammlung des Regimes. Die Worte Mussolinis sind klar und allen verständlich. Sie heißen: „Die geschichtlichen Ziele Italiens haben zwei Namen: Asien und Afrika. Der Süden und der Osten sind die beiden Kardinalpunkte, die das Interesse und den Willen der Italiener fesseln sollen.“

In diesen Worten liegt nur die Erinnerung an die italienische Geschichte zweier Jahrtausende, wie wir schon bei der Behandlung der Hauptlinien ihrer Bewegung erwähnten. Es liegt hierin nur der Ausdruck des Willens, den Horizont der italienischen Politik zu erweitern und ihn den anderen europäischen Großmächten gleichzusetzen. Es wird keiner Nation gedroht. Die Expansion braucht nicht nur gebietsmäßige Eroberung zu sein, sie kann auch in der Schifffahrt, im Handel und in der Kultur enthalten sein. Dieses war schon in vielen Jahrhunderten ein Teil der italienischen Expansion. Übrigens bedeutet die Türkei nicht das ganze Asien. Die türkische Empfindlichkeit, bei der die Übertreibungen und das Nationalbewußtsein der französischen und britischen Agenten der üblichen heimtückischen Propaganda zur Seite stehen, ist aber bereit, in den Worten Mussolinis die Vorankündigung dunkler Angriffspläne zu sehen. In der großen Nationalversammlung in Ankara werden Fragen gestellt. Am 23. März verlangt der türkische Botschafter in Rom eine Erklärung und wird am 30. März von Mussolini empfangen. Die türkischen Zeitungen brennen in ihrem Über-eifer. Ein türkischer Literat, Aka Gündüz, wird nicht müde, an Gabriele d'Annunzio am laufenden Band Briefe mit einer sehr mittelmäßigen Ironie über Italien zu richten.

Man will also eine künstliche Kriegspsychose herstellen. Nichts geschieht dagegen. Die Türkei wird nicht berührt. Jedoch die von den Franzosen und Engländern vorausberechneten Folgen sind erreicht worden. Dunkel steigt eine

Scheidewand zwischen Italien und der Türkei auf. Italien hat inzwischen einen neuen Eindruck vom türkischen Geist erhalten, der nicht der Geist des Freundes ist.

Der Beweis wird während des italienischen Krieges in Äthiopien wieder erbracht. Dieser Krieg kann in keiner Weise die Türkei berühren. Kein türkisches Interesse wird in Mitleidenschaft gezogen. Er findet in einem entfernten Lande statt, in dem sich auch nicht eine Spur türkischen Lebensraumes befindet. Die Zeitungen und die politischen Fraktionen in Ankara hetzen die Abessinier zum Widerstand auf und verleumden jede italienische Handlung und Geste, in Übereinstimmung mit den Zeitungen und den Parteien in Paris und London. Die türkische Regierung ist bereit, der britischen Politik der Flottenabkommen und der Sanktionen beizutreten, und dies wird am 13. November 1935 in der großen Nationalversammlung gegen nur eine einzige Stimme beschlossen. Der rote Halbmond ist für den Negus. So erfolgt auch die türkische Anerkennung des neuen italienischen Imperiums spät, erst nach dem Vorschlag von Stojadinowitsch im Rat der Balkanentente im Mai 1938.

Italien möchte diese dauernden Zeichen einer unfreundlichen Politik vergessen. Nach der Begegnung vom 2. Februar 1937 in Mailand zwischen Graf Galeazzo Ciano und Rushdi Bey will man noch einmal in der offiziellen Bekanntmachung feststellen, daß „keine Frage die beiden Länder trennt“. Die Trennung besteht jedoch. Nach Abschluß des britischen Bündnisvertrages mit der Türkei 1939 wird sogar in einigen türkischen Zeitungen die Frage der Rückerstattung des Dodekanes an die Türkei aufgeworfen.

Man versucht in Ankara als Grund der türkischen Feindschaft die Bewaffnung des Dodekanes, die Unzufriedenheit Italiens mit dem Versailler Frieden, seinen Expansionsdrang und die neue Dynamik seiner Außenpolitik anzugeben. Man gibt vor, die Bewaffnung der Inseln als eine natürliche und notwendige Defensivantwort gegenüber den neuen militärischen Stellungen, die sich durch die Umwandlung der Mandate seitens Englands und Frankreichs im östlichen Mittelmeer ergeben haben, nicht zu verstehen und begreift auch nicht, daß die Auflehnung gegen das Versailler System sich nur gegen seine Schöpfer richtet.

Dies alles kann merkwürdig erscheinen bei einer so feindselig eingestellten Außenpolitik der Türkei, die in ihrer inneren Politik Italien so nahesteht. Seit 1933 beginnt die Türkei auf der von Mussolini gezeigten Straße eine Politik der wirt-

schaftlichen Autarkie als Mittel der politischen Verteidigung. Im Zentrum der autarken Politik der Türkei steht der Staat, der die Versöhnung der Klassen verlangt und diese dem obersten Gesamtinteresse der Nation unterstellt. In der „Agence économique et financière“ erklärt der frühere Ministerpräsident Celal Bayar im März 1938: „Das kemalistische Regime legt das Hauptgewicht auf das nationale Interesse unter möglichster Wahrung der privaten Initiative und des Privateigentums. Wenn das individuelle Ich sich mit dem sozialen Ich begegnet, so wird das letztere gewinnen.“ Hier sieht man klar die Anlehnung an Artikel 1 der italienischen Arbeitsverfassung. Das Programm, das im Mai 1935 vom 4. Kongreß der Regierungsvolkspartei angenommen worden ist und das seine staatliche Grundlage dem türkischen Gesetz über die Arbeit vom Juni 1936 entnimmt, wiederholt die Worte des Faschismus und sagt: „Die Partei will um jeden Preis an Stelle des Klassenkampfes die Solidarität und die soziale Ordnung stellen. Der Staat duldet nicht Bewegungen und Gesellschaften, die die Absicht haben, die Klassenideen und den Klassenkampf zu verteidigen.“

Aber nicht nur infolge der Ähnlichkeit der Staatsformen und der inneren Ideen könnten beide Länder freundschaftliche Berührungspunkte finden. Der Beginn des neuen europäischen Krieges trifft die Türkei jedoch als Mithelferin der Einkreisungspolitik und der Offensivabsichten Englands und Frankreichs.

Wir fassen zusammen: In dem politischen Bild des Balkans, in das sich so viel lebenswichtige und dauernde italienische Interessen verflechten, zeigen sich offensichtlich die Zersetzungsresultate der britischen und französischen Politik, die ebenso sehr gegen Italien wie gegen Deutschland gerichtet ist. Italien hat die Freundschaft gewünscht und angeboten. Freundschaft muß jedoch erwidert werden. Die Einstellung der italienischen Politik gegenüber den verschiedenen Balkanvölkern hängt ab von der Haltung, die diese künftig einnehmen.

Völker und Imperien

Der Aufstieg Italiens

Am 31. Dezember 1939 betrug die in Italien ansässige Bevölkerung 44 530 000 Einwohner. Am 31. Dezember 1871, ein Jahr nach der Gründung des vereinigten Königreichs Italien, zählte die Bevölkerung 26 801 154 Einwohner. In 69 Jahren ist also die auf nationalem Gebiet ansässige italienische Bevölkerung um nahezu 18 Millionen gewachsen. Bei diesem Zuwachs zählt die Annexion der Bevölkerung der Venezia Tridentina, der Venezia Giulia und der wenigen adriatischen Inseln nach dem Weltkrieg nur mit etwas mehr als 1,5 Millionen Menschen. Im Laufe der nächsten Generation, gegen 1980, wird die italienische Bevölkerung, wenn der Rhythmus des Bevölkerungszuwachses sich nicht verändert und dem der 18 Jahre faschistischen Regimes gleicht, auf 66 Millionen Einwohner angewachsen sein. Sie beträgt dann das doppelte der französischen Bevölkerung, die nach der Berechnung der Statistiker zu jener Zeit auf 32 Millionen reduziert sein wird, wenn sie nicht durch große Einwanderungswellen ihren jetzigen Zustand verändert.

Keine der großen europäischen Nationen ist bevölkerungsmäßig mit solcher Schnelligkeit gewachsen wie Italien. Dabei ist die wichtige Tatsache zu beachten, daß in den letzten Jahren eine große Auswanderungsströmung und ein tragischer Blutverlust die Nation schwächte und aus Italien wenigstens 15 Millionen Menschen hinwegführte. Heute steht Italien bevölkerungsmäßig an dritter Stelle unter allen europäischen Nationen. Es reiht sich sofort nach Deutschland und Großbritannien ein, ohne Rußland anzuführen, das ja Europa mit Asien vereint.

Zum Unterschied zu der niedrigeren französischen Bevölkerungszahl hat sich Italiens Bevölkerungszunahme einzig und allein durch das natürliche Spiel der Geburten ergeben. Die im Königreich ansässigen Ausländer zählten Ende 1939 wenig mehr als 100 000. Das Jahresmittel des Geburtenüber-

schusses ist von einem Minimum von 307420 in der Fünfjahresperiode 1881/1885 auf ein Maximum von 476058 in der ersten Fünfjahresperiode der Nachkriegszeit 1921/25 gestiegen, um dann im Jahre 1939 auf 450874 zu sinken, was 23,8 pro Tausend entspricht.

Für diesen Überschuß ist einzig und allein die Zahl der Geburten und der Sterbefälle maßgebend. In den letzten Jahren scheint die Zahl der Geburten in Italien, die im Verhältnis höher als bei jeder anderen großen europäischen Nation ist, langsam abzunehmen. Dieses Absteigen wird nur durch das Eingreifen der neuen Bevölkerungspolitik des Faschismus aufgehalten, der es gelungen ist, 1939 die Zahl der Lebendgeborenen auf 1037087 mit einer Zunahme von 3272 gegenüber 1938 zu bringen. Aber auch die Zahl der Sterbefälle nimmt ab auf Grund der umsichtigen vorbeugenden Gesundheitspolitik des Faschismus, die sich besonders auf den Schutz von Mutter und Kind erstreckt.

Die Zunahme der italienischen Bevölkerung im Gegensatz zum Stillstand bei den größten europäischen Ländern ist ein Ausdruck der einfachen, mäßigen und gesunden Lebensweise der Italiener. Sie ist auch ein Beweis für den Familiensinn und das Bauerntum der Italiener, das sich auf großen italienischen Gebieten trotz des Entstehens der Industrie und der schnellen Entwicklung der Städte erhalten hat. Der Italiener ist tief mit dem Boden verwurzelt. Der Faschismus beschützt diese Tradition, die auch einen Schutz der natürlichen Produktionsquellen, des sozialen Gleichgewichtes, der Gesundheit der Rasse und der Sitten darstellt. Noch die Hälfte der italienischen Bevölkerung lebt nach der letzten Volkszählung auf dem Lande und auf dem Wasser: 40 Prozent leben von der Landwirtschaft und 9 Prozent von Jagd und Fischfang. Eine Bevölkerung, die ein solches natürliches Leben führt, bleibt ihrem Ursprung treu. Sie verläßt den Boden nicht ohne zwingende Notwendigkeit, sondern sie sucht diesen Boden auch zu erhalten. 15 Jahre nach dem Krieg befindet sich etwa 1 Million ha italienischen Bodens in den Händen der Bauern, die darin 4,5 Milliarden Lire ihrer Ersparnisse investiert haben. Die ersten fragmentarischen Veränderungen des in Sizilien und Kalabrien, in der Lucania und in Apulien noch bestehenden Großgrundbesitzes sind auf Grund dieses Bodenhungens seitens der Bauern und der harten Entschlossenheit, sich in den Besitz des Bodens zu setzen, erfolgt.

Durch den Bevölkerungszuwachs ist das italienische Na-

tionalgebiet bald gesättigt worden. Anfang 1940 betrug die Bevölkerungsdichte in Italien 143 Einwohner pro qkm. Sie wurde nur noch von Belgien, England und Holland übertroffen. Die Anzahl der Menschen sagt jedoch noch nichts, wenn man sie nicht im Zusammenhang mit dem natürlichen Reichtum ihrer Gebiete vergleicht. Belgien und England besitzen im eignen Land Kohle und Eisen und eine großindustrielle Wirtschaft, die naturgemäß eine intensive Konzentration der Arbeit und der Menschen bedingen. Holland, Belgien und Großbritannien sind die glücklichen Erben eines noch bestehenden großen Kolonialreiches mit seinem unermesslichen Reichtum und seinem regen Handelsaustausch. Die italienische Bevölkerung ist dagegen, im Vergleich zu den anderen europäischen Nationen, auf einem armen Boden gewachsen, mit wenigen verstreuten Bodenschätzen und riesigen, mit Felsengebirgen bedeckten oder wasserarmen Gebieten, die auch die kühnsten Versuche der Urbarmachung scheitern lassen.

Die Politik des Faschismus macht große Anstrengungen, um die schlimmsten Seiten dieses ewigen Mißverhältnisses zwischen Mensch und Boden zu lindern. Der Faschismus entwässert riesige Sumpfgebiete und bewässert wasserarme Landstriche, um der Arbeit neuen Boden zu verschaffen. Er zerstückelt und besiedelt den Großgrundbesitz und schafft damit die Voraussetzungen zu einer intensiveren Landwirtschaft. Er eröffnet auch in der bäuerlichen, industriellen und bergwerklichen Arbeit neue nationale Wege zur Autarkie und beschränkt sich nicht auf merkantile Berechnungen der reinen Wirtschaftlichkeit, wie sie der Kalkulation der liberalistischen Wirtschaft zugrunde liegen. Um den schlimmsten Bevölkerungsdruck in den Gebieten dichtester Konzentration zu mildern, hat der Faschismus auch riesige innere Umschichtungen veranlaßt, indem er den Menschenstrom den weniger bevölkerten Gebieten und dem neuerdings urbar gemachten Boden zuführte. Zwischen 1930 und 1937 hat er auf diese Weise 9638 Familien mit 72 600 Seelen umgesiedelt. Von Jahr zu Jahr jedoch vermindert sich die Spanne der Möglichkeiten. Bald wird Italien die äußerste Grenze der Besiedlungsmöglichkeiten auf seinem nationalen Gebiet erreicht haben.

Hier zeigt sich in der europäischen Geschichte die erste Phase des italienischen nationalen Problems. Dieses Problem wird noch verschärft durch die neuen Bedingungen, die in Europa und in der Welt geschaffen werden. In beinahe

allen Ländern schließt man die Tore für die ausländische Einwanderung oder erschwert diese wenigstens beträchtlich. Die Vereinigten Staaten machen hier den Anfang, indem sie den Strom der Einwanderung von 1 100 000 im Jahre 1913 auf 400 000 im Jahre 1920 und auf 150 000 im Jahre 1930 herunterdrücken. Von 1924 an unterstellen sie die Einwanderung auch einer Auslesekontrolle auf rassischer Grundlage, durch die dem angelsächsischen und damit verwandten Blut der Vorzug gegeben und lateinisches und slawisches Volkstum zurückgewiesen wird. Der ausländischen Einwanderung hat auch Mexiko zeitlich begrenzte Verbote entgegengesetzt, und Argentinien entscheidet nach wirtschaftlichen Grundsätzen, indem es nur Arbeiter annimmt, die urkundlich ihre Eignung für die Landwirtschaft nachweisen können. Panama hat die Einwanderung kontingentiert, während Peru die Urbarmachung von über 1 300 000 ha jungfräulichen Bodens mit wenigen tausend Siedlern begonnen hat.

Das Versailler System, durch das Italien der Zugang nach freien Überseeländern verwehrt wird, geht in seiner Wirkung Hand in Hand mit diesem Restriktionssystem beinahe sämtlicher Länder gegen die Einwanderung italienischer Arbeiter.

Wo es keine Einwanderungsverbote gab, wie in Frankreich, wird eine immer entschlossener Politik der Naturalisation getrieben. Durch sie will man die Ausländer zu französischen Staatsbürgern machen und verursacht dadurch ihren Ursprungsländern den dauernden Verlust der Ausgewanderten, die ohne Gegenleistung das volksarme Frankreich bevölkern sollen.

Auch aus Reaktion gegen diesen stillschweigenden Vernichtungskrieg der Nationen, gegen den sich der Stolz des italienischen Nationalbewußtseins erhebt, schließt nunmehr das faschistische Regime selbst der Auswanderung die Tore und ruft die italienischen Auswanderer in der Welt auf den nationalen Boden zurück. 1911 bis 1913 hatte die italienische Auswanderung nach den überseeischen Ländern, die beinahe immer einen dauernden Charakter hat und deshalb den definitiven Verlust der Auswanderer für die Nation bedeutete, ein Jahresmittel von 400 000 Menschen erreicht. Nach dem Kriege, im Jahrzehnt 1921/31, hatte dieser Volksverlust noch einmal 1 Million Menschen überstiegen, was einem Jahresmittel von 100 000 entspricht. Zwischen 1931 und 1936 ist das Mittel auf 80 000 Menschen im Jahr verringert worden, und der Bevölkerungsverlust ist auf diese Weise von 25 auf 15 Prozent seines natürlichen Zuwachses gesunken.

Die wachsende Sättigung der Bevölkerungszahl ist der erste Grund des italienischen Expansionsbedürfnisses. Italien stellt der Welt seine Forderungen, nachdem alle anderen Mittel, seinen Söhnen im eigenen Lande Arbeit und Brot zu verschaffen, beinahe erschöpft sind. Für keine andere europäische Nation, mit Ausnahme Deutschlands, erhebt sich das Expansionsproblem in einem solchen elementaren Charakter und mit einer solchen Lebensnotwendigkeit. Die Politiker und die Astrologen der reichen und satten Nationen dagegen behaupten, daß Italien sich hier in einem Irrtum befindet. Wenn das italienische Volk zu zahlreich sei und auf einem zu engen Gebiet lebe, so gäbe es hier nur ein Mittel: die Herabsetzung der Geburtenanzahl, und der Verzicht, als Nation und als Macht zu wachsen. Dies ist die wiederauferstandene armselige Lehre von Malthus. Wir werden später deren völkermordende Bedeutung für Europa erklären. Das faschistische Italien lehnt diese Theorie ab. Italien betrachtet sich nicht als zu kinderreich. Es will nicht einmal optimistisch wegen seiner Geburtenziffer sein, solange diese noch nicht beinahe das Doppelte derjenigen der großen und kleinen Demokratien im Norden und Westen erreicht. Eine starke und dauernd hohe Geburtenzahl ist die erste Vorbedingung für das Leben der Nation und die erste Grundlage ihrer Macht. Die Zahl ihrer Menschen stellt, wenn sie qualitätsmäßig und kulturell auf einem hohen Standpunkt stehen, die erste und unersetzliche Kraft eines Volkes dar. Weitere Kraft liegt in seiner Jugend, die zu kühnen Taten und Opfern imstande ist, die fähig ist, Kinder zu zeugen zur Fortdauer der Rasse und zur ewigen Erneuerung, um dem kulturellen Fortschritt Flügel zu geben. Die hohe Geburtenzahl bewirkt diese beiden Kräfte.

Der Zyklus des Lebens und Glanzes der Völker und der Geschichte ist nicht sehr verschieden von demjenigen der Individuen. Nur die starken Völker erhalten sich und dringen vorwärts, die schwachen Völker zerfallen und sterben in ihrer Blutarmut. Dies war das Schicksal Roms zur Zeit von Marc Aurel und Septimius Severus, wenngleich diese auch große politische Führer waren. Noch früher war es das Schicksal der Assyrer, der Babylonier und auch der Griechen, die dann in Verfall gerieten, als ihre Geburtenziffer zurückging, wie Polibios erzählt.

Die italienische Nation hat nicht die Absicht, zu sterben oder unter den großen Völkern, die in der Welt entstehen und sich in Europa und der Welt bewegen, zur Unbedeutsam-

keit verurteilen zu lassen. Deshalb ist die Politik Mussolinis bestrebt, das italienische Volk zu einer lebhaften und freien Fruchtbarkeit zu bringen. An Stelle der Geburtenbeschränkung entsteht das Problem der Vergrößerung des nationalen Gebietes, in dem dann der Überschuß der Bevölkerung Arbeit und Brot finden soll.

Italien und Libyen

Seit 1934, dem Anfang der Eroberungen in Äthiopien, kennt die italienische Politik als erstes Ziel die Ausbreitung der einheimischen Bevölkerung. In dieser typischen Haltung unterscheidet sie sich von der Kolonialpolitik aller anderen Weltmächte.

Einen Zyklus von Kolonisierungen, den man auf Grund gewisser Formen als religiös bezeichnen könnte, hat es in der Geschichte schon gegeben. Es ist jener der Portugiesen und Spanier, die die eingeborenen heidnischen Bevölkerungen zum Christentum bekehren wollten und abwechselnd ihre Kaufleute und ihre Missionare als Träger des Kreuzes und des Wortes Gottes in die Kolonien entsandten. Dann gab es einen Zyklus der kaufmännischen und militärischen Kolonisation. Es ist derjenige der Franzosen und Briten, und zum Teil auch der Holländer, die die Volksstämme und den Reichtum der überseeischen jungfräulichen Gebiete ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht und ihrer militärischen Befehlsgewalt unterwerfen wollten. Diese Kolonisationsarten, die einander bis zur Schwelle des 20. Jahrhunderts ablösten, tragen zwei hauptsächliche Charakterzüge. Sie differenzieren die Kolonialgebiete von dem nationalen Gebiet durch ein Isolierungssystem serviler Abhängigkeit. Sie beabsichtigen eine Ausbeutung der Kolonialgebiete und deren Bevölkerung zugunsten des Kapitalismus und der nationalen Politik, ohne Gegenleistung, d. h. ohne Investierung der Arbeitskraft und der Aufbaukraft der weißen Bevölkerung, die nur von der Staatsbürokratie, von der militärischen Befehlsgewalt, von den Banken und von den großen Agenten der kaufmännischen Spekulation vertreten ist.

Für Italien dagegen soll die Kolonie, soweit es möglich ist, eine Fortsetzung des nationalen Gebietes darstellen. Sie soll das Absatzgebiet der natürlichen Expansion der Nation mit seinen Menschen und seinen Lebensgebräuchen sein. Zwischen der Kolonie und dem nationalen Gebiet darf es keine Trennung geben über diejenige hinaus, die durch das Meer

bedingt ist und die durch verschiedene geographische Breiten und das Wesen der barbarischen eingeborenen Bevölkerung gegeben erscheint. So entsteht im faschistischen Italien das Imperium des Volkes. Es ist dies ein neuer Kolonialtyp, der sich seines exotischen Charakters entkleidet hat und eine vollkommen natürliche bevölkerungsmäßige Fortsetzung des Mutterlandes darstellt. Dieser Kolonialtyp stellt nicht mehr den Imperialismus dar mit seinen Vorherrschaftsgelüsten, der dem Machthunger über andere Nationen entspringt; er bedeutet ein Imperium der Arbeit, das sich als ein natürliches Phänomen des Wachstums der Nation und ihrer menschlichen und zivilen Belange ergibt. Unter den verschiedenen Kolonisationsformen ist dieser Typ heutzutage wirtschaftlich der natürlichste und politisch der berechtigte. Er setzt aber ein kolonisationsfähiges Volk voraus mit allen notwendigen organisatorischen Fähigkeiten und Plänen, ein fruchtbares kühnes Bauernvolk, das fähig ist, sich durch Massenauswanderungen zu verbreiten und das voll Widerstandskraft und Zähigkeit das harte Leben auf dem unberührten Boden auf sich nimmt.

Die italienische Bevölkerungspolitik in Libyen und in Ostafrika ist im guten Fortschreiten. Hier werden, zusammen mit dem Apparat einer Zivilregierung für die Eingeborenen, die Grundlagen eines neuen italienischen nationalen Lebens gelegt. Straßen und Wasserleitungen, Kirchen, Schulen und Krankenhäuser, handwerkliche Betriebe begleiten die Errichtung der Bauerngüter auf kolonialem Boden und die Pionierarbeit italienischer Bauern und Arbeiter.

Die Kolonisation Libyens hat in der neuen Form einer weißen Masseneinwanderung erst 1933 begonnen. Die vorhergehenden 20 Jahre italienischer Besetzung sind zum großen Teil auf Grund der verschiedenen kolonialen Auffassung der früheren italienischen Regierungen, die derjenigen der anderen Demokratien ähnlich war, verlorengegangen. Der Weltkrieg vor allem mit seinen 680000 italienischen Gefallenen und die darauffolgenden Guerillakriege in Libyen mit den Hilfeleistungen aus Tunis und mehr noch aus Ägypten und dem angloägyptischen Sudan, haben zu diesem Verlust beigetragen. Die erste Phase der italienischen Kolonisation in Nordafrika erfolgte also in Übereinstimmung mit der europäischen Tradition. Sie hat der Kolonie die großen Konzessionsnehmer industrieller Art gebracht. Mit ihrer ersten Initiative wurde die Urbarmachung der Wüste in Angriff genommen. Dadurch ergab sich allerdings nur für den Groß-

grundbesitz die spärliche Möglichkeit einer Einwanderung und eine Vergrößerung der Pflanzungen. Im Oktober 1922, als der Faschismus die Macht ergreift, tritt eine grundsätzliche Änderung ein. Von da an beginnt ein stärkerer Zustrom italienischer Arbeiter in die Betriebe der Konzessionsnehmer. Der eingeborenen Bevölkerung wird nichts fortgenommen, es eröffnen sich für diese im Gegenteil neue Arbeitsmöglichkeiten. Durch die Einbeziehung in die Staatsdomänen der unbebauten und unbevölkerten Gebiete wird die bodenmäßige Grundlage für die nationale Bevölkerungsausbreitung geschaffen.

Schon sind 770 000 ha Land von 1922 bis Ende 1939 auf diese Weise in Libyen verstaatlicht worden, um der Arbeit der Weißen übergeben zu werden. Seit 1922 konnten 257 749 ha an weiße Siedler als Konzession zur Verteilung kommen. Aber nicht alle Gebiete Libyens eignen sich für die Besiedlung. Die Anzahl der Quadratkilometer genügt nicht, wie bei anderen kolonialen Besitzungen, um den wirklichen wirtschaftlichen Wert der italienischen Besitzungen zum Ausdruck zu bringen. (Italien kam leider erst dann zu Kolonien, als die fruchtbarsten und reichsten Gebiete schon von anderen Nationen besetzt worden waren.) In Libyen z. B. sind Klima und Raum sehr verschieden und viel weniger günstig, als in anderen Gebieten Nordafrikas. Deshalb ist die weiße Kolonisation nur in einigen Zonen möglich: im westlichen Libyen zwischen der Hochebene Gebel und dem Meere, im östlichen Libyen beinahe nur auf der Hochebene. In den ungeheueren Zonen mit Wüstenklima gibt es keine Lebensmöglichkeiten. Die italienische Kolonisationsarbeit dringt jedoch vor bis zur äußersten Grenze.

Das Gesetz vom 7. Juni 1928 legt die Grundlage für eine wirkliche italienische Besiedlung der Kolonie durch Bauern. Die individuelle und episodenhafte Kolonisation wird ersetzt durch die Massenkolonisation, die vom Staat organisiert und geleitet wird. Hierdurch werden in diese Gebiete Wellen von Bauernfamilien, lebendige Teile der italienischen Nation überführt.

Der erste Versuch einer solchen Besiedlung, die kein Gegenstück in der Kolonialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts hat, wird in Tripolitanien gemacht. Die Regierung der Kolonie überweist der italienischen Tabakzentrale (AZIENDA DEI TABACCHI ITALIANI) 1000 ha in der Umgebung von Tigrina zur Ansiedlung italienischer Bauernfamilien. Heute hat die Tabakzentrale in dieser Gegend schon 273 Bauern-

familien angesiedelt, die nach drei Jahren Arbeit in den Besitz der Bauerngüter gelangt sind.

1932 wird eine Körperschaft zur Kolonisierung der Cyrenaika (ENTE PER LA COLONIZZAZIONE DELLA CI-RENAICA) gegründet, die sich auf den von Mussolini vorgeschriebenen Linien in eine größere Körperschaft zur Kolonisierung Libyens umwandelt. Dieser Körperschaft, der sich auch das nationale Institut der Sozialversicherungen (Istituto Nazionale della Previdenza Sociale) anschließt, verdankt man zum großen Teil die Besiedlung Libyens.

Am 28. Oktober 1938 sticht die größte Bauernflotte der Weltgeschichte von den italienischen Häfen aus in See und verpflanzt 20000 Bauern an die Küsten Nordafrikas. Rund 1800 Familien sind es, die nach Libyen fahren, um dort 1800 Bauernhäuser mit ebensoviel Bauerngütern zu beziehen. Die Massenbesiedlung wird 1939 fortgesetzt und soll in den folgenden Jahren noch weiter ausgedehnt werden. Anfang 1940 waren bereits 3550 Bauernfamilien mit zusammen 31000 Menschen verpflanzt und auf 113 760 ha mit neuen Flecken und Dörfern verteilt, die man aus dem Nichts geschaffen hatte.

Den Bauern mit ihrer produktiven Arbeit folgen die Handwerker und Kaufleute, die Ärzte und Ingenieure, die Priester und die Schullehrer. In ihrer elementaren Struktur reproduziert sich an der afrikanischen Küste die nationale italienische Gemeinschaft. In ihr wächst ein neues Italien heran, das einer Fortsetzung seiner jahrtausendealten Geschichte fähig ist. Hier enthüllt sich der Kolonialkrieg in seiner hohen Mission. Er erscheint nur als notwendiges Übel, das manchmal notwendig ist, um der produktiven Arbeit den Weg zu erschließen. Den Waffen folgen Spaten und Hacke. Am 31. Juli 1939 betrug die in Libyen ständig anwesende Bevölkerung, mit Ausnahme des Militärs, 110660 Italiener gegenüber 801529 Eingeborenen. In der Stadt Tripolis, der Hauptstadt, leben 43012 Italiener.

Die Auswanderung der italienischen Bauern nach Afrika verändert ihre soziale Stellung von Grund auf. Italien verlassen sie als Tagelöhner aus der grauen Masse des landwirtschaftlichen Proletariats, und werden mit ihrer Arbeit in Afrika zu Eigentümern des von ihnen bearbeiteten Landes. Der große Plan der intensiven völkischen Besiedlung Libyens hat aber auch das Ziel, in Italienisch-Afrika schnell den kleinen italienischen Landbesitz zu schaffen. Durch seine Arbeit als Pionier und Kolonisator erhebt sich auf diese Weise der

italienische Bauer neben seiner nationalen Mission zur sozialen Würde. Sein Kolonisationskontrakt entwickelt sich in drei Phasen. In der ersten Phase ist der Bauer nur Angestellter mit Gewinnanteil an dem Bauerngut, das ihm anvertraut ist und das je nach dem Gebiet und den landwirtschaftlichen Möglichkeiten sich über 10 bis 60 ha erstreckt. In der zweiten Phase, die vier Jahre währt, wird der Bauer Teilhaber für die Hälfte des Gewinnes (mezzadro). In der dritten Phase, in der er durch seine Ersparnisse die von der Körperschaft verauslagten Ausgaben zurückzahlt, erwirbt er langsam den Boden und wird schließlich freier Eigentümer. Der Boden wird nicht geschenkt, sondern durch Arbeit verdient. So wird er dem neuen Eigentümer heilig, der ihn nicht mehr verläßt und seinen Nachkommen vererbt.

Von überaus großem Wert für die Besiedlung war die Wasserbeschaffung. Dort, wo die Wüste herrschte, sind nach langen und mühseligen Nachforschungen unterirdische Gewässer entdeckt und Artesische Brunnen angelegt worden, die die wüsten Landstrecken in fruchtbaren Boden verwandeln. Um den Menschen und der Landwirtschaft in Cyrenaika das Wasser zu liefern, wird eine große Wasserleitung von 150 km Länge mit verschiedenen Abzweigungen erbaut, die den Bedürfnissen von 40000 Italienern in der Zone von Cyrene und von Barce dient.

Die Resultate dieser neuen italienischen Politik zeigen sich bald. 1939 sind schon 1500 ha Boden bewässert. Die Weizenproduktion in Libyen ist von 150000 Doppelzentnern im Jahre 1937 auf 250000 Doppelzentner im Jahre 1939, trotz der schlechten Ernte, gestiegen. Während jährlich durch neuen Zuzug die Bevölkerung Libyens zunimmt, nähert sich Libyen bezüglich der wichtigsten Lebensmittel schon der Autarkie. Die Aufforstung, die sich über 1471 ha erstreckt, bringt das Grün in die gelbe Wüste, korrigiert das Klima und liefert der italienischen Industrie wertvolle Produkte. Neben der italienischen Landwirtschaft entstehen inzwischen neue handwerksmäßige und industrielle Betriebe. Die Arbeit bringt hohen Nutzen und eröffnet dem italienischen Zufluß neue Möglichkeiten. So erneuert sich auf afrikanischer Erde die Kultur Italiens in ihrer lebhaften expansiven Menschlichkeit und mit ihren aktivsten und bleibenden Werten. Die von den Menschen gemiedene Wüste verschwindet und wird durch fruchtbare, bebaute und bevölkerte Gebiete ersetzt. Die Armut tausender italienischer Bauernfamilien, die früher unter dem Druck der Bevölkerungsdichte ihrer Ursprungs-

heimat standen, verschwindet, und es entsteht in Afrika der kleine italienische Landbesitz mit seinem hohen wirtschaftlichen und sozialen Wert und seiner ausgleichenden und die nationale Gemeinschaft schützenden Wirkung.

Italien und Äthiopien

Größer und schwieriger noch ist die Aufgabe, die Italien in Äthiopien mit der Besiedlung durch italienische Bauern auf sich nimmt. Die Gebiete sind hier unermesslich. Sie sind von verschiedenen Rassen bewohnt, die zum Teil ruhig und arbeitsam, zum Teil kriegerisch und räuberisch veranlagt sind, und die alle im Augenblick der Eroberung sich in dem barbarischen Zustand befinden, in dem sie durch das Feudalregime der Sklavenhalter des alten Kaiserreiches belassen worden waren. Ein politischer Umbau muß deshalb nach der Eroberung der Siedlungsarbeit vorangehen. Die Feudalherrschaft der eingeborenen Häuptlinge wird in jeder ihrer Formen aufgehoben. Es wird das System einer direkten und zentralisierten Regierung geschaffen, die nicht mehr irgendeine Autorität der verschiedenen Ras und örtlichen Feudalherren anerkennt, mit Ausnahme derjenigen, die als Bindeglied zwischen der italienischen Regierung und der eingeborenen Bevölkerung dient. Durch dieses System der Autorität und des Ältestentumes tritt Italien in seiner aufbauenden Arbeit direkt an die eingeborenen Massen heran und auch an die noch unbevölkerten Gebiete des Kaiserreiches, ohne daß seine Aktion durch den schwerfälligen Apparat einer alten und dunklen Welt, die nunmehr definitiv gefallen ist, getrübt würde.

Das italienische Imperium in Afrika, das nunmehr zusammen mit den beiden früheren italienischen Kolonien Eritrea und Somalia, die den natürlichen Ausgang zum Roten Meere bilden, eine Einheit darstellt, hat vier Aufgaben zum Ziel: für zahlreiche italienische Familien ein lohnendes Siedlungsland werden, das eine eigene wirtschaftliche Unabhängigkeit, vor allem mit Lebensmitteln, garantiert; der italienischen Wirtschaft im Mutterland soll es nützliche Produkte und Rohstoffe liefern und mit seiner Arbeit und Produktion soll es ein neues italienisches wirtschaftliches Zentrum aufbauen, das fähig ist, neuen Handelsbeziehungen Leben zu geben, besonders mit den Ländern Afrikas und Asiens. Dieser Plan bedeutet für das Imperium die Übersiedlung eines Teiles der italienischen Nation nach Ostafrika, an die Grenze der tropi-

schen Zone mit allen Möglichkeiten ihren ursprünglichen produktiven und geistigen Fähigkeiten.

Das Imperium duldet keine leeren Gebiete. In der italienischen Auffassung ist es ohne Bevölkerung nicht vorstellbar. Man kann ein Imperium in seiner Daseinsberechtigung nicht begründen, wenn nicht als unmittelbaren Ausdruck der Eigenschaften und der kollektiven Fähigkeiten der Nation, die es erschafft. Zu einer Zeit, als Europa noch entvölkert und die Nationen noch nicht zu Einheiten in ihren wirtschaftlichen und zivilen Belangen zusammengeschlossen waren, konnte für ein Imperium nach der bewaffneten Eroberung die Spekulation abenteuerlicher Handelsgesellschaften genügen. Heute ist es die ganze Nation selbst, die mit ihren Menschen und nicht nur mit ihrem Geld in den Kolonialgebieten leben muß. Es ist das Volk selbst, das das wirtschaftliche Steuer der Kolonie in die Hand nimmt, um auf den neuen Gebieten diejenige Initiative zu entfalten, die es zu Hause nicht mehr auf Grund des Bevölkerungsdruckes ausüben konnte. Dies bedeutet eine wirklich völkische Anschauung der kolonialen Beherrschung, die den großen imperialen Demokratien völlig unbekannt ist.

Gibt es genügend Platz in Italienisch-Ostafrika für eine großzügige weiße Besiedlung? Es gibt dort sicher, trotz der Gegenwart der eingeborenen Bevölkerung — die sich als viel zahlreicher erwiesen hat, als nach den flüchtigen Berechnungen aus den Zeiten des Negus anzunehmen war — riesige, kaum bevölkerte, ja sogar völlig volksleere Gebiete. Besonders der Westen und der Südwesten des Landes sind durch mörderische Kriege, durch Epidemien und durch die Regierung der amharischen Herrscher entvölkert worden. In ihnen hat der Sklavenhandel und die barbarische Gleichgültigkeit gegenüber dem menschlichen Leben, wie z. B. in Kaffa, ganze Völker vernichtet. Die völkische italienische Kolonisation kann sich folglich ohne Verletzung der Interessen der armseligen eingeborenen Wirtschaft ausbreiten. Zu dem Problem des Raumes kommt noch das des Klimas und der Lebensmöglichkeiten. Sogar die Eingeborenen, die das heiße Klima gewöhnt sind, unterscheiden zwischen Gebieten, die einer produktiven Arbeit und einer Besiedlung zugänglich sind, die sie *uoina dogà* (Lebenszone) nennen, und den anderen Teilen. Diese Lebenszonen befinden sich in 1700 bis 2500 Meter Höhe. Nur hier ist Platz für ein bodenständiges Leben und für die Arbeit der Weißen, und hier ist das Arbeitsgebiet einer italienisch-völkischen Besiedlung.

Im Mai 1936, nach sieben Monaten eines siegreichen Krieges, ist die italienische Eroberung Äthiopiens zu Ende geführt worden. Ende 1939 schon war die Aufbauarbeit der Straßen, der Werke, der Häuser und der Wasserleitungen zur Schaffung der notwendigsten Bedingungen für eine italienische Besiedlung weit fortgeschritten.

Zuerst wurden durch zwar schnelle, aber aufmerksam durchgeführte Forschungen die Zonen bestimmt, die sich für ein italienisches Leben eignen. Sie befinden sich vor allem im Westen und im Südwesten, wie z. B. im Uollega, im Gimma, im Kaffa und in dem Gebiet der großen Seen und in einigen Gebieten um den Tanasee. Hier ist das Klima so gut wie dasjenige von Mittelitalien. Es besteht eine günstige Verteilung der Regenzeiten und eine Fülle von Wasserläufen. Der Boden ist fruchtbar und die eingeborene Bevölkerung sehr spärlich. Es muß jedoch alles von Grund auf begonnen werden. Die Staatsform des Negus hat hier nicht einmal die Anfangsgründe eines zivilen Lebens geschaffen. Selbst Verkehrswege nach dem Inneren des Kaiserreiches, nach den großen Märkten, bestehen nicht. Weniger fruchtbar, aber noch günstiger für eine italienische Besiedlung sind viele Gebiete des Harar und einige zentrale Zonen des Kaiserreiches — z. B. die Gebiete, die gegen das Tal des Auasc liegen —, die durch ein sich schnell entwickelndes Straßennetz sehr begünstigt sind. Hier entstehen und breiten sich die ersten Teile der italienischen Besiedlung in Ostafrika aus.

Man dringt schrittweise vor. Innerhalb des Systems der großen Straßen, beginnend mit den Gebieten, die den großen Lebenszentren am nächsten sind, werden Gruppen von Bauerngüter für ganze Familien geschaffen. Für diejenigen Bauern, die in Ostafrika mitgekämpft haben, besteht für die Besiedlung ein Vorzugsrecht. Hierin drückt sich noch einmal ganz typisch der Charakter der italienischen Ausbreitungspolitik aus. Die Eroberung ist niemals Zweck an sich, sie sucht kein rhetorisches Prestige oder eine anmaßende Herrschaft aufzustellen. Sie bereitet nur die Aufschließung des Bodens und die Ausbreitung der kolonialen Arbeit der weißen Bevölkerung vor. Deshalb wird der Kämpfer, der als Bauer auf die Felder seiner vergangenen Schlachten zurückkehrt, mit seiner ganzen Familie auf seinen neuen Boden gerufen. Die Familie stellt die lebendige Zelle dar, mit der das Gewebe der neuen italienischen Nation auf überseeischem Gebiete gewoben und ausgebreitet wird.

In Ostafrika wie in Libyen erscheint der Bauer auf seinem

neuen Boden als Proletarier, wird aber schnell durch seine Arbeit in fünf bis sieben Jahren zum Eigentümer. In Ostafrika wie in Nordafrika wird die völkische Kolonisation nicht der freien Initiative individueller Interessen überlassen, sondern der Staat leitet und steuert mit organischen Plänen und mit einer disziplinierten Bewegung die Massen.

Der Staat teilt dann die Aufgaben und die Gebiete, die zu besiedeln sind, unter Körperschaften auf, die fähig sind, mit allen notwendigen finanziellen, technischen und sozialen Hilfsmitteln diese Aufgabe zu bewältigen. Heute entwickelt das Nationale Kombattantenwerk (*Opera Nazionale dei Combattenti*) seine Tätigkeit in Scioa, die Körperschaft „Romagna d'Etiopia“ wirkt in Amhara in den Gebieten des Uogerà, die „Puglia d'Etiopia“ im Harar in der Gegend des Cercer und die „Veneto d'Etiopia“ in der Provinz der Galla e Sidamo in einem Teile des Gebietes von Gimma.

Überall ist die Arbeit so weit fortgeschritten, daß man schon mit der Übersiedlung der Bauern begonnen hat. Das Nationale Kombattantenwerk hat 1938 die Besiedlung zweier riesiger Güter, die früher dem Negus gehört hatten und durch Sklavenarbeit betrieben worden waren — Olettà und Biscioftù, nicht weit von Addis Abeba —, in Angriff genommen. Es schafft hier Bauerngüter von 50 bis 60 ha für extensive Bebauung, die mit dem Fortschritt der Produktion und mit der Vergrößerung der Anzahl der Bauernfamilien und dem wachsenden Bedarf der umliegenden Märkte in eine intensive Kultur umgewandelt werden soll. Eine dritte Zone von vielen Zehntausenden Hektar wird für die kommenden Jahre im Tale des oberen Auasc, auch in der Nähe von Addis Abeba, vorbereitet. Zu Beginn von 1939 hatte das Nationale Kombattantenwerk schon 98 Häuser erbaut und die Lage der Güter und den Plan für die Bebauung festgelegt. Im Monat März kamen dann, um ihre vorausgefahrenen Familienhäupter zu erreichen, auf den neuen äthiopischen Bauerngütern die ersten 56 Familien mit insgesamt 237 Frauen und Kindern an. Nicht weniger aktiv zeigen sich die anderen Körperschaften, die zur Kolonisation Ostafrikas gegründet worden waren. Im Februar 1938 kamen in Cercer die ersten 105 Bauern des „Ente Puglia“ an. Am 1. April 1938 trafen in Dabat im Amhara die ersten 124 Familien des „Ente Romagna“ ein, der bis jetzt schon 1700 ha bebaut hat und 1941 zu einer Verteilung von 5600 ha als Bauerngüter gelangen soll.

Neben dieser Massenbesiedlung entwickelt sich auch eine

weiße Besiedlung individueller Natur. Das Ministerium für Italienisch-Afrika verleiht direkt Boden für die landwirtschaftliche Bebauung an Landwirte, die über die nötigen technischen und finanziellen Mittel verfügen. Seinerseits hat der Bund der Landwirte (Confederazione degli Agricoltori) ein Konsortium unter den italienischen Pflanzern gegründet, die kleinere Konzessionen haben wollen und die sich verpflichten, selbst mit eigenen Händen und mit ihren Familien den ihnen zugewiesenen Boden zu bebauen.

Daneben bleibt, immer zusammen mit dieser völkischen Kolonisierung mit Weißen, die kapitalistische und industrielle Kolonisation, die sich auf die Eingeborenearbeit stützt. Sie ist vor allem nötig in den tropischen Gebieten. Sie hat die wirtschaftliche Aufgabe, das Kaiserreich von jeder Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte zu entlasten und die Ausfuhr nach Italien und nach anderen Ländern zu beleben.

Die völkische Kolonisierung erschöpft jedoch nicht die wirtschaftliche Aktivität des Kaiserreiches. Italien hat die Absicht, in Äthiopien eine sich selbst genügende wirtschaftliche Kultur zu errichten, in allen ihren Formen, nicht nur landwirtschaftlich, sondern auch industriell und kaufmännisch. Die Gebiete Äthiopiens sind für diese Aufgabe günstig. Die Kraft italienischer Arbeit, die über die nationalen Möglichkeiten hinaus einen Ausgang nach Überseegebieten sucht, erschöpft sich übrigens nicht in der Landwirtschaft, sondern erstreckt sich auch auf handwerkliche, industrielle und kaufmännische Tätigkeit. Es ist eine ganze Nation, die sich mit jeder ihrer Tätigkeiten in das Kaiserreich verpflanzt. Zu Beginn von 1940 waren in Äthiopien schon 4007 industrielle Betriebe eröffnet worden mit einem Gesamtkapital von 2,7 Milliarden Lire und ferner 4785 Handelshäuser mit einem Gesamtkapital von 1,1 Milliarden Lire. Alle diese Unternehmen zusammen ergeben mit den landwirtschaftlichen Betrieben ein Privatkapital von 5 Milliarden, das nach Ostafrika gebracht wurde.

Das Resultat dieser italienischen Besiedlung, die in Ostafrika kaum erst begonnen hat, wird durch die Ergebnisse der ersten unvollständigen Zählungen erläutert. Ende 1939 waren schon 2000 Landwirte und Bauern mit ihren Familien übergesiedelt. Auf dem ganzen äthiopischen Gebiet zählt man schon 250000 Italiener, die Truppen ausgenommen, gegenüber 6000 Europäern zu Zeiten des Negus. Ende Januar 1940 waren in Addis Abeba 38882 Italiener ansässig. Unter den anderen Provinzhauptstädten befanden sich Ende Februar 1940

in Gimma schon 13 170 und in Harar Mitte Juli 1939 4265 Italiener, während in den alten italienischen Kolonien in Asmara 50729 und in Mogadiscio 9440 italienische Siedler gezählt wurden.

Die italienische Kolonisation von Ostafrika ist jedoch nicht nur ein Sicherheitsventil für die notwendige italienische Auswanderung. Sie hat auch einen imperialen Geist und eine imperiale Form. Sie will das Bewußtsein der internationalen Macht Italiens heben. Das italienische Volk, das im gleichen Maße arbeitsam wie kriegerisch ist, das noch gesund in seiner Jugend und fähig zu kühnen Taten und Opfern ist, breitet sich in Afrika aus mit der Absicht, seine nationalen Grenzen und seine Gegenwart in der Welt zu erweitern. Es ist nicht nur von der Erinnerung des antiken Roms inspiriert. Die lebende Wirklichkeit ist es, die es groß und stolz macht in dem Bewußtsein seines Rechtes auf einen geachteten Platz — nicht mehr als Leibeigener, sondern als Herr unter den anderen Herren-Völkern der Erde.

Italien und die Eingeborenen

Italien wuchs durch die Eroberung Äthiopiens zum Imperium. Zum Unterschied von beinahe allen anderen Kolonialbesitzungen ist es nicht nur das zufällige Resultat einer in dem betreffenden Augenblick der Geschichte dominierenden Militärmacht. Es ist dagegen, wie wir gesagt haben, die natürliche Konsequenz des Wachstums der italienischen Nation, die Synthese ihrer politischen und geistigen inneren Entwicklung, die durch den Faschismus hervorgerufen worden war. Das Imperium ist ein außerordentlich wichtiger Faktor für den Bevölkerungsüberschuß Italiens, aber mehr noch für seine Wirtschaft und seine Finanzen. Daher liegt seine Verteidigung vor allem in der Verteidigung der italienischen Rasse, die das Kolonialland bevölkern muß, nachdem sie es geschaffen hat. Die italienische imperiale Politik setzt also in ihren Kolonialgebieten wie auch auf nationalem Gebiet eine scharfe Trennung der Rassen voraus. Italien schickt in die Kolonien große Massen italienischer Arbeiter mit der Aufgabe, definitiv überzusiedeln, zu produzieren und sich zu vermehren, um neue und immer größere Zentren der italienischen Nation zu schaffen. Es setzt voraus, daß die typischen nationalen Fähigkeiten dieser Menschen intakt bleiben. Wenn in dauernder Verbindung mit der neuen, zu zivi-

lisierenden barbarischen Welt diese Massen ihren Originalcharakter verlieren oder ändern würden, so würde die Mission selbst, die das faschistische Italien seinen Kolonialpionieren auferlegt, zunichte werden.

Es ist nunmehr allgemein bekannt, daß die Blutkreuzungen zwischen Weißen und Farbigen, die Vermengung der Beziehungen und des Lebens zwischen Europäern und Eingeborenen Menschenmaterial hervorbringt, das nicht nur minderwertig, sondern für die europäische Kultur gefährlich ist. In den Lehren der Wissenschaft wie auch in denen der Geschichte erscheint das Mestizentum als eine furchtbare geistige und soziale Pest. In ihm deformieren sich und gehen die ursprünglichen Eigenschaften seiner Urheber zugrunde. Das Mestizentum ist eine dauernde Anklage gegen die Fehler, durch die es hervorgebracht wurde. In jedem Lande ist die Gegenwart von Mestizenmassen der Grund wirtschaftlicher, politischer und geistiger Unruhen.

Sehr anschaulich sind hier die Berichte, die seit 1923 vom Internationalen Kolonialinstitut in Brüssel von den Delegierten Frankreichs, Portugals, Belgiens und Hollands vorgelegt wurden über die zahlreichen Mißstände des Mestizentums in ihren Besitzungen. In seinem Buch „Crépuscule des Nations Blanches“ hat der Franzose Muret das physiologische Übergewicht und deshalb das vorherrschende Absorptionsvermögen der primitiven menschlichen Typen in ihren Kreuzungen mit höherentwickelten Rassen bewiesen. Im Mestizentum zerfällt die Kulturrasse, ohne daß sich die primitive Rasse erhebt. Die letztere verliert darin nur ihren primitiven und gesunden Charakter.

Die freie Kreuzung zwischen Italienern und Eingeborenen in Afrika würde folglich eine Nachkommenschaft verursachen, die in nicht mehr gutzumachender Weise alle hohen menschlichen Fähigkeiten verloren hätte. Dies würde in wenigen Generationen den Untergang jener typischen Eigenschaften der italienischen Rasse bedeuten, durch die das Imperium erobert wurde und seine völkische Besiedlung erfolgt.

Hier hat man den ersten Grund einer sauberen Rassenpolitik Italiens. Die Proklamation des Imperiums erfolgte am 9. Mai 1936. Das erste Eingreifen der italienischen Regierung zum Schutz der Rasse geschah am 1. Juni des gleichen Jahres. Durch dieses Eingreifen wird ein Schutzwall gegen die Ehen und den zerstörenden Kontakt zwischen Italienern und Eingeborenen aufgerichtet. Noch strengere Formen ergeben

sich durch das Gesetz vom 19. April 1937, durch das dem Rassenprestige ein konkreter politischer Wert verliehen wird. Nach diesem Gesetz wird das Zusammenleben eines italienischen Staatsbürgers mit einem eingeborenen Untertan als Straftat angesehen und mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft. Im gleichen Geiste dieses Gesetzes wird bei der Stadtplanung für die alten und neuen Städte und für die Lebensgewohnheiten in der Kolonie die Trennung zwischen Eingeborenen-Vierteln und italienischen Vierteln eingeführt und dies Prinzip auf die verschiedenen Gebiete des Lebens und der Beschäftigungen angewendet.

Das Gesetz wäre jedoch ungenügend, wenn es nicht eine günstige geistige Haltung zur Grundlage hätte. Die italienische Rasse in der Kolonie könnte sich nicht verteidigen ohne ein hohes geistiges Moment, das ihr aus dem Bewußtsein ihres Wertes und ihrer Pflichten erwächst, und ohne die Gegenwart der Frau und der gesamten Familie. Aus diesem Grunde ruft die völkische Besiedlung in Italienisch-Ostafrika wie in Libyen auch die Frau. In den Gebieten in Übersee hat sie eine hohe und stillschweigende Mission, die darin besteht, die italienische Familie, nachdem sie sie gegründet hat, in ihrer körperlichen und geistigen Unversehrtheit zu erhalten. Die gesunde italienische Frau, die widerstandsfähige und liebevolle Gefährtin ihres Mannes und ihrer Kinder, läßt sich nicht entmutigen. Sie folgt dem Manne, kaum daß er den Boden gerodet und das Haus erbaut hat. Im Juni 1936 betrug die Zahl der in Addis Abeba anwesenden italienischen Frauen nur fünf. Am 31. Juni 1939 waren es schon 4010 und am 31. Januar 1940 sogar 6556.

Diese Verteidigung der Rasse in den afrikanischen Gebieten hat wesentlichen Wert für die Macht und die Zukunft der kolonisierenden Nation und nicht minder für das Schicksal der gesamten europäischen Kultur. Diejenigen imperialen Nationen, die in der Verteidigung der Rasse gleichgültig oder unfähig sind, gehen einem Untergang ihrer Macht und ihrer europäischen Mission entgegen. Folgeschwer ist hier z. B. der Zusammenbruch Frankreichs, das heute 53,5 Prozent Mestizen in Guajana, 49,5 Prozent Mestizen in Martinique und 50 Prozent in Guadalupe besitzt. Ebenso trostlos ist das Mestizentum, das sich in Holländisch-Indien entwickelt hat und das die Trennung Hollands von seinen so überaus reichen Gebieten verursachen kann. In dem Schicksal der Imperien wie auch im Schicksal der einzelnen Nation ist der Rassenfaktor von ausschlaggebender Bedeutung.

Die italienische Rassenpolitik schließt jedoch eine Zusammenarbeit mit den eingeborenen Stämmen nicht aus, noch weniger will sie deren Vernichtung, wie es z. B. in der Neuen Welt durch den Siegesmarsch der amerikanischen Waffen geschehen ist. Italien betrachtet die eingeborenen Stämme Libyens und Ostafrikas als ein Hauptobjekt seiner kulturellen Mission und seines imperialen Planes. Aus diesem Grunde stellt Italien die Eingeborenen unter seinen Schutz, hält sie zur produktiven Arbeit an und bereitet ihre langsame Entwicklung zur Zivilisation vor.

Die Ausdrucksformen dieser Politik sind natürlich verschieden, da ja auch die eingeborenen Rassen und ihre ursprünglichen Lebensbedingungen verschieden sind. In Libyen z. B. müssen zwei Zonen unterschieden werden, nicht nur bezüglich des Klimas und des Raumes, sondern auch hinsichtlich der Bevölkerung. Es gibt eine innere Zone, die Libysche Sahara, die von negroiden Rassen, die beinahe alle Nomaden und nicht entwicklungsfähig sind, bewohnt ist. Für diese Menschen genügt ein patriarchalischer Schutz, der sie in ihren elementaren Lebensbedürfnissen unterstützt. Ferner gibt es ein Küstengebiet, das von Arabern und Berbern bewohnt wird. Diese zählen zu den höherstehenden Rassen, in denen sich der Einfluß der mittelmeerländischen Kultur widerspiegelt, nur verändert durch die langen dunklen Jahrhunderte der Seeräuberherrschaft und des barbarischen türkischen Regimes. Diese Zone ist stark entwicklungsfähig. Sie kann den Geist und das Gesetz der weißen Kultur assimilieren und ist eines Zusammenlebens und einer Zusammenarbeit mit der italienischen Rasse fähig. An den Küsten Libyens ist in den vier nach dem Muster der Heimat organisierten Provinzen Tripolis, Misurata, Benghasi und Derna für die Araber eine neue Art kleiner Staatsbürgerschaft geschaffen worden, durch die sie in das Leben des italienischen Imperiums eingefügt werden.

Der wirtschaftliche Schutz der libyschen Stämme unterliegt der besonderen Aufmerksamkeit des Staates. Die Gleichheit der Löhne wird gewährleistet, und die Spekulation mit der Arbeit wird unterbunden. Mit besonderen Krediten wird die Bestellung der eingeborenen Landwirtschaft unterstützt, und zwar von der Küste bis zur innersten Oase. Durch Anpflanzungen von Wäldern schützt man die Oasen vor der Überflutung durch den Sand. Neue Brunnengrabungen und die Aufstellung von Windmotoren versorgen das ganze Gebiet mit dem notwendigen Wasser. Pflanzen und Saatgut, Arbeits-

werkzeuge und Geldprämien an die fleißigsten Landwirte kommen zur Verteilung. Um wenigstens einen Teil der Nomadenstämme, die von ihren Herden leben, zu einem sesshaften Leben und zur Landwirtschaft zu führen, wird eine entschlossene Aktion unternommen. Der Übergang vom Hirtentum zur Sesshaftigkeit hat immer für die Völker in der Geschichte der Menschheit den Aufstieg in eine höhere Phase des Lebens und der Wirtschaft bedeutet, den Anfang zu einer wirklichen Kultur. Die Aktion, die gegen die jahrtausendealte Tradition der nomadischen Hirten entfaltet wird, ist also einer der ausdrucksvollsten Versuche der italienischen Zivilisierungspolitik. Ein Dekret vom 3. April 1937 verfügt die kostenlose Überlassung von Gebieten aus den Staatsdomänen an libysche Bürger unter der Bedingung, diese Flächen zu bebauen und stellt ihren späteren Besitz in Aussicht. Ende 1939 wurden allein in der Provinz von Tripolis 109 Anträge zur Gewährung dieser Konzessionen für ebenso viele arabische Familien gestellt. Für dieses neue sesshafte Leben der Eingeborenen werden neue Dörfer erbaut. Mit ihnen wächst an der Seite der italienischen Kolonisation eine neue arabische Kultur.

Über den wirtschaftlichen Schutz hinaus entwickelt die italienische Politik auch eine soziale und moralische Hilfe für die eingeborene Bevölkerung. Die Schulen stehen auf einem sehr entwickelten Niveau. Die türkische Herrschaft hatte in Libyen nur Koranschulen für die verschiedenen Zävie einzurichten gewußt. Diese Schulen in einer armseligen Umgebung begnügten sich mit dem religiösen Unterricht einiger Koranverse in dem Dialekt des Ortes. Das Analphabetentum und die geistige Armut waren immer die unzertrennlichen Gefährten jenes Regimes. Italien respektiert die Koranschulen, aber es fügt in jedem Dorfe noch eine italienisch-arabische Elementarschule mit zweisprachiger Unterweisung durch italienische Lehrer mit Unterstützung arabischer Lehrer hinzu. Auch Berufsschulen werden errichtet, um die Jugend für das Handwerkertum und die Landwirtschaft auszubilden. Mädchenschulen sollen die Frau sozial und damit auch ihre Stellung in der Familie heben.

Noch verwickelter ist in Äthiopien die italienische Politik der Mitarbeit und der Hilfe für die eingeborene Bevölkerung.

Trotz der Auflehnung der 52 Sanktionsstaaten, die das Kaiserreich des Negus als einen harmlosen Kulturstaat hinstellten, der beinahe den kleinen und sauberen europäischen Demokratien ähnlich sei, ist Äthiopien bis zum Mai 1936 ein

barbarisches und unruhiges Agglomerat von Menschen, die einzig und allein durch das völlige Fehlen aller kulturellen Attribute miteinander Ähnlichkeit hatten. Drei charakteristische Linien treten in Erscheinung: Der Unterschied der Rassen in diesem Menschenhaufen, das Weiterleben eines harten Feudalregimes, das diese Menschen unter dem Anstrich einer einheitlichen Staatspolitik beherrschte, und die primitive Wirtschaft, die sich auf die Arbeit der Leibeigenen und auf das Sklaventum stützte. Wenn vielleicht in Genf unbekannt, so ist es doch der europäischen Kultur bewußt, daß das äthiopische Reich des Negus das Resultat blutiger und grausamer bewaffneter Eroberungen gewesen ist. Durch sie hat sich der zentrale abessinische Staatskern nach Art von Kolonien die umliegenden Gebiete des Emirates von Harar, des Königreichs von Kaffa, des Königreichs von Uolamò und des Sultanates von Gimma unterworfen, die sämtlich rassisch, sprachlich, geschichtlich und in ihrer sozialen Struktur völlig verschieden sind. Durch die europäischen Dokumentierungen ist auch bekannt, daß das Regime dieses Reiches seinen Ausdruck in der abessinischen Ausbeutung der Arbeit der unterdrückten Stämme fand, die entweder durch das System des Ghebbär zur Leibeigenschaft heruntergedrückt oder aber versklavt das Opfer epidemischer Raubzüge und die tägliche Ware der Sklavenmärkte waren. Unter diesen Umständen konnte in Äthiopien bis 1936 keine Regierung bestehen, die fähig war, Ordnung zu schaffen und die den sozialen Schutz und die Gewährleistung der religiösen Freiheit der Völker übernommen hätte.

In ihrem Bericht über Äthiopien, der am 26. April 1932 dem Völkerbund vorgelegt wurde, schreiben die Engländer Lord Noel Buxton und Lord Polwarth, daß es unmöglich ist zu sagen, bis zu welchem Punkte in Äthiopien die Gesetze außerhalb der nächsten Umgebung der Hauptstadt bekannt seien und wo das Sklaventum aufhöre, die Grundlage des ganzen Wirtschaftssystems zu bilden.

Die italienische Politik der Zivilisierung gegenüber den äthiopischen Völkern mußte also vor allem die politische und soziale Form des alten Kaiserreiches beseitigen. Die Aufhebung der Leibeigenschaft und des Sklaventums erfolgte sofort, und die Menschenwürde wurde Millionen von Eingeborenen zurückgegeben. Der Respekt für die religiöse Freiheit der moslemitischen Bevölkerung, die größtenteils keine Abessinier sind, wird wiederhergestellt. Der Islam wird zur Gleichberechtigung mit der koptischen monophysitischen Re-

ligion der amharischen Bedrücker erhoben, die bis jetzt in Äthiopien die Herrschaft hatten. Es beginnt die Einführung hygienischer Maßnahmen, Errichtung von Schulen, Einführung eines gerechten Lohnes für die Arbeit und der Beginn einer landwirtschaftlichen und bürgerlichen Erziehung. In vielen Gegenden Äthiopiens muß zuerst einmal der Faktor Mensch geschaffen und aus der dunklen Barbarei gezogen werden, in die versunken er lebte.

Diese Politik der Hilfeleistung und des Schutzes, durch die zum großen Teil die eingeborene muselmanische Bevölkerung betreut wird, hat auch eine innere Rückwirkung auf die Islampolitik Italiens. Italien strebt dem Frieden im Mittelmeer und der Zusammenarbeit mit den Mittelmeervölkern zu. Unter diesen Völkern befinden sich auch die moslemischen Araber. Italien ist heute selbst eine große islamitische Macht. Es zählt 770 000 muselmanische Untertanen in Libyen und 5 Millionen in Ostafrika. Seine Politik sichert dem Islam die Lebensmöglichkeit und gewährt ihm mit seinen Kirchen Schutz und Freiheit der alten Traditionen der Schulen und der Rechtsprechung.

So ist das italienische Imperium auch eine Garantie des Friedens innerhalb seiner Grenzen wie auch in den Gebieten, die es umgeben.

Die Krise Frankreichs

Die Bevölkerungskrise Frankreichs ist bekannt. Weniger bekannt sind ihre einzelnen Erscheinungen, ihre Ursachen und ihre Auswirkungen. Ihre Ursachen zeigen sich kurz nach der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Lange Jahrhunderte hindurch erscheint die Bevölkerungsgeschichte Frankreichs von dauernden Umwälzungen beunruhigt, jedoch nie der Stagnation und dem Verfall anheimgefallen. Das 13. Jahrhundert zeigte eine hohe Fruchtbarkeit. Die Bevölkerung ist in ständigem Wachsen. Es kommt der Krieg der hundert Jahre und die Schwarze Pest, die Frankreich verwüsten. Aber schon im 14. Jahrhundert ist diese Erschütterung zu Ende, und die Bevölkerung wächst ununterbrochen durch das 15. und 16. Jahrhundert bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts. Mit den Religionskriegen, den Verwüstungen und den feindlichen Einfällen kommt ein neuer Verfall. Paris verliert die Hälfte seiner Bevölkerung, die von 400 000 auf 200 000 Einwohner zurückgeht. Der folgende

Frieden leitet eine neue nationale Fruchtbarkeit ein. Das Anschwellen der Geburtenzahl setzt sich auch während der Kriege Ludwigs XIII. und der ersten Kriege Ludwigs XIV. fort, die außerhalb Frankreichs geführt werden. Gegen Ende des Reiches Ludwigs XIV. tritt aber erneut eine Bevölkerungskrise in Erscheinung. Sie ist verursacht durch Kriege und Hungersnot. Allein im Winter 1709 sterben 2 Millionen Franzosen. Vom Anfang des Reiches Ludwigs XIV. bis zur großen Revolution wird von neuem ein Anstieg der Geburten sichtbar.

Während dieser ganzen Zeit haben die Schwankungen in der Bevölkerungsziffer Frankreichs offensichtlich äußere und mechanische Ursachen. Sie stellen jedoch nicht eine wirkliche Krise dar.

Anders jedoch sieht die Entwicklung im 19. Jahrhundert aus. Am Anfang der Revolution zählt man in Frankreich noch 940 000 Geburten im Jahr bei einer Bevölkerung von kaum 25 Millionen Einwohnern, was 38 Geburten pro 1000 Einwohnern entspricht. In den ersten Revolutionsjahren dauert der Anstieg noch an. Seit 1805 ändert sich das Bild. 1872 finden wir bei einer Bevölkerung von 36 Millionen eine Geburtenzahl von einer Million, das sind 28 pro 1000 Einwohner. 1935 beläuft sich die Geburtenzahl nur noch auf 650 000 bei 41 Millionen, d. h. 16 auf 1000 Einwohner. 1938 fällt diese Zahl weiter auf 610 000. Mit dem Verfall und der ungenügenden Geburtenanzahl geht die französische Bevölkerung nunmehr einem Stillstand und einer Verarmung seines Volkstums entgegen. Zwischen 1805 und 1851 hat die französische Bevölkerung um 8 222 000 Einwohner zugenommen, d. h. um 29 Prozent. Von 1851 bis 1901 hat sie nur noch um 4 229 000, d. h. 12 Prozent zugenommen. Zwischen 1901 und 1936 ist die Zunahme auf 1 225 000 gefallen, was nur 3 Prozent entspricht. Anfang 1940 lag die französische Bevölkerung unter 42 Millionen Einwohnern bei einer Dichte von kaum 76 Einwohnern pro qkm, was wenig mehr als der Hälfte der Dichte Italiens entspricht. Für lange Zeit hat sich die Abnahme der Geburtenziffer in Frankreich nicht bemerkbar gemacht, da sie von einer gleichzeitigen Abnahme der Sterbefälle begleitet war. Die Medizin und die Hygiene, die Erhöhung der Lebenshaltung und der Fortschritt der Zivilisation haben auch in Frankreich das menschliche Leben verlängert. Von 33 Jahren im 18. Jahrhundert steigt die mittlere Lebensdauer der Franzosen auf 38,3 im Jahre 1825 und auf 52,2 im Jahre 1925. Aber das menschliche Leben und seine

Dauer haben doch am Ende unüberwindliche Grenzen. Seit einigen Jahren hat nunmehr Frankreich die Minimumgrenze seiner Sterblichkeit erreicht. Von diesem Augenblick an kann der Geburtenrückgang nicht mehr durch einen äquivalenten Rückgang der Sterbefälle kompensiert werden und enthüllt sich in seiner Wirklichkeit. Die Wiegen werden von den Bahren übertroffen. Seit fünf Jahren ist die französische Bevölkerungsbilanz im Defizit, und zwar um 21000 Menschen 1935, 12080 im Jahre 1936, 11740 im Jahre 1937, 31000 im Jahre 1938. Ohne bewaffnete Konflikte oder tragische Epidemien verliert Frankreich seine Bevölkerung. Seit Beginn des neuen Krieges hat dieser Niedergang sicher eine große Beschleunigung erfahren.

So verkleinert sich Frankreich, trotz seiner noch 1919 erweiterten imperialen Macht, und geht dem Verfall entgegen. Ein französischer Gelehrter der *Statistique Générale de France*, Sauvy, rechnet damit, daß, wenn der heutige Satz der Geburten und der Sterbefälle der gleiche bleibt, die Bevölkerung Frankreichs 1945 auf 40 583 000, 1955 auf 39 521 000, 1975 auf 36 236 000 und 1985 auf 34 231 000 zurückgegangen sein wird. Dies scheint uns jedoch eine optimistische Berechnung zu sein. Sie trägt nicht der zunehmenden Überalterung der Nation Rechnung, die durch die geringe Geburtenzahl bedingt und die ihrerseits die Geburtenanzahl noch weiter verringern wird unter Erhöhung der Sterbefälle.

Was sind nun die Gründe dieser stillen nationalen Tragödie Frankreichs? Man versucht, von wirtschaftlichen Gründen zu sprechen. Dies bedeutet aber einen willkürlichen und bequemen Auslegungsfehler. Die französische Bevölkerung lebt auf einem Gebiet, das beinahe doppelt so groß ist wie das italienische, und es genießt den Vorteil eines gemäßigten und regelmäßigen Klimas. Es ist reich an Kohle, Eisen und Kali. Es hat fruchtbare, reiche Erde. Es hat ein Kolonialreich, das eines der größten und reichsten der Welt ist. Seine Bevölkerung gehört sicher zu den am meisten mit Glücksgütern gesegneten Nationen der Welt.

Als Ursache wird auch von den zersetzenden Folgen gesprochen, die mit der Abschaffung des Rechtes der Erstgeburt in Erscheinung treten, wodurch sich bei der Erbfolge eine Aufteilung der Erbmasse zu gleichen Teilen unter den Kindern ergibt. Diese Norm ist ein Werk der Revolution. Sie wurde von der Konstituierenden Versammlung 1791 beschlossen und in die Artikel 826 und 827 des französischen Code Civil aufgenommen. Aber das Recht der Erstgeburt

war tatsächlich in Frankreich schon seit einigen Jahrzehnten verschwunden. Die Konstituierende Versammlung und Napoleon erkennen nur den neu entstandenen Gebrauch als rechtmäßig an. Auch in Frankreich entzieht sich das Bevölkerungsphänomen den wirtschaftlichen Einflüssen.

Die niedrigen Geburtenzahlen in Frankreich werden dagegen von anderen Ursachen bedingt, vor allem physischer Natur. Durch ihr Leben in einem durchgeistigten Milieu ist die französische Rasse physisch der Verkümmern anheimgefallen. Wenn vorher noch die Kriege und die Epidemien ihren Zustand bedrohten, so wird sie heute von den unmerklicheren, aber nichtsdestoweniger unerbittlichen Krankheiten des sozialen Lebens unterhöhlt. Lassen wir hier die französischen Dokumente sprechen.

Weit verbreitet ist die Lues. Sie zerstört die Fruchtbarkeit der Frau. In einem seiner Bücher berechnet der Arzt Bouessel du Bourg die Anzahl der durch die Lues verursachten Aborte auf jährlich 40 000. Die Bilanz für das Jahr 1936 gibt in ihren Berechnungen die Ziffern, die durch die Lues hervorgerufen sind, im Verhältnis zu 1000 Geburten: 42 Aborte, 21 Totgeburten, 23 Sterbefälle innerhalb des ersten Lebensjahres, 15 Sterbefälle zwischen dem 1. und 5. Lebensjahre. Mehr als 11 Prozent der Geburten werden also in Frankreich allein durch die Lues zerstört. Außer dem Tode verursacht sie aber noch die traurigen Erbkrankheiten körperlicher und geistiger Art, die von der Unbrauchbarkeit zu großen Anstrengungen und geordneter Arbeit bis zur Idiotie reichen.

Nicht weniger groß ist die zerstörende Wirkung der Trunksucht auf die Geburten. In einer Abhandlung („Avenir Médical“, Juni 1939) bezeichnet der Arzt Paul Vigne den Alkoholismus als den „sozialen Krebs“. Die Medizinische Gesellschaft der Krankenhäuser von Lyon bezeichnet sie als den „Feind Nummer 1“. In Wirklichkeit wütet der Alkoholismus in der französischen Rasse wie ein unerbittliches Übel. Der besteuerte Alkoholkonsum, der niedriger ist als der wirkliche, beläuft sich auf 20 Liter pro Einwohner im Jahr, ein Drittel mehr als in jedem anderen europäischen Lande. Das genügt aber nicht. Offensichtlich besteht hier die Tendenz zu einer Erhöhung und wird von den Gelehrten bestätigt. In seinem Buch „Questions d'actualité“ beweist der Arzt Lahille, daß der Verkauf des besteuerten Alkohols zu Trinkzwecken in Frankreich von 831 000 hl 1919 auf 1 126 000 hl im Jahre 1931 gestiegen ist. Die Alkoholschankstellen sind

von 410 000 1919 auf 500 000 1939 gestiegen. Auf jeden Bäckerladen kommen 10 Schankstellen.

Es gibt in Frankreich kein auch noch so entlegenes Gebiet oder eine soziale Schicht, die von diesem heimlichen Feind verschont geblieben wäre. Hier und da kommen Episoden von tragischer Virulenz zum Ausbruch. „In einigen Arbeiterzentren nimmt der Alkoholismus erschreckende Ausmaße an“, schreibt Auguste Lumière im „Avenir Médical“, April 1939. Unter Zugrundelegung der Berichte der Fabrikinspektoren und der Gesundheitsämter veröffentlicht der Arzt René Barthé in einem in den „Annales d'Hygiène publique“ erschienenen Aufsatz vom Dezember 1938, daß unter 1092 untersuchten Arbeitern sich 173 Alkoholiker mit schweren Vergiftungserscheinungen befanden. Diese Gesundheitskrise kann nicht ohne Rückwirkung auf die Produktion bleiben. Ein Viertel der Gesamtzahl der Arbeitsversäumnisse in den Fabriken (Krankheitsurlaub) und ein Viertel der Arbeitsunfälle gehören zur Gruppe der Alkoholiker. Im Alkoholismus schwindet die Zeugungsfähigkeit, und der Tod wird beschleunigt. Der traurigen Aufzählung dieser Tatsachen reiht sich noch die der körperlichen und psychischen Abnormitäten an. Die Zahl der Geisteskranken ist im Anstieg begriffen. Vor einigen Jahren lebten nach dem Arzt Justin Godart in den Irrenhäusern Frankreichs 100 000 Kranke. Heute, so behauptet der Arzt Paul Vigne, hat sich die Zahl verdoppelt. Auch in den öffentlichen Schulen findet man 140 000 Abnorme zwischen 13 und 20 Jahren.

Die Schrecken „des Feindes Nummer 1“ verschonen auch nicht die ländlichen Gebiete. Die Normandie, das grüne und ruhige, schöne Land, ist dem Feinde schon anheimgefallen. Professor N. Née, Direktor der medizinischen Schule von Rouen, berichtet über 50 Fälle von Delirium tremens, die 1935 in die Sonderabteilung des Krankenhauses Hôtel de Dieu eingeliefert worden sind. Diese Zahl steigert sich auf 73 im Jahre 1936 und auf 97 im Jahre 1937. Der größte Teil der Kranken, die sämtlich Bauern sind, steht im Alter zwischen 30 und 40 Jahren. Diese Geißel führt nicht nur zum gewaltsamen Tode, sondern auch zur Verarmung der Menschen. Der Alkoholismus ist auch die Ursache der Tuberkulose. In einigen Departements, so erzählt R. Millet im „Temps“ vom 10. Juli 1939, werden 50 Prozent der Gemusterten für dienstuntauglich erklärt. Jedes Jahr sterben 70 000 Kinder im Alter von weniger als einem Jahr.

So sieht die körperliche und geistige Degradation einer

Rasse aus, die in der Geschichte und auch in der Gegenwart doch immer noch unzählige kulturelle Verdienste hat. Kein Europäer, der dieses Namens würdig ist, vermag sich darüber zu freuen.

Vor allem spielt hier ein geistiges Moment mit, das viel allgemeiner und viel schwerer zu unterbinden ist. Es bildet die innere Ursache, die in den vergangenen Jahrhunderten zu den französischen Bevölkerungskrisen geführt hat: der Malthusianismus. Man wünscht die Opfer zu vermeiden, die durch viele Kinder einer zahlreichen Familie bedingt sind und will ein behagliches Leben führen in einem Lande, das für sich schon eine reiche Wirtschaft besitzt. Nicht die Armut, sondern der Wohlstand, der ganz frei seinem Egoismus überlassen ist, bringt in Frankreich wie auch in allen anderen reichen Ländern die Lebensquelle zum Versiegen. Der Mythos des Goldes zerstört den Mythos des Menschen. Mit einigen wenigen Ausnahmen der bretonischen Bretagne, in der einige intellektuelle Gruppen gar nicht mehr französisch sein wollen, im Pas de Calais und in anderen nördlichen Provinzen Frankreichs ist der Malthusianismus das Gesetz des Familienlebens. „Wir leben in einer Epoche des Egoismus und des triumphierenden Materialismus“ — sagte am 8. Februar 1938 der Abgeordnete Georges Pernot in der Kammer bei der Beratung einer seiner Anfragen, die die Tragödie des französischen Geburtenrückganges behandelte — „der moralische Fortschritt hält nicht Schritt mit dem materiellen Fortschritt. Die heutige Jugend zieht das Risiko der kleinsten Anstrengung und den sofortigen materiellen Genuß vor. Ein solcher Vertrauensmangel in die Zukunft ist überraschend bei einem siegreichen Volk“. Durch diesen Geist verarmen die Familien, und es wird den Franzosen der Wille zum Leben in Übersee sowie die Fähigkeit zu harten Anstrengungen genommen.

Der Wille zu einem leichten Leben mit der Gewohnheit der Geburtenkontrolle bildete sich in allen sozialen Schichten immer mehr heraus. Dies drückt sich schon an der Schwelle der Familie in der weiten Verbreitung der freien Liebe und der Probeehen aus, die immer zahlreicher werden, wie sich aus den Ehescheidungen ersehen läßt. Dieser Wille kommt auch zum Ausdruck in der ungehemmten schriftlichen und mündlichen Propaganda zugunsten der Verhinderung der Schwangerschaft und ferner in der beunruhigenden Höhe der Zahl der freiwilligen Abtreibungen, durch die das Leben im Keime erstickt wird. Professor Henri Mondor, Dozent der

medizinischen Fakultät und Mitglied der Akademie für Chirurgie, schätzt in einem Aufsatz („Les avortements mortels“) die Anzahl der freiwilligen Abtreibungen in Frankreich auf 1 Million jährlich. Die Hospitäler allein registrieren schon 400 000 Fälle. Noch zahlreicher jedoch sind die heimlichen Abtreibungen, die sehr oft unwiderruflich die Fruchtbarkeit und die Gesundheit der jungen Frauen zerstören.

Der Malthusianismus ist nunmehr in Frankreich zur Gewohnheit geworden und nimmt zusammen mit dem Geburtenrückgang immer mehr zu. Er ist sogar mitunter offiziell unterstützt worden. Schon 1852, 25 Jahre vor dem Prozeß von Charles Bradlaugh und Annie Besant in England, die beschuldigt waren, Propaganda für die „birth-control“ zu machen, stiftete die Stadt Versailles für die Familien einen Prix de tempérance, der auf Grund einer geringen Kinderzahl oder völliger Kinderlosigkeit zur Verteilung kommt. So werden die französischen Familien immer kinderärmer. Gegen 1750 kommt man zu einer durchschnittlichen Zahl von 5 Kindern, 1830 von 4 Kindern und heute erreicht sie nicht einmal mehr die Höhe von 2 Kindern. Damit fehlt die menschliche Voraussetzung zur Erneuerung ihres Volkstums.

Der neue Kampf gegen den Geburtenrückgang, der heute das endlich erwachte französische Gewissen bewegt, muß deshalb als zwecklos erscheinen. Die lauten Alarmrufe, die nunmehr den feindseligen Skeptizismus ablösen, der der Bevölkerungspolitik Mussolinis entgegengesetzt worden war, die Protestversammlungen und die immer mehr anwachsende Zahl der Tagesordnungen, ja, der „Code de famille“ selbst mit seinen 170 Artikeln, der am 1. August 1939 veröffentlicht wurde und ein aktiver Erneuerer der Familie sein sollte, können nicht mehr genügen, um einen geistigen Zustand zu ändern, der nunmehr in ganz Frankreich tief eingewurzelt und verbreitet ist. Die Gesetze genügen nicht, um das gesamte Leben einer Nation bis zu der Intimität der Familie zu gestalten und zu kontrollieren. Die Frage der Geburtenanzahl ist, wie gesagt, eine Frage des Willens. Sie untersteht mehr noch geistigen Motiven, als anatomischen und physiologischen. Die Geburten haben ihre Entstehung in der Lebensart und in der Gedankenwelt der Erzeuger, ehe sie sich noch im mütterlichen Schoße entwickeln. Die Frage ist also unter den Kulturvölkern eine wirkliche Frage der Staatsform, zumal sie imstande ist, die Volksgemeinschaft zu beeinflussen und zu inspirieren.

Der französische Geburtenrückgang wie auch derjenige aller reichen Demokratien ist letzten Endes ein Produkt des Individualismus, der seine Grundlage in den Prinzipien von 1789 hat, und des Liberalismus, der die Begleiterscheinung ist mit seinem folgeschweren Verzicht auf die Kontrolle über das Leben der einzelnen im Dienste der Volksgemeinschaft. Der Geburtenrückgang ist also das Resultat eines moralischen Milieus, das sich aus dem politischen ergibt. Der Wille zum Kindersegen setzt Opfer voraus, und das Opfer erfordert Familiensinn und ein lebendiges Streben in der Volksgemeinschaft selbst gegen den Egoismus des Einzelnen. Er braucht einen moralischen Zustand, der, wie durch den Faschismus, nur durch ein neues politisches Milieu hervorgerufen werden kann, das die Fähigkeit hat, einen tiefen sozialen und nationalen Einfluß auszuüben.

Der völkische Verfall Frankreichs bildet eine Krise für die Nation und ihr Imperium, die noch nicht überall erkannt wird.

Die erste Folge ist, zusammen mit der Verminderung der Anzahl und des Gewichtes des französischen Volkes, ihre Überalterung; wenn die Neugeborenen und die Jugend fehlen, so sind es die Alten, die in der Nation tonangebend sind. Frankreich kann heute in seinem wirklich französischen Teil in Europa als das Land ohne Jugend, das Land des Alters bezeichnet werden. In dieser Beziehung nimmt es auch in Europa den ersten Platz ein. 1935 zählte es auf tausend Einwohner 140 mit einem Alter von über 60 Jahren, gegenüber 115 in England, 110 in Deutschland und 108 in Italien. Auf tausend Einwohner zählte es 304 unter 20 Jahren, gegenüber 308 in Deutschland, 324 in Großbritannien und 395 in Italien.

Der Anstieg in diesem Überalterungsprozeß erscheint, offensichtlich, wenn man die Entwicklung der Bevölkerungsstatistik betrachtet. Von 1851 an hat sich der Prozentsatz der Franzosen unter 20 Jahren, auf die Gesamtbevölkerung bezogen, um 16 Prozent vermindert, während derjenige der Personen über 60 Jahre um 38 Prozent zugenommen hat. Von 1860 an steigerte sich die Zahl der Personen über 60 Jahre von 4 auf über 6 Millionen. Sie bilden heute mehr als den siebenten Teil der Gesamtbevölkerung Frankreichs, während die junge Generation unter 15 Jahren auf 22 Prozent gesunken ist gegenüber 31 Prozent in Italien.

Unsicher sind die Voraussagen über die Entwicklung dieses Phänomens. Professor Pierre Nobécourt schätzt („Gazette

des Hôpitaux“, 24. Juni 1939), daß, wenn die Spanne zwischen Geburten und Sterbefällen in dem gegenwärtigen Verhältnis sich fortsetzt, in den nächsten Jahrzehnten sich die folgende Altersverteilung der französischen Bevölkerung ergibt:

	0—14 Jahre	15—34 Jahre	35—45 Jahre	55 und mehr Jahre
1935	10 200 000	12 000 000	10 800 000	8 400 000
1985	2 600 000	6 500 000	9 400 000	11 200 000

Mit dem Überwiegen der Alten verringert sich die Lebensfähigkeit einer Nation. Dieser Zerfall lastet auch auf den jungen Jahrgängen, die unter dem Druck der gegensätzlichen Atmosphäre der Alten stehen und deshalb selbst geistig vorzeitig altern, ehe sie noch überhaupt zum Fluge angesetzt haben. Dieser Prozeß ist nunmehr klar erkennbar. Früher eine stolze Nation von Kriegern und großen Unternehmungen, verliert Frankreich den Willen zum Wagnis, den Ansporn des Neuen, die mutigen und kühnen Eigenschaften, durch die die großen Kolonialreiche erschaffen wurden und sich gehalten haben. Der Minister Reynaud schreibt über sein Volk: „Der schöpferische Geist und der Wille zur Gefahr sind geschwächt. Die Geschichte beweist, daß keine Revolution, sei sie kämpferisch oder friedlich, kein großes Unternehmen, das ein mutiges Wagnis erfordert, ohne die Jugend als Vorhut verwirklicht werden kann.“ Auch Alfred Sauvy schreibt, daß der Geist übermäßiger Vorsicht und die Überalterung zu einer Politik der strengsten Verteidigung der einmal erworbenen Interessen gegen die Expansion und die wirtschaftlichen Erneuerungen zwingt.

Der völkische Stillstand bedeutet also auch einen wirtschaftlichen und geistigen Stillstand. Er bedeutet eine folgeschwere Verarmung der imperialen Energien und der Kultur selbst, die auch in der Verteidigung ihrer traditionellen Werte einer dauernden Erneuerung bedarf. Die sture Feindseligkeit der unfruchtbaren reichen Demokratien gegen den Faschismus und seinen jungen und dynamischen Erneuerungsgeist ist vielleicht auch der Ausdruck einer Überalterung, die sich gegen neue Tatsachen auflehnt, weil sie selbst zu einer Erneuerung unfähig ist.

Über die geistige Passivität hinaus, die noch nicht immer erkannt worden ist, verursachen der zahlenmäßige Niedergang der französischen Rasse und ihre Überalterung in der Nation weitere konkrete Verluste. Eine militärische Unzulänglichkeit macht sich bemerkbar. Es zeigt sich das Fehlen

der Männer bei der Rekrutenaushebung, die sich 1920 auf 300 000, 1930 auf 275 000 belief und 1941 auf 270 000, die aber 1953 auf 230 000 und 1958 auf 190 000 verringert sein wird. Die Nation und das Imperium verlieren jede Voraussetzung zu ihrer Verteidigung. Es wurde die Maginotlinie erbaut, um die Männer zu ersetzen, die in einem statischen Plan der Verteidigung allein Verwendung finden sollten. Der Militärdienst wird verlängert und Ausländer werden angeworben. Farbige Truppen werden nach Europa gebracht und bringen in die französischen Städte das Mestizentum und den Geruch Afrikas. Wie lange genügen jedoch diese Verlegenheitslösungen, um das Leben des großen Reiches gegen den Ansturm der jungen Völker und gegen die Erschütterungen der Geschichte zu verteidigen?

Der Beginn einer überaus schweren Wirtschaftskrise setzt ein, die wertvollsten Arbeitskräfte schwinden dahin. Gefährliche Dissonanzen zwischen Produktion und Verbrauch entstehen. Nunmehr ist die Zeit jener Volkswirtschaftler vorbei, die in der Bevölkerungsdichte den Grund des Elendes sehen. 1788, als die Bevölkerung Frankreichs nur 27 Millionen Einwohner betrug, konnte Arthur Young schreiben, daß das hauptsächlichste Übel in der zu großen Volkszahl liege, durch welche die Lebensmöglichkeiten verringert würden. Seit jener Zeit ist die französische Bevölkerung um fast 15 Millionen Menschen gestiegen, und das Übel liegt jetzt in ihrer ungenügenden Größe. In sorgfältigen Arbeiten über die wirtschaftliche Seite des Geburtenrückganges haben Fernand Boverat und seine Mitarbeiter gezeigt, daß die spärlichen Geburten letzten Endes zu einer Verarmung der Nation führen und die wirtschaftlichen Krisen vervielfältigen und erschweren.

Die Verdünnung der Bevölkerung in einem Lande hochentwickelter Industrie begünstigt die Abwanderung nach der Stadt, das Verlassen des Bodens, die Verarmung der Landwirtschaft und ein wachsendes wirtschaftliches und soziales Ungleichgewicht. Dies ist gerade eine der sichtbarsten Erscheinungen der französischen Bevölkerungskrise. In den letzten 80 Jahren ist die französische Landbevölkerung von 76 Prozent auf 49 Prozent gesunken. Sie ist heute der italienischen zahlenmäßig unterlegen, und das auf einem Gebiet, das für die Landwirtschaft günstiger und beinahe doppelt so groß ist wie das italienische. In dem Hochofen der städtischen Industrie vertrocknen die noch überlebenden Eigenschaften der Fruchtbarkeit Frankreichs, und der Geburten-

rückgang wird beschleunigt. 1893 zählte man noch 855 Geburten bei einer Bevölkerung von 20 000 Einwohnern; 1939 sind es nur noch 502 bei einer durch die Einwanderung auf 30 000 Einwohner gewachsenen Bevölkerung.

Das Land entvölkert sich. In vielen landwirtschaftlichen Bezirken wird der Boden verlassen und die Bauernhäuser geschlossen. In den 30 Departements, deren Zentrum Toulouse ist und die gerade durch Arthur Young als „eines der reichsten Gebiete der Welt“ beschrieben worden waren, sind gähnende Lücken entstanden. Zwischen 1851 und 1921 ist in ihnen die Bevölkerung um 700 000 Einwohner zurückgegangen. Während dieses Zeitraumes hat das Departement von Lot 44 Prozent seiner Bevölkerung verloren, dasjenige von Gers und das von Ariège 40 Prozent, das von Tarn 32 Prozent und das von Garonne 30 Prozent. „Wir werden von einer Bauernauswanderung bedroht, die die katastrophalsten Folgen haben wird und das Gleichgewicht unserer Wirtschaft zu zerstören vermag“, schreibt O. Frossard in seinem „Désert au village“. Der gesamte Boden der Bürgerlichkeit ist verkäuflich, hatte 1914 Dr. Labat geschrieben. 1920 suchte man jedoch vergeblich einen Käufer, setzt Marcel Raymond hinzu („L'immigration italienne dans le sud-ouest de la France“).

Die Wahrheit ist, daß französische Männer in genügender Anzahl zur Bearbeitung des Bodens fehlen. Es fehlen auch die Männer zum Verbrauch der Bodenprodukte. „Seit einiger Zeit“ — schreibt P. Duclaux („Temps“, 3. März 1937) — „baut die Landwirtschaft in Frankreich pro Jahr immer 100 000 ha weniger an, sie könnte die Anbaufläche aber noch dreimal mehr verringern, ohne den nationalen Verbrauch zu bedrohen.“ Der Geburtenrückgang setzt auch die Anzahl der hungrigen Mäuler herunter. Er hat es fertiggebracht, den Anbau vieler Departements einer so reichen Provinz wie der Bretagne zwecklos zu machen, da 3,5 Millionen ha bretonischer Erde nicht mehr ganz bebaut werden.

Im Lichte dieser anschaulichen Dokumentierung, die von französischer Seite selbst gestellt worden ist, erscheint die Politik der imperialen Ausdehnung Frankreichs als eine Merkwürdigkeit. Frankreich mit seinem riesigen Reich ist noch nicht satt und verweigert Italien die koloniale Gegenleistung, die im Londoner Pakt vorgesehen war. Im Gegenteil, es annektiert durch das Versailler System beinahe 1 Million qkm neuer Kolonialgebiete. Frankreich hat schon in überreichem Maße fruchtbaren nationalen Boden, und seine

Bevölkerung reicht nicht mehr zu dessen Anbau aus. Seine Bevölkerung verliert auch die Verbundenheit mit der Erde, die starken Eigenschaften des Bauern, die die natürliche Grundlage der Auswanderung bilden. Es verliert die ersten Voraussetzungen, die nach dem Urteilspruch der Geschichte die Notwendigkeit und die gerechte moralische Begründung jedes Kolonialbesitzes bilden.

Selbst unfähig zur Auswanderung, ruft der Franzose den Ausländer. Nachdem er zu dem Europäer geworden ist, der sich am wenigsten von seinem Lande entfernt, trotz der riesigen Ausdehnung seiner Kolonialmacht, ist der Franzose im Gegensatz zum Italiener dazu verurteilt, die Verteidigung seines Lebens und seiner Macht mit Hilfe von Ausländern sicherzustellen.

In der gegenwärtigen Bevölkerung Frankreichs, die nicht an 42 Millionen Einwohner heranreicht, zählt man schon wenigstens 2,5 Millionen Ausländer. Henri Schlitt jedoch schätzt die Anzahl der Ausländer in Frankreich auf wenigstens 5 Millionen („Information“, 18. Mai 1939). Wenn nicht die Ausländer gekommen wären, um die leeren Reihen aufzufüllen, hätte sich die französische Bevölkerung zwischen 1901 und 1939, anstatt um 1,5 Millionen zuzunehmen, um 191000 Einwohner verringert. Es sind die Ausländer, man kann es ohne Zögern behaupten, die heute in gewisser Hinsicht Frankreich retten. Sie erhalten die Bevölkerung Frankreichs, bevölkern dessen Boden und bearbeiten dessen Bergwerke, sie halten den Rhythmus seiner Produktion und den hohen Stand seiner Wirtschaft aufrecht, sie verteidigen überhaupt Frankreichs Macht in Europa und im Imperium. Die Ausländer bilden in Frankreich den hauptsächlichsten Teil der jüngeren Bevölkerungsschichten und sind auch die fruchtbarsten. Mauc („Les étrangers en France“) hat gezeigt, daß innerhalb einiger Jahre, während derer die wirklich französische Bevölkerung Frankreichs mehr Sterbefälle als Geburten zählte, nur die ausländische Bevölkerung durch den Überschuß ihrer Geburten über die Sterbefälle noch das Bevölkerungsgleichgewicht gehalten hat. Das Departement Pas de Calais, das an erster Stelle in der Geburtenzahl steht, beherbergt beinahe 200000 Ausländer.

Aus diesem Grunde läßt die französische Politik heute kein Mittel unversucht, beginnend mit der Gewalt und den Naturalisationsgesetzen, um die eingewanderten anderen Rassen in Franzosen umzuwandeln. Nicht zufrieden mit der Annexion riesiger und menschenleerer Kolonialgebiete, will Frankreich

sich heute auch die Menschen anderer Länder aneignen. Es will mit ihnen die Lücken seiner Sterbefälle ausfüllen und die anderen Nationen ausschöpfen, um sein eigenes verarmtes Volk zu bereichern. Man schätzt, daß die französischen Naturalisationen zwischen 1911 und 1926 450 000 und zwischen 1926 und 1937 800 000 betrugen.

Soviel ausländischer Zuschuß jedoch, und soviel Mißbrauch der Naturalisation — ohne Unterschied zwischen Europäern und Mestizen, Negern, Annamiten und Indern, und deshalb ohne die Möglichkeit, die verschiedenen physischen und psychischen Eigenschaften zu steuern — können nicht ohne einen zersetzenden Einfluß auf die Substanz und den Geist der verarmten französischen Nation bleiben. Auch in der Fähigkeit der nationalen Assimilation eines Volkes gibt es Grenzen.

Die Assimilation in kleinen Dosen ist leicht, sie wird jedoch schwierig und gefährlich in großen Mengen, und sie steigert ihre Gefährlichkeit, wenn es sich um heterogene Teile handelt. Vorherrschend in diesem Zustrom von Ausländern nach Frankreich sind die Italiener (800 000), die Slawen (unter ihnen 463 000 Polen) und die Afrikaner der verschiedensten Rassen. Dies sind drei Menschentypen von sehr verschiedener Art. Sie können sich nicht verschmelzen und organisch in eine französische Rasse verwandeln. Plötzlich in die große Masse der Franzosen versetzt, können sie nur deren typischen Charakter ändern und auf französischem Boden so etwas wie ein neues und riesiges Mestizentum bilden, das mehr oder weniger erkennbar und tiefer Beeinflussung fähig ist. Diese Gefahr ist nicht nur eine theoretische. Sie zeigt sich in der französischen Ideologie und wird von den Gelehrten anerkannt. In einer Reihe von Arbeiten, die schon 1913 begonnen wurden, zeigt Dr. René Martial, was für eine gefährliche Blutvermischung in Frankreich durch die Einwanderung und die Naturalisation entsteht. „Bei Betrachtung der Stammtafeln der Familien“ — schreibt er — „wird man sehen, daß es absurd und verbrecherisch ist, Kreuzungen ohne Rücksicht auf die Herkunft zuzulassen. Die Blutübertragung aus einer anderen Blutgruppe tötet den Kranken. Das Mestizentum und die Kreuzung bilden eine völlige Bluttransfusion. Nicht nur die Mischung verschiedener Blutgruppen bringt Wahnsinnige und Kranke jeder Art hervor, sondern das Mestizentum kann auch einen zerstörenden moralischen Einfluß auf seine ganze Umgebung ausüben. Seit Jahren pflöpft man in Frankreich unbekannte Zweige auf einen gut bekannten Baumstamm auf. Es ist das, was auch nicht der allerletzte

Gärtner tun würde.“ Dr. Martial verlangt, daß zur Naturalisation nur diejenigen Ausländer zugelassen werden sollen, die ohne Gefahr sich mit Franzosen kreuzen können und das Franzosentum assimilieren. Er weist dabei auf einige Nationen hin, unter ihnen auch auf Holland, das sich seit der Zurückziehung des Ediktes von Nantes, 1685, schon in weitgehendem Maße mit der französischen Nation vermenget hat. Frankreich braucht jedes Jahr viele Zehntausende Menschen, um sich nur zu erhalten. Holland und bestimmte andere Nationen sind gleichzeitig durch Geburtenrückgang verarmt und können keine Menschen mehr hergeben.

Der Raum Frankreichs, der durch das ausländische Eindringen umgewandelt wird, vergrößert sich in den Industriezentren und auch in den landwirtschaftlichen Gebieten, in denen sich noch bis in die letzten Jahrzehnte hinein ein reinerer französischer Typ erhalten hatte. Man kann heute sagen, daß die auf den nationalen Gebieten Frankreichs anwesenden Ausländer, seien es die mit noch ausländischem Paß, seien es die Naturalisierten mit französischem Paß, wenigstens 6,5 Millionen betragen. Das bedeutet ein Siebentel der französischen Bevölkerung. Ihr blutsmäßiger, geistiger und traditionsmäßiger Einfluß kann nicht mehr nur unbedeutend und äußerlich sein. Man muß im Gegenteil annehmen, daß nur ihr Franzosentum äußerlich ist. Durch dieses Franzosentum werden nur scheinbar die verschiedensten menschlichen Eigenschaften ausgeglichen. Wie hoch auch das Absorptionsvermögen der französischen Rasse auf Grund seiner Kultur und seiner leichten Lebenshaltung ist, so genügt es doch nicht mehr zum Schutze der Individualität der Nation.

Frankreich wird alt und wandelt sich um. Es verliert mit der Macht der Zahl auch die Fähigkeit, das zu sein, was es in den vergangenen Jahrhunderten war und was sein großes Kolonialreich von ihm verlangt.

Die Politik Frankreichs

Das französische Imperium wurde schon einmal vom „Temps“ als das reichste der Welt bezeichnet. Es ist sicher eines der größten und der vielseitigsten in Hinsicht auf materielle Güter und Möglichkeiten. In seiner Ausdehnung vom Mittelmeer bis zu dem Atlantischen, dem Indischen und dem Pazifischen Ozean ist seine Oberfläche 12,5 Millionen qkm. Es ist folglich zweiundzwanzigmal größer als das französi-

sche Nationalgebiet, viermal größer als ganz Europa und entspricht dem zwölften Teil des festen Landes der ganzen Erde.

Die Anstrengungen Frankreichs für die Eroberung dieses Reiches sind aner kennenswert. Seit Anfang des Jahres 1500 regt es sich und kämpft auch mitunter, um seine Flagge in Übersee zu zeigen. Die Eroberung ist beinahe immer leicht. Für lange Zeit steht Frankreich allein da in der Beherrschung und im Aussuchen seiner Gebiete. So erklärt sich der zum großen Teil geordnete, logische, beinahe methodische Aufbau des französischen Imperiums, das ohne schwere Erschütterungen errichtet wurde. Erst nach 1870 beginnt die Unordnung. Um sich über den Verlust Elsaß-Lothringens zu trösten und sein militärisches und politisches Prestige zu rehabilitieren, schreitet Frankreich zur Besetzung überseeischer Gebiete und nimmt ohne Maß und beinahe planlos überall das, was es erreichen kann. Nur die britische Konkurrenz bietet ihm zuweilen Einhalt.

Man kann folglich in dem französischen Kolonialsystem einige einheitliche Blockbildungen erkennen, die durch sukzessiven Anbau an zentrale Kerne entstehen. In Nordafrika ist es Karl X., der durch die Eroberung Algeriens den Anfang macht. In Asien ist es Napoleon III., der mit der Besetzung Cochinchinas beginnt, das sich dann in großem Maße unter der dritten Republik entwickelt. Der Block der drei Gruppen afrikanischer Besitzungen ist allein schon achtzehnmal größer als Frankreich. Französisch-Nordafrika, das seinen Ursprung durch die Besetzung Algeriens erhielt, wird im Westen von Marokko, im Osten von Tunis und im Süden von der Sahara vervollständigt und ist mit Französisch-Westafrika durch befahrbare Landstrecken verbunden. Französisch-Westafrika, das im Senegal seine Entstehung hat, läuft in das einheitliche System der sechs Kolonien von Guinea, der Elfenbeinküste, Dahomey, des Sudans, Mauritaniens und von Nigeria aus. Es ist achtmal so groß wie Frankreich mit einer eingeborenen Gesamtbevölkerung von 15 Millionen. Französisch-Äquatorialafrika, das in dem winzigen Gebiet von Gabon seinen Anfang hat, geht in Kamerun über, dem Mandat, das einer Umwandlung in eine Kolonie zustrebt, in Mittelkongo und Ubanghi Sciari, erreicht dann Ciad, wo es sich mit Westafrika vereinigt, während es durch die Sahara mit Französisch-Nordafrika verbunden ist. Es ist insgesamt ein Gebiet, das fünfmal größer als Frankreich ist mit einer Bevölkerung von kaum 6 Millionen Menschen. Der Block der

asiatischen Besitzungen endlich, der aus Cochinchina erwachsen ist, erstreckt sich über die vier Protektorate von Tonchin, Annam, Cambodge und Laos. Er ist nur anderthalbmal größer als Frankreich und ist sicher die reichste und blühendste der französischen Kolonien, mit einer farbigen Bevölkerung, deren Anzahl von 23 Millionen Einwohnern schon die typische Verdichtung der asiatischen Bevölkerung zeigt.

Wir wollen nicht von den anderen Besitzungen sprechen, die unter verschiedenen Titeln und Namen ebenfalls alle einen integrierenden Bestandteil des imperialen Systems der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Vorherrschaft Frankreichs bilden: von Syrien im Mittelmeer, dem französischen Somaliland am Roten Meer, der Insel Madagaskar im Indischen Ozean und den Inseln Guadalupe und Martinique.

In seiner Form und in seiner Entstehung erscheint die Heranbildung dieses riesigen Reiches als ein typischer Ausdruck jenes Imperialismus der militärischen Eroberung und der gebietsmäßigen Zusammenraffung, der das tägliche Thema der moralischen Verurteilung seitens der großen Demokratien bildet. Es entsteht aus dem Hunger nach Größe und Prestige, aus der Sucht nach Kraft, Reichtum und Befehlsgewalt. Es entsteht auch aus reinen Zufällen, aus dem Kuhhandel der europäischen Politik, also ohne jeden Sinn für die lebendige menschliche Wirklichkeit. Das Unternehmen von Algerien 1830 geht von einem schwachen Frankreich der Restauration aus, das englandhörig ist und deshalb nach den anfänglichen Widerständen der britischen Regierung begünstigt wird, um das Prestige der Monarchie gegenüber den latenten Revolutionskräften zu erhöhen. Die französische Besetzung Marokkos wird ebenfalls von England begünstigt, das das stärkere Deutschland vom mediterranen Afrika fernhalten möchte und sich dafür Frankreichs endgültigen Verzicht auf Ägypten sichert. Nach dem Weltkrieg befürwortet Großbritannien das französische Mandat über Syrien und verschafft Frankreich die Stellung im Orient, die es vergeblich während des Krimkrieges angestrebt hatte, um den Ring um Italien zu schließen. Es ist jedoch offensichtlich, daß das französische Kolonialreich nicht dem inneren Drange eines wachsenden Volkes und seinen menschlichen und staatschöpferischen Notwendigkeiten auf engem und ungenügendem Boden entsprungen ist.

Dies wird bestätigt durch den Gebrauch, den Frankreich von seinem Kolonialreich macht. In ihm sucht Frankreich vor allem das Mittel leichter produktiver und kaufmänni-

scher Spekulationen, um seine Bürger und seine Banken zu bereichern, ferner das Menschenreservoir farbiger Soldaten für seine dünnen nationalen Streitkräfte zu verstärken und die Beherrschung kontinentaler und maritimer Stellungen, durch die die großen Linien seiner internationalen Interessen bewacht und das Schicksal Europas und der Welt beeinflusst werden können.

Es ist nicht unsere Absicht der französischen Kolonialpolitik den Prozeß zu machen. Uns genügt es, deren typisches Aussehen zu erkennen und die Bedeutung bezüglich der europäischen Probleme und Interessen zu beschreiben. Die koloniale Beherrschung Frankreichs reicht schon Jahrhunderte zurück. Die Kolonialgebiete sind riesig, zum großen Teil durch ein gemäßigtes Klima begünstigt, reich an Möglichkeiten und zum guten Teil erträglich für das Leben und die Arbeit der Weißen. Die Franzosen, die diese Gebiete als Kolonisten bevölkern und nicht nur als Soldaten und Beamte, sind wenige Hunderttausende und verringern sich, anstatt sich zu vergrößern. Eine wirklich völkische Besiedlung wurde nur in Algerien begonnen, als in Frankreich der Stand der Geburten und der expansive Geist noch bedeutend waren. Nach reichlich einem Jahrhundert zählt man in Algerien jedoch nur 720 000 Franzosen, zum Teil naturalisierte Ausländer, und 190 000 nichtnaturalisierte Ausländer. Das französische Marokko wird hier und dort von Spaniern und auch von Italienern kolonisiert. Tunis ist vor allem von Italienern erschlossen worden, die in Wirklichkeit, d. h. außerhalb der frisierten Statistiken, die Franzosen an Anzahl überwiegen: 130 000 gegen 90 000. In ganz Französisch-Nordafrika zählt man heute 1 100 000 Franzosen, von denen mehr als ein Drittel naturalisierte Ausländer sind, und 300 000 nichtnaturalisierte Ausländer. Auch in dem französischen mediterranen Afrika, das Frankreich am nächsten liegt und leicht zu erreichen ist und beinahe europäische Möglichkeiten bietet, rettet sich die französische Wirtschaft zum großen Teil durch die Hilfe der großen Massen von ausländischen Bauern und Arbeitern.

Noch armseliger ist der Zustand der französischen Bevölkerung in den anderen Kolonialgebieten. In ganz Französisch-Westafrika gibt es nur 17 000 Franzosen gegenüber 8000 Europäern anderer Nationalität. In ganz Äquatorialafrika leben nicht mehr als 4600 Franzosen.

Diese dünne Besiedlung bildet für viele Überseegebiete Frankreichs die Erklärung für die langsame Entwicklung

der produktiven Wirtschaft mit spärlichen Kapitalsanlagen, während die französischen Banken von Kapital überfließen, und für das rückständige und unzureichende Kolonialsystem, das mehr einer Ausbeutung als einer Kolonisation entspricht. Es ist dies die französische Auffassung der Kolonie, die bestimmt ist, nicht einem Bedürfnis expansiver Zivilisation, sondern dem Bedürfnis einer defensiven Zivilisation zu dienen. Dies erklärt auch die barbarische Rückständigkeit und das spärliche und unsichere zivilisatorische Bestreben. Ende 1938 zählte man in Französisch-Äquatorialafrika mit seinen mehr als 13 Millionen qkm nur 134 Ärzte einschließlich der der Truppe zugeteilten Militärärzte. Hoch ist deshalb die Sterblichkeit bei den Eingeborenen, besonders im jugendlichen Alter.

In ihrer Unfähigkeit, durch eigene Besiedlung ihre überseeischen Gebiete zu kolonisieren, gelingt es den Franzosen nicht einmal, die menschlichen Kräfte der eingeborenen Kolonisation zu retten. Pierre Herbart beschreibt in seinem „Cancer du Niger“ in düsteren Fragen die Tragödie der mißlungenen Kolonisation Nigeriens. Da weiße Kräfte fehlten, hatte man geplant, sie durch ein zwangsmäßiges Massenaufgebot von Sudanesen zu ersetzen. In der Zeit zwischen 1932 und 1938 hatte man jedoch nicht mehr als 8000 Siedler sammeln können. Statt der erwarteten Baumwolle war es gelungen, „nur Malaria zu produzieren“.

In der französischen Auffassung ist heutzutage die militärische Aufgabe der Kolonien die vorherrschende. Unter den Farbigen müssen in immer größerem Maße die Kämpfer zu Lande rekrutiert werden, die Frankreich nicht fähig ist, selbst hervorzubringen. Das Kolonialreich ist für Frankreich also vor allem ein Kriegsinstrument gegen Europa statt ein Arbeitsfeld, das dem Ausbreitungsbedürfnis und der Kultur Europas offensteht. Mit dieser Ansicht ist die gesunde Auffassung über die Berechtigung europäischer Kolonisation nicht mehr in Einklang zu bringen.

Schon im Kriege 1914 haben die Kolonien Frankreich 600 000 Kriegsteilnehmer und 200 000 Arbeiter gestellt. Nordafrika allein hat 270 000 Mann geliefert, die auf französischem Boden 35 900 Tote zurückgelassen haben. Das schwarze Afrika hat 134 000 Mann gestellt mit 24 762 Gefallenen, die alten Kolonien von Réunion und Guajana, die Antillen und Indien 30 000 Mann mit 3589 Gefallenen, Indochina 43 430 mit 1123 Gefallenen, Madagaskar 34 386 Mann mit 2369 Gefallenen. Alle Teile des französischen Kolonial-

reiches mit seinen Farbigen und ihren primitiven Sitten sind folglich in Europa zusammengekommen, um gegen die weißen Nationen zu kämpfen. Sie sind in bedenklicher Weise dezimiert worden bei einer hohen Sterblichkeitsquote, die ganz unverhältnismäßig diejenige der Franzosen übertrifft. Sie sind aber auch zur Tötung von Europäern unterrichtet und verwendet worden. Mit dieser Ankunft von einer solchen Masse farbiger Menschen mit ihren neuen kriegerischen Aufgaben beginnt eine neue Krise Europas.

Die gesamte Kolonialpolitik Frankreichs muß immer im Zusammenhang mit den militärischen Absichten betrachtet werden. Das Mittelmeerproblem ist für Frankreich zum großen Teil ein Grund seiner Furcht für die Sicherheit der Verbindungswege Afrikas mit den europäischen Küsten und der Überführung bewaffneter Eingeborener. Die großen Projekte afrikanischer Eisenbahnen, z. B. das Projekt der Sahara, haben immer einen mehr militärischen als zivilen Zweck gehabt, der darin bestand, auf inneren Anmarschstraßen die eingeborenen Truppen Westafrikas und Äquatorialafrikas nach Nordafrika zu befördern, um sie von dort rascher auf französischen Boden zu bringen. Dieselbe unsinnige Politik der Rassenvermischung und folglich des Mestizentums im Zusammenhang mit der Politik der überstürzten Naturalisationen ist vor allem auf Grund militärischer Überlegungen zu verstehen. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts verfolgte Frankreich eine entgegengesetzte Richtung. 1852 war es bestrebt, die Eingeborenen auszurotten oder wenigstens durch das System des Cantonnement zu isolieren, um der französischen Einwanderung in die Kolonien Raum zu schaffen. Nach Beginn der Bevölkerungskrise, nachdem die mit dem Kolonialreich zusammenhängenden militärischen Belange angewachsen waren, ist an dessen Stelle die Politik der Vermischung und der Assimilation der Rassen getreten. Dies reicht von der Massennaturalisation semitischer Eingeborener, die 1871 durch die Dekrete Crémieux erfolgte, bis zur völligen Einschaltung der Eingeborenen in die französische Kolonialpolitik 1919. Man spricht dabei von demokratischer Ideologie und kulturellem Fortschritt in der freien Verschmelzung der Rassen und bringt hierbei die Annahme einer nicht existierenden Gleichberechtigung dieser Rassen zum Ausdruck. Es handelt sich hier lediglich um die Absicht, einen folgenschweren Irrtum zu verdecken, der gemacht worden war, um dem völkischen Niedergang entgegenzutreten und das Kolonialreich zu verteidigen.

Wir wollen den Fall Frankreich im europäischen Sinne nur im Lichte der Geschichte und der elementaren Notwendigkeit der europäischen Kultur betrachten. Europa hat es nötig, sich mit seiner weißen Rasse in Afrika auszubreiten. Die Kolonialmethoden Frankreichs dagegen bringen das schwarze Afrika nach Europa. Dies bildet eine unsichtbare Gefahr für die gesamte Zivilisation Europas, ihre besten Werte und ihre hauptsächlichste Mission. Frankreich als erstes Land müßte dieses fühlen, wenn es dies auch heute bestreitet unter dem Druck seines angeblichen nationalen Interesses. Diese Ausbreitung Afrikas in Europa jedoch, durch die alle Voraussetzungen einer Verteidigung der europäischen Macht über den Haufen geworfen werden, kann nicht genügend, um Frankreich auf die Dauer in seinem starren augenblicklichen Kolonialreich zu erhalten. Auf diese Weise kann sich nur zu der durch den Niedergang der Bevölkerung ergebenden Passivität auch noch ein beschleunigter Verfall der Widerstandskraft des französischen Volkes hinzufügen. So waren die zahllosen, sich immer erneuernden Bündnisse Frankreichs nicht genügend, um seinen Frieden in Europa zu erhalten. Trotz der Pflege, die diesen Bündnissen während 20 Jahren zuteil wurde, war es unmöglich, das Versailler System zu hüten.

Die nationale und politische Landkarte Europas mit ihren notwendigen Rückwirkungen auf die Welt und vor allem auf Afrika hat eine tiefgehende Änderung erfahren. Im 17. und 18. Jahrhundert hatte Frankreich unter den großen europäischen Nationen die stärkste Bevölkerung. Zur Zeit Ludwigs XIV. betrug seine Einwohnerzahl ein Drittel der gesamten europäischen Bevölkerung. Heute beträgt sie nur noch ein Zwölftel. Zahlenmäßig und im Hinblick auf ihre Arbeitskraft ist sie nicht nur Großbritannien, sondern auch Deutschland und Italien unterlegen. Es gelingt ihr kaum, den schnellen Sturz der Bevölkerungszahl durch die Einwanderung und die Annexion ausländischer Staatsbürger aufzuhalten. Es besteht immer ein unzweifelhafter Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungszustand und der Ausbreitung einer Nation und ihrer Kolonialmacht. Er muß auch immer bestehen. Diese Beziehung zu verstehen und sich ihr beim Aufbau Europas anzupassen, bedeutet die Geschichte verstanden zu haben und der Gerechtigkeit zu dienen.

Die Krise Englands

Großbritannien leidet nicht weniger als Frankreich an einer schweren Krise des Geburtenrückganges. Bis in die letzten Jahrzehnte hinein hatte sich seine Bevölkerung auf Grund großer Fruchtbarkeit stürmisch entwickelt. Im 18. Jahrhundert zählte England nicht mehr als 5,5 Millionen Einwohner. Bereits 1815 war seine Einwohnerzahl mit 15 Millionen schon beinahe verdreifacht. Ein Jahrhundert später, 1915, war diese Zahl wiederum mit 40,5 Millionen annähernd um das Dreifache gestiegen. Heute zählt das Vereinigte Königreich, also England mit Wales, Schottland und Nordirland, 47,5 Millionen Einwohner.

Seit einigen Jahren jedoch hat die Aufwärtsbewegung stark nachgelassen und ist nun beinahe zum Stillstand gekommen. Die Durchschnittszahl der Lebendgeborenen auf 1000 Frauen von 15 bis 49 Jahren fällt in England und Wales von 104,4 in den Jahren 1900 bis 1902 auf 88,5, 1910 bis 1912 auf 80,5, 1920 bis 1922 auf 56,4 und 1930 bis 1932 noch stärker. Nur in Schottland und Irland liegen die Durchschnittszahlen höher. Nunmehr werden auch in England die Sterbefälle kaum mehr durch die Geburten ausgeglichen. 1885 ergab die Zahl der Neugeborenen in England, trotz der hohen Sterblichkeit, einen aktiven Überschuß von 16 auf 1000 Einwohner. 1915 reduzierte sich dieser Überschuß auf 9,3 und 1938 auf 3,5 in England und Wales.

Schon erheben sich warnende Stimmen. Auch in England sind nunmehr die unseligen Zeiten der Unfruchtbarkeits-theoretiker vorbei, die die verderbenbringenden Lehren von Malthus höher schätzten, als die Belange des Reiches. Heute hat man auch in England, wie in Frankreich, das Bestehen eines schweren Bevölkerungsproblems entdeckt. Bereits 1928 schreibt Sir Georges Newman in einem Bericht über den Zustand der britischen Bevölkerung: „Die Erscheinung des Geburtenrückganges ist viel ernster, als es nach einer oberflächlichen Prüfung zu sein scheint.“ Dann weist er auf die Änderung der Struktur nach dem Alter der britischen Bevölkerung hin, in der die Zonen der Jugendlichen sich verringern, dagegen die der Alten größer werden. Wie in Frankreich, so sieht man auch in England mit Sorge in die Zukunft. Die Prophezeiung von Professor Enid Charles kann vielleicht als zu düster erscheinen. Dieser Dozent der Sozialen Biologie an der Universität London sieht in einer seiner von der „Royal Economic Society“ herausgegebenen

Abhandlungen voraus, daß innerhalb 100 Jahren England und Wales, die heute eine Bevölkerung von 41 Millionen Einwohner haben, sich auf 4 426 000 Einwohner verringert haben werden. Aber auch die zuversichtlichsten Schätzungen sprechen von einer folgeschweren zahlenmäßigen Abnahme der britischen Bevölkerung, wenn nicht die Geburten wieder zunehmen. Lord Samuel prophezeite anlässlich eines Gesetzesvorschlages im Oberhaus, daß 1970 die Bevölkerung Englands und Wales sich auf 30 Millionen Menschen verringert haben werde. Andere Sachverständige sagen eine Verminderung auf 20 Millionen für das Ende des Jahrhunderts voraus mit einem mittleren Lebensalter von 60 und mehr Jahren.

In Großbritannien zeigt das Problem das gleiche Gesicht wie in Frankreich, das Urteil der Sachverständigen die gleiche Ursache: den Wunsch des Durchschnittsengländers, nur eine kleine Familie oder möglichst gar keine zu besitzen.

Diese freiwillige Unfruchtbarkeit wird durch die ungeheuerere industrielle Entwicklung, das Verlassen des Bodens, den Andrang in den Städten, für den London ein typisches Beispiel bietet, begünstigt. London, die stolze imperiale und industrielle Hauptstadt, umfaßt mit seinen 7 Millionen Einwohnern mehr als den siebenten Teil der Gesamtbevölkerung des Vereinigten Königreiches. Der Weltkrieg hat die Bildung dieses wirtschaftlichen und sozialen Mißverhältnisses noch begünstigt und die nationale Unfruchtbarkeit erhöht. Seit 1914 hat Großbritannien 2 250 000 acres (1 Million ha) fruchtbaren Bodens aufgegeben und 1 Million acres (400 000 ha) in extensive Bebauung umgewandelt. Dazu hat es 250 000 Landarbeiter verloren, die den Bergwerken und den großen Fabriken der Städte zuströmten.

Heute bilden die Landwirte weniger als den achtzehnten Teil der tätigen Bevölkerung des Vereinigten Königreiches. Von den 18 853 000 englischen Personen, die in England und Wales nach der Volkszählung von 1931 arbeiten, haben sich die in der Landwirtschaft Tätigen auf 1 018 000 verringert gegenüber 9 048 000 in der Industrie und 1 279 000 im Verkehrswesen Beschäftigten. In Schottland zählt man nur noch 177 000 Landwirte bei einer tätigen Bevölkerung von 2 221 000 Menschen, gegen 1 038 000 in der Industrie Beschäftigte und 155 000 im Verkehrswesen Tätige.

In seinem stolzen industriellen Aufstieg hat England den Boden und die Gefahren seiner Insellage vergessen. Mit seiner Seemacht und seiner stolzen Tradition der Befehlsgewalt

auf dem Meere glaubte es nicht nötig zu haben, die Verteidigung einer grundsätzlichen Unabhängigkeit bezüglich der Lebensmittelversorgung im Auge zu behalten. Heute hat sich auch in Großbritannien durch die übertriebene Industrialisierung und das Versiegen der nationalen Fruchtbarkeit das tägliche Brot verringert, und die Unfruchtbarkeit des Bodens ist gestiegen. In den Städten bildete sich eine chronische Masse von rund 2 Millionen Arbeitslosen. Im Januar 1940 wird dem englischen Parlament endlich ein Gesetzentwurf der Regierung vorgelegt, der einen direkten und intensiven staatlichen Eingriff in die Landwirtschaft vorsieht. Dieser Entwurf ist nach den gleichen Richtlinien aufgebaut, die Mussolini in dem Gesetz der integralen Urbarmachung von 1928 schon verankert hat.

Es ist jedoch kein leichtes Unternehmen, die Menschen zum Boden zurückzuführen und ihnen wieder die einfache und mäßige Lebenshaltung zu geben. Im Juli 1938 gab die „Times“ schon die Zwecklosigkeit der Anstrengungen für eine innere Kolonisation zu, durch die die Arbeitslosen der großen Städte in kleine landwirtschaftliche Eigentümer umgewandelt werden sollten. Das Landleben schreckt ab. Die Nacht ohne das Licht der Stadt wird zu einem Alpdrücken. Der Städter kann nicht die Einsamkeit, die Dunkelheit und die Stille ertragen. „Im Inneren der Seele liegt die instinktive Überzeugung, daß der einzige geeignete Platz des zivilisierten Menschen die Stadt sei.“

Diese Bevölkerungskrise muß auch in ihrer Beziehung zur britischen Kolonialpolitik betrachtet werden, die sich über die ganze Welt ausbreiten möchte, und in ihrer Beziehung zu der historischen Entwicklung der europäischen Nationen.

Die Größe des britischen Imperiums zeigt sich nicht nur in der riesigen Ausdehnung seiner Gebiete, sondern auch in der Fähigkeit der Briten, sie mit einer kleinen weißen Minderheit zu halten und zu regieren. Bis zur Schwelle des 20. Jahrhunderts kennt das britische Reich keine Bevölkerungskrisis und auch nicht die neuen Probleme des Bevölkerungsdruckes anderer europäischer Nationen. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bilden die großen britischen Auswanderungen, die von der Krise der nationalen Landwirtschaft und der reichlichen Geburtenzahl begünstigt waren, den Anlaß zu neuen riesigen nationalen Oasen, die sich dann zu den neubritannischen Besitzungen und Dominions ausweiten. Heute hat der Zustrom britischer Auswanderer in die Dominions wie auch in die Kolonialgebiete nachgelassen. Der herrschende

Geist, der träge und traditionsgebunden ist, brachte auch in Großbritannien die Sucht nach dem Boden, den Sinn für Kolonien zum Erlöschen. Die 2 Millionen Arbeitslosen ziehen das „dole“ der Unterstützung vor, durch das sie in einem grauen, völlig erstarrten Leben in den britischen Städten gehalten werden, an Stelle eines neuen Lebens in Übersee in den riesigen und menschenleeren Kolonialgebieten. Vor dem Kriege stellten die britischen Inseln noch immer jährlich 394 Auswanderer auf 100000 Einwohner. Heute beträgt diese Zahl nur noch 219, trotz der finanziellen Anstrengung des Empire Settlement Act, durch das die Kolonien des Weltreiches mit britischen Bürgern bevölkert werden sollen. Sie verlassen die Heimat als Landwirte; sobald sie jedoch in den Kolonien oder den Dominions ankommen, beanspruchen sie ein verändertes Leben und wollen als Arbeiter und Handwerker in die Städte.

Sehr oft aber gewöhnen sie sich nicht an ihre neue Heimat und kehren nach Europa zurück, wo sie nach den bitteren Bemerkungen des Herzogs von Devonshire, des früheren Unterstaatssekretärs für die Dominions, die anziehendsten Lebensfreuden, die leichtsinnigsten Vergnügen und vieles andere wiederfinden, was für sie eine Notwendigkeit, wie das tägliche Brot, geworden ist. Sie nehmen das althergebrachte Leben wieder auf und ziehen die spärlichen Gelegenheitsarbeiten dem harten und kühnen Leben der Pioniere auf eigenem Boden vor. Dieser Rückwandererstrom aus den überseeischen Gebieten nimmt nach dem Kriege zu, trotzdem England durch das Versailler System seinem schon riesigen Kolonialreich noch die deutschen Kolonien hinzufügt und mit strengem Maß die kolonialen Möglichkeiten Italiens dosiert. Im Jahre 1913 verlassen 285000 britische Untertanen das Vereinigte Königreich, um die Dominions zu bevölkern. Davon kehren 61000 zurück und lassen somit ein Aktivsaldo von 224000 Menschen zurück. 1924 wandern nur noch 133000 aus, während 48000 zurückwandern, so daß das Aktivsaldo nur noch 83000 beträgt. Im Jahre 1935 betragen die Auswanderer 24000, während die Rückwanderer mit 36000 die ersteren um 12000 übertreffen.

So bleiben die Kolonien ohne Siedler und das Kolonialreich ohne Menschen. Man kann sogar ein Verminderungsbestreben der an und für sich schon spärlichen britischen Bevölkerung beobachten. Unter Zugrundelegung eines konstanten Satzes der Sterbefälle hätte die britische Bevölkerung, nur um sich zu erhalten, einen Geburtenatz von 19,5 pro 1000

Einwohner nötig. Diese Grenze wird jedoch nur in Südafrika überschritten, wo die Geburtenzahl noch immer 25,1 pro 1000 Einwohner beträgt. Sie erhält sich kaum in Nordirland (19,8) und in Kanada (19,6). Erreicht wird sie nicht mehr in Schottland (17,6), in Neuseeland (17,3), in Australien (17,1) und noch weniger von der britischen Masse in England selbst und in Wales mit einer Geburtenziffer von kaum 14,9 auf 1000 Einwohner.

Dies bedeutet eine neue unsichtbare Krise des britischen Weltreiches. Stolz und einsichtiger als das französische, ist das britische Volk noch stark rassenbewußt in seinem nationalen Bewußtsein und besonders in seiner Weltreichpolitik. Es verachtet die farbigen Rassen. Es verabscheut auch das Mestizentum. Der Brite will keine Rassenmischung und hält die anderen weißen Nationen von seinem Kolonialreich fern. „Zu unseren Pflichten“ — sagt am 20. Juli 1938 Lord Snell in einer Anfrage über das Problem der Bevölkerung des Weltreiches im Oberhaus — „gehört auch die, unsere riesigen Besitzungen so viel wie möglich mit unserer eigenen Rasse zu entwickeln. Die Erhaltung der Dominions und der Kolonien kann nicht fort dauern, wenn das Weltreich nicht an der Peripherie genau so stark wird, wie es im Zentrum ist.“ Und der Herzog von Devonshire setzte hinzu: „Es ist eine Lebensnotwendigkeit, daß das Weltreich mit Menschen unseres Blutes, und wenn dies nicht ganz möglich ist, mit Menschen, die assimiliert werden können, bevölkert wird.“ Aber nicht einmal die Rassen ähnlichen Blutes, die in den reichen nordischen Demokratien wohnen, können, wie schon gesagt, die für die Belange des britischen Weltreiches notwendigen Menschen liefern. Die Geburtenzahl des kleinen Dänemarks lautet kaum 17,2 auf 1000 Einwohner, diejenige Norwegens 15,3 und die Schwedens 14,2. Aus diesem Grunde bleiben die britischen Kolonien und Dominions mit ihrer riesigen Ausdehnung und ihrem unerschöpflichen Reichtum menschenleer und bilden weite, träge Räume zwischen dem immer dichter werdenden Bevölkerungsdruck anderer, fruchtbarer Nationen, die nach neuem Boden verlangen, nur um zu neuen Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten zu kommen.

Kanada, Australien und die Südafrikanische Union gehören zu den reichsten und am wenigsten bevölkerten Gebieten der Welt. In seiner riesigen Ausdehnung, die der Europas gleichkommt, hat Kanada eine Bevölkerung, die kaum 10 Millionen Einwohner übersteigt, mit einer Bevölkerungsdichte von 1,1 Einwohner pro qkm. Auf seinem Gebiet von 7,7 Millio-

nen qkm, größer als das des europäischen Rußlands, beherbergt Australien kaum 6,5 Millionen Einwohner — wie etwa das kleine Belgien — bei einer Dichte von 0,9 pro qkm (die kleinste der Welt). Nachdem jedoch nach 1930 die britische Einwanderung aufgehört hat, schließt man den Arbeitern anderer Nationen die Tür. Zu der Rassenbarriere kommt noch die der Gewerkschaftsorganisationen.

Wir erwähnen hier einen Fall von 160 Italienern, der typisch für Australien ist. Im Jahre 1931 gelangten sie, nachdem sie die halbe Welt auf der Suche nach Arbeit durchwandert hatten, nach Australien. Sie werden jedoch sofort angehalten und gezwungen, sich wieder einzuschiffen. Es gibt keinen Platz für sie auf den riesigen menschenleeren Gebieten. Die politische Staatsform Australiens nährt sich vom sozialistischen Gedankengut. Australien hat aber auch eine rassenstolze und reiche Aristokratie. Vergebens versucht der australische Premierminister Scullin bei seiner Durchreise in Rom die strengen Maßnahmen gegen die Italiener zu erklären. Der australische Kontinent ist zwar sehr groß, so sagt er, er eignet sich aber nicht für eine intensive Bebauung. Deshalb können Auswanderer nicht in dem Maße zugelassen werden, da sie das Leben des Landes stören. Man weiß aber sehr gut, daß nur der vierte Teil des australischen Gebietes als wirklich unfruchtbar angesehen werden kann. Der fünfzehnte Teil dagegen ist von einer außerordentlichen Fruchtbarkeit und eignet sich vorzüglich für den leichten Anbau von Getreide. Dieser Teil ist allein schon so groß wie Deutschland und Österreich zusammen, die 1931 von 70 Millionen Menschen bewohnt waren.

Unter diesen Voraussetzungen kann auch die Stellung Großbritanniens mit seinen unermeßlichen und reichen Kolonialgebieten — menschenleer und unfähig, besiedelt zu werden, ohne Initiative für viele produktive Aufgaben — gegenüber den Kräften anderer europäischer Nationen einer Überprüfung unterzogen werden. Dies wird auch in Großbritannien erkannt. Schon am 29. Januar 1930 schreibt Sir Bruce-Porter in der „Morning Post“: „In der Vergangenheit war die Unfähigkeit eines Reiches, seine Geburtenziffern zu halten, die Voraussetzung seines Unterganges. Das Sinken der Geburtenziffern in England ist heute jedoch von weit größerer Bedeutung, als es früher bei anderen Nationen war.“ Diese Stimme bleibt nicht allein. In einer Rede in Manchester vom Juli 1938 sagt der britische Kolonialminister: „Das britische Weltreich kann eine viel größere Bevölkerung aufnehmen,

als es jetzt besitzt. Eine größere Bevölkerung würde auch zu seinem Wohlstand beitragen und würde das Reich und die ganze Welt von Gefahren befreien.“ Am 20. Juli desselben Jahres gibt der Herzog von Devonshire im Oberhaus zu: „In vielen Teilen der Welt wird Großbritannien wie der Hund am Futtertroge betrachtet, da es einen sehr großen Teil der Oberfläche der Erde besetzt hat und andere Völker von der Besiedelung zurückhält, ohne aber die Fähigkeit und den Willen zu haben, selbst mit seinen Kräften für die Entwicklung zu sorgen. Dieser seelische Zustand der Nationen, die gebietshungrig sind, ist den friedlichen und stabilen internationalen Beziehungen nicht förderlich.“

Der Herzog von Devonshire stellt hierbei nicht fest, daß dieser Gebietshunger der armen und arbeitsamen Nationen vor allem Hunger nach Brot ist. Laut ertönt ihr Schrei, während so viele Landgebiete, die fähig wären, Getreide zu liefern, in den Händen weniger reicher und schon satter Nationen leer und unproduktiv sind.

Ein Viertel der Welt

Es ist hier nicht nötig, die lange Geschichte des britischen Weltreiches zu schildern. In ihren äußeren Zügen ist sie wohl bekannt. Es ist aber nützlich, ihren Mechanismus, d. h. ihre Beweggründe zu betrachten. Wie entsteht und wie wächst das britische Weltreich? Welches sind die konstruktiven und leitenden Kräfte seiner Erschaffung? Die Antwort ist schwierig und vielleicht unmöglich. Ich glaube jedoch, daß man behaupten kann, daß die britische Expansion auf den Kontinenten und auf den Ozeanen, durch die letzten Endes das gegenwärtige Riesenreich erobert wurde, nicht der Ausdruck eines wirklichen Systems ist. Diese Eroberung ist nicht mit vorsätzlichen und konstanten Plänen und Mitteln durch eine logische Planung wie bei großen architektonischen Bauten durchgeführt worden. Man pflegt zu sagen: The Empire is an accident. Dies ist auch sicher die Wahrheit. Das britische Weltreich wurde in den widerspruchsvollsten Formen erschaffen, mit einem einzigen konstanten Element: dem Druck der britischen Interessen, die sich überall dort den Weg erzwingen, wo sie dem kleinsten Widerstand begegneten. Das Weltreich ist in der Tat ein Konglomerat aktiver britischer Expansionskräfte und passiver, leicht zu überwindender entgegengesetzter Zustände. Indirekt erklärt Palmerston das Prinzip, wenn er sagt: „Wir haben keine ewige

Freundschaft und auch keine ewige Feindschaft. Wir haben nur ewige Interessen, und es ist unsere Pflicht, ihnen zu folgen.“ Noch besser erklärt dies Douglas Woodruff, wenn er sagt: „Die Geschichte des britischen Weltreiches ist zum großen Teil die Geschichte der Niederlage seiner Rivalen.“

Gerade diese episodenhafte und zufällige Entwicklung erklärt die Verschiedenheit der Stellungen und der Funktionen der verschiedenen Teile des Weltreiches. Da ist die Anzahl der Dominions der neuen britischen Nation, die Commonwealth of Nations. Schon in ihr haben die Mitglieder nicht mehr die gleichen Rechte und Ansprüche. Neben den wirklichen Dominions — Kanada, der Südafrikanischen Union, Australien und Neuseeland — stehen das Kaiserreich Indien, Eire oder Irland, das sich als unabhängige Republik betrachtet, während Großbritannien es als Dominion ansieht, Neufundland, das nicht den Rang eines Dominions hat, und Südrhodesien. Daneben gibt es aber auch ein Colonial Empire, das direkt und nur England gehört und nicht der Commonwealth of Nations. Die Reihenfolge innerhalb dieses Kolonialsystems ist die: Kronkolonien, Protektorate, Mandate, deren Ursprung und Pflichten man zu vergessen sucht, und die sogenannten Einflußgebiete, die im Vorzimmer der Annexion warten.

Die Kritiker gelangen sogar dazu, zu sagen, daß das Weltreich das Produkt von Piratentum, wie es sich gegen Spanien zur Zeit der Königin Elisabeth richtete, und glücklicher kaufmännischer Spekulation sei, wie Indien erkennen läßt. Sie wollen keinen kühnen Unternehmergeist, keine wirkliche Größe in der jahrhundertelangen Entstehungsgeschichte anerkennen. Wir können ihnen nicht auf diesem Wege folgen. Auch in der britischen Kolonialgeschichte erscheinen große Geister und kühne Unternehmungen, wenn auch nicht alle makellos und unschuldig. Man muß aber auch zugeben, daß das britische Weltreich nicht aus dem elementaren Drang eines Volkes auf der Suche nach Lebensraum entstanden ist. Viel mehr als der Ausdruck eines nationalen Willens ist das Weltreich der Ausdruck eines kaufmännischen Geistes und eines Willens zur Größe. Es entwickelt sich durch aufeinanderfolgende automatische Vergrößerungen, um neue und sicherere Stützpunkte für die schon eroberten Gebiete, für die Verbindungswege dorthin und für die nunmehr errichtete Befehlsgewalt zu schaffen.

Aus diesem Grunde lebt das britische Weltreich zu Beginn nicht in dem Bewußtsein der nationalen Gemeinschaft. Dies

wird dadurch bestätigt, daß die britische Nation für lange Zeit keine richtige Vorstellung seines Zweckes, ja sogar seines Bestehens hat. Shakespeare kennt überhaupt nicht das entstehende Imperium. Das erste Auftauchen der Idee des Weltreiches in einer weniger episodenhaften Form findet man bei William Pitt. Er ist es, der undeutlich noch die Grundzüge einer imperialen Politik entwickelt und in das europäische politische System einschaltet. Für diese Idee finanziert er Preußen im Siebenjährigen Krieg, um Frankreich zu schlagen, das sich als der gefürchtetste Gegner der britischen Macht zeigt. Nicht einmal Pitt gelingt es, in der Nation ein wirkliches imperiales Bewußtsein zum Entstehen zu bringen. Gladstone spricht noch von den Anteilen der Kolonien an der britischen Macht als eines Aberglaubens, „wie auch das dunkelste Mittelalter ihn nicht gekannt hat“. Mit Disraeli beginnt der Weltreichgedanke Form anzunehmen. Man muß aber schon bis auf Joseph Chamberlain kommen, um diese Idee als die Grundlage eines Programms der britischen Regierung zu finden. Seine diesbezüglichen erklärenden Worte stammen aus dem Jahre 1888, sieben Jahre vor seiner Berufung als Kolonialminister: „Ich weiß, daß bis heute noch kein praktischer Plan für eine Föderation entworfen worden ist. Ich glaube jedoch, daß man dazu kommen muß. Zwei Punkte müssen vor allem in Betracht gezogen werden: Eine Handelsunion und ein gemeinsames Verteidigungssystem.“

Dies ist die erste Ankündigung des Imperiums als einheitliche Kraft der verschiedenen Teile der Welt, die es zusammenhält im Dienste der britischen Macht. Die wirkliche britisch imperiale Politik mit klaren Zielen und Methoden beginnt mit Joseph Chamberlain, mit seinen ideologischen und konstruktiven Richtlinien. Zu jener Zeit vollzieht sich das britische Unternehmen gegen die Buren; es entsteht die Föderation Australiens durch Verschmelzung verschiedener Gebietsteile, die als Dominion ein Teil des Weltreiches wird. 1907 wird Neuseeland zum Dominion erhoben, am 31. Januar 1910 entsteht die Südafrikanische Union, die auch zum Dominion erklärt wird zusammen mit der Kapprovins, dem Transvaal, Oranjestaat und Natal. Während und nach der Zeit Joseph Chamberlains erhalten die britischen Kolonialbesitze ihre definitiven wirtschaftlichen und strategischen Aufgaben im Zusammenhang mit der produktiven kaufmännischen und bankmäßigen Macht und der politischen Vorherrschaft Großbritanniens.

Der industrielle Aufstieg Englands, der schon im 18. Jahrhundert begonnen hatte, kommt im 19. Jahrhundert zur Entfaltung. Durch ihn entsteht das Bedürfnis nach Rohstoffen für die Produktion und nach neuen und großen Verbrauchermärkten, die sich in den überseeischen Gebieten finden.

Mit diesen unsicheren Anfängen ist im Grunde genommen das britische Weltreich geschaffen worden. Ohne Übertreibung kann man seine Proportionen als riesenhaft bezeichnen, seine Stellungen als beinahe anachronistisch, ungefähr wie einen Weltgroßgrundbesitz, den stolzen und alten Feudalbesitz einer Herrenkaste, erhaben über das geringe Eigentum der anderen Nationen. Mit einer Bevölkerung von 47 Millionen Menschen, die auf einem Land sitzen, in dem sich Eisen- und Kohlenbergwerke mit großen Jagdreservaten abwechseln, beherrscht Großbritannien heute in der Welt eine Fläche von 31 Millionen qkm, was einem Viertel des festen Landes der Welt entspricht.

Durch dieses Weltreich beherrscht England eine Bevölkerung von 540 Millionen Menschen, eine erdrückende Masse, die jedoch nicht einmal eine Gesamtdichte von kaum 16 Einwohnern auf den qkm erreicht — ohne die arktischen und wüsten Regionen zu berücksichtigen, die niemals bevölkert werden können. Großbritannien hält den gesamten australischen Kontinent besetzt, ein Drittel des ungeheueren afrikanischen Kontinents, ein Viertel des amerikanischen Kontinents und ein Sechstel des asiatischen Kontinents, eine Oberfläche, die zusammen viermal größer ist als der gesamte europäische Kontinent. Nicht genug damit! Vor 1935 bereitete Großbritannien, wie schon gesagt, eine gut getarnte Expansion auf äthiopischem Gebiet in Afrika vor, indem es vom angloägyptischen Sudan und von Kenia aus vorrückte. Noch heute versucht es fächerartig von der Nordgrenze Indiens aus Expansionen gegen Asien. Wenn man in einigen britannischen Kreisen von der drohenden Vorherrschaft Deutschlands und Italiens spricht, so ist dies völlig ungerechtfertigt.

Aber auch für das britische Weltreich, genau so wie für das französische, besagt die gebietsmäßige Ausdehnung nichts über den wirklichen Wert. Bezeichnender ist hier schon die Tatsache, daß Großbritannien mit seinem Imperium eines der größten Systeme natürlicher wirtschaftlicher Autarkie, das auf der Welt besteht, errichtet hat. Dieses System wird kaum von dem der Vereinigten Staaten und dem des europäischen und asiatischen Rußlands erreicht. Großbritannien hat die

Produktionsquellen fast aller für die Friedens- und Kriegsindustrien nötigen Rohstoffe in seinen Händen. Mit ihnen hat es auch die Grundlagen einer außerordentlichen produktiven Herrschaft und eines unermeßlichen Marktes, von dem aus man die elementaren wirtschaftlichen Bedürfnisse der anderen Länder mit der doppelten Möglichkeit ihrer Kontrolle und folglich einer dauernden politischen und kaufmännischen Spekulation drücken kann.

Ziffern sprechen auch hier eine deutliche Sprache. Sie werden von den stolzen englischen Schätzungen selbst geliefert. An der Weltproduktion hat Großbritannien mit den einzelnen Teilen seines Weltreiches prozentual folgendermaßen Anteil:

Jute: 100% (Indien)
Gold: 75% (Südafrika)
Nickel: 65% (Kanada)
Asbest: 65% (Kanada)
Gummi: 60% (Malakka und Ceylon)
Kakao: 53% (Goldküste, Nigeria, Togo)
Reis: 50% (Indien)
Wolle: 50% (Australien, Südafrika, Neuseeland)
Rohrzucker: 40% (Indien)
Tee: 35% (Indien und Ceylon)
Zink: 35% (Australien und Kanada)
Zinn: 35% (Malakka)
Tabak: 30% (Indien und Nigaraland)
Baumwolle: 25% (Indien, Ägypten)
Kohle: 25% (Großbritannien)
Kupfer: 25% (Rhodesien)
Hopfen: 25% (Großbritannien)
Blei: 22% (Kanada und Indien)
Silber: 20% (Kanada und Australien)
Chrom: 20% (Südafrika und Rhodesien)
Zellulose: 20% (Kanada)
Salz: 20% (verschiedene Gebiete)
Weizen: 17% (Kanada, Australien, Indien)
Eisen: 14% (Großbritannien, Indien, Malesien)
Hafer: 12% (Kanada)
Zement: 12% (verschiedene Gebiete)
Phosphate: 8% (Ozeanien)
Rübenzucker: 7% (Kanada)
Schwefel: 7% (Kanada und Zypern)
Mais: 6% (Indien und Südafrika)
Gerste: 5% (Kanada)

Kartoffeln: 5% (verschiedene Gebiete)
Braunkohle: 4% (verschiedene Gebiete)
Kaffee: 3% (verschiedene Gebiete)

Dies ist das Inventar der imperialen Reichtümer Großbritanniens. Im Gegensatz dazu verbleicht die wirtschaftliche Macht jeder anderen Nation. Es ist klar, daß sich auf solcher Basis die wirtschaftliche Unabhängigkeit Großbritanniens ohne weiteres aufbauen läßt. 1934 z. B. betrug im Rahmen der Totaleinfuhr der 18 wichtigsten Rohstoffe Großbritanniens für einen Wert von 400 Millionen Pfund der aus dem Weltreich stammende Teil 160 Millionen Pfund.

Den Ländern des Weltreiches fehlt nur die Möglichkeit der Seidenproduktion und einiger weniger anderer Produkte. Der Reichtum des Weltreichs gibt jedoch England leicht die finanzielle Möglichkeit, auf den anderen Märkten der Welt alle notwendigen Mittel zu kaufen und anzuhäufen.

In den Ländern des Weltreiches fehlt auch das Petroleum. Es ist aber schon zum großen Teil durch das System des britischen Kapitals und des britischen Handels unter dem Schutz der politischen und militärischen Macht monopolisiert worden. Die Geschichte des jahrzehntelangen Kampfes um die Beherrschung des orientalischen Petroleums zwischen der von Rockefeller gegründeten Standard Oil Company und der dem Namen nach holländischen, in Wirklichkeit aber englischen Royal Dutch Shell Company, die den Kampf gewann, ist wohl bekannt. Als die beiden Konkurrenten endlich Frieden schlossen, kam es zu einer Aufteilung der Kontrolle über beinahe das gesamte Petroleum der Welt zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten.

Mit solchen riesigen Reichtümern und Möglichkeiten müßte in Großbritannien Arbeit und Brot, Butter und Marmelade, freudiges Wochenende und leichtes Einkommen für alle Menschen, die guten Willens sind, zu finden sein. Das Leben ist leicht. Es ruht auf der großen und unerschöpflichen Erbschaft der Vergangenheit.

Die Abmachungen von Ottawa waren im günstigen Augenblick erfolgt, um eine endgültige und intime wirtschaftliche Einheit zwischen Großbritannien und seinem Weltreich zu schaffen. Unter Beiseiteschiebung der ideologischen Grundlagen und des traditionellen Systems des britischen Handels bilden sie den Beginn einer wirklichen imperialen Wirtschaft

Vor Ottawa war der Handel der Dominions mehr nach außen als nach dem Inneren gerichtet. Das britische Weltreich — bemerkt der kanadische Schriftsteller Stephen Leacock — hat sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts dadurch bemerkbar gemacht, daß es mehr und mehr die politische Unabhängigkeit jedes seiner Teile gepflegt hat, ohne sich um die Entwicklung der Bande zwischen den Teilen und der inneren wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu kümmern. Deshalb ist die Rolle Großbritanniens in dem allgemeinen Güteraustausch zwischen den einzelnen Teilen des Weltreiches alles andere als beherrschend. Deshalb kann es niemals eine wirkliche Konstruktion vom Charakter eines Weltreiches geben, wenn sich nicht mit den politischen und militärischen Kräften auch die großen wirtschaftlichen Interessen vereinigen.

Um die neue wirtschaftliche Einheit des Weltreiches vorzubereiten, muß vor allem die klassische britische Tradition, die Lehre von der wirtschaftlichen Freiheit der Schule von Manchester aufgegeben werden. Man muß also an Stelle der Politik des freien Warenaustausches diejenige eines neuen Protektionismus einführen. Schon seit 1923 erwägt Baldwin diesen Umsturz in der jahrhundertealten britischen Handelspolitik. Um sie durchzusetzen, löst er das Parlament auf. Stärker jedoch als sein Gedanke sind die der Tradition getreuen Strömungen, die ihn stürzen. Erst im Februar 1932 zeigt sich in Europa die neue protektionistische Politik Englands. Wenige Monate später folgen, dadurch begünstigt, die Abmachungen von Ottawa. Mit ihnen beginnt die neue wirtschaftliche Bildung des Empire, das der Isolation mit gegenseitigen inneren Vorrechten zustrebt.

Wir sprechen von Isolierung. Dies kann jedoch nicht im absoluten Sinne verstanden werden. Mit seiner hohen industriellen Aktivität, der die Märkte des Empire, die noch wenig bevölkert sind, nicht genügen können, hat Großbritannien zuerst ein Interesse, sich nicht aus dem internationalen Handel herauszulösen. Im System der Abmachungen von Ottawa enthüllt sich eher der Versuch, den Welthandel aus dem großen Gebiet des britischen Weltreiches hinauszudrängen. Dieses Bestreben kommt in den gegenseitigen Verpflichtungen Großbritanniens und der Dominions zum Ausdruck, die bestehenden Zollschränken zu erhalten und sogar neue gegen die Einfuhr ausländischer Produkte aufzurichten, dagegen aber den Handel zwischen den einzelnen Teilen des Weltreiches zollfrei zu machen oder Präferenzzöllen zu un-

terwerfen. Vor Ottawa war der Prozentsatz der ausländischen Einfuhr, die dem Zoll von 10 Prozent auf den Wert unterlag, z. B. für das Vereinigte Königreich 32,9 Prozent. Nach Ottawa fällt dieser auf 28,3 Prozent. Der Prozentsatz der ausländischen Einfuhr aber, die einem Zoll von 10 bis 20 Prozent unterliegt, steigt von 15,3 auf 21,8 und derjenige der Einfuhr, die einem Zoll von über 20 Prozent unterliegt, von 4,6 auf 7,7. Durch diese Form geschützt, entwickelt sich der Handel im Weltreich, und der Handel zu den anderen Ländern nimmt ab. Zwischen 1931 und 1936 nimmt die Einfuhr aus dem Weltreich in das Vereinigte Königreich von 28,7 auf 31,1 Prozent zu, und die britische Ausfuhr zum Weltreich steigt von 48,8 auf 49,2 Prozent.

Die Konzentration des imperialen Handels zielt auf zwei unmittelbare Aufgaben ab: im Interesse Großbritanniens die Ausfuhr industrieller Produkte der Vereinigten Staaten nach den Dominions zu vermindern (vor allem nach Kanada war diese Ausfuhr im Steigen), und im Interesse der Dominions die landwirtschaftliche Ausfuhr Rußlands nach Großbritannien zu verringern. Aber viel allgemeiner bezwecken die Abmachungen von Ottawa, wie schon gesagt, das Commonwealth of Nations in einem immer geschlosseneren und mehr autonomen Markt aufzurichten, aus dem die Strömungen des internationalen Handels fernzuhalten sind. Dies mit dem doppelten Zweck, die wirtschaftlichen und die politischen Interessen der verschiedenen Teile des Empire eng aneinander zu knüpfen. Dadurch sollen auch die wirtschaftlichen und sozialen Vorrechte der hohen Löhne und der hohen Einkommen verteidigt werden.

Ottawa bedeutet den unwiderruflichen Untergang des freien Handels zwischen den Völkern. Dies kommt in seiner klassischen Schutzbedingung, der Klausel von der meistbegünstigten Nation, am treffendsten zum Ausdruck. Es genügt, an die Ausdehnung der Gebiete zu denken, für die die Abmachungen gelten (ein Viertel des Festlandes der Erde), um den Umsturz zu verstehen, der durch Ottawa in die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen, in die Produktion und den Handel der ackerbautreibenden Länder und der Industrieländer gebracht worden ist, die in Großbritannien oder in den Dominions ihre lebenswichtigsten Märkte hatten. Hier zeigt sich die große Gebietsausdehnung eines Weltreiches mit seinen unerschöpflichen wirtschaftlichen Hilfsquellen auch in seiner wirtschaftlichen und finanziellen Vorherrschaft, die der politischen und produktiven Vorherr-

schaft zur Seite steht. Der Mangel an Harmonie der internationalen Beziehungen jedoch, der in dem übermäßigen Gewicht dieses riesigen Weltreiches seinen Grund hat, wird durch den unheilbaren Stand der Bevölkerungen dieser Reiche verschärft. Der Mangel an weißen Menschen in Australien und Kanada sowie in den britischen und französischen Kolonien läßt viele Quellen des Reichtums unerschöpft und unausgeforscht. Er verzögert die Entwicklung der produktiven Zivilisation. Er ist die Ursache einer Schrumpfung der Mittel und Möglichkeiten.

Die englische und französische Weltreich-Politik muß logischerweise eine gefährliche Reaktion der anderen großen europäischen Völker hervorrufen, die arm und arbeitsam sind und die nur nach einer Gleichberechtigung in der Arbeit und den normalen Grundlagen eines zivilisierten Lebensniveaus verlangen.

Die Hegemonien

Es besteht ein Problem der Beziehungen zwischen Völkern um Imperien. Es ist Zeit, dieses Problem in seinen konkreten Elementen und in seiner moralischen Tragweite zu erörtern. Die Beziehungen bestehen zwischen der Summe der menschlichen und zivilisatorischen Bedürfnisse einer nationalen Gemeinschaft und den Möglichkeiten zur Arbeit, die durch das eigene Territorium geboten werden. Die erste Voraussetzung für den Frieden und für eine vertrauensvolle europäische Zusammenarbeit liegt in einer gerechten Aufteilung dieser Beziehungen.

Sehr ungleichmäßig war in den letzten 75 Jahren die Entwicklung der Bevölkerung der vier größten europäischen Länder. Zwischen 1865 und 1937 ist die Bevölkerung Frankreichs unter starkem ausländischem Zustrom nur von 38 Millionen auf 41 Millionen Einwohner, diejenige Großbritanniens von 24 auf 47 Millionen, diejenige Italiens von 24 auf 44 Millionen gestiegen, trotz der durch Auswanderung bedingten großen Lücken, diejenige Deutschlands von 38 auf 67 Millionen. Die gebietsmäßigen Vergrößerungen dieser vier Nationen halten mit dieser Entwicklung der Bevölkerung keineswegs Schritt. Statt zu einem Gleichgewicht zu kommen, wird das Mißverhältnis zu ihren Lebensgrundlagen noch vergrößert.

Unter Betracht der überseeischen Besitzungen jeder Nation ergibt sich, daß heute der italienische Staatsbürger nur über

0,08 qkm verfügt, während der französische Staatsbürger über 0,29 qkm und der britische Untertan über 0,72 qkm verfügt. Das bedeutet, daß der Italiener über viermal weniger überseeischen Gebiets als der Franzose und neunmal weniger als der Brite verfügt. Ferner: unter Berücksichtigung der Bevölkerungen der abhängigen Gebiete im Verhältnis zu der Bevölkerung jeder herrschenden Nation ergibt sich, daß der italienische Staatsbürger 0,3 Bewohner überseeischer Gebiete, der französische 1,64 und der britische 10,09 zu seiner Verfügung hat. Das bedeutet, daß Großbritannien dreißigmal mehr Hilfsvölker hat, die ihm dienen, und Frankreich fünfmal mehr als Italien. Von Deutschland ist gar nicht zu reden. Nachdem es alle seine Kolonien verloren hat, hat Deutschland in überseeischen Gebieten weder Menschen noch Material zu seiner Verfügung.

Es ist nicht nötig, lange Betrachtungen über diese summarischen statistischen Vergleiche anzustellen. Sie reden von selbst eine sehr deutliche Sprache. In der Dokumentierung bezüglich der Unterschiede der verfügbaren menschlichen und gebietsmäßigen Hilfsmittel enthüllen sie die tiefe und unerträgliche Verschiedenheit der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die zwischen den großen europäischen Völkern entstanden sind.

Während des äthiopischen Unternehmens, als es sich darum handelte, die Kolonialansprüche Italiens zu verwässern, ist eine merkwürdige Theorie über den freien Umlauf der Rohstoffe entstanden und verbreitet worden. Es ist nicht nötig, sagte man, daß die Völker um Kolonien, d. h. um die Produktionsquellen vieler Rohstoffe kämpfen. Keine Kolonie kann alle benötigten Rohstoffe liefern. Andererseits bestehen Rohstoffmengen in riesigem Umfange in der ganzen Welt. Es genügt, ein günstiges Verteilungssystem zu schaffen, das die freie Zirkulation der Rohstoffe unter den Völkern gewährleistet. Die Bedürfnisse jedes Einzelnen werden befriedigt werden. Aus Europa werden auf diese Weise die Sorgen und der Kampf um Kolonialbesitz verschwinden. Es erübrigt sich zu bemerken, daß dieses naive Rezept zum glücklichen Leben von den Besitzerländern der größten und reichsten Kolonialreiche stammt. Es wurde von England gegeben und sofort von Frankreich aufgegriffen. Indem es den kolonialen Bedürfnissen der Völker ohne genügenden Raum entgegenzukommen scheint, sieht es in keiner Weise ein Entsagen seitens der glücklichen Besitzer vor.

Die wirkliche Lage in der Welt und die Geschichte zeigt

sofort die alles andere als harmlose Utopie dieser Doktrin. Es ist wahr, daß die Kolonien nicht alle notwendigen Rohstoffe für eine große produktive Nation liefern können. Sie können jedoch einige davon und mit ihnen das notwendige Mittel zum Austausch für den Erwerb anderer Rohstoffe auf anderen Märkten liefern. Die Zirkulation der Rohstoffe bildet auch ein Problem der finanziellen Mittel. Mit welchen Mitteln sollen denn die armen Länder, die auch deshalb arm sind, weil sie von den Hilfsquellen der Kolonien abgeschnitten sind, auf den ausländischen Märkten kaufen? Vor allem, wenn sie ihre Ausfuhrmöglichkeiten durch Schutzzölle und durch die größere Konkurrenzfähigkeit der großen kolonialen und industriellen Nationen in Frage gestellt sehen, die eigne Produktionsquellen der Rohstoffe besitzen?

Ein bekannter französischer Kolonialpolitiker, Pierre Mille („Temps“, 5. Juli 1938), entwertet die Fabel des freien Umlaufes und sagt über die Wichtigkeit des Kolonialbesitzes: „Wenn ein Staat keine Kolonien hat, so muß er das Petroleum, den Gummi, die Baumwolle usw. in seiner entwerteten Valuta bezahlen. Er wird sich dabei fortdauernd zugrunde richten. Die Länder dagegen, die Kolonien besitzen, produzieren oder können durch den Güteraustausch diese Rohstoffe produzieren. Frankreich bezahlt das, was es in seinen Kolonien findet, zum Preise seiner inneren Valuta.“

Eine angebliche Freiheit des Umlaufes der Rohstoffe besteht übrigens nur in den Zeiten des Friedens und des Überflusses. Dann müssen die Besitzerländer verkaufen, um Geld zu verdienen und ihre Gebiete und ihren Handel aufzuwerten. Kommt dagegen eine Stagnation, so gibt es in den Augenblicken der größten Not, der wirtschaftlichen und politischen Spannung keine Freiheit mehr. Die Länder, die Rohstoffe besitzen, die für die Weltproduktion des Friedens und des Krieges am notwendigsten sind, verbieten deren Ausfuhr oder gebrauchen sie als eine Waffe der militärischen Beherrschung oder der ungehemmten Handelsspekulation.

Die großen armen und dicht bevölkerten Nationen suchen aber in den Kolonialgebieten nicht nur die Rohstoffe. Sie suchen auch, wie schon gesagt, neuen freien Raum für den Abfluß ihrer Sättigung, für die Siedlung und für die weiße Arbeit, für die Schaffung neuer Oasen der Zivilisation. Diese Wahrheit gilt vor allem für Italien. Für dieses Land erhält der Begriff der Kolonie einen neuen und viel gerechteren Sinn, der nicht nur politisch und merkantil ist.

In dem Rahmen der europäischen Beziehungen hat inzwi-

schen die ungleichmäßige Verteilung der Kolonialgebiete das Erscheinen riesiger Hegemonien verursacht, die die Grundlage des friedlichen Zusammenlebens und der internationalen Gerechtigkeit zerstören.

Die Bedeutung des Goldes verdient hier eine kurze Würdigung. Es gibt Kolonialgebiete, die schon an und für sich eine direkte Produktionsquelle des Rohgoldes sind. Mit den Bergwerken seiner imperialen Gebiete in Südafrika beherrscht England drei Viertel der Weltproduktion des Goldes. Es beherrscht und kontrolliert deshalb auch die Verteilung. Man versteht nun auch, warum gerade England die Grundtheorie des Geldwertes, des gesetzlichen Verhältnisses zwischen der Reserve an Edelmetall und dem Banknotenumlauf verteidigt.

Die natürlichen kolonialen Reichtümer mit ihren produktiven kaufmännischen und spekulativen Möglichkeiten konzentrieren auch in den großen Imperien das Gold der Welt. Heute besitzen die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien beinahe das gesamte Gold der Welt. In der Welt gibt es Goldbarren im Werte von rund 25 Milliarden Dollar. Im August 1939 hatte die Bank von Frankreich 97 Milliarden Franken Gold bei sich lagern, und die Vereinigten Staaten hatten 16,533 Milliarden Dollar, was 67 Prozent des Gesamtgoldes der Erde entspricht. Nach Beginn des Krieges 1939 wandert ein Teil des britisch-französischen Goldes nach den Vereinigten Staaten aus und vergrößert den Inhalt der dortigen Schatzkammern noch mehr. Deshalb kann man noch nicht von einer Verarmung dieser beiden europäischen Kolonialmächte sprechen. Es würde genügen, daß sie dem mit Gold schon gesättigten Amerika einen kleinsten Teil ihrer reichen Kolonien verkaufen würden, um das heute verlorene Gold wieder zu erhalten.

Man sagt immer, daß das Geld der Nerv des Krieges ist. Das Geld hat seinen Untergrund vor allem im Gold¹⁾. Früher wurden damit die Söldnertruppen angeworben. Heute kauft man damit die Waffen und alle die Kriegsausrüstungen, durch die eine Heeresmacht gebildet wird. Das Gold ist heute der wirkliche Kriegssöldner.

Die Hegemonie des Goldes führt natürlich zur Hegemonie der Valuta. Das Einflußgebiet einer Valuta, die „sterling area“, die „dollar area“ und zum Teil die „franc area“, die sich aus der direkten Gegenwart oder dem indirekten Einfluß der britischen, amerikanischen und französischen Valuta

¹⁾ Vgl. das Buch „Gold, Romantik und Fluch des gelben Metalls“ von Prof. Ernst Schultze, Götten-Verlag Herbert Eisentraut, Leipzig 1940.

ergeben, erstrecken sich über weite Teile der Welt. Ihre Macht beherrscht und dirigiert die Valuten der anderen Nationen. Die freiwillige Entwertung des Pfundes und die spekulative Entwertung des Dollars hat z. B. die Entwertung beinahe aller wichtigsten Valuten mit den bekannten Erschütterungen wirtschaftlicher und sozialer Art zur Folge gehabt. Die wirtschaftliche und finanzielle Weltkonferenz, die in London 1933 zusammengerufen wurde zum scheinbaren Zweck, den Frieden und die wirtschaftliche Mitarbeit unter den Völkern wiederherzustellen, stand unter dem Zeichen des angloamerikanischen Druckes zum Zwecke einer allgemeinen Entwertung, durch die der frühere Kurs und das Prestige des Dollars und des Pfundes wiederhergestellt werden sollten. Einige widerstanden. Auch Italien war dagegen. Unerbittlich war die Aktion Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, um durch ihre Kredit- und Börsenpolitik die Widerspenstigen zu zähmen. Italien versuchte, sich zu verteidigen. Es sammelte all sein Geld im Ausland, um dem Angriff die ersten Erfolgsmöglichkeiten zu nehmen. Durch eine Zählung des außerhalb der Grenzen befindlichen Kapitals wurde dieses ermittelt. Es führte die Devisenkontrolle ein und kam zu einer festen, amtlichen Kursfestsetzung. Die Engländer und Amerikaner reagierten. Sie griffen die aktiven Teile der italienischen Zahlungsfinanz an. Der italienischen Festsetzung der Kurse stellten sie den Druck einer Quotation ausländischer schwarzer Börsen entgegen. Italien wurde gezwungen, seine Lira zu entwerten. Aber auch entwertet beunruhigte die italienische Valuta noch immer die Plutokratien, die in ihr ein der Ausbreitung der italienischen Ausfuhr günstiges Moment erblickten. Die Vereinigten Staaten griffen mit neuen Schutzzöllen ein, mit der Überprüfung der Produktionskosten, um einen Vorwand für die erhöhten Zölle durch den Vorwurf des dumping zu finden. Sie wollten die aktiven Elemente des Wettbewerbes der italienischen Produktion, die sich auf niedrigere Löhne und niedrigere Lebenshaltung gründete, vernichten.

Der Hegemonie des Goldes schließt sich die produktive Hegemonie an. Großbritannien und Frankreich zählen schon wegen ihrer zahlreichen Eisen- und Kohlengruben (den Grundlagen der Schlüsselindustrien) zu den am meisten begünstigten Ländern Europas. Durch die sukzessiven Annexionen erhöhen sich auch noch ihre Reserven an Rohstoffen. Ihren Industrien wird dadurch ein Vorrang eingeräumt. Die Mittel der Industrien der anderen Nationen verarmen. Das System

von Versailles drückt in unzweideutiger Sprache dieses wirtschaftliche Zusammenraffen aus. Es nimmt Deutschland die reichsten Eisen-, Kohlen- und Kaligruben auf europäischem Gebiet und alle seine Kolonien. Es versucht, die industrielle Macht Deutschlands zu entwapfen. Es verweigert Italien Kolonien und versucht, die wachsende Heranbildung des neuen Industriesystems Italiens zu hemmen.

Mit der produktiven Hegemonie geht eine kaufmännische Hand in Hand. Wir haben schon von Ottawa gesprochen. Auf dem gleichen Wege befindet sich Frankreich in seinen Handelsbeziehungen mit seinen überseeischen Gebieten. Um die beiden imperialen Demokratien herum entstehen große geschlossene, oder wenigstens mit einem Vorrecht versehene Märkte. Außerhalb dieser beherrschen natürlich die großen Besitzer der Rohstoffe, die allen Produktionsländern notwendig sind, die Wege des internationalen Verkehrs, beaufsichtigen den Verkehr und die Preise und machen sie zum Gegenstand politischer und wirtschaftlicher Spekulation. In seinen imperialen Gebieten nimmt Großbritannien mit einem Fünftel des Wertes am Gütertausch Nord- und Südamerikas, mit einem Drittel am Handel mit Asien, mit mehr als der Hälfte am Handel mit Afrika und mit dem gesamten Betrag an Australien teil.

Zu dieser Herrschaft tragen die sogenannten Handelskredite bei, die sich auf die Goldansammlungen und auf die großen und beweglichen finanziellen Disponibilitäten der Plutokratien gründen. Sie sind das machtvolle Mittel zur Eroberung der ausländischen Märkte. Es werden Anleihen von Millionen von Pfunden und Dollars, von Milliarden von Franken an die Länder mit armen Finanzen gewährt unter der Bedingung, daß diese sie für den Ankauf britisch-amerikanischer und französischer Produkte verwenden. Durch das Übergewicht ihrer Finanzen, ohne die Notwendigkeit, einen schweren Konkurrenzkampf aufzunehmen, erobern die reichen Mächte die Märkte und schalten dort den Handel der ärmeren Länder aus, die zwar genau so hochwertige Produkte liefern, aber keine langfristigen Anleihen und Kredite gewähren können. So agitierten Großbritannien und Frankreich in den Ländern Osteuropas, England in China, wo es den alten Dollar verteidigt, und die Vereinigten Staaten in den Ländern Südamerikas. Wer kann da noch von Freiheit im internationalen Handel reden? Diese Massenerobierung der Märkte verwirrt den Welthandel, entmutigt die ehrliche Produktion arbeitsamer, aber armer Länder, hemmt

das freie Spiel des Wettbewerbes, des Steckenpferdes der Anhänger des freien Handels und wird zu einem wirtschaftlichen und politischen Machtmittel über die berechtigten geographischen Einflusssphären hinaus.

Im Lichte dieser Wahrheiten enthüllt sich auch der wahre Sinn der internationalen Kartelle, die heute einen so großen Teil der Produktion und des internationalen Handels beherrschen. Sie sind angeblich eine moderne und nützliche Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker. Tatsächlich aber bilden sie ein Mittel der Kontrolle und der Vorherrschaft der Länder stärkerer Produktion und größeren Handels über die weniger kräftigen Länder zur Verteidigung der Preise und der Einkommen gegen die Gefahren einer Konkurrenz, auch wenn diese nur episodenhaft ist. Typisch hierfür sind die Kartelle für die Produktion und den Handel mit Rohstoffen, vor allem Gummi, Blei und Kupfer.

Zusammen mit der Vorherrschaft des Handels geht die Vorherrschaft über die Seeverkehrswege. Jedes große produzierende Land ist bestrebt, seine Güter auf seinen eigenen Schiffen zu befördern. Je größer die Produktion und der Umsatz der Produkte ist, um so mehr versucht die eigene Handelsmarine, sich in der Welt durchzusetzen. Schon die Navigation Act, die Hollands Handel zur See vernichtet und fälschlicherweise Cromwell zugeschrieben wird, da sie einem Entschluß des britischen Parlaments vom 9. November 1651 entspringt, ist die Ankündigung einer solchen Seeherrschaft in Verbindung mit der imperialen Vorherrschaft. Dadurch wird der britischen Flagge die Beförderung europäischer Produkte nach England vorbehalten, wenn nicht die Produktionsländer selbst für die Beförderung sorgen. Ferner wird der britischen Flagge die Beförderung sämtlicher überseeischen Produkte nach England und den britischen Besitzungen vorbehalten.

Klar ist auch die Vorherrschaft der Bank auf solchen wirtschaftlichen Grundlagen. London, New York und Paris sind mit ihren schweizerischen und holländischen Helfern die Weltzentren aller Kreditoperationen. Sie benutzen dies zur Ausführung einträglicher Bankgeschäfte und zur Bewachung der politischen Tönung der Länder, die durch den Engpaß dieser finanziellen Wachtposten hindurch müssen. Die Sanktionen gegen Italien zur Zeit des äthiopischen Unternehmens werden in Genf am 28./29. Oktober 1935 beschlossen, aber schon drei Monate früher werden sie von Großbritannien und Frankreich angewandt. Unter dem Vorwand, die ita-

lienischen Ansprüche zu berücksichtigen, ja, ihnen entgegenzugehen, unterbrechen die beiden Weltreiche die Handelskredite für Italien, die Wechseldiskontierungen und die Terminverkäufe. Sie versuchen, durch eine plötzliche finanzielle Isolierung den Willen Italiens, ehe es noch seine Aktion beginnt, zu beugen. Die Sanktionen fallen im Sommer 1936. Lange Zeit jedoch noch dauert diese unsichtbare Politik der finanziellen Unterdrückung an, durch die der Kurs der neuen imperialen Politik Italiens gesteuert werden soll.

Die wirtschaftliche und finanzielle Vorherrschaft ist zuletzt die Ursache der sozialen Vorherrschaft. Die reichen Länder haben höhere Einkommen und höhere Löhne, günstigere Lebensbedingungen für alle ihre Bevölkerungsklassen. Zum Schutze dieses hohen und allgemeinen Lebensstandards sind die reichen Länder bestrebt, sich in ihrem imperialen System zu isolieren. Sie richten hohe Schutzzollbarrieren auf. Sie weisen die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte unter dem Vorwand der rassenmäßigen Diskriminierung zurück. Sie belegen die Ausfuhr der Rohstoffe mit Abgaben, damit dieselben für die Länder, die mit niedrigeren Einkommen und Löhnen arbeiten, teurer werden. Sie verweigern eine Revision des Verteilungssystems des Reichtums in der Welt. Sie schließen sich in bankenmäßigen und militärischen Bündnissen zusammen und erfinden die Weltgefahr einer angeblichen Aggressivität der armen Nation.

So versuchen die hegemonischen Länder eine politische und wirtschaftliche Moral mit allgemeingültigen Aufgaben zu schaffen und durchzusetzen, um die Auswüchse ihrer Vorherrschaft zu tarnen und ihre imperialen Interessen zu schützen.

Ein Klassenkampf

Der Wert der imperialen Hegemonien enthüllt sich in seiner ganzen Klarheit beim Ausbruch des neuen europäischen Krieges. Genau wie im Kriege von 1914 und sogar mehr als damals gründen Großbritannien und Frankreich — dies auch in ihren Sanktionsunternehmungen — den Plan ihres Widerstandes auf ihr Übergewicht der wirtschaftlichen und finanziellen Mittel, der freien Versorgungsmöglichkeiten, der europäischen und außereuropäischen Kontroll- und Kommandostellung, d. h. auf den offensiven Gebrauch der ganzen Macht ihrer Hegemonien. „Keine Nation, die die Herrschaft zur See besessen hat, wie sie heute England besitzt, ist jemals in

einem großen Krieg besiegt worden“ — so schreibt stolz Duff Cooper („Evening Standard“, 27. September 1939) —, „England und die Vereinigten Staaten beherrschen drei Viertel der Weltproduktion der Erze und können unbegrenzte Mengen Munition herstellen.“ Mit ebenso herausforderndem und dreistem Stolz spricht der „Temps“ (27. November 1939) von dem wirtschaftlichen Kriegsabkommen zwischen Großbritannien und Frankreich: „Durch das Abkommen werden die vereinigten Hilfsmittel eines Drittels der Welt in die Waagschale des Krieges geworfen. Der Eindruck, den diese Konzentration materieller Mittel und Aktionsmöglichkeiten hervorruft, hat etwas Kosmisches und übersteigt in jedem Falle bei weitem alles bis jetzt in der Geschichte Bekannte. Der Besitz der zwei größten bestehenden Weltreiche gibt Frankreich und Großbritannien den ungeheueren Vorteil einer Vielseitigkeit der Hilfsmittel und stellt in unbegrenztem Ausmaße alle die im Krieg und im Frieden benötigten Produkte zu ihrer Verfügung.“ Nicht weniger ausdrucksvoll ist die bombastische Schlußfolgerung der halbamtlichen französischen Zeitung: „Das Gleichgewicht Europas kann im System der Kräfte gesucht werden, die über unermeßliche Gebiete und die Mitarbeit von Millionen Menschen in Übersee verfügen.“ Mit anderen Worten: Europa soll also seinen als Gleichgewicht bezeichneten Zwangsfrieden unter dem unerbittlichen Druck der verbündeten Hegemonien Frankreichs und Großbritanniens finden.

Dies ist jedoch nur Zukunftsmusik. Die materiellen Kräfte können nicht allein, wenn sie auch noch so groß und achtungsgebietend sind, bei dem Zusammenprall der großen Nationen und ihrer Kultur über das Schicksal eines Krieges entscheiden. Es gelten auch andere Kräfte und Möglichkeiten. Sie beginnen bei den inneren geistigen Tugenden der Nation und erstrecken sich über ihre verschiedenen äußeren Widerstandsfähigkeiten und die Entwicklung der politischen und sozialen Strömungen der Welt, in der der Konflikt der großen Völker stattfindet. Auch der 1939 begonnene europäische Krieg erscheint nicht einfach und leicht.

Dieses soll jedoch nicht das Thema unserer Arbeit bilden. Typisch ist die britische und französische Siegeszuversicht, die schon, bevor der Krieg ausgekämpft ist, mit der einzigen Begründung des Besitzes der großen Weltreiche hinausposaunt wird. Sie bedeutet, daß die großen Hegemonien sich als die Herren über Krieg und Frieden betrachten. Dadurch wird aber das Bestehen einer dem Gleichgewicht der Kräfte

und der nationalen Mittel feindlichen europäischen Ordnung zum Ausdruck gebracht, die den natürlichen Grund ewiger mehr oder weniger gewalttätiger Streitigkeiten zwischen den Völkern bilden. Das Mißverhältnis zwischen gebietsmäßigem Besitz und wirtschaftlichen Hilfsquellen, der offensichtliche Gegensatz, der dadurch zwischen den Bedürfnissen eines Volkes und der Möglichkeit ihrer Befriedigung besteht, die Trennung zwischen den reichen großen Hegemonien und den dichtbevölkerten armen und arbeitsamen Nationen, die nach Lebensraum und einem gerechteren Entgelt ihrer produktiven Anstrengung streben, sind das typische Phänomen des gegenwärtigen Europa. Sie sind die Ursache eines wirklichen Klassenkampfes in Europa. Die Klassen jedoch, d. h. die Nationen, unterscheiden sich nur durch die Verschiedenheit des Reichtums und nicht durch den Unterschied ihrer produktiven Fähigkeit und ihrer kulturellen Bestrebungen.

Die Briten beginnen die Grundlage dieses Kampfes zu erkennen, wenn sie von der Trennung zwischen „haves“ und „have-nots“ sprechen. Sie haben jedoch bis zum heutigen Tage noch nicht das notwendige Mittel für eine Befriedigung erkannt. Es gibt Völker ohne Raum gegenüber Räumen ohne Völker. Einige Völker haben zu viel Gebiete, die sie nicht einmal ausnutzen können. Andere Völker haben zu wenig Boden und hungern.

In der Natur besteht ein ewiger Daseinskampf. Nach dem Gesetze Darwins schließt dieser Kampf mit dem Siege des Stärkeren und Fähigeren. Die Kraft ist hier jedoch vor allem physischer Natur und roh in ihren Mitteln und Ausdrucksformen. In der nationalen Gemeinschaft besteht auch ein Konflikt, der der typische Klassenkampf ist. Verschiedene Staatsformen, insbesondere auch die Demokratie, brüsten sich damit, diesen Kampf durch die allen zuerkannte Bewegungsfreiheit zu entscheiden und verstehen darunter, daß jeder auf ehrliche Weise auf Grund seiner Fähigkeiten aufsteigen soll. Sie führen den Begriff der sozialen Gerechtigkeit ein. Damit fordern sie die Klassen, die mehr haben, zu größeren Opfern zugunsten der Klassen auf, die weniger haben. In den Beziehungen der Völker untereinander wird dieser Konflikt geflissentlich übersehen und noch weniger in gerechter Weise gelöst. Der Kampf spielt sich unter beinahe denselben elementaren und grausamen Formen wie in der Natur ab. Die stärkeren, wenn auch weniger fähigen Völker beherrschen nur deshalb, weil sie heute den größeren Reichtum besitzen als die ärmeren und fähigeren Völ-

ker. Sie weigern sich jedoch, deren Bedürfnissen durch ein freiwilliges Opfer entgegenzukommen. Sie sind in ihrem Egoismus erstarrt, den sie mit nationalem und imperialem Stolz tarnen, der niemals eine Verringerung erleiden dürfe. Sie betrachten sich als von Gott ausersehen. Während sie von der Gerechtigkeit unter den Klassen sprechen, verleugnen sie die Gerechtigkeit unter den Nationen.

In diesem geistigen Zustande, der einen ungeordneten internationalen Zustand verewigt und verschärft, werden die Keime des Konfliktes in Reinkultur gezüchtet. Ein Angelsachse, Warren S. Thompson (Danger Spots in „World Population“), weist schon 1930, fünf Jahre vor dem äthiopischen Krieg, und beinahe 10 Jahre vor dem europäischen Krieg auf diese drohende Gefahr hin: „Wenn die großen und kleinen Nationen, die über die größten Gebiete verfügen, nicht freiwillig einen Teil an die bedürftigeren Nationen abtreten, so kommt in 10 bis 20 Jahren ein neuer und tragischer Krieg zum Ausbruch“.

Für die herrschenden Nationen stellen sich einige grundsätzliche Fragen. Welches ist, trotz des Anscheines ihrer unbeugsamen Macht, ihre wirkliche Fähigkeit zur Verteidigung gegenüber dem natürlichen Druck anderer Nationen? Welches sind die Widerstandsmöglichkeiten, die gegenüber der natürlichen Entwicklung ihrer eigenen eingeborenen Bevölkerung auftauchen? Wie groß ist ihre Widerstandskraft auf sämtlichen Kontinenten und Meeren im Augenblicke einer Erschütterung, die um so mehr gespürt werden muß, je verstreuter und verwundbarer die imperialen Stellungen sind? Welches ist endlich ihre moralische Lage und ihr Recht, das in dem Gewissen sämtlicher zivilisierten Völker verteidigt werden kann, gegenüber dem Problem der Gerechtigkeit und des wirklich europäischen Friedens? Die Völker, wie auch die Klassen, die nicht mit der Geschichte gehen und nicht die grundsätzliche Bedingung ihrer Umwälzung erkennen, sind unerbittlich zum Untergang verurteilt.

Lange Zeit haben Frankreich und mehr noch Großbritannien die Verteidigung ihrer imperialen Macht vier konzentrischen Kräften überlassen: Dem Einflusse ihres Prestiges, der unzweifelhaften Weltgeltung ihrer Valuten, der Herrschaft zur See auf Grund starker Kriegs- und Transport-Flotten, wodurch die Verkehrswege auf den Weltmeeren und alle Bindungen zwischen den verschiedenen Teilen des Weltreiches geschützt werden, und dem Friedenszustand in den Beziehungen zwischen ihren Besitzungen in der Welt und den ringsherum wohnen-

den Völkern. Heute, wie auch 1914, fügen Großbritannien und Frankreich diesen Kräften nach jahrhundertelanger Rivalität das militärische und bankmäßige Bündnis hinzu, das den Schutz ihrer gemeinsamen Werte übernimmt.

Wie wichtig auch diese Kräfte sind, so genügen sie auf die Dauer nicht. Das Prestige der beiden großen europäischen Imperien hat nicht unversehrt die Prüfungen des letzten Vierteljahrhunderts durchlaufen. Das Pfund und der Franken haben zum Teil ihren leitenden Einfluß verloren, wenn sie auch immer noch beachtlich sind. Sie werden vom Dollar überflügelt. Sie werden langsam von den wirtschaftlichen und finanziellen inneren Krisen und der Umwandlung der Weltwirtschaft Europas, Amerikas und Asiens unterhöhlt. Die Herrschaft zur See wird durch das Erscheinen starker Kriegs- und Transportflotten anderer Nationen und von neuen Kriegsmitteln, von der Flugwaffe, bedroht, die ihre Wirkung in schneller Offensive von den Kontinenten weit auf das Meer hinausträgt. Das Bündnis der beiden Imperien kann zu guter Letzt in der Welt immer die Koalition anderer aktiver Kräfte, den passiven Widerstand der Völker und der großen Märkte finden. Großbritannien und Frankreich können diese Krise ihres imperialen Vorwandes nicht ableugnen und mißachten, die um so gefährlicher ist, je akuter die Krise der europäischen Beziehungen erscheint. Die Anspannung aller ihrer menschlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Energien muß sie von den Aufgaben der Verteidigung peripherischer imperialer Interessen ablenken.

Die Macht Frankreichs und mehr noch diejenige Großbritanniens haben zum großen Teil ihre Grundlage außerhalb Europas. Nicht nur die Gebiete des Weltreichs, sondern auch zwei Drittel des Außenhandels, neun Zehntel des investierten Kapitals und beinahe alle für die eigene Industrie notwendigen Rohstoffe mit der einzigen Ausnahme des Eisens und der Kohle befinden sich für Großbritannien außerhalb der europäischen Grenzen. Etwas Ähnliches kann man im kleineren Maßstabe von Frankreich sagen. Dieses System ist gefährlich. Es unterstellt das Schicksal der Imperien den Geschehnissen in der Welt. Für England wird natürlich auch der Hang der Dominions zur Selbständigkeit beschleunigt, die ihren Wert bezüglich der britischen Interessen immer besser abschätzen und darauf ihre Politik gründen können.

Es war natürlich ein großer Irrtum, an das Bestehen eines schnellen Zerfallprozesses des britischen Weltreiches zu glau-

ben, wie schon voreilige und unerfahrene Beobachter glauben machen wollten. Großbritannien braucht seine Dominions und nicht weniger brauchen diese zum größten Teil Großbritannien. Seit einigen Jahrzehnten, besonders nach dem Weltkriege, haben die Dominions immer entschlossener ihr Bestreben bekundet, in ihrer politischen wie auch in ihrer wirtschaftlichen Form sich innerhalb des Weltreiches abzusondern. Man darf nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten ein britischer Besitz waren. Man wird auch nicht das Bestreben Irlands, sich zu entfernen, und die nationalistische Bewegung der Südafrikanischen Union unter der Leitung des Generals Hertzog mit ihrem energischen Widerstand gegen den Kriegseintritt 1939 vergessen. Außerhalb dieser extremen Geschehnisse jedoch stehen die sehr beachtlichen Beispiele einer Mäßigung im Sinne einer Entwicklung des Weltreichsystems. Von dem Gedanken einer imperialen Verfassung mit einheitlichem Parlament und Vertretern sämtlicher Teile des Weltreiches, von dem einer einheitlichen Zentralregierung, der in der imperialen Konferenz von 1911 zurückgewiesen wurde, geht man zur allmählichen Entwicklung der inneren Autonomien über. Die Dominions nehmen gesondert an der Friedenskonferenz 1919 teil und verlangen und erhalten das Recht einer unabhängigen Unterschrift auf den Friedensverträgen. Sie erscheinen auch im Völkerbund in autonomer Stellung. Nachdem 1921 der Bündnisvertrag zwischen England und Japan verfallen war, ist es Kanada, das durch seine Opposition auf Grund einer Erneuerung seiner Freundschaftsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten von der britischen Politik Abstand nimmt. Es zeigt sich seit jener Zeit ein Bestreben konzentrischer Interessen zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada, das 1938 und 1939 durch die merkwürdigen Erklärungen des Präsidenten Roosevelt, der die Verteidigung Kanadas in das Verteidigungssystem der Vereinigten Staaten einbeschließt, bestätigt wird. In der Imperial Conference von 1926 verlangen und erhalten die Dominions die Anerkennung ihrer Autonomie. In der darauffolgenden Konferenz von 1931 lockern sich die inneren Bande des Weltreiches noch mehr. Es wird die Formel von Lord Balfour geprägt, die in dem Statut von Westminster ihre Weihe empfängt. Großbritannien und die Dominions betrachten sich nur als autonome Teilhaber mit gleichen Rechten und in keiner Weise voneinander abhängig, durch die Krone miteinander verbunden und in freier Weise an der Commonwealth of Nations teilhabend. Die Dominions

machen für sich das Recht einer eigenen Außenpolitik geltend, die sich der Mittel des Foreign Office bedienen, aber auch eigene Vertreter haben kann. Die Dominions behalten auch ihren eigenen Parlamenten die Genehmigung irgendwelcher Änderungen der Rechte der Thronfolger und des Gesetzes über den Königstitel vor. Der neue europäische Krieg, der im September 1939 zum Ausbruch kam, verpflichtet Menschen und Finanzen der Dominions, wird aber auch das Bewußtsein und die Behauptung ihrer individuellen Rechte gegenüber Großbritannien erhöhen.

England hat diese schwierigen Krisen immer mit seinem bewunderungswerten Vermögen zu Kompromissen überwunden. Es muß jedoch letzten Endes die Richtung sehen, in der sich sein Weltreich entwickelt.

Das Weltreich verteidigt sich vor allem auf Grund seiner dauernden Allgegenwärtigkeit. Um auf der Welt gegenwärtig zu sein, um zu handeln, benötigen Frankreich und England ein ruhiges Europa. Sie mußten folglich in Europa dauernde Bedingungen für einen sicheren Frieden schaffen. Für diesen Frieden konnten nicht, wie die Geschichte lehrt, die Macht der Waffen und der Bank und noch weniger das unterschriebene und besiegelte Papier der Verträge genügen, wenn nicht zugleich die Zufriedenstellung der Lebensinteressen jeder europäischen Nation erzielt wurde.

Die weiße Verteidigung

In der Vergangenheit waren die großen Imperien oft schnell und unbekümmert mit ihrer Antwort auf das Verlangen Italiens nach größerem Lebensraume bereit. Seid ihr arm und genügt euch der Boden nicht, so bringt keine Kinder zur Welt — wurde gesagt. Die Armut sollte also die Unfruchtbarkeit der Menschen bedingen. Die Unfruchtbarkeit bedeutet das Ende der Nation. Die armen Völker sollten sich also dazu bescheiden, vom Angesicht der Erde zu verschwinden oder wenigstens zu den niedrigen Stufen der Rangordnung der Welt herabsteigen. Trotzdem sie produktiv und fähig sind, soll es für sie keinen würdigen Platz auf unserem Planeten geben, der trotz seiner 2 Milliarden Einwohner noch unermeßliche Einöden und unbebaute Gebiete besitzt.

Die italienische Nation entsagt aber nicht. Wir bejahen

ihr Recht zu einer freien und blühenden Fruchtbarkeit. Wir behaupten ihr natürliches Recht auf einen größeren Raum, der ihr reichlichere Mittel zur Arbeit und größere Möglichkeiten zu einem würdigen Leben bietet. Wir behaupten, daß diese zwei Rechte im Rahmen der gesamten europäischen Kultur vertretbar sind.

Es ist vor allem Zeit, daß zur Rettung Europas die armelige Theorie von Malthus verbannt werde, die noch immer auf dem alten Kontinent so viele bereite und gedankenlose Schüler findet. Es gibt noch Menschen, die mit Überzeugung die an und für sich beachtlichen Bücher von Gustave Le Bon lesen, die als größte Gefahr, die die Kulturwelt bedroht, die Übervölkerung ansehen. Es gibt Menschen, die an die Theorie von Professor E. A. Ross von der Madison-Universität glauben, der in dem Wachstum der Bevölkerung das unerbittliche Herannahen des Elendes sieht und an den Rückfall der Kultur in die Dunkelheit und an die Schwierigkeit für die nächsten Generationen glaubt, sich genügend Mittel zum Leben zu verschaffen. Es ist nicht wahr, wenigstens bis zu einem gewissen Punkt, daß die Dichte der Bevölkerung zur Arbeitslosigkeit und zum Elend führt. Der typische Beweis wird hier von der Neuen Welt erbracht. In den Vereinigten Staaten erreicht der chronische Zustand der Arbeitslosigkeit 10 Millionen. Das sind mehr als das Doppelte der Arbeitslosen von ganz Europa. Trotzdem hat das Gebiet der Vereinigten Staaten eine Oberfläche, die zu drei Vierteln der Europas entspricht mit einer Bevölkerung, die nur den vierten Teil der europäischen darstellt und einen Reichtum an Naturgütern und Hilfsmitteln aufweist, der denjenigen der europäischen Länder in den Schatten stellt. Sogar in Australien und Neuseeland mit ihren riesigen fruchtbaren Gebieten, in denen die Bevölkerungsdichte nicht an fünf Einwohner pro qkm heranreicht — gegen ein Mittel von 49 für Gesamteuropa und 140 für Italien — gibt es Arbeitslosigkeit. Auch Großbritannien, das reichste europäische Land, das beinahe zu einem Stillstand der Bevölkerungsbewegung gekommen ist, kennt die Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit hat andere Ursachen. Wir führen an: Die krankhafte Verteilung der Menschen auf die verschiedenen Gebiete wirtschaftlicher Tätigkeit, der Überschuß des spekulativen Industrietums, das Verlassen der Landwirtschaft, die Verbreitung einer verweichlichten und hedonistischen Auffassung, die sich weigert, harte Lebenshaltung und schwere Anstrengung in den Kolonien zu übernehmen

und es vorzieht, ein glückliches Leben in den großen Städten zu führen. Dazu kommt der Reichtum einiger Staaten selbst, die den Arbeitslosen hohe Unterstützungen auszahlen und sie auf diese Weise in berufsmäßige Arbeitslose, in geruh-same pensionierte Parasiten umwandeln, statt sie der Arbeit zuzuführen und dadurch ihre Gesundheit, ihre geistigen und körperlichen Energien zu erhalten. Der bebaute Boden der Vereinigten Staaten z. B. bildet nur den 5. Teil des Gesamt-bodens, und es würde auch nicht an Kapital für neue Urbarmachungen fehlen, wenn der dazu notwendige Menschenstrom da sein würde.

Es ist also nicht der Bevölkerungsüberschuß, durch den auf der Welt die Oasen des Elendes, die unverlöschbaren Brandherde des Aufstandes und des Krieges verursacht werden. Es ist nur der unverhältnismäßige Mangel an Gleichgewicht in der Verteilung der Gebiete und des Reichtums unter den Völkern der Welt und vor allem unter den europäischen Völkern. Auf der großen und weiten Welt gibt es noch immer Platz für alle, wenn die Aufteilung des politischen Besitzes auf Grund der Gerechtigkeit revidiert sein wird.

Hier zeigt sich offenkundig das Mißverhältnis zwischen den Völkern und den Gebieten. Europa nimmt ohne Rußland nur 4,2 Prozent der Erdoberfläche ein und enthält jedoch 19,2 Prozent der Gesamtbevölkerung der Erde. Nord- und Mittelamerika bilden 17,2 Prozent der Erdoberfläche und enthalten nur 8,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Diese dünne Besiedlung nimmt gegen Südamerika hin zu, das 14,2 Prozent der Erdoberfläche umfaßt bei 4,2 Prozent der Bevölkerung. Für Afrika hat man 22,5 Prozent der Erdoberfläche mit 7,4 Prozent der Bevölkerung und für Ozeanien 6,6 Prozent der Erdoberfläche mit einer Bevölkerung von kaum 0,5 Prozent errechnet. Nur Asien mit seiner älteren Kultur und seiner bewegten Geschichte nähert sich, ohne es zu erreichen, der europäischen Dichte. Es macht 19,1 Prozent der Erdoberfläche und 52,1 Prozent der Bevölkerung der Erde aus. Malthus und seine Schüler können nicht weiter als Europa sehen, ja nicht einmal über die dumpfen Engen überfüllter Städte hinaus. Auch heute noch würden allein Kanada und Sibirien, wenn sie beide ganz bebaut wären, genügen, um die gesamte Menschheit mit Korn zu versorgen.

Im Lichte der Ziffern und der erwähnten Tatsachen ist aber das Mißverhältnis noch klarer, das in Europa zwischen den Völkern und ihren Gebieten besteht. Der Mangel an

Gleichgewicht bildet die Ursache nicht nur der dauernden Friedenskrise, sondern auch einer tiefen Krise der europäischen Kultur. Gerade in diesem ihrem allgemeinen Ausdruck muß die europäische Frage über die deutschen und italienischen Sonderinteressen hinaus betrachtet werden. Man muß an die Verteidigung Europas und der weißen Rassen denken. Die Verteidigung liegt vor allem in der Kraft seiner Bevölkerung. Diese Kraft jedoch, die bei den einzelnen europäischen Nationen verschieden ist, muß durch geeignete gebietsmäßige Grundlagen unterstützt und begünstigt werden, d. h. durch genügende und freie Arbeits- und Lebensmöglichkeiten. Deshalb liegt es in dem gemeinsamen Interesse der europäischen Kultur und der weißen Rassen, die große Wichtigkeit des bevölkerungspolitischen Momentes anzuerkennen. In einigen großen europäischen Völkern lebt noch der Wille zum bevölkerungspolitischen Aufstieg fort. Ihm muß Raum und die Möglichkeit einer freien und ungehemmten Ausbreitung gegeben werden.

Dieses ist das Grundproblem, das heute Europa zur Sicherung seines Friedens und zum Schutze seiner Kultur und seines Schicksals zur Lösung gestellt wird.

Schauen wir in die Zukunft Europas. Die Völker und die verschiedenen Kulturen sterben an innerem Zerfall. Sie verlieren ihre Macht und verschwinden aus den Kontinenten und aus der Geschichte nicht auf Grund eines verlorenen Krieges oder der Umwandlung ihres politischen Besitzes, sondern wegen ihrer Unfähigkeit, sich zu erhalten und sich zu erneuern. Wir haben schon an die Schicksale Roms und der ersten großen Kulturen des östlichen Mittelmeeres erinnert. In ihrem völkischen Zerfall verlieren die Völker und deren Kulturen vor allem zuerst den zahlenmäßigen Vorrang, die Jugend, die produktiven und aufbauenden Kräfte und dann die Herrschaft.

Man kann heute sagen, daß ein großer Teil der weißen Rasse sich in einer Krise befindet. Dabei wachsen die farbigen Rassen in ihrer Bevölkerungsdichte auf schwindelerregende Weise und steigen mit Hilfe des ganzen Rüstzeuges der europäischen Zivilisation, die sie von den Weißen haben. So in ihren neuen Formen diszipliniert, sind die Massen ihrer Völker nicht mehr nur eine rohe und passive Kraft, sie werden zu einer Kraft der Expansion, der Konkurrenz und der Vorherrschaft. Der Primat der weißen Rasse bis beinahe zur Schwelle des 20. Jahrhunderts hat seinen Grund in der Syn-

these dieser beiden Kräfte, die man heute bei einigen farbigen Bevölkerungen feststellen kann: Zivilisation und Menschenanzahl. Bis zu den letzten Jahrzehnten hat ihr völkischer Ausdehnungsdrang kräftig zugenommen. Der Amerikaner Wilcox schätzt, daß seit 1650 die weiße Bevölkerung um ein Sechsfaches zugenommen hat, während die farbige Bevölkerung sich nur verdreifacht hat. Heute hat ein umgekehrter Prozeß eingesetzt. Der Rhythmus der Zunahme der Weißen nimmt ab und dafür nimmt derjenige der anderen Rassen zu, auch begünstigt durch den schrittweisen Rückgang der Sterblichkeit und auf Grund der Wissenschaft und der Hilfe der Weißen. Heute zählen die weißen Völker 680 Millionen Menschen gegen 1 Milliarde Gelber, 145 Millionen Neger, 30 Millionen Brauner, 18 Millionen Roter und 17 Millionen Mischlinge, die schon durch ihre hohe Anzahl den Verfall der weißen Rassen ankündigen.

Groß und unmittelbar stellt sich so die Frage der Gelben, d. h. Asiens, das ein Problem geworden ist, das von allen erkannt und gefühlt wird und zu einem tiefen Konflikt zwischen verschiedenen Kulturen und Kontinenten führt. Es entsteht aus dem Bevölkerungsüberschuß. Unter Annahme der Zahl 100 für die Geburtenzahl der fünf Jahre 1910 bis 1914 ergibt sich, daß diese Zahl 1932 in Deutschland auf 60 gesunken war, heute jedoch unter der neuen Staatsform zunimmt. Sie ist auf 71 in England, 88 in Italien, 70 in den Vereinigten Staaten, in Japan dagegen auf 152 gestiegen. Jedes Jahr werden in Japan 2 Millionen Kinder geboren. Auch trotz der hohen Kindersterblichkeit bleiben davon 1 100 000 übrig und ergeben eine dementsprechende Vergrößerung der japanischen Bevölkerung. Die Chinesen nehmen jährlich um 5 bis 6 Millionen zu und die Inder um 3 Millionen. Es beginnt die Ausdehnung Asiens in der Welt. Sie zeigt sich nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, auf dem sie ihren scharfen Wettbewerb auf sämtlichen Märkten Europas, Afrikas und Amerikas fühlen läßt. Die Expansion erfaßt schon den menschlichen Faktor. 1910 zählte man in Afrika, in Amerika und Australien 708 000 asiatische Auswanderer, 1920 bereits 797 000 und 1930 schon 924 000. Gegen diese Strömungen versucht man rassenpolitische Schutzbarrieren zu errichten. Aber die Auswanderer haben die ungestüme Kraft ihrer hohen Geburtenzahl mitgebracht, wodurch allein schon ihre nationale Oase auf den neuen Gebieten, kaum gegründet, sich ausbreitet. Da weiße Arbeitskräfte fehlen, öffnen weiße Länder, die Arbeitshände brauchen, den Asiaten die Türen. Bra-

silien hat schon einmal die Einwanderungsquote für Japan von 20000 auf 100000 erhöht.

Nicht weniger undurchsichtig stellt sich das Problem der Neger. Das Schicksal vieler Teile Afrikas könnte dunkel erscheinen, wenn es nicht durch eine gute europäische Kolonialzivilisation und eine weiße Bevölkerungsexpansion verbessert würde. Kompliziert, wenn auch nicht drohend, kann die Zukunft einiger Teile der Vereinigten Staaten erscheinen. Dieses klassische Land der Geburtenkontrolle hat seine eigene weiße Bevölkerung vor allem nur durch die Einwanderung vergrößert, die heutzutage streng begrenzt ist. In der Volkszählung von 1930 zählte man 109 Millionen Weiße gegen 12 Millionen Neger, 1,5 Millionen Mischlinge und $\frac{1}{2}$ Million Inder und Chinesen. Schon einmal hatten sich die Vereinigten Staaten einem Problem farbiger Rassen gegenüber befunden. Es war jedoch ein äußeres Problem, das durch die gelbe Einwanderung hervorgerufen worden war. Es wurde, wenigstens zeitweise, durch Schließung der Tore für die Einwanderung mit Hilfe einer typischen Rassenpolitik gelöst. Heute ist das Problem der Neger, die schon ein Zehntel der Gesamtbevölkerung ausmachen, ein inneres. Es ist durch die schnelle Verschiebung der Farbigen vom Süden nach dem Norden, gegen mehr bevölkerte und fortgeschrittene Gegenden, verschärft worden. 1910 war Alabama das Zentrum der Neger. Heute hat sich schon die Hälfte der Negerbevölkerung in die Industriegegenden verschoben. 1910 gab es keine Stadt mit mehr als 100000 Negern. 1930 zählt man schon sieben Städte, New York, Chicago und Detroit an der Spitze, mit einer Bevölkerung von mehr als 100000 schwarzen Einwohnern.

Für alle weißen Völker stellt sich somit ein gemeinsames Problem der Rassenerhaltung zur Verteidigung ihres Lebens und ihrer Macht. Das Problem jedoch wird für Europa fühlbarer. Europa ist das Ursprungszentrum der heutigen weißen Kultur. Eingeengt zwischen den unermesslichen gelben und schwarzen Kontinenten, unter dem Druck der riesigen Vorherrschaft des weißen amerikanischen Kontinents hat heute Europa auf seinem engen und übersättigten Gebiet genügend Grund, sich in seinen nationalen Eigentümlichkeiten und in der gemeinsamen Kultur bedroht zu fühlen. Mehr als die anderen weißen Kontinente muß es sich deshalb die Frage der späteren Entwicklung stellen.

Die Verteidigung Europas

Wir betrachten Europa nicht als einen Mythos, sondern in seiner konkreten Wirklichkeit, in seinen heutigen Grundlagen und unter dem Gesichtspunkte der verschiedenen Interessen seiner Nationen, die manchmal im Gegensatz stehen und doch gemeinsame Lebensgrundlagen haben. Durch Jahrtausende zeigt sich dies in der Weltgeschichte durch eine stetige Einheit des Lebens, der Sitten und Gebräuche und der Bestrebungen trotz aller Konflikte unter den europäischen Nationen. Es besteht im Grunde ein lebendiges Europa über seine geographischen Ausdrucksformen hinaus. Es besteht eine Interessensolidarität der europäischen Völker über ihre Trennung und ihre Kriege hinaus. Heute ist die größte Frage Europas diejenige seines Verfalles, der Ende des 19. Jahrhunderts einsetzte, durch den Krieg 1914 beschleunigt und dann nicht mehr aufgehalten wurde. Europa verliert seine Vormachtstellung. Dieser Primat war, wie erwähnt, auf Grund seiner Menschenzahl, der Überlegenheit seiner Kriegswaffen, seiner Wirtschaft, seiner Finanz und seiner Kultur entstanden. Der Krieg von 1914 kostete etwa 9,5 Millionen Tote an Kriegsteilnehmern und Zivilbevölkerung und beschleunigte dann die Erscheinung der völkischen Erschöpfung vieler Nationen. Er begünstigte die Entwicklung der Industrien in Amerika und in Asien. Es beginnt die Auswanderung nach Amerika, die nie mehr ganz aufhören sollte. Heute erscheinen die Kräfte und Besitzungen in der Welt schon tief erschüttert. Amerika und Asien organisieren sich und isolieren sich durch eine von einem mächtigen Expansionsbestreben beseelte autonome Wirtschaft. Während Einflußsphäre und Gewicht der europäischen Zivilisation sich verringern, vergrößern sich diejenigen der anderen Kontinente.

Die Expansion Japans in China ist hier ein gutes Beispiel. Sie wird durch die Trennungen und die Fehler Europas begünstigt und darüber hinaus durch die Uneinigkeit der Weißen in den anderen Weltteilen. Nicht minder lehrreich ist die Expansion Nordamerikas in Südamerika, das sich seinerseits gegen Asien und Europa rüstet. Großbritannien hat schon stillschweigend diese Aufwärtsbewegung anerkannt, die sich auf dem Zerfall seiner imperialen Macht ausbreitet, als es 1930 die Flottenparität mit den Vereinigten Staaten annahm und zum erstenmal in seiner Geschichte auf das herrschende Prinzip des two powers standard verzichtete.

Unter den fünf Erdteilen ist Europa der kleinste mit einem Gebiet, das kaum den dritten Teil Afrikas und weniger als den vierten Teil Amerikas und Asiens erreicht. Nachdem es seine jahrtausendealte Kraft der Verteidigung und der Vorherrschaft verloren hat, droht es, langsam von den immer größeren und stürmischeren Wogen der asiatischen Kultur unter dem Drucke von dessen zahlenmäßiger Überlegenheit und der amerikanischen Kultur, die von der Bankmacht gehalten wird, verschlungen zu werden. Es gibt noch Menschen, die mit geschlossenen Augen, mit seligem Optimismus die Rettung Europas von dem erwarten, was seine unmittelbarsten Zerfallsursachen sind. Professor Bernard Lavergne von der Rechtsfakultät in Lille z. B. glaubt, daß Europa den Frieden nur dann kennen wird, wenn der Druck seiner überzähligen Bevölkerung auf die Regierungen und die verschiedenen Mechanismen des nationalen Lebens aufgehört haben wird. Der Professor sieht jedoch nur sein eigenes Land, das ringsherum von anderen dichteren und bedürftigeren Nationen bedrängt wird. Er sieht nicht das gesamte Europa im Weltsystem. Man kann Europa nicht von der Welt isolieren, wie man auch nicht den Fall irgendeines europäischen Volkes aus dem Gesamtschicksal Europas herauslösen kann. Das entvölkerte und unverteidigte Europa wird zur leichten Beute anderer größerer und aktiver außereuropäischer Massen. In dieser Entwicklung ist es das Leben der einzelnen europäischen Nation selbst, das mehr und mehr bedroht wird.

Man muß demnach Europa, so lange es nicht zu spät ist, die Kräfte zu einem sicheren Widerstand, wenn nicht gar zu einer Herrschaft über die Welt zurückgeben. Diese Kräfte liegen in seiner bevölkerungspolitischen Stärke und in einer weißen Expansion auf die noch freien überseeischen Gebiete. Dadurch vergrößern sich die Grundlagen des Lebens, seine Struktur und seine weiße Masse, um in den Dimensionen wie auch in den inneren Kräften Gleichgewicht zu halten mit den großen Kontinenten, die Europa umringen und es bedrücken. Europas bevölkerungspolitischer Zustand zwingt seine Wirtschaft, sich in die riesigen aufschließbaren Gebiete Afrikas ausbreiten zu lassen. Afrika ist der einzige Kontinent, der für Europas Arbeit und Einflüsse noch offensteht! Es muß die natürliche und unmittelbare gebietsmäßige und zivilisatorische Fortsetzung Europas werden. Es muß, nachdem es bevölkert und umgewandelt worden ist, nicht nur zu einer Ausdehnung der politischen, sondern auch der rassenmäßigen Grenzen Europas werden. Wenn es sich nicht mit Euro-

päern bevölkert und zu Europa wird, wird es sich schon in absehbarer Zeit mit Asiaten bevölkern und zu Asien werden, das sodann beinahe bis zum Mittelmeer auf Europa drückt.

Aus diesem Grunde muß das Problem Afrikas und seiner Kolonien vor allem als allgemeines europäisches Problem, als hauptsächlichster Teil des inneren Friedens Europas wie auch seiner Verteidigung und seiner Erhaltung betrachtet werden. Deshalb muß die Verteilung des Kolonialbesitzes in Afrika unter direkter Beziehung zu den verschiedenen Möglichkeiten der bevölkerungsmäßigen Besiedlung betrachtet werden. Wenn nicht alle großen europäischen Völker die notwendigen Menschen dazu liefern können, so müssen wenigstens in einigen Teilen Afrikas diejenigen Völker, die dazu noch fähig sind, in starkem und dauerndem Flusse zur Besiedlung schreiten und ihre Eigentumsrechte anerkannt werden. Die Notwendigkeit der völkischen und gebietsmäßigen Auffüllung Afrikas mit Menschen einiger übersättigter europäischer Nationen fällt auf natürliche Weise mit der Notwendigkeit der Besiedlung Afrikas zusammen, die eine Notwendigkeit der gesamten europäischen Gemeinschaft ist.

An Stelle des Systems der handelsmäßigen Kolonisierung, wie sie an den Küsten des Mittelmeeres in den ältesten Zeiten und daraufhin im Mittelalter durch die Ausbreitung der italienischen Seerepubliken Amalfi, Genua und Venedig entstand, folgt, wo es möglich ist, die neue Form der Kolonisation einer weißen Besiedlung, die diejenige des faschistischen Italiens ist. Man muß in Afrika zu der landwirtschaftlichen Kolonisation zurückkehren, wie das bei der britischen und französischen Kolonisation Nordamerikas, Neuenglands und Kanadas der Fall war. Dadurch waren neue Nationen geschaffen und die Herrschaft europäischer Kultur in der Welt erweitert worden.

Wieder schlägt die Stunde der Erde und des Bauern. Bei allem industriellen Aufschwung und Entstehen rauchender Fabrikessen in übervollen Städten wird Europa zum Sinn der Erde und des Raumes zurückgerufen. Europa darf nicht vergessen, daß seine Macht in der Welt nicht nur durch die Ausbreitung seiner technischen und geistigen Zivilisation und seiner wirtschaftlichen Vorherrschaft gebildet worden war, sondern durch seine Fähigkeit zur weißen Kolonialexpansion. Auf diese Weise entstanden die britischen Dominions, die amerikanischen Staaten und die Kolonien Afrikas. Der Zerfall Europas beginnt mit dem Schwinden seines inneren

Gleichgewichts. Es entstehen dadurch die Konflikte unter den Nationen, die Europas gesunde Expansionsfähigkeiten erschöpfen und verkümmern lassen.

Das Ende des 19. und der Beginn des 20. Jahrhunderts sehen in Europa das Entstehen von drei neuen großen Nationen: Deutschland, Italien und Spanien. Sie kündeten sich an mit neuen aktiven Formen der Arbeit und der Siedlung. Statt sie aber anzuerkennen und mit ihnen solidarisch zu sein, suchen die beiden imperialen Demokratien, sie niederzuhalten und ihnen alle Rechte zu verweigern. Sie erstarren in ihren Hegemonien und schaffen eine europäische Rangordnung. Sie können jedoch nicht die schicksalgebundene Bewegung der Völker und der Geschichte verhindern. Sie verlieren nur, indem sie ihn zu retten glauben, einen Teil ihrer europäischen und imperialen Macht in diesem Kampfe, der nunmehr seit 70 Jahren andauert. Das Ergebnis ist ein innerer Verbrauch von Kräften, Hilfsmitteln und Menschenleben. Die überseeischen Gebiete bleiben inzwischen leer und unproduktiv. Sie bleiben den Bedürfnissen der neuen Nationen, die in der Kolonialgeschichte zu spät erschienen sind, verschlossen. Ungeheure Reichtümer gehen so verloren. Es entsteht die Lebenskrise der Völker. Die europäische Auswanderung und vor allem die italienische zerstreut sich in der Welt zum ausschließlichen Vorteil der anderen Kontinente, anstatt Europa zu erweitern und seine bevölkerungsmäßige und wirtschaftliche Macht zu vergrößern.

Dieses ist die schleichende Krise Europas, das zunächst seine Vorherrschaft in der Welt verliert und dann auch die Verteidigungsmittel selbst gegenüber den riesenhaften Expansionsgelüsten der anderen Kontinente. Die Krise wird zerstörend wirken, wenn nicht beizeiten der Wert und das Recht der neuen nationalen Energien anerkannt wird und der Egoismus der Vorherrschaft im Sinne einer Gerechtigkeit der Verteilung und der kollektiven Bedürfnisse Europas vernichtet wird.

Es ist nicht ohne nationales und historisches Interesse zu betrachten, wie die Erkenntnis der Notwendigkeit einer europäischen und italienischen Besiedlung Afrikas in Italien entsteht; dies ist der starke Gegensatz zu den seinerzeit herrschenden Anschauungen und gleichzeitig aufkommenden ersten geistigen Strömungen der Italiener für ihre politische Einheit. 1796 erscheint in Mailand eine Schrift des geflüchteten neapolitanischen Patrioten Matteo Galdi, der bei den Besprechungen zur Schaffung eines Staates, der „die ver-

schiedenen Teile Italiens zu einer starken einheitlichen, durch natürliche Grenzen geschützten Republik“ vereinige, die Notwendigkeit der Expansion des mittelmeerländischen Handels und der Demarkation europäischer Zivilisation in Afrika unterstreicht, „um jene barbarischen Völker umzuwandeln und um in jenen leeren Gebieten durch unsere Bauern die alte Kultur und Freiheit wieder aufzurichten“. Italien kann den nationalen Traum seiner ersten politischen Einheit erst 74 Jahre später verwirklichen. Und es findet, ehe es erstarrt, schon die günstigsten Gebiete Afrikas, die dieser europäischen Mission am vorteilhaftesten sind, besetzt.

Heute und morgen

Ein Vierteljahrhundert ist seit dem Eingreifen Italiens in den Weltkrieg vergangen. Die Nation hat noch die lebendige Erinnerung daran im Feuer des neuen und größeren europäischen Krieges, in dem sie nicht als Zuschauer tatenlos verbleiben konnte. Der neue Zusammenstoß der Völker bildet in Wirklichkeit nur die Fortsetzung des Krieges von 1914. Der scheinbare Friede von 20 Jahren, der dazwischen liegt, war nur ein unruhiger Waffenstillstand. Indessen konnten die Völker ihren Geist und ihre Kriegswaffen wieder erneuern. Nicht alle Regierenden haben beizeiten die wirklichen Ursachen der Krise erkannt und mit nationalem Gewissen und europäischem Ausblick die wirklichen Wege zum Frieden finden können. Die Geschichte schafft sich selbst Gerechtigkeit. Die nationalen Rechte, von einigen Völkern zu sehr mit Füßen getreten, regierten nun mit der Gewalt ihrer unwiderstehlichen, zu sehr niedergehaltenen Kräfte.

Der neue Krieg hat sich zwangsläufig ergeben. Als Produkt der Ungerechtigkeit führt er zur Gerechtigkeit. Vergebens versuchen die imperialen Demokratien mit vielem Aufwand das angebliche Verbrechen und seine naturnotwendige Entwicklung anzuzeigen, seine entfernten und beinahe mechanischen Ursachen zu verstecken. Die Gerechtigkeit dieses Krieges jedoch versteht sich in den höchsten Ausdrücken der Menschlichkeit der Geschichte. Sie ist der Beginn eines neuen Kulturzyklus, einer Revision der in der Welt auf Grund nationaler Rechte beherrschten Gebiete, einer Revision dieser Rechte auf Grund der heutigen Fähigkeiten jedes Volkes und seiner Möglichkeit, die großen Probleme der Stunde zu verstehen und nicht nur seinen eigenen

Bedürfnissen zu leben, sondern dem Schicksal ganzer Erdteile zu dienen. Aus diesem Grunde hat der neue Krieg einen moralischen Sinn und einen historischen Hintergrund, der viel größer ist, als derjenige des Weltkrieges von 1914. Mehr noch als Staaten und Grenzfragen stellt er in Wirklichkeit Rassen und Staatsformen, verschiedene Auffassungen der Zivilisation und der Macht, verschiedene Zeitalter, die einen im Untergange, die anderen im Aufstreben, gegenüber. Der Abschluß dieses Krieges kann für viele Generationen entscheidend sein, nicht nur für die Landkarte Europas mit ihren großen Rückwirkungen auf andere Weltteile, sondern auch für das Schicksal der europäischen Völker und für die Kultur der Welt überhaupt.

Die italienische Nation ist sich der elementaren Notwendigkeit und der Großartigkeit dieses Dramas voll bewußt. Sie versteht, daß dadurch einer der intensivsten Augenblicke der zyklischen Krisen der Weltumwandlung zum Ausdruck kommt, ähnlich derjenigen, durch die schon große Kulturen des Altertums und die Welt Roms untergegangen waren. Im Durcheinander der rassischen und politischen Stöße entwickelten sich dann die großen Staaten des modernen Zeitalters. Italien zieht sich darum nicht aus der Geschichte zurück. Vom Osten hat sich der Krieg auf das Zentrum des Kontinents verschoben. Es wird um die Zukunft Europas gekämpft, Italien steht in der Mitte des Dramas der europäischen Krise. Italien konnte nicht zurückbleiben, auch wenn es gewollt hätte. Das wird durch seine geographische Lage verhindert, durch das Bewußtsein seiner an Geschehnissen, Katastrophen und Auferstehungen so reichen Geschichte. Es berücksichtigt die Rückwirkung der Kämpfe der großen Mächte rundherum, die es so oft waffenlos und zerrüttet überrascht und gezwungen haben, zu ertragen, anstatt Geschichte zu machen. Das unmittelbare Interesse seines großen Volkes, das wächst und arbeitet und Lebensraum braucht, gebietet es, daß jetzt und auf lange Zeit hinaus die großen offenen Fragen, die sein Leben und sein Glück berühren, gelöst werden müssen.

Italien hat den Krieg nicht gewollt. Es hat im Gegenteil jedes Mittel der Vernunft und Mäßigung angewandt, um den Frieden zu retten. Die Geschichte seiner Außenpolitik von 1922 bis zu den ersten Tagen des September 1939 ist hierfür der schlagendste Beweis. Mussolini, der Führer der großen nationalen Revolution, erscheint hierin als der Mann europäischen Formats, der weitblickend, aktionsbereit und

um das Schicksal einer ruhigen und fruchtbaren solidarischen Kultur Europas besorgt ist. Da nunmehr der Krieg gekommen ist und alle Nationen vor die Frage ihres Schicksals im Europa von morgen stellt, ist Italien mit seinen Ansprüchen und seinem Recht gegenwärtig.

Welches sind die Kräfte, die die Haltung Italiens bestimmen?

Die erste Kraft ist gegeben durch das mit Deutschland abgeschlossene Bündnis. Das Bündnis ist eine Ehrenpflicht. Keine große Nation, die sich selbst achtet, vergißt ihre Ehrenpflichten und die von ihr unterschriebenen Verträge. Italien ist nicht Frankreich, das in veränderlichen Formen, je nach der politischen Jahreszeit, nach augenblicklichem Vorteil oder Risiko ein Bündnis und andere internationale Abmachungen auslegt. Das Bündnis mit Deutschland bedeutet auch für Italien ein Zusammenfallen historischer Schicksale, Revolutionen und nationaler und europäischer Missionen. Ein weiterer verhängnisvoller Irrtum lastet auf der Verantwortlichkeit der imperialen Demokratien, die noch nicht den Wert des Stahlpaktes verstanden haben. Wegen dieses Fehlers sind sie in den Krieg getreten unter der Berechnung, zuletzt Deutschland und Italien zu trennen und vielleicht sogar gegeneinander feindselig gestimmt zu finden, um sie dann getrennt zu schlagen und die stürmische Kraft ihrer gesunden Rassen und ihrer aufbaufähigen Staatsformen zu zertrümmern.

In dem Bündnissystem haben alle italienischen Probleme und Interessen eine natürliche Daseinsberechtigung. Sie sind zum großen Teil denjenigen ähnlich, die von Deutschland, das in den europäischen Krieg hineingerissen worden ist, gegenüber der Welt aufgestellt werden. Diese Probleme sind: Die Vervollständigung der nationalen Einheit, die Sicherheit der Grenzen, die wirkliche Unabhängigkeit, d. h. Atemfreiheit auf dem Meere, neuer Lebensraum, um den Menschen, die Jahr für Jahr an Anzahl wachsen, die ihrer produktiven Arbeit notwendigen Mittel zu verschaffen.

Vorherrschend ist hier das Problem der Sicherheit. Auf Grund einer ausdrucksvollen und nicht zufälligen geographischen und geschichtlichen Notwendigkeit harmonisiert es auf natürliche Weise mit dem Problem der Vervollständigung der politischen Einheit der Nation.

In der langen mühseligen Arbeit seiner nationalen Vereinheitlichung ist das neue Italien unter gegensätzlichen Kräften ausländischer Mächte entstanden. Um die Ausdehnung seines Gebietes zu begrenzen und zu bewachen, haben sie

seine Grenzen auf dem Kontinent und auf dem Meere, soweit sie früher anderen Nationen angehörten oder italienischem Einflusse unterstehen, besetzt und diese in Dauerposten ihrer Gendarmerie verwandelt. Dieses ist die Geschichte von Korsika, Savoyen und Nizza, die als französischer Wachtposten an den Küsten der Halbinsel im oberen und mittleren Tyrrhenischen Meere dienen, von Tunis, das eine Fortsetzung der gleichen Wachtpostenkette im mittleren Mittelmeerbecken gegen die Küsten Siziliens darstellt. Von Malta, das von den Briten besetzt worden war, um ihre Seeherrschaft im östlichen Mittelmeer gegen die Ausdehnungsgelüste des rivalisierenden Frankreichs zu sichern und das daraufhin einbehalten wurde, um die Zufahrt zum Suezkanal und später die wiedererstandene italienische Seemacht im Mittelmeer zu bewachen.

Frankreich besetzte Korsika und behält es vor allem, um das in seiner neuen Einheit auf Grund der aktiven Politik des Hauses Savoyen wachsende Italien zu beherrschen. Es verletzt damit den dreimal in Compiègne mit der in Auflösung befindlichen Republik Genua abgeschlossenen Vertrag, das die Herrin der Insel ist. Heinrich II. hatte schon in der Mitte des 16. Jahrhunderts die Eroberung der Insel erwogen, mit der Absicht, die Kontrolle über das Mittelmeer und die italienischen Küsten an sich zu reißen. Um diesen aggressiven Plan auszuführen, verbündet sich 1553 das immer auf sein Christentum pochende Frankreich mit den Türken und versucht mit ihnen einen Angriff auf Korsika. Nur der feste Widerstand von Andrea Doria, dem großen genuesischen Seehelden, bringt dieses Unternehmen zum Scheitern.

Später ist es Ludwig XV., der an die Besetzung Korsikas denkt, um dadurch ein Gegengewicht gegenüber der britischen Besetzung Gibraltars und Minorcas zu schaffen. Mit der militärischen Vorherrschaft verbindet sich für die Monarchie aber auch der Begriff der kaufmännischen Vorherrschaft. „Der König glaubt, daß dieser Erwerb für den französischen Handel in der Levante äußerst vorteilhaft ist“ — schreibt ungefähr 1735 der Marquis de Chauvelin, der Sekretär Fleurys. Intimer gestalten sich einige Jahre später, zur großen Unruhe Genuas, die Beziehungen zwischen den Korsen und dem Sabaudischen Königshofe. Am 2. Oktober 1745 richtet Karl Emanuel III. vom Lager von Casale einen Aufruf an die Korsen. Schon im Vorjahre hatte er mit England Verhandlungen über die Besetzung der Insel durch Vermittlung des englischen Vertreters in Florenz Horace Mann eingelei-

tet. Aber Paris ist achtsam, um sich nicht die Beute entgehen zu lassen. Die Absicht des Herzogs von Choiseul gegen 1770 ist die, aus Korsika im Einvernehmen mit Spanien den Hauptflottenstützpunkt zu machen, durch den die Vorherrschaft Frankreichs im Mittelmeer gegen England gesichert sein sollte. Es kommt zum letzten Ausbruch einer korsischen Erhebung, zu einer ungestümen Landung der Franzosen im Mai 1769 und zu der tragischen Niederlage in Pontenuovo gegen das stärkste Heer der Monarchie. Korsika fällt in die räuberischen französischen Hände. Die Regierung von Paris hat die Insel für Rechnung der ohnmächtigen Republik von Genua besetzt, dies mit der Vereinbarung, sie nach der Befriedung wieder zu verlassen. Jetzt jedoch will Frankreich seine Unterschrift nicht mehr anerkennen und spricht nicht mehr von Rückgabe. In den Instruktionen für die französischen diplomatischen Verträge entwerfen Choiseul und sein Anhang schon ganz klare Richtlinien über ihre Pläne, aus der Insel einen Vorposten Frankreichs gegen die italienischen Küsten zu machen, um deren Bewegungen zu verfolgen. „Mit dem Besitze Korsikas — sagt ein Verherrlicher des Werkes von Choiseul, Pommereul, — hat Frankreich bequeme Mittel, um der gesamten Küste Italiens Gesetze diktieren zu können.“ Er wiederholt das, was dem König von Frankreich von seinem Botschafter in Venedig, de Selve, schon fast zwei Jahrhunderte früher geschrieben worden war: „Diese Insel ist, wenn sie gut versorgt und befestigt ist, eine große Bastion gegen Italien.“ Italien soll also der Packesel Frankreichs sein, das in Korsika im Sattel sitzt. Auch Voltaire sagte dann, daß „eine Zeit kommen könnte, in der der Besitz Korsikas für Frankreich zur Überwachung seiner Interessen in Italien äußerst günstig sein könnte“.

Nachdem die politische Einheit der Halbinsel vollzogen war, kann ein französischer Marineminister, Pellétan, sagen, daß „Korsika ein Schwert im Herzen Italiens darstellt“. Der Minister hat auf diese Weise in klaren Worten das Problem der tyrrhenischen Sicherheit Italiens zum Ausdruck gebracht.

In Wirklichkeit liegt Korsika an der Italien am nächsten gelegenen Stelle nur 82 km von der Halbinsel entfernt, während es nicht weniger als 200 km von der am nächsten liegenden französischen Küste entfernt liegt. Aus diesem Grunde ist die Insel ihrem Ursprunge nach italienischer Boden und ist es auch immer im Laufe der Jahrhunderte geblieben. Sie ist die natürliche Fortsetzung des geologischen

Systems Sardiniens, das ihr auf BüchSENSCHUßENTFERNUNG gegenüberliegt. Korsika ist der Sprache, der Geschichte und dem Geiste der Bevölkerung nach italienisch. „Da Capu Corsu a Bonifaziu, aria de Roma e mare di Laziu“, sagt ein korsischer DialektSpruch (Vom Korsenkap bis Bonifazio, römische Luft und Boden von Lazio). Mazzini, der so viel Achtung vor den nationalen Rechten sämtlicher Völker hatte, kann noch über die Insel um die Mitte des 19. Jahrhunderts schreiben: „Hier bezeichnet sich jeder Mensch als Italiener, verfolgt mit Herzklopfen die Bewegungen im Mutterlande und sieht die Franzosen als Feinde an.“

Nachdem die Franzosen mit Waffengewalt als Feinde gelandet waren und die Insel unter Verletzung der Abmachungen gehalten haben, nachdem sie die häufigen und verzweifelten Erhebungen der Korsen im Blute erstickt hatten, haben sie die Insel zuletzt durch Drohungen und Verfolgungen in Abwechslung mit Versprechungen und kleinen Vergünstigungen auf die Seite Frankreichs herübergezogen. Die Insel hat ihre Kultur von Rom bald nach Sardinien 260 v. Chr. erhalten. Sie erscheint dann als eine Fortsetzung Toskanas nur durch das enge Meer getrennt. Sie ist ein Teil des italienischen Reiches. Sie gerät darauf seit Anfang des 14. Jahrhunderts unter die Herrschaft und in den direkten Einfluß Genuas. Sie bevölkert sich mit Menschen toskanischer und ligurischer Rasse und lebt deren Leben.

Die italienische Halbinsel besitzt noch keine genügende Stärke, um sich den kriegerischen Franzosen zu widersetzen, als der Herzog von Choiseul die italienische Insel endgültig besetzt. Weder die kleine schon dem Untergang nahe Republik Genua, noch die Monarchie der Savoia, die zwar kühn und unternehmungslustig, aber noch ohnmächtig gegenüber Frankreich ist, können gegen Frankreich auftreten. Der Herzog von Choiseul — schreibt sein Geograph Lebégue — nimmt keine Rücksicht auf nationale Ideologien, „auf die Diskussionen müßiger Schwätzer“, „auf die zwecklosen Abhandlungen über die Rechte der Natur und der Menschen“. Er ist entschlossen, „einzig und allein das Gesetz der Souveräne, das Gesetz der Stärkeren gelten zu lassen“. So konnte wenig später im November 1789, als in der Nationalversammlung in Paris das Schicksal Korsikas behandelt wurde, das die Autonomie verlangte, und jemand die Rechte Genuas in Erinnerung rief, Mirabeau verächtlich von Rechten und Verträgen sprechen: „Ich glaube nicht, daß man weiterhin in dieser Versammlung die diplomatische Aus-

drucksweise anwenden soll, ... ich betrachte die Republik von Genua als nicht sehr gefährlich.“ Das Schicksal Korsikas auf diese Weise besiegelnd, verewigen die Franzosen in der Geschichte ihre Vergewaltigungspolitik.

Wie in Savoyen, so auch in dem italienischen Nizza, das dem entstehenden Königreich Italien abgenommen worden war, versucht Frankreich eine Kontrolle der italienischen Grenze zu errichten. Schon 1853 schreibt Le Masson (*Les limites de la France*): „Nicht als Gebietszuwachs, sondern als eine Vergrößerung des Aktionsradius' gegen Italien muß Frankreich den Besitz Nizzas und Savoyens wünschen.“ Sieben Jahre später, am 13. März 1860, wiederholt der Außenminister Frankreichs, Thouvenel, in einem Zirkular an seine Beamten: „Es geschieht nicht im Namen des Nationalitätsgedankens oder gar einer natürlichen Grenze, daß wir die Annexion Savoyens und der Grafschaft Nizza fordern. Sie ist nur als Garantie gedacht, als Sicherheit gegen die Gefahren, die die Entwicklung Piemonts in der Zukunft für uns bedeuten könnte.“

In Savoyen, der Wiege der Könige von Italien, spricht man den gleichen Dialekt der Valle d'Aosta. Nizza ist eine rein italienische Stadt. Sie war die Verbündete Genuas und Pisas. Sie hatte sich Amädeus VII. überantwortet und blieb fünf Jahrhunderte unter der Herrschaft der Savoia. Siebenmal hat sie französische Versuche einer Annexion zurückgewiesen. Giuseppe Garibaldi und Ignazio Ribotti waren Nizzarden. Sie hatten im Kriege 1859 die Freikorps der „Cacciatori delle Alpi“ und der „Cacciatori della Magra“ organisiert. Zu Tausenden strömen nizzardische Freiwillige zum Heere des Königs von Piemont für die Befreiung der Halbinsel. Die sogenannte französische Partei von Nizza, die von Pariser Agenten zum Anschluß an Frankreich ausgenutzt wird, wird noch in den Wahlen am 4. Januar 1860 geschlagen, bei denen im Gemeinderat auf 40 Gemeinderäte 35 Vertreter der italienischen antiseparatistischen Partei gewählt wurden gegen nur 3 von Frankreich unterstützte Kandidaten.

Bekanntlich mußte Piemont Nizza und Savoyen an Frankreich abtreten, als es die Annexion der Herzogtümer von Emilia und von Toskana vorbereitete. Es muß diesen Judaslohn zahlen, um sich in seiner Bewegung zur nationalen Befreiung die Neutralität Frankreichs zu sichern. Frankreich hatte wenige Monate nach diesem zwecklosen Bündnis mit seinen fünf noch in der Lombardei vereinigten Armeekorps eine bedrohliche Haltung angenommen, da diese die Piemon-

teser im Rücken fassen konnten. Es wird jedoch vereinbart, daß über die Abtretung Nizzas eine Abstimmung entscheiden solle, eine „freie Abstimmung, ohne den Schatten eines Druckes“, wie König Viktor Emanuel II. am 22. März 1860 der Abordnung erklärte, die gekommen war, um ihm eine Adresse des nizzardischen Gemeindeausschusses zu überreichen.

Verhaftungen, Isolierungen, Drohungen, glänzende und trügerische Besprechungen gingen der Abstimmung voraus, die am 15. April stattfand. Die Patrioten wurden daran gehindert, ihre Stimme abzugeben, während französische Staatsbürger in hellen Scharen aus dem angrenzenden Frankreich kamen und sich sogar Matrosen der französischen Kriegsschiffe an der Abstimmung beteiligten, die entgegen den Vereinbarungen auf der Höhe von Villafranca lagen, um die Wirkung durch Drohungen zu erhöhen. Durch dieses gewalttätige Vorgehen ergibt die Abstimmung für die Franzosen 6810 Ja-Stimmen gegen nur 11 Nein-Stimmen. Ein Drittel der nizzardischen Bürger hat nicht wählen können. Niemand vermag die wirkliche Herkunft der den Urnen entnommenen Stimmzettel zu ergründen. Der Betrug offenbart sich in den obigen Zahlen. Er ist so ungeschickt, daß Alphonse Karr mit Entrüstung sagen kann: „Es gibt nicht einmal 50 Nein-Stimmen. Ich glaube, ich hätte vorgezogen, daß es mehr gewesen wären.“ Nachdem die Einheit Italiens hergestellt wurde, leben von neuem die niemals erstorbenen Hoffnungen für ein italienisches Nizza auf. Frankreich hat den Krieg mit Deutschland verloren. Sedan bedeutet die Rückkehr der deutschen Länder Elsaß und Lothringen zum Reich. Auch die Italiener Nizzas geraten in Bewegung. Im Oktober 1870 richtet ein italienischer Ausschuß, der in Florenz seinen Sitz hat, einen Aufruf an Europa: „Während dieser letzten 10 Jahre“, so heißt es da, „hat Nizza dauernd unter Terror gelebt. Weder Verfolgung noch Gefängnis und Verbannung können den eisernen Willen der Nizzarden brechen. Die Käuflichkeit der Presse, die künstlichen Manipulationen, Bestechung, Versprechungen, Schmeicheleien haben nur dazu beigetragen, die Verachtung, die wir für das französische Kaiserreich und seine Prokonsuln und Diener hegen, zu vergrößern. Wir wollen Italiener sein. Wir wollen heim ins Mutterland. Wir appellieren deshalb an die Italiener der anderen Provinzen, wir appellieren an das gesamte Europa.“

Anfang 1871 wird noch einmal eine „Denkschrift der vereinigten Ausschüsse der nizzardischen Auswanderung an

die Vertreter der ausländischen Mächte“ veröffentlicht. „Zehn Jahre sind vergangen, seitdem die französische Herrschaft auf Nizza lastet. In diesem letzten Jahrzehnt ist der Widerwillen gegen Frankreich gewachsen und hat noch tiefer Wurzel gefaßt. Fünf Jahrhunderte herzlicher Gemeinschaft, unveränderlicher Ergebenheit, Interessengemeinschaft, Traditionen und gemeinsamen Ruhmes und Unglückes können nicht an einem einzigen Tage aus der Geschichte und im Herzen eines Volkes ausgelöscht werden. Nizza kannte Tausende von Märtyrern für Italien, nicht einen einzigen für Frankreich. Die jungen Nizzarden flohen zu Tausenden, um nicht gegen Preußen ins Feld ziehen zu müssen. In den italienischen Unabhängigkeitskriegen haben sie niemals die Trikolore verlassen und 600 Freiwillige nahmen am Krieg 1859 teil.“

Die italienische Regierung jedoch ist schwach und machtlos und kann sich nicht bewegen. Auch die großen Mächte rühren sich nicht, da sie in keiner Weise an diesem Nationalproblem interessiert sind. Es rühren sich dagegen die französischen Waffen der neuen Republik. Nach Verhaftung der Führer der Freiheitsbewegung beginnen sie eine harte Unterdrückungsaktion. Die Nizzarden erheben sich. Sie greifen die Präfektur an und werfen sich gegen die bewaffneten Gendarmen. Nach dreitägigen Kämpfen gegen französische Landtruppen, Kavallerie und Matrosen, die die Gendarmerie und die republikanische Garde unterstützen, wird am 11. Februar 1871 die Ordnung blutig wiederhergestellt.

Dieselbe antinationale Natur und dieselbe Aufgabe einer Bedrohung Italiens hat in der Geschichte und in der Gegenwart die französische Besetzung von Tunis¹⁾. Frankreich besetzt ein an Italien durch jahrhundertealte und niemals unterbrochene Bande verknüpftes Gebiet, das schon früher von den Italienern bevölkert war und das die Regierung von Rom zu besetzen die Absicht hat, weil es eine natürliche Verlängerung der Halbinsel und Siziliens nach Nordafrika darstellt. Frankreich bekümmert sich nicht um nationale und nicht einmal um kaufmännische Interessen und es sieht vor allem, wie schon gesagt, die Waffe gegen Italien: Biserta. Durch eine internationale Abmachung wird nach der Besetzung die Bewaffnung Bisertas verboten. Frankreich vergißt dies schnell und verwandelt den großen Hafen in einen gut ausgerüsteten Flottenstützpunkt. Der französische Außen-

¹⁾ s. Virginio Gayda, Italien und Frankreich.

minister Hanotaux kann dann sagen, daß „Biserta Italien an die Kehle faßt“. Der französische Admiral René La Bruyère kann dann auch im „Journal de Genève“ vom 28. Dezember 1938 schreiben, daß „die Festung Biserta für Italien eine außerordentlich große Gefahr darstellt“.

Biserta liegt in der Tat an der engsten Stelle des Mittelmeeres Sizilien gegenüber. Es bietet eine gefährliche Angriffsbasis gegen die Verkehrswege Italiens.

Die Geschichte der britischen Eroberung Maltas ist bekannt und bietet ein Gegenstück zu der französischen Eroberung Korsikas. Malta untersteht den souveränen Rechten des Königs von Neapel als ein Gebiet Siziliens und wird als solches von den Franzosen Napoleons besetzt, deren anmaßendes Auftreten eine Revolte der Malteser hervorruft. Nach dem Seesiege von Aboukir will angeblich das Geschwader Nelsons, das mit dem König beider Sizilien befreundet und verbündet ist, nur die sizilianischen Interessen wahren und beginnt die Blockade von Valetta. Am 13. Oktober 1798 schreibt Nelson aus den Gewässern Maltas an den Grafen von S. Vincent: „Die Insel ist offensichtlich Eigentum des Königs von Neapel, und über diesen Punkt wäre jede Diskussion zwecklos.“ Von ganz anderer Ansicht sind dagegen die Regierung von London und der Kapitän Alexander Ball, der bald an Stelle des Admirals den Befehl über die Operationen übernimmt. Malta muß britisch sein, um im Zentrum des Mittelmeers die englische Seeherrschaft zu sichern. So ist denn auch, nachdem kaum die Franzosen vertrieben waren und die von ihnen hervorgerufene Revolte unterdrückt war, die einzige Sorge von Ball und seinen Nachfolgern, im Dienste der neuen britischen Interessen die nationale Freiheit, die alten Gesetze und Gebräuche der Malteser zu zerstören.

Die verschiedenen dabei getätigten Versprechungen erweisen sich nur als trügerisch. Der Aufruf von Pigot, der bald nach Ball die Regierung der Insel übernimmt, garantiert den Inselbewohnern im Februar 1801 die Achtung „ihrer Religion, ihres Eigentums und ihrer Freiheit“. Im Vertrag von Amiens von 1802 verpflichtet sich England zusammen mit allen anderen unterzeichneten Mächten, auf der Insel den Orden von Malta unter der hohen Souveränität des Königs beider Sizilien einzuführen und seine Streitkräfte innerhalb drei Monaten nach der Ratifikation des Paktes zurückzuziehen. Ferner verpflichtet es sich, für die Aufstellung eines Inselheeres zu sorgen, das wenigstens zur Hälfte aus

maltesischen Bürgern bestehen sollte. Ferner verpflichtet es sich, die ewige Neutralität des Ordens und folglich der Insel zu garantieren. Aber alles bleibt nur toter Buchstabe. Nach dem Vertrag von Paris vom 30. Mai 1814 gehören Malta und die dazugehörigen Inseln eigentumsmäßig der Souveränität Seiner Britischen Majestät. Wie Biserta wird auch Malta entgegen internationalen Abmachungen ein Flottenstützpunkt, der ungewöhnlich stark bewaffnet ist und sämtliche umliegenden Mittelmeervölker bedroht.

Nach 1870 wird Malta vor allem der Wachtposten gegen das neue vereinigte Italien.

Zu dieser Politik militärischer Vorherrschaft fügt England, wie schon gesagt, noch eine Politik nationaler Vergewaltigung hinzu. Die Malteser sind Italiener mit einem Dialekt, der arabischen Einfluß zeigt. Gerade durch die Anerkennung dieser ihrer nationalen Eigenart, durch die sie sich nicht nur von der britischen Nation, sondern auch von allen anderen Mittelmeernationen unterscheiden und Italien nahe stehen, verspricht England den Maltesern bei der Besetzung der Insel die Achtung ihrer nationalen Freiheit. Durch den Vertrag von Amiens wird den Maltesern eine wirkliche politische Selbständigkeit zuerkannt. Alles beweist in Wirklichkeit in der langen Geschichte Malτας, daß bevölkerungsmäßig die Bewohner in ihrer endgültigen Erscheinung lateinisch sind und daß sie sieben Jahrhunderte lang eine italienische Kultur besessen haben. Die Insel wurde seit dem 11. Jahrhundert von Italienern, vor allem von Sizilianern besiedelt. Aus den Anfängen des 15. Jahrhunderts sind uns italienisch geschriebene Dokumente und Denkschriften bekannt, die zeigen, daß das Italienische neben dem Dialekt die einzig gangbare Sprache war. Von da an gehören Sitten und Gebräuche, Traditionen, Kultur, jede Ausdrucksform Malτας der italienischen Volksgemeinschaft an.

Bei einer Untersuchung der Briten John Austin und George Cornewall Lewis für Rechnung der Londoner Regierung zwischen 1836 und 1838 ist die Schlußfolgerung die vorbehaltslose Anerkennung, daß „die Sprache der Malteser zu allen Zwecken mit Ausnahme der Familienunterhaltung die italienische ist“. Mehr als 40 Jahre später bestätigt nach einer anderen Untersuchung Sir Penrose G. Julyvan vor dem britischen Parlament 1879 die allgemeine Anwendung der italienischen Sprache auf der Insel. Er bedauert, daß nach beinahe 80 Jahren britischer Besetzung noch so wenige Spuren der englischen Sprache zu finden seien und sagt, daß

„es unmöglich ist, den Gebrauch der italienischen Sprache zu begrenzen, die nunmehr die allgemeine Sprache ist.“

Mehr noch als die Sprache ist das Herz Maltas italienisch. Es klopft und entzündet sich schon in der Freiheitsbewegung von 1821 und dann in der von 1830 und 1848. Flüchtlinge aus Sizilien, aus Neapel und aus Toskana finden auf der Insel einen ruhigen Zufluchtsort und Schutz. Aber gerade in dieser nationalen Solidarität, die vorerst noch nicht zu einer Bewegung gegen die Regierung Londons führt, erblicken die britischen Behörden den Vorwand zu einer immer härteren Unterdrückungspolitik gegen den italienischen Charakter Maltas.

Wie für die Italiener in Tunis, so werden auch recht bald die Versprechungen an die Malteser vergessen und internationale Verpflichtungen verletzt. Vergeblich verlangen die Malteser schon seit 1811 unter der Leitung des Marchese Nicolò Testaferrata Achtung ihrer nationalen Rechte. Von Anfang an der nationalen Autonomie der Insel feindselig gegenüberstehend, beginnen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die britischen Behörden einen entschlossenen und immer unerbittlicheren Krieg gegen die italienische Sprache und Kultur und machen damit wie Österreich in den adriatischen Provinzen, eine mißtönende Begleitmusik zu der Entwicklung der politischen Einheit und den Aufstieg Italiens auf der benachbarten Halbinsel.

Es beginnt der Krieg in den Elementarschulen. Bald, nach 1881, verschärft er sich durch eine Serie von unerträglichen Reformen, die sich über die anderen Schularten, auf die Gerichtshöfe, die öffentlichen Ämter, die freien Berufe und sogar auf die Menschen, die im vaterländischen Sinne das geistige Gut von mehr als sieben Jahrhunderten Geschichte des maltesischen Volkes verteidigen, ausdehnen. Auch gegen die katholische Religion, der alle Malteser angehören und womit sie ihren lateinischen und italienischen Geist unter Beweis stellen, beginnt der Krieg der Vernichtung. Schon seit den ersten Jahrzehnten der Besetzung ist in Malta trotz des Versprechens der Achtung religiöser Freiheiten eine Missionsgesellschaft Londons am Werke und agitiert für den Übertritt zur anglikanischen Kirche. 1835 will man sogar die öffentlichen Beamten der Insel verpflichten, gegen die päpstliche Autorität zu schwören. Auch wird versucht, den maltesischen Dialekt zur Würde einer Kultursprache zu erheben, um ihn an Stelle der italienischen Sprache zu setzen.

Die Geschichte der letzten Jahre ist allzu bekannt. Die

Volksbewegung vom 7. Juni 1919 in Malta führt 1921 zu einer neuen Verfassung für die Insel, durch die man den Anschein erweckt, daß den Maltesern einige nationale italienische Rechte zuerkannt werden im Zusammenhang mit den von den Briten nunmehr der Insel in allen ihren Beziehungen aufgedrängten britischen Anmaßungen. 10 Jahre später wird durch einen Handstreich die Verfassung annulliert, und an ihre Stelle tritt eine bewegliche Polizeipolitik, die gegen die Malteser, ihre Einrichtungen, ihre führenden Männer, ihren nationalen Geist die österreichische Unterdrückungstradition der Lombardei, von Trient, Triest und Dalmatien erneuert.

Italien ist jedoch als Nation wie auch als Macht gewachsen. Die Festung Malta, die es bewacht, ist von seinen Küsten nur 90 km entfernt. Sie ist nicht nur befestigt, sondern stellt auch einen Feind dar.

Mit der merkwürdigen britischen Auslegung der ägyptischen Unabhängigkeit, mit den Flottenstützpunkten und den militärischen Systemen Englands und Frankreichs, die an Stelle der Mandate treten, beging man eine neue Verletzung der internationalen Verträge in Palästina und Syrien. Italien sieht sich bis zum Jahre 1940 im Mittelmeer durch die beiden imperialen Demokratien immer mehr eingekreist, wie es dies noch nie seit der Zeit seiner ersten Einheitsbewegung gekannt hat. Diese Einkreisung stellt eine dauernde Bedrohung seiner nationalen Sicherheit dar. Italien hat das Recht zu fordern, daß auch im Mittelmeer die Sicherheit um seine nationalen Grenzen herum nicht mehr von den Versprechungen Dritter und von den Verpflichtungen internationaler Verträge abhängt, die sich stets als trügerisch erwiesen haben. Es fordert bestimmte und wirklichkeitsnahe Tatsachen.

20 Jahre lang haben die Völkerbundsutopien wie auch die beiden imperialen Demokratien von der kollektiven Sicherheit gesprochen. Sie haben aber niemals an die besondere Sicherheit jeder Nation gedacht, die nur zu oft bedroht wird. Die Geschichte beweist, daß jede Nation die Pflicht hat, ihre Sicherheit, nicht minder ihre Stellungen mit eigenen Mitteln, mit den Waffen und der kämpferischen Schlagkraft zu schützen.

Aber über die unmittelbare Sicherheit an den Grenzen hinaus hat Italien auch das Recht, seine wirkliche nationale und imperiale Unabhängigkeit im Mittelmeer zu fordern. Diese Unabhängigkeit sieht Italien in einer unmittelbaren Verbindung mit den Ozeanen, d. h. in dem Besitze eines offenen italienischen Fensters gegen den Atlantischen Ozean hin.

Die gegenwärtige politische und militärische Lage des Mittelmeeres ist eine der typischen Ausdrucksformen der imperialen Hegemonien, die noch in Europa herrschen. Der Friede von 1919, durch den über die ruhelose europäische Erde ein neues Reich der Gerechtigkeit gekommen zu sein schien, hat die unerträglichsten Seiten nur noch verschärft. Es ist zwecklos, von dem Recht der Völker auf Unabhängigkeit und freien Welthandel zu sprechen und große Worte über internationale Zusammenarbeit und Schutz der Kultur zu machen, wenn man nicht von den Grundlagen her dieses Problem des großen inneren europäischen Meeres löst.

Das Mittelmeer untersteht heute der Feudalherrschaft Englands und Frankreichs. Diese Feudalherrschaft ist nicht etwa erobert worden und wird auch heute nicht gehalten zur Erfüllung der Aufgaben zivilisatorischer Urbarmachung oder für den Fortschritt der Wirtschaft und des Ackerbaues der mediterranen Gebiete. Sie dient nur dem doppelten Anspruch auf Verteidigung, und zwar in einem übertriebenen extensiven Sinne der britischen und französischen imperialen Systeme und zur Aufrechterhaltung der Kommandogewalt über die anderen großen europäischen Nationen.

Großbritannien ist nicht am Mittelmeer geboren. Es ist hier nur eingetreten, um die beiden großen imperialen Mächte, die es am meisten fürchtete, zu bekämpfen: Spanien Frankreich. Es bleibt hier, um die Mittelmeermächte und vor allem Italien zu beherrschen. Seine Besitzungen sind, wie oben bewiesen, vor allem unter dem Gesichtspunkt politischer und militärischer Gendarmerie ausgewählt worden. Sie finden ihren bezeichnendsten Ausdruck in den Eingangstoren. Gibraltar soll das Mittelmeer gegen den Atlantischen Ozean und gegen die Wirtschaft Amerikas abriegeln. Suez soll den Durchgang nach dem Roten Meer, dem Indischen Ozean, dem Pazifischen Ozean und den Zugang zur Wirtschaft Asiens bewachen. Indem es Gibraltar und Suez in seinen Händen hält, maßt sich England die Kontrolle und damit die Herrschaft über alles an, was im Mittelmeer lebt.

Die Engländer sind bereit zu erklären, daß diese Kontrolle für den Schutz ihrer imperialen Verkehrsstraße nach Indien notwendig sei. Was würde jedoch die Reaktion Großbritanniens sein, wenn eine imperiale Großmacht sich für die Dauer an den Küsten Irlands festsetzen würde? Was würde die Reaktion der Vereinigten Staaten sein, wenn eine andere imperiale Macht, die mit großen und gefährdenden Waffen ausgerüstet ist, die Küsten und die Inseln des Atlantischen

und des Pazifischen Ozeans, die ihren eigenen Gebieten am nächsten liegen, besetzen würde und von hier aus versuchen würde, das nationale Leben und den Handel einzukreisen und zu kontrollieren?

Der Charakter der britischen und französischen Besetzungen wird übrigens durch den wirtschaftlichen und sozialen Zustand bestätigt, in dem die beiden imperialen Demokratien ihre Mittelmeergebiete belassen. Nach anderthalb Jahrhunderten politischer Unterwürfigkeit bleibt Korsika trotz der großen Möglichkeiten der französischen Bank eine zwar stolze, jedoch primitive Insel ohne irgendwelche produktive Entwicklung, arm an Hilfsmitteln und nur für ihre militärischen Aufgaben eingerichtet. Marokko wird nur langsam von Spaniern und Italienern kolonisiert. Tunis ist zum größten Teil von der produktiven Kultur der Italiener kolonisiert und gehoben worden. Als die italienischen Einwanderungsströme versiegten, verkümmerte auch die wirtschaftliche Entwicklung. Heute gibt es noch 5 Millionen ha Boden, der fruchtbar und leicht zu bebauen und noch völlig entvölkert ist. Syrien ist nur ein System militärischer Straßen und befestigter Werke. Es ist eine Festung, die auf der sich selbst überlassenen Bevölkerung errichtet wurde.

Mit diesem System britischer und französischer Besitzungen, die mehr oder weniger zusammenhängen, wurde für Italien im Mittelmeer ein Dauergefängnis gebildet. Die Briten und Franzosen selbst sind die ersten, die sogar noch während des Krieges von 1940 dessen unerträgliche Strenge zugeben. Sie rechnen mit der Wirkung einer hermetischen Abriegelung des Mittelmeers, mit einer Blockade seiner Pforten. Sie sprechen von der Unmöglichkeit Italiens, sich zu versorgen und eine unabhängige Außenpolitik aufrechtzuerhalten, die die italienischen Interessen schützt.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf einige ausdrucksvolle Ziffern:

Nach Italien eingeführte Waren

(in Tonnen)

	Auf dem Seewege		Auf dem Landwege		Insgesamt
	Umfang	in %	Umfang	in %	
1934	22 341 400	86,39	3 520 251	13,61	25 861 651
1935	23 535 130	83,69	4 586 188	16,31	28 121 318
1936	15 338 380	82,37	3 283 626	17,63	18 622 006
1937	19 930 441	75,04	6 630 771	24,96	26 561 212
1938	20 136 645	83,92	3 858 653	16,08	23 995 298

Die Tonnenzahl der auf dem Seewege in italienische Häfen eingeführten und gelöschten Waren verteilt sich wie folgt:

	Gibraltar		Suez		Dardanellen	
	Umfang	in %	Umfang	in %	Umfang	in %
1934	15 624 883	69,94	1 347 600	6,03	3 358 072	15,03
1935	16 532 332	70,25	1 256 948	5,34	3 842 085	16,32
1936	10 904 633	71,09	918 786	5,99	2 479 021	16,16
1937	14 152 695	71,01	2 180 237	10,94	1 557 321	7,81
1938	15 922 179	79,06	1 103 126	5,48	975 741	4,85

Kein Land Europas und der Welt erreicht im Mittelmeer diese Verkehrsziffern, die für Italien Brot und Leben bedeuten.

In diesen Ziffern ist die herrschende Stellung Gibaltars und auch von Suez als Durchgangsstraße des italienischen Handels ersichtlich. Die augenblicklichen Verhältnisse Gibaltars und von Suez können jedoch nur durch den Vergleich mit einer Gleitschlinge definiert werden, die zur Erwürgung oder Beunruhigung der mediterranen Völker und vor allem Italiens bereit liegt.

Mehr als je hat deshalb Italien das Recht, die wirkliche und dauernde Befreiung des Mittelmeers für sich und alle Völker, die sich am Mittelmeer festsetzten und dort leben, zu fordern. Mehr als je hat Italien das Recht, das Bestehen einer ruhigen und legitimen europäischen Ordnung abzuleugnen, solange nicht endgültig die verrammelten Tore und die Gefängniswachen des Mittelmeers vernichtet worden sind und Italien eine eigene freie und unmittelbare Verbindung mit dem Atlantischen Ozean hat.

Italien ist eine große Nation mit Interessen von Weltbedeutung und Belangen, die sich über die Ozeane erstrecken.

10 Millionen Italiener leben außerhalb des nationalen Gebietes in der ganzen Welt verstreut in ruhigen und produktiven Gemeinschaften. Mehr als die Hälfte davon befindet sich in Amerika. Italien hat das Recht und die Pflicht, mit all diesen Italienern die Fühlung und den geistigen Austausch aufrechtzuerhalten und, wenn nötig, für ihren Schutz Sorge zu tragen.

Immer breiter und robuster werden die Strömungen des Handelsaustausches mit den Ländern Afrikas, Amerikas und Asiens. 1939 hat Italien z. B. mehr als 2 Millionen Tonnen Produkte aus den Vereinigten Staaten, 295 000 Tonnen aus Argentinien, 238 000 Tonnen aus Indien, 129 000 Tonnen aus

Australien eingeführt. Die Vereinigten Staaten, die einen Krieg gegen England geführt haben, um sich gegen dessen Blockadepolitik zu Kriegszeiten aufzulehnen, die sich für die Freiheit der Seefahrt und des Handels der Neutralen einsetzen, müssen die Rebellion Italiens gegen die britische Gendarmerie verstehen, die gebietsmäßig und folglich in dauerhafter Weise zum Ausdruck kommt und die italienische Schifffahrt und den italienischen Handel auch in Kriegszeiten kontrolliert.

Italien hat jedoch heute auch in Ostafrika ein Imperium. Das Mittelmeer hat folglich als imperiale Verkehrsstraße genau so viel Wert für Italien wie für England. Es hat sogar eine viel lebenswichtigere Bedeutung, denn es ist die einzige Zufahrtsstraße, während Großbritannien, Frankreich und Spanien auch noch den Atlantischen Ozean benutzen können. Auch stellt Ostafrika mit seinen großen italienischen Einwandererströmen nicht nur ein Kolonialgebiet dar, sondern ist zu einem lebendigen Stück des italienischen Nationalgebietes geworden.

In seinem historischen Gesetz, in seinen hauptsächlichsten Erscheinungen ist der Kampf Italiens um die Freiheit des Mittelmeers und eine klare Ordnung im Balkan einzig die logische und notwendige Fortsetzung seiner Kriege des 19. Jahrhunderts und des großen europäischen Krieges. Mit allen diesen Kriegen hat Italien zum Teil die politische Einheit seiner Nation, die Unabhängigkeit von der ausländischen Herrschaft über sein nationales Gebiet erreicht. Es ist ihm jedoch nicht gelungen, seine wirkliche Unabhängigkeit zu erzwingen, die klare Sicherheit rings um seine Grenzen, in seinem Lebensraum, in dem es seine elementarsten Bedürfnisse als große Nation hat. Es gibt ein sehr treffendes und ausdrucksvolles französisches Zeugnis für dieses historische Moment Italiens. Es ist dies eine Rede, die das Haupt der französischen Regierung, Georges Clemenceau, am 21. Juli 1919 bei einer Besprechung der Parteiführer in der französischen Kammer hielt, um die Gründe seiner offensiven Politik gegen Italien auseinanderzusetzen. „Der Fehler Napoleons III. bei der Beistandsleistung für die Herstellung der italienischen Einheit war nicht kleiner als derjenige, eine deutsche Einheit zuzulassen. Italien wächst im Gegensatz zum völkischen Stillstand Frankreichs. In zehn Jahren wird Italien sich der Bevölkerungszahl von 50 Millionen Einwohnern genähert haben, während Frankreich nur auf 35 Millionen gekommen sein wird. Weiterhin sind in Italien sämtliche Energien im

Erwachen, und die jetzige Krise wird sie für die Zukunft nur noch abhärten. Aus dieser zweifachen dynamischen Fülle entspringt für Italien, das arm an Land und Rohstoffen ist, ein unwiderstehlicher Drang und eine riesige Expansionskraft besonders im Mittelmeer. Das Feld dieser Expansion ist das gleiche, das heute von Frankreich besetzt wird und das Frankreich nicht nur nicht ausbeutet, sondern sogar wegen seiner Menschenarmut nur mit Mühe hält. Eine Verschiebung zugunsten Italiens muß sich folglich mit Notwendigkeit ergeben, wenn es Frankreich nicht heute gelingt, die italienische Entwicklung zu verhindern oder wenigstens aufzuhalten. Wie kann man sie aufhalten? Indem man Italien soviel als irgend möglich in wirtschaftlicher Abhängigkeit hält, ihm einen Kolonialbesitz verweigert, durch den es zu Rohstoffen gelangen könnte, ihm einen Ausdehnungsbereich im Mittelmeer verweigert, der den Überschuß seiner Bevölkerung aufnehmen könnte. Dadurch wäre es gezwungen, seine immer mehr wachsende völkische Kraft in der viel leichter zu entnationalisierenden transozeanischen Auswanderung zu zerstreuen und zu verlieren. Man muß im Grunde eine gegen Italien feindselige Stimmung in der Adria und in der Levante schaffen, die möglichen späteren Verbündeten der italienischen Politik auf dem Balkan, die Ungarn und die Bulgaren, verscheuchen, die Rumänen an sich ketten, Italien jede Vergrößerungsmöglichkeit in Afrika verweigern und streng darauf bedacht sein, daß es in Kleinasien nicht Fuß faßt. Mit anderen Worten muß das gesamte italienische Friedensprogramm bekämpft werden. Dieses kann unter anderen Vorteilen auch den ergeben, den völkischen italienischen Überschuß zu zwingen, sich wenigstens zum Teil nach Frankreich und in die französischen Kolonien zu ergießen und die französische Unfruchtbarkeit zu mindern.

In diesen Worten ist die Grundessenz der verbündeten französischen und britischen Politik enthalten, die den unglückseligen Versailler Vertrag zur Folge hatte, der sich auch gegen Italien richtet. Was während der letzten zwanzig Jahre im Mittelmeer, im Balkan und in Afrika geschehen ist, kann nur zur Bestätigung dieser Wahrheiten dienen. Hieraus erwuchs das Recht Italiens zum Widerstand und zum Schutze seines Lebens im Mittelmeerraum.

Zum Rechte auf mediterrane Unabhängigkeit, d. h. auf einen freien und unabhängigen Zugang zum Ozean, kommt für Italien das Recht auf wirtschaftliche Unabhängigkeit hinzu. Es handelt sich um das Problem des europäischen Kolonial-

systems und seiner Revision. Italien hat eine große und dichte, ständig wachsende Bevölkerung, die schon diejenige Frankreichs um einige Millionen übertrifft und nahe an diejenige Großbritanniens heranreicht. Es hat auch ein armes nationales Gebiet, das für die großen produktiven Aufgaben der modernen Industrie völlig unzureichend ist. Es braucht also in Übersee Gebiete von zwei verschiedenen Ordnungen: Gebiete, die sich für die weiße Besiedlung eignen, und Gebiete, die wenigstens einen Teil der für die nationale Arbeit notwendigen Rohstoffe hervorbringen.

Für Italien hat die Kolonie die elementare Bedeutung des notwendigen Mittels zum Leben und zur Arbeit.

Libyen und Äthiopien zeigen klar, daß es für Italien möglich ist, in Afrika Siedlungsgebiete für die überschüssige Bevölkerung tüchtiger Arbeiter zu finden und ein neues Zentrum seines nationalen Lebens zu errichten. Die Imperien jedoch, die die größten Kolonialgebiete besitzen, die sich für eine Besiedlung durch Europäer eignen, sind gerade diejenigen, die sich heute als am wenigsten fähig erweisen, den Kolonien Menschen zu liefern. Aus diesem Grunde ist der riesige Mangel an Gleichgewicht zwischen Europa und Afrika entstanden. Dicht bevölkerte und bedürftige Länder, die zu der härtesten Siedlungsarbeit bereit sind, werden auf engen Gebieten zusammengepreßt, während andere Nationen viele ihrer reichsten Gebiete entvölkert und unproduktiv halten. Es ist ungerecht, daß das italienische Volk, das so viel Fähigkeit und Willen zur Arbeit besitzt, zu einem chronischen Elend am Rande fruchtbaren Bodens verurteilt ist. Es ist ungerecht, daß die europäische Zivilisation dieses System fort dauern läßt, das ihr die Möglichkeit einer intensiveren und ausgedehnteren Expansion und Produktion nimmt.

Die Belange und die Geschichte der Völker und der Kolonien, wie auch die der Familien und ihres Reichtums, können nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt in den Jahrhunderten angehalten werden. Genau so wie im Inneren jedes Staates eine andauernde und tiefgehende Revision im Verteilungssystem des Reichtums und der sozialen Kräfte vor sich geht, zum großen Teil auf Grund der Bedürfnisse und der Arbeitsfähigkeit der Menschen, erfolgt auch unter den Völkern laufend eine Revision der internationalen und kolonialen Beziehungen.

In den Kolonien jedoch sucht Italien auch die seinen Industrien nötigen Rohstoffquellen. Seit zwanzig Jahren herrscht, wie schon gesagt, das Rohstoffproblem in Europa und der

Welt. Vor dem Kriege wurde es kaum so heftig empfunden. Es zeigte sich nur in kurzen Episoden einer Manövrierung des Handels durch die spekulativen Berechnungen der Syndikate und in gewissen Plänen der Regierung. Italien hatte noch keinen Hunger nach Rohstoff. Es hatte noch nicht wie heute seine industrielle Einrichtung entwickelt und seine hohe Bevölkerungsdichte erreicht.

Jedoch schon während des Weltkrieges enthüllte sich in schwerster Weise dieses Problem für Italien. Im Februar 1918 steht es plötzlich vor der Schwierigkeit, den Ankauf von Weizen in den Vereinigten Staaten zu finanzieren, da eine Gruppe amerikanischer Senatoren aus Spekulationsgründen eine Heraufsetzung des Preises von 2,20 auf 2,80 Dollar für das bushel vorschlug. In Erwartung, daß dieses Manöver beendet werde, halten die Landwirte den Weizen zurück. Im Oktober 1918 wiederholt sich eine ähnliche Krise für das Fleisch. Die Vereinigten Staaten verkaufen zu hohen Spekulationspreisen, und Italien kann nicht in Südamerika kaufen, wo die Preise billiger sind, da das amerikanische und britische Schatzamt in voller Übereinstimmung die Dollar- und Pfundkredite für Zahlungen auf den Märkten neutraler Länder verweigern. Italien konnte daraus schon die Gefahr ausländischer Zufuhren von lebensnotwendigen Stoffen im Falle einer internationalen Krise erkennen.

Aber erst nach dem Krieg erscheint das Problem der Rohstoffe in Italien und Europa in seiner bedrückenden Trostlosigkeit. Das mangelnde Gleichgewicht in der Verteilung der Besitzungen und der Produktionsquellen ist gestiegen. Die Verarmung Europas hat zugenommen. Die Möglichkeit des Handelsaustausches hat unter den Ländern abgenommen. Auch die Zahlungsmittel in Gold für lebenswichtige Waren sind vermindert, wenn nicht gar verschwunden. Die Last dieses Zustandes erhöht sich noch nach der Wirtschaftsweltkrise, die 1929 von den Vereinigten Staaten ausgelöst wird. Seit 1919, seitdem sich die Notwendigkeit eines freien und leichten internationalen Umlaufes der Rohstoffe fühlbar gemacht hatte, beginnt eine Bedrückungspolitik. Es sind die großen Imperien, die oft das Monopol der Rohstoffe besitzen, England, Frankreich und die Vereinigten Staaten. Sie kontrollieren und dosieren deren Handel. Sie wollen durch Höchstpreise den meisten Nutzen erreichen. Sie wollen auch die industriellen Bemühungen der ärmeren Länder beherrschen und bedrücken, um sie aus der Weltkonkurrenz auszuschalten und ihre wirtschaftliche Entwicklung zu verzögern.

Sie halten sie durch willkürliche Leitung der Zufuhren unter ihrer politischen Befehlsgewalt.

Es war in den Zeiten politischer Klärung üblich, von dem freien Umlauf der Rohstoffe im Gegensatz zu den Kolonialansprüchen der armen Industrieländer zu sprechen. Die Geschichte von zwanzig Jahren beweist, daß diese Freiheit nur eine Redensart darstellte, die von den Tatsachen Lügen gestraft wurde. Alles blieb immer nur bei schwungvollen Reden und auf dem Papier. Nichts ist jemals für eine leichte und gerechte Verteilung der für die Industrie notwendigen Mittel, die ja letzten Endes das Brot der Menschen darstellen, getan worden.

Die Lösung dieses häufig diskutierten Problems ist immer wieder verschoben worden: von der Friedenskonferenz von Paris zu der internationalen Arbeitskonferenz von Washington, vom internationalen Bergwerkskongreß von Genf zur Versammlung der internationalen Handelskammer in Paris, von der Untersuchung des Völkerbundes auf Grund einer italienischen Anregung 1921, dessen Veröffentlichung wegen der darin enthaltenen ausdrucksvollen Resultate sehr böses Blut erregte, zur Weltwirtschaftskonferenz von Genf 1927, von der Weltwirtschafts- und Finanzkonferenz von London 1933 bis zur Rede von Sir Samuel Hoare in Genf vom 11. September 1935, bis zu den Reden von Lloyd George und von Lansbury im Unterhaus am 5. Februar 1937. Die Liste könnte fortgesetzt werden. An gut besuchten Versammlungen, begeisterten Reden und statistischen Ausarbeitungen in langen Zahlenreihen hat es gewiß nicht gefehlt. Was fehlte, waren die Tatsachen. Es fehlte der Verzicht auf den Egoismus, die Achtung vor menschlichen und sozialen Rechten der armen und bedürftigen Völker, der Wille zur Gerechtigkeit.

Der neue Krieg findet ein Europa, das noch von der Frage der Rohstoffe gespalten und bedrückt ist, die das offensive Hegemonieinstrument der beiden imperialen Demokratien bilden.

Um ihre wirtschaftliche Freiheit zu verteidigen, die die Grundbedingung einer wirklichen politischen Unabhängigkeit bildet, waren Deutschland und Italien gezwungen, ihre Wirtschaften der Autarkie zuzuführen. Die großen Staaten, die auf natürliche Weise zur wirtschaftlichen Autarkie durch die Unbegrenztheit und den verschiedenartigsten Reichtum ihrer nationalen und imperialen Gebiete gelangt sind, sind bereit, diese Politik der totalitären Mächte als eine der Ur-

sachen der wirtschaftlichen Mißverhältnisse der Welt hinzustellen. Sie wollen nicht anerkennen, daß die Gegenpolitik eine harte und mühselige Form der nationalen Sicherung gegen die drohenden Auswirkungen der ungerechten Verteilung der Kolonien und der Reichtümer unter den europäischen Ländern darstellt.

In dem augenblicklichen Zustande der Welt würde der internationale Freihandel für Italien wie auch für andere große arme Völker nur den Verzicht auf die politische Autonomie und eine servile Abhängigkeit von den reichen und gutversorgten Imperien bedeuten.

Die wirtschaftliche Autarkie genügt jedoch nicht, um für ein großes Land mit wachsender Bevölkerung auf engem und armem Raume, wie es Italien ist, die Frage der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit zu lösen. Bald sind alle die nationalen Möglichkeiten erschöpft. Es ist natürlich, daß sich dann die Frage neuer Gebiete stellt.

Diese Räume können nur in Form von Kolonien gefunden werden. Die europäische Geschichte ist genügend lang und vielsagend, um zu beweisen, daß es keine anderen Möglichkeiten gibt.

Der Staatssekretär Cordon Hull hat um die Mitte des Krieges bei Aufstellung einer neuen Wirtschaftsordnung der Welt von morgen von der Notwendigkeit gesprochen, den freien Handel wiederherzustellen, um durch ihn im Wirken eines produktiven Friedens die Nationen der Welt zu vereinen. Er vertritt ein außerordentlich reiches und glückliches Land. Die Vereinigten Staaten haben innerhalb ihrer Grenzen beinahe die natürlichen Grundlagen einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit erreicht. Sie befinden sich an erster Stelle bei der Weltproduktion von Kohle, Petroleum, Blei, Zink, Phosphaten und Baumwolle. Sie befinden sich an zweiter Stelle in der Produktion von Eisen, Kupfer, Silber und Wolle. Mit soviel Reichtum und mit ihren offenen Küsten gegenüber zwei Ozeanen, über die ihr Handel und ihre Zufuhren sich ungehindert entwickeln können, dürfen sie heute als das glücklichste Land der Welt erscheinen. Ganz anders geartet jedoch sind die Bedingungen des europäischen Kontinents, der in einzelne Staaten mit verschiedenen Arbeitsbedingungen aufgespalten ist. Kein ehrlicher freier Handel ist möglich, solange nicht unter den großen produzierenden und handelstreibenden Nationen ein gerechtes Gleichgewicht der wirtschaftlichen Mittel gewährleistet wird. Kein wirtschaftliches Gleichgewicht kann als erreicht angesehen werden, solange

nicht das Verteilungssystem der natürlichen Reichtümer revidiert worden ist.

Die Politik der europäischen imperialen Hegemonien hat verhindert, daß diese Revision auf den Wegen der Zusammenarbeit und des Friedens erfolgte. In seiner grundlegenden und wirklichen Bedeutung ist der neue europäische Krieg der schicksalsbedingte Zusammenstoß zwischen dieser, für den Ruf des Lebens tauben Unnachgiebigkeit und den nicht niederzuhaltenden menschlichen und sozialen Belangen von Völkern, die der Geschichte der Kultur die höchsten Proben produktiver und schaffensfreudiger Fähigkeiten gegeben haben.

Viel zu schnell will man in der Diagnose dieser neuen Krise Europas den Angreifer in Ländern finden, die als erste gewagt haben, sich in Bewegung zu setzen. Aber die Tatsachen der Geschichte der Völker haben tiefe Ursachen. Manchmal ist der scheinbare Angriff die notwendige Reaktion auf unerträgliche, wenn auch unsichtbare Angriffe der Gegenseite. Das neue europäische Drama kann nicht in seinem Endakt isoliert werden. Der Gang seiner Handlung findet in der logischen Aufeinanderfolge der Geschichte der letzten zwanzig Jahre seine Wurzel. Nicht ein einziges Mal während dieser Zeit haben die imperialen Demokratien die Notwendigkeit vernünftiger und zweckmäßiger Revisionen einsehen wollen. Trotz der immer wieder erneuerten Appelle und Warnungen sind sie niemals den Lebensbedürfnissen und der Zivilisation anderer Nationen mit menschlicher Großzügigkeit und europäischem Verantwortungsgefühl entgegengekommen. In dem Gefühle der Sicherheit ihrer imperialen Macht haben sie geglaubt, die Nationen in einem Zustand dauernder Knechtschaft halten zu können und die Geschichte zur Stunde ihrer letzten Eroberung anhalten zu können. Sie haben nicht die lebendigen Kräfte der Völker wiedererstehen gesehen. Sie haben nicht erkannt, wie die breiten und ungestümen Fluten um die Inseln ihrer unbeweglichen und bewußtlosen großen Imperien immer stärker answollen.

Nachdem eine solidarische Zusammenarbeit zwischen den großen europäischen Nationen zur Verteidigung des Friedens und der Gerechtigkeit nicht mehr zustande gekommen war, mußte der Krieg als eine natürliche menschliche Tatsache folgen. Er wird ein wirkliches Gleichgewicht der Werte und der Kräfte herbeiführen.

Wolfgang Loeff

ENGLAND OHNE MASKE

TATSACHEN BRITISCHER POLITIK

252 Seiten, Großformat, 16 Bildtafeln, RM. 8.50

In die NS.-Bibliographie aufgenommen · 20. Tausend

Kein Einsichtiger wird den Erfolg der englischen Politik für England bestreiten. Das Geheimnis dieses Erfolges sind die Männer, die ihn aus Wille und Tat geformt haben.

Diese Männer, ihre Beweggründe und ihr Werk mit den Augen des eigenen Volkes zu sehen, ist nicht unwesentlich. Wie schwer dabei Wunschtraum und Wahrheit, Ungerechtigkeit und Unwahrheit, Vergeßlichkeit und Irrtum wiegen, ist unmaßgeblich gegenüber der Tatsache eines britischen Zeugnisses über Britisches. So machen in dem vorliegenden Buche nur Engländer oder Neutrale oder Beteiligte ihre Aussage über Tatsachen britischer Politik durch die Jahrhunderte bis zur Gegenwart. Es sprechen hervorragende britische Staatsmänner, Geschichtsschreiber, Parlamentsmitglieder, Gelehrte und Dichter.

Das Buch zieht an keiner Stelle eine Schlußfolgerung aus seinen Darlegungen. Das soll dem Leser auf Grund des gebotenen Tatsachenmaterials überlassen bleiben. Es ist möglich, daß vielleicht mancher das Buch aus der Hand legt mit dem Wunsche: Hätte mein Volk doch auch solche Politiker und solche politische Methoden gehabt. Es ist möglich, daß mancher über die Tatsache des Gegenteils dankbar ist. Die Darstellung hat jedem den Raum zwischen diesen äußersten Polen freigelassen, um von vornherein den Verdacht des Chauvinismus auszuschalten und um den Briten nicht die Verantwortung für ihr eigenes Spiegelbild in der Politik abzunehmen. Gleichzeitig soll „England ohne Maske“ im Hinblick auf die im Versailler Diktat aufgestellte Lüge von der deutschen Unfähigkeit zu kolonisieren dem deutschen Leser unanfechtbare Zeugnisse über die britische Art zu kolonisieren geben.

Jeder, der Kolonial- und Außenpolitik verstehen will, jeder Historisch- und England-Interessierte und jeder, der Sinn hat für atemberaubendes Abenteuer- und Freibeutertum, für heldische Größe und tragisches Menschentum, für packendes Schicksal von Völkern und Rassen, blutige Grausamkeit, wilde Leidenschaft und staatsmännisches Genie, wird durch die „Tatsachen britischer Politik“ in Bann geschlagen: denn hier spricht „England ohne Maske“.

GOTEN-VERLAG · LEIPZIG

Johann Froemberg

FRANCO

EIN LEBEN FÜR SPANIEN

272 Seiten, Großformat, RM. 5.50

In die NS.-Bibliographie aufgenommen · 20. Tausend

Ein junger Offizier wird mitten in der Nacht aus traumhafter Versunkenheit aufgeschreckt. Alarm! Aufbruch nach unbekanntem Ziel. Fieberhafte Spannung der Soldaten und ihres Kommandeurs, des Majors Franco. Schlagartig wird er mit seiner Bandera hineingerissen in die Katastrophe der spanischen Marokkotruppen bei Annual. Es folgen die dramatischen Ereignisse eines unglücklichen Kolonialkrieges, zu dessen Helden Franco heranwächst, der jüngste Major der spanischen Armee, Urbild des stillen, alle Energien nach innen richtenden, ritterlichen Offiziers, der rücksichtslos ungezählte Male auf vorgeschobenem Posten sein Leben wagt. Noch einmal entfaltet das Haus Bourbon am Osterfest 1931 die märchenhafte Pracht altspanischen Zeremoniells, steigert es zu einer strahlenden Manifestation des Königtums, um eine Woche später wie ein Spuk hinweggefegt zu sein. Ringsum löst sich alles auf. Nationale Generäle denken an Revolten. Einer schafft in der Stille: Franco, der durch seine Taten inzwischen die Aufmerksamkeit aller Kreise des Volkes erweckt hat. In Saragossa hat er eine Militär-Akademie gegründet von ganz neuer Art, die das Kadettenkorps moralisch Vorbildet für den Offizierberuf, ein hartes, spartanisches Ethos schmiedend, das dem General im Wüstenkampf einst zum Erlebnis wurde. Die republikanische Regierung schließt die Akademie. Man weiß, daß dieser Mann nur eines will: Spanien und noch einmal Spanien. Man stellt ihn deshalb kalt. Der Hexentanz in den Abgrund setzt ein. Die Volksfront kommt zur Macht durch einen Wahlbetrug. Spanien ist der Dritten Internationale ausgeliefert. Die großen Generäle bereiten den Kampf vor. Der Ruf ergeht an Franco. Spanien braucht ihn, den jüngsten General, und jetzt ist er bereit. Nun folgt der Bürgerkrieg in allen entscheidenden dramatischen Phasen. Franco wird Staatschef und gestaltet ein neues Spanien. Der Mann, der als Soldat in Marokko unbewußt ein Ideal verkörperte, wächst an seiner Aufgabe zum schöpferischen Gestalter eines neuen Staates, einem Erlöser und Zivilisator größten Stiles, welcher sich den großen Führerpersönlichkeiten, die das 20. Jahrhundert heraufführte, würdig zur Seite stellt.

GOTEN-VERLAG · LEIPZIG

Volksausgabe

Wolfgang Loeff

DREI DEUTSCHE SOLDATEN

ZEPPELIN · SCHLIEFFEN · TIRPITZ

Eine Roman-Trilogie

85. Tausend, 528 Seiten, 3 Bildtafeln, Ganzleinenband RM. 4.20

Mit Geleitworten von

Generalfeldmarschall v. Mackensen, Admiral v. Reuter und Generaloberst Udet

Drei Vorkämpfer für die drei Wehrmachtsteile — drei gewaltige Schicksale, die Deutschlands Schicksal geworden sind.

Zeppelin, der feurige, erfinderische Soldat, der glaubensstark die Idee des Luftschiffes zum Siege führt, der Kämpfer für die deutsche Vorherrschaft in der Luft.

Schlieffen, der große einsame Soldat, der seine riesigen Pläne allein im Kopfe trägt, der klassische Generalstäbler des deutschen Heeres.

Tirpitz, der weitschauende, nach deutscher Weltgeltung ringende Soldat, der in Kabinetts- und Parlamentskämpfen für sein Werk steht: die deutsche Kriegsflotte.

Der Soldat der Luft hat den Endsieg seiner Erfindung nicht mehr erlebt. Der Soldat des Heeres hat das kommende Unheil geahnt und nicht verhindern können. Der Soldat der Kriegsmarine hat seine Kriegsflotte nicht einsetzen dürfen. In Szenen voller Spannung und Farbe ist dies dargestellt. Aus der Wucht der Tragödie der drei Mörserschicksale erhebt sich als versöhnender Abschluß die Wahrheit: Nichts ist umsonst, was einer für Deutschland tut.

Diese wohlfeile Ausgabe enthält ungekürzt die drei erfolgreichen Bücher Loeffs: Der geniale Narr, Der Feldherr ohne Krieg, Der Großadmiral.

GOTEN-VERLAG · LEIPZIG

Volksausgabe

Walter Bloem

VORMARSCH · STURMSIGNAL —! DAS GANZE — HALT!

KRIEGSERLEBNIS-TRILOGIE 1914/1918

576 Seiten, die drei berühmten Kriegstagebücher in einem Band,
Ganzleinen R.M. 3,25 · 205. Tausend

Als 1914 die deutschen Heere ins Feld zogen, ritt in ihren Reihen der 46jährige Walter Bloem — an der Spitze der 2. Kompanie des aktiven preußischen Grenadier-Regiments Nr. 12. Was der Hauptmann in einem wechselvollen Kriegerdasein erlebte, hat der Dichter in drei tagebuchartigen Berichten aufgezeichnet, die nunmehr aus Anlaß der 25jährigen Wiederkehr des Weltkriegsbeginns als Volksausgabe in einem Band vorliegen. Diese Kriegstagebücher sind nicht nur Schilderungen eines erfahrenen, durch jahrzehntelangen Friedensdienst vorbereiteten Soldaten und Offiziers, sondern eines Dichters, eines Dichters, der sich schon in der Vorkriegszeit als der berufene Gestalter gewaltiger Kämpfe ausgewiesen hatte in seiner berühmten, in 750 000 Bänden verbreiteten Romantrilogie von 1870/71. Er hat das große Märchen seines Lebens, den Krieg, erst erdichten und 1914/18 als Kämpfer der vordersten Linie erleben dürfen. Ein Buch von unvergänglichem Wert für die Kriegs- und Zeitgeschichte.

Die Presse:

Dieses Buch will durch und durch gelesen sein als eine bleibende große Erinnerung.

Völkischer Beobachter, München, 23. Juni 1935.

Das Werk atmet den Geist rückhaltloser Hingabe an die völkische Pflicht, an preußische Soldatentugend und bedingungslose Kameradschaft. Es sollte in keinem deutschen Hause und in keiner öffentlichen Bücherei fehlen.

Westdeutscher Beobachter, Köln, 23. Dezember 1934.

Der deutschen Jugend sei das Buch besonders ans Herz gelegt.

Niedersächsische Tageszeitung, Hannover, 20. Dez. 1934.

GOTEN - VERLAG · LEIPZIG

Die Wirtschaftsgüter des Erdballs

Ernst Schultze

G O L D

ROMANTIK UND FLUCH DES GELBEN METALLS

274 Seiten, Ganzleinen, Großformat, 27 Abbildungen

RM. 9.—

In der Weltgeschichte kehrt unaufhörlich die Tragikomödie des Wettlaufes nach dem Gold wieder. Es erschien den Menschen als der Ausdruck des höchsten Reichtums, sein Besitz war Sinnbild der Macht und der Größe — und ist es vielfach auch heute noch.

Weltgeschichtlich ist das Gold von geradezu ungeheurer Bedeutung. Bis in die Gegenwart hinein hat es zahlreiche Eroberungs- und Plünderungszüge verursacht, — und damit zugleich unaufhörlich den Völkerhaß geschürt.

Wie konnte es geschehen, daß dieses Metall zur Grundlage der Währung wohlhabender Völker gemacht, ja als unentbehrlich für die Weltwirtschaft erklärt wurde? Der Glaube an die Goldwährung als an die beste Ordnung und den sichersten Rückhalt des Geldwesens ist tief erschüttert. Mehr und mehr hat die Welt sich davon überzeugt, wie zutreffend die Gegner der Goldwährung sie als einen Irrglauben bezeichneten, als eine vorgefaßte, unbegründete Meinung.

Das nationalsozialistische Deutschland erblickt den wahren Machtquell einer Nation in dem unerschöpflichen Reichtum ihrer völkischen Kraft, ihrer wirtschaftlichen und geistigen Tätigkeit. Auf das Gold als Währungsmittel hat eine Nation nach der anderen verzichtet, beängstigt häufen sich deshalb die Goldschätze der Welt an einem einzigen Punkt (den Vereinigten Staaten) zusammen. Ihnen droht deshalb jenes Schicksal, das nach der Sage des Altertums dem König Midas zuteil wurde, unter dessen Berührung sich alles in Gold verwandelte —, so daß er schließlich die Götter anflehte, ihn von diesem Fluch zu erlösen.

Das Buch von Prof. Dr. Ernst Schultze zeichnet eingehend die Bedeutung des Goldes in den völkischen Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart und seine Auswirkungen im Wandel der Geschichte auf Geldwesen, Politik und Wirtschaft. Es gibt ferner einen erschöpfenden Überblick über die gegenwärtige Verteilung des Goldes auf der Erde, sein Vorkommen, seine Gewinnung, sein „Versickern“.

G O T E N - V E R L A G · L E I P Z I G

Helen Diner

SEIDE

EINE KLEINE KULTURGESCHICHTE

259 Seiten, Ganzleinen, Großformat, 15 Abbildungen, 2 Karten

RM. 8.—

Hier fließt und knistert, glänzt und rauscht die 5000jährige Geschichte der Seide. Sie beginnt an dem „glücklichen Tag“, da Chinas Kaiserin Si ling schi einen Schmetterling seinen Kokon durchbrechen sieht, das abgestreifte Schlafgewand des Falters untersucht, den Anfang des Fadens findet und ihn abzuhaspeln beginnt. Damit war das herrlichste Naturgespinnst der Erde entdeckt. Zum Dank vergöttlichte ihr Volk die Kaiserin. Heilige Bräuche feiern, bezaubernde Sagen umspinnen 4000 Jahre lang sie und die „ehrwürdige“ Seidenraupe. Denn bald wird das winzige Tier zum zarten Diktator eines Riesenreiches. Immer hieß es Rücksicht nehmen auf dieses nervöse, geradezu launenhafte Geschöpf. Sitten, Sprache, Architektur, sogar die Landschaft hat es weitgehend beeinflusst. So erzog das Zuchttier den Züchter.

In den letzten vorchristlichen Jahrhunderten packt dann die Gier nach Seide erst die Randvölker, dann Indien, Persien, den Iran, Kleinasien, Rom. Keine Ruhe mehr ließ die Welt dem Lande „Tin“, wie China damals hieß. Hinein ins Innere durfte niemand, so blieb die Entstehung des fanatisch begehrten Endproduktes tiefes Geheimnis. Auf Ausfuhr von Kokons oder gar Raupen stand die Todesstrafe, auch auf jede Art von Wirtschaftsspionage. Der Marktpreis in Europa war enorm. Ganze Völkerketten begannen nun vom Zwischenhandel zu leben, alle hießen „Serer“: Seidenleute, und entwickelten eine eigene „Seidensprache“ auf den Seidenstraßen, die in fünf dicken Strängen über den Riesenleib Asiens kriechen, von China bis ans Mittelmeer. Seidenstraßen, Weihrauchstraßen, Bernsteinstraßen gibt es am Anfang, sonst nichts. Unter ihnen aber sind die Seidenstraßen die ältesten und ausgedehntesten. Heute indessen bringt der „Seidenexpress“ Vancouver—New York den ostasiatischen Rohstoff nach den Riesenspinnereien der USA. schon innerhalb von Tagen. Vom chinesischen Mythos bis zur modernen Wirtschaftsgeschichte spannt sich dieses so zarte wie gewaltige Epos der Seide.

GOTEN-VERLAG · LEIPZIG





43067/
2.